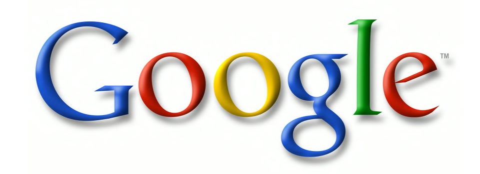



Archiv
für politische Korrespondenzen
des K. & K. Min. des Aeussern
B 1,197,464

Schulthess'

Europäischer Geschichtskalender.

Neue Folge.

Siebzehnter Jahrgang 1901.

(Der ganzen Reihe XLII. Band.)

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.



München 1902
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.

C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Inhalts-Verzeichnis.

Chronik
der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1901.

Januar.

1. Australien. Die Föderationsverfassung tritt in Kraft.
7. Rußland. Ernennung des Grafen Lamsdorff zum Minister des Auswärtigen.
12. Deutsches Reich. Einbringung der preußischen Kanalvorlage.
Anf. Mitte. Frankreich. Preßdebatten über das Heer und das russische Bündnis.
18. Deutsches Reich. 200jähriges Kronjubiläum in Preußen.
Mitte. Südafrika. Vordringen De Wets in der Kapkolonie.
18. Oesterreich-Ungarn. Schluß der Reichsratswahlen.
19. Deutsches Reich. Reise des Kaisers nach England.
21. Großbritannien. Tod der Königin Viktoria.
22. Belgien. Schluß eines Prozesses über die Transvaaler Eisenbahn.
Februar und folgende Zeit. Türkei. Makedonische Schwierigkeiten.
27. Italien. Tod Verdis.

Februar.

Februar. Deutsches Reich und Rußland. Preßdebatte über Erneuerung des Handelsvertrags.
Anf. Rußland. Mitteilung über Mißernten.
4. Großbritannien. Beisetzung der Königin.
7. Niederlande. Hochzeit der Königin.
11. Frankreich. Senatsdebatte über China.
11. Römische Kurie. Verurteilung des liberalen Katholizismus.
14. Großbritannien. Oberhausdebatte über Südafrika.
15. Italien. Ministerwechsel.
Mitte. Rußland. Sendung eines subventionierten Handelsdampfers nach dem Persischen Golf.
Mitte. Rußland und Vereinigte Staaten. Zolldifferenzen.
20. Oesterreich-Ungarn. Debatte über den deutschen Unterricht in Ungarn.
23. Deutsches Reich und Großbritannien. Grenzvertrag über Ostafrika.
25. Deutsches Reich. Besuch des Königs von England in Cronberg.
25. Rußland. Exkommunikation Tolstois.
25. Rumänien. Ministerwechsel.
28. Niederlande. Erklärung über die Beziehungen zu Portugal.
Februar. März. Südafrika. Vergebliche Friedensverhandlungen.

März.

4. Frankreich. Kammerdebatte über China.
4. Vereinigte Staaten. Einsetzung Mac Kinleys.
4./5. Großbritannien. Oberhausdebatte über das Heerkommando.
5. Deutsches Reich. Reichstagsdebatte über das Verhältnis zu England.
März. Rußland und China. Verhandlungen über die Mandschurei.
März. China. Protest der Großmächte gegen ein Sonderabkommen.
15. Deutsches Reich. Bülow über die Verhandlungen mit China und die Mandschurei.
15. Großbritannien. Abreise des Thronfolgers in die Kolonien.
28. Großbritannien. Oberhausdebatte über China.
März. Deutsches Reich, Frankreich, Italien. Erörterungen über den Dreibund.
30. Frankreich. Annahme des Vereinsgesetzes in der Kammer.
30. Italien. Erklärung Prinettis über Tripolis.

April.

April. Schweiz. Streit um das Asylrecht.
3. Dänemark. Wahlen zum Folkething.
3. Türkei und Griechenland. Erledigung des Konsulatsstreits.
8./13. Frankreich und Italien. Besuch eines italienischen Geschwaders in Toulon.
14. Deutsches Reich und Oesterreich-Ungarn. Besuch des deutschen Kronprinzen in Wien.
17. China. Brand des Pekinger Kaiserpalastes.
20. Frankreich. Reise Delcassés nach Petersburg.
24. Deutsches Reich. Immatrikulation des Kronprinzen.
25. Großbritannien. Bericht über den Heeresersatz.

Mai.

3./6. Deutsches Reich. Landtagsschluß und Ministerwechsel in Preußen.
7. Deutsches Reich. Reichstagsdebatte über die deutschen Missionare in Südafrika.
7. Niederlande. Annahme der Militärvorlage.
9. Australien. Eröffnung des Bundesparlaments.
18. Deutsches Reich. Feier des Geburtstags des Zaren in Metz.
18. Oesterreich-Ungarn. Der ungarische Reichstag über die Erwerbung in Tientsin.
20. Rußland. Jubiläum des Reichsrats.
20. Vereinigte Staaten. Eröffnung der panamerikanischen Ausstellung.
22. Oesterreich-Ungarn. Delegationsdebatte über die internationale Lage.
23. Schweden. Annahme der Militärvorlage.
27. China. Bewilligung der Forderungen der Mächte.
30. Deutsches Reich und Niederlande. Besuch der Königin Wilhelmina in Potsdam.

Juni.

1. Oesterreich-Ungarn. Annahme der Kanalvorlage.
1. Italien. Geburt einer Prinzessin.
3. China. Abreise Waldersees aus Peking.
15. Italien. Kammerdebatte über den Dreibund und die internationale Lage.

16. Deutsches Reich. Enthüllung des Bismarckdenkmals in Berlin.
Juni. Oesterreich-Ungarn. Agitation gegen den Dreibund.
Juni. Bulgarien. Demonstrationen gegen Rußland.
18. Deutsches Reich. Rede des Kaisers über Weltpolitik.
22. Frankreich. Annahme des Vereinsgesetzes im Senat.
27. Großbritannien. Oberhausdebatte über Gibraltar.
27./29. Frankreich und Deutsches Reich. Automobilfahrt Paris-Berlin.
Juni. Egypten. Besetzung von Bahr-el-Gazal.
Juni. Juli. Chile und Peru. Grenzdifferenzen.

Juli.

5. Frankreich. Senatsdebatte über Marokko.
6. Deutsches Reich. Tod des Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst.
6. Rußland. Empfang einer tibetanischen Gesandtschaft.
17. Belgien. Regelung des Verhältnisses zum Kongostaate.
17. Egypten. Besiegung eines neuen Mahdi.
19. Rußland. Aenderung des finnischen Wehrgesetzes.
Mitte. Türkei. Vorgehen gegen die Jungtürken.
23. Dänemark. Ministerwechsel.
26. Deutsches Reich. Veröffentlichung des Zolltarifentwurfs.
27. Niederlande. Ministerwechsel.
29. Italien. Trauerkundgebungen für König Humbert.
Juli. Mittelamerika. Konflikt zwischen Columbien und Venezuela.

August.

2. Großbritannien. Chamberlain über die südafrikanische Kriegführung.
Anf. Deutsches Reich und Spanien. Besuch eines deutschen Geschwaders in Cadix.
5. Deutsches Reich. Tod der Kaiserin Friedrich.
8. Deutsches Reich. Heimkehr Waldersees.
8. Südafrika. Proklamation Kitcheners.
11. Italien. Tod Crispis.
12. Schweden. Tod A. v. Nordenskiolds.
August. Rumänien. Versuch russischer Propaganda.
Mitte. Türkei und Frankreich. Beginn eines Konflikts.
Mitte. Großbritannien. Pankeltischer Kongreß in Dublin.
25. Schweiz. Ankunft des Prinzen Tschun in Basel.
Ende. Oesterreich-Ungarn. Erörterung russischer Umtriebe auf dem Balkan.

September.

1. Dänemark. Große Demonstration für das neue Kabinett.
4. Deutsches Reich und China. Empfang des Prinzen Tschun in Potsdam.
7. Deutsches Reich. Preuß. Finanzmin. a. D. Miquel †.
7. China. Unterzeichnung des Friedensprotokolls.
11./13. Deutsches Reich und Rußland. Kaiserzusammenkunft.
14. Vereinigte Staaten. Tod Mac Kinleys.
18./21. Rußland und Frankreich. Besuch des Zaren in Frankreich.
28. Deutsches Reich und Oesterreich-Ungarn. Besuch deutscher Truppen in Wien.
Ende. Rußland. Mitteilungen über den landwirtschaftlichen Notstand.
Sept. Okt. Türkisch Asien. Unruhen am Persischen Golf.

Oktober.

11. Oesterreich-Ungarn. Reichstagswahlen in Ungarn.
13. Deutsches Reich. Feier des 80. Geburtstags Virchows.
13. Spanien. Abkommen mit Marokko.
14. Norwegen. Erhöhung der Einfuhrzölle.
17. Oesterreich-Ungarn. Reichsratsdebatte über Handelsverträge.
21. Mexiko. Panamerikanischer Kongreß.
24. Deutsches Reich. Begründung einer Auskunftsstelle für Auswanderer.
25. Großbritannien. Errichtung einer Auskunftsstelle für Auswanderer.
30. Oesterreich-Ungarn. Reichsratsdebatte über die Nationalitäten.

Ende. Frankreich. Veröffentlichung über die Kriegführung in China.

Okt. Nov. Niederlande. Versuche, die englischen Schiffe zu boykottieren.

November.

1. Rußland. Fertigstellung der ostchinesischen Eisenbahn.

Anf. Schweiz. Ankauf der Nordostbahn durch den Bund.

5. Deutsches Reich. Veröffentlichung eines Vertrages zwischen der Reichspost und Württemberg.
5. Deutsches Reich. Bayerische Kammerdebatte über die chinesische Expedition.
12. Frankreich und Türkei. Beilegung des Konflikts.

Mitte. Großbritannien. Veröffentlichung über die Konzentrationslager.

18. Oesterreich-Ungarn. Debatte über eine Zolltrennung der beiden Reichshälften.

18./25. Frankreich. Erörterung der Missionsfrage in Südafrika.

19. Deutsches Reich. Schluß des polnischen Schulprozesses in Gnesen.
20. Niederlande. Der internationale Schiedsgerichtshof lehnt eine Intervention im südafrikanischen Krieg ab.

Nov. Dez. Deutsches Reich. Konflikt mit Venezuela.

Dezember.

2./12. Deutsches Reich. Erste Beratung des Zolltarifs.

3. Vereinigte Staaten. Botschaft des Präsidenten an den Kongreß.
3. Frankreich. Kammerdebatte über das Verhältnis zu England und Deutschland.
6. Rußland. Kundgebung über den deutschen Zolltarif.
9. Oesterreich-Ungarn. Erörterung über die antipreußische Agitation.
10. Deutsches Reich. Reichstagsdebatte über die Polenfrage.
12. Schweden. Verteilung der Nobelpreise.
13. Belgien. Genehmigung der Heeresvorlage.
14. Italien. Prinetti über Tripolis und Frankreich.
16. Großbritannien. Programmrede Roseberys.
16. Rußland. Verstärkung der Sicherheitsmaßregeln in vielen Städten.
17. Frankreich. Debatte über Staat und Kirche.
20. Italien. Prinetti über die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.
23. Südafrika. Niederlagen der Engländer.

Ende. Deutsches Reich. Erörterungen über die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

30. Oesterreich-Ungarn. Debatte im galizischen Landtag über die preußische Polenfrage.
31. Deutsches Reich. Kundgebung gegen den galizischen Landtag.

Dezember. Südamerika. Konflikt zwischen Chile und Argentinien.

I.

Das Deutsche Reich und seine einzelnen Glieder.

5. Januar. (Weimar.) Großherzog Karl Alexander, 82 Jahre alt, †.

7. Januar. (Berlin.) Geh. Justizrat Dr. Ernst Eck, Professor des Römischen Rechts, 62 Jahre alt, †.

7. Januar. (Berlin.) Begründung der „Deutschen Gesellschaft für soziale Reform".

Unter dem Vorsitz des früheren Handelsministers v. Berlepsch bildet sich eine Vereinigung, die als deutsche Sektion der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz den Namen „Deutsche Gesellschaft für soziale Reform" annimmt. Es nehmen teil u. a. die Abgg. Bassermann, Rösicke, Hitze, die Professoren Schmoller, Wagner, Brentano, Rosin, Böhmert u. a. — Die Gesellschaft bezweckt, die sozialen Bestrebungen innerhalb Deutschlands zu stärken und im Verein mit Vertretern anderer Staaten gemeinsame internationale Grundsätze für den Arbeiterschutz zu begründen.

7. Januar. (Weimar.) Großherzog Wilhelm Ernst erläßt folgende Bekanntmachung über seinen Regierungsantritt:

Wir treten die Regierung hierdurch mit der Erklärung an, daß Wir sie treu und gewissenhaft im Einklang mit der Verfassung des Großherzogtums führen und das Andenken Unseres in Gott ruhenden Großvaters dadurch ehren werden, daß Wir in seinem Sinne wirken und die Ueberlieferungen Unseres Hauses als ein teueres Vermächtnis bewahren und pflegen werden. Demnächst bestätigen Wir hiermit alle von Unserem Herrn Großvater ernannten Beamten in ihren amtlichen Befugnissen und ihrer Wirksamkeit und erwarten, daß sie auch ihrerseits gemäß des von ihnen geleisteten Diensteides ihre Pflichttreue bewähren und ihres Amtes in berufsfreudiger Hingabe walten werden. Zu allen Unseren treuen Unterthanen versehen Wir Uns, daß sie das Andenken ihres dahingeschiedenen hochherzigen Landesfürsten dadurch hochhalten und bewahren, daß sie Uns, seinem Enkel und Nachfolger, dieselbe Ergebenheit und gleichen Gehorsam bezeigen. Zugleich entbieten Wir ihnen Unseren Gruß und die Versicherung Unserer landesfürstlichen Huld und Gnade.

So gegeben Weimar, 7. Januar 1901.

gez. Wilhelm Ernst.

Gegengezeichnet: Rothe, v. Pawell und v. Wurmb.

7. Januar. (Berlin.) Graf Zeppelin, der im Vorjahre am Bodensee Versuche mit einem lenkbaren Luftschiff angestellt hat, wird vom Kaiser ausgezeichnet.

Der Kaiser verleiht ihm den Roten Adlerorden erster Klasse und richtet folgende Kabinettsordre an ihn:

Nachdem Mir über die Aufstiege mit dem von Ihnen erfundenen Luftschiff berichtet worden ist, gereicht es Mir zur Freude, Ihnen Meine Anerkennung für die Ausdauer und Mühe auszusprechen, mit der Sie trotz mannigfacher Hindernisse die selbstgestellte Aufgabe erfolgreich durchgeführt haben. Die Vorzüge Ihres Systems: Teilung des langgestreckten Ballons in Kammern, gleichmäßige Verteilung der Last durch zwei getrennt arbeitende Maschinen, ein in vertikaler Richtung zum erstenmal erfolgreich thätiges Steuer — haben Ihrem Luftschiff die bisher größte Eigengeschwindigkeit sowie Steuerbarkeit verliehen. Die erreichten Resultate bedeuten einen epochemachenden Fortschritt in der Konstruktion von Luftschiffen und haben eine wertvolle Grundlage für weitere Versuche mit dem vorhandenen Material geschaffen. Solchen Versuchen will Ich Meine Unterstützung dadurch gewähren, daß Ihnen der Rat und die Erfahrung der Luftschifferabteilung jederzeit zur Verfügung stehen sollen. Ich habe daher befohlen, daß die Luftschifferabteilung, so oft es nützlich sein sollte, einen Offizier zu Ihren weiteren Versuchen zu entsenden hat. Um Ihnen aber auch äußerlich einen Beweis Meiner Anerkennung zu geben, verleihe Ich Ihnen hiermit den Roten Adlerorden I. Klasse.

Neues Palais, den 7. Januar 1901. Wilhelm I. R.

8. Januar. (Berlin.) Der deutsche Handelstag spricht sich mit 147 gegen 143 Stimmen gegen jede Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel aus. — Die geringe Majorität wird von den Anhängern einer Zollerhöhung mit Genugthuung festgestellt.

8. Januar. (Preußen.) Ministerpräsident Graf Bülow eröffnet den Landtag mit folgender Thronrede:

Edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags! Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtags der Monarchie zu beauftragen geruht. Die Finanzlage des Staates ist fortdauernd günstig. Das abgeschlossene Rechnungsjahr 1899 hat, ebenso wie die vorangegangenen Jahre, trotz des starken Steigens der Ausgaben auf allen Gebieten staatlicher Thätigkeit, einen beträchtlichen Ueberschuß ergeben. Für das laufende Jahr darf ein Gleiches erwartet werden. Der Staatshaushalt für 1901, dessen Entwurf Ihnen alsbald vorgelegt werden wird, hält in Einnahme und Ausgabe das Gleichgewicht. Eine erhebliche Vermehrung der Einnahmen, zu welcher wie in den Vorjahren überwiegend die eigenen Betriebsverwaltungen des Staates neben gesteigerten Steuereinkünften beitragen, hat es gestattet, dem Ausgabebedarf aller Verwaltungszweige in weiterem Umfang Rechnung zu tragen und insbesondere einmalige und außerordentliche Aufwendungen in reichlichem Maß vorzusehen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Ergebnisse der Staatseisenbahnen sind zufriedenstellend und auch für das nächste Jahr ist ein günstiges Resultat zu erhoffen. Zur Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und zur Förderung von Kleinbahnunternehmungen werden wiederum erhebliche Mittel von Ihnen erbeten werden. Die Steigerung der Provinzialabgaben erfordert in Verbindung mit der durch Kreis- und Gemeindesteuern

hervorgerufenen Belastung die ernste Beachtung der Staatsregierung. Auf eine Abhilfe hinzuwirken ist umsomehr geboten, als diese Belastung in den an sich wirtschaftlich schwächeren Landesteilen besonders in die Erscheinung tritt und sich infolge der schwierigen Lage der Landwirtschaft in verschärftem Maße fühlbar macht. Die Staatsregierung beabsichtigt daher in Ergänzung der Dotationsgesetzgebung den Provinzen für bestimmte Zwecke weitere Staatsrenten zu überweisen, insbesondere zur Ausgleichung der Verschiedenheiten in der Ausstattung mit Mitteln für den Wegebau; sie wird bemüht sein, dem Landtage noch in seiner gegenwärtigen Tagung eine entsprechende Vorlage zu machen. Die bei den Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten über die Kanalvorlage des Jahres 1899 ausgesprochenen Wünsche haben der Staatsregierung Veranlassung gegeben, einen neuen und erweiterten Plan aufzustellen, der bestimmt ist, den Bedürfnissen der verschiedenen Landesteile der Monarchie auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft durch den Bau von Kanälen und Verbesserung der Flußläufe gerecht zu werden. Der dem Landtag alsbald vorzulegende Gesetzentwurf fügt demgemäß dem Rhein-Elbe-Kanal hinzu: den Bau eines Großschiffahrtsweges von Berlin nach Stettin, die Herstellung einer leistungsfähigeren Wasserstraße zwischen der Oder und der Weichsel und die weitere Regulierung der Warthe von der Mündung der Netze bis Posen, die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, sowie in der unteren Havel und den Ausbau der Spree. Zum lebhaften Bedauern der Staatsregierung haben die Ermittelungen darüber, ob und in welcher Gestalt der masurische Schiffahrtskanal zur Ausführung zu bringen sei, noch nicht zum Abschluß gebracht werden können, da über den wirtschaftlichen Wert einer solchen Anlage in der Provinz Ostpreußen selbst noch gewichtige Zweifel bestehen und aus Rücksichten der Landeskultur große, bisher nicht beseitigte Bedenken gegen den Bau erhoben worden sind. Um die Verbesserung der Wasserstraße zwischen Oberschlesien und Berlin weiter zu fördern und die dafür geeigneten Mittel — Anlegung von Stau-Becken und teilweise Kanalisierung oder Nachregulierung des Oderstroms — zu erproben, wird die Bewilligung eines hiefür ausreichenden Betrags gefordert werden. Die Durchführung der erwähnten Projekte wird ein zusammenhängendes, die großen vaterländischen Ströme verbindendes Netz von Wasserstraßen schaffen und der Landeskultur wie den Verkehrsinteressen dienen. Die Staatsregierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die erweiterte Vorlage die Zustimmung der Landesvertretung finden wird. Dem Landtag wird der Entwurf eines Gesetzes betr. die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M. zugehen. Der Entwurf verfolgt im Anschluß an frühere Verhandlungen beider Häuser den Zweck, der in dieser Stadt herrschenden Wohnungsnot durch die Schaffung von Baugelände abzuhelfen. Wenngleich die Vorlage sich zunächst nur auf die Stadt Frankfurt a. M. bezieht, so enthält der Gesetzentwurf, der vom Provinzial-Landtag der Provinz Hessen-Nassau einstimmig gebilligt worden ist, dadurch eine allgemeinere Bedeutung, daß sein Geltungsbereich auch auf andere Gemeinden, falls dies von ihnen beantragt wird, im Wege kgl. Verordnung wird erstreckt werden können. Wenn hienach eine für eine einzelne Stadt und ein bestimmtes Gebiet der Wohnungsfürsorge besonders dringliche Frage vorab zur Erledigung gebracht werden soll, so erheischt doch die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse, namentlich in den dichtbevölkerten und überwiegend industriellen Gegenden, weitere, die verschiedensten Gebiete kommunaler und staatlicher Fürsorge berührenden Maßnahmen. Die Staatsregierung ist in der Erörterung darüber begriffen, welche Anordnungen im Verwaltungswege zu treffen und welche einer gesetzlichen Regelung zuzuweisen sein werden, um die hervorgetretenen

Mißstände zu mildern und namentlich dem Wohnungsbedürfnisse der minder bemittelten Klassen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Die Heranziehung gewerblicher Unternehmungen zu Vorausleistungen für den Wegebau soll für die ganze Monarchie thunlichst einheitlich und gleichmäßig geregelt werden. Ein hierauf gerichteter Gesetzentwurf wird Ihnen voraussichtlich noch in dieser Tagung unterbreitet werden können. Auf dem Gebiete des Medizinalwesens wird Sie eine Vorlage zur Ausführung des Reichsseuchengesetzes beschäftigen. Die besonders geartete Entwicklung der Haupt- und Residenzstadt Berlin und ihrer größeren Vororte, die bereits im vorigen Jahre zu einer Umgestaltung der polizeilichen Verwaltung geführt hat, läßt eine den örtlichen Verhältnissen angepaßte Neuordnung auch auf den übrigen Gebieten der allgemeinen Landesverwaltung erforderlich erscheinen. Ihre Mitwirkung hiezu wird erbeten werden. Meine Herren! In wenigen Tagen werden zwei Jahrhunderte vollendet sein, seitdem das Königreich Preußen erstand. Diese Erinnerung mahnt uns, festzuhalten und auszubauen, was in langer und schwerer Arbeit, unter der Führung ruhmreicher Fürsten, für Preußens Größe und Wohlfahrt errungen ist. Seine Majestät der König ist sicher, daß es hiezu an der hingebenden und verständnisvollen Mitwirkung des preußischen Volkes und seiner verfassungsmäßigen Vertretung niemals fehlen wird. Seine Majestät hofft, daß es mit Gottes Hilfe Ihnen gelingen möge, auch die bedeutsamen Aufgaben der kommenden Session zu glücklicher Erledigung zu führen. Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

9. Januar. Der Reichstag verweist den Gesetzentwurf über das Urheberrecht an Werken der Litteratur und der Tonkunst und den Gesetzentwurf über das Verlagsrecht nach zweitägiger Beratung im Plenum an eine Kommission.

9. Januar. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Einführungsrede Bülows; wirtschaftliches Programm. Vorlegung des Etats.

Ministerpräsident Graf Bülow:

Vom König zum Ministerpräsidenten ernannt, möchte ich die erste Gelegenheit ergreifen, welche sich mir bietet, mich dem hohen Hause vorzustellen und dasjenige Entgegenkommen und Wohlwollen zu erbitten, dessen es bedarf für eine ersprießliche Leitung der Geschäfte des Landes. Es ist nicht meine Absicht, mein Zusammenwirken mit Ihnen damit einzuleiten, daß ich hier ein Programm aufstelle. Aber eines möchte ich schon heute sagen. Nach meiner politischen Gesamtauffassung betrachte ich es als vornehmste Aufgabe der Regierung, in dem einstweilen sich noch immer lebhafter gestaltenden Kampfe der wirtschaftlichen Interessen die vorhandenen Gegensätze nach Möglichkeit zu versöhnen und zwischen den verschiedenen Interessen einen möglichst gerechten Ausgleich herbeizuführen. (lebhafter Beifall.) und ferner diejenigen zu stützen, die aus eigener Kraft sich nicht helfen können. (Lebhafter, allseitiger Beifall.) Ich weiß wohl, daß eine solche vermittelnde Politik, die keine produktive Thätigkeit einfach auf Kosten der anderen begünstigen will und die bei wirtschaftlichen Maßnahmen fragt, wie weit dadurch die Lebensbedingungen anderer tangiert werden, mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft ist. Ich weiß, daß solche ausgleichende Politik, die auf augenblickliche Erfolge verzichten muß, um dauernde Wirkungen zu erzielen, hier und da Mißdeutungen ausgesetzt sein kann. Ich weiß sehr wohl, daß sich der Gedanke der Zusammengehörigkeit

der Interessen der großen erwerbsthätigen Stände gegenüber der menschlichen Kurzsichtigkeit und menschlichen Selbstsucht nur schwer durchringt. Ich werde mich aber dadurch nicht irre machen lassen und werde festhalten an der Ueberzeugung, daß, wenn ein Glied des sozialen Körpers leidet, auch alle anderen Glieder mitleiden, daß, solange namentlich ein so wichtiges Glied wie die Landwirtschaft leidet (lebhafter Beifall rechts), der Gesamtorganismus sich einer sicheren Gesundheit nicht erfreuen kann. (Bravo rechts.) Ich bin davon durchdrungen, daß die großen Erwerbsstände einen gleichmäßigen Anspruch haben auf den Schutz der Regierung, daß die Regierung die Pflicht hat, die Landwirtschaft, den Handel und die Industrie gleichmäßig zu schützen (Beifall) und daß die Landwirtschaft unbedingt einer kräftigen Unterstützung bedarf. Meine Herren! Im Zeichen jener ausgleichenden Gerechtigkeit, von der soeben die Rede ist, steht auch der Gesetzentwurf über den Ausbau und die Verbesserung der Kanäle (Bravo links), der nächst dem Etat den Hauptgegenstand der diesjährigen Beratungen bilden wird. Mit Recht bezeichnete der Herr Abgeordnete Graf von Limburg-Stirum in der vorletzten Session die Vorlage über den Rhein-Elbe-Kanal als den wirtschaftlich wichtigsten Gesetzentwurf, welcher dem Hause seit Verstaatlichung der Eisenbahnen unterbreitet wurde. Ueber die Ihnen jetzt zugehende Vorlage will ich mich mit aller Offenheit aussprechen. Wenn durch den Entwurf die Industrie einseitig auf Kosten der Landwirtschaft, der Westen der Monarchie zum Nachteil des Ostens begünstigt würde, so hätte ich die Hand zur Einbringung des Gesetzes nicht geboten; denn ich glaube, daß unser gesamtes Erwerbsleben durch nichts mehr gefährdet und geschädigt werden könnte, als durch einen Zwiespalt zwischen der Industrie und der Landwirtschaft (Sehr richtig, links), die aufeinander angewiesen sind, wie ein Arm auf den anderen. Mit großem Recht hob der Kaiser in Dortmund hervor, daß auf dem Ineinandergreifen der Landwirtschaft und Industrie das Blühen und Gedeihen und der wirtschaftliche Fortschritt des Landes beruht. Ebensowenig werde ich Tendenzen begünstigen, die zur Trennung oder Entfremdung zwischen dem Osten und dem Westen führen könnten (Sehr gut, links), die durch Natur und geschichtliche Entwicklung bestimmt sind, sich gegenseitig zu ergänzen. (Sehr richtig bei den Nationalliberalen.). Der Osten mit seiner hochbedeutsamen Landwirtschaft, der Westen mit mächtig entwickelter Industrie, der Westen mit seiner alten Kultur, seiner Regsamkeit und seinen reichen Hilfsquellen, der Osten, die Wiege unserer Monarchie, der unserm Beamtentum und unserer Armee seinen starken und großen Stempel aufdrückt (Lebhafter Beifall rechts), und der in kritischen Stunden der deutschen Geschichte vor bald hundert Jahren das deutsche Volkstum gerettet hat. (Bravo.). Ausgehend von diesem Gesichtspunkt der Solidarität zwischen der Landwirtschaft und der Industrie, zwischen dem Osten und dem Westen, ist die Frage des Ausbaues der Wasserstraßen nochmals einer allgemeinen Prüfung unterzogen worden, die nunmehr dahin geführt hat, eine Reihe weiterer, von der Staatsregierung sachlich als begründet erachteter Projekte, welche die Herstellung und Verbesserung der Kanäle und Flußläufe, teils im Interesse der Schiffahrt, im wesentlichen Teile aber im Interesse der Landeskultur bezwecken, mit dem Projekte des Rhein-Elbe-Kanals zu einer Vorlage zu verschmelzen. Hiebei wurde, wie in der Begründung der Vorlage näher ausgeführt wird, der Grundgedanke verfolgt, durch Verbindung der natürlichen schiffbaren Ströme ein zusammenhängendes Wasserstraßennetz von möglichster Leistungsfähigkeit herzustellen, das allen Gebietsteilen der Monarchie und allen Erwerbszweigen zugute kommen soll. Daß die in dieser Vorlage enthaltene direkte Wasserverbindung zwischen dem Rhein

und der Elbe nicht nur der Industrie des Westens, sondern auch der Landwirtschaft des Ostens nützen wird, ist meine ruhig erwogene Ueberzeugung. (Lebhafter Beifall.) Diese direkte Verbindung wird dem Osten für seinen Ueberschuß an landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Produkten das reiche Konsumgebiet des Westens erschließen, der daran Mangel leidet; sie wird dem Osten die Möglichkeit geben, mit seinen Produkten unter verhältnismäßig billigen Verfrachtungsgebühren und unter gesichertem Zollschutz nach außen, für den wir sorgen müssen (Beifall) und für den wir sorgen werden (Lebhafter Beifall rechts) auf den Märkten des Westens zu konkurrieren, der seinerseits wiederum die Möglichkeit zu einer weiteren Versendung von Industrieerzeugnissen erhält, die für ihn ein Bedürfnis ist. Meine Herren! Nachdem die Staatsregierung den durch die umfassende Erweiterung der vorjährigen Vorlage aus diesem hohen Hause an sie herangetretenen Wünschen und Bedenken soweit als möglich entgegengekommen ist, hofft sie auf eine zustimmende Aufnahme der Vorlage umsomehr, als hinsichtlich der Ausführung der geplanten Bauten eine verständige Rücksichtnahme obwalten soll auf die Finanzlage wie auf die Steuerkraft des Landes. Die Ausführung der Bauten soll nur allmählich erfolgen. Es ist hierfür ein längerer Zeitraum in Aussicht genommen, und ich bezweifle nicht, daß sich eine Verständigung hierüber im einzelnen unschwer erzielen lassen wird. Die Staatsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß die Vorlage, welche nach Inhalt und Bedeutung wirtschaftlicher Natur ist, eine günstige, von politischen Parteigegensätzen freie Beurteilung finden wird. (Bravo.) Dann werden auch Ihre Beratungen zu dem positiven Ergebnis führen, das die Regierung des Königs zuversichtlich erwartet. Meine Herren! Als Ministerpräsident habe ich die Pflicht, Preußen wirtschaftlich und politisch auf der Höhe zu erhalten, die ihm seine ruhmvolle Geschichte vorzeichnet. (Beifall.) Diese Pflicht kann ich nur erfüllen, wenn ich Ihre vertrauensvolle Unterstützung finde. Ich bin gewiß, daß diese Unterstützung mir nicht fehlen wird, denn ich weiß, daß die Wohlfahrt der gesamten Volkswirtschaft, daß das Wohl der ganzen Monarchie Ihr wie unser Leitstern ist. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf legt Finanzminister v. Miquel den Etat vor. Der Voranschlag für 1901 weist eine Einnahme von 2,649,014,606 ℳ, eine Ausgabe im Ordinarium von 2,431,482,802 ℳ, im Extraordinarium 217,531,804 ℳ, zusammen demnach ebenfalls von 2,649,014,606 ℳ auf. — Die Finanzlage bezeichnet der Finanzminister als günstig.

11. Januar. Der Reichstag verweist einstimmig folgenden Antrag Rißler (kons.) über Abänderung des Gesetzes betr. Verwaltung des Invalidenfonds an die Budgetkommission:

Artikel I.

Artikel I Absatz 3 des Gesetzes vom 22. Mai 1895, betr. die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, wird aufgehoben und durch folgenden Absatz ersetzt:

Behufs Gewährung von Beihilfen an solche Personen des Unteroffiziers- und Mannschaftenstandes des Heeres und der Marine, die an dem Feldzuge 1870/71 oder an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen ehrenvollen Anteil genommen haben und deren Erwerbsfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist (vgl. Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899, § 5 Abs. 3), soweit sie unterstützungsbedürftig sind und auf diese Unterstützung Anspruch erheben;

Artikel II.

Artikel I tritt mit dem 1. April 1901 in Kraft.

Ferner beantragt derselbe Antragsteller:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür sorgen zu wollen, daß die durch den Gesetzentwurf erforderlichen Mittel eventuell durch einen Nachtrag zum Reichshaushalt für 1901 bereitgestellt werden.

In der Debatte sprechen sich Redner aller Parteien für eine Erhöhung der Invalidengelder aus; die Regierung wird scharf angegriffen, daß sie nicht früher Mittel bereitgestellt hat.

11. Januar. (Preußen.) Die Berliner Stadtverwaltung begründet eine König Friedrich-Stiftung von 1 Million Mark zur Linderung der Wohnungsnot Minderbemittelter.

12. Januar. (Preußen.) Dem Landtage geht die Kanalvorlage zu.

Dem Gesetzentwurf liegen folgende Anlagen bei:

1. Denkschrift, betreffend den Bau eines Schiffahrtskanals vom Rhein bis zur Elbe, nebst zwei angehefteten Plänen; 2. Denkschrift, betreffend die Herstellung eines Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin (Wasserstraße Berlin—Hohensaathen), nebst fünf angehefteten Plänen; 3. Denkschrift, betreffend den Ausbau der Wasserstraße zwischen Oder und Weichsel, nebst zwei angehefteten Plänen; 4. Denkschrift, betreffend die Verbesserung der Schiffahrtsstraße der Warthe von der Mündung der Netze bis Posen; 5. Denkschrift, betreffend die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, nebst zwei angehefteten Plänen; 6. Denkschrift über die Verbesserung der Vorflut und Schiffahrtsverhältnisse in der unteren Havel, nebst zwei angehefteten Plänen; 7. Denkschrift, betreffend den Ausbau der Spree, nebst zwei angehefteten Plänen. Angefügt ist endlich ein Staatsvertrag zwischen Preußen und Bremen über die Kanalisierung der Weser von Minden bis Bremen. Die Erwägungen über die Ausführung des masurischen Schiffahrtskanals schweben noch.

Die Kosten sind veranschlagt auf:

1.	Rhein-Elbe-Kanal (Mittellandkanal)	260 784 700 M
	Davon entfallen auf die Strecke vom Rhein bei Laar bis zum Dortmund-Ems-Kanal bei Herne 45 298 000 M, auf die Strecke im Dortmund-Ems-Kanal bis Bevergern zu Ergänzungsbauten 4 067 000 M, auf die Schlußstrecke von Bevergern bis Heinrichsberg bei Magdeburg 211 419 700 M.	
2.	Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin	41 500 000 „
3.	Wasserstraße zwischen Oder und Weichsel, sowie die Schiffahrtsstraße der Warthe von der Mündung der Netze bis Posen	22 631 000 „
4.	Schiffahrtsweg zwischen Schlesien und dem Oder-Spree-Kanal	4 100 000 „
	Ferner zur Beteiligung des Staates an:	
5.	der Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder bis zu	40 989 000 „
6.	der Verbesserung der Vorflut- und Schiffahrtsverhältnisse in der unteren Havel bis zu	9 670 000 „
7.	dem Ausbau der Spree bis zu	9 336 000 „
	zusammen also:	389 010 700 M

Aus der Begründung der Vorlage hebt die offiziöse „Berliner Korrespondenz" folgendes hervor:

Die geplanten Kanalbauten werden für den weiteren Aufschwung der Binnenschiffahrt Deutschlands von großer Tragweite sein. Die Transportkosten, namentlich für Massengüter, werden sich bei der Inanspruchnahme der neuen Wasserstraßen sehr beträchtlich verbilligen und dadurch der deutschen Produktion breite Absatzgebiete erschließen. Die Eisenbahnen werden in den Kanälen nicht nur die willkommenen Abnehmer ihrer Ueberbürde, sondern auch die Zuträger neuer Zufuhrartikel willkommen heißen. Der Landwirtschaft wird einesteils durch Verbesserung der Vorflut, wie sie namentlich an der unteren Oder, an der unteren Havel und an der Spree ausgeführt werden soll, anderenteils durch die Hebung des Grundwasserstandes, von allen anderen Vorteilen abgesehen, sehr wesentliche Förderung zuteil werden. Was den Kostenaufwand betrifft, so hätte der Staat bei einem Zinsfuß von 3 Proz. und einer Tilgung von 1/2 Proz. nach vollständiger Fertigstellung aller Anlagen jährlich 13.6 Mill. ℳ aufzubringen, wovon indessen 4.1 Millionen von den Interessenten im Falle mangelnder Einnahmen zuzuschießen sind. Die finanzielle Belastung des Staates wird sich jedoch voraussichtlich beträchtlich günstiger gestalten, weil die unmittelbar Beteiligten einen Teil der Kosten auf sich zu nehmen verpflichtet sein werden, weil die Einnahmen aus den Schiffahrtsabgaben die Ausgaben stark herabdrücken werden und weil endlich die Eisenbahnen, welche anfangs infolge der starken Konkurrenz der neuen Wasserstraßen eine starke Einbuße erleiden dürften, späterhin von der durch die Kanäle bewirkten Verkehrssteigerung große Vorteile ernten werden. Die Ausführung der Bauten soll sich über 15 Jahre erstrecken. Innerhalb dieses Zeitraumes bleibt der Staatsregierung freie Hand, die Bauten unter Berücksichtigung der Orts- und Zeitverhältnisse ohne vorherige Bindung nach eigenem Ermessen zu bewerkstelligen. Fast überall wird sich die Möglichkeit ergeben, mit den dringendsten Arbeiten binnen kurzem zu beginnen. Die Korrespondenz hebt sodann die strategische Bedeutung der geplanten Wasserstraßen, welche die Eisenbahnen entlasten und ergänzen können, hervor. Der strategisch wichtigste sei der Rhein-Elbe-Kanal, der die Verbindung der westlichen Operationsbasis (Rhein) mit der östlichen (Weichsel, Warthe, Oder) darstellt und eine selbständige Operationsbasis bei der Verteidigung der Nordseeküste bildet. Die geplante Verbindung der fünf großen in die Nord- und Ostsee mündenden Ströme sei von allergrößtem Werte bei Angriffen auf die Nord-, West- und Ostgrenzen Preußens und fördere wesentlich die Schlagfertigkeit der Heeresmassen, indem sie die Eisenbahnen für die eigentlichen Truppentransporte frei mache. Sie steigere daher erheblich die Defensivkraft Preußens.

14./16. Januar. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Etatsberatung. Wirtschaftliche und finanzielle Lage; Kanalvorlage; Zensurbeschwerden; Polenfrage.

Abg. Fritzen (Z.): Obwohl der Etat günstig sei, lägen die Verhältnisse im Lande nicht günstig; man befinde sich in absteigender Tendenz. Da der Kultusetat 13 Millionen für den Elementarunterricht mehr verlangt, als der vorige Etat, sei ein Schuldotationsgesetz erforderlich. Die Reform der Kriminalpolizei sei notwendig, wie der Prozeß Sternberg bewiesen habe. Die Kanalvorlage müsse objektiv geprüft werden, ihre Ablehnung dürfe aber nicht zur Auflösung des Landtags führen. Der Zeitpunkt der Vorlegung sei unglücklich, weil im Reichstage wichtige handelspolitische Fragen auf der Tagesordnung ständen. Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) hegt im Gegensatz zum Finanzminister Besorgnisse für die Zukunft. Die Landwirtschaft leide stark; die Domänen-

verpachtungen seien um 25 Proz. gesunken. Die Einbringung der Kanalvorlage sei bedauerlich, sie solle aber unbefangen beurteilt werden. Abg. Richter (frs. Vp.) kritisiert die Regierung scharf; an eine dauernde ungünstige Konjunktur glaube er nicht. Die Kanalvorlage dürfe nicht abgelehnt werden. Der ganze Etat sei zugeschnitten auf Ueberschüsse und Reformen blieben aus wegen Sparsamkeitsrücksichten. Die Theaterzensur müsse beseitigt werden.

Finanzmin. v. Miquel: Graf Limburg meint, meine günstige Schilderung der Finanzlage habe den Zweck, das Durchbringen der Kanalvorlage zu erleichtern. Ich bin mir mit meinen früheren Schilderungen der Finanzlage, wobei ich immer vor einem Rückschlag gewarnt habe, und meiner jetzigen günstigen Schilderung vollkommen konsequent geblieben. Damals mußte ich davor warnen, den wirtschaftlichen Aufschwung zu überschätzen, da sonst dauernde Nachteile für die Staatsfinanzen kommen könnten, ich mußte dem Ansturm gegen die Staatsfinanzen, dem Drängen, die Ausgaben zu erhöhen und neue Ausgaben dem Staate aufzuerlegen, widerstehen, ich mußte naturgemäß darauf hinweisen: Glauben wir nicht, daß diese hohen Ziffern der Einnahmen dauernd bleiben werden, und hüten wir uns, dauernde Ausgaben auf den vergänglichen Einnahmen zu basieren. — Heute ist die Lage eine andere, heute geht die wirtschaftliche Entwicklung rückwärts, und es können daraus leicht allzu pessimistische Erwägungen hergeleitet werden. Es liegt aber im Staatsinteresse, daß eine solche Direktive der geschäftlichen Entwickelung nicht nach der ungünstigen Seite hin übertrieben wird. Die Politik der Vorsicht und des Denkens an die Zukunft hat das Hohe Haus im Gegensatz zum Abg. Richter gebilligt und uns sicher gemacht gegen allzu starke Rückschläge, die den Finanzen gefährlich werden könnten. Es ist doch für uns tröstlich, daß wir nicht nach dem Rate des Herrn Richter in der Vergangenheit die Früchte einer vorübergehenden Zeit verzehrt, sondern daß wir Reserven thesauriert haben, die in schweren Zeiten zur Verfügung stehen. Die Politik des Abg. Richter ist die Politik des Unternehmers, der hohe Einnahmen einer Hausseperiode für sich verbraucht und keine Reserven hat, wenn die Einnahmen knapp werden, und die Mittel zur Deckung der großen Ausgaben nicht vorhanden sind. Das ist die Politik des Abg. Richter hier und im Reiche. Ich kenne ihn seit 30 Jahren. Er ist sich immer konsequent, und hat nicht die Neigung, sich selbst zu kritisieren und zu prüfen, ob seine Anschauungen noch richtig sind . . . Man hat mir vorgeworfen, daß ich es mit dem Kanal nicht recht ernst meinte. Ich habe keiner Vorlage so viel Arbeit gewidmet, wie der Kanalvorlage. Ich berufe mich auf Ihr Zeugnis, daß ich keine Vorlage entschiedener vertreten habe, als diese. Daß ich sie aber nicht als eine politische behandelt habe, ist durch die Erklärung des Reichskanzlers legalisiert worden. Man wollte von anderer Seite die Kanalvorlage zu politischen Zwecken benutzen. Wenn ich die Kanalvorlage in meiner Etatsrede nicht expreß behandelt habe, so folgt daraus nicht die Berechtigung für den Abg. Richter, daß es mir nicht ernst sei mit dem Kanal. Früher ist schon in der Presse das Bestreben hervorgetreten, es denjenigen, die für die Vorlage stimmen wollten, zu schwer zu machen, dafür zu stimmen. Min. des Innern Frhr. v. Rheinbaben verteidigt seine vom Abg. Richter kritisierte Haltung in der Zensurfrage. Er könne das Polizeipräsidium nicht in der Ausübung der Zensur beeinflussen, da er nur Beschwerdeinstanz sei. Mißgriffe der Polizei seien auf einem so großen Gebiete unvermeidlich, würden aber korrigiert. Die Mißstände in der Kriminalpolizei lägen nicht im System, sondern in Personalverhältnissen; man müsse darauf sehen, nur einwandfreie Leute anzustellen. Abg.

Sattler (nl.) hält ein Abflauen der wirtschaftlichen Entwickelung für wahrscheinlich, wünscht aber dringend, daß der Kanal gebaut wird.

Am folgenden Tage verlangt Abg. v. Zedlitz (frk.), daß mehr Gewicht auf den Ausbau des Eisenbahnnetzes als auf den der Wasserstraßen gelegt werde. Abg. v. Jazdzewski (Pole) tadelt die Polenpolitik. Die staatlichen Mittel für Schulzwecke kämen in Posen fast nur evangelischen Schulen zu gute. Die Regierung, die von einer polnischen Gefahr spreche, erzeuge künstlich Unruhe unter den Polen. Man tilgt die alten Namen, inhibiert Versammlungen, verbietet Theateraufführungen, man sucht die polnischen Besitzer von ihrer Scholle zu verdrängen! Man läßt die polnischen Unternehmer bei Vergebung öffentlicher Arbeiten nicht zu und verpachtet keine Ländereien an Polen! Vor Gericht und vor den Verwaltungsbehörden kann sich der Pole nicht seiner Sprache bedienen! Und was die Schule angeht, ist sie ein Bildungsmittel? Nein, sie ist eine Folterkammer! Lebhafte Klagen haben wir wegen des Religionsunterrichts. Freiherr v. Zedlitz sowie Dr. Bosse haben es noch als Gewissenspflicht hingestellt, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde. Nun kommt Herr Studt und ordnet den Religionsunterricht in deutscher, in fremder Sprache an. Das ist gegen die Verfassung! Ist es der Sitte des Volkes entsprechend, wenn man die Kinder zwangsweise in fremde Schulen führt? Das entspricht weder der religiösen Sitte, noch der Sitte des Volkes. Der Minister hat gegen den Artikel 25 der Verfassungsurkunde gefehlt, daß er die preußischen Behörden bei seinen Maßnahmen nicht befragt hat. Der Minister sollte einmal die Volksversammlungen besuchen, um zu sehen, wie entrüstet man über seine Maßnahmen ist. Wenn er sich nicht scheut, das Volk auf einem so zarten Gebiete, wie dem religiösen zu verletzen, dann muß er sich nicht wundern, wenn eine polnische Gefahr ersteht. In erster Linie mache ich für diese Verhältnisse die Behörden der Heimatsprovinz verantwortlich, dann erst das Ministerium. Wie hat dieses den Dispositionsfond verwendet? Niemals haben wir darüber eine Nachweisung erhalten. Ich kann einiges darüber anführen. Es erhielten Stipendien in einer einzigen Stadt 30 Personen in Stellungen mit Gehältern von mehr wie 6000 Mark. Eine große Schuld an der Erregung des polnischen Volkes trägt auch der Ostmarkenverein. Das letzte Ziel ist die Protestantisierung der polnischen Bevölkerung. Evangelische Geistliche haben offen zu diesem Vorgehen aufgefordert. Man macht der polnischen Presse Vorwürfe über ihr scharfes Auftreten. Kann man sich darüber wundern? Die Politik der Nadelstiche ist bei uns auf der Tagesordnung. Daß ein Mann von den Verdiensten wie der Minister Dr. von Miquel zu solcher Politik Pate steht, thut mir in der Seele leid. Wir hoffen von dem Ministerpräsidenten, daß er Ruhe und Frieden in unsere Bevölkerung bringt, indem er das Programm ausführt, das er im Reichstage aussprach, daß er sich über die Parteien stellt und das Gemeinwohl über alles setzt.

Finanzminister v. Miquel: Wir haben zu böse Erfahrungen gemacht mit einer milden Politik gegenüber den Polen. Die Politik, die in den dreißiger Jahren von Preußen verfolgt wurde und die zu dem Aufstand führte, war die Politik, die der Vorredner wünscht. Die Regierung handelt mit ihrer jetzigen Politik in Uebereinstimmung von fast ganz Deutschland. (Widerspruch bei dem Zentrum und bei den Polen.) Die Polen haben alle Freiheitsrechte in vollem Besitz und Nießbrauch. In anderen Ländern verkehrt man ganz anders mit fremden Nationalitäten. Ich verweise auf die Behandlung der Italiener in Frankreich. Der Ton der polnischen Presse ist jetzt ein nahezu revolutionärer. Die Polen haben uns nie Dank gewußt für die große Kultur, die sie uns verdanken, wir

haben erst den polnischen Mittelstand begründet. Die ganze Haltung der Polen zeigt eine Absonderung von den Deutschen, selbst in den unschuldigsten Fragen der kulturellen Entwickelung. Die Deutschen haben sich leider zu lange alles gefallen lassen, nach recht deutscher Art. Die Offensive haben Sie begonnen und es hat lange gedauert, bis die Deutschen sich vereinigt haben. Sie haben von Stipendien gesprochen, welche den Deutschen gegeben werden, um ihnen den Aufenthalt angenehm zu machen; Sie haben aber doch viele Tausende von Stipendien. Sie werden mich nicht zur Umkehr bringen. Ich lege auf die Stärkung des Deutschtums und in positiven Maßnahmen das Gewicht nicht auf die Negative und kleinliche Polizeimaßregeln. Daß die Polen nie anerkennen, daß auch sie eine Schuld trifft an der gegenwärtigen Lage, ist bedauerlich. Die Leidenschaft in der Presse kommt jetzt allmählich auch auf die Tribüne. Was wollen die Polen mit ihrer Politik erreichen? Glauben Sie, daß es gelingen wird, die schon halbdeutschen Gegenden, wenige Tagemärsche von Berlin, je wieder dem preußischen Staate zu entreißen? Wenn Sie Großpolen wiederherstellen wollen, wenn Sie zwischen Polen und Deutschen eine scharfe Linie ziehen, dann schaden Sie sich selbst. Wir können Polen in der Verwaltung der Provinz Posen nicht gebrauchen, da das zu Reibungen unter den Beamten führt; wir würden uns aber freuen, wenn sich die Polen zu Verwaltungsstellen in den anderen Provinzen meldeten. Das Gleiche gilt von den Offizieren. Die Polen haben sich gegen früher — ich verweise auf den polnischen Landtag — sehr zu ihrem Vorteil gebessert, um so bedauerlicher ist es, daß Sie sich nicht mit uns verständigen. Wir geben aber den Glauben nicht auf, daß schließlich den Polen doch die Ueberzeugung kommt, daß es sich unter der Herrschaft der Hohenzollern gut leben läßt. (Beifall rechts.) Die Polen sollen sich klar machen, daß keine kommende Regierung die Polenpolitik mehr ändern kann.

Kultusminister Studt: Der polnische Abgeordnete hat heute mit seinen Angriffen gegen die Unterrichtsverwaltung mir und meiner Behörde ein schweres Unrecht gethan. In den unteren Stufen der Elementarschule soll der Religionsunterricht so lange in der polnischen Sprache erteilt werden, wie dies zur Ermöglichung des Verständnisses notwendig erscheint. In der Stadt Posen ist nun in den bisherigen Verhältnissen eine Aenderung eingetreten. Es sind eine Reihe von Landgemeinden in die Stadt einverleibt worden und für diese mußten vertraglich die Bestimmungen eingeführt werden, die bis dahin für die Stadt Posen schon galten. Dies war unbedenklich. Der Religionsunterricht wird in jenen Schulen nunmehr in den oberen und mittleren Stufen in deutscher Sprache erteilt, in den untersten Stufen bleibt es bei der alten Bestimmung. Es handelt sich hier also nicht um eine allgemeine Maßnahme für die Provinz. Um so bedauerlicher ist es, daß dies in den Volksversammlungen, an denen leider auch Geistliche beteiligt waren, behauptet worden ist. Es haben dann auch noch an anderen Orten Verhandlungen stattgefunden, es handelte sich aber immer nur um die Frage, ob die Kinder soweit vorgeschritten waren, daß sie des Unterrichts in der polnischen Sprache entraten könnten. Es handelt sich auch hierbei nur um spezielle Fälle. Wenn Lehrer sich nicht an die bestehenden Vorschriften halten, und dies zur Kenntnis der Behörden kommt, wird Remedur eintreten. Der Herr Erzbischof von Posen ist bei jener Maßnahme in Posen nicht befragt worden, weil es sich um keine Durchbrechung der bestehenden Vorschriften handelte. Es ist nicht wahr, daß der Herr Erzbischof eine Beschwerde wegen jener Maßregel erhoben hätte. Er hat mir nur mitgeteilt, daß er aus den Zeitungen erfahren habe, daß ich eine Verfügung erlassen habe, er bäte um den Wort-

laut. Ich hatte keine Verfügung erlassen, bin aber in meinem Entgegenkommen so weit gegangen, daß ich nicht nur den Wortlaut der Entscheidung der Bezirksregierung mitgeteilt, sondern auch die Gründe dargelegt habe, welche in Posen zu der Maßnahme geführt haben. Der Minister verbreitet sich weiterhin über die Ziele der polnischen Bewegung. Die Art, wie in nationalpolnischem Sinne auf die Schüler der höheren Lehranstalten systematisch eingewirkt werde, sei direkt ein pädagogisches Verbrechen.

Am 16. Januar wendet sich Minister des Innern v. Rheinbaben gegen die Beschwerden der Polen und verliest eine Anzahl polnischer Zeitungsartikel, die unversöhnliche Feindschaft gegen Preußen predigen und auf Losreißung Posens abzielen. Ueber die Politik der Regierung sagt der Minister: Die Absicht der Regierung geht dahin, daß sie rücksichtslos alles unterdrückt, was auf eine Abänderung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse hinzudrängen geeignet ist, und daß sie ferner nicht Unrecht mit Unrecht vergilt, sondern sich bewußt ist, daß die Polen auf gleiches Recht Anspruch haben mit allen Bürgern, und daß sie die uns aufgedrungene Agitation durch eine Agitation mit gleichen Mitteln bekämpft. Die Hauptsache ist die Stärkung des Deutschtums auf geistigem wie auf wirtschaftlichem Gebiete. Alle diese Maßregeln können allerdings nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Dazu gehört eine konsequente, durch Jahrzehnte fortgesetzte Arbeit. Namentlich wollen wir den deutschen Bauernstand schützen. Er ist bedauerlicherweise zurückgegangen. Es sind aber jetzt Mittel bereit gestellt, um seitens des Staates Bauerngüter anzukaufen, um den deutschen Bauernstand zu erhalten. Wir zweifeln nicht, wenn von dem festen Willen der Staatsregierung sich das Deutschtum immer mehr überzeugt, daß das gemeinsame Wirken zwischen dem Volk und der Staatsregierung eine Wirkung haben, und der Deutsche das Gefühl haben wird, daß er sich fest auf uns verlassen kann. Das ist die beste Garantie für ein erfolgreiches Vorgehen. Es können allerdings nicht Erfolge von heute auf morgen sein, aber den Polen muß klar gemacht werden, daß sie Deutsche sind und deutsch bleiben werden, solange der deutsche Aar seine Schwingen reckt.

Hierauf wird der größte Teil des Etats an die Budgetkommission verwiesen.

15. Januar. (Reichstag.) Debatte über das Duellwesen in der Armee.

Abg. Trimborn (Z.) bringt folgende Interpellation ein:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß zur Vorbereitung einer am 4. Januar 1901 in Köln anstehenden Wahl zum Reserveoffizier den Allerhöchsten Befehlen zuwider Nachforschungen über die grundsätzliche Stellung der Aspiranten zum Zweikampf angestellt, daß die Ergebnisse bei der Wahl zur Sprache gebracht, und daß daraufhin diejenigen Aspiranten, welche Stellung gegen den Zweikampf genommen hatten, nicht gewählt worden sind?

Was hat der Herr Reichskanzler gethan, um diejenigen Stellen, welche in Verletzung der von dem Herrn preußischen Kriegsminister in der Sitzung des Reichstags vom 11. Dezember 1897 mitgeteilten Allerhöchsten Befehle, die fraglichen Offiziersaspiranten über ihre Stellung zum Zweikampf befragt, oder Erkundigungen über sie anderweit eingezogen, oder welche über die Ergebnisse dieser Fragen und Erkundigungen bei dem Wahlakt Mitteilung gemacht haben, zur Verantwortung zu ziehen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu thun, um die Wiederkehr solcher Fälle zu verhüten?

Der Interpellant führt aus, daß in Köln vier Reserveoffiziersaspiranten über ihre Stellung zum Zweikampfe bei der Wahl befragt worden seien, und daß sie nicht gewählt seien, weil sie einer den Zweikampf verwerfenden katholischen akademischen Verbindung angehörten. Eine Beschwerde habe keinen Erfolg gehabt, nur ein Aspirant sei gewählt worden. Durch diese Vorgänge seien die königlichen Intentionen verletzt worden.

Preußischer Kriegsminister v. Goßler: Herr Trimborn hat mir bereits nach Zusammentritt des Reichstags mitgeteilt, daß zwei Offiziersaspiranten des Beurlaubtenstandes, die sich zur Offizierswahl gemeldet hatten, beim Kölner Bezirkskommando über ihre Stellung zum Duell zu Protokoll vernommen seien. Ich erwiderte, daß das unzulässig sei; es widerspreche direkt dem Allerhöchsten Erlaß vom 16. Juni 1895, durch den ausdrücklich eine Befragung über den Duellstandpunkt verboten sei; ferner, daß ich in dieser Angelegenheit nicht kompetent sei, sondern die betreffende Kommandobehörde, die auch eine Remedur eintreten lassen könnte. Er möge sich an das Generalkommando des 8. Armeekorps wenden, was auch geschehen ist. Unterm 1. Dezember 1900 hat mir der Abg. Trimborn brieflich mitgeteilt, daß die Beschwerde der Offiziersaspiranten als begründet anerkannt und Verfügung getroffen sei, alle die Befragung über das Duell betreffenden Schriftstücke aus den Akten zu entfernen, um dadurch dem kaiserlichen Erlasse zu entsprechen. Die Vorgänge bei der Wahlhandlung vom 4. Januar stehen natürlich unter dem Dienstgeheimnis, andernfalls würden ernste persönliche Konflikte unausbleiblich sein. Die Herren Interpellanten sind gewiß auch dieser Ansicht, denn sie selbst haben gleichfalls keine Namen genannt. Daß bei der Wahlhandlung die Stellung der Aspiranten zum Zweikampf nicht zur Sprache kommen durfte, unterliegt keinem Zweifel. Andererseits haben sich die Aspiranten vorher damit einverstanden zu erklären, daß sie zum Offizier gewählt werden, und damit unterwerfen sie sich dem Artikel 61 der Verfassung, der für das ganze Reich in Gültigkeit ist, wonach sie neben allen Rechten auch alle Pflichten des Offiziers auf sich nehmen. Das Landwehroffizierkorps hat darüber zu befinden, ob der Aspirant eine entsprechende Lebensstellung besitzt und ob er ehrenhafter Gesinnung ist; wird die ehrenhafte Gesinnung in Zweifel gezogen, so muß dieser Zweifel durch den Nachweis einer unehrenhaften Handlung unter Beweis gestellt werden. Wenn dieser Bestimmung in Köln nicht entsprochen worden ist, so war es Pflicht der Minorität der an der Wahl beteiligten Offiziere, diesen Verstoß gehörigenorts zur Sprache zu bringen, damit Remedur geschaffen würde. Ebenso konnten die Aspiranten oder ihre Angehörigen den vorgeschriebenen Dienstweg beschreiten. Ob das geschehen ist, weiß ich nicht. Die fraglichen Bestimmungen sind meines Erachtens ganz klar, und es sind auch Bestimmungen vorhanden, um sie bei Verletzungen zur Geltung zu bringen. Es liegt also keine Veranlassung vor, weitere Maßnahmen in dieser Beziehung an Allerhöchster Stelle zu befürworten. Was das Verhalten des Bezirkskommandos betrifft, so wird diese Sache im ordentlichen Instanzenwege aufgeklärt werden. (Unruhe im Zentrum und Bewegung.)

In der Besprechung der Interpellation wird das Kölner Verfahren von allen Parteien verurteilt; die Redner der meisten Parteien sind von den Erklärungen des Ministers nicht befriedigt. — In der Zentrumspresse wird die Angelegenheit noch lange diskutiert.

15. Januar. (Berlin.) Eine Abordnung des Vorstandes des Preußischen Landes-Kriegerverbandes überreicht dem Kaiser 120000 Mark zu einer Stiftung zu Gunsten bedürftiger Kriegsteilnehmer. Der Kaiser erwidert:

Ich freue Mich über die Ueberraschung, die Mir heute namens Meiner alten Soldaten bereitet wurde. Die Idee der Stiftung zur Erinnerung an den Tag des Gründung des Königreichs Preußen berührt Mich sehr sympathisch, denn eine Stiftung, die bestimmt ist, die Not zu lindern, Thränen zu trocknen, ist viel besser geeignet, die Erinnerung an diesen Tag wach zu halten, als jede andere Widmung, die Mir dargebracht würde. Ganz besonders überraschte Mich die hohe Summe, die durch Kameraden zusammengebracht ist, ein hochachtbarer Betrag. Er beweist, in welcher einheitlichen Weise die Kriegervereine zusammengefaßt sind. Ich freue Mich ferner, daß die Absicht besteht, das Grundkapital fernerhin zu verstärken. Gern konstatiere ich bei dieser Gelegenheit, wie ich auf Meinen Reisen überall beobachtet habe, welch frischer patriotischer Geist unter den Kriegervereinen weht. Ich halte mich gern überzeugt, daß dieser Geist unter Ihrer Leitung auch fernerhin erhalten bleibt und beauftrage Sie, Meinen Dank den Kameraden zu übermitteln.

15. Januar. (Württemberg.) Der König eröffnet den Landtag. Thronrede. Etat.

In der Thronrede werden die wirtschaftliche Lage und der Stand der Staatsfinanzen als durchaus befriedigend bezeichnet. Die Ueberschüsse aus zwei früheren Jahren betragen 9 Millionen, wovon 7 Millionen für die Fortsetzung bereits genehmigter Eisenbahnbauten erforderlich sind. Die Staatsausgaben sind zwar im Steigen begriffen; auch sind die Mehrausgaben für dringend gebotene Aufbesserung der Gehälter vorgesehen. Trotzdem kann der Etat mit einem kleinen Ueberschusse abgeschlossen werden, dank den höheren Erträgnissen des Kammergutes und der Landessteuern. Sodann kündigt die Thronrede die Wiedervorlage der gescheiterten Steuerreform an. Hinsichtlich der Verfassungsrevision erstrebe die Regierung fortwährend eine Aenderung in der Zusammensetzung der beiden Kammern, allein, solange die tiefgehende Verschiedenheit der Meinungen keine Ausgleichung innerhalb der Ständeversammlung erfahren habe, sei von dem Vorgehen der Regierung ein Erfolg nicht zu erwarten.

Der gesamte Staatsbedarf beläuft sich für 1901 auf 87986464 Mark, für 1901 auf 88855596 Mark, das ist mehr 4843421 Mark, beziehungsweise 5712553 Mark (die allgemeine Aufbesserung ist dabei nicht gerechnet). Die Staatsschuld beträgt auf 1. April 1901 498003375 Mark, gegen 1. April 1899 mehr 12773375 Mark, durchaus infolge von Anleihen für Eisenbahnzwecke. Unter Berechnung der bevorstehenden Tilgungen einerseits, neuer Anlehen für zu verwilligende Eisenbahnkredite andererseits wird sich am Schluß der angetretenen Etatsperiode, 1. April 1903, die Staatsschuld auf rund 520 Millionen Mark beziffern. Von der württembergischen Staatsschuld werden verzinst: rund 24 Millionen zu 3 Prozent, rund 427 Millionen zu 3½ Prozent, rund 47 Millionen zu 4 Prozent, durchschnittlicher Zinsfuß 3.52 Prozent. Anlehen mit planmäßiger Tilgung sind es 288 Millionen, Anlehen, die bis 1950 heimzuzahlen sind, 199 Millionen, nicht kündbare 11 Millionen. Was die einzelnen Departements betrifft, so erfordert die Justiz einen Mehraufwand von 69492 Mark, bezw. 154021 Mark, hauptsächlich für Stellenvermehrung, das Departement der Auswärtigen Angelegenheiten, politische Abteilung, erfordert mehr: 4770 Mark, die Abteilung der Verkehrsanstalten weniger: 2150 Mark. Das Departement des Innern verlangt einen Mehraufwand von 404665 Mark, bezw. 415981 Mark, einen Hauptanteil hat die Zentralstelle für die Landwirtschaft und die Straßenbauverwaltung. Das Kirchen- und das Schulwesen erfordert 502598 Mark, bezw. 611791 Mark mehr; im wesentlichen für Zwecke der Volksbildung.

Das Departement der Finanzen hat nur einen sehr kleinen Mehrbedarf von 2213 Mark, bezw. 1463 Mark.

16. Januar. Der Reichstag verweist mehrere Anträge betr. Ausgestaltung der Gewerbegerichte an eine Kommission und genehmigt einen Antrag Hitze (Z.) =v. Heyl (nl.) über denselben Gegenstand.

17. Januar. (Bayern.) Eine kgl. Verordnung verleiht der Technischen Hochschule München das Recht, die Doktorwürde (Dr. ing.) zu verleihen. (Vergl. 1899 S. 152, 185.) — Die Hochschule ernennt den Prinzen Ludwig zum ersten Ehrendoktor.

17. Januar. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Bericht des Präsidenten über die Gratulationsaudienz beim Kaiser.

Präsident v. Kröcher: Meine Herren! In Erledigung des Auftrages, den Sie vorgestern Ihrem Präsidium erteilt haben (die Mitglieder des Hauses erheben sich von ihren Plätzen), hat dasselbe heute eine Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser und König und Gelegenheit gehabt, die Glückwünsche des Hauses Sr. Majestät darzubringen. Se. Majestät hat mich beauftragt, dem Hause Seinen Dank für diesen Glückwunsch auszusprechen und hinzugefügt, wie sich Se. Majestät wohl bewußt wäre, daß die Könige von Preußen nicht das hätten leisten können, was sie in der Weltgeschichte geleistet haben, wenn sie nicht ein solches Volk hinter sich gehabt hätten, ein Volk, welches ihnen die Offiziere und Soldaten, die Beamten aller Klassen in einer Vortrefflichkeit geliefert hätte, wie sie ein anderes Volk kaum hätte, und Se. Majestät hat dem Wunsche und der festen Zuversicht Ausdruck gegeben, daß der Geist, welcher Preußen in der Geschichte auf die jetzige Höhe gebracht hat, im Volke bleiben wird für alle Zeiten, für Seine Nachkommen und für die Nachkommen des Volkes, wie es bis jetzt gewesen ist. Meine Herren! Wir, die gewählten Vertreter des preußischen Volkes dürfen uns der Hoffnung hingeben, ja, ich kann sagen, wir können geloben, daß das Preußen auch in Zukunft ebenso treu zu seinem Herrscherhause stehen wird, wie es früher gestanden hat und wie es heute steht. Lassen Sie uns das bekräftigen durch den Ruf: Se. Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster König und Herr lebe hoch!

17. Januar. (Preußen.) Anläßlich der Jubiläumsfeier schreibt der „Staats-Anzeiger":

„Zwei Jahrhunderte sind morgen, am 18. Januar 1901, seit dem Eintritte des preußischen Königtums in die Geschichte verflossen. Ehrerbietig und dankbar begrüßen wir an dieser Stelle zum Jubelfest der preußischen Krone die zahlreich eingetroffenen hohen Vertreter der auswärtigen Mächte. An ihrer Spitze den erlauchten Großfürsten Wladimir von Rußland, den Thronfolger des mit uns verbündeten Oesterreich-Ungarn. Ebenso sei herzlicher Willkomm den deutschen Fürsten und Würdenträgern entboten, die als Abgesandte unserer Verbündeten im Reiche bei dieser denkwürdigen Feier um den König versammelt sein werden. Das Lob der preußischen Monarchie, die morgen in dem Mittelpunkt so vieler ehrenvoller Kundgebungen steht, ist ihre Geschichte. Ohne Ueberhebung darf hier ausgesprochen werden, daß die Nachkommen der Burggrafen von Nürnberg sich mit ihren Brandenburgern und Preußen die Königskrone redlich haben verdienen müssen. Preußen hatte über den Rahmen des Kurfürstentums

hinaus echt königliche Aufgaben zu erfüllen. Die Siege Friedrichs des Großen, zu denen ihm sein längst nicht mehr verkannter Vorgänger Mittel und Werkzeuge geschaffen hatte, ließen schon den nationalen Beruf des jungen Königreichs außerhalb seiner Grenzen vor dem weiteren Vaterlande verheißungsvoll aufleuchten. An diesen Großthaten Preußens erwarben die Deutschen die Gefühle einer deutschen Volksgemeinschaft und die Hoffnung auf die Erfolglosigkeit aller fremdländischen Bevormundungsversuche. Ja, in den besten Geistern der Nation lebte bald die Zuversicht, daß aus der Machtentfaltung des preußischen Königtums dem deutschen Volke der Segen einer gesamtstaatlichen Einigung nach langer Zerrissenheit erblühen werde. Zu der schweren Zeit der napoleonischen Eroberungen war die Seele Deutschlands in Preußen. Das so tief gedemütigte Königreich entwickelte für die nationale Sache ungeahnte Kräfte als opferfreudiger Vorkämpfer gegen die Fremdherrschaft. Seine schwer errungene Großmachtstellung hat dann Preußen unter der weisen und ruhmreichen Regierung Wilhelms des Großen den deutschen Gesamtinteressen untergeordnet und am Ende einer ehrenvoll durchlaufenen Bahn seiner selbständigen Politik sich dabei beschieden, fernerhin nur ein Bundesstaat zu sein innerhalb des neuen Reiches, der seinen Pflichten gegen die Mitverbündeten in unverbrüchlicher Treue erfüllt. Besonders ist die preußische Tüchtigkeit, die das Vaterland niemals wird entbehren können, aufs engste verwachsen mit unsern monarchischen Einrichtungen. Möge Preußens Königtum auch in seinem dritten Jahrhundert, dessen Schwelle es morgen überschreitet, der Hort des Reiches bleiben und der stärkste Träger der deutschen Größe und Weltmacht."

17. Januar. Depeschenwechsel des Kaisers mit der Königin der Niederlande anläßlich der Jubiläumsfeier.

Der Kaiser telegraphiert:

Das Fest, welches durch Gottes Gnade Meinem Hause und Mir zu feiern vergönnt ist, lenkt nächst zum Schöpfer Meinen Blick nach den Niederlanden. Dem großen Oraniengeschlechte verdanken wir die Tugenden, welche den Großen Kurfürsten schmückten, verdanken wir die herrliche Fürstin, welche Preußen seinen ersten König schenkte. Zum Gedächtnisse dessen und daß die Niederländer unsere ersten Matrosen und ein Niederländer unser erster Admiral war, habe Ich als Präsentiermarsch Meiner Marine den alten „Ehrenmarsch" der niederländischen Flotte verliehen. Möge Gott unsern beiden Häusern stets gnädig sein, wie einst in guten und bösen Tagen unsern Vorfahren. Meine Marine aber wird sich den Ausspruch des Admirals De Ruyter zu eigen machen: „Es ist mir lieber, daß ich nicht gelobt werde, von niemand, daß ich aber nach meinem Gewissen frei handeln und meine Befehle so ausführen kann, wie ich soll." Wilhelm.

Die Königin der Niederlande antwortet:

Gravenhag, 17. Jan. Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser in Berlin, Schloß. Ich danke Dir von ganzem Herzen für Dein mich sehr beglückendes Telegramm und für die Gefühle, die Dich, an dem morgigen denkwürdigen Tage auch Meines Landes, Meiner Vorfahren und unsres großen De Ruyters gedenken lassen. Deine Wertschätzung und Anerkennung für den längst Dahingeschiedenen rührt mich tief. Ich bin hocherfreut über die Verleihung unseres alten Ehrenmarsches als Präsentiermarsch an Deine Marine. Du weißt, welch innigen Anteil ich an dem heutigen bedeutungsvollen Feste nehme. Ich wiederhole Dir die allerherzlichsten freundschaftlichsten Glückwünsche. Wilhelmine.

18. Januar. (Preußen.) Der Jahrestag des 200jährigen Bestehens des preußischen Königtums wird unter Teilnahme zahlreicher fremder Fürstlichkeiten begangen.

Der Kaiser erläßt folgende Verfügung an die Armee:

An Meine Armee!

Ich gedenke heute, bei der Feier des 200. Jahrestages der Annahme der preußischen Königswürde vor allem Meiner Armee. König und Armee gehören in Preußen unzertrennlich zusammen. Dieser enge persönliche Zusammenhang zwischen Mir und jedem einzelnen Meiner Offiziere und Soldaten beruht auf 200 Jahre alter Tradition. Der Geist, welcher von Friedrich I. an, von allen Königen in der Armee gepflegt wurde, der Geist der Ehre, Pflichttreue, des Gehorsams, der Tapferkeit, der Ritterlichkeit — er hat die Armee zu dem gemacht, was sie sein soll und was sie ist: die scharfe, zuverlässige Waffe in der Hand ihrer Könige, zum Schutz und Segen für die Größe des Vaterlandes. An der Spitze der Armee dem Vaterlande zu dienen, das ist Mein Wille, das war der vornehmste Wunsch aller Meiner in Gott ruhenden Vorfahren. Ihrer Fürsorge verdankt die Armee ihre Kraft und ihr Ansehen. Sie hat durch zwei Jahrhunderte des großen Königs Ausspruch wahr gemacht: „Die Welt ruht nicht sicherer auf der Schulter des Atlas als der preußische Staat auf den Schultern der Armee!“ Mit ihrem Blute hat sie die Liebe und Dankbarkeit für ihre Könige besiegelt! Hiefür danke ich der Armee aus bewegtem Herzen. Ich danke ihr für die Hingabe, welche sie für Mich und Mein Haus im Dienste des Vaterlandes ohne Ruhe und Rast, jahraus, jahrein, selbstlos bethätigt. Solange dieser Geist die Armee mit ihren Königen verbindet, solange brauchen wir keine Stürme zu scheuen und Preußens Adler wird stolz seinen hohen Flug fortsetzen zum Wohle Preußens und zum Wohle Deutschlands! Das walte Gott!

Berlin, den 18. Januar 1901.

Wilhelm.

An den Reichskanzler, für das Reichsmarineamt, richtet der Kaiser folgenden Erlaß:

Der heutige Gedenktag lenkt Meinen Blick rückwärts in die Zeit des Kurfürstentums Brandenburg. Die stolze Flotte, welche der Große Kurfürst erstehen ließ, hat unter dem roten Adler ihre vielseitigen Aufgaben zum Ruhme des engeren Vaterlandes mit Erfolg und Geschick gelöst. Unter Preußens Königen ist sie neu erstanden. Der 200jährige Gedenktag, vor dessen Feier wir stehen, findet sie in lebenskräftiger Gestaltung im neuen Deutschen Reiche wieder. Bei den immer wachsenden Aufgaben, vor denen Meine noch in der Entwickelung begriffene Flotte steht, bedarf sie einer nie rastenden, zielbewußten Arbeit, um zu einem so starken Werkzeuge für das Deutsche Reich zu werden, wie es Meine Vorfahren auf dem preußischen Königsthrone in der Armee besaßen. Die wichtigste Bedingung hiefür ist schon erfüllt, der Geist des Schöpfers jener alten Flotte, der Geist des Großen Kurfürsten hat sich vererbt auf die neue Schöpfung, ist in ihr lebendig. So fühle Ich Mich am heutigen Gedenktage des Königreichs Preußen auch mit Meiner Marine aufs neue verbunden und es gereicht Mir zur Freude, ihr als sichtbaren Ausdruck dessen eine besondere Auszeichnung zuteil werden zu lassen, indem ich bestimme, daß auf der Koppel und dem Schärpenschlosse in Meiner Marine Mein Namenszug getragen wird. Ich beauftrage Sie, Vorstehendes zur Kenntnis der Marine zu bringen.

Weiter wird der Marine der holländische Ehrenmarsch für Trommler und Pfeifer, den sonach Marineteile in Zukunft allein zu spielen berechtigt sind, verliehen. Endlich schenkt der Kaiser der Marine ein Bronzestandbild des Großen Kurfürsten, das in Kiel an der Gartenseite der Marineakademie aufgestellt werden soll.

Zur Ehrung bürgerlichen und militärischen Verdienstes wird ein neuer Orden, der „Verdienstorden der preußischen Krone", gestiftet. Die Stiftungsurkunde besagt:

„Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. haben beschlossen, aus Anlaß des 200jährigen Jubiläums des Königreichs Preußen einen Orden zu stiften. Derselbe soll den Namen „Verdienstorden der preußischen Krone" führen, aus einer Klasse bestehen und zwischen dem Schwarzen Adlerorden und dem Großkreuz des Roten Adlerordens rangieren Die Abzeichen des Ordens sollen ein an einem blauen, gewässerten, an jeder Seite mit einem goldenen Streifen versehenen Bande von der linken Schulter zur rechten Hüfte zu tragendes Kreuz und ein achtspitziger, auf der linken Brust zu tragender Stern nach von Uns genehmigten Mustern bilden."

Im Lande wird die Jubiläumsfeier mit der Feier von Kaisers Geburtstag verschmolzen. Die Sozialdemokraten opponieren gegen die Feier, so protestieren die sozialdemokratischen Stadtverordneten von Berlin und Breslau gegen eine Beteiligung der Kommunen, werden aber von der Mehrheit scharf zurückgewiesen.

18. Januar. (Berlin.) Der Kaiser hält an die Vertreter der Provinz Ostpreußen, die ihn zur Jubiläumsfeier begrüßen, folgende Ansprache:

„Werte geehrte Herren! Von tiefem Danke gegen Gott ist Mein Herz erfüllt, wenn Ich auf die zwei Jahrhunderte Meines Hauses und Meines Vaterlandes zurückblicke, die wir heute vollenden. Unter des großen Königs Führung glorreich emporgestiegen, in schwerster Prüfung, edlem Golde gleich, geläutert und bewährt, richteten Fürst und Volk in dem Kampfe voll hingebender Vaterlandsliebe des Staates Größe wieder auf und fügten ihm eine neue Macht zu. Nach langer Friedensarbeit ward uns durch Gottes Gnade des deutschen Vaterlandes Einheit: Der unvergänglich lebt in dem Herzen des Volkes, Kaiser Wilhelm der Große, wurde des Deutschen Reiches Begründer! In Leid und Freud, in Krieg und Sieg, sind Preußens König und Volk zusammengewachsen, fest und unlöslich von einem Gedanken getragen, Jeder mit seinem Teile dem Vaterlande zu dienen. Doppelt fühlt in dieser feierlichen Stunde Mein landesväterliches Herz das Verlangen, Meinem Volke zu danken für die durch Jahrhunderte bewährte treue Hingebung, und Gott anzuflehen, daß er auch fernerhin mit seinem Segen das Volk und Vaterland geleite! Sie aber, des Stammlandes, des Königtums und der alten Krönungsstadt Vertreter, am heutigen Tage hier zu sehen, gereicht Mir zur besonderen Freude. Ein Jahrhundert ist dahingegangen, als Mein in Gott ruhender Vorgänger auf dem Thron, König Friedrich Wilhelm III., anläßlich der ersten Säkularfeier des Königreiches, durch eine Kundgebung an die ostpreußischen Stände am 1. Januar 1801 die Statue König Friedrichs I. zum „immerwährenden Denkmal gegenseitiger Liebe und Treue" widmete. Nicht ahnen konnte der König, als er diese Worte sprach, wie bald die Zeiten kommen sollten, die diese gegenseitige Liebe und Treue erneut be-

thätigten. In jenen Jahren der herbsten Prüfung, die unserm Vaterlande beschieden waren, waren es die Ostpreußen, in deren Haus und Herzen die königliche Familie sicher ruhte, und Ostpreußen wiederum waren es, die, als die Morgenröte der besseren Zeit anbrach, vorangingen in der vaterländischen Erhebung, wie sie reiner, edler und opferbereiter die Welt nicht gesehen. Eine Geschichte wie diese, ist ein Denkmal fester wie Erz, und so weiß Ich, aus wie treuem Herzen die Wünsche kommen, die Sie mir soeben ausgesprochen haben. Treue um Treue! Dankbar werde Ich allezeit im Herzen halten, was die Provinz für König und Vaterland gethan hat, gerne werde Ich ihr Meine landesväterliche Huld und Fürsorge gewähren. So entbiete Ich ihr auch heute Meinen Dank und königlichen Gruß und ersuche Sie, geehrte Herren, dies allen denen kund zu thun, die Sie entsandten."

19. Januar. (Berlin.) Der Kaiser reist infolge der Krankheit der Königin Viktoria nach England.

20. Januar. (Berlin.) Der Zentralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt veranstaltet eine große Kundgebung für die Kanalvorlage.

22. Januar. (Preußen.) Ermordung eines Rittmeisters im Dienst.

In Gumbinnen wird der Rittmeister v. Krosegk vom 11. Drag.-Reg., der wegen Strenge und Jähzorn verhaßt ist, beim Exerzieren in der Reitbahn erschossen. Der That angeklagt werden zwei Unteroffiziere seiner Schwadron, Marten und Hickel. Sie werden beide nach mehrtägigem Prozeß freigesprochen (3. Juni); der Gerichtsherr, Generalleutnant v. Alten, legt Berufung gegen das Urteil ein. — Die Sache erregt großes Aufsehen.

23. Januar. (Reichstag.) Kundgebung zu Ehren der Königin von England.

Reichskanzler Graf Bülow: Meine Herren! Nach 63jähriger Regierung (die Abgeordneten erheben sich) ist Ihre Majestät die Königin von England im 82. Lebensjahre zur ewigen Ruhe eingegangen. Während ihrer langen Regierungszeit ist Königin Viktoria immer bestrebt gewesen, ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und England zu pflegen. Nicht nur die engen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen unserem Kaiserhause und dem englischen Königshause, sondern auch die mannigfachen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen, die Deutschland und England verbinden, lassen uns aufrichtigen Anteil nehmen an der Trauer des britischen Volkes um seine ehrwürdige Herrscherin. Ich bin gewiß, daß ich mich mit den Empfindungen dieses Hauses begegne, wenn ich dieser Teilnahme hier Ausdruck verleihe.

Präsident Graf Ballestrem: An der tieferschütternden Trauerbotschaft, die uns soeben der Hr. Reichskanzler mitgeteilt hat, nehmen auch wir vollen Anteil. Ich konstatiere, daß der Reichstag das Gedächtnis der erhabenen verstorbenen Fürstin stets in hohen Ehren halten wird und an der Trauer herzlichen Anteil nimmt. Ich bitte, mich zu ermächtigen, von dieser Kundgebung Sr. Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich namens des Reichstags Mitteilung zu machen. Ich stelle dies als Beschluß des Reichstags fest.

24. Januar. (Reichstag.) Debatte über die Nichtbeförderung von Postsachen mit polnischer Adresse.

Abg. v. Glebocki (Pole) bringt folgende Interpellation ein:

1. Ist dem Hrn. Reichskanzler bekannt, daß in letzter Zeit an vielen Orten des Bundesstaats Preußen die Postbehörden Postwertsendungen und einfache Briefe, entgegen den Bestimmungen der Postordnung vom 20. März 1900, nicht befördert haben, wodurch zum Teil materieller Schaden für das betreffende Publikum entstanden ist? 2. Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um für die Zukunft solchen Uebelständen vorzubeugen?

Er legt mehrere Beweisstücke für diese Beschwerden vor und führt aus, daß in der polnischen Bevölkerung hierdurch Unzufriedenheit entstehen müsse. Staatssekretär v. Podbielski: Die polnischen Adressen hätten sich erst in jüngster Zeit so gehäuft. Ein polnisches Blatt hatte die Parole ausgegeben: „Wir bitten unsere Leser, künftighin die Adressen der Postsendungen polnisch zu schreiben, denn die Post ist verpflichtet, sie zu befördern." Es dauerte aber auch gar nicht lange, und auf einmal ging die Hochflut los. (Heiterkeit.) Während früher nur vereinzelte Postsendungen mit polnischen Adressen einliefen, wußten sich nunmehr die Beamten kaum zu retten. Sie kamen sowenig zurecht, daß ich von einigen Postämtern ersucht wurde, eine Bezirksverfügung zu erlassen. Um aber nicht Oel ins Feuer zu gießen, habe ich thatsächlich keine Verfügung erlassen. Es ist doch eigentümlich, daß polnische Geschäftsleute, Rechtsanwälte u. s. w., die früher deutsche Adressen schrieben, sich plötzlich nur polnischer Adressen bedienten. Wie schwierig für die Beamten und Postboten derartige Adressen sind, mögen folgende Fälle beweisen: Ein Brief an eine Frau May war Maja adressiert; eine Postsendung war nach Glogowiew adressiert; ich frage Sie: Was heißt Glogowiew? Es ist mir nach vieler Mühe gelungen herauszubekommen, daß Glogau damit gemeint ist. Gegen solche und andere Provokationen müsse sich die Verwaltung verteidigen. — Abg. Roeren (Z.): Das Vorgehen der Posener Verwaltung sei ungesetzlich; der Staatssekretär müsse verhindern, daß Behörden dem Hakatismus dienten. Abg. Sattler (nl.) und Abg. v. Staudy (kons.) sind mit dem Posener Vorgehen einverstanden. — Die Redner der Linken verurteilen die Posener Praxis als tendenziös und gehässig.

Januar. Alle größeren Blätter bringen Nekrologe auf die Königin Viktoria. Vielfach wird behauptet, daß sie gegen den südafrikanischen Krieg gewesen sei, aber als konstitutionelle Königin keinen Widerspruch erhoben habe. Hier und da wird erwartet, daß der Thronwechsel eine Verminderung des englischen Einflusses auf dem Festlande herbeiführen werde.

24. Januar. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Bei Besprechung der Kohlenfrage (vergl. 1900 S. 114) führt der Handelsminister Brefeld aus, die Regierung suche nach Möglichkeit sich von der Mitwirkung der Händler zu befreien und die fiskalische Kohle direkt in den Konsum zu bringen.

25. Januar. Der Reichstag verweist eine Vorlage über Versorgung der Teilnehmer an der Chinaexpedition und ihrer Hinterbliebenen an die Budgetkommission.

26. Januar. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Landwirtschaftsetat. Debatte über Getreidezölle. Erklärung Bülows.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) stellt den Antrag:

Die königliche Staatsregierung aufzufordern, mit größter Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein wesentlich gesteigerter Zollschutz zuteil werde, und in diesem Sinne dafür zu sorgen, daß baldigst die Vorlage des in Vorbereitung begriffenen Zolltarifs an den Reichstag erfolge.

Ministerpräsident Graf Bülow: Im Namen der königlichen Staatsregierung habe ich in Bezug auf den zu Ihrer Beratung stehenden Antrag des Herr Grafen v. Limburg-Stirum und Genossen die folgende Erklärung abzugeben: In voller Anerkennung der schwierigen Verhältnisse, in welchen sich die Landwirtschaft befindet, und von dem Wunsche beseelt, die Lage derselben wirksam zu verbessern, ist die königliche Staatsregierung entschlossen, auf die Gewährung eines ausreichenden und deshalb entsprechend zu erhöhenden Zollschutzes für die landwirtschaftlichen Produkte hinzuwirken. Die königliche Staatsregierung ist ferner bestrebt, die Vorlage des neuen Zolltarifs in jeder Weise zu beschleunigen. (Beifall rechts.)

Abg. Sattler (nl.): Der Antrag sei überflüssig. — Nach heftiger Debatte wird der Antrag mit 238 gegen 43 Stimmen angenommen.

26. Januar. (Bayern.) Bei der Feier von Kaisers Geburtstag hält Prinz Ludwig folgende Rede über die Chinafrage:

Meine Herren! Sie wissen, daß mir die ehrenvolle Aufgabe obliegt, das Hoch auf Se. königliche Hoheit den Prinzregenten auszubringen. Seine Majestät der deutsche Kaiser vollendet morgen das 42. Lebensjahr. Es sind diesmal üble Umstände, die seine Geburtstagsfeier begleiten. Seine Majestät der Kaiser hatte kaum das denkwürdige 200. Jahr preußischen Königtums gefeiert, als ihm die Kunde kam, daß seine Großmutter im Sterben liege. Von den Festen eilte Se. Majestät sofort nach England, um seine Großmutter noch am Leben zu treffen. Meine Herren! Sie wissen, daß Se. Majestät jederzeit bestrebt ist, dem Deutschen Reiche den Frieden zu bewahren. Nun könnte man glauben, daß der Feldzug gegen China Krieg sei. Nein, meine Herren, das war kein Krieg, das war nur eine Expedition, um Genugthuung zu fordern für die Beleidigungen, die die ganze gesittete Welt und insbesondere Deutschland erfahren. Bewundernswert war das Ausdauern der in Peking eingeschlossenen Personen; bewundernswert auch die ersten Kämpfe an der chinesischen Küste, beim ersten Marsch auf Peking schon, dann auch die Einnahme von Tientsin und die endliche Befreiung von Peking. Möge der wirkliche Frieden — in einen sogenannten Frieden befindet sich ja die Welt — bald zustande kommen! Möge es möglich sein, daß die Truppen bald wieder heimkehren. Mögen aber durch diesen Krieg die Chinesen selber, dieses uralte Kulturvolk, das durch lange, lange Mißregierung in die Barbarei zurückgefallen ist, dahin kommen, wo ihr östlicher Nachbar, Japan, angelangt ist. Mögen sich die Chinesen ebenso, wie es Japan in der letzten Zeit gethan hat, dem Christentum zukehren. Man kann sagen, was man will: das Christentum und das Gebot der Nächstenliebe, das keinen Unterschied zwischen weißen, schwarzen, gelben, roten Menschen kennt, hat die Völker siegreich werden lassen, während diejenigen Völker, die von diesen sittlichen Geboten abwichen, vom Erdboden verschwunden oder zurückgegangen sind, ein warnendes Beispiel für alle Zeiten und Völker. Möge es mir noch gestattet sein,

darauf hinzuweisen, daß in Bayern, als es sich darum handelte, für die Deutschland durch die Ermordung des deutschen Gesandten widerfahrene Schmach Genugthuung zu verlangen, von allen Seiten aus dem ganzen Lande Freiwillige in Massen sich gemeldet haben, viel mehr als man gebraucht hat. Se. königliche Hoheit der Prinzregent hat es sich nicht nehmen lassen, als der größte Teil der Bayern seine Hauptstadt verließ, sich von ihnen persönlich zu verabschieden und die Parade über das Bataillon abzunehmen. Meine Herren, die Thatsache, daß sich aus Bayern ebenso wie aus dem übrigen Deutschen Reiche in Masse Offiziere und Mannschaften gemeldet haben, als es galt, für Deutschlands Ehre einzustehen, diese Thatsache ist ein neuer Beweis, wie fest und treu sämtliche deutschen Fürsten und die deutschen Völker zu Kaiser und Reich stehen.

27. Januar. (Mörchingen in Lothringen.) Infolge einer Streitigkeit im Offizierskasino des Infanterie-Regiments Nr. 17 erschießt Oberleutnant Rüger den Hauptmann Adams in dessen Wohnung. — Der Thäter wird nach wiederholten Gerichtsverhandlungen zur Ausstoßung aus dem Heere und zu Zuchthaus verurteilt.

30. Januar. Der Reichstag genehmigt einen Antrag Hieber (nl.) über die Wohnungsreform:

Der Reichskanzler wird darin um baldigste Einberufung einer Kommission aus Vertretern des Reichs, der Bundesstaaten, Mitgliedern des Reichstags und Männern der Praxis ersucht, die durch Enquete die Wohnungsverhältnisse feststellen, vorgeschlagene Reformen begutachten und über zweckmäßige Organisation der öffentlichen Wohnungsfürsorge und staatliche und kommunale Kreditvermittlung für gemeinnützige Baugesellschaften Vorschläge machen soll. — Der Antrag wird durch Nationalliberale, Zentrum und Sozialdemokraten angenommen.

30. Januar. 6. Februar. (Reichstag.) Debatten über die Theaterzensur. (Vgl. S. 9).

Die freisinnige Volkspartei beantragt Aufhebung der Zensur für Theater, Singspiele und ähnliche Vorträge und Schaustellungen. — Abg. Müller (Meiningen, fr. Vp.): Die Zensur werde sehr ungleich gehandhabt, selbst innerhalb der einzelnen Bundesstaaten sei die Praxis sehr verschieden. Am engherzigsten werde sie in Preußen gehandhabt, wo die Polizei über die höchsten philosophisch-ästhetischen Fragen entscheide. Abg. Stockmann (RP.) bestreitet die Kompetenz des Reichstags in dieser Frage. Die Zensur sei zwar verbesserungsbedürftig, aber man dürfe nicht die letzte Schranke gegen die Verbreitung von Unsittlichkeiten von der Bühne aus niederreißen.

6. Februar. Abg. Bassermann (nl.) erkennt die Mißgriffe der polizeilichen Theaterzensur an, wünscht aber ihre Beibehaltung für die Variétés. Abg. Roeren (Z.): Trotz der Mißgriffe sei die Zensur unentbehrlich, sie werde häufig noch viel zu milde gehandhabt und lasse schamlose Darstellungen passieren.

30. Januar. Der Kaiser richtet folgenden Erlaß an den Reichskanzler:

Nach der herzerhebenden, Mich hochbeglückenden Festesfreude, mit welcher der so bedeutsame 200jährige Gedenktag der Erhebung Preußens

zum Königreiche im ganzen Lande gefeiert werden konnte, ist durch den Heimgang weiland Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien und Irland, Meiner vielgeliebten, hochverehrten Großmutter, tiefe Trauer über Mich und Mein Haus gekommen. Unter dem frischen Eindruck dieser Heimsuchung habe ich Meinen diesjährigen Geburtstag an der Bahre der edlen Fürstin in stiller Einkehr begangen. Umso wärmer und lauter sind aber an Mein landesväterliches Herz die zahlreichen Kundgebungen aus der Heimat gedrungen, welche Mir die innige Teilnahme Meines Volkes an Meinem Schmerze, sowie seine treue Fürbitte für Mein ferneres Wohlergehen zum Ausdruck gebracht haben. Es hat Mir wohlgethan, erneut zu erfahren, in welch freundlicher Weise Meiner an Meinem Geburtstage in deutschen Landen und seitens der im Auslande weilenden Deutschen gedacht wird. Es drängt Mich, allen Beteiligten Meinen wärmsten Dank zu erkennen zu geben. Gott der Herr aber wolle das deutsche Volk in allen seinen Schichten und Gliedern auch ferner in seinen gnädigen Schutz nehmen und die deutsche Treue, den deutschen Fleiß und die deutsche Arbeit allezeit mit Segen krönen. Ich ersuche Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Osborne, den 30. Januar 1901.

Wilhelm I. R.

31. Januar. 8. Februar. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Debatte über die Anstellung von Juden im Justizdienst.

Beim Justizetat verweist Abg. Peltasohn (fr. Vg.) auf das Mißverhältnis zwischen der Verleihung des Notariats an jüdische und christliche Rechtsanwälte; christliche Rechtsanwälte werden in Berlin durchschnittlich nach 8 Jahren, jüdische nach 18 Jahren Notare. In Berlin und in Posen sind weit weniger jüdische Notare, als der Anzahl der jüdischen Rechtsanwälte entspricht. In Posen ist seit 1879 nur ein einziger jüdischer Notar ernannt, es gibt dort sogar jüdische Justizräte, die noch nicht Notare sind, und das widerlegt auch die Annahme, als ob die jüdischen Rechtsanwälte wegen Untüchtigkeit oder dergleichen nicht zu Notaren ernannt werden. Ich halte das auf diesem Gebiete zu Tage getretene Verhalten der Justizverwaltung für nicht mit der Verfassung und dem bestehenden Gesetz im Einklang befindlich.

Justizminister Schönstedt: Der Herr Vorredner ist von dem falschen Gesichtspunkt ausgegangen, daß bei der Ernennung von Notaren das Interesse der Rechtsanwälte maßgebend ist, nicht aber das Interesse der Bevölkerung. In Berlin sind unter 851 Rechtsanwälten 526 jüdische, also etwa drei Fünftel (Hört! hört!), unter den 176 Notaren sind 65 jüdische, also etwas über ein Drittel. Der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung ist 5,4. (Hört! hört!) Ich würde es zunächst ablehnen, Auskunft zu geben über die Gründe, die mich im einzelnen bestimmen bei der Ernennung von Notaren. Ich mache von meinem Recht der Ernennung nach bestem Wissen und Gewissen Gebrauch, maßgebend ist für mich dabei an erster Stelle das Interesse der Bevölkerung, ich glaube aber, daß ich es nicht würde verantworten können der Bevölkerung gegenüber, wenn ich beispielsweise in Berlin jüdische Notare in derselben Anzahl ernennen würde, wie es dem Prozentsatz der jüdischen Rechtsanwälte oder dem Dienstalter entspricht. Ich glaube, das würde in weiten Kreisen der Bevölkerung Anstoß erregen; daß das Notariat mehr oder weniger ausschließlich bei jüdischen Rechtsanwälten liegt, kann ich und werde ich nicht herbeiführen. Gerade die Geschäfte, zu denen die Notare hinzugezogen werden, sind solche, die ein persönliches Vertrauen voraussetzen, es handelt sich vielfach um die intimsten

Familienangelegenheiten, wie die aller diskretesten Vermögenssachen, und da glaube ich, wie die Verhältnisse bei uns einmal liegen, damit rechnen zu müssen, daß ein großer Teil der christlichen Bevölkerung Bedenken trägt, alle diese Verhältnisse jüdischen Rechtsanwälten anzuvertrauen. Damit erhebe ich keinen Vorwurf gegen die jüdischen Rechtsanwälte, ich erkenne es an, daß unter ihnen eine große Zahl ganz hervorragender und in jeder Beziehung ehrenwerter und Vertrauen verdienender Leute sich befinden, trotzdem muß ich mit der Thatsache rechnen, daß die christliche Bevölkerung diesen nicht ihre vertraulichen Angelegenheiten anvertrauen will. Von einer Verletzung der Verfassung und besonders von einer Verletzung der Gesetze von 1869 ist dabei keine Rede. Wenn ich den Grundsätzen des Abgeordneten Peltasohn folgte, dann würden wir vielleicht nach kaum 10 Jahren in Berlin nur noch jüdische Notare haben, und das ist ein Zustand, für den ich die Verantwortung nicht übernehmen könnte. Im ganzen Staat ist die Zahl der jüdischen Rechtsanwälte in den Jahren 1887 bis 1900 von 20,4 auf 26,8 Prozent gestiegen, auch die Zahl der jüdischen Assessoren und Richter stieg prozentual, und es hat für mich keine geringen Schwierigkeiten, jüdische Assessoren in Richterstellen zu bringen. Ich hätte nicht erwartet, daß der Herr Vorredner gerade der Justizverwaltung solche Vorwürfe gemacht hätte, da doch in der ganzen Monarchie alle anderen Verwaltungen es ablehnen, jüdische Herren zu nehmen. Von den Oberlandesgerichtspräsidenten wird mir jedesmal, wenn ein jüdischer Konkurrent in Frage kommt, bemerkt, wie schwierig und fast unmöglich es sei, jüdische Richter in jenen Bezirken anzustellen. Ich erkenne an, daß nach dem Gesetz die Juden gleichberechtigt sind, und daß ihnen alle öffentlichen Aemter zugänglich sind, aber ich erkenne nicht an, daß jeder, der eine Prüfung abgelegt hat, nun ein Recht hat, angestellt zu werden. Es wird bei der Anstellung von Fall zu Fall geprüft werden müssen, ob bei den gesamten Verhältnissen die Anstellung eines jüdischen Richters zulässig ist. Die jüdischen Rechtsanwälte und Assessoren sind meist vernünftig und objektiv genug, zuzugeben, daß ihre Anstellung nur in beschränktem Umfang erfolgen kann. Ein bestimmter Prozentsatz ist nicht vorgesehen. Es ist auch möglich, daß mit der Zeit sich das Verhältnis der jüdischen Beamten zu den christlicher noch ungünstiger gestaltet, ich kann daran nichts ändern, ich habe der Gesamtheit zu dienen. — Dem Abgeordneten Schmitz gegenüber bemerke ich: Es hat mich gefreut, anerkennen zu hören, daß der Uebergang vom alten zum neuen Recht sich viel leichter vollzogen hat, als von vielen Seiten angenommen wurde, und ich kann meinerseits nur die Anerkennung aussprechen, daß die Richter sich über Erwarten befähigt haben, in die neuen Verhältnisse hineinzutreten. Was die Aenderungen beim Immobilienverkehr angeht, so war der Reichstag dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß es notwendig sei, diesen Verkehr auf eine sichere Basis zu stellen; man wird sich daran gewöhnen. Was das Gesetz betreffend die Fürsorgeerziehung betrifft, so wird im nächsten Ministerialblatt ein gemeinsam von mir und dem Minister des Innern herrührender Erlaß an die Staatsanwälte und die mit der Strafvollstreckung betrauten Amtsrichter veröffentlicht werden, der sich auf die Ausführung des Gesetzes bezieht. An die Vormundschaftsrichter wendet sich der Erlaß nicht, da wir von diesen von vorneherein voraussetzen, daß sie die hohe Bedeutung des Gesetzes voll und ganz zu würdigen wissen. (Beifall.)

Am 8. Februar bezeichnet Abg. Crüger (fr. Vp.) die Grundsätze des Ministers als verfassungswidrig, denn alle Konfessionen seien gleichberechtigt. Justizminister Schönstedt: Es heiße in der Verfassung: „Der König besetzt alle Stellen im Heere, wie in den übrigen Zweigen der

Verwaltung", so heißt es in der Verfassung. Sie werfen mir eine Verletzung der Verfassung vor. Ich könnte den Spieß umkehren und sagen, daß die einen Angriff auf die Verfassung machen, die es unternehmen, dieses Kronrecht anzutasten. (Lärm links, Beifall rechts.) Die Verantwortung für das, was geschehen ist, trage ich und kann ich tragen. — Auf eine Anfrage über den Konitzer Mord (1900 S. 51) sagt der Minister: Niemand mehr als die Justizverwaltung und er für seine Person könne bedauern, daß der gräßliche Mord bis jetzt vollständig ungesühnt geblieben ist. Keinen der Beamten treffe der Vorwurf, daß er sich einer pflichtwidrigen Unterlassung schuldig gemacht habe und daß man am Anfang der Untersuchung nicht energisch genug vorgegangen sei. Man fragte bei der Untersuchung nicht, ob der Mörder ein Jude oder Christ sei. Ich machte dem Oberstaatsanwalt zur Pflicht, mit der Untersuchung des Mordes sich nach jeder Richtung hin zu beschäftigen. Der Herr ist berühmt wegen seiner Sachlichkeit; er setzte sein ganzes Können an die Aufklärung des Mordes. Das Resultat ist gleich Null. Die Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft sind fortgesetzt beschäftigt, auch das kleinste Anzeichen weiter zu verfolgen.

In der weiteren Debatte treten die Redner der Rechten und des Zentrums dem Minister bei; ein Antrag der Freisinnigen, der sich gegen die Praxis der Regierung richtet, wird abgelehnt. — Die Presse der Linken greift den Justizminister scharf an.

Januar. Preßdebatte über Bülows wirtschaftspolitische Stellung.

Die Erklärungen des Grafen Bülow über den Schutz der Landwirtschaft werden von den agrarisch gesinnten Blättern mit Sympathie begrüßt, während die Presse der Linken darin die Absicht steht, die extremsten Forderungen der Agrarier erfüllen zu wollen, und die preußische Regierung heftig angreift. Die offiziöse „Berliner Korrespondenz" schreibt dazu: „Die Hauptstücke aus dem Arsenal der Gegner der Agrarzölle sind namentlich aus den Volksversammlungen, in denen Freisinnige, Nationalsoziale und Sozialdemokraten zum Kampfe aufriefen, sowie aus einer ganzen Serie theoretisierender Flugblätter und Vorträge hinlänglich bekannt. In allen diesen rednerischen und publizistischen Auslassungen wird mit besonderer Vorliebe gegen den ‚Brotwucher' geeifert. Unter dieser Parole sind die demokratischen Heerscharen aller Schattierungen, zumeist unterstützt von einzelnen wirtschaftspolitischen Doktrinären, seit mehr als zwei Dezennien bei jeder Debatte über das vom ersten Reichskanzler inaugurierte wirtschaftspolitische Programm ins Feld gezogen. Den gegenwärtig aufs neue sich erhebenden Klagen über ‚Brotwucher' wird man wie früher so auch jetzt eine wesentliche Bedeutung nicht beimessen dürfen. Die den ‚Brotwucher' vermeintlich bedingenden Getreidezölle haben den gewaltigen Aufschwung der deutschen Industrie und die außerordentliche Verbesserung in der Lebenshaltung des deutschen Arbeiterstandes nicht aufgehalten, haben vielmehr, als ein hochwichtiges Glied in der Kette der nationalen Wirtschaftspolitik, unserm wirtschaftlichen Gedeihen manche neue Antriebe zugeführt. Es muß auch dahingestellt bleiben, inwieweit die in Aussicht genommene Steigerung der Getreidezölle eine Brotverteuerung zur Folge haben wird. Jedenfalls läßt die Thatsache, daß die Getreide- und Brotpreise in Deutschland in Zeiten mit äußerst niedrigen oder gar nicht vorhandenen Getreidezöllen beträchtlich höher standen, als es gegenwärtig der Fall ist, erkennen, daß nicht lediglich der Zollpolitik die Verantwortung für die Gestaltung der Brotpreise aufgebürdet werden kann."

Ende Januar. Die Ernennung des Kaisers zum englischen Feldmarschall und die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens an Lord Roberts wird in Deutschland sehr kühl aufgenommen und in der Presse vielfach unfreundlich kommentiert. (Vgl. England).

31. Januar. (Preußen.) Verfügungen über die Beförderung von Postsendungen mit polnischer Aufschrift. Uebersetzungsämter. (Vgl. S. 20).

Der Staatssekretär v. Podbielski erläßt folgende Anweisung an die Oberpostdirektion Posen:

Aus mir vorliegenden Beschwerden über die Beanstandung von Postsendungen mit polnischen Adressen habe ich ersehen, daß einzelne Postanstalten in Bescheiden und an die Absender gerichteten Unbestellbarkeitsmeldungen als Grund der Unbestellbarkeit die Anwendung der polnischen Sprache oder die Nichtabfassung der Aufschrift in deutscher Sprache angegeben haben. Dieses Verfahren kann ich nicht billigen. Da die Unbestellbarkeit lediglich davon abhängt, ob der Vorschrift im § 4 der Postordnung hinsichtlich der deutlichen und bestimmten Bezeichnung von Empfänger und Bestimmungsort genügt ist oder nicht, darf auch die Begründung dem Publikum gegenüber nur mit dieser Bestimmung der Postordnung erfolgen. Die anderweitige Begründung erweckt beim Publikum leicht den Verdacht der Willkür.

Die Oberpostdirektionen Posen und Bromberg machen folgendes über die Einrichtung von Uebersetzungsämtern bekannt:

Behufs Aufrechterhaltung eines geordneten und sicheren Dienstbetriebes bei den Postanstalten wird hiermit zur Erläuterung der Bestimmung in § 4 der Postordnung vom 20. März 1900, wonach

in der Aufschrift der Empfänger und der Bestimmungsort deutlich und so bestimmt bezeichnet sein müssen, daß jeder Ungewißheit vorgebeugt wird,

folgendes zur Kenntnis des Publikums gebracht:

1. Bei Sendungen, für welche die Postverwaltung Gewähr zu leisten hat, d. h. Paketen, Postanweisungen, Einschreibbriefen und Briefen mit Wertangabe, muß die ganze Aufschrift in einer jedem Postbeamten verständlichen Sprache angegeben sein. Hierbei sollen allgemein gebräuchliche Anreden in fremder, z. B. polnischer Sprache, von denen vorausgesetzt werden kann, daß ihre Bedeutung den der fremden Sprache nicht mächtigen Beamten bekannt ist, nicht beanstandet werden; für die aus der Anwendung solcher Ausdrücke entstehenden Weiterungen und Unzuträglichkeiten übernimmt indessen die Postverwaltung gemäß § 27 III der Postordnung keine Verantwortung. Sendungen, die den Anforderungen nicht entsprechen, werden von den Postanstalten nicht zur Beförderung angenommen.

2. Auch bei den gewöhnlichen Briefsendungen nach dem Inlande (Briefen, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben) muß die Aufschrift der Regel nach in allgemein verständlicher Sprache abgefaßt sein. Finden sich indessen solche Sendungen mit fremdsprachlicher Adresse im Briefkasten vor, so werden sie, wenn der Bestimmungsort verständlich angegeben ist, der Bestimmungspostanstalt zugeführt, welche die Bestellung versucht, sofern sie über die Adresse nicht im Zweifel ist. Bestehen jedoch Zweifel, so sind die Sendungen der bei der unterzeichneten Oberpostdirektion eingerichteten Uebersetzungsstelle zuzuführen. Dorthin gelangen auch die Briefsendungen, deren Bestimmungsort in unverständlicher Weise angegeben

ist. Kann die Behändigung der Sendungen auch nach Mitwirkung der Uebersetzungsstelle nicht erfolgen, so werden die Sendungen als unbestellbar behandelt.

Das Publikum wird hiernach in seinem eigenen Interesse ersucht, sich bei der Adressierung der Postsendungen der deutschen Sprache zu bedienen.

1. Februar. (Württemberg.) In der Kammer erwidert Minister des Innern Pischek auf eine Anfrage über die Ansicht der Regierung von einem höheren Zollschutze für die Landwirtschaft:

In Württemberg haben wir noch ein bedeutendes Ueberwiegen der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Vergleich zum ganzen Reich. Unsere landwirtschaftliche Bevölkerung betrage noch 45 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Erhaltung des Bauernstandes sei ein Lebensinteresse des Staates nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen, denn der Bauernstand sei eine der sichersten Stützen des Staates. Aber ohne Getreidebau könne die Landwirtschaft nicht bestehen. Der Rat an die Bauern, sich anderen Betrieben zuzuwenden, sei ebenso billig als unausführbar. Ebenso schließe er sich dem an, daß von der Erhöhung auch der kleine Landwirt einen Nutzen habe. Selbstverständlich sei, daß derjenige, der mehr verkauft, auch mehr Nutzen hat. Er sei der Meinung, daß eine ausreichende Erhöhung des Zolles gerechtfertigt und notwendig sei, besonders da damit zu rechnen sei, daß bald auch das mesopotamische Getreide auf den Weltmarkt komme. Ein Tarif ohne die Erhöhung werde weder beim Reichstag noch beim Bundesrat durchgehen. Er gebe unbedingt zu, daß es auch noch andere Mittel zur Hebung der Landwirtschaft gebe, aber das spreche nicht gegen die Erhöhung des Zolles. Selbstverständlich sei es, daß die Regierung die Hand zu einer übermäßigen Erhöhung nicht geben dürfe mit Rücksicht auf die übrigen Bevölkerungsklassen. Es könnte dann auch eine übermäßige Steigerung der Güterpreise eintreten. Den maßlosen Uebertreibungen des Abg. Tauscher müsse er aber entschieden entgegentreten. Die Zahlen, die dieser über die Belastung der Arbeiter angeführt hat, seien falsch. Nicht 42 Mark, sondern 13 Mark 50 Pfennig fallen auf die Familie mehr bei einer Erhöhung des Zolls von 3 Mark 50 Pfennig auf 5 Mark. Er bitte nachzurechnen, er bringe das nicht anders heraus! (Heiterkeit.) Unser Import übersteige den Export immer noch um 1300—1400 Millionen jährlich. Ein erheblicher Rückgang unserer Ausfuhr wäre allerdings geeignet, den Niedergang des Staates herbeizuführen. Auch unsere württembergischen Verhältnisse mahnen bezüglich der Höhe der Getreidezölle zu einer gewissen Vorsicht, denn wir können unseren Bedarf an Getreide nicht selbst decken. Seit langer Zeit müssen wir mehr als ein Drittel einführen. Im Jahre 1897 waren es 168953 Tonnen, im Jahre 1898 trotz des guten Jahres 162456 Tonnen, die mehr eingeführt als ausgeführt wurden. Hierzu kommen dann noch 65433 Tonnen Mais, während wir Haber allerdings zu exportieren in der Lage sind. Die Anbaufläche können wir nicht steigern und eine Steigerung der Intensität hat ihre natürliche und wirtschaftliche Grenze. Jede Mark Zollerhöhung mache 2300000 Mark aus (bei dieser Berechnung nimmt der Minister an, daß das Inland den Zoll voll trägt), die unsere Bevölkerung zu zahlen habe ohne direkten Gewinn für die Landwirtschaft, aber indirekt habe sie einen Nutzen insofern, als dadurch die Steigerung des inländischen Getreidepreises bedingt ist. Was die Erhebungen des Deutschen Landwirtschaftsrats betreffe, so habe sich ergeben, daß nur 20 Prozent

der Gesamteinnahmen des Landes auf Getreidebau entfallen. Diese Zahl ist im Vergleich mit dem Durchschnitt im ganzen Deutschen Reich sehr niedrig. Der Durchschnitt im ganzen Reich betrage 26.4 Prozent. Daraus ergebe sich, daß der Getreidebau nicht die wesentlichste Einnahmequelle sei, sondern daß schon jetzt die Viehzucht überwiege. Aber doch drücken die niedrigen Getreidepreise die Landwirtschaft, deshalb sei eine Erhöhung der Getreidepreise nötig. Die Höhe der künftigen Zölle könne er nicht nennen, aber ohne Zahlen gehe man wie die Katze um den heißen Brei herum. Mit dem Wegfall unserer bestehenden Handelsverträge würde der autonome Zollsatz von 5 Mark ganz von selbst wieder eintreten. Er wolle noch auf den Gerstenzoll kommen. Jede Mark Zoll auf den Doppelzentner Gerste bedeute eine Belastung von 30 Pfennig auf den Hektoliter. Er könne versichern, daß die württembergische Regierung die Interessen der Landwirtschaft wahren werde, aber ebenso könne er versichern, daß die Interessen der Industrie und unserer konsumierenden Bevölkerung gewahrt werden. Diese beiden Richtungslinien führen zu einer Diagonale, zu einer maßvollen Erhöhung der Getreidezölle. Es könnte sein, daß dann vielleicht beide Teile nicht zufrieden seien. Aber dies halte er doch für besser, als wenn der Regierung vorgeworfen würde, daß sie das Interesse des einen Berufsstandes einseitig betone auf Kosten eines anderen Berufsstandes. (Beifall.)
(„Schwäb. Merkur".)

Hierauf wird mit 63 gegen 25 Stimmen beschlossen, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat für eine ausreichende Erhöhung der Einfuhrzölle auf Getreide, nicht bloß auf Weizen und Roggen, sondern insbesondere auch auf Gerste und Haber einzutreten. Mit Ja stimmen: Deutsche Partei mit Ausnahme von Weiß, Zentrum, Freie Vereinigung, die fraktionslosen Abgeordneten Spies und Graf Bissingen und 6 volksparteiliche Abgeordnete, mit Nein die übrigen Abgeordneten der Volkspartei und die Sozialdemokraten.

3. Februar. (Essen.) Die Generalversammlung des Verbandes christlicher Bergleute erklärt die Herabsetzung der Löhne nicht für gerechtfertigt, solange die hohen Kohlenpreise beständen, und verlangt, daß Arbeiter zur Grubenkontrolle herangezogen würden.

Anfang Februar. (Lübeck.) Das Reichsgericht erklärt die lübische Polizeiverordnung, die das Streikpostenstehen verbietet, für ungültig. (Vgl. 1900 S. 67). Sie stehe im Widerspruch mit der Gewerbeordnung und dem Strafgesetzbuche.

4./7. Februar. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Erste Beratung der Kanalvorlage. Begründung durch Thielen und Miquel. Verweisung an eine Kommission.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Thielen: Der Herr Ministerpräsident hat bereits in der zweiten Sitzung dieser Session die Grundlagen, auf denen der vorliegende Gesetzentwurf beruht, in so klaren und beredten Worten dargelegt, wie sie mir nicht zu Gebote stehen. Bei der ganz außerordentlichen Bedeutung des Gesetzentwurfs, der wohl zu den wichtigsten gehört, die jemals dem Landtage vorgelegt worden sind, darf die Staatsregierung gleichwohl nicht darauf verzichten, gleichsam in einer Ouvertüre Ihnen nochmals die Leitmotive vorzutragen, welche für die Vorlegung des Gesetzentwurfs maßgebend gewesen sind. Freilich, neue Weisen werde

ich ebensowenig Ihnen vortragen können, wie die Redner, die nach mir sprechen werden. Aber eine Verpflichtung der Regierung zu einer allgemeinen Einleitung der Beratung liegt umsomehr vor, als der vorliegende Entwurf nicht etwa nur eine mit einigen kostbaren Arabesken dekorierte Wiederholung der Kanalvorlage von 1898/99 sein wird, sondern ein umfassendes, aufgebautes wasserwirthschaftliches Programm für die nächsten fünfzig Jahre. Die technische und wirtschaftliche Vorbereitung des Gesetzentwurfs hat sich zu unserem Bedauern nicht so rechtzeitig abschließen lassen, daß der Gesetzentwurf noch in der vorigen Session hätte vorgelegt werden können, und wir bedauern lebhaft, daß auch in diese Vorlage der masurische Seenkanal noch nicht hat einbezogen werden können. Hoffentlich wird dies in absehbarer Zeit nachgeholt werden können. Auf der anderen Seite hat die Verzögerung der Vorlage selbst zum Nutzen gereicht; sie hat gründlicher durchgearbeitet werden können und man darf wohl auch annehmen, daß inzwischen auch die Anschauungen im Lande über diese Frage ruhiger und klarer geworden sind, daß auch im Lande das Bedürfnis größer geworden ist, diese wichtigste wirtschaftliche Frage ruhig und gründlich mit der Regierung zu prüfen, unbeeinflußt von allem, was außerhalb dieser Vorlage liegt. Die Regierung wird ihrerseits bemüht sein, nach besten Kräften die sachliche Prüfung der Frage zu erleichtern und Auskunft zu geben über die Fragen, die etwa noch zweifelhaft sein können. Von der Vorlage des Jahres 1898 unterscheidet sich die heutige wesentlich dadurch, daß sie sich nicht auf ein einzelnes, wenn auch sehr weitgreifendes Kanalunternehmen beschränkt, sondern ein umfassendes, die Verkehrs- und Landeskulturbedürfnisse fast aller Provinzen des Ostens und Westens berücksichtigendes Programm aufstellt und ein alle großen Wasserstraßen miteinander verbindendes Wasserstraßennetz schaffen will. Dies Wasserstraßennetz soll in seinem Ausbau möglichst einheitlich gestaltet werden und soll dazu befähigt werden, die Transportkosten insbesondere der Massengüter sehr erheblich, noch unter das Maß der Eisenbahntarife, zu ermäßigen, die wirtschaftliche Annäherung des Ostens und Westens durch den Austausch der beiderseitigen Produkte zu fördern, eine ganze Reihe von wertlosen Gütern zu wertvollen zu machen dadurch, daß sie transportfähig werden, und nicht zuletzt auch die Wehrkraft des Landes zu erhöhen. Es wird Aufgabe der Regierung sein, im Plenum und auch ganz besonders in der Kommission den Beweis zu liefern, daß der Gesetzentwurf wohl befähigt ist, diese Vorteile dem Lande auch wirklich zuzuführen. Wenn das Programm so, wie es Ihnen vorgelegt ist, zur Ausführung gelangt, so nutzen wir damit den Wasserreichtum unseres Landes aus und wir stehen dann auf der Höhe von allen anderen Kulturstaaten insofern, als wir uns zu Lande und zu Wasser solcher Verkehrswege erfreuen, wie kein anderes Land rings um uns. (Bravo! links.) Das Programm wird nun durchaus nicht einseitig einzelnen Zweigen unserer Wirtschaft oder einzelnen Landesteilen zugute kommen, sondern allen, wenn auch nicht allen in absolut gleichem Maße. Das ist ja überhaupt nicht möglich, und auch bei dem Bau von Eisenbahnen und Chausseen ergeben sich größere oder geringere Vorteile für einzelne Distrikte. Das eine aber ist sicher, in allen Ländern haben die Mittel, die für die Vermehrung der Verkehrswege aufgewendet worden sind, die zuverlässigsten und reichsten Zinsen getragen. Nun wird gesagt, die Kanäle hätten heute nicht mehr den wirtschaftlichen Wert, wie zur Zeit, da man das geflügelte Rad noch nicht kannte, und man thue daher besser, die Geldmittel zum Bau von Eisenbahnen zu verwenden. Die Statistik beweist, daß Eisenbahnwege und Wasserstraßen durchaus nicht einander ausschließen, daß sie sich nicht feindlich gegenüberstehen, sondern daß sie

sehr wohl nebeneinander bestehen und miteinander prosperieren können. (Beifall links. — Widerspruch rechts.) Wo wir daher neue Wasserstraßen angelegt haben, hat sich gezeigt, daß die Eisenbahnrente dadurch eine wesentliche Herabminderung nicht erlitten hat; im Gegenteil, mit dem Wachsen des Wasserverkehrs ist im allgemeinen der Eisenbahnverkehr gewachsen. Ein Beispiel für viele: die Einnahmen der Eisenbahnstation Münster, der bedeutendsten Station am Dortmund-Ems-Kanal, sind, trotzdem Münster einen ziemlich stark angewachsenen Wasserverkehr hat, nicht zurückgegangen, sondern sie haben eine, wenn auch nur kleine, Steigerung zu verzeichnen, und aus dieser kleinen Steigerung wird im Laufe der Zeit voraussichtlich noch eine erhebliche werden. Die Befürchtung, daß die Wasserstraßen den Eisenbahnen Abbruch thun könnten, ist im vorliegenden Falle auch deshalb unbegründet, weil ja die Verwaltung beider Verkehrswege in einer Hand, nämlich in der Hand des Staates, vereinigt bleiben wird. Daß Wasserstraßenverkehr und Eisenbahnverkehr sehr gut nebeneinander bestehen können, dafür auch ein paar Zahlen: in der Zeit von 1875 bis 1895 ist der Binnenschiffahrtsverkehr von 2,9 Milliarden Tonnenkilometer auf 7,5 Tonnenkilometer gestiegen, und der Eisenbahnverkehr in derselben Zeit von 10,9 auf 26,5 Milliarden Tonnenkilometer. In den 3 Jahren von 1895 bis 1898 ist das Verhältnis nahezu dasselbe geblieben, obwohl in dieser Zeit infolge der Anlage neuer Kanäle allein der Binnenwasserverkehr von 7,5 auf 10,7 Milliarden Tonnenkilometer gestiegen ist; in dieser Zeit ist der Eisenbahnverkehr in einem Maße gestiegen, daß an einzelnen Punkten seine Abwickelung nur unter den größten Schwierigkeiten möglich ist. Aus diesen Angaben kann man wahrhaftig nicht die Befürchtung herleiten, daß der Bau der Wasserstraßen die Eisenbahnen in Wirklichkeit erschüttern könnte. Wenn aber auch wirklich ein schematisch ausgerechneter Minderüberschuß von 51 Millionen für die Eisenbahnen herauskommen sollte, wenn diese rein rechnerische Papierexistenz sich in die Wirklichkeit übersetzen sollte, dann ist diese Papierexistenz schon längst überholt durch mit aller Sicherheit anzunehmende Mehreinnahmen, die inzwischen die Eisenbahnverwaltung notwendigerweise aufweisen wird — notwendigerweise, denn der Güterverkehr der Eisenbahnen hat in den letzten Jahren in jedem Jahre durchschnittlich um 5 Prozent zugenommen. Ich kann mir also überhaupt nicht denken, daß diese schematisch berechneten 51 Millionen greifbare Wirklichkeit werden können, es sei denn, daß ein allgemeiner Weltkrieg oder eine allgemeine Krisis dazwischen käme. Wenn aber wirklich einige Millionen weniger eingenommen werden würden, würden dann diese Millionen nicht dem Verkehr des ganzen Landes zugute kommen, da sie doch lediglich eine Herabsetzung der Frachtkosten und damit der Produktionskosten bedeuten würden! (Sehr richtig! links.) Wenn dann weiter die Befürchtung ausgesprochen wird, die Eisenbahnverwaltung werde durch die Konkurrenz der Wasserstraßen genötigt sein, ihre Tarife noch weiter herabzusetzen, dann erwidere ich, das hat der Staat nicht nötig, das hat er bisher niemals gethan und das wird er auch in Zukunft nicht thun. Anderseits kann es keinem Zweifel unterliegen, daß wir mit dem Ausbau unserer Wasserstraßen seit dem Eintritt in die Eisenbahnära erheblich zurückgeblieben sind, nicht aber zum Vorteil des Landes. Hätten wir den Ausbau der Wasserstraßen nicht vernachlässigt, so ständen wir den anderen deutschen Ländern — ich erinnere nur an Bayern, das jetzt ein größeres Wasserstraßennetz ausführt — wie auch dem Auslande erheblich günstiger gegenüber. Einen Vorteil können die Wasserstraßen in jedem Fall für sich in Anspruch nehmen: den Vorzug der Billigkeit der Transportkosten, und sie rentieren auch, wenn sie von vornherein leistungsfähig angelegt sind.

Man befürchtet von der Ausführung dieses Wasserstraßenprogramms eine Verschiebung der Verhältnisse zwischen den einzelnen Provinzen, speziell eine Benachteiligung des Ostens. Nun hat der Osten der Monarchie billige Frachten für seine landwirtschaftlichen Produkte durchaus nötig, und alle Jahre hören wir Klagen über die Aufhebung der Staffeltarife. Die Kanalvorlage bildet einen Ersatz für diese Staffeltarife, also keine Benachteiligung, sondern einen Vorteil für die östlichen Provinzen. Ob das Opfer, welches die Vorlage verlangt, die Finanzkraft des Staates überschreitet, oder ob es in einem richtigen Verhältnisse steht zu dem Vorteile, das ist eine hochwichtige und für die Entscheidung, die Sie zu treffen haben, bedeutsame Frage. Ihre Beantwortung will ich dem Herrn Finanzminister überlassen. Ich kann nur wiederholen: Wenn der Verkehr im Industrierevier sich so wie bisher weiter entwickelt, muß eine Entlastung der Eisenbahnen eintreten. Dies kann am allerwenigsten durch eine Verstärkung des Güterbahnnetzes geschehen, sondern nur durch den Kanal. Der Abbau der Steinkohlen wird fortgesetzt ein bedeutenderer und es resultiert daraus eine gesteigerte Inanspruchnahme der Transportmittel. In fünf Jahren hat sich die Steinkohlenproduktion um 18 Millionen Tonnen gesteigert. Das macht rund 5000 Waggons pro Tag. Wir sind uns vollständig darüber klar, daß wir auf den Kanal allein uns auch nicht verlassen können, um diesem vermehrten Bedürfnis zu genügen, und sind daher stetig bestrebt, die Eisenbahnanlagen im Industriereviere durch Vergrößerung der Leistungsfähigkeit der Bahnanlagen ꝛc. zu erhöhen. Weder in England noch in Amerika ist auf einen Bezirk ein so starker Verkehr konzentriert wie im Ruhrkohlenrevier und uns kann nur der Kanal helfen. Wir stehen in der Verkehrspolitik vor einem Wendepunkt, der entscheidend ist für die ganze künftige Gestaltung des Verkehrslebens. Der vorliegende Gesetzentwurf bezweckt in allen seinen Teilen nur die Landeswohlfahrt. Das gilt für alle vorgeschlagenen Maßnahmen, das gilt insbesondere für den Rhein-Elbe-Kanal. (Beifall links.)

Abg. Dr. am Zehnhoff (Z.): Die große Mehrheit des Zentrums würde die Vorlage ablehnen, solange nicht alle in der Kommissionsberatung näher zu erörternde berechtigte Wünsche und Kompensationen in vollem Maße berücksichtigt worden seien. Insbesondere verlangten die rheinischen Zentrumsmitglieder, daß die Moselkanalisierung in das Programm aufgenommen würde. Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Die Konservativen lehnten die Vorlage abermals ab, denn die Bedenken gegen den Mittellandkanal hätten sich nicht vermindert, sondern gesteigert. Die Vorlage solle in der Kommission sachlich erörtert und das Gute davon herausgenommen werden. Namentlich sprächen finanzielle Bedenken gegen den Kanalbau, weil die erwartete dreiprozentige Verzinsung unwahrscheinlich sei und die Einnahmen der Eisenbahnen voraussichtlich heruntergehen müßten. Abg. v. Eynern (nl.): Die Vorlage werde ein neues Band zur Verknüpfung zwischen Ost und West liefern. Der Kanal werde den Osten nicht schädigen, der Industrie aber von großem Nutzen sein, und von der Industrie hänge Deutschlands Blüte ab.

Finanzminister Dr. v. Miquel: Der Herr Abg. am Zehnhoff erklärt die Vorlage für eine internationale zur Schädigung der Nation, er schlägt aber Mittel vor, die jedenfalls Rotterdam noch mehr begünstigen und Emden noch mehr schädigen; denn die Lippe würde noch mehr Verkehr von Holland aufnehmen, wie die von der Regierung vorgeschlagene Linie. Der Herr Abgeordnete hat auch Bedenken wegen Schlesien. Warum soll dies denn schlechter gestellt sein; die Regierung hält die Garantie der Schaffung vou Ausgleichen doch vollständig aufrecht, ebenso daß der Groß-

schiffahrtsweg Berlin—Stettin gebaut werden soll. Es ist vollständig irrig, daß die Vorlage weniger weit geht, wie die Versprechungen der Regierung. Abg. Graf Limburg ist bedenklich, weil die Wirkungen wirtschaftlicher Maßnahmen nicht vorher zu berechnen seien. Von dem Standpunkte aus dürfen wir überhaupt nichts thun zur Verbilligung der Transporte und was sonst in die wirtschaftlichen Verhältnisse irgendwie eingreift. Wir haben das große allgemeine Interesse häufig unterzuordnen und das gilt besonders für diesen Fall. Ich erinnere hier daran, wie die politischen Freunde des Abgeordneten Graf Limburg mit uns für die Besserung der Schiffahrtsverhältnisse des Rheins und der Elbe eingetreten sind. Damals hat man nicht davon gesprochen, daß die Maßnahmen wirtschaftliche Verschiebungen zur Folge haben könnten. Die Regierung ist stets bemüht, einen Ausgleich der Interessen herbeizuführen und hat dies auch bei der Kanalvorlage erstrebt. Graf Limburg-Stirum führte Beispiele dafür an, wie die Wirkungen von Maßnahmen wirtschaftlicher Natur entgegengesetzter Art, wie sie voraus vermutet wurden, waren. Er vergißt aber die Fälle, wo die Voraussetzungen eingetroffen sind. Es liegt einmal in der Natur des Deutschen, zu kritisieren, und da kommt man dazu, daß man nur die Schattenseite sieht und dabei die Lichtseite ganz vernachlässigt. Man sagt, die Zeit der Kanäle sei vorbei, das ist falsch. Die Zeit der Kanäle war damals, als das Eisenbahnwesen seine Entwickelung begann, vorbei, aber sie ist wieder gekommen. Die Herren von Schlesien wollen die Garantien in das Gesetz hineingeschrieben haben. Sind denn die gesetzlichen Garantien für Schlesien weniger wert wie die schon 1886 gegebenen? Wenn letztere nichts wert sind, sind auch die ersteren nichts wert. Was das Finanzielle der Frage angeht, so erkläre ich: Ich würde mich nie entschlossen haben, den Kanal zu empfehlen, wenn ich nicht von der finanziellen Durchführbarkeit überzeugt wäre. Die Kapitalsanschaffung wird nur eine allmähliche sein. Für den Bau sind 15 Jahre vorgesehen, möglicherweise wird die Bauzeit noch etwas länger sein. Wenn man nun eine Kapitalsbeschaffung zu 1 1/2 Prozent annimmt — ich denke, das Kapital wird billiger zu erhalten sein — so müßten wir während des Baues 26 Millionen jährlich aufbringen. Die Summe erscheint nicht groß, wenn man berücksichtigt, daß wir seit 1880 für Sekundärbahnen jährlich 43 Millionen ausgegeben haben. Wenn dadurch unsere Finanzen nicht geschädigt sind, werden sie es auch nicht durch den Kanalbau. Die Kapitalsunkosten beim Kanalbetrieb werden sich auf Brutto 19,5 Millionen belaufen. Davon muß der Staat für 11,9 Millionen eintreten. Das ist das Maximum dessen, was der Kanal dem Staate kosten wird, wenn gar kein Verkehr auf dem Kanale ist. Daß dies eintritt, ist nicht anzunehmen. Wir haben schon jetzt Kanäle, welche sich rentieren, obwohl die Kanalabgaben nur mangelhaft geordnet sind. So bringt der Finowkanal einen Ueberschuß von 10 Millionen. Der Kanal wird aber durch die reichsten Provinzen gehen, und es ist daher nicht zweifelhaft, daß sich ein lebhafter Verkehr auf dem Kanal entwickeln wird. Eine bestimmte Rente kann ich natürlich nicht garantieren. Eine Hauptfrage hierfür ist, wie die Schiffahrtsabgaben geregelt werden. Die völlige Aufhebung der Abgaben auf dem Wasser halte ich für eine unberechtigte Begünstigung einer Klasse auf Kosten des Staates. Es ist dann gesagt, der Staat verliere durch die billigeren Kanalabgaben die Herrschaft über die Eisenbahnen. Das könnte vielleicht eintreten, wenn die Wasserstraßen von Privatunternehmern gebaut würden. Da der Staat sie baut, behält er seine Souveränität bezüglich der Festsetzung des Tarifes, weil er beide Verkehrsmittel in der Hand hat. Richtig ist, daß bei den Anlagen von Wasserstraßen der Eisenbahnverkehr des Bezirks zunächst etwas getrennt ist.

Das hat aber nur einige Jahre gedauert und dann ist ein Steigen des Eisenbahnverkehrs von Jahr zu Jahr allgemein anerkannt worden. Bei der Regelung der Abgabenfrage für die Wasserstraßen steht uns leider die Abgabenfreiheit auf den natürlichen Flußläufen im Wege; wir werden die Aufhebung dieser Bestimmung der Verfassung wohl so leicht nicht gewinnen können, wir können aber, wegen der Abgabenfreiheit auf den großen Flußläufen die Schiffe, die von dort auf unseren Kanälen kommen, mit höheren Abgaben belegen, ohne daß wir dadurch die Schiffahrt schädigen. Das ist keineswegs gegen die Verfassung; denn auf den Kanälen kann ich Abgaben erheben, soviel wie ich will. Wenn unsere Finanzlage uns nun die Durchführung des Kanalprojektes sehr wohl gestattet, dann müssen Sie weiter bedenken, daß ein billiger, gutgeordneter, rascher Verkehr dem Wohlstand des ganzen Landes nutzt. Speziell die Landwirtschaft wird Vorteil von den Kanälen haben. Massengüter sind für die Wasserstraßen und Massengüter sind die Produkte der Landwirtschaft. Der Güteraustausch vom Osten zum Westen wird sich neben Getreide auch auf die Kartoffeln erstrecken und in Verbindung mit vermehrtem Zollschutz der Landwirtschaft des Ostens erheblich nützen — die Landwirtschaft des Westens wird davon keinen Schaden haben; denn soweit kommen die mit immerhin schweren Abgaben belasteten Kornschiffe nicht; denn diese werden nach Hamburg gehen, schon um die abgabenfreie Elbe benützen zu können. Von einer wirklichen Verquickung dieser ganzen wirtschaftlichen Fragen mit einer politischen kann wohl ernstlich keine Rede sein. Es muß alles vermieden werden, um Disharmonien zwischen den Parteien des Hauses untereinander und gegenüber der Regierung zu vermeiden. Die Regierung würde es für eine wahre Wohlthat halten, wenn eine annehmbare Lösung dieser hochwichtigen Frage und eine Verständigung mit der Regierung gefunden würde. Lassen Sie sich durch vorgefaßte Meinungen nicht so beeinflussen, daß Sie der Regierung eine Annahme Ihrer Vorschläge unmöglich machen. Ein verständiger, auch in die Zukunft sehender Politiker, darf sich der Folgen der Ablehnung einer solchen Vorlage wie diese für die Entwickelung des Landes nicht entschlagen und darf sich nicht trösten damit, daß er sagt, es ist keine politische Frage, sondern eine wirtschaftliche, und es ist doch zweifellos, daß eine wirtschaftliche Frage von solcher Bedeutung auch ihre Wirkungen auf politischem Gebiete hat.

5. Februar. Abg. Wiemer (fr. Vp.): Die Bewilligung der Kompensationsforderungen hätte nur die Begehrlichkeit verstärkt und die Vorlage gegen früher verschlechtert. Die finanzielle Seite müsse genauer betrachtet werden, aber die Ausgabe für einen so rentabeln Zweck sei nicht drückend. Die Bedenken, die von verschiedenen Seiten vom Standpunkt der Eisenbahneinnahmen erhoben worden sind, scheinen mir wenig stichhaltig zu sein. Erstens beruhen die Berechnungen, die über den zu erwartenden Ausfall an Eisenbahneinnahmen angestellt worden sind, auf sehr unsicherer Grundlage; grundsätzlich aber stehen wir auf dem Standpunkte, daß Verkehrsfragen entschieden werden müssen, ganz unabhängig von fiskalischen Rücksichten irgendwelcher Art. (Beifall links.) Auf jeden Fall steht aber dem rechnerischen Einnahmeausfall eine Ersparnis der Privaten an Transportkosten, d. h. ein nationalwirtschaftlicher Vorteil gegenüber. Vor allem aber hat die Eisenbahnverwaltung selbst ein Interesse daran, durch die Kanäle entlastet zu werden. Die Eisenbahnen sind heute schon kaum mehr im Stande, den wachsenden Anforderungen des Verkehrs Genüge zu leisten, und der von Jahr zu Jahr wachsende Betriebskoeffizient läßt nicht erwarten, daß die Eisenbahnüberschüsse auf die Dauer steigen werden. Abg. Stengel (freik.): Er stehe den Meliorationsarbeiten an der Oder, Spree

und Havel sympathisch gegenüber und wünsche, daß sie in einem besonderen Gesetze behandelt wären. Auch den Berlin-Stettiner Kanal halte er für notwendig, und zwar im Interesse von Stettin. Wenn man den Mittellandkanal bewilligt, geht man damit zu einer Kanalpolitik über, wo es kein Halt mehr giebt, man schwimmt rettungslos weiter und für andere Bedürfnisse ist kein Geld mehr. Die so notwendige Schuldentilgung werde durch die Kanalprojekte verhindert. Er halte die Schuldentilgung für Preußen für sehr notwendig; man könne hier nicht auf andere Staaten verweisen, die noch weniger Schulden tilgten, da Preußen größere Betriebsverwaltungen habe wie jene Staaten und so gezwungen sei, häufiger große Kapitalsanlagen zu machen.

7. Februar. Handelsminister Brefeld: Die Kohlenlager im Westen der preußischen Monarchie seien so mächtig, daß das Deutsche Reich die Welt mit Kohlen versorgen könne, wenn Belgien und Frankreich ihre Kohlenvorräte längst erschöpft hätten. Auf diesen Kohlengefilden entwickelte sich eine Eisenindustrie, welche ganz Deutschland mit ihren Erzeugnissen versorge. Diese Versorgung müsse erleichtert werden. Hier berührten sich auch die sonst verschiedenen Interessen der Landwirtschaft im Osten, die vor allem der Maschinen bedürfe, und der Industrie im Westen. Wir haben alle ein großes Interesse daran, hier eine Verständigung zu finden. Abg. Graf v. Strachwitz (Z.): Die Mehrzahl seiner Freunde mache ihre Zustimmung zu der Vorlage davon abhängig, daß an Stelle der Emscherthallinie die Lippekanalisierung trete und daß die Forderungen für Schlesien erfüllt würden.

Hierauf wird die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Ein Antrag Wiemer, nur einzelne Teile an der Vorlage an die Kommission zu verweisen, wird gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei abgelehnt. Der Kommission gehören folgende Abgeordnete an: Vorsitzender v. Eynern (nl.), Stellvertreter Letocha (Z.), Schriftführer v. Mahrenholz (kons.), Pappritz (kons.), Macco (nl.), Schwarze (Z.) und Wiemer (fr. Vp.). Weitere Mitglieder: Konservative v. Arnim, Beuchelt, Bockelberg, Graf v. Kanitz, Graf zu Limburg-Stirum, v. Neumann, Hanseberg. Rabe v. Pappenheim, v. Quistorp; Freikonservative Gamp, Rewoldt, Stengel, Freiherr v. Zedlitz; Nationalliberale Reimnitz, Schmieding, Wallbrecht; Zentrumsangehörige Graw, Herold, Roeren, Graf v. Strachwitz, am Zehnhoff; von der Freisinnigen Vereinigung Gothein.

8. Februar. (Reichstagswahl.) Im Wahlkreise Aachen-Stadt wird Lehrer Sittart (Z.) mit 5133 Stimmen gegen Drechsler Eberle (Soz.) (1935 Stimmen) gewählt.

8. Februar. Der Reichstag verweist die Vorlage über die Schaumweinsteuer an eine Kommission.

8. Februar. (Preußen. Reichslande.) Ermäßigte Ausnahmetarife für landwirtschaftliche Gegenstände.

Die preußischen Eisenbahndirektionen und die Gereraldirektion der elsaß-lothringischen Eisenbahnen werden ermächtigt, einen ermäßigten Ausnahmetarif für Futtermittel und Streumittel mit Gültigkeit bis zum 1. Juli einzuführen für Versand nach den Provinzen Westpreußen, Posen, Pommern und Schlesien, ferner nach dem Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder und nach verschiedenen Kreisen der Regierungsbezirke Potsdam, Magdeburg, Merseburg, Erfurt und Trier. Die Ausdehnung auf den Versand von Stationen der Main-Neckar-Bahn, der oldenburgischen Staatsbahnen und

der unter preußischer Staatsaufsicht stehenden Privatbahnen ist im voraus genehmigt. Im Bereiche der Staatseisenbahnen und der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen tritt der Ausnahmetarif sofort in Kraft.

9. Februar. Der Kaiser erläßt folgende Verordnung über Bekleidung und Ausrüstung des ostasiatischen Expeditionskorps:

Im Einvernehmen mit Meinen Hohen Verbündeten, Ihren Majestäten den Königen von Sachsen und Württemberg und Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Luitpold, Regenten des Königreichs Bayern, bestimme Ich, daß bei dem ostasiatischen Expeditionskorps überall die Hoheitsabzeichen des Deutschen Reiches an die Stelle derer der Einzelstaaten treten. Auch soll der Ersatz an Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken für das ganze Expeditionskorps einheitlich nach den von Mir bereits genehmigten neuen Proben und den anliegenden Bestimmungen erfolgen. Das Kriegsministerium hat hiernach das Weitere zu veranlassen.

Homburg v. d. Höhe, den 9. Februar 101.

Wilhelm.

An das Kriegsministerium.

10. Februar. (Bayern.) Es wird eine kgl. Verordnung über die Wohnungsaufsicht erlassen.

11. Februar. (München.) Der Professor der Medizin, Geh. Rat Max v. Pettenkofer, 83 Jahre alt, tötet sich durch einen Revolverschuß.

11. Februar. (Bremen.) Das Seeamt fällt folgendes Urteil über die Hobokener Katastrophe (1900 S. 96):

Das Feuer entstand in den Baumwollschuppen und hat, binnen kürzester Zeit zu einer gewaltigen Feuersbrunst anwachsend, die gesamten Pieranlagen vernichtet und die Dampfer des Norddeutschen Lloyds „Saale“, „Bremen“, „Kaiser Wilhelm der Große“ und „Main“, sowie deren Besatzungen stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Entstehungsursache steht noch nicht bestimmt fest. Es liegt wahrscheinlich Fahrlässigkeit vor. Wäre es gelungen, die „Saale“, „Bremen“ und „Main“ schneller von den Piers zu entfernen, so wären die Schiffsbeschädigungen und Menschenverluste bei weitem nicht so schwer gewesen. Von den New-Yorker Schleppdampfern lehnten verschiedene die erbetene Schlepphülfe ab und bekümmerten sich nicht um die im Wasser treibenden Personen. Die Schiffsleitungen der beschädigten Schiffe trifft kein Verschulden. Die Löschversuche und die Rettungsmaßregeln verdienen ebenso wie die Haltung und Disziplin der Besatzungen Anerkennung. Im ganzen sind 150 Seeleute umgekommen.

11. Februar. (Berlin.) Generalversammlung des Bundes der Landwirte. Beschluß über den Zolltarif.

Nach dem Geschäftsbericht zählt der Bund jetzt 232000 Mitglieder, 26000 mehr als im Vorjahre; davon wohnen östlich der Elbe 110000 und westlich der Elbe 122000. — Nach mehreren Referaten wird folgende Resolution angenommen:

Von der Gestaltung des neuen Zolltarifs und der zukünftigen Handelsverträge hängt die endgültige Entscheidung über das Geschick der deutschen Landwirtschaft ab; eine zweite Periode der Schädigung ihrer Lebensinteressen würde sie nicht überstehen. Die deutsche Landwirtschaft muß deshalb bei der bevorstehenden Neuregelung unserer Handelsbeziehungen einen gleich-

mäßigen Schutz aller ihrer Produkte verlangen, welcher genügend ist, um ihr dauerndes Gedeihen für alle Fälle zu gewährleisten. Die Mindestsätze des neuen Zolltarifs sind so zu bemessen, daß sie die Erhaltung auskömmlicher Durchschnittspreise, wie sie die beiden Jahrzehnte 1870—1890 aufweisen, ermöglichen, dürfen nicht unterschritten werden, und sind nur denjenigen Ländern zu gewähren, welche auch ihrerseits Deutschland ein gleiches Entgegenkommen gewähren. Für diejenigen Länder, welche Deutschland zollpolitisch ungünstig behandeln, sind die Sätze eines ausreichend hoch bemessenen Generaltarifs in Anwendung zu bringen. Bevorzugungen des Handels mit ausländischen Erzeugnissen durch Zollkredite oder Tarifermäßigungen, welche die Wirkung der Zölle beeinträchtigen, sind zu beseitigen. Die deutsche Landwirtschaft wird, frei von jeder Einseitigkeit, stets bereit sein, auch für die Wahrung der Interessen der übrigen produktiven Stände einzutreten, kann dies aber nur unter der Voraussetzung vollster Gegenseitigkeit der Unterstützung, welche sie namentlich von Seiten der Industrie mit Bestimmtheit erwartet. Nur wenn allen Erzeugnissen des großen landwirtschaftlichen Gewerbes in Süd und Nord, in West und Ost ein gleichmäßiger Schutz zu Teil wird, kann es gelingen, eine dauernde Gesundung desselben zu sichern; an unsere Berufsgenossen im ganzen deutschen Vaterlande richten wir deshalb die dringende Mahnung, Einzelwünsche und lokale Sonderinteressen zurücktreten zu lassen und jede Einspännerei zu vermeiden. Unter dem Schutz eines unter Berücksichtigung aller Interessen aufgestellten Zolltarifs wird auch die deutsche Landwirtschaft sich zu neuer Blüte entwickeln können, diese wird aber nur dann von Bestand sein, wenn die deutschen Landwirte es endlich lernen, bei der Preisbestimmung für ihre Erzeugnisse selbst maßgebend mitzuwirken, wenn sie den Gemeinsinn, welcher jetzt sie zu einem politischen Machtfaktor gemacht hat, auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet bethätigend, sich zu großen Verkaufsverbänden zusammenschließen, deren Zweck nicht ungesunde Preistreiberei, sondern weise Regelung der Produktion und möglichst gleichmäßige Innehaltung mittlerer Preise sein muß.

13. Februar. (Reichstag.) Zweite Lesung des 3. Nachtragsetats für die ostasiatische Expedition. Missionsfrage in China.

Die Kommissionsbeschlüsse werden ohne Debatte angenommen. Hiernach werden 152 770 000 Mark bewilligt, und zwar für die Militärverwaltung 119 300 000 Mark, für die Marineverwaltung 28 857 000 Mark, der Rest für den Postetat, für Unterstützungen u. dgl.

Die Kommission beantragt ferner: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß in dem die Wirren in China abschließenden Staatsvertrag die Freiheit der christlichen Religionsübung in China ausbedungen und unter den Schutz der bei dem Vertrag beteiligten Staaten gestellt wird. — Abg. Bebel (Soz.) beantragt folgenden Zusatz: Den Missionären ist die Verpflichtung aufzuerlegen, daß sie sich weder in die wirtschaftlichen noch sozialen und politischen Angelegenheiten des chinesischen Reiches und seiner Bevölkerung einmischen, insbesondere auch sich nicht den Charakter chinesischer Beamter oder Würdenträger beilegen oder beilegen lassen.

Abg. Bebel (Soz.): Es sei kein Zweifel, daß ein ganz wesentlicher Teil der Konflikte durch das Verhalten der Missionäre der verschiedenen christlichen Religionsgemeinschaften provoziert worden ist. Es ist auch festgestellt, daß vielfach unter den chinesischen Christen Leute sich befinden, die nur aus materiellen Rücksichten Christen geworden sind, darunter viel zweifelhaftes Gesindel, welches darauf rechnet, daß sie von der Autorität

der christlichen Missionäre unter allen Umständen geschützt werden, auch wenn sie Diebstähle oder andere Vergehen und Verbrechen begangen haben. Welche Entrüstung würde in unserem Volke ausbrechen, wenn der Missionär den Missethäter unter seinen Schutz nehmen und der Gerechtigkeit entziehen würde! Heute wissen wir, daß die Kultur Chinas von uns weit unterschätzt worden ist, daß sie über der deutschen steht, daß auch die Chinesen ihre Rechtsanschauungen haben, die durch die Missionäre so verletzt worden sind, daß hochgradige Erbitterung die notwendige Folge dieser Verletzung sein mußte. Nach dem Urteil des langjährigen deutschen Gesandten in China, des Herrn v. Brandt, ist der größte Teil des Fremdenhasses auf die christlichen Missionen zurückzuführen. Binnen 10 Jahren hält Brandt die Wiederkehr der heutigen Wirren in noch größerem Maßstabe für gegeben, wenn nicht Wandel eintritt. Der katholische Bischof Anzer hat ebenfalls ein gut Teil zu den Wirren beigetragen. Die inzwischen erschienene Schrift eines Pfarrers beweist, daß Anzer sein Amt für politische Agitationen gemißbraucht hat (Lachen im Zentrum) und daß davon ein großer Teil der Aufregung in Schantung herrührt. Daß sie für die christliche Religion wirken wollen, dagegen haben wir gar nichts, wünschen ihnen vielmehr viel Glück dazu; aber jede Einmischung in die inneren Verhältnisse des fremden Landes muß den Missionären untersagt werden; sie mögen für ihren Glauben als Märtyrer sterben, aber der Staat hat keine Verpflichtung und kein Recht, für die Herren mit seiner Autorität dem fremden Staate gegenüber einzutreten.

Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr v. Richthofen: Ich verstehe die Resolution dahin, daß sie von der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit China ausgeht. Eine solche Wiederherstellung ist nicht nötig, da eine Unterbrechung der Verträge nicht stattgefunden hat. Die Verträge bestehen in Kraft, es ist also nicht nötig, neue Verträge darüber zu schließen. Notwendig ist dagegen auch nach unserer Ansicht die faktische Wiederherstellung des status quo ante. Wir wollen uns keines der uns bisher vertragsmäßig zustehenden Rechte irgendwie entäußern. Die kaiserliche Gesandtschaft in Peking ist angewiesen worden, sich der Sicherung des Schutzes der Missionäre noch in viel höherem Maße anzunehmen als bisher. Der Zusatzantrag ist vom Standpunkt des Auswärtigen Amts höchst bedenklich. Auf die Bedürfnisfrage gehe ich nicht ein, auch nicht darauf, daß die deutschen Missionäre hinsichtlich ihres Ranges u. dgl. nicht gut anders behandelt werden können als die Missionäre anderer Staaten. Aber in welcher Weise soll der Zusatzantrag zur Ausführung gebracht werden? Es wird den Missionären die Verpflichtung auferlegt, sich weder in die wirtschaftlichen, noch die sozialen und politischen Angelegenheiten des chinesischen Reichs und seiner Bevölkerung einzumischen. Durch wen? Es könnten höchstens die kaiserlichen Konsularbehörden in China in Frage kommen. Diese haben nur das Recht zum Erlaß von Polizeiverordnungen, und was die Religionsübung mit diesen zu thun hat, wird auch die höchste Interpretationskunst nicht nachweisen können. Wenn ferner veranlaßt werden soll, daß die betreffenden Missionäre sich nicht den Charakter der chinesischen Beamten beilegen sollen, so fehlt es dafür an irgendwelcher Handhabe. Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz enthält allerdings die Bestimmung, daß die, die in einen fremden Staatsdienst eintreten, durch Beschluß der Zentralbehörden der Reichs- und Staatsangehörigkeit verlustig erklärt werden können. Aber ich glaube nicht, daß der Charakter eines Mandarins als Eintritt in den chinesischen Staatsdienst zu betrachten ist. Sollten Sie den Zusatzantrag annehmen, so möchte ich im Namen des Auswärtigen Amtes erklären, daß es nicht in [illegible] ist, diesem [illegible]

Folge zu leisten, ohne daß die Klinke der Gesetzgebung in die Hand genommen würde.

Die Resolution der Kommission wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen, der Antrag Bebel abgelehnt.

Der Nachtragsetat wird am 15. Februar in dritter Lesung angenommen. In dieser Sitzung tadelt Abg. Bebel (Soz.) die Kriegführung in China als barbarisch, worauf der preußische Kriegminister v. Goßler erwidert. Er bezeichnet die Schilderungen von angeblichen Greuelthaten in China als erlogen, nur wenige Ausschreitungen seien vorgekommen.

13. Februar. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Etat des Ministeriums des Innern. Zensurfrage. Kommunalpolitik.

Minister des Innern Freiherr v. Rheinbaben: Ich benutze die erste Gelegenheit, um vor der zuständigen Stelle, d. h. vor diesem Hause, auf die Angriffe des Abg. Müller, Meiningen, im Reichstag gegen die Theaterzensur zu antworten. Ich habe mich an den Verhandlungen des Reichstags absichtlich nicht beteiligt, weil ich an dem Grundsatz festhalte, erst abzuwarten, ob dieses hohe Haus den Antrag Müller, Meiningen, zu dem seinigen macht, weil ich dem Bestreben, diese Angelegenheit, die zur Zuständigkeit dieses Hauses gehört, vor den Reichstag zu ziehen, Vorschub zu leisten nicht gewillt bin. Der Antrag ist mit der Reichs-Gewerbeordnung in Verbindung gebracht .... Der springende Punkt ist der, daß es sich nicht um eine Angelegenheit der Gewerbepolizei, sondern der allgemeinen Ordnungs- und Sicherheitspolizei handelt, und auf diesem Gebiet ist die Zuständigkeit der Einzelstaaten gegeben. Speziell in Preußen ist die Zuständigkeit durch § 10, II, 17, A. LR. begründet. Dort ist gesagt: Für die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit und zur Abwendung von Gefahr vom Publikum ist die Polizei zuständig. Der Abg. Müller sagt allerdings, dies sei bestritten; aber das Gegenteil ist der Fall. Dieser Paragraph ist die Basis des ganzen Polizeiwesens in Preußen und ist von vielen Gerichten, auch dem Oberverwaltungsgericht, als zu Recht bestehend bezeichnet worden. Der Abg. Müller schließt ferner: Wenn diese Bestimmung noch in Kraft wäre, würde sie durch die Bestimmung des Art. 27 der preußischen Verfassung reprobiert sein. Durch diese Bestimmung, sagt Herr Müller, haben die Theater von der Zensur frei gemacht werden sollen, und dagegen habe das Oberverwaltungsgericht und das Kammergericht verstoßen. Das ist eine starke Behauptung, die außerdem unrichtig ist. Der Art. 27 sagt: Die Zensur darf nicht eingeführt werden, jede andere Beschränkung der Preßfreiheit nur im Wege der Gesetzgebung. Der Artikel spricht also lediglich von der Preßzensur, nicht von der Bühnenzensur. Der Abg. Müller sagt ferner: Nach Art. 27 Abs. 1 habe jeder Preuße das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern, und die Schauspieler seien gewissermaßen nur das Mundstück des Autors; daher könne es keinem Zweifel unterliegen, daß durch die Theaterzensur der Art. 27 verletzt sei. Diese Auffassung ist durchaus unzutreffend. Nirgends ist die Auffassung vertreten worden, daß Schauspieler lediglich das Mundstück des Autors sind. Gerade die Darstellung giebt einem Theaterstück erst die eigentliche Bedeutung; wie es zur Darstellung kommt, ist die Hauptsache und unterliegt der Zensur. Der Abg. Müller ist also den Beweis, daß die Theaterzensur gegen die Reichsverfassung, Reichs-Gewerbeordnung und die preußische Verfassung verstoße, durchaus schuldig geblieben, und wir thun gut, uns der übereinstimmenden Rechtsauffassung des Oberverwaltungs- und Kammergerichts anzuschließen und ihr höhere Bedeutung beizulegen als der Rechts-

auffassung des Abg. Müller. (Lebhafter Beifall rechts.) Der Abg. Müller hat ferner eine Exkursion auf ein anderes Gebiet gemacht. Er bespricht einen Erlaß von mir hinsichtlich der Kriminalpolizei. Darin sind Direktiven gegeben über die Ausbildung der Kriminalbeamten, über die Annahme der Beamten u. s. w., und schließlich ist darin gesagt, daß die Vorgesetzten sich über alle Sachen auf dem Laufenden halten und in besonders wichtigen Fällen dem Minister des Innern Mitteilung machen sollen. Der Abg. Müller fragte: Wie verträgt sich das mit den Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung; denn danach unterliege die Strafverfolgung der Staatsanwaltschaft und nicht der Polizei und dem Minister des Innern. Die Strafprozeßordnung sagt aber gerade das Gegenteil, denn danach hat gerade die Polizei die Pflicht, strafbare Handlungen zu verfolgen. Ich wäre darauf nicht eingegangen, wenn nicht der Abg. Müller eine Bemerkung daran geknüpft hätte, die widerlegt werden muß. Er sagt, das Reichs-Justizamt habe ein Interesse daran, die Reichsgesetzgebung zu wahren und Front zu machen gegen den Partikularismus, der von jeher der gefährlichste gewesen sei, den preußischen Partikularismus. In einem Atemzuge will der Abg. Müller die Reichsgesetzgebung wahren, und im nächsten Augenblick bespricht er eine dienstpragmatische Anordnung des Ministers des Innern und hält es für nötig, Front zu machen gegen den preußischen Partikularismus. Wir kennen keinen preußischen Partikularismus in dem Sinne, daß wir uns etwas vindizieren, was uns nicht zusteht. Aber gegen das Bestreben gewisser Elemente der Linken im Reichstage, de omnibus rebus et quibusdam aliis der Einzelstaaten zu Gericht zu sitzen, werden wir allerdings Front machen. — Der Minister wendet sich hierauf grgen die einzelnen Fälle, die Abg. Müller in seiner Kritik angeführt hatte.

Abg. Richter (fr. Vp.) erwähnt einige Fälle, in denen Kommunalbeamte wegen ihrer Zugehörigkeit zur freisinnigen Partei nicht bestätigt wurden.

Minister v. Rheinbaben: Angehörige jeder Partei, mit Ausnahme der Sozialdemokraten seien für die kommunalen Aemter geeignet. Angesichts der wachsenden Agitation der Sozialdemokratie sei es nötig, sich zusammenzuschließen, um die Grundlage des Staats zu befestigen. Wer die Ehre hat, mittelbarer oder unmittelbarer Staatsbeamter zu sein, der ist auch berufen und verpflichtet, die Grundlagen des Staats zu schützen, sonst geht er des Rechts verlustig, Staatsbeamter zu sein. — Diese Anschauung wird am folgenden Tage von Rednern der Linken scharf angegriffen, während die Rechte und das Zentrum dem Minister zustimmen.

13. Februar. (Berlin.) 30 sozialdemokratische Volksversammlungen nehmen eine scharfe Resolution gegen die Erhöhung der Kornzölle nach Ablauf der Handelsverträge an.

Mitte Februar. Es wird offiziös bekannt gemacht, daß die finanzielle Lage des Reichs sich verschlechtert hat, daß insbesondere ein Überschuß, der im Vorjahre 32 Millionen betrug, fast verschwunden ist.

13. Februar. (Preußen.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht folgende Bekanntmachung, betreffend Änderungen in dem Berechtigungswesen der höheren preußischen Lehranstalten:

In der durch Allerhöchsten Erlaß vom 1. Dezember 1891 genehmigten

Bekanntmachung, betreffs Aenderungen in dem Berechtigungswesen der höheren preußischen Lehranstalten, sind für alle Zweige des Subalterndienstes, für welche bis dahin der Nachweis eines siebenjährigen Schulkursus erforderlich war, als Erweise zureichender Schulbildung neben den Reifezeugnissen der sechsstufigen höheren Lehranstalten die Zeugnisse über die nach Abschluß der Untersekunda einer neunstufigen höheren Lehranstalt bestandene Prüfung anerkannt. Mit Genehmigung des Königs wird diese Bestimmung, soweit sie die neunstufigen höheren Lehranstalten betrifft, dahin geändert, daß es zum Erwerbe der Berechtigung der Abschlußprüfung nicht mehr bedarf, vielmehr die einfache Versetzung nach Obersekunda genügt.

Mitte Februar. Deutschland und Rußland.

Der ehemalige Botschafter in Petersburg Generaladjutant v. Werder begibt sich nach Petersburg. In der Presse wird behauptet, es handle sich um eine besondere Mission, um die Beseitigung von Mißverständnissen, die aufgetaucht seien. Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt, solche Mißverständnisse existierten nicht.

Ferner wird viel besprochen ein Artikel der russisch-offiziösen „Handels- und Industriezeitung" in Petersburg, worin für den Fall der Erhöhung der deutschen Getreidezölle mit Ausschluß der deutschen Waren gedroht wird. (Vgl. Rußland.) Die antiagrarische Presse benutzt diese Drohung als Kampfmittel gegen die Erhöhung der Zölle, die agrarfreundliche glaubt nicht an die Ausführbarkeit der russischen Drohungen.

15. Februar. (Reichstag.) Postetat. Polnische Adressen.

Abg. Graf Stolberg (kons.) bringt die polnischen Adressen zur Sprache, die auf eine politische Agitation zurückzuführen seien. Abg. Bassermann (nl.): Die Einrichtung der Uebersetzungsstellen in Posen und Bromberg sei die äußerste Grenze der Konzession an die Polen. Staatssekretär v. Podbielski: Der Herr Vorredner hat von Konzessionen gesprochen, die ich der polnischen Bevölkerung gemacht hätte. In der Presse hat man mir auch den Vorwurf gemacht, ich hätte vor den Polen kapituliert. Das ist für mich ein Beweis, wie leicht man über eine Verkehrsanstalt unrichtige Behauptungen aufstellt. Man urteilt gewöhnlich sehr schnell über die Postverwaltung, aber wenn man von dem Kleindienst hinter den Koulissen nichts weiß, so kann man auch die Schwierigkeiten nicht ermessen, die ich hier hervorgehoben habe, und die der Verwaltung erwachsen, wenn man plötzlich in weiten Kreisen die Anregung benutzt, man solle alle Briefe polnisch adressieren. Dadurch wird zweifellos auf der einen Seite die Sicherheit des Betriebes und auf der anderen Seite die Schnelligkeit der Beförderung gefährdet. Das ist vor einigen Wochen bei der Besprechung der Interpellation treffend hervorgehoben worden. Darum habe ich auch neulich versucht, einzuwirken auf die Herren, daß sie der Bevölkerung klar machen, daß es so nicht weiter geht. Leider habe ich damit keinen Erfolg gehabt. Die Antwort war vielmehr damals eine Protestversammlung. Das Resultat dieser Protestversammlung war für jedermann sehr einfach. In der Stadt Posen waren am Sonnabend vorher drei Pakete beanstandet worden. Am Sonntag war die Versammlung und am Montag wurden 2[illegible] Pakete beanstandet. Das war das Resultat meines Versuchs, der eigentlich genau das entgegengesetzte Ergebnis haben mußte. Nun sagt man, ich hätte kapituliert. Ich bitte, mir zu sagen, worin die Kapitulation liegen soll. Zunächst habe ich in meinem Erlaß vom 31. Januar ausgesprochen, es sollten die Bescheide nur auf Grund der Postordnung er-

folgen. Ja, meine Herren, was soll denn noch daraus rechtens sein, als Gesetz und Verordnung, die zu Recht erlassen sind? Man hat mir mitgeteilt, daß die Beförderung in einem Falle verweigert worden sei, weil die Adresse polnisch war. Das ist kein gesetzlicher Grund; da könnte der Beamte ebensogut den Brief zurückweisen, weil ihm die Nase des Absenders nicht gefällt oder seine Gesinnung. Wir müssen uns an die Gesetze halten; deshalb müssen sich die Behörden auf die Postordnung berufen. Ich habe in meinem Erlaß in erster Linie von Wertsendungen gesprochen. Wie war die Sache bisher? Bisher hatten wir nur die allgemeine Bestimmung, daß die Adresse deutlich und bestimmt sein muß. Bei Postanweisungen z. B. verlangten wir, daß die Zahl in deutscher Sprache geschrieben war. Jetzt verlangen wir mit Recht, weil die Sicherheit gefährdet ist, daß die Bezeichnung des Ortes deutsch ist und daß die Namen nicht dekliniert werden u. s. w. Wir verlangen also jetzt wesentlich mehr als vorher. Man kann daher doch nicht davon sprechen, daß ich hier kapituliert hätte. Bisher haben wir uns nur mühsam durch die Sache durchgeschleppt. Jetzt dagegen müssen diejenigen, welche die Briefe polnisch adressieren, die Kosten der Sache tragen. Die deutsche Bevölkerung leidet nicht mehr darunter. Wer eine Adresse polnisch schreibt, muß darauf gefaßt sein, daß der Brief zunächst in Uebersetzungsbureau geschickt wird, und erst einige Tage später ankommt. Ich bin überzeugt, daß diese Maßnahme in sehr kurzer Zeit wirken wird. Jetzt schon hat der Erzbischof, wie er mir brieflich mitgeteilt hat, in Posen seine Interessenten, wie er sich ausdrückt, angewiesen, deutsch zu adressieren. Gehen Sie auch so vor und unterstützen Sie die Postverwaltung, so werden wir bald wieder geordnete Verhältnisse bekommen. Sie müssen sich doch selbst sagen: Ein Mann, der, wie ich, schon manchen Feldzug mitgemacht hat, dessen Vergangenheit sollte doch Sicherheit dafür bieten, daß er nicht vor einer sochen Bewegung kapituliert, sondern daß er seine Ueberzeugung bis zum letzten Moment vertritt. Das werde ich thun und meinen Willen kalt und ruhig durchführen. Dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

25. Februar bis 2. März. Der König von England besucht die Kaiserin Friedrich in Cronberg. Mit dem Kaiser trifft er in Frankfurt zusammen. — Die Presse, vornehmlich die rechtsstehende, erörtert die Möglichkeit eines Besuches Eduards VII. in Berlin und knüpft eine scharfe Kritik der englischen Politik daran, so daß sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gegen solche „giftigen Angriffe" wendet.

Februar. Preßdebatten über Äußerungen des Kaisers zur Sozialreform.

Die „Welt am Montag" erzählt, der Kaiser habe vor Jahren einmal geäußert, man müsse dem Arbeiterstande die Ueberzeugung beibringen, daß er ein gleichberechtigter Stand im Staate sei. Zu dieser Mitteilung bemerkt die „Soz. Praxis" (Nr. 21): „Der Kaiser hat es am 6. Februar 1899 in einer Audienz gesprochen, zu der der Ehrenpräsident der ‚Deutschen Ausstellung für Unfallverhütung', Präsident Dr. Bödiker, und der Vorsitzende des Vorstandes, Reichstagsabgeordneter Richard Roesicke befohlen waren, um über die Entwickelung des Unternehmens zu berichten. In dem großen offiziellen Werke, das der Ausstellung gewidmet ist, wird die Aeußerung des Kaisers in folgenden Worten (Bd. I S. XIV.) wieder-

gegeben: ‚Es käme überhaupt darauf an, den Arbeitern die Ueberzeugung zu verschaffen, daß sie ein gleichberechtigter Stand seien und allseitig als solcher anerkannt würden; nur dann würde es gelingen, sie der Sozialdemokratie zu entfremden.‘ Auch in dem Erlaß vom 4. Februar 1890 an den preußischen Handelsminister wird betont, daß der Anspruch der Arbeiter auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben müsse. Wenige Monate darauf und seitdem des öfteren antworteten berufene Wortführer des „Zentralverbandes deutscher Industrieller‘ auf die kaiserlichen Kundgebungen mit dem Protest, daß sie diesen Anspruch der Arbeiter auf Gleichberechtigung nicht anerkennten und niemals mit ihnen auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln würden. Und noch jüngst nannte die ‚Post‘ die Sozialreformer, die sich um Verwirklichung der Gleichberechtigung der Arbeiter bemühen, Sozialdemokraten in Frack und Zylinder!“

26. Februar. (Preußen.) Der Kultusminister erläßt folgende Verordnung an die Prüfungskommissionen für das höhere Lehramt:

Im Hinblick auf den Allerhöchsten Erlaß vom 26. November 1900 habe ich beschlossen, daß von jetzt ab alle Abiturienten nicht bloß der deutschen Gymnasien, sondern auch der deutschen Realgymnasien und der preußischen oder als völlig gleichstehend anerkannten außerpreußischen deutschen Oberrealschulen gleichmäßig zu der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen, ohne Einschränkung auf bestimmte Fächer, zuzulassen sind. In Folge dessen treten in der Ordnung der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen vom 12. September 1898 nachstehende Aenderungen ein: Zu § 5 Bedingungen der Zulassung. Die Absätze 1 und 2 werden durch folgende Bestimmung ersetzt: 1. Für die Zulassung zur Prüfung ist erforderlich, daß der Kandidat das Reifezeugnis an einem deutschen Gymnasium, an einem deutschen Realgymnasium oder an einer preußischen oder als völlig gleichstehend anerkannten außerpreußischen deutschen Oberrealschule erworben und darauf mindestens sechs Halbjahre an einer deutschen Staatsuniversität seinem Berufsstudium ordnungsmäßig obgelegen hat (§ 7, 2). Wegen des anderthalbjährigen Besuches einer preußischen Universität wird auf die Kabinettsordre vom 30. Juni 1841 verwiesen. Die Absätze 3 und 4 erhalten die Nummern 2 und 3. Zu § 17 Französisch und ebenso zu § 18 Englisch. Hinter „zu fordern“ (vor a) wird eingeschoben: „daß sie Kenntnis der lateinischen Elementargrammatik nachweisen nebst der Fähigkeit, einfache Schulschriftsteller, wie Cäsar, wenigstens in leichteren Stellen, richtig aufzufassen und zu übersetzen; sodann. Dagegen sind zu streichen in Paragraph 17b die Worte; „für welches Kenntnis — und zu übersetzen“. Zu § 19 Geschichte. Hinter „zu fordern“ (vor a) wird eingeschoben: „daß sie die für das Verständnis griechisch oder lateinisch geschriebener Geschichtsquellen erforderlichen Kenntnisse in diesen Sprachen nachweisen; sodann“.

26. Februar. (Reichstag.) Militäretat. Duellfrage. Mißhandlungen. (Vgl. S. 12.)

Abg. Gröber (Z.) kommt auf die am 15. Januar besprochene Frage zurück und kritisiert das Verhalten der Militärbehörden, das mit der Kabinettsordre vom 11. Dezember 1897 in Widerspruch stehe.

Kriegsminister v. Goßler: Auf die Frage des Herrn Vorredners bezüglich des Kölner Vorfalls kann ich mitteilen, daß diejenigen, von denen die dort getroffenen falschen Maßnahmen in Szene gesetzt worden sind,

bestraft worden sind; im übrigen sind die sämtlichen beteiligten Instanzen erneut mit Nachdruck auf die Bestimmung hingewiesen worden, die ich bei Besprechung der Interpellation schon mitgeteilt habe; insbesondere ist ihnen eine Kabinettsordre vom 16. Juli 1895 erneut eingeschärft worden, welche aus Anlaß eines Spezialfalls die Willensmeinung Sr. Majestät dahin kundgegeben hat, daß von der Befragung von Offiziersaspiranten darüber, ob sie eventuell bereit sein würden, mit der Waffe in der Hand Genugthuung zu geben oder zu fordern, weil unzulässig, abzusehen sei. Dieser Erlaß ist, wie gesagt, sämtlichen Offizierkorps erneut mitgeteilt und eingeschärft worden. — Es knüpft sich daran eine längere Debatte über die Berechtigung der Duelle und ihre Verbreitung in der Armee.

Am folgenden Tage beschwert sich Abg. Kunert (Soz.) über Mißhandlungen von Untergebenen, worauf General v. Viebahn erwidert, die Zahl der Mißhandlungen nehme beständig ab; in den letzten 10 Jahren seien sie von 1,10 Prozent auf 0,63 Prozent zurückgegangen.

Ende Februar. Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1900.

Nach amtlichen Mitteilungen beträgt die Bevölkerung des Deutschen Reiches 56 345 014 Personen (27 731 067 männlich, 28 613 947 weiblich), gegen 1895 eine Zunahme um 4 065 113 = 7,78 Prozent. — In den 33 Großstädten (über 100 000 Einw.) wohnen 9 108 814 = 16,17 Prozent.

28. Februar. (Hessen.) Kammerbeschluß über Arbeitslöhne und Koalitionsfreiheit.

Die zweite Kammer genehmigt nach langer Debatte mit 15 gegen 13 Stimmen einen Antrag an, worin die Regierung ersucht wird, den Ständen baldigst eine statistische Zusammenstellung über die in einzelnen Betrieben gezahlten Löhne in Mindest- und Höchstmaß zugehen zu lassen, und worin die Kammer ferner die Hoffnung ausspricht, daß auch den im Staatsdienst beschäftigten Arbeitern das Recht freier politischer Meinungsäußerung und Koalitionsfreiheit gewährt und beides praktisch gehandhabt werde.

1. März. (Dresden.) Abg. Ackermann, Führer der sächsischen Konservativen, †.

1. März. (Heidelberg.) Professor der Geschichte Bernhard Erdmannsdörffer, 68 Jahre alt, †. (Vergl. über ihn Gothein, Preuß. Jahrbücher Bd. 104; D. Schäfer, Hist. Zeitschr. Bd. 87).

1. März. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Interpellation über den Mangel an Volksschullehrern.

Abg. Kopsch (fr. Vp.) bringt eine Interpellation ein, welche Ursache der augenblickliche Mangel an Volksschullehrern habe und wie ihm die Regierung abhelfen wolle. Er führt aus, daß zahlreiche etatsmäßige Lehrerstellen, namentlich in Schlesien und Posen, nicht besetzt seien. Einzelne Lehrer hätten über 100 Kinder zu unterrichten. Der Grund für den Mangel liege in der zu starken Pensionierung der älteren Lehrer und in der zu großen Berücksichtigung des Drängens nach konfessionellen Schulen für verschwindende Minderheiten. Eine weitere Ursache liege in der schlechten Bezahlung der Lehrer, da viele bis zu ihrem 26. Lebensjahre nur 6—700 Mark erhielten; es sei daher eine Revision des Besoldungsgesetzes notwendig. Kultusminister Dr. Studt: Der Lehrermangel hänge nicht mit

der Besoldungsfrage zusammen, sondern sei eine Folge der Vermehrung der Schulanstalten und der einjährigen Dienstzeit. 1500 Lehrerstellen seien infolgedessen unbesetzt. Abg. Ernst (frs. Vg.) tadelt die Schulaufsicht durch die Geistlichkeit als unpädagogisch und als der Gesinnungsriecherei Vorschub leistend. Abg. Geisler (Z.): Ein gewisser Mangel an Lehrern bestehe, er werde aber übertrieben. Abg. Schall (kons.) stimmt dem Vorredner zu, während Abg. Hackenberg (nl.) die Erweiterung der Lehrerbildungsanstalten wünscht.

1./14. März. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Zweite Beratung des Kultusetats. Krankenpflege katholischer Orden; Paritäts- und Polenfrage; Evangelischer Bund; Altkatholiken; Reform der höheren Schulen; Oberlehrergehalt.

Das Zentrum beantragt die Aufhebung der Beschränkungen und Erschwerungen, welchen die Krankenpflege und die sonstige Uebung wohlthätiger Nächstenliebe seitens der Mitglieder katholischer Orden und ordensähnlicher Kongregationen unterworfen ist, behufs Gleichstellung derselben mit den Mitgliedern anderer der Krankenpflege gewidmeten Vereinigungen. Abg. Fritzen (Z.): Die Orden würden in kleinlicher Weise chikaniert; viel Not und Elend könne bei den bestehenden Vorschriften, ehe die zur Niederlassung erforderliche Genehmigung zweier Minister erfolgt sei, infolge des großen Zeitverlustes nicht getilgt und gelindert werden. Und wenn dann die Genehmigung erfolgt, dann könne sie nach den bestehenden Gesetzen jederzeit rückgängig gemacht werden. Das sei ein unwürdiger Zustand, dem ein Ende gemacht werden müsse. Im Namen der armen Kranken, im Namen der Enterbten der Gesellschaft richte ich meinen warmen Appell an das Haus, meiner Partei zur Förderung wahrer Humanität, der christlichen Charitas, über leidige Parteistreitigkeiten hinaus die Hand zu reichen. Abg. v. Heydebrand und d. Lasa (kons.) sind für den Antrag, wünschen aber Vorsorge, daß die zentralisierte Macht der katholischen Kirche nicht den Frieden störe. Abg. Friedberg (nl.) lehnt den Antrag ab, weil die katholischen Orden bei ihrer Organisation, die auch Ausländer aufnehme, staatsrechtlich nicht mit anderen Organisationen gleichzusetzen sei. Kultusminister Dr. Studt weist die Vorwürfe wegen chikanöser Behandlung zurück, kann aber noch keine sachliche Erklärung über den Antrag abgeben.

Der Antrag wird angenommen mit einem Amendement der Konservativen, an Stelle „sonstige" zu setzen „gleichartige".

2. März. Abg. Dauzenberg (Z.) klagt über geringes Entgegenkommen seitens des jetzigen Kultusministers. Es fehle der katholischen Kirche in Preußen die notwendige Religionsfreiheit, obwohl sie noch besser daran sei als in vielen anderen deutschen Staaten. Der Staat mische sich unbefugt in die Ausbildung und Anstellung des Klerus ein, und am drückendsten sei die Gesetzgebung über die Orden. Es sei verletzend, daß bei der Verteilung von Unterstützungen an Privatinstitute anläßlich des 200jährigen Kronjubiläums kein katholisches Institut bedacht worden sei. Auch im Schulwesen sei eine Revision notwendig, denn nach den Worten des Ministers Bosse seien viele Bestimmungen darin für die Katholiken hart und unbequem. Kultusminister Dr. Studt weist die Beschuldigung der Vernachlässigung katholischer Interessen zurück. Abg. Stychel (Pole) führt Beschwerde über die Erteilung des Religionsunterrichts in Posen; die Polen litten am meisten unter den Nachwehen des Kulturkampfes. Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) will den kirchenpolitischen Wünschen des Zentrums, das national gesinnt sei, entgegenkommen; den Polen gegen-

über sei bei ihren politischen Zielen ein Entgegenkommen nicht möglich. — Am 4. März fordert Abg. Bachem (Z.) zu einer Vermittlung in der Polenfrage auf; die Regierung solle die Hakatisten abschütteln und die Polen die extreme nationale Richtung zum Schweigen bringen. Kultusminister Studt weist darauf hin, daß die deutschen Katholiken im Osten systematisch entnationalisiert würden; es sei betrübend, daß keine katholische Zeitung das verurteile. In Dortmund würden die Polen von Geistlichen gewarnt, Mischehen mit Deutschen einzugehen. Abg. Glowatzki (Z.) führt das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen in Oberschlesien auf das Fehlen polnischen Religionsunterrichts zurück, während der Minister die nationalpolnische Agitation dafür verantwortlich macht.

Am 5. März erwidert auf Angriffe des Abg. Porsch (Z.) gegen den Evangelischen Bund Abg. Hackenberg (nl.): Der Evangelische Bund hat nicht zuerst den Zweck der Abwehr gegen die Katholiken. Wir haben genug in unseren Reihen zu bessern. Es gibt bei uns Viele zu christlichem Leben zu erwecken. Daß unsere katholischen Mitbürger sich immer mehr von uns Evangelischen auf allen Gebieten abschließen, ist uns nicht angenehm, wir wollen gemeinsame Arbeit auf allen Gebieten. Daß der Evangelische Bund auch die Aufgabe hat, die Angriffe gegen den evangelischen Glauben abzuwehren, ist richtig, und es ist auch richtig, daß dabei manches Wort fällt, das besser nicht gesprochen wäre. Wir kämpfen um des Friedens wegen.

Eine Forderung der Regierung von 6000 Mark zur Ausbildung von altkatholischen Geistlichen hat die Budgetkommission gestrichen. Abg. Friedberg (nl.) beantragt die Wiederherstellung; es sei eine Forderung der Gerechtigkeit gegen eine anerkannte Religionsgesellschaft Abg. Porsch (Z.): Die Altkatholiken sind nicht eine gesetzlich anerkannte Religionsgesellschaft. Schaffen Sie das Altkatholikengesetz ab, dann werden wir die Konsequenz aus der Verpflichtung, die der Staat 1870 so unvorsichtig war zu übernehmen, ziehen und ihnen die Mittel gewähren. Wenn es den Nationalliberalen paßt, wollen sie die Altkatholiken als ein Glied der katholischen Kirche gelten lassen, wenn es ihnen nicht paßt, wie hier, stellen sie sie als selbständige Gemeinschaft hin. Ich meine, das eine oder das andere müssen Sie festhalten. Wenn man die Altkatholiken nach wie vor als Katholiken ansieht, müssen ihre Theologen die Vorlesungen der katholischen Professoren besuchen. Da sagt der Kultusminister aber: Das kann man ihnen nicht zumuten. Als sich in Braunsberg zu Beginn der altkatholischen Bewegung ein Professor dem Altkatholizismus zuwandte, und die katholischen Eltern und der Bischof von Ermland einen anderen Lehrer verlangten, da hieß es: O nein, das ist ein katholischer Lehrer! Hätte sich damals der Minister auf den Stanpunkt von heute gestellt, dann wäre uns viel Aerger erspart geblieben. Warum zieht man denn jetzt nicht die Konsequenz und hebt das Altkatholikengesetz auf? Sollen wir Katholiken uns denn alles in Preußen gefallen lassen? (Beifall im Zentrum.) In Breslau, Sagan und Hirschberg müssen die Katholiken ihre Kirchen mit den Altkatholiken noch immer teilen. In Neisse müssen die Katholiken erhebliche Zahlungen für die Altkatholiken leisten. Die Katholiken müssen sich überall die Altkatholiken als Glieder ihrer Gemeinden gefallen lassen. Das ist eine Inkonsequenz.

7. März. Kultusminister Studt erklärt über die Reform der höheren Schulen: Die Behauptung, die Unterrichtsverwaltung stehe nicht ganz auf dem Boden des Allerhöchsten Erlasses, ist durchaus falsch. Der Artikel 1 des Erlasses ist vielfach mißverstanden worden. Man behauptet, bei uns in Preußen habe das Gymnasium von jeher ein Monopol besessen; das ist

nicht der Fall. Das Abiturientenexamen ist erst im Dezember 1788 eingeführt worden, und dabei ist keineswegs der Vorbehalt gemacht, daß das Bestehen einer Prüfung Vorbedingung zur Zulassung zum Studium ist. Wenn also der Allerhöchste Erlaß auch die anderen inzwischen zur Bedeutung gelangten Anstalten für gleichberechtigt erklärt, so hebt er damit nur die bisherigen Beschränkungen auf, indem er an die alten Traditionen wieder anknüpft. Es fragt sich nun zunächst, ob und in welchem Umfange für die einzelnen Berufszweige eine Ergänzung der allgemeinen Bildung durch Spezialkenntnisse notwendig ist. Diese Frage ist für die Theologen bereits beantwortet, indem Lateinisch und Griechisch in demselben Umfang wie bisher gefordert werden muß. Auch für die philosophische Fakultät werden besondere Vorkenntnisse notwendig sein, denn es ist unzweifelhaft, daß Oberrealschüler ohne Kenntnis des Lateinischen und Griechischen nicht mit Erfolg sich den klassisch-philologischen Studien werden hingeben können. Bezüglich der Mediziner schwebt die Frage noch; was die Juristen anbetrifft, so sind die Verhandlungen mit den beteiligten Ressorts eingeleitet. Eine weitere Frage ist, in welcher Weise der Nachweis der erforderlichen Ergänzungsstudien erbracht werden soll. Es kommen da verschiedene Möglichkeiten in Betracht. Zunächst wäre eine weitere Ergänzungsprüfung zu erwägen. Dann kommt die Einrichtung von Vorkursen auf der Universität in Frage; diese sind vielseits empfohlen worden. Bei der weiteren Erwägung hat sich aber herausgestellt, daß ihre Einrichtung mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre. Es wird sich also empfehlen, nicht in weitem Umfange damit zu rechnen. Dasselbe gilt für die Ergänzungsprüfung, so weit sie nicht schlechterdings unentbehrlich ist. Für die Theologen hat sich, dem Wunsche der kirchlichen Organe entsprechend, die Notwendigkeit gezeigt, eine Ergänzungsprüfung einzuführen; bezüglich der philosophischen Fakultät haben wir den Weg eingeschlagen, dem Einzelnen zu überlassen, wie er sich die notwendigen Vorkenntnisse erwirbt, wie ich in der Kommission näher dargelegt habe; ob dies auch bei den anderen Fakultäten geschehen kann, kann ich noch nicht sagen, da dies nicht allein von mir abhängt. Ich habe mich gewundert, daß man von der Unterrichtsverwaltung verlangt, sie solle alle diese Fragen in der kurzen Zeit seit der Veröffentlichung erledigt haben; man muß doch berücksichtigen, daß hier eine Reihe von Behörden gehört werden müßte, und daß es sich um eine Frage handelt, die das öffentliche Leben in weitem Umfang berührt. Der Vorwurf ist daher durchaus unberechtigt. Man weist darauf hin, daß die Eltern jetzt in Verlegenheit seien, welchen Schulen sie den Vorzug geben sollen. Ich kann nur raten, sich nach den Bestimmungen zu richten, die bisher schon in Geltung sind. Ich komme zu Nr. 2 des Erlasses. Der Lehrplan des Gymnasiums soll eine Verstärkung im Lateinischen erfahren. Es handelt sich dabei nur um wenige Stunden, aber diese Verstärkung reicht aus, die Gymnasien in den Stand zu setzen, die Ziele des Unterrichts vollständig zu erreichen. Schon vor Jahr und Tag war in Betracht gezogen, ob nicht eine wesentliche Beschränkung des Lateinischen erfolgen müsse. Das humanistische Gymnasium ist gekräftigt aus diesem Konflikt hervorgegangen. Auch bei den Realgymnasien soll eine Verstärkung des Lateinischen um einige Stunden eintreten. Die übrigen Aenderungen des Lehrplanes, besonders die Verstärkung des Englischen, sind nicht von durchgreifender Bedeutung. Näheren Aufschluß gibt die dem Hause zugegangene Denkschrift. Die in Nr. 3 vorgeschlagenen Verbesserungen des Unterrichtsganges werden zweifellos allgemeine Zustimmung finden, besonders die Mahnung non multa, sed multum. Die Durchführung dieses Gesichtspunkts wird zu einer Verhütung der Ueberbürdung der Schüler führen,

andererseits aber auch zur Folge haben, daß in jeder Anstalt die Fächer, die ihrer besonderen Eigenart entsprechen, besondere Berücksichtigung finden. Bei den Realgymnasien sind das die modernen Sprachen, bei den Oberrealschulen die mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächer. Der Religion und dem Deutschen ist überall eine hervorragende Stellung gesichert. Nr. 4 betrifft die Abschaffung der Abschlußprüfung in der Sekunda, deren baldige Beseitigung in Aussicht genommen ist. Es entspricht auch sowohl den Anschauungen der Fachmänner wie weiten Kreisen der Bevölkerung. An diese Maßnahme ist von beiden Seiten die Besorgnis geknüpft, daß die Vollanstalten dadurch einen Vorzug vor den Nichtvollanstalten erhielten, da bei diesen die Prüfung beibehalten werde. Mit Rücksicht darauf bemerke ich, daß die Absicht besteht, die Prüfung durchgreifend zu vereinfachen, so daß sie in der Hauptsache auf die gewöhnliche Versetzungsprüfung hinauskommt. Damit ist ein Ausgleich geschaffen. Nr. 5 des Erlasses betrifft die Anstalten mit den Frankfurter Lehrplänen, denn diese werden auf einer weiteren Grundlage aufgebaut. Die in der Richtung verbreiteten Maßnahmen werden aber die von dem Allerhöchsten Erlaß betonten Grenzen nicht überschreiten. Das sind in Kürze die Gesichtspunkte, nach welchen die Unterrichtsverwaltung die 1892 eingeleitete Reform des höheren Schulwesens weiter durchzuführen gedenkt. Wir rechnen dabei auf die allgemeine Pflichttreue und Hingebung der Lehrer, und ich darf wohl erwarten, daß die Zustimmung des Hauses uns dabei nicht fehlen wird, damit wir mit vereinten Kräften zu einem Resultat gelangen, das der Schule und dem Vaterland zum Wohl gereichen wird.

Die Erklärung findet im allgemeinen Beifall; hie und da werden Wünsche geäußert, daß die alten Sprachen nicht zu sehr beschränkt würden.

Am 9. März wird eine Resolution angenommen, die Aufsteigefrist der Oberlehrer bis zum Höchstgehalt zu verkürzen; die Agitation der Oberlehrer auf Gehaltsersöhung wird scharf verurteilt.

Am 11. März beschwert sich Abg. Dr. Mizerski (Pole), daß in den Posen'schen Privatmädchenschulen der Religionsunterricht auf Anordnung des Kreisschulinspektors in deutscher Sprache erteilt werde. Das sei unberechtigt, denn die Privatschulen ständen nicht auf einer Stufe mit den Volksschulen, weil sie keine Zuschüsse vom Staate bezögen. Die Verordnung in Posen ist ein Mißbrauch der staatlichen Schulaufsicht. Und zu welchem Zweck ist sie erlassen? Aus pädagogischen Gründen doch gewiß nicht; denn die Herzens- und Geistesbildung wird nicht gefördert, wenn der Religionsunterricht in einer fremden Sprache erteilt wird. Soll der Erlaß die Förderung der deutschen Sprache bezwecken? An sich wäre das zulässig; wenn dadurch aber die religiöse Erziehung gefährdet wird, was in der That der Fall sein würde, dann muß dieser Maßnahme abgesehen werden! Die Verordnung stellt sich als ein Gewissenszwang ärgster Art dar; sie kann nur einen politischen Grund haben. Es ist das ein durchaus verwerfliches Vorgehen. Wie kann man die Bevölkerung dafür, daß eine schlechte Presse besteht, dadurch bestrafen, daß man den Kindern den guten Religionsunterricht nimmt: Gerade in der heutigen Zeit kommt so viel auf den guten Religionsunterricht an, daß ich den Minister nur dringend bitten kann, die Maßnahmen zurückzunehmen.

Minister Studt: Ich gebe es auf, mich über die Grundsätze des von der Unterrichtsverwaltung befolgten Verfahrens mit den Herren von der polnischen Fraktion zu verständigen. Die gesetzliche Zulässigkeit der von dem Vorredner beanstandeten Verordnung kann nicht beanstandet werden. Das unterrichtliche Interesse ist genau dasselbe, wenn es sich um öffentliche oder wenn es sich um private Anstalten handelt. In Posen ist die

Maßnahme um so notwendiger, als die Mädchenschulen eine polonisierende Thätigkeit bereits ausgeübt haben. Das Entgegenkommen der Regierung in den Jahren 1891 und 1894 ist hier neulich in einer Weise vom Abg. v. Jazdzewski kritisiert werden, daß uns nichts übrig bleibt, als auf das System zurückzugehen, das das Staatsinteresse uns gebietet. Wenn die Polen aufhören, durch ihre rohen Kriegsrufe unsere patriotischen Gefühle zu beleidigen, dann erst kann von uns ein Entgegenkommen und eine Aenderung der Verordnungen erwartet werden.

Am 14. März wird ein Antrag v. Heydebrand (kons.) die Regierung um baldige Vorlegung eines Schuldotationsgesetzes zu ersuchen, einstimmig angenommen. Der Antragsteller führt aus, daß mit den 13 Millionen zur Unterstützung von Schulverbänden nicht die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden könnten.

4. März. Der Reichstag genehmigt einen Gesetzentwurf über Änderungen im Posttaxwesen.

Danach sind die Gebühren für Postscheine über die Einlieferung von Sendungen zur Post und Packkammergeld nicht zu erheben, ebensowenig Fachgebühren für abzuholende Briefe und sonstige Gegenstände, sofern nicht die Postverwaltung dem Empfänger auf seinen Antrag ein ihm unmittelbar zugängliches, verschließbares Abholungsfach überläßt. Die Bedingung für die Ueberlassung solcher Fächer werden durch die Postordnung festgesetzt.

5. März. (Reichstag.) Etat des Auswärtigen Amts. Verhältnis zu England, Rußland; Lage in China und Südafrika. Künftige Wirtschaftspolitik. Rede Bülows.

Abg. Schädler (Z.): Seit dem Nichtempfang des Präsidenten Krüger (Jahrg. 1900 S. 325) sei mancherlei geschehen, das Beklemmungen verursache, obwohl man allgemein einsähe, daß nichts für die Buren geschehen könne. Welche Gründe habe der lange Aufenthalt des Kaisers in England? Durch die Pietät könne er nicht allein erklärt werden. Was habe die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Roberts veranlaßt, die in Deutschland böses Blut verursacht habe? Wie sei die Lage in China? Abgesehen von der gewiß nicht beneidenswerten Stellung, die Graf Waldersee dort einzunehmen hat, darf wohl darauf hingewiesen werden, von welcher Seite her wir Unterstützung erfahren. Oesterreich und Italien sind nicht stark vertreten, Amerika sucht auf eigene Rechnung zu kommen, Rußland hat nicht bloß sein Schäfchen, sondern bereits sein Schaf im Trocknen, Frankreich dürfte wohl als im Gefolge Rußlands stehend betrachtet werden, Japan ist verschnupft. Was bleibt übrig außer England? Ich glaube, es wäre sehr zu wünschen, daß unsere Position in China, abgesehen von unserer eigenen Kraft, andere Unterstützung fände. Aber von Englands Uneigennützigkeit steht wenig zu lesen im Lied und im Heldenbuch (Sehr wahr! rechts), ganz abgesehen davon, daß zwischen uns und England an vielen Punkten Reibungsflächen vorhanden sind. Nun kann man ja die Ueberzeugung haben — und die Geschichte der neueren Zeit bestätigt das auch — daß die internationale Lage sich so gestaltet und auch nicht geregelt wird durch die persönliche Beziehung der Herrscherhäuser gegeneinander, wenn es andererseits zu begrüßen ist, daß sich dieselbe zu einer möglichst freundlichen gestalte, sowohl nach außen wie im Inland. Auch die überschwellenden Lobes- und Dankeshymnen, wie sie von England erschollen anläßlich des Besuches dort, können darüber nicht hinwegtäuschen. Bei der Feindseligkeit der russischen Presse gegen Deutschland müsse auch das Verhältnis zu Rußland gespannt sein.

Reichskanzler Graf Bülow: Der Abg. Schädler hat die Reise des Kaisers nach England zur Sprache gebracht. Ich habe schon in den Morgenzeitungen gelesen, daß hierüber eine große Rede von mir zu erwarten sein würde. (Heiterkeit.) Ich werde mich aber auf einige nicht allzu lange und vor Allem ganz sachliche Ausführungen beschränken. Der Besuch des Kaisers in England trug zunächst weder einen politischen noch einen höfischen, sondern einen rein menschlichen Charakter. Einem edlen Zuge seines Herzens folgend ist der Kaiser an das Sterbelager der verewigten Königin von England getreten und hat sie zu ihrer letzten Ruhestätte geleiten wollen. Wie lange der Enkel am Sterbelager seiner Großmutter weilen sollte und ob er ihrer Beisetzung beiwohnen sollte oder nicht, das war ausschließlich eine Gefühlssache und darüber hatte nur das Empfinden des Kaisers zu entscheiden. Daß das englische Königshaus und das englische Volk den in einem für England schmerzlichen Augenblick erfolgten Besuch des Kaisers mit warmer Dankbarkeit aufgenommen haben und dem auch öffentlich Ausdruck gegeben haben, war doch erklärlich und begreiflich und war ganz in der Ordnung. Wenn über solche rein menschliche Empfindungen hinaus bei diesem Anlaß in England der Wunsch hervorgetreten ist, freundliche Beziehungen zu Deutschland zu pflegen, so liegt politisch kein Anlaß vor, dies übel zu nehmen. (Heiterkeit.) Selbstverständlich ist volle und dauernde Gleichberechtigung zwischen dem deutschen und englischen Volk die conditio sine qua non jedes Zusammengehens und Zusammenwirkens zwischen beiden. In unserem Verhältnis zu England hat sich nichts, garnichts politisch geändert, seitdem ich Mitte Dezember hier erklärt, daß wir gerne bereit seien, auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme und absoluter Parität mit England in Frieden und Freundschaft zu leben. Wenn also der Kaiser durch seinen Aufenthalt in England die Bahn frei gemacht hat für die Fortsetzung eines solchen normalen und guten Verhältnisses zwischen Deutschland und England, so ist das für beide Länder und für den Weltfrieden nur nützlich. Gewiß bestehen zwischen Deutschland und England manche Reibungsflächen, es bestehen aber auch viele und notwendige Berührungspunkte. Es ist kein politischer Grund vorhanden, weshalb wir die Beziehungen zu England nicht ebenso pflegen sollen, wie andere Mächte es thun. Was nun den Thronwechsel in England angeht, so ist dadurch an den Beziehungen zwischen Deutschland und England nichts geändert worden. Es hat vielleicht Leute gegeben, die gehofft haben, daß dieser Thronwechsel eine ungünstige Einwirkung ausüben würde auf die deutsch-englischen Beziehungen. Die Erwartungen sind nicht eingetroffen, und auch das ist nützlich für die Beziehungen beider Länder und für die Allgemeinheit. Der Abgeordnete Schädler hat ferner angedeutet, daß der Besuch unseres Kaisers in England in Widerspruch stehe mit der neutralen Haltung, die wir gegenüber den südafrikanischen Wirren einnehmen, und ich habe auch anderweitig in der letzten Zeit häufig Parallelen gelesen zwischen dem Besuch des Kaisers in England und dem Nichtempfang des Präsidenten Krüger. Diese Parallele ist aber nicht zutreffend, denn die Reise des Präsidenten Krüger verfolgte ausgesprochenerweise den Zweck, uns in ungewöhnlicher Form zur Einmischung in die südafrikanischen Wirren zu nötigen, während der Besuch des Kaisers in England mit dem südafrikanischen Kriege gar nichts zu thun hatte. Gewiß sind dem Kaiser in England Aufmerksamkeiten erwiesen und hat er diese Aufmerksamkeiten erwidert: ich bestreite aber auf das entschiedenste, daß er damit dem Wohle des Landes zuwidergehandelt hätte, indem er solche Aufmerksamkeiten entgegennahm und sie erwiderte. Was die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Roberts angeht, so hat Herr Abgeordneter Schädler selbst eingeräumt, daß es ledig-

lich Sache des preußischen Königs ist, zu bestimmeu, ob und wem er preußische Orden verleihen will; es handelt sich hier um ein ausschließlich persönliches Recht der Krone. Im übrigen ist Roberts keine politische Persönlichkeit und die ihm verliehene Ordensverleihung hatte keine politische Bedeutung. Der Abgeordnete Schädler ist auch zu sprechen gekommen auf unsere Beziehungen zu Rußland und hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß ich den Draht nach Rußland sorgsam pflegen möchte. Ich glaube, daß es kaum einen Rat gibt, zu dem mir gegenüber weniger Veranlassung vorliegt. Ich bin davon durchdrungen, daß es eine der vornehmsten Aufgaben unserer Politik ist, zu Rußland die freundnachbarlichsten Beziehungen zu pflegen, und darüber habe ich niemals einen Zweifel gelassen; ich bin davon durchdrungen, daß die deutschen Interessen und die russischen Interessen in den meisten Punkten Seite an Seite gehen, und daß es keinen Punkt gibt, wo bei gegenseitigem guten Willen die deutschen Interessen und die russischen Interessen sich durchkreuzen. (Beifall.) Große und gewichtige Interessen verbinden diese beiden Reiche, die durch keinen einzigen unüberbrückbaren Gegensatz getrennt sind. Aber auch in dieser Richtung verlangen wir volle Klarheit. Deutschland ist nicht mehr auf das Ausland angewiesen, als das Ausland auf uns (Bravo!) weder in politischer, noch in wirtschaftlicher Beziehung. (Beifall.) Von zwei Seiten ist ein Artikel zur Sprache gebracht worden, der in einer russischen Zeitung erschienen ist und der sich beschäftigte mit unserer zukünftigen Zolltarifvorlage und mit der Rückwirkung derselben auf die deutsch-russischen Handelsbeziehungen. Was die in diesem Artikel enthaltenen und von Herrn Schädler unterstrichenen persönlichen Liebenswürdigkeiten für mich angeht, so werde ich selbstverständlich auf dieselben nicht reagieren, teils weil ich im wesentlichen doch daran festhalte, daß es gut ist, Meinungsverschiedenheiten zwischen befreundeten Regierungen auf diplomatischem und nicht auf publizistischem Wege auszugleichen (sehr gut!), teils weil ich es mir zur Ehre anrechne, wenn ich vom Ausland deshalb angegriffen werde, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß die deutsche Landwirtschaft nicht als eine quantité négligeable behandelt werden darf. (Lebhafter Beifall.) Jede Regierung hat das Recht und die Pflicht, abzuwägen, wie weit sie gehen kann in Konzessionen, ohne die Interessen des eigenen Landes zu schädigen. Wenn wir das Interesse des eigenen Landes vertreten und schützen, so liegt darin doch keine feindselige Gesinnung, so liegt darin kein Akt der Feindseligkeit gegen befreundete Mächte, und wir halten daran fest, daß es möglich sein wird, auch in dieser Beziehung zu einer Verständigung zu kommen. Aber die Basis kann immer nur volle Reciprocität sein und die volle Unabhängigkeit unseres Landes. Wenn je von irgend einer Seite uns zugemutet werden sollte, irgend einer fremden Macht unter allen Umständen in allen Lagen zu folgen, so würde das nicht mehr Freundschaft sein, sondern das wäre Vasallentum (Sehr richtig!), und da werden wir uns an das Wort erinnern, das einmal Friedrich der Große zu einem seiner Gesandten sprach: „Ich will mich bemühen, ein Freund meiner Nachbarn zu sein, aber niemals werde ich ihr Diener sein.“ (Beifall.) Dieses Wort werden wir uns stets vor Augen halten. Es wird aber wohl überhaupt niemand versuchen, uns eine solche Vasallenpolitik aufzuzwingen, wenn wir uns nur selbst treu bleiben. Unsere auswärtige Politik wird weder durch Liebe noch durch Haß, weder durch dynastische Rücksichten noch durch verwandtschaftliche Beziehungen bestimmt, sondern durch das ruhig und nüchtern erwogene Interesse des Landes. Unsere auswärtige Politik wird nicht bestimmt durch dynastische Verwandtschaftsbeziehungen. Große Fürsten haben in der auswärtigen Politik keine Verwandte, hat derselbe

Friedrich der Große gesagt. Man kennt den Kaiser sehr wenig, wenn man glaubt, daß für seine Haltung andere Motive maßgebend sind, als die gewissenhafte Sorge für die Sicherheit des Reiches, und man würde mich sehr wenig kennen, wenn man glauben wollte, daß ich für eine andere als für eine streng sachliche Realpolitik zu haben sei, eine Politik, die gute und freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten haben will, die mit uns in Frieden leben wollen, aber nur unter voller Wahrung und voller Aufrechterhaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, welche das deutsche Volk durch seine Kämpfe, durch seine Arbeit, durch seine Kulturhöhe als ein unveräußerliches Anrecht für sich in Anspruch nehmen darf. (Beifall.)

Abg. Richter (fr. Vp.): Der Reichskanzler vertrete die wirtschaftlichen Interessen des Reiches und die Aufrechterhaltung guter wirtschaftlicher Beziehungen zum Auslande nicht genügend; er vernachlässige Handel und Industrie zu Gunsten der Landwirtschaft.

Reichskanzler Graf Bülow: Der Herr Abg. Richter hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ich die Interessen von Industrie und Handel und der Konsumenten nicht genügend wahrnehme. Ich glaube, daß ich weder durch mein thatsächliches Verhalten noch irgendwie durch meine Auslassungen Grund gegeben habe zu diesem Vorwurf. Wenn ich meine wirtschaftlich-politischen Anschauungen kurz definieren soll gegenüber dem Vorwurf des Herrn Abg. Richter, so kann ich nur wiederholen, was ich bereits im preußischen Abgeordnetenhaus gesagt habe: Meines Erachtens hat die Regierung in erster Linie die Pflicht, die gesamten wirtschaftlichen Interessen des Landes in Betracht zu ziehen; je mehr das gelingt, um so besser wird ihre Wirtschaftspolitik sein. Je schärfer die Interessengegensätze in Deutschland geworden sind, — und sie sind, darin sind alle einig, sehr scharf geworden —, umsomehr hat die Regierung die Pflicht, sich über den Parteien zu halten, das Ganze ins Auge zu fassen und aufs Ganze zu gehen. Ich erinnere mich einer wirtschafts-politischen Debatte in diesem Hause, der ich beigewohnt habe, wo sich die Wünsche der verschiedenen Interessenten widersprachen. Die einen drängten zum Zollkriege, die anderen baten himmelhoch, einem Zollkriege, einem Zollkonflikt auszuweichen, und ich selbst erhalte jetzt jeden Tag eine Reihe von Briefen, Eingaben und Resolutionen, worin ich gebeten werde, beispielsweise einer Erhöhung der Getreidezölle zuzustimmen, und ich erhalte Eingaben, Briefe und Resolutionen, worin ich beschworen werde, einer solchen Erhöhung mich zu widersetzen. Es geht da zu wie in der Fabel des alten Aesop, wo der Gärtner um Regen bittet und der Töpfer um Sonnenschein. Ich halte es für meine Aufgabe, gemeinsam mit der Volksvertretung, mit Ihnen, meine Herren, eine möglichst richtige und gerechte Diagonale zu finden, die verschiedenen Interessen abzuwägen und die sich widerstreitenden Interessen thunlichst auszugleichen. Nicht nur das Zustandekommen eines verständigen Zolltarifs und das Zustandekommen guter Handelsverträge, sondern unsere ganze wirtschaftliche Zukunft hängt meines Erachtens ab von einem solchen vertrauensvollen Zusammenwirken zwischen den verbündeten Regierungen und diesem hohen Hause im Geiste ausgleichender Gerechtigkeit. (Beifall rechts.) Ich bin der Meinung, daß die Landwirtschaft das wichtigste Glied eines jeden Staates ist und daß ihr Blühen unerläßlich ist für das Blühen und Gedeihen, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes nach außen und die gesamte Wohlfahrt. Daß die Landwirtschaft ein Anrecht hat auf die eifrigste Pflege und Förderung von Seiten der Regierung, davon bin allerdings durchdrungen. (Beifall rechts.) Auf eine solche Fürsorge hat die Landwirtschaft umsomehr ein Anrecht, als sie schwere und harte Zeiten durchgemacht hat, die noch nicht überwunden sind. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir werden uns unsrer

Pflicht gegenüber der Landwirtschaft bei Aufstellung des neuen Zolltarifs nicht entziehen. (Beifall rechts.) Ich halte eine Erhöhung der Zollsätze für Getreide und insbesondere für Weizen und Roggen für unerläßlich. (Erneuter Beifall rechts.) Dieser Erhöhung ist eine Grenze gesetzt durch die gebotene Rücksichtnahme einerseits auf die Erhaltung der Leistungsfähigkeit und Exportfähigkeit unserer Industrie, anderseits auf die Wahrung günstiger Bedingungen für den Lebensunterhalt des deutschen Arbeiters (Unruhe bei den Sozialdemokraten); gewiß, der deutsche Arbeiter weiß wohl, daß den Regierungen und der Gesamtheit dieses Hauses das Wohl der Arbeiter gerade so sehr am Herzen liegt wie (nach links gewendet) Ihnen. (Zustimmung rechts.). Ein enger Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Industrie ist von der allergrößten Bedeutung für alle Erwerbsstände für eine gute und gesunde Entwicklung. Wenn nur der eine prosperiert und der andere leidet, so müssen beide leiden Der Arbeiter weiß wohl, daß, wenn die Erwerbsstände sich in guter Entwicklung befinden, er Aussicht auf sichere und lohnende Arbeit hat. Ich sage also, daß die Feststellung der Erhöhung der Zölle, speziell für Getreide, einer besonderen Ausmessung bedarf. Darüber mich heute näher auszusprechen, ist nicht möglich aus dem einfachen Grunde, weil noch keine Beschlußfassung des Bundesrats über die Zolltarifvorlage vorliegt und ich dieser Beschlußfassung nicht vorgreifen möche. Was die von dem Abgeordneten Richter berührte Erneuerung der Handelsverträge angeht, so werden ja auch diejenigen, die seinerzeit geglaubt haben, daß der Abschluß dieser Handelsverträge Deutschland zum Segen gereicht habe, zugeben, daß diese Handelsverträge verbesserungsfähig und verbesserungsbedürftig sind. (Zustimmung.) Neue Handelsverträge können doch nicht einfach eine Abschrift der alten Handelsverträge sein, sondern sie müssen den inzwischen eingetretenen Modifikationen, Verschiebungen und Rückwirkungen Rechnung tragen, wir müssen die Mängel, Fehler und Lücken der früheren Handelsverträge zu verbessern, beziehungsweise zu beseitigen bestrebt sein. Das aber möchte ich mit aller Entschiedenheit betonen, daß es unser Wunsch und unsere Absicht ist, auf annehmbarer Basis wieder zu Tarifverträgen mit anderen Staaten zu gelangen. Sicherheit für eine bestimmte gewisse Reihe von Jahren erreichen zu können und feststehende Bedingungen für den Export, ist nicht bloß von großer Bedeutung für unsere gegenwärtige Industrie, von eminenter Bedeutung für unsern aufstrebenden Handel, sondern auch von großer Bedeutung für die Landwirtschaft. Die Interessen der steigenden Wohlfahrt der Bevölkerung sind auf den Export angewiesen, und dieser muß so sorgsam wie möglich gegen plötzliche Verschiebungen des Absatzes nach dem Auslande geschützt werden. Der Zweck der geplanten Reform würde für mich kein finanzieller sein; wenn die Mehreinnahmen aus den Zöllen bedeutend sein würden, so würde ich vorschlagen, solche Mehreinnahmen aus den Zöllen im wesentlichen zu verwenden zur Hebung der Wohlfahrtseinrichtungen im Reich und zu einer Hebung der weniger günstig gestellten Klassen der Bevölkerung (Beifall.) Der Herr Abg. Richter wird wohl die Ansicht haben, daß ich nicht zu den aufgeregten Leuten gehöre; ich werde mich hüten und wir wollen uns alle hüten, auch auf wirtschaftlichem Gebiete, gegenüber unsern Nachbarn vor Leidenschaftlichkeit und Unvorsichtigkeit, die immer Unheil anrichten; wir wollen uns nicht hinreißen lassen zu handelspolitischen Dingen, deren Kosten nachher das Land zu tragen hätte. In unsrer neuen zollpolitischen Gesetzgebung werde ich nur von nationalen und deutschen Gesichtspunkten inspiriert sein. (Beifall.) Ich werde denjenigen wirtschaftlichen Interessen Rechnung tragen, die für das Wohl der Gesamtheit maßgebend sein müssen.

5. März. (Leipzig.) Professor der Geschichte Karl Biedermann, ehemaliges Mitglied des Frankfurter Parlaments, 88 Jahre alt, †.

Anfang März. (Elsaß-Lothringen.) Es finden Verhandlungen zwischen der Regierung und der Kurie über die Besetzung des vakanten Metzer Bistums statt. Kandidat der Regierung ist der Uditore bei der Nuntiatur in Madrid, Baron Zorn v. Bulach, den die Kurie ablehnt.

Anfang März. (Hessen.) Vorlegung eines neuen Wahlgesetzes.

Der Entwurf enthält im Prinzip das allgemeine, direkte, geheime Wahlrecht. Stimmberechtigt sind alle Hessen, welche 25 Jahre alt, wenigstens drei Jahre in Hessen wohnen und ebensolange hessische Staatsbürger sind und mit Anfang des Rechnungsjahres zu einer direkten Staats- oder Gemeindesteuer herangezogen sind, mit den üblichen Ausnahmen, Vormundschaft, Konkurs, Aberkennung der Ehrenrechte u. s. w. Zum Abgeordneten wählbar ist jeder stimmberechtigte Wähler. Das Wahlrecht wird ausgeübt in Person, durch geheime Abstimmung, mittels Stimmzettel von weißem, kennzeichenlosem Papier, in amtlich abgestempelten, überall gleichem, offenem Kouvert. Die Abgeordneten werden auf sechs Jahre gewählt, alle drei Jahre wird die Kammer zur Hälfte erneuert. Die Städte werden in räumlich abgegrenzte Wahlkreise nach der Zahl der Abgeordneten geteilt. Mainz und Darmstadt erhalten je drei, Offenbach, Gießen und Worms je zwei, Friedberg, Bingen, Alsfeld je einen Abgeordneten, außerdem werden in Starkenburg 17, Oberhessen 13 und Rheinhessen 10 Abgeordnete von ländlichen Wahlkreisen gewählt.

6. März. (Bremen.) Attentat auf den Kaiser.

Während der Fahrt des Kaisers vom Bremer Ratskeller nach dem Bahnhof schleudert ein Arbeiter Dietrich Weiland ein Eisenstück nach dem Wagen, das den Kaiser an der rechten Wange verletzt. Die „Norddeutsche Allg. Ztg." schreibt darüber (7. März): Der Kaiser war gestern bei der Abreise von Bremen auf der Fahrt vom Rathause nach dem Bahnhof einer ernsten Lebensgefahr ausgesetzt. Der Mensch, dessen Hand gegen die geheiligte Person des Reichsoberhauptes das Eisenstück schleuderte, scheint nach den bisherigen Feststellungen mit epileptischen Krankheitserscheinungen behaftet zu sein, unter deren Einfluß er vielleicht bei Vollbringung der sinnlosen Unthat handelte. Aus dankerfülltem Herzen preisen wir das gnädige Geschick, welches über dem teueren Leben des Kaisers in dem verhängnisvollen Augenblick waltete! Der Kaiser bewahrte nach dem Anschlag eine außerordentliche Ruhe, er verriet durch kein Anzeichen Schmerzen, die sich doch bald nach dem Wurf einstellen mußten. Erst als auf dem Bahnhof ein kleiner Junge rief: Der Kaiser blutet ja! wurde die Aufmerksamkeit der Umgebung des Kaisers, der bis dahin kein Wort über den Vorfall verloren, auf die Verwundung gelenkt. Während der Rückfahrt nach Berlin untersuchte der Leibarzt Ilberg die Wunde und legte den ersten Verband an. Der Blutverlust war erheblich. Auch der Mantel des Kaisers wies davon Spuren auf. Der Kaiser machte noch während der Fahrt der Fahrt von Uelzen dem Reichskanzler Grafen v. Bülow von dem Ereignis und der Art der Verwundung telegraphische Mitteilung mit dem Hinzufügen: Ich habe mäßige Schmerzen, fühle mich aber sonst wohl!

Am 7. März wird folgendes Bulletin veröffentlicht: Der Kaiser hat in der rechten Gesichtshälfte eine 4 cm lange, über das Jochbein verlaufende Wunde, welche bis in den Knochen dringt. Die Wunde hat die Beschaffenheit einer gequetschten Wunde, blutete stark und wurde ohne Naht durch den Verband geschlossen. Der Kaiser hat die Nacht leidlich verbracht, ist frei von Kopfschmerzen und ist bei gutem Allgemeinbefinden. gez. v. Leutzhold, v. Bergmann und Ilberg.

7. März. (Reichstag.) Mitteilung des Bremer Attentats. — Marineetat, Preise der Panzerplatten.

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe dem Hause die betrübende Mitteilung zu machen, daß Se. Majestät der Kaiser gestern bei einer Fahrt in Bremen durch ein Eisenstück, welches ein noch nicht 20jähriges Individuum gegen den kaiserlichen Wagen schleuderte, nicht unerheblich im Gesicht verletzt worden ist. Es scheint bis jetzt, daß, durch Gottes gnädige Fügung, die Verletzung keine gefährliche ist, so daß unser kaiserlicher Herr, der jedoch zur Zeit bettlägerig ist, in nicht allzulanger Zeit wieder hergestellt sein wird. Indem ich im Namen des Reichstags dem Abscheu über die unselige That hiemit Ausdruck gebe, verbinde ich damit zugleich den Dank gegen den gütigen Gott, welcher den Kaiser und das deutsche Vaterland vor schwererem Unheil gnädigst bewahrt hat, und ich bitte zugleich Gott um baldige Wiederherstellung des geliebten Monarchen und um den ferneren Schutz seiner erhabenen Person. Sie haben sich von den Plätzen erhoben, um sich meinen Worten und Gefühlen anzuschließen; ich konstatiere dies. (Die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses sind nicht anwesend.)

Abg. Müller-Fulda (Z.) befragt die Regierung über die Schädigung des Deutschen Reichs durch die Preistreibereien der Firmen Krupp und Stumm für das zum Bau von Linien- und Kreuzerschiffen benötigte Panzerplattenmaterial. Während es der amerikanischen Marineverwaltung gelungen sei, schon im Vorjahre von den genannten Firmen eine Preisreduktion auf 455,521 Dollars oder 1920 Mark pro Tonne zu erlangen, müsse die deutsche Marineverwaltung 2320 Mark pro Tonne oder ca. 400 Mark pro Tonne mehr zahlen. Das ergebe, da jeder Jahresetat der Marine etwa 7502 Tonnen dieses Materials enthalte, für das Deutsche Reich eine Benachteiligung von etwa 3 Millionen Mark jährlich oder 60 Millionen für die Dauer der Bauzeit des Flottenprogramms. (Hört! hört!) Im Anschluß an diese Mitteilungen empfiehlt Referent die von der Kommission beschlossene Resolution in Erwägung zu ziehen, ob sich nicht im Interesse der Ersparnis die Einrichtung eines Panzerplattenwerkes auf Kosten des Reiches empfehle. (Lebhafter Beifall.) — Staatssekräter von Tirpitz: Die Firma Krupp hat mich ermächtigt, dem Hause von den im Gange befindlichen Verhandlungen über diese Frage Kenntnis zu geben. Danach hat sich die Firma erboten, wenn die Marineverwaltung einem Jahresbedarf nicht unter 6000 Tonnen an Panzerplattenmaterial von der Firma bezieht, dann eine Preisermäßigung von 150 Mark eintreten zu lassen; rechnet man hierzu noch die Frachtkosten ꝛc., so würde sich gegenüber den amerikanischen Preisen nicht eine Differenz von 400 Mark, sondern nur eine solche von 222 Mark ergeben. (Lachen links.) Die Firma hat sich dann weiter erboten, noch eine weitere erhebliche Preisermäßigung eintreten zu lassen, wenn ihr Bestellungen auf eine Reihe von Jahren zugesichert werden — übrigens genau dieselbe Bedingung, die auch der amerikanischen Marineverwaltung gestellt worden ist. Ueber diese weitere Preisermäßigung schweben noch Verhandlungen zwischen der Firma Krupp und der Marineverwaltung. Die hohen Preise, die wir früher haben zahlen müssen, er-

klären sich daraus, daß die Firma mit Rücksicht auf die Unsicherheit, in der sie sich bezüglich weiterer Bestellungen befand, und mit Rücksicht auf die hohen Anlagekosten besonders hohe Amortisationssätze in Anschlag bringen mußte.

7. März. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Der Präsident v. Kröcher teilt dem Hause das Bremer Attentat durch folgende Worte mit:

Ich muß den Redner einen Augenblick unterbrechen. Der Herr Ministerpräsident läßt dem Plenum mitteilen, daß gestern abend in Bremen auf der Fahrt zum Bahnhof ein Attentat ausgeübt ist auf Seine Majestät den Kaiser und König, daß Seine Majestät im Gesicht verletzt ist durch den Wurf eines Eiseninstrumentes, welches von einem anscheinend unreifen Buben geworfen worden ist. Seine Majestät der Kaiser haben eine, wenn auch nicht erhebliche Verletzung, so doch eine solche Verletzung erlitten, daß Allerhöchstderselbe einige Tage werden zu Bett liegen müssen und daß die Wunde hat genäht werden müssen. (Unruhe.) Meine Herren! Ich meine, daß Sie alle mit mir über diese fluchwürdige That denselben Abscheu empfinden wie ich und bitte Sie, diesem Ausdruck zu geben dadurch, daß Sie mit mir einstimmen in den Ruf: Seine Majestät, unser allergnädigster Kaiser und König, er lebe hoch! (Das Haus stimmt lebhaft in den Ruf ein.)

7. März. (Hessen.) An einem parlamentarischen Abend des Kammerpräsidenten, auf dem der Großherzog anwesend ist, nehmen sozialdemokratische Abgeordnete teil. Sie werden infolgedessen von der sozialdemokratischen Presse scharf angegriffen.

8. März. (Halberg bei Saarbrücken.) Abg. Frhr. v. Stumm, Führer der Reichspartei, fast 65 Jahre alt, †.

11. März. (Reichstag.) Kolonialetat. Steuern und Handel. Ostafrikanische Eisenbahnen.

Abg. Bebel (Soz.) kritisiert die Verwaltung Ostafrikas, dessen Handel seit 1889 von 16 Millionen auf 14 Millionen heruntergegangen sei, dabei aber schon 80 Millionen Reichszuschuß erfordert habe. Eine erhebliche Erhöhung der Einnahmen ist nur bei der sog. Hüttensteuer zu verzeichnen. Dabei ist aber diese Steuer, die einer blutarmen Bevölkerung auferlegt worden ist, so außerordentlich hoch, daß, wenn in Deutschland selbst eine ähnliche Steuer eingeführt werden sollte, ein Schrei der Entrüstung durch das ganze Land gehen würde. Daß die Steuer nichts weniger als ein Erziehungsmittel ist, beweist wohl am besten die Thatsache, daß die rücksichtslose Eintreibung derselben wiederholt Aufstände hervorgerufen hat, die blutig niedergeschlagen werden mußten und schon Tauseude von Menschenleben gekostet haben; bei einer einzigen dieser Strafexpeditionen wurden nicht weniger als 19 Häuptlinge hingerichtet. Die ganze Verwaltung zeichnet sich überhaupt durch eine ganz eigenartige Verordnungsfreudigkeit der Behörden aus. Alles wird reglementiert und dekretiert, als wenn es sich um ein hochentwickeltes Land handelte. Daß dadurch die gesunde Entwickelung der Kolonien gehemmt wird, bedarf keines Beweises. Sodann möchte ich die Anfrage an den Herrn Kolonialdirektor richten, ob es wahr ist, daß der Sklavenhandel unter bestimmten Kautelen geduldet wird, wie die Deutschostafrikanische Zeitung berichtet; endlich bitte ich um

Auskunft, ob es wahr ist, daß ein Hauptmann Kannenberg, als er nachts durch das Schreien eines Kindes gestört wurde, ohne weiteres Mutter und Kind getötet hat? Abg. Dr. Hasse (nl.): Der Rückgang des Handels habe seinen Grund darin, daß der Elfenbeinhandel einen anderen Weg genommen habe. Die Hüttensteuer mache die Eingeborenen seßhaft.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Die Reichszuschüsse für Deutschostafrika betrugen bisher im ganzen nicht 80 Millionen, sondern nur 55 Millionen Mark. Die Handelsverhältnisse in Deutschostafrika haben sich allerdings nicht so entwickelt, wie wir gehofft haben, das liegt aber lediglich in dem Mangel an geeigneten Verkehrsmitteln und man darf bestimmt hoffen, daß mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes auch der Handel einen neuen Aufschwung nehmen wird. Die Angabe, es seien der sogenannten Hüttensteuer Tausende von Menschenleben zum Opfer gefallen, wird in den von mir eingeforderten amtlichen Berichten kurzweg als eine „phantastische Unwahrheit" bezeichnet. (Hört! hört!) Die Aufstände, die vorgekommen sind, stehen in keinem ursächlichen Zusammenhange mit der Hüttensteuer; die Sache liegt vielmehr so, daß die Eingeborenen, die sowieso die Absicht hatten, zu rebellieren, die Einforderung der Hüttensteuer als Vorwand zum Aufstand benutzten. Die Klagen über die „Verordnungsfreudigkeit" der ostafrikanischen Verwaltung sind unbegründet; ohne Verordnungen läßt sich die Verwaltung nun einmal nicht führen und im benachbarten britischen Ostafrika sind in derselben Zeit erheblich mehr Verordnungen erlassen worden. Bei den von Herrn Bebel bemängelten Verordnungen betreffend die Haussklaverei, handelt es sich lediglich darum, die Auswüchse der Haussklaverei thunlichst zu beseitigen; im übrigen geschieht nichts und wird nichts geschehen, was irgendwie den Anschein erwecken könnte, als sei die Kolonialverwaltung bereit, die Sklaverei als eine gesetzliche Einrichtung zu betrachten. Was schließlich den Hauptmann Kannenberg betrifft, so ist derselbe wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zur Dienstentlassung und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

In der weiteren Beratung lehnt das Haus die erste Rate (2 Mill. Mark) für eine Eisenbahn von Dar-es-Salam nach Mrogoro ab.

11. März. (Reichstagswahl.) Bei der Ersatzwahl in Posen-Stadt wird v. Chrzanowski (poln.radikal) mit 15421 Stimmen gewählt. Oberbürgermeister Witting (nl.) erhält 9482, Kasprzak (Soz.) 720 Stimmen.

12. März. (Reichstag.) Präsident Graf Ballestrem hält anläßlich des Geburtstags des Prinzregenten Luitpold folgende Rede:

Meine Herren! Se. kgl. Hoh. Prinz Luitpold (die Mitglieder des Hauses haben sich von ihren Plätzen erhoben), der Verweser des Königreichs Bayern, feiert heute in ungeschwächter geistiger und körperlicher Kraft das seltene Fest, an welchem Höchstderselbe sein 80. Lebensjahr vollendet. Der erlauchte Fürst, Oberhaupt des zweitgrößten Bundesstaats, steht als solcher auch in näherer Beziehung zu dem Deutschen Reichstag. Wenn daher dieser Ehrentag des erlauchten Wittelsbachers in allen Kreisen seines getreuen Bayernlandes als ein hohes Ehren- und Freudenfest gefeiert wird, so hat auch der Reichstag alle Veranlassung, an dieser Feier den lebhaftesten Anteil zu nehmen (allseitige Zustimmung) und für das fernere Wohlergehen Sr. kgl. Hoh. des Prinz-Regenten von Bayern die angelegentlichsten Wünsche auszusprechen (erneuter Beifall). In der Voraussetzung, mich mit den Gefühlen des Reichstags in Uebereinstimmung zu befinden,

habe ich heute eine telegraphische Kundgebung an Se. kgl. Hoheit erlassen, welche die ehrfurchtsvollsten Glück- und Segenswünsche des Deutschen Reichstags zum Ausdruck bringt. (Beifall.) Als Zeichen Ihrer Uebereinstimmung und als Huldigung für den erlauchten Bundesfürsten haben Sie sich von Ihren Plätzen erhoben; ich stelle dies fest.

12. März. (Bayern.) Prinzregent Luitpold feiert seinen 80. Geburtstag.

Aus Anlaß der Feier stiftet der Regent ein Feuerwehr-Verdienstkreuz und ein Ehrenzeichen für freiwillige Krankenpflege.

Der Kaiser sendet folgendes Telegramm: „An des Prinz-Regenten von Bayern königliche Hoheit, München. Mit dem schmerzlichsten Bedauern muß ich Dir an dem Ehrentage fern bleiben, mit dem Du Dein achtzigstes Lebensjahr vollendest. Fühle, daß ich mit herzlichsten Gedanken im Geiste Dir nahe bin. Mein ältester Sohn muß mich vertreten. Laß Dir von ihm sagen, mit welch inniger Freude ich an diesem Tage mir Deine kraftvolle Gestalt vergegenwärtige, wie ich mit dem treuen Bayernvolke, ja mit ganz Deutschland, dem Fürsten und Helden Heil wünsche, in dem Gottes Güte uns einen der hervorragendsten Waffengefährten Kaiser Wilhelms des Großen erhalten hat und den sie uns in seiner wunderbaren Frische und Rüstigkeit lange bewahren möge. Gez. Wilhelm."

15. März. (Reichstag.) Erste Beratung der zweiten Kreditforderung für die chinesische Expedition in Höhe von 120 Millionen Mark. Reden Bülows.

Reichskanzler Graf Bülow: Seitdem ich mir erlaubt habe, unsere Ansicht über die Verhandlungen in China dem Hause darzulegen, sind diese Verhandlungen zwar langsam, aber doch stetig fortgeschritten und wir sind der Regelung der Verhältnisse in China ein gut Stück näher gekommen. Wenn ich sage, daß die Verhandlungen langsam fortgeschritten sind, so soll darin keine Kritik liegen, weder der Vertreter in Peking, noch der Regierungen. Viel Köpfe unter einen Hut zu bringen, ist immer mühsam, auch wenn es sich um Diplomaten handelt (Heiterkeit), und in dem vorliegenden Falle sollen sich nicht nur die Vertreter der Mächte untereinander verständigen, sondern ihre Beschlüsse sollen auch von ihren Regierungen ratifiziert werden. Und die Ansichten und Aspirationen der Regierungen gehen gerade in China weit auseinander. Da eine Einigung herbeiführen, ist nicht immer leicht. Daß es trotzdem gelungen ist, ein gemeinsames und vernünftiges Friedensprogramm aufzustellen, so gereicht das nicht nur den Vertretern in Peking zur Ehre, sondern beweist auch, daß sich bisher die von den Kabinetten aufrecht erhaltene Einheit immer noch stärker erwiesen hat als gewisse, in der Natur der Sache liegende und durch die Verhältnisse der Vergangenheit begründete Divergenzen. Wir halten an der Hoffnung fest, daß diese Solidarität der Kulturvölker auch diejenigen Meinungsverschiedenheiten überwinden werde, die sich — neuerdings hinsichtlich der chinesischen Verhältnisse herausgestellt haben, und auf die ich im weiteren Verlauf meiner Rede noch zu sprechen kommen werde. Vorher möchte ich in aller Kürze den Gang der Verhandlungen resümieren. Ich habe seinerzeit dem hohen Hause den Entwurf der Note mitgeteilt, über die sich die Vertreter der Mächte in Peking geeinigt hatten. Ueber einzelne Bestimmungen des Notenentwurfs waren aber von einzelnen Regierungen nachträglich Einwendungen erhoben worden. Schließlich hat man sich aber durch gegenseitige Nachgiebigkeit allseitig verständigt, und es ist

gelungen, eine Einigung herbeizuführen. Die von allen Vertretern der Mächte auf Grund der von den Regierungen erteilten Ermächtigungen unterzeichnete Note ist den chinesischen Unterhändlern übergeben worden, und diese haben sich bereit und ermächtigt erklärt, die in dieser Note enthaltenen Friedensbedingungen anzunehmen und zum Zeichen hierfür die Friedensbedingungen zu unterzeichnen. Auch diese Unterzeichnung hat inzwischen stattgefunden. Der Text der Kollektivnote zeigt gegenüber dem seinerzeit mitgeteilten Entwurf nur wenige Aenderungen. Aus den ursprünglichen elf Artikeln sind zwölf geworden, indem ein neuer Artikel 3 zugefügt ist, der von der Sühnung der Ermordung des Kanzlers der japanischen Gesandtschaft handelt. Der Artikel 6 statuiert Schadensersatz und gleichfalls die zur Aufbringung der Entschädigung geeigneten finanziellen Maßnahmen, die unter Kontrolle der Mächte zu treffen sind. Im Artikel 1 wird an Stelle der Todesstrafe die schwerste, dem Verbrechen angemessene Strafe verlangt. Durch die Uebergabe der gemeinsamen Note ist das erste Stadium der Unterhandlungen abgeschlossen, welches ich als das Stadium der Unterhandlungen ausschließlich unter den Mächten bezeichnen möchte. Wir sind jetzt in die Phase der Verhandlungen mit China eingetreten. Dabei stehen für uns zwei Fragen im Vordergrunde. Einmal die Frage der Bestrafung der Schuldigen, deren Zweck ist, in China der Wiederkehr von Exzessen vorzubeugen, wie sie im vergangenen Sommer vorgekommen sind. Es müssen also die Mächte darauf bestehen, daß ein Exempel statuiert werde. Die Schuldigen müssen eine eindringliche Warnung erhalten; denn es handelt sich um die scheußliche Ermordung von Hunderten von Europäern und von Tausenden von chinesischen Christen. Diese Leute straflos ausgehen zu lassen, bedeutet die freiwillige Ausstellung eines Freibriefes auf künftige Unthaten. Es handelt sich um unsere konsularischen Vertreter und Missionare, und die können wir nicht schützen, wenn wir nicht ernstlich und fest dafür sorgen, daß vollkommene Ordnung eintritt, und die wirklich Schuldigen gefaßt werden; wenn es auch Mandarinen mit so und soviel Knöpfen sind; wir müssen verhüten, daß an den Ereignissen nicht Beteiligte als Strohmänner vorgeschoben werden. Was die Art und Weise der Bestrafung betrifft, so müssen wir uns richten nach den Sitten und Gebräuchen der verschiedenen Länder. China besitzt nun besondere Eigentümlichkeiten und Traditionen auf dem Gebiet des Justizwesens. Wir müssen uns richten nach den Vorschlägen und Anschauungen derjenigen, die an Ort und Stelle die Ereignisse kennen und in der Lage sind, die Verhältnisse an Ort und Stelle richtig beurteilen zu können. Mit der Frage der Bestrafung hängt zusammen die Frage der Errichtung eines Sühnedenkmals für unseren ermordeten Gesandten, den Freiherrn v. Ketteler. In dieser Beziehung sind bereits die Vorarbeiten für die Errichtung des Denkmals in Peking an der Stätte des Mordes eingeleitet worden. Die chinesische Regierung hat sich vollkommen bereit erklärt, eine Sühnemission unter Führung eines kaiserlichen Prinzen hierher zu senden. Wir haben es aber abgelehnt, diese Deputation zu empfangen, bevor nicht Ordnung in China eingetreten ist. In diesem Sinne habe ich folgendes Telegramm nach Peking gerichtet. (Der Reichskanzler verliest dieses Telegramm, aus dem hervorgeht, daß der Prinz Tschun zwar Sr. Majestät dem Kaiser angenehm ist, aber erst, nachdem die in der Kollektivnote aufgestellten Bedingungen erfüllt seien.) Der Frage der von China zu leistenden Entschädigung hat die kaiserliche Regierung von Anfang an die ernsteste Aufmerksamkeit gewidmet. Bei der großen Schwierigkeit, welche gerade diese Frage hat, ist es begreiflich, wenn es hierüber noch nicht zu einem von allen Mächten anerkannten Programm gekommen ist. Ich möchte aber unsere Stellung zu der für uns besonders

wichtigen Entschädigungsfrage schon heute dahin präzisieren: China hat seine Verpflichtung, die durch die Wirren entstandenen Schäden zu vergüten, bedingungslos anerkannt. Es handelt sich um unsere Entschädigungsansprüche über die dem Reiche erwachsenen Kosten für die Expedition und um die den Privatleuten in China erwachsenen Schäden. Ueber die ganzen von uns zu erhebenden Ansprüche läßt sich augenblicklich noch kein klarer Ueberblick gewinnen; es wird aber in kurzer Frist der Fall sein. Wenn die Summe feststeht, so wird über die zur Aufbringung erforderlichen Maßnahmen eine endgiltige Entscheidung zu treffen sein. Vorderhand müssen wir nach den geeignetsten Mitteln suchen, die eine möglichst rasche Befriedigung unserer Ansprüche sicherstellen, andererseits aber die finanzielle Forterxistenz des chinesischen Staatswesens nicht gefährden. Für die kaiserliche Regierung kam es darauf an, für die Vorbereitung der demnächstigen Verhandlungen unter den Mächten zunächst erfahrene deutsche Kenner der chinesischen Verhältnisse um ihre Ansicht zu fragen. Wir haben von mehreren Seiten aus eingehende Gutachten erhalten, und zwar u. a. auch von dem früheren deutschen Gesandten in Peking, Herrn v. Brandt, ferner von Professor Hirt in München und von dem Nationalökonomen Schumacher in Berlin. Diese Gutachten zeigen eine erfreuliche Uebereinstimmung in den Grundzügen und sie sind außerordentlich sachgemäß. Es wird darin hervorgehoben, daß ein Eingreifen in den inneren chinesischen Staatsorganismus zu vermeiden oder möglichst zu beschränken ist. In Bezug auf die Seezölle wird gesagt, daß eine Erhöhung derselben ohne ernstliche und dauernde Schädigung des fremden Handels zu bewerkstelligen ist. Ob neben den Seezöllen noch andere Einnahmequellen zu erschließen sind, ob z. B. Dschunkenzollstätten errichtet werden sollen, ob die städtischen Oktrois herangezogen werden können, ist eine Frage, die noch der Prüfung bedarf. Auch die von manchen Seiten empfohlene Abschaffung der unter dem Namen Likin bekannten chinesischen Inlandszölle ist eine offene Frage. Jedenfalls ist es selbstverständlich, daß durch das neue finanzielle Arrangement die Besitzer der chinesischen Anleihen nicht geschädigt werden. Am 16. Februar hatte eine Konferenz der Gesandten in Peking stattgefunden, und man hat über die Kriegskostenentschädigung folgende Fragen aufgeworfen:

1. Ob die Regierungen über die Art der Kriegskostenentschädigung einig sind. 2. Ob man nach gemeinsamen Regeln oder nach einer Schätzung verfahren solle. 3. Ob gemeinsam eine Gesamtsumme verlangt werden soll. 4. Ob bei der Frage der Kriegskostenentschädigung auch die Frage der Entschädigung der bei der Belagerung der Gesandtschaft getöteten und verwundeten Militärs miteinbegriffen sein soll, und ob auch die bei der Expedition des Admirals Seymour Getöteten darin eingeschlossen werden sollen. Wir haben unsere Ansicht über diese Fragen in einem Erlaß an den kaiserlichen Botschafter in London zu erkennen gegeben. (Der Reichskanzler bringt diesen Erlaß zur Verlesung. Es heißt darin zu Punkt 4, daß die von der italienischen und österreichisch-ungarischen Regierung gewünschte Entschädigung zu den Kriegskosten gehöre. In Bezug auf Punkt 3 wird der allgemeinen Forderung einer Gesamtsumme zugestimmt. In Bezug auf den Punkt 2 wird die Regelung der Ansprüche nach gleichen Prinzipien durch eine gemischte Kommission empfohlen. Jeder Staat müsse seine effektiven Kosten so genau wie möglich angeben und sie den anderen Regierungen mitteilen. Die Feststellung der Gesamtkosten würde dann die nächste Aufgabe sein. Ist sie geschehen, so werde es demnächst Sache der chinesischen Regierung sein, sich darüber zu äußern, wie sie jene Summen aufzubringen gedenke. Wenn sie aber keine annehmbaren Vorschläge macht, so werden die Mächte ihr den inzwischen zu vereinbarenden Finanzplan

zu exerzieren haben.) Was die Frage betrifft, wie lange unsere Truppen noch in Petschili bleiben werden, so hängt das zunächst ab von der Gestaltung der Dinge in Petschili und in China selbst. Von der weiteren Entwickelung der politischen und militärischen Verhältnisse, von dem weiteren Verhalten der Chinesen und der Loyalität, mit der sie bestrebt sind, die von ihnen angenommenen Friedensbedingungen zu erfüllen, davon wird die Okkupation Petschilis abhängen. Wir werden uns auch nicht bloß durch Versprechungen hinhalten lassen, auch nicht durch die schönsten Worte Li-Hung-Tschangs. Es muß thatsächlich mit der Erfüllung der Friedensbedingungen Ernst gemacht werden. Dahin gehört in erster Linie Garantie für die Zahlung der zu leistenden Entschädigung. Wenn wir diese Garantien erhalten, werden wir unsere Truppen aus Petschili zurückziehen. Ein Vergnügen ist es nicht, in Petschili zu bleiben. Die Okkupation ist aber eine Pflicht, der wir uns nicht entziehen können und dürfen, solange nicht von Seiten Chinas für die Erfüllung der Friedensbedingungen ernstliche Bürgschaften vorliegen. Liegen solche Bürgschaften vor, so werden wir Petschili verlassen mit dem aufrichtigen und lebhaften Wunsche, Petschili so lange wie möglich nicht wieder zu sehen. (Bewegung.) Wir werden die Interessen unserer Kaufleute und Missionäre wahrnehmen und uns nicht durch chinesische Winkelzüge und Hinziehereien zu einem vorzeitigen Verlassen Petschilis bewegen lassen. Das Oberkommando werden wir nicht einen Tag länger aufrecht erhalten, als dies der Notwendigkeit der Lage und den Wünschen der Mächte entspricht. Solange aber diese beiden Voraussetzungen zutreffen, wird der Graf Waldersee, wie bis jetzt mit Sicherheit und allgemein anerkanntem militärischem Takt sein Amt verwalten. Endlich möchte ich einige Worte hinzufügen über die gegenwärtige diplomatische Lage in China. Alle Mächte sind bestrebt, die Verhältnisse in China zu konsolidieren, und alle wünschen, den baldigen Abschluß der internationalen Verwickelung mit China herbeizuführen. Nichtsdestoweniger bestehen zwischen den Mächten viele in der Natur der Dinge begründete Divergenzen. Es gibt Mächte, deren Interessen an China wesentlich wirtschaftlicher Natur sind und andere Mächte, die dort mehr politische Ziele verfolgen. Wir gehören nach meiner Auffassung in die erste Kategorie; deshalb auch haben wir am 16. Oktober v. J. das deutsch-englische Abkommen abgeschlossen. Unsere Tendenz ging dahin, einerseits die Integrität von China solange als möglich aufrecht zu erhalten, andererseits in China nur soweit uns zu engagieren, als es für unseren Handel geboten ist. Auf die Mandschurei bezieht sich das deutsch-englische Abkommen nicht. (Hört, hört!) Das geht schon aus dem Wortlaut des Abkommens hervor. Daß dieses Abkommen keinerlei geheime Vereinbarungen und Klauseln enthält, habe ich schon bei der ersten Lesung des Etats erklärt. Ich habe sofort das Abkommen in extenso der Oeffentlichkeit übergeben. Heute kann ich hinzufügen, daß ich auch bei den Verhandlungen, die zum Abschluß dieses Abkommens führten, keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß der Vertrag sich nicht auf die Mandschurei bezöge. An der Mandschurei haben wir gar kein nennenswertes Interesse. Deutsche Missionäre und Handelsleute sind in den Handelsplätzen der Mandschurei nur sporadisch anzutreffen. Was aus der Mandschurei wird, ja, ich wüßte nicht, was uns an und für sich gleichgiltiger sein wird. Auf der anderen Seite haben wir auch Interesse daran, daß China im gegenwärtigen Augenblick und so lange seine Verpflichtungen gegenüber den Mächten nicht realisiert sind, sein Staatsvermögen nicht ungebührlich verringere. China ist der Schuldner der Mächte, dessen Schulden in recht erheblichem Grade aufgelaufen sind. Es ist in der Lage eines Schuldners, der mit seinen Gläubigern in Akkord gelangt ist. Und

wir haben als Gläubiger ein Interesse daran, daß man unserem Schuldner nicht zuviel wegnimmt, in fraudem creditorum. In dem jetzigen Moment würden wir, solange China die ihm auferlegten Bedingungen nicht erfüllt hat, Abmachungen bedauern, durch die China — gleichviel mit wem es solche Verträge abschließt — in seiner finanziellen Leistungsfähigkeit beeinträchtigt werden könnte. Wir haben das auch unzweideutig zu erkennen gegeben, und diese Antwort kann uns von keiner der anderen Regierungen verübelt werden. Wer berechtigte Interessen vertritt, braucht keinem anderen zu nahe zu treten, und alle Mächte haben die feierliche Erklärung abgegeben, daß sie in China keinerlei Sonderinteressen verfolgen. Mitbestimmend für unsere Antwort an China waren die Ansprüche an dieses Reich, dem man alle möglichen Konzessionen abzuzwacken sucht. Wenn das so weiter gehen würde, so würde China als Schuldner eine ausgequetschte Zitrone darstellen, ehe wir zu unserem Safte gelangt sind. Ich darf unsere Wünsche dahin zusammenfassen, daß wir in erster Linie von der chinesischen Regierung die schleunige und völlige Erfüllung der von ihr angenommenen Bedingungen verlangen, und daß wir im übrigen China mit seinen Anträgen, Wünschen und Beschwerden an die Konferenz in Peking verwiesen haben, die das Konzert der Mächte repräsentiert. Ich nehme keinen Anstand, das Telegramm zu verlesen, das wir über diese Materie an die chinesische Regierung gerichtet haben.

(Redner verliest die betreffende Depesche, worin es am Schluß heißt, daß die Reichsregierung nicht daran denke, sich dem Konzert der Mächte zu substituieren.)

Welche Wirkung dieses Telegramm haben wird, wollen wir abwarten. Man hat von der Isolierung Deutschlands in China gesprochen, und daß diese oder jene Macht zu China anders stehe als zu uns, und daß wir zu einer Macht anders stehen als zu den anderen. Von einer Isolierung Deutschlands kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil wir mit Erfolg unser Bestreben darauf gerichtet haben, das Konzert der Mächte zusammen zu halten. Eine besondere Stütze, eine besondere Anlehnung bedürfen wir deshalb nicht, weil wir zu keiner Zeit in China Sonderansprüche geltend gemacht haben. Es ist gesagt worden, daß durch die chinesichen Vorgänge unsere Beziehungen zu Rußland alteriert worden wären; auch das ist unzutreffend. Deutschland verfolgt in China wesentlich und ganz überwiegend Zwecke wirtschaftlicher und kultureller Natur; Rußland verfolgt in China Zwecke kultureller Natur, nebenbei aber auch gewisse politische Ziele, namentlich im Norden von China. Diese beiderseitigen Interessen können aber sehr wohl nebeneinander bestehen. Von einem schärferen oder gar unversöhnlichen Gegensatz zwischen uns und Rußland ist so wenig die Rede wie irgendwo sonst. (Hört, hört!) Wohl aber haben wir in China bisweilen auch mit anderen Mächten mit Nutzen zusammenarbeiten können; das war z. B. der Fall bei dem Jangtse-Abkommen, das im Interesse des deutschen und englischen Handels abgeschlossen worden ist. Deutschland und England besitzen in China mancherlei Interessen, die gemeinsam gefördert werden können. Dieses Jangtse-Abkommen konnte aber für die russische Regierung gar keinen Grnnd zum Mißtrauen bieten, denn es legt in keiner Weise irgend eine Verpflichtung zu irgend einer Aktion gegen irgend eine andere Macht auf. Auch an der wichtigen Frage der Kriegsentschädigung ist Rußland wegen seiner besonderen Stellung zu China weniger interessiert. Dies ist auch eine Frage, bei der wir Veranlassung haben, uns mit anderen Mächten zu verständigen, deren Interessen mit den unsrigen mehr analog sind. Ebenso gut wie unsere Beziehungen zu Rußland und England sind sie zu Amerika und

Japan. Amerika beteiligt sich mit Eifer an der Behandlung der politischen Fragen in China und legt namentlich das lebhafteste Interesse an den Tag für die Erhaltung der chinesischen Integrität. Zwischen uns und Frankreich bestehen, wie an vielen, den meisten Orten der Erde, auch in China keine sachlichen Gegensätze. Was Japan angeht, erkennen wir gern die Großmachtstellung an, welche sich dieses hochbegabte Volk durch seine Waffenerfolge im letzten Kriege und seine Intelligenz errungen hat. Daß wir von unseren beiden Verbündeten, von Oesterreich-Ungarn und Italien, in loyalster Weise unterstützt sind, und daß sie Hand in Hand und Seite an Seite mit uns gegangen sind, versteht sich von selbst bei dem völlig unerschütterten Bestande des Dreibundes. Unsere Aufgabe ist es, zwischen den Ansprüchen der verschiedenen Mächte unsere Neutralität, unsere Selbstständigkeit, unseren Frieden, also das große, dauernde Interesse des Reiches zu wahren. Es kommt nun darauf an, in China baldmöglichst friedliche Zustände wiederherzustellen, für die Sicherung des dortigen Besitzstandes und die Wahrung unserer legitimen Handelsinteressen. Das ist aber nur möglich durch die Einheit der Mächte. Es sind deshalb unsere Bemühungen darauf gerichtet, in den weiteren Verhandlungen durch eine gerechte und versöhnliche Haltung die vorhandenen Gegensätze zu mildern und ein gemeinsames Zusammenwirken zu den gemeinsamen Zielen zu erreichen: Gerechte Sühne für die begangenen Verbrechen zu verlangen, eine angemessene Entschädigung für den erlittenen Schaden und für die Verletzung des Völkerrechts und für die dem Reiche durch aufgezwungene Expedition erwachsenen Kosten durchzusetzen, dauernde Sicherheit und Ordnung in China wiederherzustellen. Wir müssen auch für die ungestörte Thätigkeit unserer Missionäre Sorge tragen. Diese Ziele haben ihren Ausdruck gefunden in der gemeinsamen Note der Mächte; sie wird nach wie vor die Richtschnur bilden, für deren Erreichung im Rahmen der von mir heute geschilderten Politik ich die Unterstützung dieses hohen Hauses erbitte. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr. Vp.) bedauert, daß der Reichskanzler keinen Termin für das Ende der Expedition angeben könne. Welche Bewandtnis habe es mit dem russisch-chinesischen Vertrage über die Mandschurei? Es sei im Interesse der Finanzen dringend zu wünschen, daß die Friedensverhandlungen vorwärts gingen; das Phantom der Weltmachtpolitik, das Bismarck glücklicherweise ganz fern gelegen habe, lege uns in diesem Falle unverhältnismäßige Opfer ohne entsprechende Vorteile auf. Abg. Bebel (Soz.) kritisiert die Strafexpeditionen in Petschili, worauf die Abgg. Bachem (Z.) und Bassermann (nl.) antworten. Reichskanzler Graf Bülow: Die Strafexpeditionen sind das einzige Mittel, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, nachdem die chinesische Regierung sich als zu schwach erwiesen hat. Die chinesische Regierung hatte sich den Boxerbanden gegenüber als ohnmächtig gezeigt, und deshalb mußten sich unsere Truppen der schwierigen und mühsamen, aber nützlichen Aufgabe unterziehen, das Land von diesem Gesindel zu räumen. Der Abgeordnete Richter hat gemeint, man wisse eigentlich von dem sog. Mandschurei-Abkommen recht wenig, und er hat die Bitte an mich gerichtet, näheres darüber mitzuteilen. Ja, wenn ich selbst etwas näheres darüber wüßte! (Heiterkeit.) Wir wissen nichts näheres darüber, und auch andere Regierungen wissen nichts, die an dem Vertrage noch mehr interessiert sind als wir. Es würde aber auch den diplomatischen Gepflogenheiten nicht entsprechen, wenn ich in dieser Frage der russischen Regierung gegenüber eine zu große Neugier und Ungeduld an den Tag legen wollte. (Heiterkeit.) Soll ich aber, ohne irgendwelche Pression auf die russische Regierung auszuüben, auf natürlichem

und ungezwungenem Wege etwas über den Inhalt des Abkommens erfahren, so werde ich mit dem größten Vergnügen bereit sein, dem Hause darüber Mitteilung zu machen. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Richter hat dann weiter gesprochen von einem plötzlichen Abmarsch der russischen Truppen aus Petschili. Eine solche plötzliche oder gar überraschende Zurückziehung der russischen Truppen hat nicht stattgefunden. Die russische Regierung hat uns in loyalster Weise rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß sie einen Teil ihrer Truppen für die Mandschurei brauche und das war im Hinblick auf die Zustände in der Mandschurei und im Hinblick auf die langgestreckte russisch-chinesische Grenze notwendig. Im übrigen hat die russische Regierung gleichzeitig auf das Bestimmteste versichert, daß sie nicht daran dächte, sich vom Konzert der Mächte zu trennen und hohes Gewicht darauf lege, mit den anderen Mächten in Ostasien zusammen zu arbeiten. In der Presse ist seinerzeit getadelt worden, daß ich mich in einer Rede zur zweiten Lesung des Etats nur in allgemeinen Wendungen bewegt habe, und der Abg. Richter hat denselben Vorwurf gegen meine heutigen Ausführungen erhoben. Demgegenüber möchte ich konstatieren, daß in keinem anderen Parlament der Welt detaillierte Mitteilungen gemacht worden sind, wie ich sie heute gemacht habe. Aber mit immer neuen Enthüllungen kann ich nicht jedesmal aufwarten (Heiterkeit), und ich will mich lieber der Kritik aussetzen, daß ich nicht immer präzis genug oder zu wenig sage, als daß ich mit Recht den Vorwurf verdiente, daß ich Dinge gesagt hätte, die den Interessen des Landes schaden könnten. Ich bin ja schließlich kein arabischer Märchenerzähler (Heiterkeit), sondern der verantwortliche Leiter der auswärtigen Politik des Deutschen Reichs. Der Abg. Bebel schloß seine Ausführungen mit der Behauptung, der Ausgang der chinesischen Expedition habe in weiten Kreisen das Mißtrauen gegen die „Weltpolitik" verstärkt. Da sollten wir uns doch einmal darüber verständigen, was unter Weltpolitik zu verstehen sei. Ein Begriff muß doch bei dem Worte sein. Wenn die Herren (nach links) unter Weltpolitik die Tendenz verstehen, uns in Dinge zu mischen, die uns nichts angehen, dann bin ich der allerentschiedenste Gegner einer solchen Weltpolitik. Daß wir aber in der Entwicklung unserer Verhältnisse große überseeische Interessen auch in Ostasien erworben haben, das ist eine Thatsache, von der wir als vernünftige und verständige Leute nicht abstrahieren können, und diese überseeischen Interessen müssen wir demnach auch zu fördern und zu entwickeln suchen. In diesem Sinne habe ich vor drei Jahren gesagt, daß wir auch unsern Platz an der Sonne haben wollen, und in diesem Sinne wiederhole ich: wir wollen diesen Platz behaupten und wollen uns nicht in den Schatten drängen lassen. (Beifall.)

16. März. (Reichstag.) Militäretat. Stellung der Teilnehmer an der ostasiatischen Expedition. Hunnenbriefe.

Auf eine Anfrage des Abg. Richter (fr. Vp.), wie es mit der Entlassung der Teilnehmer an der ostasiatischen Expedition stehe, erwidert Kriegsminister v. Goßler: Es ist hierbei zu unterscheiden zwischen den Mannschaften, die während ihrer aktiven Dienstzeit sich der Expedition nach China angeschlossen haben, und den Mannschaften des Beurlaubtenstandes. Was die erstgenannte Kategorie betrifft, so haben diejenigen Mannschaften, deren Dienstzeit im vorigen Herbst abgelaufen war, auf ein weiteres Jahr kapituliert. Mit den Mannschaften des Beurlaubtenstandes haben wir einen Anwerbevertrag abgeschlossen, durch welchen sich die Betreffenden auf längstens zwei Jahre im ostasiatischen Expeditionskorps verpflichten. Was die Gesamtzahl der verbündeten Truppen in China betrifft,

so unterstehen augenblicklich dem Oberbefehl dis Grafen Waldersee rund 64 000 Mann, darunter 17 700 Deutsche, 14 500 Franzosen, 12 000 Engländer, 9000 Russen, 6000 Japaner, 2300 Italiener u. s. w. Redner gibt im weiteren detaillierte Mitteilungen über die Stationierung dieser Truppenkörper in China. Mit der Haltung unserer Truppen können wir durchaus zufrieden sein: auch hat sich die Ausrüstung und Bewaffnung derselben durchaus bewährt. Der Sanitäts- und Lazarettdienst funktioniert ausgezeichnet, der Gesundheitszustand des Expeditionskorps ist — abgesehen von den Seebataillonen, die unter Typhus zu leiden haben — im ganzen als ein günstiger zu bezeichnen. Die Krankenziffer ist nach Ansicht kompetenter Sachverständiger keine ungünstige, wir hatten jedenfalls mit höheren Zahlen gerechnet. An Ruhr sind 36 Mann gestorben, an Typhus 89, in Lazarettbehandlung sind bis zum Schluß des Jahres 1900 im ganzen 1840 Mann gewesen. Was endlich die sog. Hunnenbriefe anlangt, so habe ich inzwischen Recherchen eingeleitet und kann, wenn auch noch nicht alle Details hier eingegangen sind, heute schon ein Telegramm des Grafen Waldersee hierüber mitteilen, welches im wesentlichen folgenden Inhalt hat: „Die Hunnenbriefe enthalten größtenteils nicht selbst Erlebtes, sondern phantasievolle Uebertreibung aus der Zeit bis zur Einnahme von Peking. Die umfangreichen Verwüstungen, von denen in den Briefen berichtet wird, sind größtenteils von Boxern veranlaßt und haben sich nach der Einnahme von Peking nicht wiederholt. Bei Gefechten nahmen die zurückweichenden Boxer ihre Verwundeten stets rechtzeitig mit sich, so daß deshalb Gefangene nie gemacht werden konnten. Wo überraschte reguläre Truppen sich ergaben, wurden sie entwaffnet und entlassen, gefangene Boxer wurden standrechtlich erschossen und ebenso wurde auch mit den in jedem Winter hier besonders häufig auftretenden Räuberbanden verfahren. Einzelne vorgekommene Ausschreitungen wurden streng bestraft. Eine Beschränkung des Briefverkehrs ist nicht erfolgt. Dagegen hat der Kommandeur des Expeditionskorps gedroht, die Briefschreiber für Veröffentlichungen aus ihren Briefen verantwortlich zu machen. In einem Falle, wo behauptet worden war, daß gefangen genommene Boxer gegen Lösegeld entlassen worden seien, hat die Untersuchung ergeben, daß die ganze Geschichte von einem lügnerischen Mandarinen erfunden worden ist, der dadurch eine Ermäßigung bezw. Befreiung von einer ihm von englischer Seite auferlegten Kontribution zu erreichen hoffte." Soweit die Mitteilungen des Grafen Waldersee. Ich bin auf Grund dieses Materials und auf Grund der detaillierten Berichte, die noch unterwegs sind, nunmehr in der Lage, gegen Zeitungen, die solche Briefe veröffentlichen, Strafantrag zu stellen. Ich hoffe dann dem von Herrn Bebel ausgesprochenen Wunsche gerecht zu werden. (Heiterkeit.) Auf der anderen Seite sind mir eine ganze Reihe Briefe von Offizieren und von besonnenen älteren Mannschaften zugegangen, die sich in Ausdrücken der tiefsten Empörung und Entrüstung darüber äußern, daß derartige Gerüchte über deutsche Truppen haben verbreitet werden können. Die Briefschreiber klagen im Gegenteil darüber, daß die Behandlung der Boxer, die ja in der That im Grunde nichts weiter sind, als Räuberbanden, viel zu milde sei, und den Erfolg der ganzen Aktion in Frage stelle. Ich will jetzt auf die Vermutungen nicht eingehen, die über die Beweggründe der Schreiber jener Hunnenbriefe mehrfach geäußert worden sind. Sollten diese Vermutungen sich aber rechtfertigen, so wird es uns eine ganz besondere Freude sein, die betreffenden Briefschreiber belangen zu können. (Beifall.).

Ueber die Einjährig-Freiwilligen erklärt Gen. v. Einem: Sie seien für die Chinaexpedition nur unter der Bedingung angenommen

worden, daß sie nach Ablauf ihrer gewöhnlichen Dienstzeit unter den üblichen Bedingungen auf ein weiteres Jahr kapitulieren.

18. März. (Stuttgart.) Eine Versammlung von 65 süddeutschen Webereien, die 37142 Webstühle vertreten, stellt fest, daß infolge der Notlage der Weberei 17 Prozent der Webstühle still stehen und beschließt, die Reduktionen noch zu vergrößern.

19. März. Die Presse über die ostasiatische Politik.

Die Londoner „Daily Mail" führt aus, die Politik Englands in Ostasien dürfe nicht mehr auf den Grundsatz der „offenen Thür", sondern auf eine neue Grundlage, die in der allgemeinen Vorherrschaft Englands über das Yantse-Thal, gestellt werden.

Die „Köln. Ztg." schreibt dazu: Es genügt demgegenüber darauf hinzuweisen, daß sämtliche an dieser Frage interessierten Staaten im Gegenteil die Vermeidung einer Teilung Chinas als Grundsatz hinstellen. In Betreff des Yantse-Thales ist hinreichend bekannt, daß neben England eine größere Anzahl Mächte aufs lebhafteste daran interessiert sind. Wieweit dies bei Deutschland zutrifft, ergibt sich aus dem deutsch-englischen Yantseabkommen. Daneben stehen noch in erster Linie die Unionsstaaten und Japan, selbst Rußland, die an der Aufrechterhaltung dieser offenen Thüre nicht unerheblich beteiligt sind.

19. März. (Preußen.) Das Staatsministerium richtet an die Oberpräsidien und Regierungspräsidien einen Erlaß über die Wohnungsfrage (veröffentlicht am 4. April) und empfiehlt darin die Förderung gemeinnütziger Bauvereine. — Die „Allgemeine Haus- und Grundbesitzer-Zeitung" greift den Erlaß scharf an. — Ähnliche Erlasse werden in Sachsen und Württemberg veröffentlicht.

19. März. (Gotha.) Ein Sozialdemokrat wird zum Vizepräsidenten des Landtags gewählt. In der Presse wird infolgedessen die Möglichkeit erörtert, auch einen Sozialdemokraten in das Reichstagspräsidium zu wählen.

20. März. Das Preußische Abgeordnetenhaus genehmigt in dritter Lesung den Etat. (Annahme im Herrenhause am 30. März.) — Der Etat balanciert mit 2649014606 Mark. Davon sind fortdauernde Ausgaben 2431802802 und einmalige und außerordentliche Ausgaben 217211804 Mark.

21. März. Das Preußische Abgeordnetenhaus verweist folgende Anträge über die Hypothekenbanken an eine Kommission:

Antrag Görbeler (frk.):

1. Die Staatsaufsicht der Hypothekenbanken durch Anstellung von Staatskommissaren bei den einzelnen Banken zu verstärken.
2. Die Rechte der Treuhänder zu erweitern.
3. daß als Treuhänder nicht die Staatskommissare bestellt werden können,

4. daß bei neuen Hypothekenbanken die Frage des dringenden Bedürfnisses gestellt werde und daß die Firmen nicht so benannt werden, daß der Anschein erweckt werden könne, es handle sich um eine Anstalt, bei der von Staats- und Kommunewegen eine Garantie bestehe.

Antrag v Hydebrand (kons.): statt des Punktes 1 ein Gesetz zu erlassen, das die Ausgaben hypothekarisch gesicherter Inhaberpapiere auf die öffentlichen Institute bezw. Genossenschaften beschränkt.

März. Deutschland und England in Ostasien.

Mit Bezug auf eine Aeußerung des englischen Uuterstaatssekretärs Cranborne, Deutschland habe sich durch das Abkommen mit England verpflichtet, seine Politik auch auf Erhaltung der Mandschurei für China zu richten, erklärt die „Köln. Ztg.", das sei ein Irrtum. Bereits bei Abschluß des Abkommens sei hervorgehoben worden, daß Deutschland die Mandschurei nicht als in die Grenzen des gemeinsamen Schutzgebietes fallend betrachte, für dessen Erhaltung Deutschland eintreten sollte. Es sei kein Zweifel, daß bei den bekannten, durch die Anlage einer russischen Eisenbahn bewirkten Ansprüchen Rußlands, Deutschland nicht die Absicht hatte, den russischen Bestrebungen ein Hindernis zu schaffen. Allerdings habe Deutschland die Auffassung, daß vor Erledigung der Ansprüche der Mächte China unüberlegt handle, wenn es sich seiner Einkünfte aus der Mandschurei entäußere.

März. (Berlin.) Der Kaiser empfängt die Präsidenten des Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses, die ihm die Glückwünsche zur Genesung aussprechen.

März. (Preußen.) Der Bischof von Fulda sagt in einem Hirtenbriefe folgendes über Mischehen:

„Hier, geliebte Diözesanen, lasset mich, insofern es sich um die Person handelt, die ihr zum hl. Bund der Ehe wählet, noch ein Wort sagen von jenen Ehebündnissen, welche Glieder verschiedener christlicher Religionsbekenntnisse schließen — ein Wort frei von Bitterkeit und Härte, da es so empfindliche Saiten berührt, aber ein Wort klarer, katholischer Wahrheit. Die Kirche billigt niemals, sondern duldet nur und zwar mit schwerem Herzen, diese Ehen: 1. wenn für den katholischen Teil keine Gefahr des Glaubens besteht; 2. wenn alle zu erhoffenden Kinder katholisch getauft und erzogen werden; 3. wenn nur die katholische Trauung stattfindet. Warum billigt sie dieselben nicht? Die Gründe werden Euch vor Augen geführt durch den bischöflichen Erlaß, der in jedem Sonntage nach Erscheinung des Herrn von den Kanzeln verlesen wird. Ich nenne aber noch einen durchgreifenden Grund, den ihr vielleicht weniger erwäget. „Wer ein Sakrament empfangen will, muß glauben, was es ist und was es wirkt." Was geschieht nun beim Abschluß der gemischten Ehe? Der katholische Teil glaubt, daß er ein Sakrament empfange, der nichtkatholische Teil glaubt es nicht. Für ihn ist also keine Gnade des Sakraments möglich, weil kein Glaube vorhanden ist. Das ist aber nach katholischem Glauben eine Entweihung des Sakraments, freilich nicht eine Entweihung mit Willen und Wissen des nichtkatholischen Teils, aber mit Wissen und Willen des katholischen Teils. Und doch ist das noch der günstigste Fall, wenn bloß von einer Seite das Sakrament entweiht wird. Wie, wenn der katholische Teil sich soweit vergißt, daß er die von der Kirche geforderten Bedingungen nicht erfüllt, also auch seinerseits das Sakrament entweiht, vielleicht gar nicht empfängt, indem er an gewissen Orten vor Gott und

der Kirche überhaupt keine gültige Ehe eingeht. Ueberall nämlich, wo das Gesetz des allgemeinen Konzils von Trient über die Abschließung der Ehe verkündigt ist und Geltung hat, muß dieselbe, um gültig zu sein, vor dem katholischen Pfarrer und zwei Zeugen geschlossen werden. Das sind die einfachen und klaren Sätze des katholischen Glaubens, und ich hoffe mit Sicherheit, daß kein Jüngling und keine Jungfrau meiner Diözese diese bestimmten und heiligen Gesetze der Kirche mißachten und sich des Verbrechens einer unehelichen, überaus sündhaften Verbindung schuldig machen wird."

Der Hirtenbrief wird in den evangelischen Kreisen scharf angegriffen; die Worte „gewisse Orte" werden auf das Standesamt und die evangelischen Kirchen bezogen.

23. März. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) **Debatte über die Audienz des Präsidiums beim Kaiser. Konstitutionelle Fragen.**

Präsident v. Kröcher: Das Präsidium hat gestern die Ehre gehabt, von Sr. Majestät empfangen zu werden und Allerhöchstdemselben seine Gefühle des Hauses aus Anlaß seiner Verwundung auszusprechen. Se. Majestät haben geruht, uns den Auftrag zu erteilen, seine Freude dem Hause auszusprechen darüber, daß das Haus den Wunsch geäußert habe, diese Kundgebung zu machen. Dann setzten Se. Majestät der Ansprache noch hinzu — ich kann naturgemäß nicht wörtlich zitieren, aber dem wesentlichen Sinne nach denke ich es richtig darzustellen, was Se. Majestät gesagt haben: Se. Majestät sagten, — der Vorfall in Bremen hätte Sie (Seine Majestät) besonders darum so schmerzlich berührt, weil Sie die Ueberzeugung gewonnen, daß seit dem Tode des hochseligen Kaisers Wilhelm bis jetzt die Achtung vor den Autoritäten im Volke abgenommen habe, namentlich bei der Jugend, und Se. Majestät setzten dann noch hinzu: „Wir Alle, alle Stände ohne Ausnahme, können und dürfen uns da von einer Mitschuld nicht freisprechen, daß wir nicht genug durch die Mittel, die uns zu Gebote stehen, gethan haben, — zum Beispiel wiesen Seine Majestät auf die Presse hin — „daß die Autorität in der Weise gewahrt bleibt, wie es früher geschehen ist. Ich habe das Vertrauen zu dem Hause der Abgeordneten und zu allen Parteien in demselben, und das wünsche Ich, daß alle Parteien nach ihren Kräften dahin wirken möchten, daß die Achtung vor den Autoritäteu wieder so gehoben würde, wie es möglich ist. Seine Majestät haben dann noch die Gnade gehabt, sich nach dem gestern erkrankten ersten Vizepräsidenten [Dr. Freiherr von Heereman] zu erkundigen, Seine Anteilnahme für den Erkrankten auszusprechen und ihm baldige Genesung zu wünschen. — Abg. Richter (fr. Vp.): Bisher ist es weder im Abgeordnetenhause noch im Reichstage jemals vorgekommen, daß Aeußerungen, die Se. Majestät gethan haben beim Empfange des Präsidenten ohne Anwesenheit des verantwortlichen Ministers, im Landtage oder Reichstage zur Kenntnis gebracht werden, denn nur dann, wenn ein Minister die Verantwortlichkeit übernimmt, haben solche Aeußerungen für uns eine Bedeutung und können einer Kritik unterworfen werden. Ich protestiere daher gegen diesen Vorgang. Dann hat der Herr Präsident in seiner Ansprache nach dem offiziellen Bericht des Wolff'schen Telegraphenbureaus den krankhaften Anfall des Burschen in Bremen mit dem verbrecherischen Absichten von Hoedel und Nobiling verglichen; ich stelle fest, daß eine solche Auffassung des Vorfalls in Bremen hier im Hause bis dahin nirgend hervorgetreten ist. — Präsident v. Kröcher: Ich fühle mich verpflichtet, den Worten des Abgeordneten Richter einiges zu erwidern. Ich

habe nicht die Attentate von Hoedel und Nobiling und das Attentat in Bremen verglichen, sondern ich habe, was nach meiner Ansicht durch den Tag, den Seine Majestät zu dem Empfange bestimmt hatten, den 22. März, geboten war — wenigstens ich habe es nach meinem Taktgefühl für geboten gehalten — bei dieser Gelegenheit des hochseligen Kaisers Wilhelm I. gedacht (Beifall) und da lag wohl die Versuchung nicht fern, auch von den Attentaten zu sprechen. (Sehr richtig!) In beiden Fällen hat ein Angriff auf die Majestät stattgefunden. Ich habe aber keinen Vergleich zwischen den Attentaten von 1878 und dem letzten Attentat gezogen. Ich habe ausdrücklich gesagt — vorher hatte ich das wohl überlegt — Euer Majestät haben heute Aehnliches erfahren. (Zurufe Aha! Aehnliches.) Daß die Sache ähnlich ist, das, glaube ich, wird kaum bestritten werden. (Sehr richtig!) Es läßt sich höchstens über die Worte streiten! Was nun den zweiten Punkt betrifft, daß kein verantwortlicher Minister hier ist und ich gleichwohl diese Mitteilung mache, so bin ich nach meiner Ansicht (Zurufe links: beim Empfang.) Dann hatte ich den Abg. Richter falsch verstanden. Ich habe mich nicht bloß für berechtigt, sondern auch für verpflichtet gehalten, die Worte Seiner Majestät, soweit sie mir in Erinnerung sind — und außer mir war der zweite Vizepräsident dabei, der anerkennen wird, daß Seine Majestät ungefähr so gesprochen haben, wie ich es mitteile — dem Hause bekannt zu geben. Seine Majestät hat die beiden Herren nicht als die Privatpersonen Dr. Krause und von Kröcher empfangen, sondern als Präsidenten des Abgeordnetenhauses und uns damit doch den Auftrag erteilt, seine Worte dem Hause mitzuteilen. (Beifall.) Das habe ich versucht zu thun und hoffe, daß es mir gelungen ist, es richtig darzustellen. (Beifall.) — Abg. Dr. Krause (natl., 2. Vizepräsident): Ich möchte als Zeuge des Vorgangs bei der Audienz beim Kaiser Zeugnis ablegen, daß unser Herr Präsident in keiner Weise einen Vergleich zwischen dem Attentat gegenüber dem hochseligen Kaiser Wilhelm und dem gegen Sr. Majestät gezogen hat. Nach dem unmittelbaren Eindruck, den ich hatte, bestand die Parallele lediglich in der Verletzung der beiden Monarchen. Es ist unserem Präsidenten nicht eingefallen, die Parallele auf die Ursachen der Vorgänge und die Verantwortlichkeit dafür auszudehnen. Man kann dann verschiedener Ansicht sein, ob dergleichen Mitteilungen dem Hause der Abgeordneten oder überhaupt einem Parlament zu machen sind. Ich bin aber doch der Meinung, daß, wenn das Haus das Präsidium beauftragt, Seiner Majestät sein Mitgefühl auszusprechen, daß dann wiederzugeben ist, was Se. Majestät darauf geäußert haben. Es handelt sich dabei nicht um einen Akt der Staatsregierung, und würde der Vorgang auch nicht diskutiert werden können — das halte ich für völlig ausgeschlossen — sondern um eine Aeußerung des Monarchen, die kennen zu lernen allerdings die Mitglieder des Hauses ein Interesse haben. (Beifall.)

Die Abg. Fritzen (Z.) und Graf Limburg-Stirum (kons.) danken dem Präsidenten für die Mitteilungen. — Abg. Richter (freis. Volksp.): Durch die Darstellung des Herrn Abgeordneten Dr. Krause hat der Vorfall allerdings eine Milderung erfahren; in der Presse und im Wolff'schen Telegraphenbureau war die Sache so dargestellt, als wenn beide Attentate mit einander in Verbindung gebracht seien. Was die Aeußerungen Sr. Majestät anbetrifft, so handelt es sich hier nicht um eine formelle Aeußerung des Dankes gegenüber der Kundgebung seitens des Präsidenten, sondern es handelt sich in der That um eine Regierungshandlung. Denn wenn derartige Aeußerungen, die materielle politische Direktiven enthalten und die Beachtung verlangen wollen, wenn die keine Regierungsakte sind .... (Glocke des Präsidenten).

Präsident v. Kröcher: Herr Abg. Richter, ich bitte, die Worte Sr. Majestät nicht einer Kritik zu unterziehen.

Abg. Richter (fortfahrend): Daraus sehen Sie schon, in welche schiefe Lage wir kommen. (Zuruf rechts: Nicht wir, nur Sie!) Das sind Aeußerungen, die ich nicht kritisiere, sondern die offenbar politische Direktiven enthalten von materieller Bedeutung — (Glocke des Präsidenten). Nach dem, was der Herr Präsident uns mitgeteilt hat, in welche Lage kommt ein Minister, wenn hier solche Aeußerungen im Parlament mitgeteilt werden, auf deren Feststellung er seinerzeit keine Einwirkung haben konnte. Wenn Se. Majestät uns sonst etwas mitteilen will, so geschieht dies herkömmlich in der Form der Botschaft. Gegenwärtig hören wir etwas, was — wie der Präsident sagt — nicht einmal authentisch feststeht, sondern nur ungefähr.

23./24. März. Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie.

Die Hamburg-Amerikalinie richtet folgendes Telegramm an den Kaiser: „Ew. Majestät wollen uns gestatten, unserer innigen FreudeAusdruck zu geben über den glücklichen Verlauf, welchen unter Gottes gnädigem Beistande die Wiederherstellung Ew. Majestät von den Folgen des frevlen Angriffs genommen hat. Mögen Ew. Majestät durch den beklagenswerten Vorfall sich nicht in der Ueberzeugung erschüttern lassen, daß die Liebe des deutschen Volkes Ew. Majestät auf allen Ihren Wegen begleitet." — Der Kaiser antwortet: „Ich danke herzlich für den Mir übermittelten Ausdruck teilnehmender Freude an meiner fortschreitenden Wiederherstellung. Der bedauernswerte Angriff inmitten der gutgesinnten Bevölkerung Bremens wird Mich nicht beirren im Glauben an die Zuneigung der deutschen Völker und bei der Arbeit in den Mir von Gott gestellten Aufgaben Meines Berufs. gez. Wilhelm I. R."

24. März. (Preußen.) Die „Konservative Korrespondenz" schreibt über die Stellung der Konservativen zur Kanalvorlage:

Die konservativen Führer haben sich bereit erklärt, trotz der grundsätzlichen bis jetzt noch unverminderten Bedenken gegen die Kanalvorlage ein bedeutsames Entgegenkommen zu zeigen und für den Ausbau der Lippe-Linie — an Stelle der in dem Regierungsentwurfe vorgesehenen Emscher-Linie — einzutreten. Obwohl die Bedenken gegen beide Wasserstraßen insoferne gleich sind, als durch beide die Begünstigung eines Einbruchs der Holländer in die westlichen Industriegebiete zu fürchten ist, hat sich doch ergeben, daß — wenn nun einmal ein Entgegenkommen bewiesen werden soll — der Ausbau der Lippe-Linie vor der Emscher-Linie den Vorzug verdient. Diese ist, wie bis jetzt feststeht, technisch nicht in dem Maße gesichert wie jene; diese ist ferner in der Wasserversorgung auf die Weser angewiesen, während jene hinsichtlich der Wasserversorgung vollständig unabhängig ist. Rühmt man nun auch als einen Vorteil der Emscher-Linie, daß hier ein größerer Verkehr herrsche, so dürfte es doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Lippe nach ihrer Kanalisierung den größten Teil des Verkehrs des Ruhrgebietes und Dortmunds aufnehmen würde. Für die Konservativen war es also wohl möglich, trotz ihrer schweren Bedenken für den Ausbau der Lippe-Linie, nicht aber für den der Emscher sich zu entscheiden. Maßgebend war für sie dabei der Wille, den Industriellen des Westens so weit wie möglich entgegenzukommen. Da die Kanalvorlage dem Osten Preußens bedeutende Konzessionen auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft zu teil werden läßt, haben die Konservativen

für erforderlich erachtet, auch für den Westen der Monarchie in entsprechender Weise zu sorgen. Bei diesem Gedanken ist nicht zu verkennen, daß die Kanalisierung der Lippe eine starke Analogie mit der Oder- und Weichselstraße besitzt. Hier wie dort handelt es sich um den Ausbau bestehender, wasserreicher Wasserstraßen, hier wie dort kommt die Landeskultur erheblich in Betracht, und dieser Umstand hat auf die Entscheidung für die Lippe-Linie wesentlich mitgewirkt. In ihrem Entschlusse, in der Kanalfrage ein Entgegenkommen zu zeigen, waren also die Konservativen auf die Bewilligung der Lippe-Linie direkt angewiesen, und es ist zu hoffen, daß dieser Entschluß allseitig recht gewürdigt werden wird. Läßt es sich doch nicht leugnen, daß die Konservativen mit ihrem Entgegenkommen von ihrem ursprünglichen Standpunkt zur Kanalvorlage erheblich abgewichen sind, daß sie also in der That einen Schritt gethan haben, der Anerkennung verdient, umsomehr, als diese äußerste Konzession gemacht worden ist, obwohl die alten Bedenken noch in vollem Umfang vorhanden sind. Da nun der Herr Finanzminister erklärt hat, daß weder der Lippe-Kanal noch der Emscher-Kanal ohne den Mittelland-Kanal einen Wert für die Regierung habe, da der erste einen Wasserweg ohne Verkehr, der andere einen Kanal ohne Wasser darstellen würde, so ist die endgültige Entscheidung der Konservativen über die Lippe-Linie bis nach der Entscheidung über den Mittelland-Kanal ausgesetzt worden.

26. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt offiziös über den Dreibund (vgl. Italien und Frankreich):

„Der Dreibund ist namentlich in der Pariser Presse in letzter Zeit zum Gegenstand vieler, aber meist unzutreffender Erörterungen gemacht worden. Zunächst kann konstatiert werden, daß die Verbündeten Italiens keinerzeit diesen Bedingungen oder auch nur Wünsche wegen der Verwendung der italienischen Armee auferlegten. Ferner läßt der Dreibundvertrag allen drei Verbündeten volle Freiheit hinsichtlich der Festsetzung ihrer Land- und Seestreitkräfte; falls einem Verbündeten die Verminderung seiner Armee durch seine eigenen Interessen geboten erschiene, würde dies weder dem Geiste noch den Buchstaben des Vertrags widersprechen. Jeder der drei Teilnehmer des Dreibundes hat sowohl für sich wie auch für die beiden Verbündeten an dem Grundsatz festgehalten, daß die Bestimmung der Heeresstärke lediglich eine innere Angelegenheit des betreffenden Staates sei. Es ist zeitgemäß auch diese Thatsache hervorzuheben gegenüber der von manchen Seiten geflissentlich verbreiteten Legende, daß die finanziellen Schwierigkeiten Italiens mit den vom Dreibund auferlegten Verpflichtungen zusammenhängen. Solche Verpflichtungen gibt es nicht!

Ende März. (Elsaß-Lothringen.) Die klerikale „Kölnische Volkszeitung" schreibt über die Frage einer katholischen Fakultät in Straßburg (vgl. Jahrg. 1900 S. 79):

Ludwig XIV. und der Kardinal Fürstenberg haben einst rücksichtslos durchgegriffen, um die Geistlichkeit des Elsaß zu französieren. Mit dem Gelde des Eroberers wurde das Straßburger Seminar begründet und vorwiegend aus französischen Staatsmitteln unterhalten, um fidèles sujets du Roy heranzubilden. Das Alumnat der deutschen Jesuiten in Molsheim wurde aufgehoben und die Straßburger Anstalt französischen Jesuiten, die zur französischen Ordensprovinz gehörten, anvertraut. Ein Teil der Alumnen mußte stets geborene Franzosen sein, um so die Kirche rasch mit gallischen Elementen zu durchtränken. An ähnliche Maßregeln denkt jetzt

niemand. Sie müßten selbstverständlich als mit der kirchlichen Freiheit unverträglich auf das schärfste bekämpft werden. Die katholische Kirche im Reichsland bedarf, wenn sie nicht von den Mächten des Protestantismus und des religiösen Indifferentismus zerrieben werden soll, der Anlehnung an stärkere und kompaktere Massen der Glaubensgenossen, an größere Organisationen. Keiner, der es redlich mit der Kirche und dem Lande meint, wird diese Anlehnung nach Westen suchen wollen, und doch hat man bisher fast ängstlich vermieden, sich an die deutschen Katholiken anzuschließen. Wir denken hier nicht einmal an das Zentrum; auch so unpolitische Veranstaltungen wie die deutschen Katholikentage, die Görres-Gesellschaft oder der Borromäus-Verein haben an Ill und Obermosel nicht allzuviel werkthätige Sympathien zu wecken vermocht. Auch in dieser Hinsicht kann eine Fakultät, die den Klerus dem geistlichen Leben des deutschen Katholizismus näher bringt, die Brücke zum allmählichen Verständnis und zur Mitarbeit bilden.

27. März. (Bayern.) Die Regierung erläßt eine neue Arzneitaxordnung.

März. (Preußen.) Eine Anzahl polnischer Gymnasiasten in Posen und Westpreußen werden wegen Teilnahme an geheimen politischen Verbindungen vor Gericht gestellt und von den Prüfungen einstweilen ausgeschlossen.

28. März. (Berlin.) Rede des Kaisers über 1848. — Preßdebatte.

Der Kaiser hält bei der Einweihung einer neuen Kaserne des Kaiser-Alexander-Regiments eine Ansprache, wobei er (nach der „Kreuz-Ztg.") sagt: „Wie eine feste Burg rage die neue Kaserne in der nächsten Nähe des Schlosses auf, das sie in erster Linie zu schützen stets bereit sein werde. Das Regiment sei berufen, gewissermaßen als Leibwache bei Tag und Nacht bereit zu sein, um für den König und sein Haus, wenn es gelte, Leben und Blut in die Schanze zu schlagen." Die „Kreuzzeitung" fährt fort, der Kaiser habe, an den Opfermut des Regiments im Jahre 1848 erinnernd, bemerkt, wenn jemals wieder in Berlin eine Zeit wie damals, eine Zeit der Auflehnung gegen den König kommen sollte, werde das Regiment wieder alle Unbotmäßigkeit und Ungehörigkeit wider den König nachdrücklich in die Schranken zurückweisen. Der Kaiser wünschte dem Regiment eine schöne Zukunft, ein Pflegen der Erinnerung an seine früheren Chefs, namentlich zu des großen Kaisers Zeit, durch Tapferkeit und Treue sowie unbedingten Gehorsam.

Im Speisesaale des Offizierkasinos übergibt der Kaiser dem Offizierkorps ein Bild von der Schlacht von St. Privat und hält folgende Ansprache: „Auf den meisten Bildern aus der preußischen Kriegsgeschichte sind die preußischen Truppen in siegreichem Vorgehen dargestellt, wie sie mit wuchtigem Choc den Feind niederwerfen. Ich habe es für richtig gehalten, auch die alte preußische Zähigkeit und Beharrlichkeit in der Defensive einmal darstellen zu lassen, in dem Kampfe in der Minderheit gegen eine erdrückeude Ueberlegenheit. Das Bild stellt dar, wie wenige Angehörige des Alexanderregiments mit heldenhaftem Mute gegen eine ganze Brigade sich verteidigen, um sie schließlich zurückzuwerfen. Mein hochseliger Großvater hat ja dem Gardekorps im ganzen den Dank für sein tapferes Verhalten vor dem Feinde und für seine Heldenthaten aus-

gesprochen. Ich habe das feste Vertrauen, daß das Offizierkorps des Alexanderregiments seiner Aufgabe gerecht werden wird, indem es Soldaten für den Moment erzieht, wo es gilt, mit Blut und Leben die Treue für König und Vaterland zu besiegeln. Dieses Bewußtsein verleiht mir die Gewißheit, daß wir überall siegen werden, auch wenn wir überall von Feinden umgeben sein werden und wir mit der Minderheit gegen eine Mehrheit zu kämpfen haben werden, denn es lebt ein gewaltiger Verbündeter, das ist der alte gute Gott im Himmel, der schon seit den Zeiten des Großen Kurfürsten und des Großen Königs stets auf unsrer Seite war."

Die Rede bei der Kaserneneinweihung wird lebhaft besprochen und häufig hervorgehoben, daß zu derartigen pessimistischen Betrachtungen keine Ursache vorliege. Die Blätter der Linken betonen, der einzige Anlaß, aus dem Unruhen entstehen könnten, seien hohe Lebensmittelzölle. Der konservative „Reichsbote" findet viel Beifall mit folgenden Ausführungen: „. . . Der größte Feind der Autorität ist ihre Ueberspannung. Kaiser Wilhelm I. hat seine große Autorität dadurch erlangt, daß er bei allem Vollbewußtsein von der Höhe seiner Stellung stets eine weise Zurückhaltung und Selbstbeschränkung seinen Ratgebern gegenüber walten ließ. Bei der ungeheuren Kompliziertheit des modernen Staates, wo der einzelne Mann auch bei der größten Begabung nicht alles allein zu machen und zu beurteilen vermag, kann es der Autorität nur empfindlich schaden, wenn sie nicht die rechte Grenze zu wahren versteht und plötzlich mit Aussprüchen und Urteilen die Welt überrascht, zu denen die ernsten Sachverständigen die Köpfe schütteln. . . . Der moderne Monarch des konstitutionellen Staates soll nicht in orientalischer Unnahbarkeit thronen, sondern man begrüßt es mit Freuden, wenn er in und mit seinem Volk lebt, sich um alles kümmert, seine Augen auf alles gerichtet hat, die Initiative zu notwendigen Reformen ergreift, Anregungen gibt, aber alles in stetem ratendem Verkehr mit seinen Räten. Sonst läuft er Gefahr . . . . plötzliche Empfindungen für Notwendigkeiten zu halten, die dann an den harten Realitäten des Lebens scheitern. Gerade die begabtesten Fürsten sind diesen Gefahren ausgesetzt, und die Geschichte kennt viele Beispiele, daß gerade sie, wenn sie ihren eigenen Willen zu sehr in den Vordergrund stellen, statt weise, selbstverleugnende Zurückhaltung ihren Räten gegenüber walten zu lassen, schließlich auf eine unfruchtbare und unglückliche Regierung zurücksehen mußten. Der Fürst soll der oberste Träger der Autorität sein, und er wird es desto mehr sein, je mehr er selbst die von ihm delegierte Autorität seiner Räte und Behörden respektiert und seinem Volke auch in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangeht. Das hat Kaiser Wilhelm I. gethan, und das hat seiner Autorität nicht allein keinen Abtrag gethan, sondern gerade dadurch ist sie so hoch gewachsen."

28. März. (Preußisches Herrenhaus.) Programmrede Bülows. Resolutionen über den Zolltarif und die Einkommensteuer.

Ministerpräsident Graf v. Bülow: Ich habe mir das Wort erbeten nicht zu längeren Ausführungen, sondern weil ich die erste Gelegenheit ergreifen wollte, die sich mir bietet, um mich dem hohen Hause an der Spitze des kgl. Staatsministeriums vorzustellen. Ich sage, daß ich das Wort nicht zu längeren Darlegungen ergriffen habe. Vor einer Stunde habe ich allerdings in einigen Morgenzeitungen gelesen, daß ich hier ein längeres Programm entwickeln würde. Ich habe mich gefragt, ob ich diesem Lockruf folgen soll. Manches sprach ja dafür, insbesondere die Versuchung,

vor dieser hohen Versammlung zu sprechen. Unter den Gegengründen überwog doch insbesondere ein Argument. Ich habe lange in Ländern mit rein parlamentarischer Regierungsform gelebt. Manches habe ich da ganz nett gefunden, aber unter den Sachen, die mir nicht gefielen, war, daß dort jede neue Regierung wie jeder neue Minister auch mit einem neuen, von Verheißungen und Versprechungen erfüllten Programm sich vorzustellen pflegte, und wenn Gott sich hinterher den Schaden besieht, d. h. wenn die betreffende Regierung und der betreffende Minister nicht mehr im Amte ist, so pflegt von den Verheißungen und Versprechungen nicht alles erfüllt zu sein. Darum will ich mich lieber darauf beschränken, mir nach und nach durch mein thatsächliches Verhalten das Vertrauen und die Zufriedenheit des Hauses zu verdienen. Das aber möchte ich sagen, daß ich es mir zur großen Ehre anrechne, als Präsident des Staatsministeriums in geschäftliche Verbindung mit diesem hohen Hause zu treten. Die gegenwärtige Session bringt wichtige Vorlagen. Ich bin überzeugt, daß diese Versammlung, wo so viel Erfahrung und Einsicht vertreten ist, mit stets bewährtem Patriotismus in immer gleicher Ergebenheit und Treue für den König die Staatsregierung unterstützen wird in dem Streben, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Landesvertretung das Wohl der Monarchie zu fördern. In diesem Sinne erbitte ich mir für die gemeinsame Arbeit Ihre vertrauensvolle Mitwirkung und wohlwollenden Rat! (Lebhafter Beifall.)

Hierauf werden mit 101 gegen 27 Stimmen folgende Resolutionen angenommen:

1. Die Staatsregierung aufzufordern, mit größter Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Neuordnung der handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein wesentlich gesteigerter Zollschutz zuteil werde, und in diesem Sinne zu sorgen, daß baldigst die Vorlage des in der Vorbereitung befindlichen Zolltarifs an den Reichstag erfolge.

2. An die Staatsregierung die Aufforderung zu richten, daß baldmöglichst eine Aenderung des Einkommensteuergesetzes nach der Richtung vorgenommen werde, daß die dem Grundbesitz, dem Gewerbebetrieb und Bergbau aufliegenden direkten Abgaben von dem der Besteuerung unterliegenden Einkommen in Abzug zu bringen sind.

28. März. Zu Preßnachrichten über Ministerkrisen, die mit der Kanalvorlage und der Vorbereitung des Zolltarifs zusammenhingen, schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Auf Grund von Informationen, die von einem Zustand des Schwankens in den Vorbereitungen für den neuen Zolltarif wissen wollen, werden von mehreren konservativen Blättern Besorgnisse geäußert, nach denen sogar Ministerwechsel und schwere innere Krisen wahrscheinlich wären. Einerseits heißt es, maßgebende Kreise gingen für den Fall der Ablehnung des Mittellandkanals im preußischen Abgeordnetenhause mit dem Gedanken einer Neugestaltung und Vertagung des Zolltarifentwurfs um, andererseits wird gesagt, die an der Vorbereitung beteiligten Ressorts seien unter sich nicht einig und betrieben zum Teil Vorschläge, die mit den Erklärungen des Reichskanzlers nicht vereinbar seien. Nach unserer zuverlässigen Kenntnis der Dinge können wir solche Betrachtungen nur als blinden Lärm bezeichnen; die Voraussetzungen, von denen sie ausgehen, sind falsch. Der Reichskanzler denkt weder daran, die Erledigung der für die wirtschaftliche Zukunft des Reichs hochwichtigen Zolltariffrage von dem Ausgange der

Beratungen des preußischen Landtags über die Kanalvorlage irgendwie abhängig zu machen, noch ist er geneigt, in den ihm unterstellten Ressorts folgenschwere Meinungsverschiedenheiten aufkommen zu lassen. Die Ressorts haben denn auch bereits in gemeinsamer Arbeit nach den unveränderten Direktiven des Reichskanzlers die Aufstellung des neuen Zolltarifs so weit vollendet, daß der Zeitpunkt nahe bevorsteht, in dem zunächst das preußische Staatsministerium sein Votum abzugeben hat und demnächst der Bundesrat seine Beschlüsse über den Entwurf fassen wird."

29. März. (Preußisches Herrenhaus.) Etat der Justizverwaltung. Schulreform und Juristenausbildung.

Professor Riedler bespricht die Schulreform, die an dem Widerstande der Juristen zu scheitern drohe. Bisher verlautet von den Ergebnissen der Reform: mehr Latein im Gymnasium und mehr Latein im Realgymnasium. Die Theologen werden von der Reform von vornherein ausgeschlossen. Die Mediziner, unter denen viele längst bessere Erziehung zum Verständnis der Natur und des Menschen ersehnten, zeigen sich bereit, auf die Reform einzugehen. Die Juristen aber wollen sie ablehnen. Weil die Juristen versagen, weigern sich auch die Mediziner, die Reform wird für sie eine Standesfrage. So war es immer; die Einsichtigen haben in diesen Kreisen nie gefehlt, die Furcht aber, in der Welt als nicht vollwertig angesehen zu werden, verhindert die Reform. Schade, daß die eigene innere Bedeutung so niedrig, die Macht der Ueberlieferung so hoch eingeschätzt wird. Die Neuerung wird zu einer Massenausbildung der Oberrealschüler in alter Philologie und den Altertumswissenschaften wohl nicht führen. Das wirkliche Hindernis eines vollen Erfolges der Reform sind die Vorrechte der Juristen, ihre Herrsch- und Machtbestrebungen. Ihre künstliche Macht ruht ja unter anderem auf dem Gymnasialmonopol. Die Juristen haben einen Wall von Vorurteilen und Vorrechten aufgetürmt: der Wall verträgt keine Bresche. So wird die Reform bedroht, weil die Juristenherrschaft als bedroht gilt. Erweiterung der Bildung ist aber eine selbstverständliche Forderung. Gegenüber den gewaltigen Veränderungen unserer Zeit sind die Forderungen der Schulreform wahrhaft bescheiden, während die Umwälzungen aller Verhältnisse erst der Anfang der unaufhaltsamen großen Verschiebungen sind. Alle einseitigen Kastenbestrebungen und Vorrechte schädigen die Erhaltung und Förderung der produktiven Stände des Landes, die wichtigste Aufgabe, von deren Lösung alles abhängt. Wird sie nicht gelöst, dann hilft auch alle Regierungskunst der Juristen nichts. Die Autorität wird schwer geschädigt: durch unzureichendes Verständnis der Regierungen für die politische und wirtschaftliche Wirklichkeit und durch Hoheitsbestrebungen, wo solche nicht gerechtfertigt sind. Die Ausübung der Regierung ist sachlich keineswegs ein Juristen-Monopol. Wenn jetzt die Juristen trotz völlig geänderter Verhältnisse weiter die Regierung und die Ausübung von Hoheitsrechten in Anspruch nehmen wollen, so sind sie verpflichtet, diejenigen Grundlagen, auf die es im jetzigen und künftigen Staats- und Völkerleben ankommt, zu kennen, ihren Bildungskreis zu erweitern, bezw. neue Kräfte zuzuziehen. Der überlieferte Bildungsinhalt ist längst unzureichend geworden. Hat die Staatsverwaltung oder ihre einzelnen Ressorts ein Interesse, an der bisherigen engen Bildungsbegrenzung festzuhalten? Fordern nicht höhere Interessen vielmehr die Schulreform gerade der Verwaltungsreform wegen? Der Herr Justizminister müßte gegen die Zunftanschauung auftreten und die einseitigen Machtbestrebungen der Juristen bekämpfen, da die Rechtsprechung mit dem Rechtsbewußtsein im Volke in Widerspruch kommt in dem Maße, als die

Rechtspraxis eine Kunst der Zunft wird, unzugänglich dem gesunden Menschenverstande. Die Regierungsjuristen beherrschen gegenwärtig auch die Fachministerien. Was lernt aber das normale Produkt der staatlichen Juristenausbildung auf dem Gymnasium, in der Jurisprudenz, bezw. bei seinem Korps, bei seinem Einpauker; was weiß es vor seiner Prüfungskommission und was soll und muß der Jurist im praktischen Regierungsleben wissen, wo er fern vom schaffeuden Leben aufgewachsen, alle Thätigkeit beeinflußt und gelegentlich auch bevormundet. Was hat denn der Staat davon, daß die Juristen die Erweiterung der Bildungsgrenzen hindern? Was die Zukunft bringen wird, wenn die Gegenwart auf die Allerhöchste Initiative nicht eingeht, das mögen die verantworten, deren Pflicht das Regieren ist, deren Pflicht es ist, die kaiserlichen Absichten in lebensvolle That umzuwerten. Das Werk scheint im Begriffe, abermals zu scheitern, nicht an sachlichen oder historischen Bedenken, nicht am Widerstande von Fachleuten oder der Regierung, aber an Macht- und Kastenbestrebungen der Juristen.

Justizminister Schönstedt protestiert gegen die Behauptung, daß das Ansehen und Vertrauen des Richterstandes zurückgehe. Professor Schmoller: Die Ausbildung der Juristen müsse reformiert werden, aber der Erfolg der Reform hänge weniger davon ab, ob von den angehenden Juristen gewisse Sprachkenntnisse verlangt werden, als vielmehr davon, was sie auf der Universität treiben und wie weit sie sich zwischen Universität und Assessorexamen auch mit praktischen Dingen beschäftigen.

29. März. (Hessen.) Kammerbeschlüsse über Zollfragen.

Die Zweite Kammer genehmigt nach 14tägiger Debatte mit allen gegen fünf Stimmen einen Antrag, der die Regierung ersucht, ihre Bundesbevollmächtigten dahin anzuweisen, daß sie im Bundesrat eintreten für eine ausreichende Erhöhung der bestehenden Getreide- und Viehzölle und in Verbindung damit für eine ausreichende Erhöhung der Zölle auf andere landwirtschaftliche Erzeugnisse einschließlich derjenigen von Obst, Gemüse, Weinbau, sowie des Gartenbaues, ferner für ausreichenden Zollschutz derjenigen Industriezweige, welche desselben bedürfen und für den Abschluß neuer Handelsverträge, in denen diese Wünsche nach Möglichkeit erfüllt werden. Außerdem nimmt die Kammer einen Antrag an, der die Aufhebung der Transitlager und der Zollkredite verlangt.

30. März. (Preußen.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über die preußischen Dänen und Polen:

„Nach zuverlässigen Berichten aus Nordschleswig versucht die dänische Partei dort jetzt mit der Behauptung zu agitieren, daß der Austausch des nördlichen Teils des Kreises Hadersleben gegen drei westindische Inseln Dänemarks im Werk sei. Daran ist natürlich kein wahres Wort. Kein preußischer und deutscher Staatsmann wird und kann daran denken, auch nur einen Zoll Landes von Nordschleswig an Dänemark zu verkaufen, zu vertauschen oder sonstwie abzutreten .... Der bedenkliche Rückgang des deutschen Volkstums in den Ostmarken bildet fortgesetzt den Gegenstand der ernstesten Sorge der leitenden Kreise Preußens. Der Ministerpräsident ist entschlossen, nach eingehender Prüfung aller praktischen Vorschläge ein möglichst einheitliches Vorgehen aller beteiligten Dienststellen zur Abwehr der Gefahr der fortschreitenden Polonisierung deutscher Stadt- und Landgebiete sicher zu stellen. Anschließend an die kürzliche Unterredung mit dem Oberpräsidenten von Posen wird neben den bereits in der Ausführung begriffenen Maßnahmen vorwiegend wirtschaftlicher Art auch eine Reihe von Punkten

erneut zur Erörterung gestellt werden, die für die Kräftigung des Zusammenhaltens der Deutschen in Stadt und Provinz dienlich sein können. Namentlich wird auf die Begründung deutscher Vereinshäuser in der Hauptstadt und den größeren Städten der Provinz hingewiesen, wobei erforderlichenfalls mit staatlichen Beihülfen nicht zu kargen wäre. Auch die Wiederbelegung einer Anzahl geeigneter Ortschaften mit Garnisonen, die seit 1867 in elf Fällen eingezogen wurden, wird für die Zukunft in Betracht kommen. Das besondere Interesse, das der Ministerpräsident den schwierigen Verhältnissen der Landesteile mit polnischer Bevölkerung zuwendet, trägt hoffentlich zur baldigen Lösung dieser und anderer Fragen im deutschnationalen Sinne bei."

Februar. März. April. Angriffe auf die katholische Kirche.

Ein Stettiner Schriftsteller R. Graßmann hatte eine Schrift herausgegeben über die Lehren des heiligen Liguori und darin die katholische Kirche scharf angegriffen, weil sie durch Duldung und Verbreitung dieser Lehren die Unzucht fördere. Die Schrift erregt großes Aufsehen und wird in katholischen Blättern auf schärfste kritisiert; mehrere bayerische Bischöfe erlassen Hirtenbriefe gegen sie. — In einem Prozeß gegen Graßmann erkennt das Nürnberger Landgericht auf Unbrauchbarmachung aller Exemplare der Druckschrift, sowie der zur ihrer Herstellung benutzten Platten und Formen, da der Inhalt der Druckschrift den Thatbestand eines Vergehens wider die Religion nach Paragraph 166 St.-G.-B. bilde. In der Begründung heißt es, daß die Schrift durch die „unhaltbare Verallgemeinerung der aufgestellten Sätze das Gebiet der Kritik verlasse und auf das der Beschimpfung übergehe". Im einzelnen stützt sich das Urteil nach der „Germania" u. a. auf folgende Gründe:

Nach dem römisch-katholischen Kirchenrecht sind Unzucht und Ehebruch auch mit Kirchenstrafen bedroht. (Vergl. Richter-Dowe, Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts, Paragraph 222 Note 1.) Alles dies gilt für die zur Ehelosigkeit und Enthaltsamkeit verpflichteten Priester der römisch-katholischen Kirche ganz besonders. (Vergl. Richter, Kirchenrecht Paragraphen 115, 116, 224, Note 1.) Die Behauptung des Verfassers, daß die römisch-katholische Kirche die Denunziation der Ehebruch oder sonst Unzucht treibenden Priester verhindere, beruht auf unrichtiger Auffassung der Stellen: Confessarius est denunciandus etc. und confessarius est non denunciandus etc. In diesen Stellen wollte Liguori nur kasuistisch feststellen, wann der gesetzliche Thatbestand der Sollicitation vorliege und wann also das kirchliche Gesetz der Anzeigepflicht auf Seite des Beichtkindes zutreffe und wann nicht. Sollicitation zieht für den Priester schwere Strafen nach sich. (Vergl. Richter §§ 127, 224, Note 1.) Uebrigens vermag sich der Verfasser der Schrift auf die Moraltheologie des Liguori zur Begründung seiner Behauptungen überhaupt nicht mit Erfolg zu berufen. Die Moraltheologie des Liguori enthält nur eine Zusammenstellung von einzelnen Verhaltungsmaßregeln und Beispielen zur Erleichterung der Handhabung des Sakraments der Buße für den Priester, sie entbehrt des dogmatischen Charakters, ihr Inhalt sind deshalb auch keine Kirchenlehren. Die Dekrete, durch die Liguori zum Kirchenlehrer erhoben und seine Moral empfohlen wurde, sind nach ihrem ganzen Inhalt keine Entscheidungen der Päpste Pius IX. und Leo XIII. ex cathedra gewesen. Deshalb kann auch nicht davon gesprochen werden, daß die Kirche für die Moraltheologie des Liguori „haftbar" gemacht werden müsse, und es kann ununtersucht bleiben, ob die Uebersetzung der Stellen durch Graßmann wort- und sinngetreu vorgenommen worden ist. Nach der schon geschilder-

ten Stellungnahme der römisch-katholischen Kirche gegenüber Unzucht und Ehebruch ist auch die ganz allgemeine Behauptung Graßmanns, daß die römisch-katholische Kirche die Unzucht in katholischen Ländern in entsetzlicher Weise verbreite, an sich nicht haltbar und auch von ihm nicht bewiesen worden. Graßmanns Behauptungen enthalten den Vorwurf von Thatsachen, die schwere Verfehlungen gegen kirchliche und weltliche Gesetze an sich darstellen würden. In diesen Behauptungen schimpflicher Thatsachen gibt sich nach der Ueberzeugung des Gerichts in Rücksicht auf die ganze gegen die katholische Kirche gerichtete Tendenz der Schrift und in Rücksicht auf den Inhalt der aufgestellten Behauptungen selbst die Verachtung der römisch-katholischen Kirche im Sinne des § 166 Reichsstrafgesetzbuchs. Dieselbe richterliche Auffassung ist in dem reichsgerichtlichen Urteil vom 14. Januar 1901 ausgesprochen. Da die in Rede stehenden Behauptungen sich gegen die römisch-katholische Kirche selbst und unmittelbar richten, ist dieselbe hierin als unmittelbar beschimpft anzusehen. Die Graßmann'sche Schrift will sich zwar den Anschein einer Kritik geben, verläßt aber durch die unhaltbare Verallgemeinerung der aufgestellten Sätze und deren Inhalt das Gebiet der Kritik und geht auf jenes der Beschimpfung über. Nach der Auffassung des Gerichts dient die Moraltheologie des Liguori nur als Deckmantel für die von ihm unternommenen Schmähungen der römisch-katholischen Kirche. Bei Prüfung der Frage, ob der ganze Inhalt der Denkschrift oder nur die als Beschimpfung der römisch-katholischen Kirche erachteten Stellen unbrauchbar zu machen sind, kommt das Gericht, da die zahlreichen, eine Beschimpfung enthaltenden Stellen über die ganze Schrift verbreitet und mit dem übrigen Inhalt eng verbunden sind, ferner erkennbar eine Tendenz und ein Zweck vom Verfasser mit der ganzen Druckschrift verfolgt wird, nämlich die Gefahr der Moraltheologie des Liguori für die Sittlichkeit des Volkes anzuführen und zum Austritt aus der römisch-katholischen Kirche Veranlassung zu geben, zu dem Ausspruch, daß eine Ausscheidung der strafbaren Stellen von den nicht strafbaren unthunlich und deshalb die völlige Unbrauchbarmachung der Schrift und der zur Herstellung bestimmten Platten und Formen gerechtfertigt ist.

1. April. Etat für das Reich und die Schutzgebiete.

Der Reichsetat balanciert mit 4 354 121 046 Mark. Davon sind fortdauernde Ausgaben 1 914 770 709, einmalige im ordentlichen Etat 223 161 492, einmalige im außerordentlichen Etat 216 188 845 Mark. — Durch Anleihe sind 203 303 541 Mark aufzubringen. (Am 3. April werden auf 300 Mill. Mark dreiprozent. Reichsanleihe über 4 600 000 000 gezeichnet). — Der Etat der Schutzgebiete beträgt 36 603 600 Mark.

1. April. (Preußen.) Der Kaiser richtet folgenden Erlaß an den Minister der öffentlichen Arbeiten:

Von dem Berichte, den Sie Mir über die Thätigkeit der in Ihrem Ministerium vereinigten Verwaltungszweige für den Zeitraum vom 1. April 1890 bis zum 31. März 1900 erstattet haben, habe Ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Mit Befriedigung habe Ich ersehen, daß die von Meinen in Gott ruhenden Vorgängern in der Regierung angebahnte Eisenbahnpolitik unter Ihrer Leitung in reichem Maße die erhofften Früchte getragen hat, die es ermöglicht haben, den stark angewachsenen Bedürfnissen des Verkehrs Rechnung zu tragen und daneben alljährlich reiche Ueberschüsse zur Befriedigung aller Staatsbedürfnisse bereit zu stellen. Nicht minder hat es Mich interessiert, die Leistungen des abgelaufenen Dezen-

niums auf dem Gebiete des Wasserbaues übersichtlich zusammengestellt zu sehen und hierbei einem verständnisvollen Eingehen auf die Anforderungen dieses für die Volkswirtschaft so wichtigen Zweiges staatlicher Fürsorge zu begegnen. Es gereicht mir zur großen Freude, auch bei dieser Gelegenheit Ihnen und den Beamten Ihres Ressorts Meine Anerkennung und Meinen königlichen Dank für Ihre treue Pflichterfüllung auszusprechen. Mit der Veröffentlichung des Berichtes erkläre Ich Mich gern einverstanden.

Berlin, den 1. April 1901.

Wilhelm R.

An den Staatsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten von Thielen.

2. April. Die offiziösen „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben zu den Forderungen erhöhter Getreidezölle:

„Wenn für Brotgetreide ein Zollsatz von $7^1/_2$ Mark auf den Doppelzentner verlangt wird, so handelt man augenscheinlich nach dem bekannten Rezepte des Fürsten Bismarck, „wenn man nach Rummelsburg will, ein Billett nach Eydtkuhnen zu nehmen.“ Solche weitgehenden Forderungen bieten zwar den Vorteil, daß eine angemessene Erhöhung der Getreidezölle, wie sie in Aussicht genommen wird, noch beträchtlich hinter jenen Forderungen zurückbleibt und man daher auch äußerlich erkennt, daß bei einer solchen angemessenen Verstärkung des Zollschutzes für die Landwirtschaft die mittlere Linie eingehalten wird, auf der auch die Interessen der Industrie, insbesondere der Ausfuhrindustrie, zu ihrem Rechte kommen. Auf der anderen Seite hat die Aufstellung so weitgehender und unerreichbarer Forderungen aber den unleugbaren Nachteil, daß in minder urteilsfähigen Köpfen die Hoffnung und der Glaube erweckt werden, es seien so hohe Zollsätze wirklich zu erreichen. Wenn dann die Beschlüsse der gesetzgebenden Faktoren des Reiches hinter solchen hochgespannten Erwartungen zurückbleiben, so ist Unzufriedenheit die natürliche Folge. Das mag eine Wirkung sein, die denjenigen, welche die Agitation berufsmäßig betreiben, nicht unerwünscht kommt; aber für diejenigen Führer agitatorischer Bewegungen und Vereinigungen, welche sich ihrer Verantwortlichkeit gegen das Gemeinwohl völlig bewußt sind, liegt doch in der Befürchtung einer solchen Unzufriedenheit erregenden Wirkung des jetzigen Verfahrens die dringende Mahnung zur Vorsicht. Gerade in unserer Zeit, in der es mehr denn je gilt, die Achtung vor der Autorität herzustellen, erscheint es besonders bringlich, auch bei der Agitation die Erregung von Stimmungen zu vermeiden, welche nur zu leicht zu einer inneren Auflehnung gegen die von den höchsten Autoritäten im Reiche zu erwartenden Beschlüsse führen können.“

Ein Zoll von $7^1/_2$ Mark war wiederholt von Versammlungen des Bundes der Landwirte verlangt worden.

April. Debatten über den künftigen Zolltarif und Kanalvorlage.

Die argrarische Presse verlangt schleunige Vorlegung des neuen Zolltarifs, damit er vom Reichstag in der laufenden Session erledigt werde und die Regierung zeitig die Verhandlungen mit dem Auslande über die Erneuerung der Handelsverträge beginnen könne. — Abg. v. Zedlitz (frk.) erklärt in der Kanalkommission, vor einer befriedigenden Erledigung der Zolltarifreform könne über den Kanal nichts entschieden werden (26. April). — Ueber die künftigen Zollsätze werden die verschiedensten Vermutungen

geäußert. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt dazu (24. April): Mehrere Blätter bringen Angaben über einzelne angeblich schon feststehende Positionen des neuen Reichszolltarifs, der augenblicklich den Regierungen der Einzelstaaten vorliege. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Mitteilungen falsch sind. Es liegt weder ein Entwurf zum Zolltarif gegenwärtig den Einzelstaaten vor, noch sind die Sätze der einzelnen Positionen überhaupt schon festgestellt.

Anfang April. Angebliche Äußerung des Kaisers über die Kanalfrage und den Zolltarif.

Nach der „Täglichen Rundschau" wird in konservativen parlamentarischen Kreisen erzählt, daß der Kaiser über die Haltung der Konservativen zur Kanalvorlage bemerkt habe: „Ehe sie den Kanal nicht schlucken, unterschreibe ich den Zolltarif nicht, und zwar unterschreibe ich nur die Zölle, die ich will." In der Presse wird die Aeußerung lebhaft erörtert, namentlich in der Presse der Linken wird hervorgehoben, daß der Kaiser antiagrarisch gesinnt sei. Die „Kons. Korr." behauptet, daß die Aeußerung niemals gefallen sei.

9. April. (Mecklenburg-Schwerin.) Großherzog Friedrich Franz IV. tritt die Regierung an.

10. April. Der Kaiser richtet folgenden Erlaß über die Thätigkeit der Reichsbank an den Reichskanzler:

Ich habe von dem Verwaltungsbericht der Reichsbank für das Jahr 1900 und von der Mir mit Ihrem Bericht vom 20. vorigen Monats überreichten Denkschrift über die Entwickelung der Reichsbank in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens mit großem Interesse Kenntnis genommen. Die Geschichte der Bank gewährt zugleich einen willkommenen Ueberblick über die Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb des Reichs in der Berichtsperiode und bestätigt die erfreuliche Thatsache, daß trotz mancher Unterbrechungen durch Zeiten des Stillstandes im ganzen ein stetiger Fortschritt in der Entfaltung und wirtschaftlichen Ausnutzung der materiellen Mittel des Landes stattgefunden hat. Daß die Reichsbank es verstanden hat, die namentlich in den letzten fünf Jahren eingetretene außerordentliche Entwickelung des Handels und des gewerblichen Unternehmungsgeistes an ihrem Teil zu fördern und durch mancherlei Maßnahmen zu erleichtern, erkenne Ich gern an. Insbesondere habe Ich mit Befriedigung ersehen, mit welcher Sorgfalt die Bank die Ausbildung des Giro- und Abrechnungsverkehrs gefördert hat und durch die Pflege des Depositengeschäfts ihre Dienste auch für den kleinen Kapitalisten nutzbar zu machen bestrebt gewesen ist. Indem Ich die Reichsbank zu der gedeihlichen Entwickelung beglückwünsche, die sie in dem ersten Vierteljahrhundert ihres Bestehens gewonnen hat, beauftrage Ich Sie, den Beamten der Bank Meine Anerkennung und meinen königlichen Dank für ihre ersprießliche Thätigkeit auszusprechen.

Berlin, den 10. April 1901.

Wilhelm, I. R.

An den Reichskanzler.

13. April. (Hessen.) Eine Versammlung der akademisch gebildeten Lehrer des Großherzogtums Hessen in Frankfurt a. M. faßt folgenden Beschluß über die Wünsche des Lehrerstandes:

Es wird unter großem Dank gegen die hessische Regierung und die

hessischen Ständekammern anerkannt, daß durch das mit dem 1. April 1900 in Kraft getretene Assessorengesetz, welches die Vergütungen der unständigen Beamten einheitlich für alle Ministerien regelt, eine weitere bedeutsame Etappe erreicht ist auf dem Wege zur Gleichstellung der akademisch gebildeten Beamten mit gleicher Vorbildung. Dagegen hat der höhere Lehrerstand Hessens mit Befremden die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus vom 8. und 9. März d. J. verfolgt, da, und zwar in erster Linie vom Finanzminister, der Versuch gemacht wurde, die alte, aus schwerwiegenden Gründen als berechtigt und notwendig nachgewiesene Forderung der Gleichstellung des höheren Lehrerstandes mit dem Richterstande nicht aus finanziellen, sondern aus prinzipiellen Gründen zurückzuweisen. — Die Versammlung drückt ihre Freude darüber aus, daß der preußische höhere Lehrerstand, wie aus seinen bereits vorliegenden Kundgebungen ersichtlich ist, an seinen alten Zielen unbedingt festhält, und wünscht seinen Bestrebungen besten Erfolg. Die Versammlung kann nicht anerkennen, daß die Art und Weise, wie der höhere Lehrerstand Deutschlands durch seine Vereinigungen und seine berufenen Vertreter seine Interessen zu wahren sucht, Grund und Veranlassung gaben zu dem Vorwurf einer unzulässigen Agitation. — Die akademisch gebildeten Lehrer Hessens wissen sich eins mit den Kollegen ganz Deutschlands, wenn sie die Forderung der Gleichstellung mit den Richtern nicht sowohl aus materiellen, als vielmehr aus ideellen Gründen auch fernerhin als berechtigt und notwendig in den Mittelpunkt ihrer Standesbestrebungen stellen.

15. April. (Hamburg.) Die Deutsch-Ostafrika-Linie richtet infolge eines Vertrages mit dem Reiche direkte Fahrten über Westafrika nach Kapstadt ein.

15. April. (Württemberg.) Der Ministerpräsident, Kriegsminister General v. Schottenstein, tritt zurück. Ministerpräsident wird Justizminister Dr. v. Breitling, Kriegsminister Generalleutnant v. Schnürlen. — Der Rücktritt erfolgt, weil der Minister in einem Prozeß wegen Vergehens gegen § 180 des Strafgesetzes als Zeuge auftreten soll.

16. April. Der Reichstag verweist den Gesetzentwurf über die Versorgung der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen an die Budgetkommission. — Mehrere Redner betonen, daß der Entwurf noch nicht allen Anforderungen genüge.

23. April. (München.) Prof. des Staatsrechts Geh. Rat Max v. Seydel, 54 Jahre alt, †. (Vgl. Rehm, Archiv für öffentliches Recht, 16. Bd.)

23. April. (Reichstag.) Erste Beratung der Branntweinsteuernovelle.

Schatzsekretär v. Thielmann motiviert den Entwurf mit der Notwendigkeit, die Produktion des unbenaturierten Branntweins zu beschränken, um einen sonst bevorstehenden Preissturz zu verhindern. Abg. Pachnicke (fr. Vp.): Der Staat könne zu einer so einseitigen Begünstigung der Produzenten nicht die Hand bieten; diese Methode werde zum Spiritusmonopol führen. Abg. Gamp (RP.): Das Gesetz werde die kleinen

Brennereien schützen und zur Verminderung des Trinkbranntweins beitragen. Abg. Speck (Z.) ist gegen das Gesetz; die Regelung der Frage müsse den Einzelstaaten überlassen bleiben. Abg. Wurm (Soz.): Das Gesetz stelle eine Liebesgabe für eine kleine Schicht auf Kosten der Massen dar. Abg. v. Wangenheim (kons.): Das Gesetz werde den Kartoffelbau befördern und damit dem Wohle der Arbeiter dienen. — Der Entwurf wird an eine Kommission verwiesen.

24. April. (Preußen.) Immatrikulation des Kronprinzen in der juristischen Fakultät der Universität Bonn in Anwesenheit des Kaisers.

Der Kaiser hält auf einem Festkommers der Studentenschaft folgende Rede:

Es bedarf wohl für Sie, Meine lieben jungen Kommilitonen, nicht besonderer Erwähnung oder Betonung, welche Gefühle Mein Herz durchzittern, wenn Ich Mich in dem lieben Bonn wieder unter Studenten finde. Es entrollt sich vor Meines Geistes Augen das herrlich schimmernde Bild voll Sonnenscheins und glücklicher Zufriedenheit, welche die Zeit Meines Hierseins damals erfüllte. Freude an dem Leben, Freude an den Leuten, Alt wie Jung, und vor allem Freude am eben erstarkenden jungen Deutschen Reiche! So ist denn auch der Wunsch, der Mich vor allem jetzt erfüllt, in dem Augenblick, da Ich Meinen Sohn in Ihre Mitte reihe, daß ihm eine ebenso glückliche Studentenzeit beschieden sein möge, wie sie Mir einst geworden. Und wie sollte das auch anders möglich sein, ist doch Bonn, die liebliche Stadt, so gewöhnt an das Treiben lebensfroher Jünglinge, und von Natur wie dazu geschaffen, findet doch der Kronprinz Erinnerungen an seinen herrlichen Großvater, der nimmer Bonns vergessen konnte! Sein gütiges Auge leuchtete, wenn der Name der ihm so lieb gewordenen Stadt genannt wurde. An seinen Urgroßvater, den edlen Prinzgemahl, Lebensgefährten jener jetzt verklärten königlichen Frau, die stets ein friedliches und freundliches Verhältnis zwischen ihrem und unserem Volke angestrebt hat, die ja beide germanischen Stammes sind, und an so manchen anderen edlen Fürsten, der hier seine Vorbereitung für seinen späteren Beruf durchlaufen hat. Aber weiter noch: Bonn liegt ja am Rhein! Da wachsen unsere Reben, ihn umschweben auch andere Sagen; da redet jede Burg und Stadt von der Vergangenheit. Der Vater Rhein mit seinem Zauber soll auch auf den Kronprinzen und Sie seine Wirkung üben. Und wenn der Becher fröhlich kreist und ein frisches Lied erschallt, dann soll Ihr Geist sich voll des schönen Augenblicks erfreuen und darin aufgehen, wie es lebensmutigen deutschen Jünglingen ziemt. Doch die Quelle, aus der Sie die Freude schöpfen, sie sei rein, lauter, wie der goldene Saft der Reben, sie sei tief und nachhaltig wie Vater Rhein! Blicken wir umher im sonnigen Rheinland, da steigt vor uns unsre Geschichte in greifbarer Gestalt empor! Ja, freuen sollen Sie sich, daß Sie junge Deutsche sind, beim Durchziehen der Strecke von Aachen bis Mainz, das heißt von Carolus magnus bis zur Glanzzeit Deutschlands unter Barbarossa! Aber warum ward nichts aus all der Herrlichkeit? Warum sank das Deutsche Reich dahin? Weil das alte Reich nicht auf streng nationaler Basis begründet war. Der Universalgedanke des alten Römischen Reichs deutscher Nation ließ die Entwicklung in deutschnationalem Sinne nicht zu. Das Wesen der Nation ist die Abgrenzung nach außen, die Persönlichkeit eines Volkes, seiner Rasseneigentümlichkeit entsprechend. So mußte Barbarossas Glanz erbleichen und des alten Reiches Bestand zerfallen, weil

es durch seinen Universalismus aus dem Krystallisationsprozeß zur Nation gehindert ward, und zwar zur Nation im ganzen. Denn es krystallisierten sich kleinere Kerne in Form starker Fürstentümer und gaben den Grundstock für das neue Staatengebilde ab. Aber dadurch mußten sie und ihre Oberhäupter leider in Konflikt mit dem dem Universalismus dienenden Kaiser und Reich gelangen und ging der innere Friede dem stets schwächer werdenden Reiche verloren. Leider muß auch über diese Entwicklungsphase unseres deutschen Volkes das schwerwiegende Wort des großen Kenners Germaniens, Tacitus, geschrieben werden: „Propter invidiam!“ Die Fürsten neideten den Kaisern ihre Macht, wie einst dem Arminius, trotz seines Sieges. Der Adel neidete die reich gewordenen Städte und der Bauer den Adel. Was für unselige Folgen, welch schweres Unheil hat unser liebes, schönes Deutschland propter invidiam erlitten! Davon können die Gestade des Vater Rheins etwas erzählen. Nun, was damals nicht gelang, Gott gab es Einem zu vollbringen! Aachen und Mainz sind uns historische Erinnerungen. Aber das Sehnen nach dem Zusammenschluß zu einer Nation blieb in des Deutschen Busen und Kaiser Wilhelm I. vollbrachte es im Verein mit seinen treuen Dienern. Drum nach Koblenz aufs Deutsche Eck den Blick und nach Rüdesheim zum Niederwald! Die Bilder lehren und beweisen Ihnen, daß Sie jetzt Germanen sind im deutschen Land, Bürger einer streng begrenzten deutschen Nation, an deren Heil und Entwicklung in der Zukunft mitzuarbeiten Sie alle zur Vorbereitung hier sind. Herrlich emporgeblüht steht das Reich vor Ihnen; Freude und dankbare Wonne erfülle Sie, und der feste, mannhafte Vorsatz, als Germanen an Germanien zu arbeiten, es zu heben, zu stärken und zu tragen, durchglühe Sie. Die Zukunft erwartet Sie und wird Ihre Kräfte gebrauchen, aber nicht, um sie in kosmopolitischen Träumereien zu verschwenden oder sie in den Dienst einseitiger Parteitendenzen zu stellen, sondern um die Festigkeit des nationalen Gedankens und um unsere Ideale zu pflegen. Gewaltig sind die Geistesheroen, welche der Stamm der Germanen durch Gottes Gnade hat hervorbringen dürfen, von Bonifatius und Walther von der Vogelweide bis auf Goethe und Schiller, und sie sind zum Licht und Segen der ganzen Menschheit geworden. Sie wirkten „universal“ und waren doch streng in sich selbst abgeschlossene Germanen, d. h. Persönlichkeiten, Männer! Die brauchen wir auch heute mehr als je! Mögen Sie auch dahin streben, solche zu werden! Wie soll das aber möglich sein, wer soll Ihnen dazu verhelfen? Nur Einer, dessen Namen wir alle tragen, der unsere Sünden getragen und ausgetilgt, der uns vorgelebt und gearbeitet hat wie wir arbeiten sollen: unser Heiland und Herr, der pflanze den sittlichen Ernst in Sie, daß Ihre Triebfedern stets lauter und Ihre Ziele stets hehre seien! Die Liebe zu Vater und Mutter und zum Vaterlande wurzelt in der Liebe zu Ihnen! Dann werden Sie gefeit gegen die Verlockungen jeder Art, vor allem gegen Eitelkeit und Neid, dann können Sie singen und sagen: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf dieser Welt.“ Dann werden wir auch fest und kulturspendend in der Welt dastehen, und Ich werde ruhig Meine Augen schließen, sehe Ich eine solche Generation um Meinen Sohn geschart heranwachsen; dann Deutschland, Deutschland über Alles! In dieser Zuversicht rufe ich! „Es lebe die Universität Bonn!“

24. April. (Reichstag.) Erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Übernahme einer Garantie des Reichs in Bezug auf eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro.

Durch den Gesetzentwurf übernimmt das Reich die Garantie für

eine dreiprozentige Verzinsung des Anlagekapitals bis zur Höhe von 24 Millionen Mark.

Reichskanzler Graf Bülow: Wenn die verbündeten Regierungen die Zustimmung des hohen Hauses zu dem vorliegenden Gesetzentwurf erbitten, so gehen sie dabei von der Voraussetzung aus, daß die Frage, ob eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro auf Reichskosten gebaut werden soll, unter Zuziehung von Privatkapital, erst in zweiter Linie steht, daß es heute einzig und allein darauf ankommt, daß die Bahn überhaupt gebaut und der Anfang damit um kein weiteres Jahr hinausgeschoben wird. Wenn es der deutschen Verwaltung in langer und angestrengter Arbeit gelungen ist, in dem Schutzgebiet von Deutsch-Ostafrika Ruhe und Ordnung herzustellen, so steht der wirtschaftlichen Erschließung des Schutzgebietes der völlige Mangel an Verkehrseinrichtungen hemmend und erschwerend im Wege. Diesem Mangel kann aus klimatischen Rücksichten durch Anlegung von Straßen nicht abgeholfen werden. Die einzige Möglichkeit der Verkehrserleichterung für Deutsch-Ostafrika und namentlich für die wirtschaftliche Entwicklung, ich darf ohne Uebertreibung sagen: für die wirtschaftliche Rettung von Deutsch-Ostafrika liegt in dem Bau von Eisenbahnen. Damit ist auch das einzige Mittel gegeben, das Schutzgebiet finanziell allmählich auf eigene Füße zu stellen. An die Stelle des bisherigen Trägersystems muß ein anderes Verkehrsmittel treten, auch für den Handel der Seedistrikte, der andernfalls auf das englische Uganda-Gebiet im Norden und auf den Nyassa-See im Süden abgelenkt werden würde, wenn wir mit der Bahn noch länger warten wollten; sonst würden die Häfen von Deutsch-Ostafrika dem Rückgang verfallen, während sich im Norden und an der Sambesi-Mündung andere Handelsplätze entwickeln. Die verbündeten Regierungen sehen unter diesen Umständen in dem Bau von Eisenbahnen ein unabweisbares Bedürfnis des Schutzgebietes; sie sind aber weit davon entfernt, sich schon heute mit weiter gehenden Plänen hinsichtlich einer größeren, das Schutzgebiet durchquerenden Eisenbahnlinie zu tragen. Sie verfolgen nur den Zweck, die nur 230 Kilometer lange Strecke von Dar-es-Salaam nach Mrogoro sicher zu stellen. Es soll das nicht zu weit von der Küste gelegene Nruguru und das dazwischen liegende fruchtbare Terrain erschlossen werden. Hiebei können sich die verbündeten Regierungen für die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Bahnstrecke auf die Autorität aller Kenner des Landes berufen, auch derjenigen, die sich gegen weitergehende Bahnprojekte ausgesprochen haben. Es wird der Bau dieser verhältnismäßig kurzen Bahnstrecke auch den Vorteil haben, eine Klarheit herbeizuführen in Bezug auf die Rentabilität und die Frage, ob und in welcher Richtung die Bahn weiter zu führen sein wird. Inzwischen aber übernimmt das Haus mit der Annahme der Vorlage keine anderen Verbindlichkeiten als diejenigen, die im Gesetzentwurf zum Ausdruck gelangt sind. Was nun die Abmachung mit den Banken angeht, welche diesem Gesetz beigefügt worden ist, so sind die verbündeten Regierungen der Ansicht, daß es gelungen ist, einen angemessenen Ausgleich zu finden zwischen den Interessen und den Verpflichtungen des Reiches und zwischen der Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung des geplanten Bahnbaues und einer Unterlage für die weitere parlamentarische Behandlung der Angelegenheit. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß dieses Haus durch die Annahme der Vorlage die wirtschaftliche Erschließung und die wirtschaftliche Entwicklung und Zukunft unsres ostafrikanischen Schutzgebietes sicherstellen wird. (Beifall.)

Abg. Richter (fr. Vp.): Die Vorlage sei eine sonderbare Zumutung. Das Reich habe den Bahnbau abgelehnt, dafür würden nur noch größere

Opfer für die Zinsgarantie verlangt. Für die Bahn kämen vorwiegend militärische Rücksichten in Betracht; der Transport von Produkten sei nebensächlich, die Bahn sei nur der Anfang zu der großen Zentralbahn, die mehrere hundert Millionen kosten werde. Abg. v. Waldow (konf.) ist für eine wohlwollende Prüfung der Vorlage, weil die Eisenbahn den Verkehr erschließen werde. Abg. Müller-Fulda (Z.): Die Notwendigkeit der Bahn sei noch nicht erwiesen und die Verschlechterung der Finanzlage mahne zur Vorsicht. — Der Entwurf wird an die Budgetkommission verwiesen.

24. April. Das Preußische Abgeordnetenhaus verweist einen Antrag Ring (konf.) auf Einführung der obligatorischen Schlachtviehversicherung an eine Kommission. — Die Regierung spricht sich entgegenkommend aus.

25. April. (Frankfurt a. M.) Durch eine Kesselexplosion in einer chemischen Fabrik werden 22 Personen getötet und über 100 verwundet.

25. April. (Maria-Laach.) Der Kaiser besucht die Abtei und erwidert auf die Begrüßungsansprache des Abtes (nach der „Köln. Volkszeitung"):

Es ist Mir selbst eine große Freude, wieder zu Ihrem Orden zu kommen, von dem Ich weiß, daß er nach seiner ganzen Tradition die Kunst zu wahren, zu pflegen und im Sinne der alten Ueberlieferung auszubilden befähigt ist. Von berufener Seite habe Ich schon vernommen, wie schön und dem Stil der alten Zeit angemessen die Restauration der Kirche in Maria-Laach vor sich geht. Da fühlte Ich Mich selbst bewogen, hierher zu kommen und die Kirche in Augenschein zu nehmen. Ich habe Ihnen den Hochaltar geschenkt in Erinnerung an die großen Verdienste, welche die Benediktiner um Wissenschaft und Kunst allzeit sich erworben haben. Ich habe es Mir auch angelegen sein lassen, den Hochaltar Ihrer Kirche ebenfalls im Geiste der alten Zeit ausführen zu lassen, und es wird Mich freuen, wenn Mir dies gelungen, und bin zufrieden, wenn nur der Altar Ihnen gefällt. Seien Sie überzeugt, daß auch in Zukunft Meine kaiserliche Huld über Ihrem Orden schweben wird, und überall, wo Männer sich zusammenthun, um die Religion zu pflegen und auch hinauszutragen in die Völker, werden sie Meines Schutzes sicher sein.

25. April. (Berlin.) Bürgermeisterwahl. Konflikt mit der Krone.

Die Stadtverordnetenversammlung wählt den freisinnigen Stadtrat Kauffmann zum Bürgermeister. Er wird nicht bestätigt, ohne daß Gründe für die Ablehnung angegeben werden. Es heißt, daß die Ablehnung durch persönliche Entscheidung des Kaisers im Widerspruch mit dem Vorschlag des Ministers des Innern erfolgt sei.

26. April. (Bonn.) Der Kaiser besucht den Kommers der Bonner Korps und erwidert auf die Begrüßung des Generaloberst v. Loë:

Meine lieben Kommilitonen! Sie haben sich an einen der besten Sprecher gewandt, die wohl je aus den Reihen der Korpsstudenten hervorgegangen sind, — und von tiefem Dank ist Mein Herz durchdrungen für

den freundlichen Gruß und Willkommen, den Se. Exzellenz in Ihrem Auftrage ausgesprochen hat. Er hat die rechten Saiten angeschlagen, bei deutschen Jünglingen die Freude, die Begeisterung zu entfesseln — er hat erinnert an unsere Vergangenheit, — an die großen Tage und die großen Zeiten, die Ihre Väter und noch viele von Ihnen, die unter uns sind, mitgefochten und mitgekämpft haben. Nun, meine Herren, Ich hoffe und erwarte von der jungen Generation, daß sie Mich in den Stand setzen wird, unser deutsches Vaterland in dem Sinne, wie Ich es gestern vorzeichnete und aussprach, in seiner engen festen Begrenzung, im Gefüge der germanischen Rasse zu erhalten. — Niemandem zu Liebe, — niemandem zu Leide. — Wenn aber je uns jemand zu nahe treten sollte, dann werde Ich an Sie appellieren und Ich erwarte, daß Sie Mich nicht sitzen lassen. (Bravo!) Es bedarf aber natürlich der Vorbilder, und so will ich uns allen nur das Eine wünschen, und Ihnen vor allem, die heut abend hier versammelt sind, — daß Sie am Abend Ihres Lebens auf ein so schönes Leben zurückblicken, wie Se. Exzellenz es thut als braver ergebener Diener Meines Herrn Großvaters, auf daß — wenn Sie einst Ihr Haupt zur Ruhe legen, es auch von Ihnen heißen kann: Ein frommer und getreuer Knecht. — Auf diese Gesinnung hier, die Ich bei Ihnen allen voraussetze, reibe Ich einen kräftigen Salamander auf Se. Exzellenz und den S. C.

26. April. (Baden.) Der Großherzog feiert sein sechzigjähriges Militärjubiläum. Der Kaiser sendet ihm folgendes Schreiben:

„Durchlauchtigster Fürst, freundlich geliebter Vetter, Bruder und Onkel! Ew. kgl. Hoheit gedenken am 26. d. M. des Tages, an dem Sie vor 60 Jahren in den Militärdienst eintraten. Mit nie ermüdender Hingebung haben Ew. kgl. Hoheit während dieser langen Zeit Ihre Fürsorge der Schlagfertigkeit des Heeres gewidmet und noch heute darf die V. Armee-Inspektion sich Ihres lebhaftesten Interesses und Ihrer unschätzbaren Förderung erfreuen. Es ist Mir daher ein tief empfundenes Bedürfnis, Ew. kgl. Hoheit mit Meinen herzlichsten Glückwünschen zugleich Meinen wärmsten Dank für diese aufopferungsvolle Thätigkeit auszusprechen. Vor allem aber drängt es Mich, auch bei dieser Gelegenheit erneut zum Ausdruck zu bringen, wie Ich mit dem ganzen deutschen Volke in Ew. kgl. Hoheit einen der wirksamsten Förderer an der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, einen der treuesten Freunde des ersten großen Kaisers und Meines vielgeliebten Herrn Vaters verehre. Mit Begeisterung sind Ew. kgl. Hoheit in den Tagen der Entscheidung für dieses hohe Ziel eingetreten und unablässig sind Ew. kgl. Hoheit mit Rat und That bemüht, das auf blutigem Schlachtfelde gewonnene Werk zu stärken und auszubauen. Möchte das erhabene Beispiel treuester Pflichterfüllung, welches Ew. kgl. Hoheit ohne Schonung Ihrer dem Vaterlande so wertvollen Kraft in langer Lebensarbeit gegeben haben, Meiner Armee noch viele Jahre voranleuchten und es uns vergönnt sein, Ew. kgl. Hoheit in voller Frische und Gesundheit noch lange zu den Unserigen zählen zu können. Mit herzlichster Zuneigung und Freundschaft verbleibe Ich Ew. kgl. Hoheit freundwilliger Vetter, Bruder und Neffe (gez.) Wilhelm, I. R.".

26. April. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Antrag zur Beförderung der inneren Kolonisation.

Ein von den Konservativen und dem Zentrum eingebrachter Antrag verlangt die Bereitstellung von 12 Millionen Mark zur Erwerbung von

Grundstücken, ihrer planmäßigen Besiedelung und zur Ermöglichung der erstmaligen Aufbringung der Kosten für die Regelung der Gemeinde-, Schul- und Kirchenverhältnisse. Die Durchführung soll besonderen Ansiedelungsstellen übertragen werden, die je aus dem Oberpräsidenten, dem Landesdirektor, einem vom Landwirtschaftsminister bestellten Mitglied der Generalkommission und drei von der Landwirtschaftskammer gewählten Mitgliedern bestehen. — Abg. Bockelberg (kons.): Der Antrag solle durch Schaffung von Rentengüterkolonien für kleinere Kolonisten der Leutenot abhelfen. Finanzminister v. Miquel: Die Regierung habe noch keine Stellung zu dem Antrag genommen, sein Ziel sei aber zu billigen. Der verlangte Fonds würde aber schwerlich ausreichen. Abg. Gothein (fr. Vp.) ist für den Antrag, der dem Anwachsen des Großgrundbesitzes Einhalt thun werde. — Der Antrag wird an eine Kommission verwiesen.

27. April. (Eisenach.) Der Kaiser besucht den Großherzog v. Weimar und hält beim Festmahl folgende Rede:

Ich freue Mich, Meinen herzlichsten Dank dafür aussprechen zu können, daß Ich die alten Beziehungen fortsetzen kann, die Unsere Häuser verbinden. Es ist Mir immer eine Freude, auf dem geheiligten Boden der Wartburg einige Tage im schönen Hügellande zubringen zu können; es ist dies Mir stets eine angenehme Aussicht, wenn der Frühling heranrückt. Die Beziehungen zwischen Meinem Hause und dem Weimarischen sind so viele und vielfache, so innige und tiefe, daß sie der Erwähnung kaum bedürfen. Die beiden Häuser sind miteinander unauflöslich verbunden. Weimar hat großen Anteil an der Entwickelung des Reiches und an seiner jetzigen Gestaltung. Denn in der furchtbaren Periode, als Unser Vaterland daniederlag, haben die Geistesgrößen, die von Weimar ausgingen, uns gerettet, indem sie den Geist in Unser Volk hineintrugen, der das neue Vaterland vorbereitete. Eure Kgl. Hoheit sind der Verwalter eines hohen, großen und bedeutenden Palladiums geworden, dieses Palladiums der Wissenschaft, des Palladiums der Ideale, an dem Unser deutsches Vaterland, Unsere deutsche Dichtkunst und Unsere deutsche Kunst so reich sind. Hieher blicken infolgedessen von allen Gauen Deutschlands die Gelehrten und diejenigen, die sich noch ein jugendfrisches Herz bewahrt haben, alle, welche noch an Ideale glauben. Und daher, wenn Ich jetzt Mein Glas erhebe, trinke Ich nicht nur auf den Bundesfürsten, sondern auch auf den Bewahrer der Traditionen, denen Wir Unsere besten Güter verdanken: Seine Kgl. Hoheit der Großherzog Hurra! Hurra! Hurra!"

27. April. (München.) Der frühere bayerische Ministerpräsident (von 1871 bis 1880) Frhr. v. Pfretzschner, 80 Jahre alt, †.

Ende April. (Preußen.) Es gehen Nachrichten durch die Presse, daß innerhalb des Ministeriums Meinungsverschiedenheiten über die Kanalvorlage und den Zolltarif beständen und der Rücktritt mehrerer Minister bevorstände. Es wird namentlich von einem Gegensatz zwischen Miquel und Bülow gesprochen.

29. April. Das Preußische Abgeordnetenhaus verwirft einen Antrag Barth (fr. Vg.), die Wahlbezirke für das Abgeordnetenhaus entsprechend den in den letzten 40 Jahren eingetretenen

Verschiebungen der Bevölkerung abzuändern gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen.

1. Mai. (Berlin.) Es bricht ein Streit zwischen Apothekern und Krankenkassen aus. Die Krankenkassen verlangen einen Rezepturrabatt, den die Apotheken verweigern. Die Krankenkassen übertragen die Droguen und Heilmittel, deren Verkauf frei gegeben ist, den Droguisten.

1. Mai. (Köln.) In Gegenwart des Handelsministers wird eine städtische Handelshochschule eröffnet.

2. Mai. (Sachsen.) Die Landessynode fordert einstimmig zur Unterstützung der „Los von Rom"-Bewegung auf, die sie als rein religiöse Bewegung betrachtet.

2. Mai. Der Reichstag genehmigt einstimmig das Privatversicherungsgesetz.

Anfang Mai. (Württemberg.) Die Regierung legt eine neue Vorlage zur Steuerreform vor.

Die „Allgemeine Zeitung" berichtet darüber: „Es handelt sich zunächst um die Reform der Staatssteuern; die Hauptsteuer soll nach dem Vorgang anderer Staaten die allgemeine Einkommensteuer werden; als Nebensteuern treten hinzu die Kapitalsteuer und die Ertragssteuern aus Grund und Boden, Gebäuden und Gewerben. Sobald diese Staatssteuerreform unter Dach ist, soll die nicht minder dringend verlangte Gemeindesteuerreform daran kommen. Im vorigen Landtag ist die Staatssteuerreform gescheitert an zwei Punkten. Der eine war die Höhe der Steuerskala, der andere Punkt war ein politischer, es handelte sich um die Verstärkung des Budgetrechts der Ersten Kammer. Im ersteren Punkt wäre auch im vorigen Landtag noch eine Einigung zu erzielen gewesen, im letzteren erklärte die Volkspartei, nicht nachgeben zu können, und da infolgedessen die erforderliche Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen schien, so ließ man die Reform fallen. In der Folge hat aber ein Teil der Volkspartei erklärt, er sei bereit, das Opfer am Budgetrecht zu bringen, und gestützt darauf wollte die Volkspartei die Reform im vorigen Landtag doch noch zu stande bringen; dieses Verlangen scheiterte aber an dem Mangel an Zeit, der von den anderen Parteien und der Regierung mit Recht geltend gemacht wurde. Da nun der neue Landtag im wesentlichen dieselbe Zusammensetzung hat, wie der alte, so ist zu hoffen, daß die jetzt wieder vorgelegte Reform ohne allzu große Schwierigkeiten zu stande kommen wird.

Die Regierung ist den Ständen soweit als möglich entgegengekommen, indem sie diejenigen Einzelgesetze der Reform, über welche schon im vorigen Landtag einhellige Beschlüsse beider Häuser erzielt wurden, in allem wesentlichen nach diesen Beschlüssen wieder vorgelegt hat. Es ist dies das Kapitalsteuergesetz und das Gesetz betreffend Abänderung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Im Einkommensteuergesetz macht die Regierung bezüglich der Steuerskala einen Vermittelungsvorschlag: der frühere Entwurf ging im Maximum bis zu 4 Prozent und diese Stufe sollte alle Einkommen über 15000 Mark treffen, eine weitere Progression nicht stattfinden. In der Zweiten Kammer wurden damals höhere Forderungen gestellt; die

Progression sollte bei 50000, 100000 Mark u. s. w. sich fortsetzen und man wollte bis 5 Prozent und noch höher gehen. Die Erste Kammer lehnte das ab. Die Regierung schlägt jetzt vor, daß der Steuersatz von 4 Prozent nicht schon bei 15000, sondern erst bei 30000 Mark eintreten, daß aber vom Einkommen über 100000 Mark der Steuersatz von 4½ Prozent erhoben werden soll. Die Steuern aus Grund, Gebäuden-, und Gewerben hatten bisher einen Steuersatz von 3,9 Prozent, die Kapitalsteuer von 4,8 Prozent. Künftig sollen diese Steuern nur noch einen Steuersatz von 2,2 Prozent haben, da sie nunmehr nur noch Ergänzungssteuern sein sollen, welche dazu dienen, das fundierte Einkommen stärker heranzuziehen als das nicht fundierte. Daß die Kapitalsteuer verhältnismäßig eine größere Herabsetzung erfährt als die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, wird damit motiviert, daß bei der Gemeindesteuerreform eine entsprechend höhere Heranziehung des Kapitals, das bisher unverhältnismäßig wenig für Kommunalabgaben in Anspruch genommen wurde, in Anschlag genommen ist. Bei der Steuer von Grund und Boden schlägt der neue Entwurf vor, die Abzüge je nach den Kulturarten verschieden zu gestalten. Wiesen, Baumgüter und Waldungen sind, wie die Statistik ergibt, im Wert und Ertrag gegen die Schätzung der bestehenden Kataster nicht zurückgegangen, wohl aber Aecker, Gärten und Ländereien, Weinberge und Hopfengärten: Die Aecker ergaben bei den 1898 und 1899 vorgenommenen Musterschätzungen in 14 Gemeinden des Landes eine Abnahme auf 55 bis 103 Prozent, die Weinberge auf 0 (!) — 97 Prozent, die Gärten auf 62 bis 113 Prozent, die Hopfengärten auf 50 bis 87 Prozent; dagegen ergaben sich für die Wiesen Schätzungen auf 85 bis 115 Prozent; für die Baumgüter auf 80 bis 124 Prozent. Auch bei den Waldungen liegt bei den dermaligen günstigen Erträgen kein Grund zu einem Abstrich vor, ebensowenig bei den Weiderechten. Aecker, Gärten und Hopfengärten sollen einen Abstrich von 20 Prozent, die Weinberge einen solchen von 50 Prozent erhalten. Was die Gewerbesteuer anlangt, so hatte die Regierung in ihrem früheren Entwurf einen völligen Neuaufbau der Steuerveranlagung vorgeschlagen. Beide Häuser des Landtags hatten sich aber auf den Standpunkt gestellt, es solle bei der bestehenden Besteuerung belassen und auch hier der Ausgleich durch Abstriche erzielt werden. Nach den übereinstimmenden Beschlüssen sollten Abzüge von 60, 50 und 40 Prozent gemacht werden, je nachdem das Steuerkapital bis 1000, 5000 oder 10000 Mark veranlagt ist. Die Regierung schlägt nun in ihrem neuen Entwurf noch zwei weitere Stufen vor: sie will bei einem Steuerkapital bis zu 30000 Mark nur einen Abstrich von 30 Prozent und bei einem solchen über 30000 Mark nur 20 Prozent gewähren. Bei der Gebäudesteuer sollen Abstriche nicht stattfinden.

3. Mai. (Preußen.) Schluß des Landtags. Resultat der Session. In der gemeinschaftlichen Sitzung beider Häuser des Landtags gibt Ministerpräsident Graf Bülow folgende Erklärung ab:

Meine Herren! In der Thronrede, mit der ich im Auftrag Seiner Majestät des Königs am 8. Januar d. J. den Landtag der Monarchie eröffnet habe, nahm unter den angekündigten Gesetzentwürfen die wasserwirtschaftliche Gesetzesvorlage eine hervorragende Stelle ein. Bei Beginn der Etatsdebatte habe ich darauf hingewiesen, daß dieser Gesetzentwurf neben dem Etat den Hauptgegenstand Ihrer diesjährigen Beratungen bilden würde. Ich habe gleichzeitig betont, daß die geplanten Bauten dem Osten, wie dem Westen, der Industrie, wie der Landwirtschaft zugute kommen sollten, daß

sie den gesamten Güteraustausch nach allen Richtungen zu fördern bestimmt seien und daß dieser Gesetzentwurf im Zeichen wirtschaftlich ausgleichender Gerechtigkeit stehe. Aus diesem Grunde muß die königliche Staatsregierung die eingebrachte erweiterte Kanalvorlage als ein Ganzes betrachten, aus dem wesentliche Bestandteile ohne Beeinträchtigung wichtiger wirtschaftlicher Interessen nicht ausgeschaltet werden können. Nach dem Gange, den die Beratungen in der letzten Kommission des Hauses der Abgeordneten genommen haben, hat die königliche Staatsregierung zu ihrem Bedauern die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß die erwartete Verständigung über die Kanalvorlage zur Zeit ausgeschlossen ist. Von der Fortsetzung einer zwecklosen Beratung dieser Vorlage kann sich die königliche Staatsregierung keinen Erfolg versprechen und daher zu einer solchen die Hand nicht bieten. Auf Grund des mir erteilten Allerhöchsten Auftrages erkläre ich die Sitzungen des Landtages für geschlossen.

Folgende Gesetze sind erledigt worden: Etatsgesetz (Gesetzsammlg. Nr. 10), Vereinigung der Landgemeinde Gaarden mit der Stadtgemeinde Kiel (12), Vereinigung der Landgemeinden Eckesey, Eggenhausen und Delstern mit der Stadtgemeinde Hagen (12), Veränderung der Landesgrenze gegen das Großherzogtum Oldenburg (14), Erweiterung des Stadtkreises Krefeld (15), Abänderung von Amtsgerichtsbezirken (19), Abänderung der Bestimmungen über Erhebung des Chausseegeldes (21), Errichtung von Marksteinen (24).

Nicht erledigt worden sind u. a. das Sekundärbahngesetz, die Neuregelung der Provinzdotationen, das Gesetz über die Heranziehung gewerblicher Unternehmungen zu Vorausleistungen für den Wegebau, das Ausführungsgesetz zum Reichsseuchengesetz, das Wohnungsgesetz, das Gesetz zur Schaffung eines Oberpräsidiums für Berlin, der Antrag über die innere Kolonisation, der Antrag auf Einführung der Zwangsversicherung für Schlachtvieh.

4. Mai. Der Reichstag genehmigt in dritter Lesung das Gesetz über die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen sowie das Unfallfürsorgegesetz für Beamte und Personen des Soldatenstandes.

6. Mai. (Preußen.) Ministerwechsel.

Der Finanzminister v. Miquel, der Minister für Landwirtschaft und Forsten Freiherr v. Hammerstein und der Handelsminister Brefeld treten zurück. Der bisherige Minister des Innern, Freiherr v. Rheinbaben, wird zum Finanzminister, der bisherige Staatssekretär des Reichspostamts, v. Podbielski, zum Landwirtschaftsminister, der bisherige Bezirkspräsident in Metz, Freiherr v. Hammerstein, zum Minister des Innern, Geh. Kommerzienrat Möller, zum Handelsminister, der Direktor im Reichspostamt, Krätke, zum Staatssekretär des Reichspostamts ernannt.

Der Kaiser richtet folgendes Schreiben an Herrn v. Miquel (5. Mai):

Ihrem wiederholten Gesuche um Entlassung aus Ihren Aemtern als Vizepräsident des Staatsministeriums und als Finanzminister habe Ich durch Erlaß vom heutigen Tage Folge gegeben. Mit Bedauern sehe Ich Sie aus Ihren bisherigen Stellungen scheiden, in denen Sie sich so große Verdienste um Mich, Mein Haus und das Vaterland erworben haben. Wenn es bisher gelungen ist, den großen und neuen Aufgaben auf allen

Gebieten der Staatsverwaltung gerecht zu werden, ist dies nicht zum geringsten Teile Ihnen zu danken, der Sie mit sachkundiger, glücklicher Hand eine neue finanzielle Grundlage für den preußischen Staat geschaffen, auf deren Festigkeit auch in Zukunft gerechnet und gebaut werden kann. Es ist Mir herzliches Bedürfnis, Ihnen für die treue, segensreiche Arbeit und aufopfernde Hingebung, mit der Sie des verantwortungsvollen Amtes gewaltet, Meinen wärmsten Dank auszusprechen. Um aber Ihre großen Erfahrungen und hervorragende Kraft dem Staate auch ferner zu erhalten, habe Ich Sie als Zeichen Meines besonderen Vertrauens auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen. In steter Dankbarkeit verbleibe Ich allezeit Ihr wohlgeneigter König

Wilhelm.

Mai. (Preußen.) Öffentliche Diskussion über Landtagsschluß und Ministerwechsel. Bedeutung der Kanalfrage. Ursache des Rücktritts Miquels. Urteile über Miquel.

Die Schließung des Landtages, die ganz überraschend war, findet bei allen Parteien Beifall. Die Presse der Linken führt aus, die Taktik der Konservativen, die Entscheidung über den Kanal zu verschleppen, habe den Schluß notwendig gemacht; der nächste Schritt sei nun die Auflösung des Landtags und Bekämpfung der Rechten. Die Konservativen sehen dagegen in dem Schluß den Verzicht auf den Kanal ausgesprochen. In einigen Blättern, z. B. „Tägl. Rdsch.", wird dagegen betont, daß die konservative Partei durch ihre Opposition ihre Stellung für die Zollfrage verschlechtert habe, die Regierung habe dagegen jetzt freie Hand für die Handelsvertragsverhandlungen ohne Verpflichtung nach links oder rechts.

Die Wirksamkeit Miquels wird in allen Kreisen ausführlich besprochen. Anerkannt wird fast durchweg seine Reform der preußischen Finanzen; ungünstige Urteile fällen hier fast nur „Vorwärts" und „Freis. Ztg.". Im übrigen ist die liberale Presse befriedigt von seinem Rücktritt, weil er immer mehr konservative Bahnen eingeschlagen, insbesondere die Besetzung wichtiger Verwaltungsämter mit ausschließlich konservativen Kandidaten zugelassen und die Agrarier begünstigt habe. Die Berliner Börse nimmt die Nachricht von seinem Rücktritt mit dreifachem Hurra auf. Die agrarische Presse hebt dagegen sein Wirken als dem Mittelstande förderlich hervor.

Die Ursache seines Rücktritts wird fast allgemein in der Zweideutigkeit seines politischen Charakters gesehen; er habe im Jahre 1899 die Kanalvorlage nicht offen genug vertreten und zum Scheitern gebracht; diesmal habe er sie durchsetzen wollen, aber er sei bei allen Parteien auf Mißtrauen gestoßen. In den „Preußischen Jahrbüchern" (Bd. 105) führt Abg. v. Zedlitz aus, daß Miquel durch die Art, wie er die Kanalvorlage vertreten habe, mit dem Grafen Bülow in Differenzen gekommen und darüber gestürzt sei. Gegen diese Auffassung polemisiert die „Staatsbürger-Ztg.", Herr v. Miquel habe vielmehr, die Kanalvorlage eifrig vertreten. Dagen schreibt Abg. v. Zedlitz in der „Post" (Juli):

In der „Staatsbürger Zeitung" wird meine Darstellung der Vorgänge bei der Kanalvorlage und des Verhaltens des Vize-Präsidenten des Staatsministeriums bei den bezüglichen Verhandlungen als unzutreffend bezeichnet. Die „Staatsbürger Zeitung" schreibt: „Herr v. Zedlitz sollte wissen, daß Herr von Miquel von vornherein der überzeugteste, eifrigste Anhänger und Propagandist der großen wasserwirtschaftlichen Vorlage gewesen ist, daß er sich aber in der Taktik von einzelnen seiner Minister-

kollegen und auch von einer anderen maßgebenden Stelle unterschied. Die Kanalvorlage ist nicht gefallen, weil Herr v. Miquel sie nicht nachdrücklich genug vertreten hätte, sondern weil von Fall zu Fall seine Taktik durchkreuzt wurde und weil schließlich seine Gegner im Zentrum und bei den Nationalliberalen, eingedenk des Wortes: „Fällt der Kanal, so geht Miquel", die Aussichten der Vorlage von Tag zu Tag künstlich verschlechterten, um dem unbequemen Miquel das Grab zu graben." Erläuternd wird hinzugefügt, daß Herr von Miquel den Plan der Kanalvorlage 1898/1899 noch nicht für reif erachtete und der Meinung war, man hätte diese Vorlage in jener Session noch nicht einbringen sollen. In der letzten Tagung habe die große wasserwirtschaftliche Vorlage die besten Aussichten auf Annahme gehabt und wäre angenommen worden, wenn der Reichs-Schatzsekretär Freiherr von Thielmann die Vorarbeiten für den Zoltarif derartig beschleinigt hätte, daß dieser in den Osterferien an den Reichstag hätte gelangen können. Ich muß dem gegenüber aber die Auffassung, welche ich in den „Preußischen Jahrbüchern" vertreten habe, im vollen Umfange aufrecht erhalten. Es ist noch nicht an der Zeit, den Schleier über die Vorgeschichte der Kanalvorlage innerhalb der Staatsregierung zu lüften. Wenn aber Herr von Miquel, wie ich mit der „Staatsbürger Zeitung" gleichfalls annehme, die Einbringung der Kanalvorlage in der Tagung 1898/99 für durchaus unzweckmäßig erachtet hat, so fragt es sich, ob er dieser seiner Auffassung auch Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber unter sachgemäßer Begründung offen Ausdruck gegeben, und für den Fall der Erfolglosigkeit seines Abratens in einer so wichtigen Frage die daraus notwendig folgenden konstitutionellen Konsequenzen gezogen hat. Ich glaube schwerlich, daß die „Staatsbürger-Zeitung" diese Frage wird bejahen können. Was aber die Aussichten der wasserwirtschaftlichen Vorlage in der letzten Tagung anlangt, so ist es richtig, daß die vorgängige Feststellung des Zolltarifes in einer den Konservativen annehmbaren Form die unerläßliche Voraussetzung für das Zustandekommen der Vorlage bildete; aber es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß damit allein schon der Erfolg entschieden gewesen wäre. Es mußte außerdem noch die Form gefunden werden, wie die Konservativen zustimmen konnten, ohne auch nur den Schein des Umfallens gegenüber ihrer Stellnng im Jahre 1899 hervorzurufen. Nach dieser Richtung hin hat Herr von Miquel nichts gethan, obwohl gerade ein Meister parlamentarischer Taktik wie er, zur Lösung der überaus schwierigen Aufgabe berufen gewesen wäre. Die Schuld des Mißerfolges von 1899 1901 ganz auf andere Schultern abwälzen zu wollen, ist daher nicht angängig. Was schließlich das Verhalten der Parteien anlangt, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die Nationalliberalen, welche 1899 den Vermittelungsantrag des Zentrums zu Fall brachten, dabei von dem Wunsche geleitet waren, Herrn von Miquel zu stürzen, wie ja ein großer Teil der parlamentarischen Vertreter und der Presse der Partei über den Rücktritt ihres ehemaligen Parteigenossen in diesem Frühjahre die größte Freude kundgegeben haben. Was aber das Zentrum anlangt, so hat es 1899 in der dritten Lesung seine ganze Kraft für einen Kompromiß-Antrag eingesetzt, dessen Annahme auch der Regierung einen annehmbaren Ausweg aus der durch die Ablehnung des Mittellandkanals geschaffenen schwierigen Lage geboten und so die Stellung Herrn von Miquels wesentlich befestigt hätte. Daß dieser Kompromiß-Antrag erfolglos blieb, liegt, soweit ich sehen kann, hauptsächlich daran, daß Herr von Miquel selbst seine ganze Person und seinen vollen Einfluß nicht nach allen Richtungen für dessen Annahme eingesetzt hat. In den letzten Tagen ist das Zentrum bei seinem Verhalten gegenüber der wasserwirtschaftlichen Vorlage von ganz anderen Rücksichten, als der Absicht,

Herrn von Miquel zu beseitigen, geleitet worden. Den leitenden Männern im Zentrum war die Einbringung der wasserwirtschaftlichen Vorlage in den letzten Tagen überaus unerwünscht, und sie haben in der Presse, wie persönlich, davon abgeraten. Die Stellungnahme der Partei, nach welcher die Entschließung über den Mittellandkanal auf einen späteren Zeitpunkt vertagt wurde, ist sodann wesentlich von der Absicht geleitet worden, die Konservativen in der Oppositionsstellung gegen die wasserwirtschaftliche Vorlage nicht isolieren zu lassen. Die Gründe für diese Stellungnahme aber liegen, wie die Vertreter des Zentrums in der Kanalkommission ausdrücklich bekundet haben, in der in der Partei herrschenden Auffassung, daß die Liberalen einen Bruch der Regierung mit den Konservativen und eine Auflösung des Abgeordnetenhauses wesentlich mit zu dem Zwecke erstrebten, mit den Konservativen zugleich das Zentrum an die Wand zu drücken, und durch Herstellung einer liberalen Mehrheit auch die ausschlaggebende Stellung des Zentrums im Abgeordnetenhause zu beseitigen. Auch nach dieser Richtung hin stehen daher die Ausführungen der „Staatsbürger-Zeitung" mit den Thatsachen nicht ganz im Einklang, und ich halte mich daher für verpflichtet, im Interesse der Gerechtigkeit den wirklichen Hergang der Dinge, soweit er mir bekannt ist, gegenüber den Darlegungen jenes Blattes hier klar zu stellen.

7. Mai. (Reichstag.) Interpellation über den Schutz der deutschen Missionare in Südafrika.

Abg. Frhr. v. Hodenberg (Welfe) bringt folgende Interpellation ein: „Welche Schritte hat der Herr Reichskanzler zur Befreiung der in Südafrika in englischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Missionäre unternommen und welche Erfolge hat der Herr Reichskanzler in dieser Richtung erzielt?" Der Interpellant kritisiert die englische Kriegführung scharf und fragt, ob sich deutsche Missionare noch in englischer Gefangenschaft befinden; eine große Anzahl sei wenigstens zeitweilig in Gefangenschaft gewesen und habe Anspruch auf Entschädigung für ihr verlorenes Eigentum.

Staatssekretär des Auswärtigen Amts Frhr. v. Richthofen: Bei der Berücksichtigung, die das Missionswesen nach allen Richtungen unsrerseits erfährt, kann das Haus von vornherein annehmen, daß das Auswärtige Amt auch zum Schutz der Missionen in Südafrika seine Pflicht thut. Gleich bei Beginn des Krieges sind von unseren Konsularbehörden in Kapland und Natal bei den britischen Behörden Schritte gethan worden, um einen vollen Schutz der Missionsstationen zu erwirken und die britischen Behörden haben entgegenkommende Zusagen erteilt. Dessenungeachtet haben Zerstörungen und Plünderungen von Missionsstationen stattgefunden und haben außerdem einzelne Missionäre Beschwerden über die Behandlung erhoben. Englischerseits sind verschiedene Fälle darauf zurückgeführt worden, daß Missionäre ihre Sympathie für die Buren und ihre Unzufriedenheit mit den neuen Zuständen nicht genügend verheimlicht haben. Gegen die Zerstörung und Beschädigung neutralen Eigentums sind sowohl von unseren Konsularbehörden als auch von unsrer Botschaft in London die energischsten und stärksten Vorstellungen gemacht worden und wir hoffen, daß in dieser Richtung durch Schadenersatz Remedur eintreten wird. Was die Vertretung der einzelnen Fälle durch das Auswärtige Amt anbelangt, so liegen allerdings Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Staatsangehörigkeit vor. Eine große Anzahl der Missionäre ist, wie es scheint, der deutschen Staatsangehörigkett verlustig gegangen oder hat eine fremde Staatsangehörigkeit angenommen. Wir haben solche Missionäre, welche die

englische Staatsangehörigkeit angenommen haben, und da ist unsere Vertretung dieser Fälle gänzlich ausgeschlossen; es sind solche Missionäre wegen Hochverrates verfolgt worden und da haben wir uns genötigt gesehen, von jedem Eingreifen abzusehen, weil sie englische Staatsangehörige sind. Ein anderer Fall ist der, daß die Missionäre die Staatsangehörigkeit einer der südafrikanischen Republiken angenommen haben, und auch in diesen Fällen war es nicht möglich, unsererseits einzugreifen. So haben wir auch in dem einen Falle nicht in dieser Weise wirken können. Eine dritte Kategorie sind die Missionäre, welche zwar die deutsche Reichsangehörigkeit besessen, sie aber jetzt verloren haben; auch da ist ein Einschreiten nicht mehr zulässig. Was die deutschen Reichsangehörigen selbst betrifft, so sind zu unserer Kenntnis nur zwei Fälle gelangt, in denen Missionäre von den Engländern gefangen genommen sind; von dem einem wird behauptet, daß er im Einverständnis mit den Buren stand. Da sind von unserer Botschaft in London Vorstellungen gemacht worden, und der Missionär ist nach sechs Wochen Haft gegen Ehrenwort freigegeben worden. Die Zeitungen haben in letzter Zeit noch von einem anderen Missionär gesprochen; wir wissen nicht, ob es ein Reichsangehöriger ist; jedenfalls ist er aber wieder frei. Endlich handelt es sich noch um eine Kategorie, die in den sogenannten Flüchtlingslagern sind, das sind nicht Gefangenenlager, sondern diese Lager stellen eine Maßnahme dar, von der ganze Bevölkerungskreise ergriffen werden. Die englischen Behörden führen diese auf militärische Gründe zurück; das ist ja schwer zu entscheiden, aber in vielen Fällen ist ungerecht verfahren worden. Es sind infolgedessen Schäden entstanden, die hätten vermieden werden können. Wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß verhütet wird, was irgendwie verhütet werden kann. Jetzt befinden sich nur noch einige wenige Missionäre in den Flüchlingslagern. Hienach muß gesagt werden, daß wir das Unsrige gethan haben. Unbequemlichkeiten und Härten sind mit jedem Kriege verbunden und sie müssen von denen getragen werden, die in der Nähe des Kriegsschauplatzes sind. Wie aber den aus Transvaal ausgewiesenen Deutschen Entschädigungen gezahlt werden, so hoffe ich, daß auch die Sache der Missionäre befriedigend erledigt wird.

8. Mai. (Bayern.) Die Prinzessin Rupprecht wird von einem Prinzen entbunden.

8. Mai. (Reichstag.) Annahme eines Antrages auf Diätenzahlung an die Abgeordneten.

Die Kommission, die einen vom Zentrum eingebrachten Antrag auf Diätenzahlung beraten hat, schlägt folgenden Gesetzentwurf vor: „Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus Reichsmitteln während der Legislaturperiode und zwar, so lange der Reichstag versammelt ist, sowie acht Tage vor der Eröffnung und acht Tage nach Schluß desselben freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit in Berlin Anwesenheitsgelder in Höhe von 20 Mark für den Tag. Der Anwesenheit in Berlin steht es gleich, wenn der Abgeordnete durch Arbeiten für den Reichstag verhindert ist, in Berlin anwesend zu sein. Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagegelder abgerechnet, welche ein Mitglied des Reichstags in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtags für dieselbe Zeit bezieht. Die näheren Bestimmungen erläßt der Präsident des Reichstages."

Abg. v. Levetzow (kons.) ist gegen den Antrag, weil er das Niveau des Reichstages verschlechtern werde, während Abg. Bassermann (nl.)

diese Befürchtung nicht hegt im Hinblick auf die zahlreichen Landtage, deren Mitglieder Diäten empfangen. — Der Antrag wird mit 185 gegen 46 Stimmen (Konservative und Freikonservative) angenommen.

9. Mai. Dem Reichstag geht eine Vorlage über die Vertagung des Reichstags bis zum 26. November zu. — Die Vorlage wird am 14. Mai angenommen.

10. Mai. (Reichstag.) Die Kommission, die den Toleranzantrag des Zentrums berät, erledigt den ersten Teil und faßt folgenden Beschluß (vgl. 1900 S. 161):

§ 1. Jedem Reichsangehörigen steht innerhalb des Reichsgebiets volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zu.

Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

§ 2. Für die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses, in welchem ein Kind erzogen werden soll, ist die Vereinbarung der Eltern maßgebend, welche jederzeit vor oder nach Eingehung der Ehe getroffen werden kann. Die Vereinbarung ist auch nach dem Tode des einen oder beider Elternteile zu befolgen.

§ 2a. In Ermangelung einer Vereinbarung der Eltern gelten für die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses, soweit nicht nachfolgend ein anderes vorgeschrieben ist, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Sorge für die Person des Kindes.

Steht dem Vater oder der Mutter das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen, neben einem dem Kinde bestellten Vormund oder Pfleger zu, so geht bei einer Meinungsverschiedenheit über die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses, in welchem das Kind zu erziehen ist, die Meinung des Vaters oder der Mutter vor.

Das religiöse Bekenntnis des Kindes kann weder von dem Vormund, noch von dem Pfleger geändert werden.

§ 2b. Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an dem Religionsunterricht oder Gottesdienst einer anderen Religionsgemeinschaft angehalten werden, als den in §§ 2 und 2a getroffenen Bestimmungen entspricht.

§ 2c. Nach beendetem vierzehnten Lebensjahr steht dem Kinde die Entscheidung über sein religiöses Bekenntnis zu.

§ 3. Der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft mit bürgerlicher Wirkung erfolgt durch ausdrückliche Erklärung des Austretenden gegenüber der Religionsgemeinschaft.

Die Erklärung ist an das Amtsgericht des Wohnortes abzugeben; das Amtsgericht hat die zuständige Behörde der Religionsgemeinschaft hiervon in Kenntnis zu setzen. Die Erklärung kann schriftlich in beglaubigter Form abgegeben werden.

Ueber den Empfang der Erklärung ist eine Bescheinigung zu erteilen.

Das Verfahren ist kosten- und stempelfrei.

§ 4. Die Abgabe der Austrittserklärung bewirkt, daß die Ausgetretenen zu Leistungen, welche auf der Zugehörigkeit der Religionsgemeinschaft beruhen, nicht mehr verpflichtet werden.

Leistungen, welche kraft besonderen Rechtstitels auf bestimmten Grundstücken haften oder doch von allen Grundstücken einer gewissen Klasse

in dem Bezirk ohne Unterschied des Besitzes zu entrichten sind, werden durch Austrittserklärung nicht berührt.

§ 4a. Niemand kann zu Leistungen an eine Religionsgemeinschaft, der er nicht angehört, herangezogen werden, wenn nicht ein gemeinschaftlicher Genuß oder ein besonderer Rechtsvertrag besteht.

11. Mai. Der Reichstag genehmigt die kaiserl. Verordnung vom 17. April, wonach auf die Einfuhr aus Haiti bedeutende Zollzuschläge gelegt werden.

11. Mai. (Württemberg.) Beschlüsse der Kammer über Eisenbahnpolitik.

Ein Antrag der deutschen Partei auf Ermittelungen über den Anschluß an die Preußisch-Hessische Eisenbahngemeinschaft wird mit 51 gegen 26 Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag der Sozialdemokraten zu Gunsten einer Reichsbetriebsverwaltung mit 44 gegen 34 Stimmen. Unter den Zustimmenden ist auch ein Mitglied der Volkspartei. Der Antrag des Zentrums und der Volkspartei gegen den Anschluß an die Preußisch-Hessische Eisenbahngemeinschaft wird mit 53 gegen 26 Stimmen angenommen. Ein Zusatzantrag auf Erlaß eines Reichseisenbahngesetzes, das dem Reiche einen gesteigerten Einfluß auf den Betrieb der deutschen Bahnen verschaffen soll, wird einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag auf Verbilligung des Verkehrs, insbesondere des Nahverkehrs.

11. Mai. (Sachsen.) Die Landessynode genehmigt einstimmig einen Antrag an das Kirchenregiment, auf einen Zusammenschluß der deutschen evangelischen Landeskirchen hinzuarbeiten.

14. Mai. (Elberfeld.) In einem großen Militärbefreiungsprozeß werden mehrere Angeklagte zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

14./15. Mai. (Reichstag.) In der Beratung des Branntweinsteuergesetzes übt die Linke Obstruktion durch Geschäftsordnungsdebatten, namentliche Abstimmungen und Bezweifeln der Beschlußfähigkeit. Hierdurch wird die Erledigung des Gesetzes verhindert. — Am 15. wird der Reichstag bis zum 26. November vertagt.

Resultate der Reichstagssession.

Gesetz über Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen, des Haushalts der Schutzgebiete für 1900 (Reichsgesetzblatt 3), Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat 1900 (4), Aenderung des Gesetzes über das Posttaxwesen (7), Etatsgesetz für 1901 (10), Haushaltsetat der Schutzgebiete 1901 (10), Gesetz über private Versicherungsunternehmen (18), Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken (19), Handelsbeziehungen zum britischen Reiche (20), Gesetz über freiwillige Gerichtsbarkeit und andere Rechtsangelegenheiten in Heer und Marine (21), Versorgung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen (23), Feststellung eines Nachtragsetats zum Reichsetat (23), Gesetz über das Verlagsrecht (27), Gesetz über Urheberrecht an Werken der Litteratur und Tonkunst (27), Abänderung des Gesetzes über die Gewerbegerichte (29).

17. Mai. (Bayern.) Regierung und Episkopat über die Anstellung von katholischen Lehrern, die in gemischter Ehe mit protestantischer Kindererziehung leben.

Während des Vorjahres wird bekannt, daß zwei Oberlehrer, die in gemischter Ehe leben und ihre Kinder protestantisch erziehen lassen, an katholischen Volksschulen angestellt sind. Die bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe richten darüber folgende Eingabe an den Prinzregenten:

Allerdurchlauchtigster Prinz und Regent!

Allergnädigster Regent und Herr!

Dem Throne Ew. Kgl. Hoheit mit einer unterthänigsten Bitte zu nahen, halten sich die treu gehorsamst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns im Gewissen verpflichtet. Seit kurzem befinden sich nämlich in zwei Diözesen Bayerns an der Spitze katholischer Schulen als Lehrer oder Oberlehrer Männer angestellt, welche eine sogenannte gemischte Ehe mit Verpflichtung zu protestantischer Erziehung aller ihrer Kinder eingegangen haben. Die betreffenden Ordinariate haben sich deshalb in motivierten Vorstellungen an das kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten gewendet und auf die schlimmen Folgen hingewiesen, welche sich aus solchen Zuständen für Kirche und Schule, für Lehrer und Schüler ergeben mußten, zumal die Lehrer an der Volksschule eventuell auch mit der kanonischen Mission zur Unterstützung des Religionsunterrichts ausgerüstet werden könnten und sollten. Zu unserem großen Bedauern sah sich nun das kgl. Staatsministerium nicht in der Lage, beide Vorstellungen der betreffenden Ordinariate willfährig zu verbescheiden unter dem Hinweis auf den Mangel hierüber bestehender Verordnungen. Da es sich aber in den vorliegenden Fällen nicht so fast um die Anwendung einzelner, besonderer Verordnungen, sondern vielmehr um Grundrechte der Verfassung, um Wahrheiten unseres Glaubens und um die ersten Prinzipien der christlichen Pädagogik handelt, so erachten sich die alleruntertänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe veranlaßt, sich bei den erwähnten Entscheidungen nicht zu beruhigen, sondern den Schutz des kgl. Thrones durch eine allerehrfurchtsvollste Vorstellung gemeinschaftlich anzurufen. Wir gestatten uns zunächst einen Teil der Worte wiederzugeben, in welchen Seine Heiligkeit Papst Leo XIII. in seiner unter dem 22. Dezember 1887 an Bayerns Oberhirten gerichteten Encyklika die Wichtigkeit des katholischen Lehramts betont hat. In sehr deutlicher Weise spricht er sich nämlich dahin aus, daß es die „Staatsklugheit rätlich finden muß, mit Sorgfalt darüber zu wachen, daß niemand zu dem so edlen Amte als Lehrer berufen werde, dessen religiöses Bewußtsein schwach oder gering oder der öffentlich ein Gegner der Kirche ist“. Diesem unumstößlichen Grundsatze, dem die Erfahrungen von Jahrhunderten zur Seite stehen, und der von allen christlichen Pädagogen anerkannt wird, dürfte wohl auch in sämtlichen katholischen Schulen, besonders in den Volksschulen Bayerns, volle Geltung eingeräumt werden, und zwar um so mehr, als einesteils nach der Verfassung jedem Einwohner des Reichs volle Gewissensfreiheit zugestanden ist, andernteils aber infolge des staatlichen Schulzwanges sich ein jeder genötigt sieht, wenn nicht besondere Umstände ihn entbinden, seine Kinder den vom Staate angestellten Lehrern zum Unterrichte und zur Erziehung anzuvertrauen. Nun unterliegt es aber keinem Zweifel, daß ein Katholik, der bei Eingehung seiner Ehe auf die katholische Erziehung seiner Kinder entweder vollständig oder teilweise Verzicht leistet, die Liebe zu seinem Glauben und daher das lebendige religiöse Bewußtsein verloren haben muß und infolge davon nicht mehr tauglich ist, „zu dem so edlen Amte eines (katholischen) Lehrers be-

rufen zu werden". Nichts legt nämlich ein zweideutigeres Zeugnis von der Mißachtung des katholischen Glaubens ab, als die Einwilligung eines Vaters, seine Kinder nach ihrer Geburt des kostbarsten Erbes zu berauben, das er selbst von seinen Eltern empfangen hat, und für das wir unser Leben hinzugeben bereit sein müssen. Es trägt ein solcher Akt nicht nur das Gepräge der Treulosigkeit gegen den katholischen Glauben, der hier auf gleiche Stufe mit dem Irrtum oder noch tiefer gestellt wird, sondern legt auch ein offenes Zeugnis ab von der Härte eines Vaters, der kein Bedenken trägt, das höchste Gut hier auf Erden, die volle Wahrheit des Glaubens und den möglichen Empfang der heiligen Sakramente unserer Kirche, seinen eigenen Kindern mit kaltem Herzen zu entziehen. Hiezu kommt noch, daß ein solcher Katholik an Orten, an welchen das Kapitel „Tametsi" des Konzils von Trient verkündigt ist, seine Ehe der Gefahr ihrer Ungiltigkeit aussetzt, wodurch der Familie die sakramentale Basis entzogen und das Aergernis noch gesteigert würde. Die Kirche müßte ihres göttlichen Berufes, die von Christus geoffenbarte Wahrheit allen Menschen zu verkünden, vergessen, wollte sie zu einer so schweren Sünde gegen den Glauben schweigen. Sie hat daher die Eingehung einer Mischehe ohne die nötigen Kautelen und ohne die kirchlichen Dispense mit der schweren Strafe der Exkommunikation bedroht, so daß ein Lehrer, der sich dieser Sünde schuldig macht, insofern er auch die religiöse Trauung außer der katholischen Kirche gesucht und erhalten hat, wegen seines offenen Ungehorsams gegen seine Kirche mit der schwersten kirchlichen Strafe betroffen ist. Hieraus folgt aber zur Genüge, daß es gegen die Regeln einer gesunden Pädagogik verstoßen würde, eine solche Persönlichkeit an die Spitze einer katholischen Schule zu stellen und ihr die Kinder anderer katholischer Eltern zum Unterricht und zur Erziehung anzuvertrauen; denn während die Schule nach dem ausgesprochenen Wunsche der kgl. Staatsregierung (kgl. Ministerial-Entschließung vom 12. Februar 1833 Nr. 3) „nicht bloß lehren, sondern auch erziehen" und den Einfluß der Eltern unterstützen und ergänzen soll, auf daß „die Jugend von echter Religiosität, d. h. von einem treuen Festhalten an den Lehrsätzen und dem Geiste ihres Glaubensbekenntnisses durchdrungen" werde, gibt ein solcher Lehrer durch seinen Ungehorsam gegen die Kirche und durch die Erziehung seiner Kinder in einem anderen Glaubensbekenntnisse seinen Schülern großes Aergernis und deren Eltern ein verwerfliches Beispiel. Nichts wäre gefährlicher, für die von der kgl. Staatsregierung so warm empfohlene „echte Religiosität" und würde für das „treue Festhalten der Kinder an den Lehrsätzen ihres Glaubensbekenntnisses" mehr gefährlich werden, als wenn das Gift des Indifferentismus, an dessen Folgen unzählige laue Katholiken unserer Zeit dahinsiechen, schon in der Schule in die Herzen der für den Glauben so empfänglichen Kleinen geträufelt würde. — Ebenso wird das gegebene Aergernis nicht abgeschwächt durch die Annahme, ein solcher Lehrer habe nach seiner Trauung seinen Fehltritt erkannt und sich reumütig mit der Kirche ausgesöhnt, so daß die Strafe der Exkommunikation wohl seit Jahren gehoben und der Betreffende längst rekonziliiert sei. — Wenn nämlich eine solche Rückkehr vor den Augen Gottes auch Vieles wieder gut macht, und der Kirche, welche den Verirrten die Wege hiezu in besonderer Weise ebnet, großen Trost bereitet, so ist doch ein solcher Schritt nur eine verborgene Gewissensangelegenheit, die auf die äußere Stellung des Betreffenden keinen Einfluß übt, während der in der Oeffentlichkeit Anstoß erregende Umstand der Verschiedenheit der Konfession der Kinder von der des Vaters in den meisten Fällen bestehen bleibt, selbst wenn der Betreffende das dringendste Verlangen hat, dieses Aergernis aufzuheben. — Die treugehorsamst unterzeichneten Erzbischöfe

und Bischöfe, von Gott für die ihnen anvertrauten Seelen bestellt als Lehrer und Wächter des wahren Glaubens, den sie besonders in unserer glaubensarmen Zeit gegen jede Gefahr und jeden Angriff zu schützen im Gewissen verpflichtet sind, glauben daher bei der neuen Gefahr, die durch solche Beispiele unseren katholischen Schulen droht, nicht schweigen zu dürfen, sondern sehen sich im Gewissen gedrängt, sowohl in ihrem eigenen Namen, als auch im Namen unzähliger Katholiken Bayerns, welche ihre Kinder der Schule zur Heranbildung und Erziehung übergeben müssen und das Vertrauen auf dieselbe nicht verlieren dürfen, ferner im Namen der unschuldigen Kleinen, welche der göttliche Heiland vor jedem Aergernis bewahrt haben will und endlich im Interesse des Staates selbst, dem alles daran gelegen sein muß, daß der indifferente irreligiöse Geist, der sich bereits bei der Jugend in Schrecken erregender Weise kund macht und die Gefängnisse mit jugendlichen Verbrechern zu bevölkern droht, nicht weiter um sich greife, an Eure Kgl. Hoheit die allerunterthänigste Bitte zu stellen: „Eure Kgl. Hoheit wollen allergnädigst geruhen, Allerhöchst Ihr Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten dahin zu beauftragen, daß der Aufstellung von solchen kirchlich untreuen Lehrern an katholischen Volksschulen für alle Zukunft vorgebeugt, die bereits geschehenen aber durch entsprechende Veränderungen in thunlichster Bälde behoben werden."

In allertiefster Ehrfurcht geharren Ew. Kgl. Hoheit

München, 17. Dezember 1900.

Allerunterthänigst treu gehorsamste

(folgen die Namen aller bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe).

Kultusminister v. Landmann antwortet:

München, 17. Mai 1901.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Die Hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und Bischöfe des Landes haben sich in einer Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser unmittelbar unterbreiteten Vorstellung vom 17. Dezember v. J. gegen die vor kurzem erfolgte und von dem K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten nicht beanstandete Anstellung von zwei Lehrern, welche eine sogenannte gemischte Ehe mit Verpflichtung zur protestantischen Erziehung aller ihrer Kinder eingegangen haben, gewendet und unter Darlegung der Anschauung der katholischen Kirche über die gemischten Ehen die allerunterthänigste Bitte gestellt, Seine Königliche Hoheit wollen das Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zu beauftragen geruhen: „daß der Anstellung von solchen kirchlich untreuen Lehrern an katholischen Volksschulen für alle Zukunft vorgebeugt, die bereits geschehenen aber durch entsprechende Veränderungen in thunlichster Bälde behoben werden." Im Allerhöchsten Auftrage wird auf diese Vorstellung nachstehendes eröffnet: In der Allerhöchsten landesherrlichen Verordnung vom 18. Mai 1803, die Religionsverhältnisse der Kinder bei gemischten Ehen betreffend, wurde bereits bestimmt, daß, da sowohl die alten als neuen Erbstaaten von verschiedenen Glaubensbekennern bewohnt werden, welche in den Fall kommen können, Heiraten unter sich schließen zu wollen, solche vermischten Ehen als Folge der eingeführten bürgerlichen Toleranz ungehindert sein sollen. Es wurde dabei unter anderem weiter bestimmt, daß den Verlobten eine uneingeschränkte Freiheit belassen werden soll, die Religionsverhältnisse ihrer künftigen Kinder in ordnungsmäßigen Ehepakten zu bestimmen, und daß, wenn die Kontrahenten auf die bemerkte Art nichts verabredet haben, die Söhne im Glaubensbekenntnis des Vaters und die Töchter in dem Glauben

der Mutter erzogen werden sollen. Diese Grundsätze sind im wesentlichen auch in das interkonfessionelle Recht des Religionsedikts vom 24. März 1809 und sodann der Verfassungsurkunde und der zweiten Beilage hierzu vom 26. Mai 1818 übergegangen. Diese Verfassungsgesetze gehen von der Gleichstellung der als öffentliche Kirchengesellschaften anerkannten christlichen Konfessionen aus. Die zweite Verfassungsbeilage regelt insbesondere im 3. Kapitel des 1. Abschnittes in ähnlicher Weise wie die früheren Vorschriften die Religionsverhältnisse der Kinder aus gemischten Ehen. Der Vollzug dieser Bestimmungen gab zu langjährigen Konflikten zwischen der weltlichen und geistlichen Gewalt, sowie zwischen den christlichen Glaubensgesellschaften selbst Anlaß, welche endlich zu dem Gesamtbeschluß der Ständekammern vom 10. September 1831 (Verhandlungen der zweiten Kammer der Ständeversammlung Bd. XVI Prot. Nr. XCI S. 9 rc.), worin die genaue Befolgung des Abschnittes 1, Kap. 3 der 2. Beilage zur Verfassungsurkunde verlangt wurde, und zu dem Allerhöchsten Landtagsabschiede vom 29. Dezember 1831, Abschnitt 3 Ziffer 19 (Gesetzblatt S. 88) führten, in welchem ausgesprochen worden ist: „Es ist Unser ernster Wille, daß bei der Eingehung gemischter Ehen . . . die Rechte der Brautleute hinsichtlich der künftigen religiösen Erziehung der Kinder mit Nachdruck gehandhabt werden." Nicht minder ist dieser Standpunkt auch in dem Allerhöchsten Erlaß zum Abdruck gekommen, welcher den Hochwürdigsten Herren Erzbischöfen und Bischöfen durch Ministerialentschließung vom 27. November 1885 Nr. 866 zur Kenntnis gebracht wurde. Die Königliche Staatsregierung hat bisher allenthalben hieran festgehalten und ist daher nicht in der Lage, hinsichtlich der Anstellung und Belassung von katholischen Volksschullehrern, die eine gemischte Ehe mit protestantischer Kindererziehung eingehen, Anordnungen zu treffen, welche mit dem bisherigen Standpunkte nicht in Einklang zu bringen wären. Ob und inwieweit bei Schwierigkeiten, welche sich in Bezug auf die Anforderungen des Schuldienstes und speziell in Ansehung der Erteilung des Religionsunterrichtes etwa ergeben sollten, die Königliche Staatsregierung unbeschadet jenes prinzipiellen Standpuktes zu einer ausgleichenden Regelung beizutragen vermag, muß der weiteren Würdigung im gegebenen Falle vorbehalten bleiben. Die Hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und Bischöfe werden aus vorstehenden Darlegungen entnehmen, daß, wenn die K. Staatsregierung sich außer stand sieht, die erbetenen Maßnahmen zu treffen, dabei die Absicht ferne liegt, an dem konfessionellen Charakter der Volksschule zu rütteln, daß vielmehr die K. Staatsregierung sich lediglich von schwerwiegenden prinzipiellen Bedenken und von dem Bestreben leiten ließ, die interkonfessionellen Bestimmungen der Verfassungsurkunde und der zweiten Beilage hierzu im Interesse der beiden Konfessionen aufrecht zu erhalten.

(gez.) Dr. von Landmann.

Die klerikale Presse greift den Erlaß scharf an. Die „Germania" schreibt:

Eine solche Antwort des „katholischen Ministers eines katholischen Souveräns" hätten wir nicht erwartet. . . . Bei einem solchen Standpunkt kann nur die Selbsthilfe den Katholiken die Befreiung von der staatlichen Bevormundung bringen. Wenn in jedem einzelnen Falle der betreffende Bischof einen so pflichtvergessenen Lehrer von der Kirche ausschlösse und die Eltern ihren Kindern verböten, dem Unterrichte eines solchen „Lehrers" beizuwohnen, dann wäre die Frage ohne die Staatsregierung praktisch gelöst. Erwies sich doch auch die preußische Regierung machtlos dagegen, als die Bischöfe den Studierenden der Theologie verboten, die Vorlesungen altkatholischer Professoren zu besuchen. Wir empfehlen den

und Bischöfe, von Gott für die ihnen anvertrauten Seelen bestellt als Lehrer und Wächter des wahren Glaubens, den sie besonders in unserer glaubensarmen Zeit gegen jede Gefahr und jeden Angriff zu schützen im Gewissen verpflichtet sind, glauben daher bei der neuen Gefahr, die durch solche Beispiele unseren katholischen Schulen droht, nicht schweigen zu dürfen sondern sehen sich im Gewissen gedrängt, sowohl in ihrem eigenen Namen als auch im Namen unzähliger Katholiken Bayerns, welche ihre Kinde. der Schule zur Heranbildung und Erziehung übergeben müssen und da· Vertrauen auf dieselbe nicht verlieren dürfen, ferner im Namen der un schuldigen Kleinen, welche der göttliche Heiland vor jedem Aergernis bewahı haben will und endlich im Interesse des Staates selbst, dem alles dara gelegen sein muß, daß der indifferente irreligiöse Geist, der sich bereits b der Jugend in Schrecken erregender Weise kund macht und die Gefängni mit jugendlichen Verbrechern zu bevölkern droht, nicht weiter um sich grei an Eure Kgl. Hoheit die alleruntertHänigste Bitte zu stellen: „Eure K Hoheit wollen allergnädigst geruhen, Allerhöchst Ihr Staatsministerium d Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten dahin zu beauftragen, d der Aufstellung von solchen kirchlich untreuen Lehrern an katholischen Vol schulen für alle Zukunft vorgebeugt, die bereits geschehenen aber dı entsprechende Veränderungen in thunlichster Bälde behoben werden."

In allertiefster Ehrfurcht geharren Ew. Kgl. Hoheit

München, 17. Dezember 1900.

Alleruntertänigst treu gehorsamste

(folgen die Namen aller bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe).

Kultusminister v. Landmann antwortet:

München, 17. Mai 190

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Die Hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und Bischöfe des La haben sich in einer Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Luitpold, Königreichs Bayern Verweser unmittelbar unterbreiteten Vorstellung 17. Dezember v. J. gegen die vor kurzem erfolgte und von dem K. St ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten nich anstandete Anstellung von zwei Lehrern, welche eine sogenannte gem Ehe mit Verpflichtung zur protestantischen Erziehung aller ihrer K eingegangen haben, gewendet und unter Darlegung der Anschauun katholischen Kirche über die gemischten Ehen die alleruntertänigste gestellt, Seine Königliche Hoheit wollen das Staatsministerium des J für Kirchen- und Schulangelegenheiten zu beauftragen geruhen: „da Anstellung von solchen kirchlich untreuen Lehrern an katholischen S schulen für alle Zukunft vorgebeugt, die bereits geschehenen aber durc sprechende Veränderungen in thunlichster Bälde behoben werden." Allerhöchsten Auftrage wird auf diese Vorstellung nachstehendes er In der Allerhöchsten landesherrlichen Verordnung vom 18. Mai 18 Religionsverhältnisse der Kinder bei gemischten Ehen betreffend, bereits bestimmt, daß, da sowohl die alten als neuen Erbstaaten vo schiedenen Glaubensbekennern bewohnt werden, welche in den Fall k können, Heiraten unter sich schließen zu wollen, solche vermischten Eh Folge der eingeführten bürgerlichen Toleranz ungehindert sein solle wurde dabei unter anderem weiter bestimmt, daß den Verlobten ei eingeschränkte Freiheit belassen werden soll, die Religionsverhältnis künftigen Kinder in ordnungsmäßigen Ehepakten zu bestimmen, un wenn die Kontrahenten auf die bemerkte Art nichts verabredet hal Söhne im Glaubensbekenntnis des Vaters und die Töchter in dem G

Der Rückblick auf die verflossenen Jahre weist einerseits eine ununterbrochene schwere und gefahrvolle Arbeit auf, liefert aber andererseits auch ein ruhmvolles Zeugnis aufopferungsvoller Treue, mit der sich die Mannschaften unter Leitung bewährter Offiziere allezeit ausgezeichnet haben. In diesen 50 Jahren hat sich die Berliner Feuerwehr den glänzendsten Ruf erworben. Mustergiltig ist sie für die Feuerwehren nicht nur des engeren Vaterlandes, sondern auch fast aller Länder Europas geworden. Wie sie sich infolge ihrer ausgezeichneten Leistungen und ihres vortrefflichen Verhaltens des besonderen Schutzes Ihrer Majestät der hochseligen Kaiserin und Königin Augusta erfreute, so hat auch Ihre Majestät die Kaiserin und Königin, Meine Gemahlin, sie unter Allerhöchstihre Protektion genommen. Möge der vortreffliche Geist, welcher bisher Offiziere und Mannschaften beseelt hat, auch fernerhin stets in ihnen fortleben, damit sie sich tüchtig erhalte, um ihrer Aufgabe zum Wohle der Haupt- und Residenzstadt Berlin und deren Einwohner gerecht zu werden.

Pröckelwitz, den 21. Mai 1901.

Wilhelm.

22. Mai. (Reichstagswahl.) Im Wahlkreise Greifswald-Grimmen erhalten Graf Behr (kons.) 6142, Gothein (fr. Vg.) 5435, Knappe (Soz.) 1796 Stimmen. In der Stichwahl wird Gothein mit 9666 Stimmen gewählt; Graf Behr erhält 7457 (29. Mai).

25. Mai. (Bielefeld.) Handelsminister Möller hält auf einem Festessen eine Rede über die wirtschaftspolitische Lage, worin es heißt:

Meine Ernennung zum Handelsminister hat Aufsehen erregt, weil dadurch die seit Jahrzehnten bestehende Tradition, nur Beamte auf Ministerposten zu berufen, durchbrochen wurde. Für die Entwickelung Deutschlands ist es charakteristisch, daß die materiellen Fragen vielfach in den ersten Zeiten des Aufschwungs des Deutschen Reiches gering geachtet wurden gegenüber den ideellen Fragen. Diese Auffassung war seinerzeit vollberechtigt, als neue Güter von idealem Standpunkt aus geschaffen werden mußten. Als aber dadurch eine Grundlage für die Entwickelung des Reiches geschaffen war, traten auch die materiellen Fragen in ihr Recht. Zu dieser Zeit begann sich ein Umschwung der Ideen zu vollziehen. Während früher Liberalismus und Freihandel für untrennbar galten, fing man jetzt an, einzusehen, daß der absolute Freihandel nicht der richtige Standpunkt ist. Diese Wandlung habe auch ich durchgemacht. Der mächtige Führer dieser Richtung war Bismarck. Er erkannte, daß ohne materielle Güter die ideellen Güter gefährdet würden, und betrat die Bahn eines mäßigen Schutzzolles. Mir ist der Gedanke beklemmend, daß ich ein Amt antreten soll, das ein Bismarck inne hatte. Freilich bin ich insofern begünstigt, weil ich in manchen korporativen Gesellschaften thätig gewesen bin und lebhafte Beziehungen zu Handel, Industrie und auch zur Landwirtschaft unterhalte. Dennoch ist die meiner harrende Aufgabe eine außerordentlich schwierige. Die Schwierigkeit liegt in dem Konflikt der verschiedenen Erwerbsgruppen. Es wäre aber ein Unding, eine Partei zu unterstützen, damit die andere unterliege. Ich befinde mich in ungünstiger Lage, weil ich in den letzten Monaten, ahnungslos, daß ich demnächst zum Minister ernannt werden könnte, meine Ansichten öffentlich ausgedrückt habe. Ich bin daher ein offenes Buch; dies ist jetzt ein großer Nachteil für mich, aber deshalb bin ich auch zu der Hoffnung berechtigt, daß weite Kreise mir vertrauen werden,

wie ja auch Kundgebungen es mir beweisen. Daß die Exporterhaltung notwendig ist, steht außer Zweifel, das verlangt das Interesse der Großindustrie, deren Entwickelung sich in Bielefeld widerspiegelt. Hier hat sich oft gezeigt, daß, wenn ein Industriezweig darniederliegt, ein anderer blüht, so daß die einzelnen Zweige in der Entwickelung sich ergänzen. Das ist aber nur möglich, wo die Industrie möglichst spezialisiert ist.

26. Mai. Ein deutsch-englisches Kabel Borkum-Bacton wird vollendet. Auf die Meldung hiervon erwidert der Kaiser:

Ich habe aus der telegraphischen Meldung vom Kabeldampfer „von Podbielski" mit Freuden entnommen, daß die Auslegung des neuen deutsch-englischen Kabels Borkum-Bacton glücklich beendigt ist, und spreche den Norddeutschen Seekabelwerken zu dieser glänzenden Leistung Meinen wärmsten Glückwunsch aus. Ich hoffe, daß das neue Verkehrsmittel, dessen Herstellung und Auslegung ausschließlich deutscher Intelligenz und Arbeitsamkeit zu danken ist, dazu beitragen werde, die zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien bestehenden Beziehungen besonders auf wirtschaftlichem Gebiete zu befestigen und zu verstärken. Möge die glückliche Durchführung des Unternehmens die heimische Industrie zu weiterem Schaffen auf diesem Gebiete ermutigen!

Wilhelm I. R.

28.—30. Mai. (Braunschweig.) Tagung des evangelisch-sozialen Kongresses. Es werden folgende Referate gehalten: Dörries-Hannover: Erziehungspflicht der Kirchengemeinden gegenüber sozialen Mißständen. Pfannkuche-Osnabrück: Bildungsbedürfnisse des deutschen Arbeiters. Frhr. v. Berlepsch und H. Delbrück-Berlin: Soziale Entwickelung im ersten Jahrzehnt nach Aufhebung des Sozialistengesetzes.

28. Mai. (Stuttgart.) Der Württembergische Volksschullehrerverein hält eine Versammlung ab. Die Münchener „Allgemeine Zeitung" berichtet darüber:

Der Vorsitzende hob in einem Rückblick auf das vergangene Jahr hervor, daß der Beginn des neuen Jahrhunderts dem württembergischen Lehrerstand eine bittere Enttäuschung gebracht habe, insofern er nicht in die allgemeine Beamtenaufbesserung einbezogen worden sei. Die württembergischen Lehrer hätten gehofft, daß auch ihre Wünsche Berücksichtigung hätten finden sollen. Es wurde hierauf eine Resolution angenommen, in der betont wird, daß der Verein es schmerzlich empfinde, von der allgemeinen Beamtenaufbesserung in der dem Landtag kürzlich unterbreiteten Gehaltsvorlage ausgeschlossen worden zu sein. Mit den auf die Uebernahme der Schullasten auf den Staat gerichteten Bestrebungen könne der Verein sich einverstanden erklären, unter der Voraussetzung, daß den Gemeinden der berechtigte Einfluß auf die Schulen gewahrt bleibe. Ebenso wurde eine andere Resolution angenommen, welche dahin ging, daß die Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden auf 28 festgesetzt wird, und daß keinem Lehrer ein Lehrauftrag für eine andere Klasse erteilt werden soll. Hierauf wurden Vorträge gehalten von Lehrer Frank, Heilbronn, über „Volksbildung und Sittlichkeit", von Lehrer Maisch, Ulm, über „die Lehre vom Gedächtnis" und zum Schluß vom Stadtpfarrer Umfried, Stuttgart, über „Erziehung zum Mitleid".

29. Mai. (Berlin.) Trinkspruch des Kaisers auf die französische Armee. — Veröffentlichung kaiserlicher Ansprachen.

Der Kaiser frühstückt im Kasino des 2. Garde-Regiments z. F., wobei auch der französische General Bonnal mit seinem Adjutanten teilnimmt. Nach dem „Lokal-Anz." hält der Kaiser folgende Ansprache:

„Meine Herren! Am heutigen Tage habe Ich die Ehre gehabt, an der Spitze der 2. Garde-Infanteriebrigade zu kommandieren. Es ist dieser Tag ein ganz besonderer Gedenktag, den Ich immer hochgehalten habe und hochhalten werde, der Tag, an dem die Brigade vor dem hochseligen Kaiser Friedrich exerziert hat. Wir weihen dem Andenken an ihn ein stilles Glas!"

Nachdem die Anwesenden dem Folge gegeben hatten, fuhr der Kaiser fort:

„Füllen Sie die Gläser aufs neue! Es freut Mich, gerade heute mitteilen zu können, daß es im fernen Osten zu Friedensabschlüssen gekommen ist, und daß die Truppen zurückgezogen werden können. Es sind Mir aus diesem Anlaß von vielen Seiten Anerkennungen und Danksagungen zuteil geworden, auch eine vom Kaiser von Rußland persönlich abgesandte Depesche habe Ich heute erhalten; sie lautet: „Für die Dienste in China sage Ich Euer Majestät Meinen herzlichsten Dank. Graf Waldersee hat eine schwere, undankbare Sache mit Würde und Geschick geführt, Ich bezeige Meine volle Sympathie." Mit dem heutigen Tage ist der Brigade eine ganz besondere Ehre zuteil geworden, indem sie zwei Offiziere der französischen Armee in ihrer Mitte willkommen heißt. Es ist dies das erste Mal, ebenso wie deutsche und französische Truppen zum ersten Male Schulter an Schulter gegen einen gemeinsamen Feind in guter Waffenbrüderschaft und treuer Kameradschaft gekämpft haben. Die beiden Herren Offiziere und ihre gesamte Armee Hurra! Hurra! Hurra!"

Mit Bezug auf die Veröffentlichung dieser Rede schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.": „Ein hiesiges Lokalblatt veröffentlichte Mitteilungen über den Trinkspruch, den der Kaiser im Offizierskasino des 2. Garde-Regiments nach dem Exerzieren der 2. Garde-Infanterie-Brigade gehalten hat. Von einigen Ungenauigkeiten abgesehen, ist die Ansprache im ganzen richtig wiedergegeben. Obwohl ihr Inhalt allgemein auf Zustimmung rechnen konnte, müssen wir doch darauf aufmerksam machen, daß die Publikation in einem Lokalblatte auf einem Vertrauensbruch beruht, da die in solchen Fällen notwendige Autorisation zur Veröffentlichung nicht erteilt war. Es widerspricht den Allerhöchsten Intentionen und ausdrücklichen Weisungen des Kaisers, daß Ansprachen und Aeußerungen desselben bei militärischen Anlässen und in kameradschaftlichen Kreisen ohne ausdrückliche Ermächtigung durch die Presse verbreitet werden.

29. Mai. (Krefeld.) Der Verbandstag der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erklärt sich für eine Vereinigung aller Arbeiterverbände, aber unter Aufrechterhaltung der christlichen Grundsätze in der Verfolgung der gewerkschaftlichen Ziele.

29. Mai. (Speyer.) Spaltung der evangelischen Arbeitervereine.

Der Verbandstag berät über die Frage, ob die evangelischen Arbeiter in die sogenannten freien, thatsächlich von Sozialdemokraten geleiteten gewerkschaftlichen Organisationen, oder ob sie allein in christliche

Herrn von Miquel zu beseitigen, geleitet worden. Den leitenden Männern im Zentrum war die Einbringung der wasserwirtschaftlichen Vorlage in den letzten Tagen überaus unerwünscht, und sie haben in der Presse, wie persönlich, davon abgeraten. Die Stellungnahme der Partei, nach welcher die Entschließung über den Mittellandkanal auf einen späteren Zeitpunkt vertagt wurde, ist sodann wesentlich von der Absicht geleitet worden, die Konservativen in der Oppositionsstellung gegen die wasserwirtschaftliche Vorlage nicht isolieren zu lassen. Die Gründe für diese Stellungnahme aber liegen, wie die Vertreter des Zentrums in der Kanalkommission ausdrücklich bekundet haben, in der in der Partei herrschenden Auffassung, daß die Liberalen einen Bruch der Regierung mit den Konservativen und eine Auflösung des Abgeordnetenhauses wesentlich mit zu dem Zwecke erstrebten, mit den Konservativen zugleich das Zentrum an die Wand zu drücken, und durch Herstellung einer liberalen Mehrheit auch die ausschlaggebende Stellung des Zentrums im Abgeordnetenhause zu beseitigen. Auch nach dieser Richtung hin stehen daher die Ausführungen der „Staatsbürger-Zeitung" mit den Thatsachen nicht ganz im Einklang, und ich halte mich daher für verpflichtet, im Interesse der Gerechtigkeit den wirklichen Hergang der Dinge, soweit er mir bekannt ist, gegenüber den Darlegungen jenes Blattes hier klar zu stellen.

7. Mai. (Reichstag.) Interpellation über den Schutz der deutschen Missionare in Südafrika.

Abg. Frhr. v. Hodenberg (Welfe) bringt folgende Interpellation ein: „Welche Schritte hat der Herr Reichskanzler zur Befreiung der in Südafrika in englischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Missionäre unternommen und welche Erfolge hat der Herr Reichskanzler in dieser Richtung erzielt?" Der Interpellant kritisiert die englische Kriegführung scharf und fragt, ob sich deutsche Missionare noch in englischer Gefangenschaft befinden; eine große Anzahl sei wenigstens zeitweilig in Gefangenschaft gewesen und habe Anspruch auf Entschädigung für ihr verlorenes Eigentum.

Staatssekretär des Auswärtigen Amts Frhr. v. Richthofen: Bei der Berücksichtigung, die das Missionswesen nach allen Richtungen unsrerseits erfährt, kann das Haus von vornherein annehmen, daß das Auswärtige Amt auch zum Schutz der Missionen in Südafrika seine Pflicht thut. Gleich bei Beginn des Krieges sind von unseren Konsularbehörden in Kapland und Natal bei den britischen Behörden Schritte gethan worden, um einen vollen Schutz der Missionsstationen zu erwirken und die britischen Behörden haben entgegenkommende Zusagen erteilt. Dessenungeachtet haben Zerstörungen und Plünderungen von Missionsstationen stattgefunden und haben außerdem einzelne Missionäre Beschwerden über die Behandlung erhoben. Englischerseits sind verschiedene Fälle darauf zurückgeführt worden, daß Missionäre ihre Sympathie für die Buren und ihre Unzufriedenheit mit den neuen Zuständen nicht genügend verheimlicht haben. Gegen die Zerstörung und Beschädigung neutralen Eigentums sind sowohl von unseren Konsularbehörden als auch von unsrer Botschaft in London die energischsten und stärksten Vorstellungen gemacht worden und wir hoffen, daß in dieser Richtung durch Schadenersatz Remedur eintreten wird. Was die Vertretung der einzelnen Fälle durch das Auswärtige Amt anbelangt, so liegen allerdings Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Staatsangehörigkeit vor. Eine große Anzahl der Missionäre ist, wie es scheint, der deutschen Staatsangehörigkett verlustig gegangen oder hat eine fremde Staatsangehörigkeit angenommen. Wir haben solche Missionäre, welche die

englische Staatsangehörigkeit angenommen haben, und da ist unsere Vertretung dieser Fälle gänzlich ausgeschlossen; es sind solche Missionäre wegen Hochverrates verfolgt worden und da haben wir uns genötigt gesehen, von jedem Eingreifen abzusehen, weil sie englische Staatsangehörige sind. Ein anderer Fall ist der, daß die Missionäre die Staatsangehörigkeit einer der südafrikanischen Republiken angenommen haben, und auch in diesen Fällen war es nicht möglich, unsererseits einzugreifen. So haben wir auch in dem einen Falle nicht in dieser Weise wirken können. Eine dritte Kategorie sind die Missionäre, welche zwar die deutsche Reichsangehörigkeit besessen, sie aber jetzt verloren haben; auch da ist ein Einschreiten nicht mehr zulässig. Was die deutschen Reichsangehörigen selbst betrifft, so sind zu unserer Kenntnis nur zwei Fälle gelangt, in denen Missionäre von den Engländern gefangen genommen sind; von dem einem wird behauptet, daß er im Einverständnis mit den Buren stand. Da sind von unserer Botschaft in London Vorstellungen gemacht worden, und der Missionär ist nach sechs Wochen Haft gegen Ehrenwort freigegeben worden. Die Zeitungen haben in letzter Zeit noch von einem anderen Missionär gesprochen; wir wissen nicht, ob es ein Reichsangehöriger ist; jedenfalls ist er aber wieder frei. Endlich handelt es sich noch um eine Kategorie, die in den sogenannten Flüchtlingslagern sind, das sind nicht Gefangenenlager, sondern diese Lager stellen eine Maßnahme dar, von der ganze Bevölkerungskreise ergriffen werden. Die englischen Behörden führen diese auf militärische Gründe zurück; das ist ja schwer zu entscheiden, aber in vielen Fällen ist ungerecht verfahren worden. Es sind infolgedessen Schäden entstanden, die hätten vermieden werden können. Wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß verhütet wird, was irgendwie verhütet werden kann. Jetzt befinden sich nur noch einige wenige Missionäre in den Flüchlingslagern. Hienach muß gesagt werden, daß wir das Unsrige gethan haben. Unbequemlichkeiten und Härten sind mit jedem Kriege verbunden und sie müssen von denen getragen werden, die in der Nähe des Kriegsschauplatzes sind. Wie aber den aus Transvaal ausgewiesenen Deutschen Entschädigungen gezahlt werden, so hoffe ich, daß auch die Sache der Missionäre befriedigend erledigt wird.

8. Mai. (Bayern.) **Die Prinzessin Rupprecht wird von einem Prinzen entbunden.**

8. Mai. (Reichstag.) **Annahme eines Antrages auf Diätenzahlung an die Abgeordneten.**

Die Kommission, die einen vom Zentrum eingebrachten Antrag auf Diätenzahlung beraten hat, schlägt folgenden Gesetzentwurf vor: „Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus Reichsmitteln während der Legislaturperiode und zwar, so lange der Reichstag versammelt ist, sowie acht Tage vor der Eröffnung und acht Tage nach Schluß desselben freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit in Berlin Anwesenheitsgelder in Höhe von 20 Mark für den Tag. Der Anwesenheit in Berlin steht es gleich, wenn der Abgeordnete durch Arbeiten für den Reichstag verhindert ist, in Berlin anwesend zu sein. Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagegelder abgerechnet, welche ein Mitglied des Reichstags in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtags für dieselbe Zeit bezieht. Die näheren Bestimmungen erläßt der Präsident des Reichstages."

Abg. v. Levetzow (kons.) ist gegen den Antrag, weil er das Niveau des Reichstages verschlechtern werde, während Abg. Bassermann (nl.)

Marinemannschaften 155. Leicht oder schwer verwundet wurden: a) von den Schiffen des Kreuzergeschwaders: „Hansa“ 24, „Hertha“ 22, „Kaiserin Augusta“ 15, „Iltis“ 11, „Gefion“ 11 und „Irene“ 1 Mann; b) bei den Marineteilen am Lande: 3. Seebataillon 47 und bei der Marine-Feldbatterie 1 Mann. Die Gesamtzahl der Verwundeten beträgt mithin 132 Mann. Die chinesischen Ereignisse haben nach den auf amtlichem Material beruhenden Angaben im ganzen somit 287 Opfer von der Flotte gefordert.

Mai. Juni. Auf den deutschen Technischen Hochschulen macht sich unter den Studierenden eine Bewegung geltend, die die Zulassung von Ausländern einschränken will. Insbesondere wird verlangt, daß von den Ausländern dieselbe Vorbildung wie von den Deutschen gefordert werde.

1. Juni. (Potsdam.) Der Kaiser verleiht der Königin von Holland den Luisenorden mit der Jahreszahl 1813/14 und dem Prinzen Heinrich der Niederlande den Schwarzen Adlerorden.

1. Juni. (Württemberg.) Die Regierung fordert vom Landtage 21 Millionen Mark für Bahnzwecke.

Anfang Juni. Stiftung einer China-Denkmünze.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine vom 10. Mai, vom dreißigsten Jahrestage des Frankfurter Friedens, aus Straßburg datierte Urkunde des Kaisers, betreffend die Stiftung einer Denkmünze für die an den kriegerischen Ereignissen in Ostasien beteiligt gewesenen deutschen Streitkräfte. Verliehen wird eine Denkmünze aus Bronze und eine aus Stahl. Die Denkmünze aus Bronze erhalten: a) alle Offiziere, Sanitätsoffiziere, Zeug- und Feuerwerksoffiziere, Marineingenieure, Beamte und Mannschaften der nach Ostasien entsandten oder bei Beginn der kriegerischen Ereignisse dort bereits anwesenden deutschen Streitkräfte. b) Alle Personen nicht-chinesischer Nationalität, welche zur Zeit der kriegerischen Ereignisse der Gesandtschaft in Peking oder dem Konsulat in Tientsin angehört haben und zu dieser Zeit in Peking oder Tientsin anwesend gewesen sind, desgleichen die Mitglieder der deutschen Schutzwachen in Peking und Tientsin, welche bei den Ereignissen thätig geworden sind. c) Die Mitglieder der freiwilligen Krankenpflege, welche als solche von dem Kommissar und Militärinspektor der freiwilligen Krankenpflege legitimiert und die während der Dauer der kriegerischen Ereignisse auf den Gefechtsfeldern oder in den in Ostasien errichteten Kriegs- und Feldlazaretten oder auf Lazaretschiffen thätig gewesen sind. Zur Verleihung der Denkmünze aus Stahl können dem Kaiser vorgeschlagen werden: a) diejenigen Angehörigen der Armee und Marine, sowie alle diejenigen Personen, welche an den Vorbereitungen zur Aufstellung und Entsendung der ostasiatischen Streitkräfte oder während der Dauer der kriegerischen Ereignisse in außergewöhnlicher, besonders anerkennenswerter Weise im Interesse der nach Ostasien entsandten Truppen thätig gewesen sind. b) Angehörige der Besatzungen derjenigen Schiffe deutscher Reedereien, welche ausschließlich zu dem Zwecke gechartert waren, Truppen und Kriegsbedarf nach Ostasien oder von dort nach der Heimat zu befördern.

1. Juni. Eine kaiserliche Verordnung (vom 9. Mai) über Ehrengerichte der Sanitätsoffiziere der Armee tritt in Kraft. —

Brennereien schützen und zur Verminderung des Trinkbranntweins beitragen. Abg. Speck (Z.) ist gegen das Gesetz; die Regelung der Frage müsse den Einzelstaaten überlassen bleiben. Abg. Wurm (Soz.): Das Gesetz stelle eine Liebesgabe für eine kleine Schicht auf Kosten der Massen dar. Abg. v. Wangenheim (kons.): Das Gesetz werde den Kartoffelbau befördern und damit dem Wohle der Arbeiter dienen. — Der Entwurf wird an eine Kommission verwiesen.

24. April. (Preußen.) Immatrikulation des Kronprinzen in der juristischen Fakultät der Universität Bonn in Anwesenheit des Kaisers.

Der Kaiser hält auf einem Festkommers der Studentenschaft folgende Rede:

Es bedarf wohl für Sie, Meine lieben jungen Kommilitonen, nicht besonderer Erwähnung oder Betonung, welche Gefühle Mein Herz durchzittern, wenn Ich Mich in dem lieben Bonn wieder unter Studenten finde. Es entrollt sich vor Meines Geistes Augen das herrlich schimmernde Bild voll Sonnenscheins und glücklicher Zufriedenheit, welche die Zeit Meines Hierseins damals erfüllte. Freude an dem Leben, Freude an den Leuten, Alt wie Jung, und vor allem Freude am eben erstarkenden jungen Deutschen Reiche! So ist denn auch der Wunsch, der Mich vor allem jetzt erfüllt, in dem Augenblick, da Ich Meinen Sohn in Ihre Mitte reihe, daß ihm eine ebenso glückliche Studentenzeit beschieden sein möge, wie sie Mir einst geworden. Und wie sollte das auch anders möglich sein, ist doch Bonn, die liebliche Stadt, so gewöhnt an das Treiben lebensfroher Jünglinge, und von Natur wie dazu geschaffen, findet doch der Kronprinz Erinnerungen an seinen herrlichen Großvater, der nimmer Bonns vergessen konnte! Sein gütiges Auge leuchtete, wenn der Name der ihm so lieb gewordenen Stadt genannt wurde. An seinen Urgroßvater, den edlen Prinzgemahl, Lebensgefährten jener jetzt verklärten königlichen Frau, die stets ein friedliches und freundliches Verhältnis zwischen ihrem und unserem Volke angestrebt hat, die ja beide germanischen Stammes sind, und an so manchen anderen edlen Fürsten, der hier seine Vorbereitung für seinen späteren Beruf durchlaufen hat. Aber weiter noch: Bonn liegt ja am Rhein! Da wachsen unsere Reben, ihn umschweben auch andere Sagen; da redet jede Burg und Stadt von der Vergangenheit. Der Vater Rhein mit seinem Zauber soll auch auf den Kronprinzen und Sie seine Wirkung üben. Und wenn der Becher fröhlich kreist und ein frisches Lied erschallt, dann soll Ihr Geist sich voll des schönen Augenblicks erfreuen und darin aufgehen, wie es lebensmutigen deutschen Jünglingen ziemt. Doch die Quelle, aus der Sie die Freude schöpfen, sie sei rein, lauter, wie der goldene Saft der Reben, sie sei tief und nachhaltig wie Vater Rhein! Blicken wir umher im sonnigen Rheinland, da steigt vor uns unsre Geschichte in greifbarer Gestalt empor! Ja, freuen sollen Sie sich, daß Sie junge Deutsche sind, beim Durchziehen der Strecke von Aachen bis Mainz, das heißt von Carolus magnus bis zur Glanzzeit Deutschlands unter Barbarossa! Aber warum ward nichts aus all der Herrlichkeit? Warum sank das Deutsche Reich dahin? Weil das alte Reich nicht auf streng nationaler Basis begründet war. Der Universalgedanke des alten Römischen Reichs deutscher Nation ließ die Entwicklung in deutschnationalem Sinne nicht zu. Das Wesen der Nation ist die Abgrenzung nach außen, die Persönlichkeit eines Volkes, seiner Rasseneigentümlichkeit entsprechend. So mußte Barbarossas Glanz erbleichen und des alten Reiches Bestand zerfallen, weil

es durch seinen Universalismus aus dem Krystallisationsprozeß zur Nation gehindert ward, und zwar zur Nation im ganzen. Denn es krystallisierten sich kleinere Kerne in Form starker Fürstentümer und gaben den Grundstock für das neue Staatengebilde ab. Aber dadurch mußten sie und ihre Oberhäupter leider in Konflikt mit dem dem Universalismus dienenden Kaiser und Reich gelangen und ging der innere Friede dem stets schwächer werdenden Reiche verloren. Leider muß auch über diese Entwicklungsphase unseres deutschen Volkes das schwerwiegende Wort des großen Kenners Germaniens, Tacitus, geschrieben werden: „Propter invidiam!“ Die Fürsten neideten den Kaisern ihre Macht, wie einst dem Arminius, trotz seines Sieges. Der Adel neidete die reich gewordenen Städte und der Bauer den Adel. Was für unselige Folgen, welch schweres Unheil hat unser liebes, schönes Deutschland propter invidiam erlitten! Davon können die Gestade des Vater Rheins etwas erzählen. Nun, was damals nicht gelang, Gott gab es Einem zu vollbringen! Aachen und Mainz sind uns historische Erinnerungen. Aber das Sehnen nach dem Zusammenschluß zu einer Nation blieb in des Deutschen Busen und Kaiser Wilhelm I. vollbrachte es im Verein mit seinen treuen Dienern. Drum nach Koblenz aufs Deutsche Eck den Blick und nach Rüdesheim zum Niederwald! Die Bilder lehren und beweisen Ihnen, daß Sie jetzt Germanen sind im deutschen Land, Bürger einer streng begrenzten deutschen Nation, an deren Heil und Entwicklung in der Zukunft mitzuarbeiten Sie alle zur Vorbereitung hier sind. Herrlich emporgeblüht steht das Reich vor Ihnen; Freude und dankbare Wonne erfülle Sie, und der feste, mannhafte Vorsatz, als Germanen an Germanien zu arbeiten, es zu heben, zu stärken und zu tragen, durchglühe Sie. Die Zukunft erwartet Sie und wird Ihre Kräfte gebrauchen, aber nicht, um sie in kosmopolitischen Träumereien zu verschwenden oder sie in den Dienst einseitiger Parteitendenzen zu stellen, sondern um die Festigkeit des nationalen Gedankens und um unsere Ideale zu pflegen. Gewaltig sind die Geistesheroen, welche der Stamm der Germanen durch Gottes Gnade hat hervorbringen dürfen, von Bonifatius und Walther von der Vogelweide bis auf Goethe und Schiller, und sie sind zum Licht und Segen der ganzen Menschheit geworden. Sie wirkten „universal“ und waren doch streng in sich selbst abgeschlossene Germanen, d. h. Persönlichkeiten, Männer! Die brauchen wir auch heute mehr als je! Mögen Sie auch dahin streben, solche zu werden! Wie soll das aber möglich sein, wer soll Ihnen dazu verhelfen? Nur Einer, dessen Namen wir alle tragen, der unsere Sünden getragen und ausgetilgt, der uns vorgelebt und gearbeitet hat wie wir arbeiten sollen: unser Heiland und Herr, der pflanze den sittlichen Ernst in Sie, daß Ihre Triebfedern stets lauter und Ihre Ziele stets hehre seien! Die Liebe zu Vater und Mutter und zum Vaterlande wurzelt in der Liebe zu Ihnen! Dann werden Sie gefeit gegen die Verlockungen jeder Art, vor allem gegen Eitelkeit und Neid, dann können Sie singen und sagen: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf dieser Welt.“ Dann werden wir auch fest und kulturspendend in der Welt dastehen, und Ich werde ruhig Meine Augen schließen, sehe Ich eine solche Generation um Meinen Sohn geschart heranwachsen; dann Deutschland, Deutschland über Alles! In dieser Zuversicht rufe ich! „Es lebe die Universität Bonn!“

24. April. (Reichstag.) Erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Übernahme einer Garantie des Reichs in Bezug auf eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro.

Durch den Gesetzentwurf übernimmt das Reich die Garantie für

eine dreiprozentige Verzinsung des Anlagekapitals bis zur Höhe von 24 Millionen Mark.

Reichskanzler Graf Bülow: Wenn die verbündeten Regierungen die Zustimmung des hohen Hauses zu dem vorliegenden Gesetzentwurf erbitten, so gehen sie dabei von der Voraussetzung aus, daß die Frage, ob eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro auf Reichskosten gebaut werden soll, unter Zuziehung von Privatkapital, erst in zweiter Linie steht, daß es heute einzig und allein darauf ankommt, daß die Bahn überhaupt gebaut und der Anfang damit um kein weiteres Jahr hinausgeschoben wird. Wenn es der deutschen Verwaltung in langer und angestrengter Arbeit gelungen ist, in dem Schutzgebiet von Deutsch-Ostafrika Ruhe und Ordnung herzustellen, so steht der wirtschaftlichen Erschließung des Schutzgebietes der völlige Mangel an Verkehrseinrichtungen hemmend und erschwerend im Wege. Diesem Mangel kann aus klimatischen Rücksichten durch Anlegung von Straßen nicht abgeholfen werden. Die einzige Möglichkeit der Verkehrserleichterung für Deutsch-Ostafrika und namentlich für die wirtschaftliche Entwicklung, ich darf ohne Uebertreibung sagen: für die wirtschaftliche Rettung von Deutsch-Ostafrika liegt in dem Bau von Eisenbahnen. Damit ist auch das einzige Mittel gegeben, das Schutzgebiet finanziell allmählich auf eigene Füße zu stellen. An die Stelle des bisherigen Trägersystems muß ein anderes Verkehrsmittel treten, auch für den Handel der Seedistrikte, der andernfalls auf das englische Uganda-Gebiet im Norden und auf den Nyassa-See im Süden abgelenkt werden würde, wenn wir mit der Bahn noch länger warten wollten; sonst würden die Häfen von Deutsch-Ostafrika dem Rückgang verfallen, während sich im Norden und an der Sambesi-Mündung andere Handelsplätze entwickeln. Die verbündeten Regierungen sehen unter diesen Umständen in dem Bau von Eisenbahnen ein unabweisbares Bedürfnis des Schutzgebietes; sie sind aber weit davon entfernt, sich schon heute mit weiter gehenden Plänen hinsichtlich einer größeren, das Schutzgebiet durchquerenden Eisenbahnlinie zu tragen. Sie verfolgen nur den Zweck, die nur 230 Kilometer lange Strecke von Dar-es-Salaam nach Mrogoro sicher zu stellen. Es soll das nicht zu weit von der Küste gelegene Nruguru und das dazwischen liegende fruchtbare Terrain erschlossen werden. Hiebei können sich die verbündeten Regierungen für die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Bahnstrecke auf die Autorität aller Kenner des Landes berufen, auch derjenigen, die sich gegen weitergehende Bahnprojekte ausgesprochen haben. Es wird der Bau dieser verhältnismäßig kurzen Bahnstrecke auch den Vorteil haben, eine Klarheit herbeizuführen in Bezug auf die Rentabilität und die Frage, ob und in welcher Richtung die Bahn weiter zu führen sein wird. Inzwischen aber übernimmt das Haus mit der Annahme der Vorlage keine anderen Verbindlichkeiten als diejenigen, die im Gesetzentwurf zum Ausdruck gelangt sind. Was nun die Abmachung mit den Banken angeht, welche diesem Gesetz beigefügt worden ist, so sind die verbündeten Regierungen der Ansicht, daß es gelungen ist, einen angemessenen Ausgleich zu finden zwischen den Interessen und den Verpflichtungen des Reiches und zwischen der Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung des geplanten Bahnbaues und einer Unterlage für die weitere parlamentarische Behandlung der Angelegenheit. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß dieses Haus durch die Annahme der Vorlage die wirtschaftliche Erschließung und die wirtschaftliche Entwicklung und Zukunft unsres ostafrikanischen Schutzgebietes sicherstellen wird. (Beifall.)

Abg. Richter (fr. Vp.): Die Vorlage sei eine sonderbare Zumutung. Das Reich habe den Bahnbau abgelehnt, dafür würden nur noch größere

weiler-St. Wendel-Meisenheim wird Geh. Bergrat Prietze (nl.) mit 15 724 Stimmen gegen Fuchs (Z.) mit 14 952 Stimmen gewählt.

14. Juni. (Württemberg.) Die Kammer der Standesherren genehmigt einstimmig einen Antrag für Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Württembergs in der Verwaltung seiner Eisenbahnen und gegen etwaiges Aufgeben dieser Selbständigkeit durch Beitritt zur preußisch-hessischen Gemeinschaft. Dagegen wünscht die Kammer ein Reichseisenbahngesetz und die Verwirklichung des Artikels 42 der Reichsverfassung.

15. Juni. (Sachsen.) Justizminister Dr. Schurig, 67 Jahre alt, †. — Sein Nachfolger wird der Generalstaatsanwalt Dr. Rüger.

16. Juni. (Berlin.) In Gegenwart des Kaisers wird das Bismarck-Denkmal enthüllt. Der Reichskanzler Graf Bülow hält dabei folgende Rede:

Am Abend des Lebens äußerte Bismarck, er sei Gott dankbar, daß es ihm vergönnt gewesen sei, seinen Namen dauernd in die Rinde der deutschen Eiche einzuschneiden. Heute, wo wir sein Nationaldenkmal in der Reichshauptstadt enthüllen, ist unter denen, die mich hier umgeben, ist im ganzen deutschen Volke niemand, der nicht fühlte und wüßte, daß die Spuren der Erdentage des Eisernen Kanzlers nicht untergehen, und daß die Bewunderung und Dankbarkeit für ihn nicht aufhören werden, solange ein deutsches Herz schlagen, ein deutscher Mund reden und eine deutsche Faust sich ballen wird. Dieses Bewußtsein ist heute stärker, lebendiger und klarer als in den Tagen, wo Bismarck unter uns weilte. Denn Fürst Bismarck war nicht wie sein gleich unvergeßlicher Nebenmann, Feldmarschall Moltke, der still im reinen Aether unpersönlicher Betrachtung kreisende Aar, er war eine Löwennatur, er stand auf der Erde im Staube des Kampfes und hat bis zuletzt nicht aufgehört, mit Leidenschaft zu kämpfen. Und Kampf bringt berechtigte Gegnerschaft, ungerechte Verkennung, ehrliche Feindschaft und blinden Haß. Der Haß aber, hat Perikles vor 2000 Jahren gesagt am Grabe der für ihre Altäre gefallenen Athener, ist von kurzer Dauer, unvergänglich jedoch ist der Ruhm. Nachdem sich der Staub des Kampfes verzogen hat, leuchtet uns nur die Erinnerung an die ruhmreichen Thaten und die unvergleichliche Persönlichkeit. So wird der gigantische Schatten des Fürsten Bismarck wachsen, je weiter der Lebenstag des deutschen Volkes vorrückt und je mehr das nationale Urteil ausreift. Auf märkischer Scholle, im Herzen Preußens geboren, ist Otto v. Bismarck in den Mauern der Stadt Berlin aufgewachsen. Den Garten der Plamann'schen Erziehungsanstalt, dicht dort am unteren Ende der Wilhelmstraße gelegen, hat er nachmals die Geburtsstätte seiner Luftschlösser genannt. Hinter dem Bretterzaun dieses Gartens zeigte dem Knaben die Phantasie die ganze bunte Erde mit den Wäldern und Burgen und allen Erlebnissen, die seiner warteten, die ganze weite Welt, die dieser Knabe dereinst umgestalten sollte, als er nach einem Menschenalter in die Wilhelmstraße zurückkehrte, und die größte Epoche der deutschen Geschichte begann. Nachdem er unter und mit Kaiser Wilhelm dem Großen in gewaltiger Energie das Reich aufgerichtet hatte, sicherte er diesem und der Welt in ebenso seltener Mäßigung und Selbstbeherrschung den Frieden. Er hat, um mit Fichte

zu reden, das deutsche Volk aus dem Gröbsten herausgehauen, er hat, um mit seinen eigenen Worten zu reden, das deutsche Volk in den Sattel gehoben, was vor ihm keinem geglückt ist. Er hat ausgeführt und vollendet, was seit Jahrhunderten das Sehnen unseres Volkes und das Streben unserer edelsten Geister gewesen, was Ottonen und Salier und Hohenstaufen vergeblich angestrebt, was den 1813 Kämpfenden als damals nicht erreichter Siegespreis vorschwebte, und wofür eine lange Reihe von Märtyrern der deutschen Idee gekämpft und gelitten hatten. Und er ist gleichzeitig der Ausgangspunkt und Bahnbrecher der neuen Zeit für das deutsche Volk geworden. In jeder Hinsicht stehen wir auf seinen Schultern, aber nicht in dem Sinne, als ob es vaterländische Pflicht wäre, alles zu billigen, was er gesagt und gethan hat — nur Thoren oder Fanatiker werden behaupten wollen, daß Fürst Bismarck niemals geirrt habe — und auch nicht in dem Sinne, als ob er Maximen aufgestellt hätte, die nun unter allen Umständen, in jedem Falle und in jeder Lage blindlings anzuwenden seien. Starre Dogmen gibt es weder im politischen noch im wirtschaftlichen Leben und gerade Fürst Bismarck hat von der Doktrin nicht viel gehalten. Aber was uns Fürst Bismarck gelehrt hat, ist, daß nicht persönliche Liebhabereien, nicht populäre Augenblicksströmungen, noch graue Theorie, sondern nur das wirkliche und dauernde Interesse der Volksgemeinschaft, die salus publica, die Richtschnur einer vernünftigen und sittlich berechtigten Politik sein darf. Was uns sein ganzes Leben zeigt, ist, daß ein Mensch ein Schiff lenken kann, das auf dem Strome fährt, aber nicht den Strom selbst, daß wir, wie Bismarck sich ausgedrückt, die großen Dinge nicht machen, aber den Lauf der Dinge beobachten und das, was dieser Lauf zur Reife gebracht, sichern können, mit anderen Worten: daß es in der Politik darauf ankommt. in jedem Augenblick die Grenzen des Erreichbaren deutlich zu erkennen, an die Erreichung des zu Nutz und Frommen des Landes Erreichbaren aber alles zu setzen. Keine Partei kann Bismarck für sich allein mit Beschlag belegen, aber jede soll trotz der Gegensätze in dieser oder jener Frage vor diesem Toten den Degen senken. Er gehört der ganzen Nation, er ist nationales Eigentum. Er ist auf politischem Gebiete und im Reiche der That für uns geworden, was Goethe im Reiche der Geister, auf dem Gebiete der Kunst und Litteratur für uns gewesen. Auch er hat, wie Schiller von Goethe sagte, „die Schlange erdrückt, die unsern Genius umschnürte“. Goethe hat uns auf dem Gebiete der Bildung geeinigt, Bismarck uns politisch Denken und Handeln gelehrt, und wie Goethe immer als Stern an unserem geistigen Himmel steht, ist Bismarck uns eine Gewähr dafür, daß eine Nation die Gleichberechtigung mit anderen Völkern und das Recht auf Einheit und Selbständigkeit der Macht niemals aufgeben kann. Er hat uns ein Beispiel gegeben, wie wir auch in schwierigen und verworrenen Zeiten nicht verzagen dürfen. Er lehrte uns, uns selbst treu zu bleiben, und gab uns Unternehmungsgeist, Selbstbewußtsein und Leben. In ihm kann sich die Nation, wie in einem Spiegel, selbst beschauen, denn er war vor allem ein Deutscher im vollsten Sinne des Wortes. Er ist nur auf deutschem Boden denkbar und nur für den Deutschen ganz verständlich. Dort vor uns liegt die Siegesallee; wenn diese Straße von Askaniern und Nürnberger Burggrafen bis zum großen deutschen Kaiser führt, so verdanken wir dies in erster Linie dem Genie des Mannes, dessen Bild in Erz jetzt vor unseren Blicken sich enthüllen soll, seiner Ausdauer, seinem heldenhaften Muthe, seiner Klugheit und seiner Arbeit für die Dynastie, die aus dem Süden Deutschlands zu uns kam, um von hier aus Nord und Süd für immer zu verbinden. Sein Werk ist so beschaffen, daß es ihn überleben kann. In der Mitte Europas gelegen, sind wir darauf

angewiesen, immer en vedette zu sein, aber stark genug, unsere Unabhängigkeit nach jeder Seite zu behaupten. Von Gegensätzen durchzogen in politischer, wirtschaftlicher und konfessioneller Beziehung, wird es uns nie an inneren Kämpfen fehlen, aber sie werden nicht mehr im stande sein, den Reif zu sprengen, der vor 30 Jahren geschmiedet wurde. Exegit monumentum aere perennius! So möge denn des großen Mannes Name als Feuersäule vor unserem Volk herziehen in guten und schweren Tagen! Möge sein Geist immer mit uns sein, mit uns und unserer Fahnen Flug! Möge unser deutsches Volk seiner großen Zukunft in Frieden und Freiheit, in Wohlfahrt und Stärke entgegengehen unter Führung des glorreichen Hohenzollernhauses, auf dessen Schultern die Zukunft der Nation ruht. In solcher Hoffnung und in solcher Gesinnung wollen wir vor diesem Standbild, das ich im Namen des Reiches hiemit übernehme, einstimmen in den Ruf: Seine Majestät der Deutsche Kaiser, die deutschen Fürsten und unser geliebtes deutsches Vaterland, sie leben hoch, nochmals hoch, immerdar hoch!

Nachdem der Kaiser den Kranz niedergelegt hatte, beglückwünschte er Professor Begas und reichte dem Reichskanzler die Hand. Dann trat er auf den Fürsten Herbert Bismarck zu und unterhielt sich längere Zeit mit ihm, wobei er ihm mitteilte, daß er ihm die Uniform der Garde-Dragoner verliehen habe. Auch die Kaiserin trat hinzu. Ferner wurden der Präsident des Reichstags, Graf v. Ballestrem, der greise Staatsminister Delbrück und Geheimer Rat v. Levetzow von den Majestäten angesprochen. Es folgte ein Rundgang um das Denkmal, bei dem Professor Begas die Kaiserin geleitete und der Kaiser mit dem Fürsten Bismarck folgte. Weiter schlossen sich die Fürstlichkeiten und die Umgebung an. Während die Majestäten dann unter den Pavillon zurückkehrten und viele der Anwesenden ins Gespräch zogen, legten Deputationen Kränze am Fuße des Denkmals nieder, wo sie sich zu Bergen auftürmten. Nachdem die Ehrenkompagnie defiliert hatte, brachte Graf Ballestrem ein Hoch auf den Kaiser aus, das donnernden Widerhall fand. Von den Mitgliedern des Reichstags waren etwa 200 erschienen, auch das Bureau des Reichstags nahm teil.

Die Rede wird lebhaft besprochen und findet außer in der sozialdemokratischen Presse Beifall. In einigen Zeitungen wird bemängelt, daß der Kaiser nicht gesprochen hat und daß für die Truppen zur Einweihung nicht große sondern kleine Uniform befohlen worden ist.

17. Juni. (Berlin.) Der Kunsthistoriker Professor Herman Grimm, 73 Jahre alt, †. (Vergl. „Deutsche Rundschau" Jahrg. 1901).

17. Juni. (Berlin.) Vertreter des Reiches, der Bundesstaaten und der österreichischen Regierung beraten unter Vorsitz des Kultusministers Studt über eine einheitliche deutsche Rechtschreibung.

18. Juni. (Cuxhaven.) Der Kaiser nimmt teil an einer Regatta auf der unteren Elbe und erwidert auf die Ansprache des Bürgermeisters von Hamburg, Mönckeberg:

Für die beredten Worte Euerer Magnificenz sage Ich Ihnen Meinen herzlichsten Dank. Ich spreche Ihnen und allen Meinen Kameraden auf dem Wasser Meine Freude aus, daß es Mir vergönnt ist, unter Ihnen wieder einmal als Teilnehmer an den Wettfahrten des Norddeutschen Regattavereins zu erscheinen. Seine Magnificenz hat uns in kurzer und

markiger Ansprache ein Bild der Entwickelung unseres Vaterlandes auf dem Gebiete des Wassersports und seiner Beziehungen zum Auslande im letzten Jahre in so trefflicher Weise geschildert, wie es besser und schöner nicht geschehen konnte. Meine ganze Aufgabe für die Zukunft wird sein, daß das, wozu jetzt die Keime gelegt worden sind, auch in Ruhe und Sicherheit aufsprießen kann. Wir haben uns, trotzdem wir noch keine Flotte haben, so wie sie sein sollte, den Platz an der Sonne erkämpft. Es wird nun Meine Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß dieser Platz an der Sonne uns unbestritten erhalten bleibt, damit ihre Strahlen befruchtend wirken können auf den Handel und Wandel nach außen, die Industrie und die Landwirtschaft nach innen und auf den Segelsport in den Gewässern, denn unsere Zukunft liegt auf dem Wasser. Je mehr Deutsche auf das Wasser hinauskommen — sei es nun im Wettstreit des Segelsports, sei es auf der Reise über den Ozean oder im Dienste der Kriegsflagge — desto besser ist es für uns. Denn hat der Deutsche erst einmal gelernt, seinen Blick auf das Weite, Große zu richten, so verschwindet das Kleinliche, das ihn im täglichen Leben hin und wieder umfängt. Wenn man aber diesen hohen und freien Blick haben will, so ist wohl eine Hansastadt der geeignetste Standpunkt dafür; und was wir vorher aus der Geschichte unserer Entwickelung vernommen haben, ist doch wohl weiter nichts, als was Ich schon einmal hervorgehoben, als Ich Meinen Bruder hinaussandte auf die ostasiatische Station: Wir haben die Konsequenzen gezogen aus dem, was Kaiser Wilhelm der Große, Mein unvergeßlicher Großvater, und der große Mann, dessen Denkmal wir soeben enthüllt haben, als ihre Schöpfung uns hinterlassen haben. Die Konsequenzen bestehen darin, daß wir dort einsetzen, wo in alter Zeit die Hansa hat aufhören müssen, weil die belebende und beschützende Kraft des Kaisertums fehlte. So möge es denn nun die Aufgabe Meines Hauses sein, bis auf lange Jahre hinaus in tiefem Frieden Handel und Wandel zu fördern und zu schützen. Ich erblicke in den Ereignissen, die sich in China abgespielt haben und die in der jetzigen Heimkehr der Truppen ihre Beendigung finden, eine Gewähr dafür, daß der europäische Friede auf lange Jahre gesichert ist, denn die Leistungen der einzelnen Kontingente haben eine auf gegenseitiger Hochachtung und Kameradschaftlichkeit basierende Beurteilung hervorgerufen, die nur zum Bestande des Friedens beitragen kann. In diesem Frieden werden aber, so hoffe Ich, unsere Hansestädte blühen und unsere neue Hansa wird ihre Bahnen ziehen und ihre neuen Absatzgebiete erkämpfen und erwerben; und da kann Ich Mich als Oberhaupt des Reiches nur über jeden Hanseaten — mag er nun Hamburger, Bremer oder Lübecker sein — freuen, welcher hinausgeht und mit weitem Blick neue Punkte sucht, wo wir einen Nagel einschlagen können, um unser Rüstzeug daran aufzuhängen. Deswegen glaube Ich wohl aus Ihrer aller Herzen zu sprechen, wenn Ich mit Dank anerkenne, daß der Direktor dieser Gesellschaft, welcher dieses wunderbare Schiff, nach dem Namen Meiner Tochter getauft, uns heute zur Verfügung gestellt hat, als kühner Unternehmer der Hansa hinausgegangen ist, um für uns friedliche Eroberungen zu machen, Eroberungen, deren Früchte dereinst unsere Enkel einheimsen werden. In der freudigen Hoffnung, daß dieser unternehmende hanseatische Geist sich immer weiter ausbreiten möge, erhebe Ich Mein Glas und bitte alle diejenigen, welche Meine Kameraden auf dem Wasser sind, mit Mir einzustimmen in ein Hoch auf den Segelsport und den hanseatischen Geist.

19. Juni. (**Württemberg.**) Die Abgeordnetenkammer genehmigt mit 58 gegen 13 Stimmen einen Antrag auf Einrichtung

von Landwirtschaftskammern. Die Regierung erwartet wenig Nutzen von den Landwirtschaftskammern.

20. Juni. (Kiel.) Der Kaiser enthüllt ein Denkmal des Großen Kurfürsten und hält dabei folgende Rede:

Zerstampfte Saaten, verwüstete Fluren, niedergebrannte Dörfer, Krankheit, Not und Elend, so sah es in der sandigen Mark aus, als der im ersten Jünglingsalter stehende junge Kurprinz durch den plötzlichen Tod seines Vaters an die Spitze der Regierung berufen wurde. Fürwahr keine beneidenswerte Erbschaft; eine Aufgabe, die eines gereiften, ausgewachsenen, mit allen Verhältnissen vertrauten Mannes bedurft hätte und für ihn fast zu schwer gewesen wäre. Unverzagt trat der Jüngling an diese Aufgabe heran, und mit wunderbarer Geschicklichkeit gelang es ihm, dieselbe zu lösen. Mit eiserner Energie, das Ziel vor Augen, das er sich einmal gesetzt hatte, durch nichts sich ablenken lassend, hat der Kurfürst sein Land emporgehoben und gestärkt, seine Bevölkerung wehrhaft gemacht, seine Grenzen vom Feinde gesäubert und sich bald eine solche Position erworben, daß ihm die Mitwelt und zumal seine Gegner noch bei seinen Lebzeiten den Beinamen „der Große" gegeben haben, ein Beinamen, der sonst nach einem schweren, verantwortungsvollen Leben dem Herrscher nach dem Tode von seinem dankbaren Volke beigelegt wird. Und dieser Jüngling, der zum gewaltigen Mann ausreifte, der sein Land in dieser schweren Arbeit aufgerichtet hatte, war der erste Fürst, der auf die See hinaus wies, war der Begründer der brandenburgischen Flotte. Da ist es wohl eine Ehrenpflicht, wenn die deutsche Flotte sein Standbild unter sich aufrichtet und wenn Offiziere und Mannschaften derselben an dem Anblick dieses Standbildes sich erbauen und in ihren Gesinnungen sich festigen lernen. Gott hat es also gefügt, daß der Kurfürst in den Niederlanden seine Jugend verbrachte und die Arbeit, den Fleiß, die Verbindungen nach außen und den Nutzen des Handels schätzen und pflegen lernte. Was er dort bei dem fleißigen, einfachen Volk der Seefahrer deutschen Stammes gelernt hat, das übertrug er auf sein Land, fürwahr in der damaligen Zeit ein ganz gewaltiger Entschluß, der bei seinen Unterthanen und bei seinen Zeitgenossen zuerst wohl kaum verstanden wurde. Die brandenburgische Flotte erblühte unter seinem gewaltigen Schutz und Willen, unter den Händen bewährter Niederländer, des Admirals Raule und seines Bruders. Allein nach dem Tode des Großen Kurfürsten sank auch seine Schöpfung dahin; es ward ihm nicht bestimmt und auch ihr nicht, die Früchte ihrer Arbeit zu ernten; die Nachfolger an der Krone mußten sich erst ihr Recht erkämpfen, in der Welt mitzureden und ihr Volk in ihren Grenzen in Frieden ungestört zu regieren. Das hatte zur Folge, daß der Blick von der See abgelenkt wurde, daß in heißem Ringen jahrhundertelang die Mark und Preußen zusammengeschweißt werden mußten. So entstand durch Gottes Fügung und durch die Arbeit der Nachfolger des Großen Kurfürsten, basierend auf dem gewaltigen Grund- und Eckstein, den er gelegt hatte, die Hausmacht, die das Haus Hohenzollern befähigt hat, das deutsche Kaisertum anzutreten, die Hausmacht, die dem Deutschen Kaiser gebührt, damit er in der Lage sei, mit kräftigem Nachdruck überall für des Reiches Wohlfahrt zu sorgen und mit seiner Flagge die Gegner in Respekt zu setzen. Aufgerichtet steht das Denkmal vor der Akademie. Die Jugend, der die Zukunft gehört, die Jugend, die die Früchte unserer Arbeit ernten soll, die die Samenkörner, die wir jetzt gelegt haben, dereinst aufziehen und die Ernte mähen soll, die Jugend soll ihre Blicke auf diesen Fürsten lenken und sich an ihm er-

bauen. Gottesfürchtig, streng, unerbittlich streng gegen sich selbst und gegen andere, fest vertrauend auf den Gott, von dem er sich seine Wege weisen ließ, unbekümmert um jeden Rückschlag, um jede Enttäuschung, die er in seinem Christensinne nur als eine Prüfung von oben ansah, so hat der Große Kurfürst gelebt und so sollt Ihr es nachthun. Der Hauptgrundsatz, der ihn befähigte, trotz aller Widerwärtigkeiten, trotz aller Rückschläge, trotz aller schweren Erfahrungen und Prüfungen niemals den Mut und die Hoffnung zu verlieren, das war der rote Faden, der sich durch sein Lebeu zog, der in seinem Wahlspruch sich äußerte: „Domine fac me scire viam, quam ambulem". So heiße es von den Deckoffizieren und Mannschaften Meiner Marine! So lange wir auf dem Grunde arbeiten, können wir unbekümmert jede schwere Phase der Entwickelung der Marine und unseres Vaterlandes, die uns Gottes Vorsehung vielleicht noch vorbehalten hat, überwinden. Das sei der Weg, den Ihr wandeln sollt, das sei der Grund, auf dem Meine Marine aufgebaut ist. Das befähige Euch, im Streite zu siegen und in Widerwärtigkeiten auszuhalten, bis die Sonne wieder durch das Gewölk hervorbricht. So übergebe Ich jetzt das Denkmal an die Marine-Akademie. Sie möge es hegen und pflegen und in Ehren halten, damit dereinst auch Charaktere aus ihr hervorgehen, die dem gleichen, der jetzt vor Euch stehen wird. Es falle die Hülle.

21. Juni. (Preußen.) Zur Abhilfe der infolge ungünstiger Frühjahrswitterung gesteigerten landwirtschaftlichen Notlage in den östlichen Provinzen trifft die Regierung folgende Maßregeln:

Zu dem Zwecke, den bedrängten Landwirten die ordnungsmäßige Fortführung der Wirtschaft zu ermöglichen, wurde die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Beschaffung von Saatgut, Futter, Streu- und Dungmitteln in Aussicht genommen. Die erforderlichen Beträge sollen als zinslose Darlehen gewährt werden, welche vom 1. Oktober ab, abzüglich 15 Prozent, welche für die Ausfälle berechnet werden, in fünf Jahren zurückzuzahlen sind. Ferner wurde vereinbart, daß die beteiligten Provinzialverwaltungen an der Hilfsaktion durch Bereitstellung eines mäßigen Fonds sich beteiligen, welcher in Form von baren Darlehen zur Ueberwindung besonderer Notlagen in Einzelfällen Verwendung finden soll. Der Finanzminister wies die Regierungen von Posen, Bromberg, Danzig und Marienwerder an, daß bei der Einziehung der direkten Staatssteuern die gebotene Rücksicht auf die bedrängte Lage der Steuerzahler genommen werden soll und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen Stundungen und Steuerermäßigungen in weitgehendem Maße zu bewilligen sind. In gleicher Weise wurde auch die Stundung von Rentengüterrenten in Aussicht genommen und eine Zentralgenossenschaftskasse seitens des Finanzministers empfohlen. Seitens des Landwirtschaftsministers wurde für die genannten Regierungsbezirke die Abgabe von Waldstreu und Futtermitteln aus den staatlichen Forsten zu halben Taxpreisen angeordnet. Zur Beschaffung von Saatgut, Futter und Streumitteln im Eisenbahnwege wurde für Posen und Westpreußen eine wesentliche Herabsetzung der Tarife angeordnet. Ferner sind für die diesjährigen Manöver in den betreffenden Provinzen weitgehende Erleichterungen in Aussicht genommen. („Berl. Korresp.")

24. Juni. (Leipzig.) Das Reichsgericht erklärt den Attentäter Weiland (S. 53) für unzurechnungsfähig und setzt ihn außer Verfolgung.

25. Juni. Es wird eine kaiserliche Verordnung über Umzugskosten und Fahrgelder der Reichsbeamten erlassen.

27. Juni. (Baden.) Der Ministerpräsident Dr. Nokk tritt zurück. Der Minister des Auswärtigen, v. Brauer, wird Ministerpräsident, der Oberstaatsanwalt Frhr. v. Dusch wird Präsident des Ministeriums für Justiz, Kultus und Unterricht.

29. Juni. (Preußen.) Es werden 45tägige Rückfahrkarten eingeführt. Der „Staats-Anzeiger" schreibt:

„Nachdem unter den deutschen Regierungen ein Einverständnis über die einheitliche Regelung der Personen- und Gepäcktarife der Eisenbahnen nicht erzielt ist, wird auf den preußisch-hessischen Staatsbahnen nunmehr eine Aenderung der Personentarife durchgeführt, die eine wesentliche Vereinfachung dieser Tarife zur Folge haben wird. Vom 4. Juli d. J. ab werden alle Rückfahrkarten zu den jetzigen regelmäßigen Preisen (d. h. dem anderthalbfachen Preise der Personenzugskarte) zwischen Stationen der preußisch-hessischen Staatsbahnen, die ausschließlich von diesen Bahnen bedient werden, eine Gültigkeit von 45 Tagen haben. Die Gültigkeit erlischt — wie jetzt schon bei den zusammengestellten Fahrscheinheften — zur Mitternacht des 45. Tages, so daß die Rückfahrt spätestens an diesem Tage beendet sein muß. Die Rückfahrkarten von kürzerer Gültigkeit zu ermäßigten Preisen (nach dem Harz, Thüringen u. s. w.) bleiben einstweilen bestehen, doch wird ihre Aufhebung baldthunlichst erfolgen; ebenso werden in Zukunft Sommerkarten auf den preußisch-hessischen Staatsbahnen nicht mehr ausgegeben und besondere Preisermäßigungen für Ausstellungen, Kongresse, Festlichkeiten u. dgl. nicht mehr gewährt werden. Da die königliche Staatsregierung besonderen Wert darauf legte, daß diese Verkehrserleichterung noch den zahlreichen Ferienreisenden zugute kommt, so ist ihre sofortige Durchführung beschlossen und sind Anweisungen an die Direktionen erteilt worden, daß vom 4. Juli an alle gewöhnlichen Rückfahrkarten, auf denen eine kürzere Geltungsdauer aufgedruckt ist, ohne Aenderung des Aufdruckes die verlängerte Gültigkeit besitzen."

Die übrigen Bundesstaaten treffen im Laufe der nächsten Wochen analoge Bestimmungen.

27./29. Juni. Automobilwettfahrt Paris—Berlin, vergl. Frankreich.

Ende Juni. (Preußen.) Der Kultusminister stellt in den neuen Lehrplänen für die höheren Schulen folgende Grundsätze für den Geschichtsunterricht auf:

Der Unterricht in den unteren Klassen hat die Aufgabe, die großen Heldengestalten der näheren und der ferneren Vergangenheit dem Herzen und der Phantasie des Knaben nahe zu bringen, seinen Gedankenkreis damit zu erfüllen und neben dem, was die biblischen Geschichten bieten, den ersten Grund für geschichtliche Auffassung und Betrachtung zu legen. In den folgenden Klassen bis Untersekunda muß neben der Darstellung der äußeren Vorgänge auch die Klarlegung der inneren Verhältnisse einen breiteren Raum einnehmen. Dabei kommt es auch darauf an, das Verständnis für den pragmatischen Zusammenhang der Ereignisse und für ein höheres Walten in der Geschichte, sowie die Fähigkeit zum Begreifen aus der Vergangen-

heit zu entwickeln. Namentlich wird den Schülern Anleitung zu geben sein, daß sie solche Erscheinungen des geistigen und wirtschaftlichen Lebens, die von wesentlichem Einfluß auf Volksentwickelung gewesen sind, genügend würdigen lernen. Besonders sichern Takt und große Umsicht in der Auswahl und Behandlung des einschlägigen Stoffes erheischt die für die oberen Klassen geforderte Belehrung über wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen in ihrem Verhältnis zur Gegenwart. Der von ethischem und geschichtlichem Geist getragene Unterricht hat hierbei einerseits auf die Berechtigung mancher sozialen Forderungen der Jetztzeit einzugehen, andererseits aber die Verderblichkeit aller gewaltsamen Versuche der Aenderung sozialer Ordnungen darzulegen. Je sachlicher er die geschichtliche Entwickelung des Verhältnisses der Stände untereinander und der arbeitenden Klassen insbesondere behandelt und den stetigen Fortschritt zum Besseren unter Vermeidung jeder Tendenz nachweist, um so eher wird es bei dem gesunden Sinn unserer Jugend gelingen, sie zu klarem und ruhigem Urteil über das Verhängnisvolle unberechtigter sozialer Bestrebungen der Gegenwart zu befähigen. Diese wirtschaftlichen Bestrebungen werden sich überall da in den Gang der Geschichte einflechten lassen, wo die Lösung sozialer Aufgaben und wirtschaftlicher Probleme versucht worden ist. Wo die Geschichte der letzten Jahrhunderte Anlaß bietet, die sozialpolitischen Maßnahmen der europäischen Kulturstaaten vor Augen zu führen, ist der Uebergang zur Darstellung der Verdienste unseres Herrscherhauses um die Förderung des Volkswohles bis in die neueste Zeit hinein von selbst gegeben.

1. Juli. (Preußen.) Der Kultusminister erläßt neue Lehrpläne für die Präparandenanstalten und Lehrerseminare.

Der Lehrplan der dreiklassigen Präparanden-Anstalt und der des dreiklassigen Seminars bilden ein organisches Ganze. Die Präparanden-Anstalt soll auf der Grundlage des in der Volksschule vermittelten Wissens die allgemeine Bildung der Zöglinge weiterführen; das Seminar hat diese Bildung zum Abschluß zu bringen und die für die Verwaltung eines Volksschulamtes erforderliche Fachbildung zu vermitteln. Von den Lehrstoffen, die bisher zu den Lehraufgaben der dritten und zweiten Seminarklasse gehörten, ist jetzt ein beträchtlicher Teil der Präparanden-Anstalt zugewiesen worden. Dadurch wird es im Seminar erleichtert, den dieser Anstalt zufallenden Lehraufgaben voll zu genügen, es wird mehr Zeit zu vertiefter Behandlung und ausreichender Wiederholung der Lehrstoffe, sowie zu einer gesteigerten praktischen Vorbildung der Zöglinge gewonnen. Die Lehrpläne für den Religionsunterricht sind im Einvernehmen mit den kirchlichen Behörden aufgestellt.

Anfang Juli. In der Presse wird die von der „Nowoje Wremja" aufgeworfene Frage diskutiert, ob der Reichskanzler demnächst nach Petersburg zur Vorbereitung des deutsch-russischen Handelsvertrages reisen werde.

4. Juli. (Württemberg.) Der Stuttgarter Gemeinderat beschließt, ein städtisches Wohnungsamt und eine besondere Abteilung für Wohnungswesen einzurichten.

6. Juli. Der frühere Reichskanzler Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, 82 Jahre alt, in Ragaz †.

Der Kaiser telegraphiert an den ältesten Sohn des Fürsten: Ich

bin tief betrübt über die traurige Nachricht vom Hinscheiden Deines von Mir so hochgeschätzten vortrefflichen Vaters und spreche Dir Mein herzlichstes Beileid aus. Es muß Dir einen Trost gewähren, wenn Du des Lebenslaufes Deines Vaters gedenkst, ausgefüllt von treuer und erfolgreicher Thätigkeit. Die hervorragenden Verdienste des verewigten Fürsten um die Einigung des deutschen Vaterlandes in seiner Jugend und sein erfolgreiches Wirken als Botschafter, Statthalter und Reichskanzler sind frisch in aller Erinnerung. Die Geschichte wird ihm ein ehrendes Denkmal setzen und ich werde ihm stets eine dankbare Erinnerung bewahren.

Wilhelm.

Der „Reichs-Anzeiger" schreibt: „Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der dritte Kanzler des Deutschen Reiches, ist heute früh 5 Uhr in Ragaz sanft entschlafen. In allen deutschen Landen wird diese Nachricht die aufrichtigste Trauer erwecken, denn mit dem Fürsten Hohenlohe ist ein Mann ausgezeichnetster Verdienste um Reich und Staat dahingegangen. In allen Stellungen, oft unter den schwierigsten Verhältnissen, als bayerischer Ministerpräsident, als deutscher Botschafter in Paris, als Statthalter von Elsaß-Lothringen und endlich als Kanzler des Deutschen Reiches bewährte er jene hohen Eigenschaften, aufopfernde Hingebung und unermüdliche Pflichttreue, die Se. Majestät der Kaiser in dem Handschreiben beim Abschluß seiner langen und ehrenvollen Dienstlaufbahn vor noch nicht dreiviertel Jahren dankbar hervorhob. Wie seine staatsmännische Wirksamkeit die warme Anerkennung aller patriotischen Kreise fand, so schätzte jeder, dem es vergönnt war, ihm persönlich näher zu treten, seinen hohen Sinn, sein einfaches, klares und freies Wesen und eine immer gleiche vornehme Liebenswürdigkeit. So wird die dankbare Verehrung für ihn, den klugen Staatsmann, den tapferen Deutschen und den edlen Menschen, die Trauer an seinem Grabe überdauern!"

Die Nekrologe der Presse sind durchweg sympathisch gehalten, nur die sozialdemokratischen behandeln den Fürsten wegwerfend.

7. Juli. (Potsdam.) Der Kaiser empfängt den außerordentlichen Gesandten des Sultans von Marokko und erwidert auf seine Ansprache:

Es gereicht Mir zur Freude, Sie als außerordentlichen Botschafter Sr. Scherifischen Majestät zu begrüßen. Gern erblicke Ich in Ihrer Entsendung einen neuen dankenswerten Beweis der freundschaftlichen Gesinnungen, welche Ihr erlauchter Herrscher, dem Ich Meinen kaiserlichen Gruß durch Sie entbiete, Mir und dem Deutschen Reiche entgegenbringt. Diese Gesinnungen werden von Mir aufrichtig erwidert und Ich hoffe, daß die Wahl einer so hervorragenden Persönlichkeit wie Sie als Abgesandter besonders dazu beitragen wird, die guten Beziehungen, welche seit langem zwischen Deutschland und Marokko bestehen, zu befestigen und zu entwickeln.

7. Juli. (Potsdam.) Prinz Eitel Friedrich tritt in den aktiven Dienst des Ersten Garde-Regiments z. F. ein. Der Kaiser hält dabei folgende Rede:

Nach eifriger Vorbereitung dem Studium obgelegen, hat Mein zweiter Sohn, Prinz Eitel Friedrich von Preußen, nach dem Urteil seiner Vorgesetzten sein Examen mit „gut" bestanden. Die Kinderjahre liegen nunmehr hinter ihm, und mit dem heutigen Tage tritt er ein in die Aufgaben des Lebens, für die er sich vorbereitet hat: die vornehmste Aufgabe,

die Verteidigung des Vaterlandes, die vornehmste Waffe, das Schwert, der vornehmste Rock, der preußische Soldatenrock, der Rock Meines ersten Garderegiments zu Fuß. Die Eigenschaften, die der Prinz im Laufe seiner jugendlichen Entwickelung an den Tag gelegt hat, verbürgen es Mir ebenso wie sein Eid, daß er ein tüchtiger Offizier und ein treuer Diener seines Vaterlandes werden wird. Besonders begabt für das militärische Leben, mit scharfem Auge für das Detail, wird der Prinz nunmehr in den Reihen des Regiments, sobald er sein Offiziersexamen abgelegt hat, sich auch aktiv am Dienste, nach dem er sich sehnt, beteiligen. Obwohl noch sehr jugendlich, so soll er doch ein Beispiel sein im Eifer, ein Beispiel im Einhalten aller militärischen Gesetze, ein Beispiel vor allem als Offizier und Mann, das Schönste, was Ich mir denken kann: ein ernster, mit dem Blick auf das Leben gewandter Offizier, unbeugsam und eisern in alledem, was die Ritterlichkeit des Offizierstandes ausmacht, hart gegen sich selber, in straffester Selbstzucht die Traditionen seines Hauses und dieses erhabenen Regiments aufrechthaltend, unbekümmert um Stimmungen von außen. Das Ziel gerade vor Augen und nur seinem Gott und seinem Vater verantwortlich, so möge er seine Bahn ziehen. Das Regiment aber, in welches Ich nun schon Meinen zweiten Sohn eingereiht habe, leistet Mir Gewähr dafür, daß der junge Prinz in einem Zentrum aufwachsen wird, wo von allen Seiten die ruhmreiche Tradition der preußischen Geschichte aus guten wie schweren Tagen ihm entgegenschlagen wird. Die Grenadiere dieses Regiments werden sich voll der Ehre bewußt sein, die ihnen zu teil wird dadurch, daß wieder ein junger Hohenzoller unter ihre Fahnen tritt. Mein Sohn! Ich wünsche dir Glück zu dem heutigen Tage. Du hast Mir bisher Freude gemacht, und von heute ab hoffe Ich, daß auch du Freude empfinden wirst an dem Leben und an der Arbeit, die dir bevorsteht. Tritt ein in die Reihen und ziehe dein Schwert!"

8. Juli. (Saßnitz.) Der Kaiser tritt seine Nordlandsreise an.

7./9. Juli. (Düsseldorf.) Der Deutsche Kriegerbund und Preußische Landeskriegerverband halten ihre Abgeordnetentage ab. Es werden u. a. Beschlüsse gegen Bildung von Kriegervereinen auf konfessioneller Grundlage gefaßt.

11. Juli. (Berlin.) Die Wahl des Stadtrats Kauffmann zum Bürgermeister wird vom König nicht bestätigt. — Die freisinnige Presse zeigt darüber große Erregung; als Grund der Nichtbestätigung nimmt sie an, daß Kauffmann vor 20 Jahren seiner freisinnigen Richtung wegen den Abschied als Leutnant d. L. habe nehmen müssen.

13. Juli. Eine kaiserliche Ordre bestimmt über das ostasiatische Expeditionskorps:

1. Die Truppenteile des Ostasiatischen Expeditionskorps der Marine treten mit ihrer Heimreise in den Befehlsbereich der Inspektion der Marineinfanterie. 2. Das 1. und 2. Seebataillon sind mit dem Eintreffen in der Heimat demobil zu machen unter gleichzeitiger Auflösung des 1. und 2. Ersatz-Seebataillons. 3. Mit demselben Zeitpunkt sind die übrigen Formationen des genannten Expeditionskorps aufzulösen.

17. Juli. Nichtamtliche Mitteilungen über den künftigen Zolltarif.

Der „Stuttgarter Beobachter“ schreibt: „Von einem Gewährsmann, an dessen Glaubwürdigkeit wir nicht einen Augenblick zweifeln können, erfahren wir, daß den weiten Kreisen, die mit Rücksicht auf den Abschluß neuer Handelsverträge den angeblichen Verzicht auf den Doppeltarif freudig begrüßten, eine herbe Enttäuschung bevorsteht. In Wirklichkeit ist, wenn nicht der Form, so doch der Sache nach, in dem in Berlin ausgearbeiteten Gesetzentwurf durch Bindung der Zollsätze nach unten für eine Reihe von landwirtschaftlichen Artikeln ein Doppeltarif vorhanden. Der allgemeine Tarif, der festgestellt worden ist, sieht folgende Sätze vor: für Roggen 6 Mark, für Weizen 6,50 Mark, für Hafer 6 Mark. Bei den Handelsvertragsverhandlungen soll nach einer Vorschrift des Entwurfs nicht unter 5 Mark für Roggen, nicht unter 5,50 Mark für Weizen, nicht unter 3 Mark für Gerste, und nicht unter 5 Mark für Hafer heruntergegangen werden. Das sind gegen die jetzt gültigen Vertragssätze von 3,50 Mark für Roggen und Weizen, 2 Mark für Gerste und 2,80 Mark für Hafer Erhöhungen, für Weizen 57 Prozent, für Hafer fast 80 Prozent. Weiter sollen auch für andere Volksernährungsmittel die Sätze im Generaltarif ganz bedeutend hinaufgeschraubt werden, z. B. für Stiere und Kühe von 9 auf 25 Mark pro Stück, für Jungvieh von 5 auf 15 Mark, für Schweine von 5 auf 10 Mark pro Doppelzentner Gewicht, für Gänse (die bisher frei waren) auf 0,70 Mark das Stück, für Fleisch und Speck von 30 auf 35 Mark pro Doppelzentner, für Wurst von 17 auf 45 Mark, für Butter und Käse (bisher 16 bis 20) auf 30 Mark, für Eier (bisher 2 Mark) auf 6 Mark. Das sind also Erhöhungen bis zu 300 Prozent. Bestätigen sich diese Angaben, woran wir nicht zweifeln, so sind die weitgehendsten Besorgnisse einer allgemeinen Verteuerung der Ernährung des deutschen Volkes und einer gleichzeitigen Störung unserer Handelsbeziehungen gerechtfertigt.“

18. Juli. Der Kaiser erläßt folgende Bestimmung über die Südpolarexpedition:

Ich bestelle den außerordentlichen Professor an der Universität Berlin Dr. Erich v. Drygalski zum Leiter der deutschen Südpolar-Expedition. Die Expedition hat im August Kiel zu verlassen und sich nach den Kerguelen zu begeben. Auf denselben ist eine magnetisch-meteorologische Station zu errichten. Alsdann ist die Fahrt nach Süden hin fortzusetzen. Als Forschungsfeld gilt die indisch-atlantische Seite des Südpolargebiets. Falls die Erreichung eines Südpolarlandes gelingt, ist, wenn angängig, auf demselben eine wissenschaftliche Station zu gründen und thunlichst während eines Jahres zu unterhalten. Die Rückkehr ist nach Bestimmung des Expeditionsleiters im Frühjahr 1903 oder spätestens im Frühjahr 1904 anzustreben. Ich beauftrage Sie, die weiteren Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Gudvangen, an Bord M. J. „Hohenzollern“, den 18. Juli 1901.

Wilhelm. Graf v. Posadowsky.

19. Juli. (Württemberg.) Der Landtag genehmigt den Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und vertagt sich. — Der Etat schließt bei einem Staatsbedarf von 178 702 772 Mark und einer Deckungssumme von 179 093 757 Mark für die Finanzperiode 1901/03 mit einem Überschuß von 390 985 Mark ab.

19. Juli. (Reichstagswahl.) Bei der Ersatzwahl im Wahl-

kreise Memel-Heydekrug werden für Mattschull (konf. Littauer) 7016, für Braun (Soz.) 4941, für Schaak (fr. Vp.) 2925 Stimmen abgegeben. Bei der Stichwahl am 27. erhält Mattschull 9123, Braun 6838 Stimmen.

20. Juli. (Baden.) Die Sozialdemokraten veröffentlichen einen Aufruf zu den Landtagswahlen, worin es heißt:

Wir treten nach wie vor für die volle Weltlichkeit der Schule und die völlige Trennung der Kirche vom Staat ein. Dagegen verwerfen wir alle auf Zwang gerichteteten Bestimmungen der sogenannten Kulturkampfgesetzgebung und verlangen die völlige gesetzliche Gleichberechtigung aller Staatsbürger in politischer und religiöser Beziehung. Wir kämpfen nach wie vor für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht (ohne „Kautelen") und für eine Revision der Gemeinde- und Städteordnung, durch welche die Rechte der Gemeinde und innerhalb derselben die des Bürgerausschusses erweitert werden, und wir kämpfen für die Erhaltung der Selbständigkeit unserer Eisenbahnen, solange nicht eine eventuelle Reichseisenbahngemeinschaft uns sichere Gewähr bietet, daß wir durch Aufgabe der Selbständigkeit der Eisenbahnen entsprechende Vorteile in finanzieller und verkehrstechnischer Beziehung erzielen.

23. Juli. (Danzig.) Es finden Besprechungen statt über die Hebung des Handels und der Industrie in Westpreußen. Es nehmen teil Handelsminister Möller, der Oberpräsident von Westpreußen, der Oberbürgermeister von Danzig u. a.

25. Juli. Reichstagswahl im Wahlkreise Duisburg-Mülheim. Polen und Zentrum.

Es erhalten Beumer (nl.) 25 764, Rintelen (Z.) 20 076, Hengsbach (Soz.) 14 319, v. Czarlinski (Pole) 2699, Renckhoff (fr. Vp.) 1090 Stimmen. Bei der Stichwahl (3. August) erhält Beumer 33 534, Rintelen 27 728 Stimmen.

Die „Köln. Volksztg." stellt fest, daß das Zentrum gegen früher verloren habe, weil ein Teil der katholischen Arbeiter aus wirtschaftlicher Unzufriedenheit mit den Sozialdemokraten gestimmt habe. „Dazu kam ein zweites: der stark sich vordrängende Einfluß der radikalen Richtung unter den im Wahlkreise beschäftigten Polen. Diese Richtung, welche das radikal-nationale Moment in den Vordergrund schiebt, läßt das Zentrum nicht mehr gelten als das Deutschtum überhaupt und fühlt sich demselben in keiner Weise für die Dienste verbunden, die das Zentrum in all den Jahren den Polen auf dem Gebiete ihrer berechtigten Ansprüche geleistet hat, im Gegenteil, dem Zentrum wird von dieser Seite gar durch eine feindselige Haltung gedankt."

Es knüpfen sich daran weitere Erörterungen zwischen deutschen Zentrumsblättern und polnischen Zeitungen. Von einigen polnischen Blättern wird namentlich Erzbischof Simar von Köln als polenfeindlich scharf angegriffen.

26. Juli. Die Entwürfe zum Zolltarif und Zolltarifgesetz werden im „Reichsanzeiger" und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" motiviert die Veröffentlichung folgendermaßen (vgl. S. 120):

Nachdem durch eine bedauerliche Indiskretion ein Teil des Zolltarifentwurfs bekannt geworden ist, veranlaßte der Reichskanzler, daß die Zustimmung der Bundesregierungen zur amtlichen Publikation eingeholt werde. Sämtliche Bundesregierungen erklärten sich damit einverstanden. Man muß vorweg berücksichtigen, daß der Entwurf die Beratungen des Bundesrats noch nicht durchlaufen hat, daß aber auch weder die Vorschriften des Tarifgesetzes, noch die Sätze des Tarifs schon unabänderlich als Grundlage für die Beratungen des Reichstags feststehen. Die Reichsleitung wird sich deshalb auch in der weiteren Behandlung der Sache vor der Oeffentlichkeit möglichste Zurückhaltung auferlegen, um den Beratungen des Bundesrats nicht vorzugreifen und die Stellung des Reichskanzlers gegenüber den Abänderungsanträgen und deren Begründung nicht zu präjudizieren.

In dem (der „Köln. Volksztg." entnommenen) nachstehenden Auszug bedeutet die erste Zahl den neuen Zoll, die zweite den bisherigen autonomen Zoll und die dritte den bisherigen Vertragszoll.

Roggen: ℳ 6, 5, 3,50; Weizen: ℳ 6,50, 5, 3,50; Gerste: ℳ 4, 2,25, 2; Hafer: ℳ 6, 4, 2,80; Malz aus Gerste: ℳ 6,25, 4, 3,60; frische Kartoffeln und frische Küchengemüse ganz frei wie bisher; Holz: Bauholz, Nutzholz und hartes Rundholz ℳ 1,80 per Festmeter, statt bisher ℳ 1,20, beschlagenes Holz, hart: 50 ₰ per Doppelzentner, ℳ 4 per Festmeter; weich: 50 ₰ per Doppelzentner, ℳ 3 per Festmeter statt des autonomen 40 ₰ per Doppelzentner, ℳ 2,40 per Festmeter und der Vertragszoll 30 ₰ per Doppelzentner, ℳ 1,80 per Festmeter, gesägt, ungehobelt; hart: ℳ 1,25 per Doppelzentner, ℳ 10 per Festmeter; weich: ℳ 1,25 per Doppelzentner, ℳ 7,50 per Festmeter statt des bisherigen autonomen ℳ 1 per Doppelzentner, ℳ 6 per Festmeter und den Vertragszoll 80 ₰ per Doppelzentner und ℳ 4,80 per Festmeter.

Eichenes Festholz 30, 20, 20 ₰; Schleifholz unter Erhöhung der Länge auf 120 Zentimeter und Stärke 24 Zentimeter, aber unter Ueberwachung der Verwendung frei wie bisher; Quebracho 2 ℳ, bisher autonom 50 ₰; Vertragszoll frei; Pferde je nach Wert 30 bis 300 ℳ, autonom bisher 20 ℳ, Vertragszoll bisher 10 oder 20 ℳ, Stiere und Kühe 25, 9, 9 ℳ, Jungvieh 15, 6, 5 ℳ; Kälber 4, 3 ℳ; Ochsen 12 ℳ für den Doppelzentner Lebendgewicht statt 30 ℳ für das Stück und ℳ 25,50 für das das Stück; Schweine 10 ℳ für den Doppelzentner statt 6 ℳ und 5 ℳ für das Stück; Fleisch und Speck, frisch, 30, 20, 15 ℳ oder 17 ℳ; einfach zubereitete 35, 20, 17 ℳ; zum feineren Tafelgenuß 75, 60, 60 ℳ; Schweineschmalz ℳ 12,50 statt 10 ℳ; Butter 30, 20, 16 ℳ; Käse 30, 20, 15 oder 20 ℳ; Eier 6, 3, 2 ℳ; Margarine 30, 20, 16 ℳ.

Saccharin: 8000 ℳ bisher ganz frei; Genappes Mohair- und Alpakkagarn, nicht Baumwolle, gemischt, von 2 bis 20 ℳ, bisher 3 bis 24 ℳ; hartes Kammgarn aus Glanzwolle über 20 Zentimeter Länge von 4 bis 24 ℳ, statt 3 bis 24 ℳ; hartes Kammgarn auf Erlaubnisschein zur Herstellung von Lastinggeweben, Teppichen, Litzen 3 bis 20 ℳ; bisher bestand keine derartige Begünstigung. Anderes Kammgarn, d. h. weiches und hartes Kammgarn, nicht aus Glanzwolle, über 20 Zentimeter Länge 8 bis 24 ℳ bisher.

Stahlfaconguß in vier Staffeln, je nach Reingewicht, von über 25 Kil. bis unter 1 Pfd. roh ℳ 4,50—12, bearbeitet ℳ 7—24, statt der bisherigen verschiedenen Sätze. Rohkupfer frei wie bisher. Nähmaschinennadeln 200 ℳ statt 60 ℳ. Kupferne Appretur- und Druckwalzen 30 statt

8, Metalltuch 40 statt 18, Dampfmaschinen und Motoren in zehn Staffeln, je nach Gewicht, 53—100, Werkzeugmaschinen in fünf Staffeln 4—20, nicht besonders genannte Maschinen in acht Staffeln 53—18, Dynamomaschinen 6—9, während bisher alle angeführten Maschinenarten nach dem Material verschieden mit 52—8 verzollt wurden. Elektrische Apparate 60, bisher verschieden, Fahrräder 150, rohe Fahrradteile 40, bearbeitete 150 statt bisher meist 24, Kinderspielzeug und auch Christbaumschmuck 10, bisher verschieden.

Streichgarn 10 bis 27 *M.* statt 8 bis 24 *M.*; wollene und halbwollene Waren bleiben je nach Gewicht 135 bis 220; Baumwollgarn 9 bis 36 statt bisher 12 bis 36. Baumwollenwaren mit erweiterter Spezifikation roh, je nach Gewicht und Fadenzahl 50 bis 180, statt 80 bis 200; Leinengarn, roh, 6 bis 13 statt 5 bis 12; über Nummer 75 englisch frei, statt bisher 12; Leinwand 14 bis 120, statt 12 bis 120; Leder halbgar, gar oder zugerichtet bei einem Reingewicht des Stückes über drei Kilogramm 50, statt bisher autonom Sohlleder 36; anderes Leder 18 und der Vertragszoll Sohlleder 30. Wiegenleder zugerichtet 80; Schafleder zugerichtet 36 gegen 18 bis 26; Bockleder 50 gegen 36; lederne Handschuhe 200 statt 100; Strohpapier 51, 1 bis 6 autonom, 1 bis 3 Vertragszoll; Packpapier 4, 4 bis 6, 3; alles übrige Papier 10, Vertragszoll verschieden bis 6 hinauf.

Roheisen 1, 1, Stabeisen über ein Kilogramm per Meter schwer wie bisher *M.* 2,50; unter ein Kilogramm *M.* 3 statt bisher *M.* 2,50; in Stücken, nicht über 12 Zentimeter lang zum Umschmelzen *M.* 1 statt bisher *M.* 2,50 und *M.* 1,50; Blech, roh, *M.*. 3 bis 5 wie bisher; abgeschliffen, poliert, oxydiert, ebenso Weißblech *M.* 5 bis 6 statt *M.* 5; gewalzter oder gezogener Draht, roh, *M.* 3 bis 5, bisher war keine Bestimmung getroffen, poliert *M.* 3,50 bis 6 statt *M.* 3 autonom; Eisenbahnschienen bleiben *M.* 2,50."

Juli. August. Stimmen zum Zolltarif.

Die Presse der Linken bekämpft durchweg den Tarif, namentlich die gesetzliche Bindung der Mindestzölle, aufs schärfste und droht mit Obstruktion; viele Blätter sehen in den Zugeständnissen an die Agrarier die schlimmsten Erwartungen übertroffen und halten Handelsverträge mit solchen Sätzen für unmöglich. Die Aeußerungen der ausländischen Presse, die den Entwurf kritisieren, werden zum Beweise dieser Anschauung zitiert. Ein Teil der Presse der Rechten, voran die des Bundes der Landwirte, erklärt dagegen die Zollsätze für agrarische Produkte für ungenügend. Ein anderer Teil der konservativen Presse und im allgemeinen die des Zentrums sieht in dem Tarif eine Grundlage für den Abschluß von gedeihlichen Handelsverträgen.

„Vorwärts": „Wie die vorstehenden Zollsätze zeigen, gehen die Zollforderungen, welche die Regierung einerseits im Interesse der Junker, andererseits aus fiskalischen Motiven stellt, weit über jenes Maß hinaus, das selbst die pessimistischsten Beurteiler des Bülow'schen Kabinetts erwartet haben. Der Tarifentwurf beschränkt sich nicht nur auf Kornwucherzölle; er gesellt dazu Fleischzölle, die für die untersten Schichten einen Verzicht auf Fleischnahrung bedeuten. Auf diesen Wuchertarif gibt es nur eine Antwort: Nieder mit ihm!"

„Vossische Ztg.": „Und nun, da die Absichten der Regierung bekannt sind, ist es an der deutschen Nation, alle Kräfte zu entschlossenem Widerstande gegen einen Zolltarif zusammenzuraffen, der, wenn er je Gesetzeskraft erlangte, das Ende der Handelsvertragspolitik, die wirtschaftliche Isolierung Deutschlands, eine überaus empfindliche Verteuerung der wich-

tigsten Volksnahrungsmittel, noch dazu in einer Zeit allgemeinen Rückgangs des nationalen Erwerbslebens, herbeiführen würde. Dieser Zolltarif ist ein Alarmruf an die deutsche Nation, auf den deren ungeheure Mehrheit nur eine Antwort haben kann: Auf die Schanzen!"

„Köln. Ztg." (nl.): „Nun ist darüber kein Zweifel möglich, daß ohne eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle eine Reichstagsmehrheit für die Handelsverträge nicht zu erzielen ist. Jeder einsichtige Freund langfristiger Handelsverträge muß als Realpolitiker mit dieser unumstößlichen Thatsache rechnen, und die Industrie hat längst mit ihr gerechnet."

„Deutsche Tageszta.": (Bd. d. Ldw.): „Der Tarif könne nicht die bescheidensten Landwirte zufriedenstellen; der Zoll für Roggen, Weizen, Gerste und Hafer müsse 7,50 Mark betragen.

„Köln. Volksztg." (klerikal): „Wir meinten, es könne seit langem gar kein Zweifel mehr bestehen, daß das Zentrum für eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle — um diese handelt es sich bei dem ganzen erbitterten Streite um den Zolltarif an erster Stelle — eintreten werde. Auch darüber war jeder Verständige nicht im mindesten mehr zweifelhaft, daß, wenn überhaupt eine Zollerhöhung eintreten solle, sie kaum unter den jetzt vorgeschlagenen Sätzen bleiben könne. Wir wollen uns natürlich nicht gerade an diese Sätze binden; vielleicht werden sie hier und da noch geändert, vielleicht gar erhöht; aber im großen und ganzen bewegen sie sich auf der Höhe, wie man erwarten durfte.

Von den Interessentengruppen bekämpft der Handelsvertragsverein — unter Leitung des Abg. v. Siemens — den Entwurf scharf, weil er die Handelsvertragspolitik und damit die Deutschland unentbehrliche Ausfuhr gewerblicher Erzeugnisse vernichte. Auch viele Handelskammern protestieren, namentlich gegen den Minimalzoll auf Lebensmittel. — Der Zentralverband deutscher Industrieller hat grundsätzlich nichts gegen höhere Lebensmittelzölle, verlangt aber, daß sie Handelsverträge nicht verhindern. Daher hat er Bedenken gegen die Mindestzölle auf Getreide. — Der Ausschuß des deutschen Landwirtschaftsrats stimmt dem Mindestzollsatze von 6 ℳ für die Hauptgetreidearten zu, wogegen der Ausschuß des Bundes der Landwirte 7,50 ℳ verlangt. Andere agrarische Vereinigungen sprechen sich teils für den Bund der Landwirte, teils für den Landwirtschaftsrat aus. — In der Presse der Linken wird vielfach darauf hingewiesen, daß Rußland den Zolltarif mit einem Auswanderungsverbot für landwirtschaftliche Arbeiter beantworten werde, was die deutsche Landwirtschaft ruinieren müsse. Hierauf wird erwidert, daß Rußland die 150 000 „Preußengänger" durch diese Maßregel zum Hungern verurteilen werde.

31. Juli. (Berlin.) Der frühere Kultusminister Dr. Bosse (Minister 1892—1899), 69 Jahre alt, †.

Ende Juli. Streikstatistik für 1900.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände, die etwa 600 000 Arbeiter umfassen, veröffentlichen die Statistik der Streiks, an denen gewerkschaftliche Zentralverbände beteiligt waren. Hiernach gab es 1900 852 Streiks in 45 Berufen, an denen 115 700 Personen teilnahmen. Erfolgreich waren 375, teilweise erfolgreich 215, 21 am Ende des Jahres noch unentschieden, 217 erfolglos. („Soziale Praxis" 1. August.)

Anfang August. Die „Berliner Politischen Nachrichten" teilen offiziös mit, daß die Finanzlage des Reiches außerordentlich ungünstig sei. Die Überweisungen an die Bundesstaaten betragen

6½ Millionen weniger als im Etat vorgesehen war, die Matrikularbeiträge erhöhen sich.

3. August. Der Kaiser unterbricht wegen ungünstiger Nachrichten von der Kaiserin Friedrich seine Nordlandsreise in Bergen. Er langt am 5. August in Schloß Friedrichshof an.

5. August. (Homburg v. d. H.) Kaiserin Friedrich, 60 Jahre alt, †. (Vgl. Delbrück, Preuß. Jahrbücher Bd. 106.) — Als Todesursache wird — nicht offiziell — Krebs angegeben.

Der Kaiser erläßt folgenden Armeebefehl:

Ich bestimme hiedurch, daß die Trauer um Meine inniggeliebte Mutter, die in Gott entschlafene Kaiserin und Königin Friedrich Majestät, auf die Dauer von sechs Wochen in der Weise stattzufinden hat, daß sämtliche Offiziere während dieser Zeit einen Flor um den linken Oberarm anzulegen haben. In den ersten drei Wochen der Trauer tragen die Offiziere außerdem die Abzeichen (Kokarden, Nationalabzeichen, Adler u. s. w., Epaulettes, Achselstücke, Passanten, Portepee, Schärpe, Feldbinde, Achselbänder, Fangschnüre, Kartusch-Bandolier) mit Flor überzogen. Für die Sanitätsoffiziere und die Beamten der Armee gelten die gleichen Bestimmungen in entsprechender Weise. An den Fahnen u. s. w. werden während der sechs Wochen zwei lange herabhängende Flore getragen, die unter der Spitze zu befestigen sind. — Während der ersten acht Tage der Trauerzeit ist bei den Truppen kein Spiel zu rühren.

Homburg v. d. Höhe, den 5. August 1901.

Wilhelm.

6. August. (Elsaß-Lothringen.) Der Staatssekretär von Elsaß-Lothringen v. Puttkamer tritt zurück. Sein Nachfolger wird der Oberpräsident von Schleswig-Holstein v. Köller. — Die Angelegenheit wird in der Presse lebhaft behandelt und Puttkamers Abschied bedauert.

8. August. (Hamburg.) Graf Waldersee landet auf der „Gera" und wird von Bürgermeister und Senat sowie im Auftrage des Kaisers von dem kommandierenden General des 9. Armeekorps v. Wittich empfangen.

11. August. König Eduard von England trifft in Homburg v. d. H. ein und wird vom Kaiserpaar empfangen.

11. August. (Kiel.) Die deutsche Südpolarexpedition tritt auf dem Expeditionsschiffe „Gauß" ihre Forschungsreise an. (Vgl. Verhandlungen der Berliner Gesellschaft für Erdkunde Bd. 38.)

12. August. (Hannover.) Graf Waldersee kehrt nach Hannover zurück und wird von dem Offizierkorps und den Behörden festlich begrüßt. — Preßdiskussion.

Auf die Ansprache des Generalleutnants v. Rosenberg erwidert der Feldmarschall: Mir ist es ausgezeichnet gut gegangen. Ich bin frisch an die Arbeit gegangen und gesund wiedergekehrt. Wenn mir einiges ge-

lungen ist, so ist es allein dem Umstande zuzuschreiben, daß ich Seine Majestät den Kaiser hinter mir gehabt habe und nach seinen Intentionen habe handeln können. Was da geschaffen worden ist in China für Deutschland wird hoffentlich recht bald an den Tag kommen. Wir danken alles allein Seiner Majestät. Nochmals herzlichen Dank, meine Herren, für die überaus schöne Begrüßung. Unsere Truppen haben sich ausgezeichnet gehalten bei allen Gelegenheiten. Es ist viel von ihnen verlangt worden. Es hat zwar keine großen Schlachten gegeben, aber es war doch viel zu thun unter schwierigen Umständen. Nie hat einer versagt. Die jungen Herren von der berittenen Artillerie haben Leistungen vollbracht, wie solche noch nicht dagewesen sind. Patrouillenritte sind ausgeführt worden, wie solche im letzten Kriege kaum vorgekommen sind. Wir können sicher sein, daß unsere Freunde uns jetzt noch mehr achten gelernt haben als vorher. Unsere Feinde aber kennen uns jetzt ganz genau. Denen haben wir Achtung gründlich beigebracht. Sie wissen, daß mit Deutschland schlecht anzubinden ist und daß der Kaiser eine starke Macht hinter sich hat.

Auf die Begrüßung des Oberpräsidenten erwidert er: Wir danken es dem Kaiser allein, daß wir Deutschland große Bahnen eröffnet haben für unsern Handel und unsere Industrie. Ich bin überzeugt, daß die deutsche Unternehmungslust stets lebhafter sich dort entwickeln wird, und daß der deutsche Name bald einen ganz andern Klang bekommt. Andere Namen sind verblaßt; der deutsche Name ist hochgegangen.

Wegen dieser Reden wird der Feldmarschall in Blättern aller Parteirichtungen scharf kritisiert; von manchen wird ihm die Absicht, Reichskanzler werden zu wollen, untergeschoben. — Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" behaupten, der vom Wolff'schen Telegraphenbureau verbreitete Wortlaut der Reden sei ungenau; die ruhmredigen Sätze, wie: „Andere Namen sind verblaßt; der deutsche Name ist hochgegangen", seien nicht gesprochen worden.

12. August. Der „Reichsanzeiger" teilt mit, daß die Republik El Salvador den Handelsvertrag mit Deutschland am 23. Mai gekündigt hat. Der Vertrag läuft am 23. Mai 1902 ab.

12. August. Zum Tode Crispis schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

„Die verbündete italienische Nation, für die erst kürzlich die schmerzliche Erinnerung an den Todestag des edlen Königs Umberto wiederkehrte, steht heute an der Bahre eines Staatsmannes, dessen Namen unter den großen Patrioten der italienischen Wiedergeburt unsterblich fortleben wird. Was Francesco Crispi seinem Königshause, seinem Lande und seinem Volke gewesen ist, steht in den Blättern der italienischen Geschichte rühmlich verzeichnet. Uns geziemt es, an dieser Stelle dankbar das Gedächtnis des Mannes zu ehren, der ein großer Italiener, ein treuer Diener seines Königs, ein eifriger Förderer des mitteleuropäischen Friedensbundes und ein überzeugter Freund Deutschlands war. Unseren italienischen Verbündeten sprechen wir bei dem Heimgange ihres nationalen Staatsmannes unsere herzliche Teilnahme aus."

Die „Kölnische Volkszeitung" (klerik.): „Das Papsttum und mit ihm die katholische Kirche haben an Crispi einen ihrer schlimmsten Feinde gehabt; unter dem heuchlerischen Vorgeben, der klerikalen Herrschsucht entgegenzutreten, betrieb Crispi eine kirchenfeindliche Tyrannei ärgster Sorte, indem er den Ruhm eines der ersten Kulturkämpfer suchte. Dazu gehörte auch an erster Stelle die Beraubung der Kirche und kirchlichen Anstalten,

die unter dem Namen der Verstaatlichung ihres Vermögens betrieben wurde und zum guten Teil den Zweck und die Folge hatte, gewissen Leuten die Taschen zu füllen. Crispi selbst blieb auch nicht unberührt von den Finanzskandalen, während er auf dem Gebiete der Ehe sich den Namen Trigamo, Dreiweibermann, erwarb. Dieser alte Revolutionär wütete, als er einmal das Heft in den Händen hatte, mit Zwangsgesetzen gegen die Sozialisten und Anarchisten, diejenigen also, die er als seine Gesinnungsgenossen hätte hegen und pflegen sollen. Dachten und planten sie doch nichts anderes, als was Crispi als Haupt des neapolitanisch-sizilianischen Revolutionskomitees in den vierziger und fünfziger Jahren praktisch bethätigt hatte. Das Recht, das Crispi damals für sich in Anspruch nahm, antimonarchisch zu sein bis zum bewaffneten Hoch- und Landesverrat, stand den von ihm später Verfolgten in demselben Grade zur Seite. Dieser alte Revolutionär ist trotz allem der ‚Vetter des Königs' geworden, dank der Verleihung des Annunciatenordens; das war nicht unlogisch, denn das ‚geeinigte Italien' ist ein Reich von Revolutions Gnaden."

15. August. Karl Weinhold, Professor der Germanistik an der Universität Berlin, fast 78 Jahre alt, in Nauheim †.

19. August. (Wilhelmshaven.) Ein neues Linienschiff der Wittelsbachklasse, „Schwaben", läuft vom Stapel, wobei der König von Württemberg die Taufrede hält.

19. August. (Wilhelmshöhe.) Kabinettsordre über die Übersiedlung der Angehörigen von Mitgliedern der ostasiatischen Besatzungsbrigade nach China:

Auf den Mir gehaltenen Vortrag bestimme Ich: Die verheirateten Angehörigen der Ostasiatischen Besatzungsbrigade, die mit Genehmigung des Kommandeurs derselben ihre Familie nach ihren Standorten in China heranziehen, erhalten die Kosten für Hin- und Rückbeförderung der Familien, sowie die Mietsentschädigung für die verlassene heimatliche Wohnung nach Maßgabe der für Versetzungen im Frieden geltenden Bestimmungen.
Das Kriegsministerium hat hiernach das Weitere zu veranlassen.
Wilhelmshöhe, den 19. August 1901.

Wilhelm.

20. August. (Gumbinnen.) Der Unteroffizier Marten wird wegen Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk zum Tode verurteilt. (Vgl. S. 19.) Das Urteil wird in der Öffentlichkeit lebhaft angefochten.

20. August. (Württemberg.) Der katholische Volksschullehrerverein fordert Beseitigung der geistlichen Orts- und Bezirksaufsicht und Einführung der Fachaufsicht. — In Zentrumskreisen wird der Beschluß scharf getadelt.

22. August. (Wilhelmshöhe.) Der Kaiser erläßt neue Bestimmungen über die gerichtsherrlichen und disziplinarischen Befugnisse für die Befehlshaber der vereinigten Landungstruppen einer Flotte, die zu anderen als Übungszwecken ausgeschifft sind, für die Dauer der Ausschiffung.

26./29. August. (Osnabrück.) 48. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. — Lage des Papstes; Bekämpfung der Sozialdemokraten; Jesuitenmoral; Anteil der Katholiken am Geistesleben; evangelische Propaganda.

Zum Präsidenten wird Justizrat Trimborn-Köln gewählt. Die Versammlung faßt zunächst folgenden Beschluß über die politische Lage des Papstes:

Die 48. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erhebt nach wie vor Einspruch gegen die Lage des hl. Stuhles in Rom seit dem Jahre 1870, welche für die Katholiken der ganzen Welt wie für die Person des hl. Vaters wahrhaft unerträglich ist.

Sie erklärt ihre volle und rückhaltlose Zustimmung zu den von unserem glorreich regierenden Papst Leo XIII. in seinem Rundschreiben vom 5. August 1898 an die Bischöfe, die Geistlichkeit und das Volk Italiens gerichteten Worte: „Die italienischen Katholiken, eben weil sie Katholiken sind, können nicht das Verlangen aufgeben, daß ihrem höchsten Oberhaupte die notwendige Unabhängigkeit und die wahre und wirkliche Freiheit ganz und voll wiedergegeben werde, welche die unerläßliche Bedingung von Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche ist.

Sie erkennt in der Stellung und der Aufgabe des Papsttums einen besonders wichtigen Faktor zur Sicherung des Friedens unter den christlichen Völkern und hält den heiligen Stuhl in erster Linie für geeignet, als Schiedsrichter bei den Interessenstreiten der Völker und Staaten zu wirken, wie es derselbe im Laufe der Weltgeschichte so oft erfolgreich gethan hat."

Abg. Bachem spricht über die Bekämpfung der Sozialdemokratie und wendet sich dabei gegen den Zentralverband deutscher Industrieller, dem die Lehre Christi, daß alle Menschen gleich seien, als ein überwundener Standpunkt erscheine, der nur befehlen könne und von allen Menschen erwarte, daß sie ihm bedingungslos gehorchten. Dieser Anschauung müsse die andere scharf gegenübergestellt werden: daß auf die Dauer nichts zu erreichen sei ohne das Christentum. In dem Wahlkampfe in Mülheim (S. 121) habe der nationalliberale Kandidat die Graßmannangelegenheit gegen die Katholiken ausgespielt (S. 76). Wir haben gesehen, daß aus alten Werken, die längst in alten Bibliotheken verstaubt schlummerten, einzelne Stellen herausgepickt worden sind, um damit zu beweisen, daß die Moral unserer Kirche angefault sei, und selbst Dr. Beumer hat es nicht verschmäht, ein halbes Dutzend Aussprüche verschiedener Jesuiten als bedenklich hinzustellen. Wenn diese Leute doch die gesamte Jesuitenmoral reproduzieren wollten. Diese Moral ist zugleich die katholische Moral, sie ist zugleich auch die höchste und richtigste Moral, und was besagt es, wenn hier und da kleine Mängel vorhanden sind, wenn stellenweise etwas zu viel gesagt worden ist, oder wenn man voreilige Schlüsse gezogen hat, was hat das zu besagen gegenüber dem gewaltigen Block katholischer Moral (Anhaltender Beifall), die die direkte Lehre der Kirche und Christi ist? (Donnernder Beifall.) Nun wohl, wenn die Gegner auf Einzelheiten hinweisen, so zeigen wir ihnen doch diesen gewaltigen Block, zeigen wir ihnen, daß unsre Moral die richtige ist durch unsern Wandel.

Abg. Gröber protestiert gegen die Behauptung, daß die Bildung der Katholiken rückständig sei. Es gibt sogar Leute, die sich nicht schämen zu sagen: Die Maschine wäre protestantisch! (Pfui!) Nun, ein vernünftiger Protestant sagt so etwas nicht, aber auf kleine Leute macht's doch manch-

mal Eindruck. Worauf beruht denn aber unsre Kultur? Ist sie von heute und gestern? Nein! Wer hat denn den neuen Weltteil entdeckt? Ein gläubiger Katholik! Wer den Seeweg nach Indien? Ein Katholik! Katholische Nationen sind als kühne Seefahrer ausgezogen. Wer hat den geistigen Verkehr erleuchtet durch die Buchdruckerkunst? Ein tiefgläubiger Katholik! Sagen Sie nur, meine Herren, solchen modernen Weisheitsmännern, daß sie das Pulver gewiß nicht erfunden haben! (Stürmische Heiterkeit.) Nein, auch die Katholiken haben redlich mitgearbeitet am Fortschritt. Wer immer fragt, ob diese oder jene Schraube von einem Katholiken oder Protestanten erfunden worden sei, bei dem muß eine Schraube los sein! (Stürmische Heiterkeit.) Ueber den Gegensatz zwischen Katholizismus und Protestantismus sagt er: Uebrigens handelt es sich heutzutage in dem Kampf gegen die katholische Kirche viel weniger um die einzelnen Lehren, sondern um die Hauptfrage: Gibt es einen persönlichen Gott, gibt es ein Jenseits? (Beifall.) Der Kampf ist zu suchen zwischen Atheismus und Gottesglaube. Da sollten alle Christen zusammenhalten, um gemeinsam den Kampf gegen den Atheismus zu führen. (Beifall.) Indessen wir scheinen von dieser vernünftigen Auffassung der Kampfeslage heute weiter entfernt zu sein als je. Vom Evangelischen Bunde ist eine besondere Evangelisationsgesellschaft begründet worden, die das Evangelium nicht etwa den Ungläubigen in den eigenen Reihen bringen will, sondern die das Evangelium den Katholiken überweisen will. Sehr freundlich — wir hatten das Evangelium aber schon 1600 Jahre früher (Stürmischer Beifall), und wir können den Herren daher nur den wohlgemeinten Rat geben, ihre Bibeln zunächst bei den Professoren der deutschen Hochschulen unterzubringen. (Stürmischer Beifall.) Es wäre dort ein sehr reiches Feld für die Evangelisation der ungläubigen Protestanten. (Beifall.) Will man uns aber die Bibeln aufdrängen, dann bitte ich um Beantwortung der Frage: Welches Evangelium will man uns geben, das von Luther, von Calvin, von Haeckel oder das von Harnack? Darüber soll man uns Aufklärung geben, damit man das Geld nicht umsonst ausgibt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Schädler spricht über den Anteil der Katholiken an Kunst und Wissenschaft und proklamiert einen neuen Kulturkampf. Unsere Aufgabe ist es, die Wissenschaft wieder zurückzuführen auf den christlichen Weg. (Stürmischer Beifall.) Wir sind auf wissenschaftlichem Gebiet ins Hintertreffen geraten, nicht als ob wir minderbefähigt wären, wohl aber in dem Sinne, daß wir von den Nichtkatholiken uns haben an höherer Bildung überholen lassen. Das ergibt sich daraus, daß unsre Zahl in den sogenannten gebildeten Berufen zu gering ist im Verhältnis zu unsrer Bevölkerungsziffer. Redner vergleicht die Zahl der die Gymnasien besuchenden Protestanten und Juden gegenüber den Katholiken. Diese Zahlen sprechen eine beredte Sprache. Diese Scharte muß ausgewetzt werden. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen Lehrer der Wahrheit an den Universitäten, aber nicht solche Hypothesenmänner, wir wollen Philologen an den Gymnasien, aber solche, welche über der antiken Form den christlichen Geist nicht vergessen. (Beifall.) Wir wollen Mediziner als christliche Männer am Krankenbett, welche am Kranken nicht ein Versuchskaninchen sehen, sondern auch der unsterblichen Seele gedenken. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen christliche Richter und Verwaltungsbeamte. Wir wollen christliche Künstler, die nicht die nackten Ideale unsrer lex Heintze-Männer verfolgen. (Minutenlanger Beifall.) Auf dem Boden des Glaubens wollen wir die Wissenschaft fördern. (Stürmischer Beifall.) Nicht bloß Priester brauchen wir, sondern auch katholische Aerzte, Beamte, Richter. (Beifall.) Wir brauchen Konvikte und Internate auch für solche, welche weltliche Fächer studieren.

(Beifall.) Wir brauchen Stipendien. Brechen wir mit der Anschauung, daß derjenige, welcher nicht Theologie, sondern ein weltliches Fach studiert, seinen Beruf verfehlt hat. (Großer Beifall.) Es beginnt der wahre Kulturkampf des katholischen Volkes: der Kampf für die Wissenschaft. (Stürmischer Beifall.) Die rohe Gewalt haben wir abgewehrt. Mit dem rohen Rezept Julians des Apostaten will man uns jetzt niederzwingen. Aber wir werden siegreich vordringen und die finsteren Mächte, die uns bedrängen, werden wir zwingen zu rufen, wie einst Kaiser Julian: „Galiläer, Du hast gesiegt!“ (Stürmischer, donnernder Beifall und Hochrufe.)

Es wird ein Antrag auf Gründung staatlicher und städtischer katholischer Gymnasien und Realschulen in den größeren Städten angenommen.

In den protestantischen Kreisen wird der Katholikentag meist recht abfällig beurteilt; es heißt allgemein, das geistige Niveau sei außerordentlich niedrig gewesen. Nach den „Preuß. Jahrbüchern“ (Bd. 106 H. 1) ist das Zentrum seiner Wähler nicht mehr sicher und betont deshalb so energisch die Möglichkeit eines neuen Kulturkampfes. Günstiger urteilen „Kreuz-Ztg.“ und „Deutsche Tages-Ztg.“.

27. August. Rudolf Haym, Professor der Litteratur an der Universität Halle, erster Redakteur der „Preußischen Jahrbücher“ in St. Anton am Arlberg, fast 80 Jahre alt, †.

Ende August. Verzögerung der Ankunft des Prinzen Tschun.

Die Erkrankung des „Sühneprinzen“ Tschun von China in Basel (vgl. Schweiz) wird lebhaft kommentiert. Allgemein wird angenommen, daß die Krankheit fingiert ist und daß der Prinz auf Weisung seiner Regierung versucht, eine Milderung der Audienzbedingungen zu erlangen. Insbesondere wird behauptet, daß der chinesischen Regierung der dem Prinzen angeblich zugemutete Kotau — ein mehrmaliges Niederwerfen vor dem Kaiser — anstößig sei, weil diese Ehrenbezeugung nur dem Kaiser von China zukomme. Die Frage wird aufgeworfen, ob die Audienzbedingungen von Deutschland aus erst nach dem Aufbruch des Prinzen aus China verschärft worden seien. Die Blätter der Linken sehen in dem Ausbleiben Tschuns eine Blamage der deutschen Chinapolitik.

Ende August. (Polenfrage.) In einer Agitationsschrift „Eine Nation — ein Gedanke“ des nationalpolnischen Verlags „Dziennick Berlinski“ heißt es:

Die Zugehörigkeit der Polen zu den Teilungsmächten bildet für sie nur eine äußerliche, rein formelle Sache — der Inhalt ihres Daseins ist die Zugehörigkeit zur polnischen Nation. Die Gesetze und Anordnungen der Behörden befolgen die Polen nur deshalb, weil sie sie befolgen müssen. Die Polen halten ihre eigenen Ideale und ihre eigenen Ziele, die zu erreichen sie unermüdlich bestrebt sind, ohne Rücksicht darauf, ob es den Herren Preußen, Moskowitern oder Oesterreichern gefällt oder nicht. Die Polen glauben an die politische Auferstehung des polnischen Volkes. Der Glaube an ein freies und unabhängiges Polenreich ist der Leitstern, der die Polen von der Wiege auf begleitet. Der Glaube an ein freies unabhängiges Polenreich bildet den einzigen Gedanken eines jeden Polen. Wozu sollte man lügen? Die polnische Frage muß immer klar und deutlich gestellt werden, denn durch eine Politik der Falschheit wird das Volk nur demoralisiert und irregeleitet. Dreist und entschieden soll deshalb allüberall verkündet werden, daß nur eine Nation und ein Gedanke existiert.

27. August. (Reichslande.) Bischofsernennungen.

Der Abt Benzler von Maria Laach wird zum Bischof von Metz, Prälat Zorn v. Bulach zum Weihbischof von Straßburg ernannt. — Diese Frage war lange vorher in der Presse erörtert worden; die klerikale elsässische Presse hatte diese Ernennungen heftig bekämpft, während die „Germania" und „Köln. Volksztg." sie befürworteten und eine Stärkung des Deutschtums erwarteten.

27. August. (Potsdam.) Der Kaiser erwidert auf eine Adresse des hohenzollernschen Landesausschusses, die an die fünfzigjährige Zugehörigkeit Hohenzollerns zu Preußen erinnert:

Bei der 50jährigen Wiederkehr des Tages, an welchem die Vertreter der Stadt- und Landgemeinden der hohenzollerischen Lande Meinem Ahnen, weiland Sr. Majestät dem hochseligen König Friedrich Wilhelm IV. auf der Stammburg Meines Hauses den Eid der Treue geleistet haben, ist Mir von dem Landesausschuß unter Erneuerung des Treuschwures die Liebe und Anhänglichkeit der hohenzollerischen Lande in warmen Worten zum Ausdruck gebracht worden. In der Adresse, die Ich dem Hohenzollernmuseum zur dauernden Aufbewahrung überwiesen habe, bin Ich mit Freuden der Versicherung begegnet, daß das durch den hochherzigen Entschluß des hohenzollerischen Fürstenhauses vor einem halben Jahrhundert geknüpfte Band in den Herzen der Bewohner des schönen Landes feste Wurzel geschlagen hat und die Segnungen dankbar empfunden werden, welche den hohenzollerischen Landen unter der fürsorglichen Regierung Meiner Ahnen zu teil geworden sind. Indem Ich dem Landesausschuß Meinen herzlichen Dank für die freundliche Kundgebung ausspreche, gebe Ich den hohenzollerischen Landen gern Mein besonderes landesväterliches Wohlwollen zu erkennen. Mögen sie auch ferner ersprießlichen Anteil haben an der segensreichen Weiterentwickelung, die Gott der Herr unserem preußischen und deutschen Vaterlande in Gnaden gewähren wolle!

Neues Palais, den 27. August 1901.

gez. Wilhelm.

30. August. (Potsdam.) Der Kaiser empfängt den neuernannten koreanischen Gesandten.

31. August. (Reichstagswahl.) Bei der Ersatzwahl in Neuwied wird Krupp-Engers (Z.) mit 8055 Stimmen gewählt. Osthaus (nl.) erhält 5934, Erdmann (Soz.) 119 Stimmen.

August. September. In vielen Betrieben aller Gegenden Deutschlands finden Arbeiterentlassungen wegen Mangel an Bestellungen statt. — Für den Winter wird große Arbeitslosigkeit befürchtet.

1. September. Die „Schlesische Zeitung" schreibt über die bevorstehende Reise des Zaren nach Deutschland und Frankreich und über den persönlichen Verkehr zwischen Nikolaus II. und Wilhelm II.:

„Gegen alle Erwartung erscheint plötzlich in den ‚Peterburgskija Wjedomosti' ein Festartikel über die Zarenfahrt nach Deutschland, ein Artikel, der so klug und liebenswürdig ist, daß er den bekannten Heraus-

geber des Blattes, den Fürsten Uchtomski, nicht zum Verfasser haben kann. Der fürstliche Journalist hat seine Beziehungen zum Hofe und zur Person des Zaren, zu dessen Begleitern auf der asiatischen Reise er gehörte, längst schon verloren. Er ist aus einem armen Dachstubenbewohner Millionär und Mitdirektor der russisch-chinesischen Bank, zugleich aber in seiner Zeitung für die sechs Wochentage Radaubruder und Deutschenfeind geworden. Er selbst und seine Redakteure lieben es, durch grelle Kontraste aufzufallen und Gegenstand der wütendsten Angriffe aller übrigen Residenzblätter zu sein, und so erscheint denn bisweilen gerade in den ‚Pet. Wjed.' eine politische oder sozialpolitische Kundgebung, die dem Alltagscharakter der redaktionellen Arbeit ganz und gar widerstreitet. Das ist an und für sich der Erwähnung nicht wert, es erklärt aber die in diesem Blatte erfolgte Veröffentlichung so herzlicher und würdiger Bemerkungen zur Danziger Monarchenbegegnung, da jedermann sofort erkennen muß, daß der Artikel von einer bestimmten Person im Ministerium des Aeußern stilisiert worden ist. Hierin liegt die eigentliche Wichtigkeit der Veröffentlichung. Der amtliche Verfasser konstatiert die fortschreitende Beruhigung der europäischen Lage, hebt, als ‚Krone des Ganzen', die merkliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich hervor, preist die Politik der Erhaltung des status quo in Europa und den außereuropäischen Kolonialbesitzungen, zollt der Haltung Deutschlands in China Anerkennung, erinnert an die alte Freundschaft und Verwandtschaft zwischen den Herrscherhäusern hüben und drüben, an die vielfachen unlösbaren Wechselbeziehungen und Interessen der beiden Nachbarstaaten, an den Bestand eines natürlichen und traditionellen Wohlwollens und Vertrauens zwischen Deutschland und Rußland und findet Worte hoher Bewunderung für die Persönlichkeit des ‚hochbegabten, unermüdlich energischen, von erhabenen Bestrebungen beseelten deutschen Kaisers'. Schließlich wird von dem Danziger Besuch behauptet, daß er auch in Frankreich mit lebhaftester Sympathie begrüßt worden sei, und der Verfasser erwartet davon die dauernde und ernstliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland, die künftig die gemeinschaftliche Aktion in den wesentlichsten Fragen der höheren europäischen Politik herbeiführen soll. Seit der Regierungsepoche Alexanders II. hat man in der russischen Presse eine ähnliche Sprache nicht mehr vernommen. Es darf hieraus geschlossen werden, daß für Danzig Themata zur Erörterung vorbereitet sind, die ohne die Voraussetzung eines freundlichen Einvernehmens zwischen Berlin und Paris auf die Tagesordnung zu setzen müssig wäre. Sicherlich geht das auf den Wunsch nach einer bestimmten russischen Aktion zurück; aber es ist zwecklos, hierüber alles vorzutragen, was man sich in den politischen Salons der Residenz, und zwar in den konservativen, zu erzählen weiß. Anfangs voriger Woche ist Allerhöchst bestimmt worden, daß Graf Lambsdorff den Zaren nach Danzig begleiten werde. Man machte daraus ein strenges Geheimnis. Die Danziger Reise hat überhaupt eine höchst bunte, spannende Vorgeschichte. Heben wir ihren wesentlichsten Zug hervor: während für den Hof selbst der französische Besuch eine totale Ueberraschung war — eine so allgemeine, daß vielleicht höchste Personen selbst in Erstaunen gerieten — scheute die Partei der unruhigen Höflinge und der verbissenen Slawisten keine Mühe und Intrigue, um der längst bekannten Begegnung in Danzig jede Bedeutung zu nehmen, was dem Grafen Lamsdorff manche schwere Stunde bereitet haben mag. Inzwischen führte der Zar, der diese Verhältnisse recht gut überschaut, gelassen und ruhig einen persönlichen, durch wöchentlich zweimal nach Berlin verkehrende Leibkouriere vermittelten brieflichen Meinungsaustausch mit dem Deutschen Kaiser, wobei zu bemerken, daß der Zar zur Erledigung solcher Korrespondenz keinen Sekretär,

überhaupt niemanden hinzuzog. Das gibt noch heute bei Hofe Stoff zu den ungeheuerlichsten Vermutungen. Der Artikel der ‚Pet. Wjed.‘ ist wohl ein bescheidener Reflex vom Wesen jenes stillen Briefwechsels zwischen den beiden Friedensfürsten.“

4. September. (Potsdam.) Der Kaiser empfängt den Prinzen Tschun von China.

Der Prinz nähert sich dem Kaiser unter drei Verbeugungen und überreicht ein Schreiben des Kaisers von China, in welchem er in feierlichster Weise seinem tiefsten Bedauern über die Ermordung des Gesandten v. Ketteler Ausdruck gibt. Der Prinz hält folgende Ansprache: Im Auftrage des großen Kaisers, meines Allergnädigsten Herrn und Gebieters, habe ich die Ehre Allerhöchstdessen Schreiben in Eurer Majestät kaiserliche Hände zu übergeben. Nach den im vergangenen Jahre in China eingetretenen Aufständischen Bewegungen fühlte der kaiserliche Hof aus eigenem Antriebe nicht weniger als auf das Verlangen der Mächte die Verpflichtung, durch eine besondere Mission nach Deutschland Eurer Majestät sein aufrichtiges Bedauern über diese Vorkommnisse, insbesondere über den Vorfall, welchem Eurer Majestät ausgezeichneter Gesandter, Freiherr v. Ketteler, zum Opfer gefallen ist, auszudrücken. Um die Aufrichtigkeit dieses Bedauerns über allen Zweifel zu erheben, bestimmte Se. Majestät der Kaiser seinen allernächsten Blutsverwandten für die Mission. Ich bin in der Lage, Eurer Majestät zu versichern, daß der Kaiser, mein Allergnädigster Herr, diesen Wirren, welche großes Unrecht über China gebracht haben und für Deutschland Verluste und Sorgen, im vollsten Sinne des Wortes ferngestanden hat. Dennoch hat nach dem seit Jahrtausenden bestehenden Gebrauche der Kaiser von China die Schuld dafür auf seine eigene geheiligte Person genommen. Ich habe daher den Auftrag, die innigsten Gefühle des Kaisers, meines erhabenen Herrn, für Eure Majestät bei Ueberreichung dieses Schreibens zum Ausdruck zu bringen. Auch bei Ihrer Majestät der Kaiserin und der ganzen kaiserlichen Familie bin ich beauftragt, der Dolmetsch dieser Gefühle des großen Kaisers von China zu sein und den Wunsch auszudrücken, daß Eurer Majestät Haus blühe und Gesundheit, Glück und Segen in vollstem Maße genieße. Se. Majestät der Kaiser von China hofft, daß die Ereignisse des vergangenen Jahres nur eine vorübergehende Trübung gewesen seien und daß, nachdem das Gewölk nunmehr der Klarheit des Friedens gewichen, die Völker Deutschlands und Chinas sich gegenseitig immer besser verstehen und schätzen lernen mögen. Das ist auch mein aufrichtigster Wunsch.

Der Kaiser erwidert: Nicht ein heiterer, festlicher Anlaß, noch die Erfüllung einer einfachen Höflichkeitspflicht haben Eure kaiserl. Hoheit zu uns geführt, sondern ein tieftrauriger, hochernster Vorfall. Mein Gesandter am Hofe des Kaisers von China, Freiherr v. Ketteler, ist der auf höheren Befehl erhobenen Mordwaffe eines kaiserlich chinesischen Soldaten in der Hauptstadt Chinas erlegen, ein unerhörtes Verbrechen, welches durch das Völkerrecht und die Sitte aller Nationen gleich sehr gebrandmarkt wird. Aus Eurer kaiserl. Hoheit Munde habe Ich soeben den Ausdruck des aufrichtigen, tiefen Bedauerns des Kaisers von China über das Vorkommnis vernommen. Ich will gern glauben, daß Eurer kaiserl. Hoheit kaiserlicher Bruder persönlich diesem Verbrechen und den weiteren Gewaltthaten gegen unverletzliche Gesandtschaften und friedliche Freunde ferngestanden hat. Eine um so schwerere Schuld trifft seine Ratgeber und seine Regierung. Diese mögen sich nicht darüber täuschen, daß ihnen die Entsühnung und die Verzeihung für ihr Verschulden nicht durch die Sühnegesandtschaft allein

ausgewirkt werden kann, sondern nur durch ihr späteres Verhalten gemäß den Vorschriften des Völkerrechts und der Sitte zivilisierter Nationen. Wenn der Kaiser von China die Regierung des großen Reichs fürderhin streng im Geiste dieser Vorschriften führt, wird auch seine Hoffnung sich erfüllen, daß die trüben Folgen der Wirrsale des vergangenen Jahres überwunden werden und zwischen Deutschland und China wieder, wie früher, dauernd friedliche und freundliche Beziehungen herrschen, die den beiden Völkern und der gesamten menschlichen Zivilisation zum Segen gereichen. In dem aufrichtigen, ernsten Wunsche, daß dem so sein möge, heiße Ich Eure kaiserl. Hoheit willkommen.

Das vom Prinzen Tschun übergebene Handschreiben des Kaisers von China lautet in deutscher Uebersetzung: Der Großkaiser des Tatsing-Reichs entbietet Sr. Majestät dem großen deutschen Kaiser seinen Gruß. Seitdem sich unsere Reiche gegenseitig durch ständige Gesandtschaften vertreten, standen wir ununterbrochen in den freundschaftlichsten Beziehungen zu einander. Die Beziehungen wurden noch inniger, als Prinz Heinrich von Preußen nach Peking kam und wir hierbei den Vorzug hatten, den Prinzen häufiger empfangen und mit ihm in vertrauter Weise verkehren zu können. Leider drangen inzwischen im fünften Monat des vergangenen Jahres die Boxer in Peking ein. Aufständische Soldaten schlossen sich ihnen an, und es kam dahin, daß Eurer Majestät Gesandter, Freiherr v. Ketteler, ermordet wurde, ein Mann, der, solange er seinen Posten in Peking bekleidet hat, die Interessen unserer Länder wärmstens wahrnahm, dem wir unsere besondere Anerkennung zollen mußten. Wir bedauern tiefstens, daß Freiherr v. Ketteler ein so schreckliches Ende gefunden hat, um so mehr, als uns das Gefühl der Verantwortung schmerzt, nicht in der Lage gewesen zu sein, ihn rechtzeitig zu schützen und Maßregeln zu treffen. Aus dem Gefühl unserer schweren Verantwortlichkeit befahlen wir, ein Denkmal an der Stelle dort zu errichten als ein Wahrzeichen, daß die Verbrechen nicht ungesühnt bleiben dürfen. Weiterhin haben wir den kaiserlichen Prinzen Tschun Tsaifong an der Spitze einer Sondergesandtschaft nach Deutschland entsandt mit diesem unserem Handschreiben. Prinz Tschun, unser leiblicher Bruder, soll Eurer Majestät versichern, wie sehr uns die Vorgänge im verflossenen Jahre betrübt haben und wie sehr die Gefühle der Reue und Beschämung uns noch beseelen. Eure Majestät sandten aus weiter Ferne Ihre Truppen, um den Boxeraufstand niederzuwerfen und Frieden zu schaffen zum Wohle unseres Volkes. Wir haben daher dem Prinzen Tschun befohlen, Eurer Majestät unseren Dank für die Förderung des Friedens persönlich auszusprechen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Eurer Majestät Entrüstung der alten freundschaftlichen Gesinnung wieder Raum gegeben hat und daß in Zukunft die Beziehungen unserer Reiche zu einander sich noch vielseitiger, inniger und segensreicher gestalten mögen als bisher. Dieses ist unsere feste Zuversicht.

4. September. Bei den Manövern bei Arkona wird der kleine Kreuzer „Wacht" vom Panzer „Sachsen" gerammt und zum Sinken gebracht. Die Mannschaft rettet sich.

Anfang September. Es wird bekannt, daß alte astronomische Instrumente der Pekinger Sternwarte als Kriegsbeute weggeführt sind und in Potsdam aufgestellt werden sollen. — Die Handlung wird allgemein verurteilt.

7. September. (Frankfurt a. M.) Der ehemalige preußische Finanzminister Dr. v. Miquel, 72 Jahre alt, †.

Der „Reichs-Anzeiger" schreibt über ihn: „Sein Leben war wie das von wenigen der Größe des Vaterlandes gewidmet. Vom Beginn seines politischen Lebens an, in hannoverscher Zeit, als er einer der Führer des Nationalvereins war, kämpfte Dr. v. Miquel für die Einigung des deutschen Vaterlandes unter preußischer Führung. Als das Reich sicher entstanden war, nahm er den thätigsten Anteil an dem inneren Ausbau und der grundlegenden Gesetzgebung des Reiches. Kaum einer der wichtigen gesetzgeberischen Akte jener Zeit, der nicht seine auf das Große gerichtete, vom lebendigsten nationalen Gefühle getragene Mitwirkung aufwiese. So sicherte er sich dauernd einen Platz unter denen, die auf des deutschen Volkes Dankbarkeit Anspruch haben. Als Finanzminister erwarb er sich ein unvergängliches, unbestrittenes Verdienst um die Festigung und Entwicklung der Finanzen Preußens. Mit großem Wurfe reformierte er das System der direkten Steuern von Grund aus und gab damit der staatlichen Finanzgebarung für alle Zeiten den festen Rückhalt. Er schuf durch die Fülle weiterer Maßnahmen zur Sicherung der Konsolidierung des Finanzwesens die Möglichkeit, allen Gebieten des Staatslebens erhöhte Mittel zur Verfügung zu stellen und so die Kulturaufgaben des Staates nachhaltig zu fördern. Bis wenige Monate vor seinem Hinscheiden waltete er seines Amtes mit nie nachlassender Hingebung, mit nie ermüdender Arbeitskraft. Nach seinem reich gesegneten Leben ruht er nun aus. An seiner Bahre trauern die, welche mit ihm wirken durften und ihm Liebe und Verehrung treu im Herzen bewahren für alle Zeiten."

Die „Schles. Ztg." beschäftigt sich mit dem Rücktritt (S. 90) und polemisiert gegen die Meinung, Miquel sei entlassen, weil er die Kanalvorlage zu lau vertreten habe. Sein Sturz sei aus anderen Ursachen erfolgt: Das preußische Staatsministerium hat von jeher als Kollegium gearbeitet. Selbst Bismarck, dessen gewaltige Persönlichkeit seine amtlichen Mitarbeiter in seinem Banne hielt, suchte die Form des kollegialischen Staatsministeriums möglichst zu wahren. Er that dies in der Erkenntnis, daß in einem konstitutionellen Staate wie Preußen ein als Kollegium beratendes und handelndes Staatsministerium zum Gedeihen der politischen Entwickelung unentbehrlich sei. Als Graf Bülow dem Fürsten Hohenlohe nachfolgte, mußte er jedoch zu der Ueberzeugung gelangen, daß diese traditionelle Form der Geschäftsführung angesichts der gegenwärtigen Notwendigkeiten sich nicht mehr aufrecht erhalten ließ. In der Lage, in der er sich befand, sah er sich genötigt, eine größere persönliche Bewegungsfreiheit sich zu schaffen. Das Staatsministerium mußte hierbei einen wesentlichen Teil seiner Bedeutung als Kollegium einbüßen. Miquel, der als Vizepräsident des Ministeriums hauptsächlich berufen war, für die überlieferte Geschäftsform einzutreten, stand dem neuen Gange der Dinge im Wege. Seine Beseitigung war eine Notwendigkeit derjenigen Entwickelung, welche der Organismus unseres Regierungswesens unter den obwaltenden Umständen unaufhaltsam nahm. So erscheint der Miquelsche Rücktritt in neuer Beleuchtung, in demjenigen Lichte, welches aus den inneren Vorgängen der ministeriellen Verhältnisse auf ihn fällt. Wir glauben nicht, daß es jetzt schon angebracht wäre, Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. An dem Gange der Dinge läßt sich zunächst wohl nichts ändern. Wohl aber ist es zur Erkenntnis der innerpolitischen Lage und zur umsichtigen Führung jeder staatserhaltenden Parteipolitik erforderlich, daß wir uns Rechenschaft geben von den Gefahren, die ein solcher Entwickelungsgang in sich birgt.

Dazu bemerkt die „National-Zeitung“: Auch wir haben die Miquelschen Auseinandersetzungen, welche dieser Darstellung zu Grunde liegen, aus Miquels Munde gehört — das letzte Mal etwa zehn Tage vor seinem Rücktritt. Wir hatten dabei den Eindruck, daß er für den Fall dieses Rücktritts, den er übrigens noch keineswegs als sicher ansah, einen Partherpfeil schärfte — und derselbe ist ja nun von dem Verfasser des Artikels der „Schles. Ztg.“ abgeschossen worden. Das zweite Scheitern der Kanalvorlage war unzweifelhaft nicht nur der „äußere Anlaß“, sondern der wirkliche Grund zu Miquels Entlassung. In der Voraussicht, daß es zu dieser binnen kurzem kommen könne, sprach Miquel sich über das Staatsministerium ungefähr so aus, wie es in der „Schles. Ztg.“ wiedergegeben ist. Aber wer Miquels ganze Ministerlaufbahn in ihrer intimeren Entwickelung einigermaßen zu verfolgen Gelegenheit gehabt — vollständig hat er es wohl niemandem gestattet —, dem mußten bei der Miquelschen Auseinandersetzung über das Staatsministerium gewisse Erinnerungen kommen, die der Verfasser des Artikels der „Schles. Ztg.“ entweder nicht hat, oder die er anzudeuten nicht für gut findet. Auch wir würden sie im gegenwärtigen Augenblick lieber zurückhalten. Aber dies würde angesichts des schon jetzt unternommenen Versuchs, Miquel als Martyrer des solidarischen preußischen Staatsministeriums darzustellen, schädlich sein. Deshalb muß es ausgesprochen werden: Miquel selbst ist es in erster Reihe gewesen, der die Solidarität des Staatsministeriums untergraben hat; er hat es als Mitglied des Ministeriums Caprivi, er hat es als Mitglied des Ministeriums Hohenlohe gethan. Als er selbst dann in den letzten Jahren der Amtsführung des Fürsten Hohenlohe thatsächlich der leitende preußische Minister geworden war, da hätte er allerdings gern ein solidarisches preußisches Staatsministerium gehabt; aber nun wendeten sich seine eigenen Thaten gegen ihn. Und als die Regierung in dem Grafen Bülow ein neues Haupt erhalten hatte, da bedeutete Miquels Klage, es gebe kein Staatsministerium mehr, doch im wesentlichen nur, daß er die von ihm bis dahin, wenn auch in prekärer Weise, geübte Macht an einen anderen übergehen sah.

8. September. (Osnabrück.) In den evangelischen Kirchen wird folgender Protest gegen den Katholikentag verlesen:

Aus Anlaß des in unserer Stadt abgehaltenen Katholikentages haben die Kirchenvorstände der hiesigen drei evangelischen Gemeinden einmütig beschlossen: Wir vertreten durchaus den Standpunkt der Toleranz und wollen jede Konfession ihre Feste ungestört feiern lassen. Wir haben auch davon Kenntnis genommen, daß die Leitung des Katholikentages das Entgegenkommen der evangelischen Bevölkerung anerkannt hat. Wir bedauern aber, daß bei diesem Entgegenkommen nicht überall dasjenige Maß inne gehalten worden ist, welches das evangelische Bewußtsein erfordert hätte. Dieses Bedauern ist umso mehr gerechtfertigt, als der Verlauf des Festes der gegebenen Zusicherung, im Geiste des Friedens und der Achtung Andersgläubiger tagen zu wollen, nicht entsprochen hat. Insbesondere weisen wir die Angriffe und Verunglimpfungen unserer Kirche und unserer Reformatoren, welche schon in der Form dem Ernste des Gegenstandes unangemessen waren, entschieden zurück. Wir wissen von keinem Evangelium Luthers, Calvins oder gar eines anderen Menschen, bekennen uns vielmehr einmütig zu dem einen Evangelium Jesu Christi, das durch Gottes Gnade von den Reformatoren der Christenheit wieder geschenkt worden ist, und auf dem die Kirche sich aufbaut, welche die Pforten der Hölle nicht überwältigen werden!

9. September. (Königsberg i. Pr.) Der Kaiser nimmt an der Einweihung der Königin Luise-Gedächtniskirche teil. Im Landhause, wo ihm Graf Eulenberg den Ehrentrunk bietet, hält er folgende Rede:

Auf Wunsch der Provinz übernehme Ich diesen Pokal, um aus demselben in deutschem Weine das Wohl der Provinz zu trinken. Wie auf all den Tagen, die jetzt in Königsberg verstrichen sind, so auch auf dem heutigen. Ich habe selbstverständlich es Mir nicht versagen können, der Einladung und dem Wunsche Meiner Ostpreußen, unter ihnen zu weilen, nachzukommen, und umso mehr in einem so bedeutungsvollen Jahre, wie es das Jahr 1901 ist. Und in der That, auch der heutige Tag ist in jeder Beziehung ein weihevoller Gedenktag. Wenn Ich für das in so schönen Worten Mir im Namen der Provinz ausgesprochene Mitgefühl tiefen Dank ausspreche, so thue Ich das umso bewegter; denn zu dem Schmerz und der Trauer des Sohnes gesellt sich die tiefe Bewegung der Erinnerung. Von dem Sterbelager in Friedrichshof und dem stillen Mausoleum in dem blumenreichen Garten von Marly zieht sich der Weg nach den Hufen hinauf zu der neuen Kirche. Und wie heute pietätvoll der hohen verblichenen Königin gedacht worden ist, die — ein einziger Demant unter ihrem Geschlecht — hervorleuchtet unter Europas Fürstinnen als ein Bild, nachzustreben für jede, die auf den Thron berufen ist, so schlingt sich auch um diesen Tag die Kette der Erinnerung fester und inniger, welche die Provinz mit Meinem Haus und Meiner Person verknüpft. Aber Ich sehe in der heutigen Feier noch mehr. Ich sehe darin zugleich eine Gedächtnis- und Erinnerungsfeier an den großen Kaiser, ihren Heldensohn, der, wie alle seine Zeitgenossen und zumal diejenigen, die in seiner Nähe haben Dienst thun dürfen, genau wissen, mit einer ungeheuren Liebe an dieser unvergeßlichen Mutter gehangen hat, und dessen bin Ich fest überzeugt, daß der heutige Tag so ganz seinen Gefühlen sich anschmiegt, daß Ich auch in seinem Sinne handle, wenn Ich Meinen Dank ausspreche. Wie vorgestern auf dem Paradefelde über den in der Sonne flatternden Fahnen der alten ostpreußischen Regimenter der lange Trauerflor sich in ihre bunteren Farben mischte, so auch am heutigen Tage. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß die Provinz erkennen möge aus der Feier des gestrigen Tages, wie hoch Ich das Band schätze, welches uns miteinander verbindet. Um noch einmal feierlich zu betonen, daß das Königtum Preußen und aus ihm hervorgehend das deutsche Kaisertum in Königsberg und Ostpreußen wurzele, habe Ich Meine Reichsinsignien hieher gebracht und sie gestern an Gottes Altar stellen lassen, damit Ihre Augen sie sehen und damit der Segen Gottes von neuem auf sie herabgefleht werde, vor demselben Altar, wo einst Kaiser Wilhelm der Große stand und sich die Krone aufs Haupt setzte als diejenige, welche nur von Gott allein ihm gegeben und als von Gott allein ihm zustehend erachtet wurde. So war denn der gestrige Tag ein Symbol zur Erinnerung an die Bethätigung des Königtums von Gottes Gnaden, zur Erinnerung an die schweren und die guten Tage, die Ostpreußen mit seinem Königshause erlebt hat. Denn das Großartige in der Erhebung, die zu den Freiheitskriegen führte, lag nicht nur darin, daß auf den Ruf seines Königs ein jeder Ostpreuße und jeder Preuße zu den Waffen griff und sein Schwert schwang, sondern daß vor allem die Einkehr in sich selbst und die Buße vor dem Allerhöchsten den Anfang machten. So möge dieser Geist der Väter, der das Große vorbereiten half, und die Thränensaat der hoch-

seligen Königin Luise, die sich in die herrlichen Aehren gewandelt hat, die Sie noch mitgemäht haben und die Ich einheimse, so möge dieser Geist wieder von dieser Provinz ausgehen und vorbildlich für das gesamte Vaterland werden an hingebungsvoller Mitarbeit und vertrauensvollem Aufblick zu dem König. Sie mögen versichert sein, daß die Krone, die Sie gestern gesehen, und das Scepter, das vor Ihnen am Altar lag, allezeit unter der Devise „suum cuique“ den Schutz und die Förderung der Interessen dieser Provinz gewährleisten wird, so lange Ich und Meine Nachfolger noch im stande sind, die Hand zu führen zum Wohle von Ostpreußen und des Vaterlandes. In diesem Sinne erhebe Ich den Pokal und verbinde damit eine Widmung, die Sie gewünscht haben: indem Ich Sie bitte, die Gabe dieses Doppelbildes anzunehmen, hoffe Ich, daß Sie sich der Einsetzung des Königtums und der Jetztzeit erinnern werden! Ich trinke auf das Wohl der Provinz!

11./13. September. Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren auf der „Hohenzollern“ und der russischen Yacht „Standard“ auf der Reede von Hela, wo sie den Marinemanövern beiwohnen. — Der Zar ernennt den Kaiser zum Chef des 39. Dragoner-Regiments.

12. September. (Thorn.) In einem Prozesse gegen 61 polnische Gymnasiasten wegen Geheimbündelei werden 15 Angeklagte freigesprochen, die anderen erhalten Verweise oder Gefängnisstrafen bis zu zwei Monaten.

14. September. (Danzig.) Der Kaiser besucht Danzig und erwidert auf die Ansprache des Oberbürgermeisters:

Ich komme soeben von einer hochbedeutsamen Begegnung mit Meinem Freunde, dem Kaiser von Rußland, welche zu Unserer Beider Zufriedenheit verlaufen ist, und durch welche hinwiederum die Ueberzeugung unerschütterlich befestigt wird, daß für lange Zeiten der Friede für die Völker Europas erhalten bleiben wird. Dieses Faktum macht auch Mir das Herz leichter, wenn Ich in die Mauern der alten schönen Handelsstadt einziehe. Als Ich das erste Mal Danzig besuchte, konnte Ich Mir aus dem damaligen Zustand der Stadt schon die Aufgabe vorzeichnen, welche darin bestand, die Stadt wieder zum Emporblühen zu bringen und zum Vorwärtsschreiten, die schönste Aufgabe, die einem Landesfürsten und Regenten blühen kann. Ich hegte keinen Zweifel, nachdem im Rathause Mir die Absichten der Stadt in Wort und Bild mitgeteilt worden waren, daß bei dem alten Hansageiste, der in unsern Kaufleuten sitzt, die Aufgabe, wenn auch nicht leicht, so doch ausführbar sein würde. Frei von dem bannenden Nebel parteipolitischer Rücksichten, die lange die Stadt Danzig zu ihrem Schaden bedrückt und niedergehalten haben, statt sich um ihre Interessen zu kümmern, sehe Ich die Stadt jetzt vor Mir aufblühen unter der sicheren Hand eines weisen, weitblickenden Stadthauptes. Wie die Entwicklung der Stadt mächtig emporstrebt, das zeigt sich in den gefallenen Wällen. Mit staunender Bewunderung hat Mein Blick die neuen Stadteile übersehen und mit Freude, daß Sie an dem Stil der Väter festhalten und daß Sie doch das schöne, eigentümliche Gepräge und Bild, das einem jeden eingegraben bleibt, der einmal Danzig gesehen hat, festzuhalten und zu entwickeln bestrebt sind. Sie sehen an

Mir noch die Zeichen der Trauer. Aber eines Meiner liebsten Gespräche, welche Ich im vergangenen Sommer mit Meiner schon damals schwer leidenden Mutter gehabt habe, das war über die Entwicklung der Stadt Danzig, weil Ihre Majestät wußte, daß ihr Regiment nunmehr auch hier eine Heimstätte finden würde, und die hochselige Kaiserin sprach damals den Wunsch aus, sie hoffe, daß die Danziger ihre Vergangenheit nicht vergessen möchten und vor allem ihren schönen Stil, das Erbteil ihrer Väter, wahren und fortentwickeln möchten. Ihnen aber, Meine Herren, spreche Ich Meinen herzlichsten, tiefgefühltesten Dank aus für den schönen Empfang, für den herrlichen Schmuck Ihrer Stadt und die freudige Stimmung Ihrer Bürgerschaft. Ich freue Mich, daß es nach manchen Schwierigkeiten gelungen ist, dem Wunsche der Stadt zu entsprechen, ihr vorwärts zu helfen. Der Herr Oberbürgermeister wird das selbst am besten wissen, daß wir zusammen manchen harten Strauß haben fechten müssen, zumal der Finanzierung wegen, und nicht zum geringsten rechne Ich uns gern zum Ruhme, wenn Ich sagen darf, daß Ich Ihre Brücke habe durchgebracht. Sie können sich versichert halten, daß nach wie vor Mein Interesse für die Hebung und Fortentwicklung Ihrer Stadt dasselbe bleibt, und Sie werden Mich lange genug kennen, um zu wissen: wenn Ich Mir etwas vorgenommen habe, führe Ich es auch durch. (Bravorufe.) Sie können sich denken, daß alle Phasen ihrer Entwicklung von Mir mit landesväterlichem Interesse, Meiner Huld und Meinem Schutz begleitet sein werden. So trinke Ich denn diesen Becher mit deutschem Wein auf das Wohl und die Entwicklung der Stadt Danzig. (Donnernde Hochrufe.)

Mitte September. Diskussion über das Attentat gegen Mac Kinley.

Die Presse beschäftigt sich lebhaft mit dem Verbrechen, wobei die verschiedensten Vorschläge zur Bekämpfung der Anarchisten gemacht werden. Die einen befürworten ein internationales Vorgehen, andere sehen im modernen Zeitgeist die Ursache des Uebels. Das „Deutsche Adelsblatt" schreibt: Es ist aber auch Zeit, unsere naturalistische Bildung zu revidieren, die keine Autorität kennt, außer die ihrer Professoren, die keinen Gott und keinen Sünderheiland kennen will, sondern ihre Bildung allein für das Rezept zur Glückseligkeit ansieht. Aber an ihren Früchten können wir sie erkennen: Soeben fiel wieder eine, und zwar eine völlig ausgereifte Frucht vom Baume der naturalistischen Bildung!

Der „Bauer" (klerikal): Solche Burschen, welche lehren, daß es keinen Gott gibt, daß der Mensch vom Affen abstammt, sollte man um einen Kopf kürzer machen, mögen es nun Universitätsprofessoren oder andere Schulmeister sein. Aber anstatt solche Menschen unschädlich zu machen, gibt man ihnen noch hohe Gehalte. Die Fürsten bezahlen so ihre Mörder und züchten selbst Königsmörder. . . . Diese Anarchisten sind verwegene Freimaurer. Alle Freimaurer sind aber Liberale. Alle diese Anarchisten und Königsmörder waren Liberale. Die Anarchisten sind nämlich Liberale erster Klasse, die Soci zweiter Klasse und die „Abendzeitungs"- und „Neueste Nachrichten"-Leser bloß Liberale dritter Klasse. Diese Anarchisten-Mörderbuben sind wohlgeratene Söhne der Liberalen, hängen am Rockschoß der Liberalen, haben ausgeführt liberale Lehren und gehandelt nach den Grundsätzen der Liberalen. Der Liberalismus macht heute einen Hofschranz und ist morgen ein Königsmörder — je nach Bedarf.

14. September. (Danzig.) Anläßlich des Todes von Mac Kinley richtet der Kaiser folgende Telegramme nach Amerika:

An den Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten in Buffalo, Amerika. Tief bewegt durch die Nachrichten über den vorzeitigen Tod des Präsidenten Mac Kinley eile Ich, Ihnen die tiefste und herzlichst gefühlte Sympathie des deutschen Volkes für die große amerikanische Nation auszudrücken. Deutschland trauert mit Amerika um den edlen Sohn Amerikas, der in Erfüllung seiner Pflicht gegen sein Land und Volk das Leben verlor.

gez. Wilhelm I. R.

Frau Mac Kinley, Buffalo. Ihre Majestät die Kaiserin und Ich selbst bitten Sie, den Ausdruck Unserer aufrichtigsten Trauer bei dem Verlust entgegenzunehmen, den Sie durch den Tod Ihres von ruchloser Mörderhand gefallenen geliebten Gatten erlitten haben. Möge Gott, der Ihnen so manche Jahre des Glücks an der Seite des Dahingeschiedenen schenkte, Ihnen die Kraft geben, um den schweren Schlag zu überwinden, mit dem er Sie heimgesucht hat. gez. Wilhelm I. R.

16. September. (Berlin.) Der Gesamtvorstand des Bundes der Industriellen erklärt sich im allgemeinen für den Zolltarifentwurf, obwohl er Bedenken gegen den Doppeltarif hat.

19. September. (Danzig.) Der Kaiser richtet folgendes Dankschreiben an den Oberpräsidenten von Westpreußen:

Ich kann es Mir am heutigen Schluß der diesjährigen Manöver nicht versagen, erneut zum Ausdruck zu bringen, wie wohlthuend Uns die vielen Beweise treuer Liebe und Anhänglichkeit berührten, die Mir und der Kaiserin in diesen Tagen aus allen Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht worden sind. Wie in Danzig, so wetteiferten an allen Orten die Bewohner, ihre Königstreue und ihre patriotische Gesinnung durch jubelnde Begrüßungen und festlichen Schmuck der Häuser und Straßen kundzugeben. Bewegten Herzens spreche Ich hiefür Unseren herzlichsten Dank aus und beauftrage Sie, dies zur Kenntnis der Provinz zu bringen. Einem Teil der Provinz mußte durch die Manöver, trotz der in diesem Jahre herrschenden landwirtschaftlichen Schwierigkeiten, eine besonders hohe Einquartierungslast auferlegt werden. Mit besonderem Dank erkenne Ich daher die vortreffliche und bereitwillige Aufnahme an, welche die Truppen in allen Kreisen und Ortschaften fanden.

Danzig, an Bord der „Hohenzollern“, 19. September.

Wilhelm R.

19. September. (Danzig.) Der Kaiser richtet folgendes Handschreiben an den Oberpräsidenten von Ostpreußen:

Es war Mir eine wahre Herzensfreude, daß Mich die Manöver in diesem Jubeljahr des preußischen Königtums in Meine getreue Provinz Ostpreußen führten. Der herzliche patriotische Empfang, der Mir und der Kaiserin, Meiner Gemahlin, seitens der Provinz wie von Meiner Haupt- und Residenzstadt Königsberg bereitet worden ist, berührte Uns überaus wohlthuend. Ich darf darin den beredten Ausdruck jener bewährten Treue erblicken, mit welcher die Provinz allezeit zu Meinem Hause stand. Ich nehme gerne Veranlassung, hiefür Unseren warm empfundenen Dank auszusprechen. Indem Ich Sie beauftrage, dies zur Kenntnis der Provinz zu bringen, füge Ich zugleich den Ausdruck Meiner lebhaften Genugthuung und dankenden Anerkennung für die vortreffliche Aufnahme hinzu, welche die Truppen trotz der gesteigerten Einquartierungslast in allen Kreisen und Ortschaften fanden.

Danzig, an Bord der „Hohenzollern“, am 19. September.

Wilhelm I. R.

19. September. (Danzig.) Der Kaiser verleiht dem Prinzen Tschun das Großkreuz des Roten Adlerordens.

22. September. (Bayern.) Versammlung des „Bayerisch-patriotischen Bauernvereins". — Zolltarif; Reichsgedanke.

Der Verein fordert Erhöhung der Getreidezölle, Erhaltung der bayerischen Selbständigkeit und eine sparsame Reichsverwaltung. Der Zentrumsführer Landtagsabg. Daller sagt hierüber: Ich sehe nicht ein, sagte er, wohin es führen soll, wenn nicht von seiten des Reichs mit Sparen vorangegangen wird. Wenn man dem Volke so schwere Lasten auferlegt, so muß man auch seine Wünsche berücksichtigen, uns von seiten Deutschlands so entgegen kommen, daß man, wenn auch nicht gerne, so doch nicht mit Erbitterung dabei ist.

22./27. September. (Lübeck.) Sozialdemokratischer Parteitag. — Polenfrage; Bernstein; Parteipresse; Budgetbewilligung; Streikbruch und Schiedsgericht; Zolltarif.

Zum Präsidenten wird Abg. Singer gewählt. — Es wird gegen scharfen Widerspruch beschlossen, über Presse, Litteratur und Kolportage in geschlossener Sitzung zu verhandeln. — Sodann wird die Frage diskutiert, ob die polnische Sozialdemokratie eine besondere Organisation auf nationaler Grundlage erhalten solle, wie polnische Vertreter wünschen. Die Versammlung erklärt sich dagegen.

Eine lebhafte Debatte ruft die Bernsteinfrage hervor. Von mehreren lokalen Vereinigungen ist der Antrag gestellt worden, die schriftstellerische Thätigkeit Eduard Bernsteins (vgl. 1899) als unsozialdemokratisch zu verurteilen. Abg. Bebel greift Bernstein scharf an und tadelt, daß der „Vorwärts" sich noch nicht gegen ihn erklärt habe. Eduard Bernstein: Ihm seien die praktischen Forderungen des Programms die Hauptsache. Die Sozialdemokratie als die wissenschaftlichste Partei der Welt dürfe vor theoretischen Erörterungen keine Furcht haben, denn sie schöpfe ihre Kraft aus dem modernen Zustande der modernen Gesellschaft. In der weiteren Debatte, in der u. a. Abg. Heine für, Abg. Stadthagen gegen Bernstein spricht, wird Bernstein namentlich wegen seines Wortes: „Die Bewegung ist mir alles, das Endziel nichts" heftig angegriffen. Schließlich wird folgende Resolution Bebels mit 203 gegen 31 Stimmen angenommen: Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Notwendigkeit der Selbstkritik über die geistige Fortentwickelung unserer Partei an. Aber die durchaus einseitige Art, wie der Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Träger, hat ihn in eine zweideutige Position gebracht, und die Mißstimmung eines großen Teils der Parteigenossen erregt. In der Erwartung, daß der Genosse sich dieser Erkenntnis nicht verschließt und danach handelt, geht der Parteitag über die Anträge zur Tagesordnung über. Ed. Bernstein: Die Resolution ruhe auf falschen Voraussetzungen und thue ihm in objektiver Beziehung Unrecht. Da aber damit kein Mißtrauensvotum verbunden sein solle, wolle er das Votum der Mehrheit der Parteigenossen entgegennehmen und ihm auch diejenige Achtung und Beachtung entgegentragen, die ihm gebührt.

In der Debatte über die Parteipresse kritisieren Abg. Fischer und Heine scharf den rüden Ton, dessen sich viele Genossen, wie Stadthagen, Rosa Luxemburg, Parvus u. a. bedienten. Es sei vielleicht ein Erbteil ihrer jüdisch-polnischen Rasse. Andere widersprechen heftig und werfen

Heine Antisemitismus vor. — Ueber Streitigkeiten unter Parteigenossen wegen Streiks und Streikbruchs wird folgender Beschluß gefaßt: Der Parteitag als Vertreter der in der Sozialdemokratie organisierten klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft stimmt mit den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rückhaltlosen Verurteilung des Streikbruchs. Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streikbruch mit aller Energie bekämpfen und ahnden müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß. Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung zu nehmen, oder von solchen Beschlüssen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen dazu die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei abhängig zu machen. Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ehrlichen Absicht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rücksichtlich der Neuheit des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist. Der Parteitag muß es den örtlichen Parteiorganisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Zentralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Akkordmaurer unterstützen können, und namentlich, inwieweit sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Parteiorganisationen für möglich halten. (Ein Hamburger Streitfall hatte die Debatte hierüber veranlaßt.)

In dem Bericht über die parlamentarische Thätigkeit tadelt Abg. Wurm die „Sozialistischen Monatshefte“, die immer mehr zu Mauserungsheften würden. Die Budgetbewilligung in den Einzellandtagen sei unbedingt verwerflich, denn das böse Beispiel stecke an. In einem Bergwerksrevier lehnte ein sozialdemokratischer Kandidat es ab, am 18. März eine Gedächtnisrede zu halten; denn wenn er die Revolution verherrliche, würden die indifferenten Arbeiter nicht für ihn stimmen. Das heißt doch die Mandatsjägerei aufs höchste treiben. Wir wollen den offenen Kampf wie bisher treiben, und nicht ein Lammfell umlegen. Abg. Blos und Joos-Gotha: Unter gewissen Umständen könne man für das Budget der Einzelstaaten stimmen, um eine Verschlechterung des Budgets zu verhüten. — Eine Resolution besagt: Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.

Nachdem Abg. Bebel über den Zolltarif gesprochen und ausgeführt hat, daß die Landbevölkerung zum größten Teile für die exorbitanten Forderungen der Agrarier sei, wird eine scharfe Resolution gegen den Zolltarifsentwurf angenommen: Der Entwurf, wenn verwirklicht, bedeutet den unerhörtesten Brot- und Lebensmittelwucher, die zunehmende Verarmung und Aushungerung der arbeitenden Klassen und ihre Unterjochung unter den Agrar- und Industrie-Feudalismus. Er bedingt ferner mit Notwendigkeit die Verfeindung Deutschlands mit allen Kulturnationen und seine wirtschaftliche und politische Isolierung. Der Entwurf ist mit einem Wort das volks- und kulturfeindlichste Machwerk, das man einer zivilisierten Nation zumuten kann; er beweist, daß seine Urheber nicht nur die größten Feinde der Arbeiterklasse, sondern auch die schlimmsten Schädiger der politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sind.

23./25. September. (München.) Die Generalversammlung

des Vereins für Sozialpolitik, an der viele Nationalökonomen und Politiker teilnehmen, beschäftigt sich vorwiegend mit dem Zolltarifentwurf, insbesondere mit der Erhöhung der Getreidezölle. Die Stimmen sind sehr geteilt. (Vgl. Schriften des Vereins für Sozialpolitik.)

23. September. (Berlin.) Geh. Justizrat Pernice, Professor des Römischen Rechts, †.

23. September. Rede des Kaisers auf den Zaren in Wyschtyten.

Der Kaiser begibt sich zu Pferde und in der Uniform seines russischen Grenadier-Regiments nach dem Grenzstädtchen Wyschtyten, das am 26. August zum größten Teile durch Feuer zerstört worden ist. An die auf dem Marktplatze zusammengeströmte Bevölkerung hält der Kaiser folgende Ansprache: Seine Majestät der Kaiser von Rußland, Nikolaus II., Euer erhabener Landesherr, Mein geliebter Freund, hat von Euerem Unglück gehört. Er läßt Euch durch meinen Mund mitteilen, wie sehr ihn die Nachricht betrübt hat, und läßt Euch sein herzliches Mitgefühl aussprechen. Aber noch mehr, er sendet Euch durch Mich als Zeichen seiner landesväterlichen Fürsorge eine Spende von 5000 Rubel, die Ich Meinem bevollmächtigten Forstmeister von Saint-Paul übergebe zur Verteilung in Gemeinschaft mit dem Landrat von Luck und dem Komitee. Ihr erseht hieraus, wie das Auge Eueres erhabenen Landesvaters überall, bis an die Grenzstädte seines großen Reiches reicht, und wie sein gütiges warmes Herz für seine, wenn auch noch so entfernten Unterthanen schlägt. Eurer Dankbarkeit und Liebe für Eueren Kaiser und Vater werdet Ihr jetzt Ausdruck geben, indem Ihr mit Mir ruft: „Kaiser Nikolaus, hurra!" (Der letzte Satz in russischer Sprache.)

27. September. (Württemberg.) Beschlüsse der Handelskammern über die Eisenbahnpolitik.

Der erste Handelskammertag in Stuttgart bezeichnet mit sechs gegen zwei Kammern den Anschluß an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft aus wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Gründen als vorteilhaft und dringend wünschenswert. Die beiden Kammern, die sich zunächst ablehnend verhalten, sind in erster Linie für Reichseisenbahnen, erst dann für die preußisch-hessische Gemeinschaft, aber nicht für eine süddeutsche Gemeinschaft.

28. September. (Bayern.) Der Landtag tritt zusammen. In der Abgeordnetenkammer legt Finanzminister Dr. Frhr. v. Riedel das Budget vor.

In seiner Budgetrede sagt der Minister: Se. kgl. Hoheit Prinz Luitpold, des Königreiches Bayern Verweser, haben mich beauftragt, dem Landtag, und zwar zunächst der Kammer der Abgeordneten, folgende Vorlagen zu unterbreiten: 1. die Rechnungsnachweisungen für die 24. Finanzperiode, die die Jahre 1898 und 1899 umfassen, nebst den dazu gehörigen Uebersichten; 2. das Budget der 26. Finanzperiode, d. i. für die Jahre 1902 und 1903, mit dem Finanzgesetzentwurf; 3. einen Gesetzentwurf, die Fortsetzung der Grundentlastung betreffend; 4. einen Gesetzentwurf, betreffend die Aenderung der Gesetze über die allgemeine Grund- und Haus-

steuer; 5. einen Gesetzentwurf, die Steuernachlässe betreffend. Wie die Rechnungsnachweisungen entnehmen lassen, schließt das Jahr 1898 mit 32,290,618 ℳ und das Jahr 1899 mit 22,791,088 ℳ, sohin die ganze Finanzperiode mit 55,081,706 ℳ Erübrigungen ab, wovon jedoch nur mehr 34,960,864 ℳ zur Verfügung stehen, da die Summe von 20,120,842 ℳ auf Grund des Gesetzes vom 15. Dezember 1899 über die Gewährung außerordentlicher Staatsbeihilfen aus Anlaß der Ueberschwemmungen im September 1899, ferner des Gesetzes vom 1. Juli 1900 über die Vermehrung der Betriebsmittel der Zentral-Darlehenskasse und des Finanzgesetzes vom 30. Juni 1900 bereits zur Verwendung gelangten. Die Erübrigungen der 24. Finanzperiode rühren ebenso wie die der früheren Jahre in der Hauptsache davon her, daß die Einnahme-Etats namentlich infolge des außerordentlichen Aufschwunges von Handel und Verkehr während der Jahre 1898 und 1899 bessere Resultate lieferten, als man bei Budgetaufstellung mit Sicherheit annehmen konnte. Auch der Staatsbedarf blieb hinter den Voranschlägen bei der Mehrzahl der Staatsaufwands-Etats zurück; die betreffenden Minderausgaben beruhen jedoch größtenteils auf nicht verwendeten Krediten, insbesondere für Bauten, und können daher nicht als wirkliche Ersparungen betrachtet werden. Mehrausgaben sind lediglich bei dem Etat für Reichszwecke mit rund 2,428,000 ℳ und bei dem Etat für Pensionen mit rund 3,154,000 ℳ zu verzeichnen. Die direkten Steuern sind an den Erübrigungen der 24. Finanzperiode mit 2,072,010 ℳ beteiligt; hievon entfallen auf die Miethaussteuer 393,000 ℳ, Arealhaussteuer 3500 ℳ, Gewerbesteuer 725,000 ℳ, auf die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen 54,000 ℳ, Kapitalrentensteuer 359,000 ℳ und die Einkommensteuer 510,000 ℳ, während die Grundsteuer eine Mindereinnahme von rund 180,000 ℳ gegenüber dem Budgetvoranschlag ergeben hat, was auch diesmal hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß bei der Einhebung mit möglichster Schonung zu Werke gegangen wurde und infolgedessen die Rückstände und Nachlässe den bei der Etatsaufstellung angenommenen Betrag überstiegen haben. Der Prozentsatz der uneinbringlichen Rückstände ist übrigens auch bei der Grundsteuer immerhin noch ein äußerst mäßiger. Es ist dringend zu wünschen, daß die verehrten Herren die ihnen zugehenden Rechnungsnachweisungen möglichst streng auch in der Richtung prüfen, ob bei der Etatsaufstellung, an der Sie ja mit aller Gründlichkeit mitgewirkt haben, irgendwie eine künstliche Herabsetzung der Einnahme-Etats obgewaltet oder, mit anderen Worten, ob die Regierung eine sogenannte Ueberschußwirtschaft getrieben habe. Ich sehe einer solchen Prüfuug mit großer Ruhe entgegen. Bei der Beratung des Finanzgesetzentwurfes für die 25. Finanzperiode 1900/1901 ist sowohl im Finanzausschuß wie auch in der öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 27. Juni 1900 der Wunsch geäußert worden, daß dem Landtag gelegentlich eine genauere Mitteilung darüber gemacht werde, wie sich seit dem Anfall von Erübrigungen die Finanzwirtschaft im Königreiche Bayern gestalte und in welcher Weise insbesondere die Verwendung der erzielten Erübrigungen stattgefunden habe. Ich werde selbstverständlich diesem Wunsche durch Uebersendung entsprechender Uebersichten gerecht zu werden suchen; vielleicht ist es jedoch von Interesse, wenn ich heute schon einige größere Ziffern aus diesen Zusammenstellungen mitteile, zumal die Aera der Erübrigungen wie ich ernstlich befürchte, stark im Erblassen, wenn nicht gar im Erlöschen begriffen ist.

Ende September. (Baden.) Für die Landtagswahlen erläßt die Zentrumspartei einen Aufruf, in dem es heißt:

Wie in früheren Jahren, so ist auch jetzt noch der Nationalliberalismus unser Hauptgegner. Je mehr es uns gelingt, auch in den kommenden Wahlen der nationalliberalen Partei weitere Mandate zu entreißen und sie noch mehr in die Minderheit zu drängen, desto mehr werden wir die Aussichten auf Verwirklichung unserer Bestrebungen verbessern und damit das Gemeinwohl fördern. . . . Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht!

September. (Berlin.) Konflikt zwischen der Krone und Stadtverwaltung.

Die Berliner Stadtverordneten wählen den von der Krone nicht bestätigten Stadtrat Kauffmann zum zweiten Male zum Bürgermeister (12. Sept.). — Der Kaiser lehnt ein Projekt des Magistrats, eine Straßenbahn über die Straße „Unter den Linden" zu führen, ab und verlangt eine Unterführung. Eine vom Oberbürgermeister nachgesuchte Audienz in dieser Angelegenheit wird verweigert. — Ferner legt der Kaiser gegen einen von der Stadt projektierten Märchenbrunnen im Friedrichshain Einspruch ein aus künstlerischen Rücksichten.

September. Oktober. November. Streit um den Konfessionalismus in der Wissenschaft. Fall Spahn. Erklärung Mommsens. Angriffe auf die preußische Unterrichtsverwaltung.

An der Universität Straßburg wird durch Berufung des Professors Varrentrapp nach Marburg der Lehrstuhl für neuere Geschichte frei (Juli). Als seine Nachfolger werden ernannt der von der Fakultät vorgeschlagene Berliner Privatdozent Fr. Meinecke (Protestant) und der Bonner außerordentliche Professor M. Spahn (Katholik). Diese Teilung der Professur in eine protestantische und katholische erregt großes Aufsehen. Die Zentrumspresse bezeichnet die Errichtung einer katholischen Professur als eine Forderung der Gerechtigkeit, weil bisher die katholische Anschauung bei Besetzung der Lehrstühle in der philosophischen Fakultät zu kurz gekommen sei; die protestantische Presse bestreitet zum großen Teil grundsätzlich die Notwendigkeit einer Besetzung der Geschichtsprofessuren nach konfessionellen Prinzipien. Aus demselben Grunde erhebt die philosophische Fakultät Straßburgs Vorstellungen gegen die Ernennung Spahns.

Als Grund der Ernennung wird bald der Wunsch der Regierung, dem Zentrum gefällig zu sein, angegeben, bald die Absicht, durch die Ernennung eines Katholiken die Zustimmung des Vatikans zur Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät (vgl. 1900 S. 79) zu erhalten. Während dieser Erörterungen teilt die „Bonner Ztg." mit, daß Spahn nicht auf dem Boden des Zentrums stehe, denn er habe für die antiklerikale „Tägliche Rundschau" geschrieben und mit dem ehemaligen Jesuiten Graf Hoensbroech in Beziehungen gestanden. Die katholische Presse tadelt Spahn scharf wegen dieser Beziehungen, bezeichnet sie aber als entschuldbare jugendliche Verirrungen; sodann greift sie Hoensbroech, auf den sie diese Mitteilung zurückführt, aufs heftigste an, weil er das Redaktionsgeheimnis verletzt habe. Hoensbroech verteidigt sich in der „Tägl. Rdsch.". In der protestantischen Presse wird vielfach die Absicht der Regierung, den Vatikan zu gewinnen, als durch diese Veröffentlichung hinfällig geworden bezeichnet.

Am 17. Oktober geht dem Statthalter von Elsaß-Lothringen folgendes Telegramm zu: Neues Palais. Das Patent für Dr. Spahn ist von Mir heute vollzogen worden. Dr. Spahn wird gewiß eine vortreff-

liche Lehrkraft für die Universität werden. Ich freue Mich, den lange gehegten Wunsch Meiner Elsaß-Lothringer erfüllen zu können und ihnen sowohl als Meinen katholischen Unterthanen überhaupt bewiesen zu haben, daß anerkannte wissenschaftliche Tüchtigkeit auf der Basis der Vaterlandsliebe und der Treue zum Reich immer zu Nutz und Frommen des Vaterlandes von Mir verwendet wird. Wilhelm I. R.

Die Diskussion geht noch weiter, ein Teil der katholischen Presse, namentlich die elsässische, bekämpft Spahn scharf als unzuverlässigen Katholiken, ebenso die römische „Voce della Verità", deren Auslassungen auf Kardinal Rampolla zurückgeführt werden. Die „Köln. Volksztg." und „Germania" weisen diese Angriffe entschieden zurück. Anfang November hören die Angriffe der „Voce della Verità" auf, nach der „Politischen Corresp." infolge einer energischen deutschen Vorstellung im Vatikan.

Anknüpfend an den Fall Spahn schreibt Prof. Theod. Mommsen über die Gefahren, die der Forschung drohen: Es geht durch die deutschen Universitätskreise das Gefühl der Degradierung. Unser Lebensnerv ist die voraussetzungslose Forschung, diejenige Forschung, die nicht das findet, was sie nach Zweckerwägungen und Rücksichtnahmen finden soll und finden möchte, was anderen außerhalb der Wissenschaft liegenden praktischen Zielen dient, sondern was logisch und historisch dem gewissenhaften Forscher als das Richtige erscheint, in ein Wort zusammengefaßt: die Wahrhaftigkeit. — Auf der Wahrhaftigkeit beruht unsre Selbstachtung, unsre Standesehre, unser Einfluß auf die Jugend. Auf ihr ruht die deutsche Wissenschaft, die das ihrige beigetragen hat zu der Größe und der Macht des deutschen Volkes. Wer daran rührt, der führt die Axt gegen den mächtigen Baum, in dessen Schatten und Schutz wir leben, dessen Früchte die Welt erfreuen. Ein solcher Axtschlag ist jede Anstellung eines Universitätslehrers, dessen Forschungsfreiheit Schranken gezogen werden. Abgesehen von den theologischen Fakultäten ist der Konfessionalismus der Todfeind des Universitätswesens. Die Berufung eines Historikers oder eines Philosophen, der katholisch sein muß, oder protestantisch sein muß, und der dieser seiner Konfession dienstbar sein soll, heißt doch nichts anderes, als den also Berufenen verpflichten, seiner Arbeit da Grenzen zu setzen, wo die Ergebnisse einem konfessionellen Dogma unbequem werden könnten, dem protestantischen Historiker verbieten, das gewaltige Geisteswerk des Papsttums in volles Licht zu setzen, dem katholischen, die tiefen Gedanken und ungeheure Bedeutung des Ketzertums und des Protestantismus zu würdigen. In dem kläglichen Armutszeugnis, das die Konfessionen damit sich selbst ausstellen, wenn sie ihren Anhängern verbieten, Geschichte oder Philosophie bei einem Lehrer anderer Konfession zu hören, und gegen etwaige Irrlehren das Mittel der Ohrenverstopfung verordnen, liegt zugleich eine der Allgemeinheit drohende Gefahr. In seinen Anfängen ist der Krebsschaden heilbar; späterhin ist er es nicht mehr. Möchte jeder junge Mann, den der Universitätsberuf auf diese schwierigen Gebiete lockt, immer und vor allem dessen eingedenk bleiben, daß für den echten Erfolg die erste Bedingung der Mut der Wahrhaftigkeit ist, daß der Fanatiker, der die Wahrheit nicht zu begreifen vermag, nicht an die Universität gehört, noch weniger aber derjenige, der insoweit konfessionell ist, als er dabei zugleich ministeriell bleibt. Gewiß kann auch er als Gelehrter tüchtige Arbeit leisten; aber auf die Selbstachtung und auf die Achtung seiner Standesgenossen nnd der für den Seelenadel feinfühligen Jugend muß er verzichten. Möglichem Mißverständnis zu begegnen, mag noch hinzugefügt werden, daß hier die Rede ist lediglich von den prinzipiellen Fragen, ob es gerechtfertigt ist, Universitätsprofessuren, außerhalb der theologischen Fakultäten, nach konfessionellen

Rücksichten und mit konfessionellem Rechtszwang zu vergeben. Wie in dem einzelnen Fall der Ernannte sich persönlich zu seiner Konfession stellt, was er als Protestant oder als Katholik sein will oder sein kann, kommt dabei in keiner Weise in Betracht. Der Schlag gegen die Universitätsfreiheit bleibt der gleiche, mag er in der besonderen Anwendung die eine oder die andere Konfession, diese oder jene Richtung treffen. Möchte somit ein jeder, der bei der Anstellung von Universitätslehrern mitzuwirken berufen ist, dessen eingedenk bleiben, daß die voraussetzungslose Forschung, das heißt die Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit des Forschers das Palladium des Universitätsunterrichtes ist, und sich hüten vor dem, was nicht verziehen wird, vor der Verleitung zu der Sünde wider den heiligen Geist. Die Hoffnung wird vielleicht nicht täuschen, daß damit die Gesinnung unsrer Kollegen zum Ausdruck gebracht wird.

Diese Erklärung entfesselt eine neue große Diskussion in der Oeffentlichkeit. Fast sämtliche deutsche und österreichische Universitäten senden Mommsen Zustimmungsadressen, die liberale protestantische Presse stimmt ihm ebenfalls zu, die katholische und konservative greift ihn scharf an, weil der Historiker und Philosoph nicht voraussetzungslos sein könne, vielmehr eine bestimmte Weltanschauung zu vertreten habe.

In der Hamburger Wochenschrift „Lotse" greift der Straßburger Professor Michaelis den Ministerialdirektor im preußischen Kultusministerium Althoff an, weil er die Universitätsangelegenheiten nicht nach sachlichen Gesichtspunkten leite und auch die Ernennung Spahns aus politischen Rücksichten veranlaßt habe. Gegen diese Behauptungen wenden sich u. a. Professor Kehr, Harnack, Paulsen; eine Anzahl Berliner Professoren unter Führung Schmollers spricht Althoff ihr Vertrauen aus (5. Januar 1902. Vgl. über die ganze Angelegenheit namentlich „Preußische Jahrbücher" Bd. 106, „Lotse", „Zeit", „Christliche Welt").

30. September. (Berlin.) Der deutsche Handelstag spricht sich mit geringer Mehrheit gegen den Entwurf des Zolltarifs aus.

Anfang Oktober. Zolltarif und Sozialreform. Industrielle und Konservative.

Die Delegierten des Zentralverbandes deutscher Industrieller fassen folgende Resolution (1. Oktober):

Die Delegiertenversammlung betont nach wie vor die Notwendigkeit des Abschlusses langfristiger Handelsverträge; dieselbe ist auch nach wie vor einverstanden mit einer Erhöhung der Getreidezölle und insbesondere damit, daß unter die im Absatz 2 § 1 des Zolltarifgesetzentwurfs benannten Sätze nicht heruntergegangen werde; dieselbe ist endlich einverstanden damit, daß ein Minimalsatz für die im § 1 des Gesetzentwurfs benannten Getreidearten im Gesetze überhaupt nicht festgestellt werden dürfe und Absatz 2 des § 1 somit zu streichen sei. Sollte Absatz 2 des § 1 des Gesetzentwurfs durch die gesetzgebenden Körperschaften zur Annahme gelangen, so behält sich der Zentralverband vor, mit entsprechenden Anträgen an die Reichsregierung heranzutreten.

Die „Kreuz-Ztg." ist mit diesem Beschluß unzufrieden und droht, falls der Zentralverband seine Haltung nicht ändere, mit einer Wiederaufnahme der Sozialpolitik. Es sei bekannt, „daß in der konservativen Partei das Verlangen nach vollständiger Durchführung des sozialen Programms der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 und der kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890 sehr stark vertreten ist, und daß nur die uns doch näher liegende Sorge um die Erhaltung eines starken Bauern-

und Gutsbesitzerstandes jenes Verlangen hat zurücktreten lassen. Wir hofften, durch die Mitwirkung des Zentralverbandes eine gute Agrarpolitik machen zu können, und ließen aus Rücksicht auf die in sozialpolitischer Hinsicht etwas nervöse Mehrheit jenes Verbandes unsere positiven sozialen Programmpunkte hinter den Forderungen der Abwehr revolutionärer Bestrebungen lange in den Hintergrund treten — vielleicht etwas zu lange, da wir jetzt von den Industriellen für all unsere Arbeit und allen Schimpf, den wir für sie tragen mußten, offenkundigen Verrat ernten!"

Anfang Oktober. (Berlin.) Es werden Bestimmungen gegen die Überfüllung der Technischen Hochschule mit Ausländern getroffen. (Vgl. S. 106).

1. Oktober. (Berlin.) Gründung einer neuen Wochenschrift.

Die Leitung des national-sozialen Vereins gibt im Verlag der „Hilfe" eine Wochenschrift „Die Zeit" heraus. Als Herausgeber zeichnet Friedrich Naumann, als verantwortlicher Redakteur Dr. Paul Rohrbach. — Die „Zeit" bekämpft den Zolltarif wegen der Erhöhung der Getreidezölle aufs schärfste.

2. Oktober. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt über die Wegführung der astronomischen Instrumente aus Peking (S. 134):

„Nachdem durch die jüngst erfolgte Unterzeichnung des Schlußprotokolls in Peking normale Beziehungen zwischen China und den Mächten wieder angebahnt wurden, hat die deutsche Regierung der chinesischen die seinerzeit vom deutschen Kontingent aus Peking fortgeführten astronomischen Instrumente wieder zur Verfügung stellen lassen. Die chinesische Regierung hat darauf erwidert, daß sie mit Rücksicht auf die Umständlichkeiten und Schwierigkeiten, womit der Rücktransport, sowie die demnächstige Wiederaufstellung der Instrumente verknüpft sein würde, auf dieselben verzichte."

8. Oktober. (Bayerischer Landtag.) Schluß einer mehrtägigen Besprechung des Zolltarifentwurfs.

Der Entwurf wird namentlich von den Sozialdemokraten scharf angegriffen, die Liberalen billigen ihn im allgemeinen unter der Voraussetzung, daß er langfristige Handelsverträge ermögliche, Zentrumsabgeordnete legen vor allen Dingen Wert auf erhöhte Getreidezölle. Ministerpräsident v. Crailsheim führt aus (4. Oktober), es sei Pflicht der Regierung, die Interessen der Landwirte und der Industrie gemeinsam zu vertreten. Die Landwirtschaft solle einen höheren Zollschutz erhalten, zugleich aber müßten die Interessen der Konsumenten und der Exportindustrie berücksichtigt werden. Das gesamte Staatsleben sei mit dem Gedeihen der Industrie eng verknüpft. Zur Zeit industrieller Krisen sei das Staatsbudget schwer aufzustellen; zur Zeit landwirtschaftlicher Krisen seien die Staatskassen dagegen voll gewesen, so daß der Landwirtschaft geholfen werden konnte. Die Zollerhöhung auf Getreide komme gerade auch den kleinen Landwirten zu gute. Keineswegs habe eine solche Zollerhöhung sowie die Erhöhung der Getreidepreise ein analoges Steigen der Brotpreise zur Folge. Unter der bisherigen Handelspolitik hob sich die Lebenshaltung der Arbeiter, dagegen würden die Arbeiter am schwersten darunter leiden, wenn die Landwirtschaft zu Grunde gehe.

8. Oktober. (Breslau.) Auf der Generalversammlung des

Evangelischen Bundes werden folgende Angaben über das numerische Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken gemacht:

Während es in Westpreußen 1861 590 000 Evangelische und 560 000 Katholiken, 1895 aber 700 000 Evangelische und 760 000 Katholiken gab, Posen 1861 490 000 Evangelische und 920 000 Katholiken, 1895 aber 560 000 Evangelische und 1 230 000 Katholiken hatte, nahmen in Schlesien in demselben Zeitraum die Evangelischen um 300 000, die Katholiken dagegen um 710 000 zu, so daß es jetzt in Schlesien 400 000 mehr Katholiken als Evangelische gibt, während die Konfessionen sich 1861 ziemlich gleichstanden. Immer weiter dringt mit dem Polonismus auch der Katholizismus vom Osten nach Westen vor. In den Mischehen hat im ganzen die evangelische Kirche keine Einbußen erlitten, so gehörten von Mischehenkindern in Posen 1895 9000 zur evangelischen, 6400 zur katholischen Kirche, in Schlesien 1895 77 000 zur evangelischen und 67 000 zur katholischen Kirche. Auch in den Uebertritten hat die Statistik für Schlesien in 18 Jahren 16 700 zur evangelischen und nur 2000 zur katholischen Kirche verzeichnet.

11. Oktober. (Sachsen.) Landtagswahlen.

Bei den Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer werden gewählt 20 Konservative, 1 Mitglied des Bundes der Landwirte, 7 Nationalliberale, 2 Fortschrittler. — Infolge der 1896 vorgenommenen Aenderung des Wahlrechts haben die letzten dem Landtag noch angehörenden Sozialdemokraten ihr Mandat verloren. Die Konservativen haben die Zweidrittelmajorität errungen, unter den Liberalen beginnt daher eine Agitation auf Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts.

13. Oktober. (Berlin.) Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Rudolf Virchow feiert seinen 80. Geburtstag unter Teilnahme vieler deutscher und auswärtiger Gelehrten und Regierungsvertreter.

15. Oktober. (Baden.) In den Landtagswahlen werden gewählt 24 Nationalliberale, 23 Klerikale, 6 Sozialdemokraten, 5 Demokraten, 2 Freisinnige, 1 Konservativer, 1 Antisemit, 1 Mitglied des Bundes der Landwirte. — Die Nationalliberalen und Zentrum gewinnen je 1 Mandat.

Oktober. Differenzen in der sozialdemokratischen Partei.

In einer Versammlung in München (14. Oktober) kritisiert Abg. v. Vollmar scharf den Lübecker Parteitag, namentlich den groben Ton, der dort geherrscht habe. Die geschlossenen Sitzungen seien die Vorläufer von Ketzergerichten; das Urteil über Bernstein sei ungerecht. Die Sozialdemokratie, die doch alles Bestehende kritisiere, dürfe nicht am Dogma festhalten. Die Resolution Bebels enthalte ein ganz unmögliches Urteil gegen Bernstein. Die Verurteilung der „Art und Weise", wie Bernstein kritisiere, unterbinde jede Kritik. Man habe aus Nützlichkeitsgründen die Freiheit der Kritik unterbunden. Nur gegen Bernstein sei man so nervös, gegen einen Parvus, gegen Rosa Luxemburg sei man es nicht.

Gegen diese Kritik wendet sich Abg. Bebel im „Vorwärts". Er verteidigt den Ton des Parteitags, der eben kein Damenkränzchen sei; in der sozialdemokratischen Partei dürften solche perverse Anstandsneigungen nicht zur Geltung kommen. Er wolle keineswegs der Rüdigkeit das Wort reden; aber mit dem Eifer, im Ton der honetten Gesellschaft zu gefallen sei leider in der Regel auch ein Wandel in der Gesinnung verbund

Ueber das Vorgehen gegen Bernstein sagt er: Auf die Dauer verträgt es keine Partei ohne Schaden und am allerwenigsten die unsere, weil sie Feinde und zwar Todfeinde ringsum hat und ein festes, geschlossenes, einheitliches Handeln für ihre Erfolge und ihre Propaganda bei den Massen eine Lebensnotwendigkeit ist, daß ihre prinzipiellen wie taktischen Grundlagen unausgesetzt in Zweifel gezogen werden und eine Kritik sich herausbildet, die den Eindruck macht, als werde sie nur geübt aus Freude an der Kritik und ohne Rücksicht auf die Stellung einer nach allen Seiten gleichzeitig kämpfenden Partei.

19. Oktober. (Leipzig.) Agitation gegen das Duellwesen.

Eine Versammlung, die vom Fürsten Löwenstein einberufen ist und an der etwa 50 Angehörige der Aristokratie und höherer Berufe teilnehmen, will dem Zweikampfunwesen entgegenwirken durch Verschärfung der Strafbestimmungen zum Schutze der Ehre und gegen den Zweikampf, zweitens durch Bildung von Schiedsgerichten zur Beilegung von Ehrenhändeln und drittens durch Agitation und Bekämpfung der duellfreundlichen Vorurteile in der „Gesellschaft".

21. Oktober. (Frankfurt a. M.) Es wird eine Akademie für Handels- und Sozialwissenschaften eröffnet.

22. Oktober. (Regensburg.) Eine von etwa 6000 Bauern besuchte Versammlung des Bayerischen Bauerntages fordert einstimmig beträchtliche Erhöhung der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte.

23. Oktober. (Berlin.) Abg. v. Siemens, Leiter des Handelsvertragsvereins, ehemaliger Direktor der Deutschen Bank, 62 Jahre alt, †.

24. Oktober. (Potsdam.) Der Bischof Benzler von Metz legt feierlich den Homagialeid vor dem Kaiser ab.

24. Oktober. (Berlin.) Die „Deutsche Kolonialzeitung" veröffentlicht eine vorläufige Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der deutschen Kolonialgesellschaft über die Errichtung einer Reichsauskunftsstelle für Auswanderer.

Die Auskunftsstelle bildet die Verwaltungsabteilung der Kolonialgesellschaft, aber unter Oberaufsicht des Reichskanzlers und unter einem Vorstand, dessen Anstellung der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt. Die Auskunftserteilung erfolgt kostenlos, entweder unmittelbar durch die Auskunftsstelle, oder mittelbar durch Vertrauensmänner oder durch innerhalb des Reichsgebietes zu errichtende Zweigstellen. Das Reich stellt einen jährlichen Kostenzuschuß in Aussicht. Das Auswärtige Amt bringt die Berichte der kaiserlichen Vertreter im Auslande, die für das Auswanderungswesen von Interesse sind, zur Kenntnis der Auskunftsstelle und wird auch Anträgen der letzteren wegen Beschaffung weiteren Materials nach Möglichkeit entsprechen.

25. Oktober. Die Bayerische Abgeordnetenkammer genehmigt einen Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, auf den einheitlichen Verkauf von Getreide nach Gewicht und auf den Ver-

kauf von Schlachtvieh nach Lebendgewicht hinzuwirken, sowie beim Verkauf von Getreide und Schlachtvieh möglichst zuverlässige amtliche Preisnotierungen herbeizuführen.

27. Oktober. (Berlin.) Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei faßt folgenden Beschluß über den Zolltarifentwurf:

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei spricht die Erwartung aus, daß der zur Zeit dem Bundesrat vorliegende Entwurf eines Zolltarifgesetzes nebst Zolltarif in der Weise verabschiedet wird, daß die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse den notwendigen höheren Schutz findet, daß aber bei Gewährung dieses Schutzes diejenigen Grenzen eingehalten werden, welche den Abschluß der für Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe notwendigen langfristigen Handelsverträge ermöglichen.

31. Oktober. (Berlin.) Angebliche Äußerungen des Kaisers über den Zolltarif.

Der „Reichs-Anz." schreibt: „Von der Presse werden angebliche kaiserliche Aeußerungen über wirtschaftliche Fragen verbreitet und besprochen. Wir haben von diesen Ausstreuungen bisher keine Notiz genommen, weil die sogenannten kaiserlichen Aeußerungen so unwahrscheinlich klangen, daß es sich nicht verlohnte, dieselben ernst zu nehmen. Da jedoch aus den Kommentaren mehrer ernster Blätter hervorgeht, daß sie die dem Kaiser in den Mund gelegten Aussprüche für echt halten, so sind wir in der Lage, zu erklären, daß diese von Anfang bis zu Ende erlogen sind."

Es war behauptet worden, der Kaiser habe gedroht, alles kurz und klein zu schlagen, wenn der Zolltarif am Widerstande der Parteien scheitere.

31. Oktober. Das „Armeeverordnungsblatt" veröffentlicht folgende Belobung der ostasiatischen Expeditionstruppen:

„Neues Palais, 31. Oktober. Nachdem nunmehr das ostasiatische Expeditionskorps, soweit Ich es nach Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben in das Vaterland zurückgerufen habe, den heimischen Boden wieder betreten hat, drängt es Mich, ihm für seine Leistungen Meine vollste, wärmste Anerkennung auszusprechen. Unter ungewohnten schwierigen Verhältnissen, hat es den Erwartungen zu entsprechen gewußt, mit denen Ich es in den fernen Osten entsandt habe. Und wenn ihm auch nicht beschieden gewesen, in großen Schlachten seine Kriegstüchtigkeit opferfreudig zu erweisen, so hat es doch überall, wo es dem Feinde entgegentrat, in zahlreichen Kämpfen, unter schwierigen Verhältnissen des Klimas wie des Geländes Proben glänzender Tapferkeit, zäher Ausdauer und treuer Pflichterfüllung geliefert. Dadurch hat es dem alten, uns allen so teuern Ruhm der deutschen Waffen neue Ehren hinzugefügt. Gleiche Anerkennung zolle Ich allen denen, welche bei der Vorbereitung und Durchführung der Expedition thätig gewesen, deren Hingebung die Ueberwindung so großer und so plötzlich auftretender Anforderungen ermöglicht hat. Mit gerechtem Stolze darf das Vaterland auf diese Leistungen zurückblicken und in ihnen eine Bürgschaft dafür finden, daß trotz der friedlichen Zeiten das deutsche Heer und Volk seinen kriegerischen Geist und seine Opferwilligkeit nach dem Vorbilde der Väter bewahrt hat, und daß es der hohen, gemeinsamen Aufgabe sich bewußt ist, für deutsche Ehre und deutsches Recht aller Orten mit Gut und Blut einzustehen.

gez. Wilhelm.

Ende Oktober. November. Kundgebungen gegen Chamberlain.

Die Aeußerungen des englischen Ministers Chamberlain über die Kriegführung im Jahre 1870 (vgl. England) werden in der Presse scharf kritisiert und als Verleumdung der deutschen Armee bezeichnet. Die Studentenschaft der Universität Greifswald beschließt einen feierlichen Protest gegen die Chamberlain'sche Aeußerung (31. Oktober), andere Hochschulen folgen, ebenso viele Kriegervereine und Vereinigungen. Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes rät den Kriegervereinen von solchen Kundgebungen ab und wird deshalb in der Presse lebhaft getadelt.

Mit Bezug auf die zweite Aeußerung Chamberlains schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.", daß zwar die Edinburger Rede damit eine Abschwächung erfährt, der Ausdruck der Verwunderung aber über die Empfindlichkeit des deutschen Nationalgefühls ungerechtfertigt und ungehörig bleibt.

Anfang November. (Preußen.) Polen und Zentrum.

Ein Posener Blatt „Praca" fordert die oberschlesischen Polen auf, nationalpolnische Agitation zu treiben und sich vom deutschen Zentrum zu trennen. Hiergegen wenden sich die polnischen Blätter Oberschlesiens, die ein Zusammengehen mit dem Zentrum aus prinzipiellen und taktischen Gründen befürworten. Schon der große Einfluß der Geistlichkeit in Oberschlesien verbiete jede Trennung vom Zentrum.

Im Oktober war es schon zu scharfen Differenzen zwischen der „Köln. Volksztg." und polnischen Blättern gekommen, weil die Polen vorgeschlagen hatten, in Dortmund polnische Kandidaten in den Stadtverordnetenwahlen aufzustellen.

November. Die Redakteure mehrerer Zeitungen werden wegen Beschimpfung der deutschen Chinatruppen verurteilt. (Der demokratische „Beobachter", die „Volksstimme" und der „Wahre Jakob", beide sozialdemokratisch.)

1. November. (Bayern.) Der Prinzregent ernennt eine Kommission von Künstlern und Beamten, die bei dem Entwurf und der Ausführung staatlicher Monumentalbauten zu Rate gezogen werden soll.

4. November. (Preußen.) Duell.

Leutnant Blaskowitz vom Infanterie-Reg. Nr. 43 in Insterburg wird vom Oberleutnant Hildebrand, den er im Trunke thätlich beleidigt hatte, erschossen. Der Vorfall veranlaßt neue heftige Angriffe gegen das Duellwesen und die Praxis der Ehrengerichte.

4./5. November. (Bayerischer Landtag.) Abgeordnetenkammer. Debatte über die ostasiatische Expedition.

Abg. v. Vollmar (Soz.) greift die chinesische Expedition scharf an und bezeichnet sie als unüberlegtes Abenteuer. Abg. Geiger (Z.): Es sei zweifelhaft, ob sich die vom Reichstage erteilte Indemnität auch auf die bayerische Regierung beziehen könne. Die bayerische Regierung habe nichts gethan, den durch die Expedition herbeigeführten verfassungswidrigen Zustand durch Einberufung des Reichstags und Landtags zu beseitigen. Ministerpräsident Graf Crailsheim motiviert die Expedition mit der Verletzung der deutschen ideellen und materiellen Interessen durch die Chinesen.

Eine Veranlassung den bayerischen Landtag zu berufen, hätte nicht vorgelegen. Hätte die bayerische Regierung den Landtag mit dieser Frage befaßt, so wäre es zu einer Inkompetenzerklärung gekommen, da es sich um ein Vorgehen der Regierung handelte, das vom Landtage gar nicht sanktioniert werden konnte. Es habe zwar ein illegaler Zustand geherrscht, aber dieser sei durch das Gesetz vom 25. Februar legalisiert, und diese Indemnität erstrecke sich auch auf das bayerische Staatsministerium.

5. November. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgenden Vertrag zwischen der Reichspostverwaltung und der württembergischen Postverwaltung über die Einführung gemeinsamer Postwertzeichen:

1. An die Stelle der bisherigen Postwertzeichen für den allgemeinen Verkehr treten vom 1. April 1902 an einheitliche Postwertzeichen für das Gesamtgebiet der beiden Verwaltungen mit dem Vordruck „Deutsches Reich". 2. Die Einrichtung soll in allen Teilen derart durchgeführt werden, daß die reichsverfassungsmäßige Selbständigkeit der württembergischen Postverwaltung insbesondere in finanzieller Beziehung erhalten bleibt. 3. Zum Zweck der Berechnung des Anteils Württembergs an den Einnahmen aus den einheitlichen Postwertzeichen wird die Einnahme der württembergischen Postverwaltung aus Postwertzeichen für den allgemeinen Verkehr im Rechnungsjahr 1899 zu Grund gelegt und sodann von Jahr zu Jahr der Prozentsatz zugeschlagen, um den die württembergischen Einnahmen aus diesen Wertzeichen in den dem Jahre 1899 vorangegangenen drei Rechnungsjahren durchschnittlich gestiegen sind. Jedoch kann die württembergische Postverwaltung innerhalb der ersten fünf Jahre des Uebereinkommens je nach Abschluß der Jahresrechnung mit Wirkung für das abgelaufene Jahr verlangen, daß ihr Anteil an den Einnahmen aus den einheitlichen Postwertzeichen an Stelle der vorstehenden Berechnungsweise nach dem Verhältnis der Einnahme der württembergischen Postverwaltung aus ihren Wertzeichen zu der Gesamteinnahme der beiden Postverwaltungen im Jahre 1899 bestimmt wird. Nach Ablauf der fünf Jahre wird die württembergische Postverwaltung sich entscheiden, welche der beiden Berechnungsarten ihres Anteils für die Zukunft dauernd maßgebend sein soll. Die Endabrechnung erfolgt alljährlich nach Feststellung der Jahreseinnahmen. 4. Die Herstellung der einheitlichen Postwertzeichen erfolgt nach näherer Vereinbarung durch die Reichsdruckerei für Rechnung der beiden Postverwaltungen. Die für den inneren Verkehr Württembergs erforderlichen besonderen Wertzeichen zu bestimmten Zwecken (z. B. Postanweisungsumschläge) werden gleichfalls für gemeinschaftliche Rechnung durch die Reichsdruckerei hergestellt. Im Hinblick auf die geringeren Herstellungskosten der seitherigen württembergischen Postwertzeichen werden an den Kosten der Herstellung der der württembergischen Postverwaltung gelieferten neuen Postwertzeichen alljährlich 30000 Mark zu Gunsten Württembergs in Abzug gebracht. Den Schaden, welcher durch Entwendung von Postwertzeichen entsteht, ohne daß ein Ersatzpflichtiger vorhanden ist, tragen die beiden Verwaltungen nach dem Teilungsmaßstab (Ziff. 3), sofern nicht im Einzelfall besondere Verabredung erfolgt. Die durch Brand u. s. w. vernichteten Postwertzeichen werden der betreffenden Verwaltung durch andere Postwertzeichen ersetzt. 5. Die besonderen Wertzeichen Württembergs für den amtlichen und den Bezirksverkehr (Staats- und Bezirkswertzeichen) werden für Rechnung der württembergischen Postverwaltung beibehalten. 6. Aenderungen in den Tarif- und Betriebseinrichtungen, welche

auf den Teilungsmaßstab (Ziff. 3) von Einwirkung sein können, sind der anderen Verwaltung rechtzeitig mitzuteilen. Die etwa erforderlichen Ermittlungen werden von jeder Verwaltung für ihr Gebiet angestellt und der anderen Verwaltung mit den Belegen zur Anerkennung übermittelt. 7. Die bestehenden Verabredungen über die Teilung der Gebühren aus dem Briefpost-, Postanweisungs-, Zeitungs-, Fahrpost- und Telegramm-Wechsel- und Durchgangsverkehr werden durch dieses Uebereinkommen nicht berührt. 8. Gegenwärtiges Uebereinkommen ist bis 31. März 1906 unkündbar. Von diesem Zeitpunkt an steht jeder der beiden Verwaltungen ein einjähriges Kündigungsrecht je zum Schluß eines Rechnungsjahres zu. 9. Vom 1. April 1902 an werden die seitherigen Postwertzeichen der beiden Verwaltungen außer Kurs gesetzt. Der Umtausch der seitherigen Postwertzeichen gegen die neuen Wertzeichen erfolgt durch die beiderseitigen Postanstalten in der Zeit vom 20. März bis 30. Juni 1902 je für Rechnung der Ausgabeverwaltung.

Der „Staatsanzeiger für Württemberg" fügt hinzu, daß die für die Berechnung des Anteils Württembergs an den Einnahmen aus den gemeinsamen Postwertzeichen maßgebenden Ziffern in Uebereinstimmung mit den angestellten Erhebungen vertragsmäßig festgestellt worden sind. Hienach betragen die Einnahmen der württembergischen Postverwaltung aus Postwertzeichen im Jahre 1899 11441123 Mark, die entsprechenden Einnahmen der Reichspostverwaltung 259148429 Mark, das Anteilsverhältnis der württembergischen Postverwaltung an der Gesamteinnahme 4,2282 Prozent, und der für die Zukunft unterstellte Prozentsatz der jährlichen Steigerung der württembergischen Einnahmen 6,4260 Prozent.

November. Veröffentlichungen über die Vorgeschichte des Postvertrags mit Württemberg. Mittnachts Anteil.

In der Presse wird erörtert, welche Stellung der frühere württembergische Ministerpräsident v. Mittnacht zu der geplanten Einführung der Einheitszeichen eingenommen habe. Frhr. v. Mittnacht schreibt darüber in der „Allg. Ztg.":

Die Vereinbarung ist kein Umschwung, sondern Fortsetzung und Abschluß früherer Verhandlungen. Die württembergische Regierung war vor zwei Jahren nicht gegen die Reform; im Gegenteil, Herr v. Podbielski erhielt von mir nicht den Bescheid, daß Württemberg die Reform erst dann in Aussicht stellen könne, wenn Bayern mitgehe. Ich hätte allerdings dringend gewünscht, daß es der königlich bayerischen Regierung möglich gewesen wäre, sofort den gleichen Schritt zu thun und gebe mich noch der Hoffnung hin, daß, wenn, woran ich nicht zweifle, die württembergische Vereinbarung die Probe bestanden haben wird, Bayern die neue Aufschrift „Deutsches Reich" ihrer vollen Bedeutung zuführen wird. Aber ich habe das Vorgehen Württembergs von der Entschließung der königlich bayerischen Regierung nicht abhängig gemacht und meine Zusage hing nicht in der Luft. Wenn Herr v. Podbielski nach seiner Rückkehr aus München im Reichstage — was nicht geschah — um die Verhandlungen in Stuttgart interpelliert worden wäre, so würde er, dessen bin ich sicher, geantwortet haben: die Reichspostverwaltung habe bei der württembergischen Regierung unter der Voraussetzung der Erhaltung der reichsverfassungsmäßigen Selbständigkeit der württembergischen Postverwaltung das größte Entgegenkommen gefunden; die württembergische Regierung habe sich indes wegen der budgetären Wirkung und des Einflusses der Neuerung auf den württembergischen Inlandstarif noch eine Verständigung mit ihrem Landtag vorbehalten müssen. Das Ergebnis der Besprechung zwischen Herrn v. Pod-

bielski und mir zu Stuttgart am 1. und 2. November 1899 wurde in einer Niederschrift festgelegt, welche von uns Beiden am 2. November 1899 unterzeichnet ward. Dieselbe in einem eingehenderen, auf die Entstehung des württembergischen Postreservatrechts im Jahre 1870 zurückgreifenden Aufsatz zu veröffentlichen, behalte ich mir für einen späteren Zeitpunkt vor. Dr. Frhr. v. Mittnacht,

kgl. württemb. Staatsminister a. D.

Friedrichshafen, 9. November 1901.

Am 13. November veröffentlicht der „Staats-Anzeiger für Württemberg" folgendes:

„Ergebnis der Besprechung wegen der Einführung einheitlicher deutscher Postwertzeichen zu Stuttgart am 1. und 2. November 1899.

1. Der Frage besonderer Hoheitszeichen auf den Postwertzeichen legt die württembergische Postverwaltung eine maßgebende Bedeutung nicht bei, wie ja schon jetzt ihre Wertzeichen eigentliche Hoheitszeichen nicht aufweisen. 2. Die Einführung einheitlicher deutscher Postwertzeichen erachtet die württembergische Postverwaltung im wirtschaftlichen Interesse und dem Ausland gegenüber als erwünscht. 3. Voraussetzung für eine solche Einrichtung wäre die Erhaltung der reichsverfassungsmäßigen Selbständigkeit der württembergischen Postverwaltung vor allem in finanzieller Beziehung. 4. Erwünscht wäre in dieser Beziehung die Mitteilung ins einzelne gehender Darlegungen der Reichspostverwaltung mit dem erforderlichen Material, auf Grund deren ein bestimmtes Abkommen getroffen werden könnte. 5. Nach der möglichst zu beschleunigenden Prüfung der Frage behält sich das Ministerium vor, den Gegenstand dem Staatsministerium vorzulegen, sowie dem demnächst zusammentretenden württembergischen Landtag Gelegenheit zu geben, sich zur Sache zu äußern.

v. Podbielski. Mittnacht."

8. November. (Berlin.) Der Kaiser richtet folgenden Erlaß an den Reichskanzler über die Leistungen der Telegraphenverwaltung:

Aus dem Mir vorgelegten Berichte über die Ergebnisse der Reichspost- und Telegraphenverwaltung während der Etatsjahre 1896—1900 habe Ich mit Befriedigung ersehen, daß auch in diesem Zeitabschnitt an der Ausgestaltung des Post- und Telegraphenwesens rüstig weitergearbeitet wurde. Mit Interesse habe Ich namentlich von den Zahlen Kenntnis genommen, in denen die außerordentliche Entwicklung des Fernsprechwesens zum Ausdruck kommt, und daraus gern gesehen, daß die Verwaltung mit Erfolg bemüht gewesen ist, die Vorteile dieses Verkehrsmittels auch dem platten Lande zu erschließen. Auch auf dem Gebiete unserer Verkehrsbeziehungen zum Auslande und zu den Schutzgebieten sind wertvolle Fortschritte zu verzeichnen. Ich rechne dazu namentlich die bessere Ausgestaltung der regelmäßigen kurzfristigen Postdampferverbindungen mit Ostasien, Australien, Ostafrika und in den chinesischen Gewässern, sowie die Begründung und Beförderung deutscher unterseeischer Telegraphenverbindungen nach fernen Landen, mit denen in den letzten Jahren ein vielversprechender Anfang gemacht werden konnte. Daß die Reichspostverwaltung den im Auslande befindlichen Angehörigen des Heeres und der Marine wertvolle Dienste hat leisten können, gereicht Mir zu besonderer Befriedigung. Die nach Ostasien entsandte Feldpostexpedition hat den im fernen Osten kämpfenden Truppen den regelmäßigen Verkehr mit dem Vaterlande ermöglicht. Die Zahlen der von den Marine-Schiffsposten vermittelten

Postsendungen zeigen, in wie hohem Maße durch ihre Einrichtung den Bedürfnissen der im Auslande befindlichen Mannschaften und der Kriegsflotte entsprochen worden ist. Daß auch das finanzielle Ergebniß der Reichspost- und Telegraphenverwaltung trotz der erheblichen Steigerung der Aufwendungen für den Ausbau des Fernsprech- und Telegraphennetzes ein befriedigendes gewesen ist, habe Ich gerne ersehen. Ich ermächtige Sie, allen Beteiligten für ihre treue und erfolgreiche Arbeit Meinen Dank auszusprechen.

8. November. Der preußische Kultusminister teilt dem Vorstande des Buchhändlerbörsenvereins folgendes über die deutsche Rechtschreibung mit:

„Zu meinem Bedauern läßt es sich zur Zeit noch nicht übersehen, ob die mit den deutschen Regierungen eingeleiteten Verhandlungen über die Annahme der in der Junikonferenz dieses Jahres vereinbarten Regeln für die deutsche Rechtschreibung so zeitig zum Beschluß gedeihen werden, daß die Einführung der neuen Rechtschreibung schon für Ostern 1902 in sichere Aussicht genommen werden kann. Unter diesen Umständen wird dafür Sorge getragen werden, daß die Benutzung von Lehrbüchern, welche bis zur Bekanntgabe des Einführungstermines noch in der bisherigen Rechtschreibung gedruckt sind, in den preußischen Schulen ausnahmslos unbeanstandet bleiben."

9. November. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" macht bekannt, daß die englische Regierung sich verpflichtet hat, 30000 Pfund Sterling für die in Südafrika geschädigten deutschen Reichsangehörigen zu bewilligen.

12. November. Der Bundesrat genehmigt fast einstimmig den Zolltarifentwurf mit einigen Abänderungen. Die Getreidezölle bleiben unverändert.

12. November. (Berlin.) Der Kaiser richtet an den Botschafter in London, Grafen Hatzfeldt-Wildenburg, bei seinem durch andauernde Kränklichkeit herbeigeführten Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst folgendes Handschreiben:

Lieber Graf Hatzfeldt! Mit lebhaftem Bedauern habe Ich aus Ihrem Gesuch vom 30. Oktober ersehen, daß Sie um Enthebung von Ihrem bisherigen Posten und um Versetzung in den Ruhestand bitten. Die Rücksicht auf Ihren leider nicht befriedigenden Gesundheitszustand nötigt Mich, diese Bitte zu gewähren. Es ist Mir aber ein Bedürfnis, Ihnen aus diesem Anlaß Meinen kaiserlichen Dank auszusprechen für die ausgezeichneten Dienste, die Sie während Ihrer nunmehr 44jährigen amtlichen Thätigkeit Meinen Vorfahren an der Krone, Mir und dem gesamten Vaterlande geleistet haben als Gesandter in Madrid sowie als Botschafter in Constantinopel und vor allem in London. Es ist Ihnen gelungen, sich das Wohlwollen der Monarchen und die Achtung der Regierungen, bei denen Sie beglaubigt waren, in so hohem Grade zu erwerben, daß Sie in der Lage waren, Meine Politik im Interesse des Vaterlandes besonders erfolgreich zu vertreten und die gegenwärtigen Beziehungen freundschaftlich und vertrauensvoll zu gestalten. Ihre Amtsthätigkeit als Staatssekretär und Staatsminister legte ein weiteres ehrenvolles Zeugnis ab für Ihre

Geschäftskenntnis und hohe politische Begabung. Indem Ich Ihnen, lieber Graf, als Beweis Meines Wohlwollens Meinen Verdienstorden der preußischen Krone verleihe und die Insignien desselben hiermit zugehen lasse, spreche Ich Ihnen die Hoffnung aus, daß es Gott gefallen möge, Ihnen nach dem arbeitsvollen Leben die wohlverdiente Ruhe noch durch lange Jahre zu gewähren.

Wilhelm I. R.

12. November. Die Bayerische Abgeordnetenkammer ersucht in einem gegen den Widerspruch des Kriegsministers gefaßten Beschluß die Regierung, Pensionierungen von Offizieren künftig nur aus dienstlichen Gründen vorzunehmen.

13. November. (Bayerischer Landtag.) Die Abgeordnetenkammer genehmigt einstimmig einen Gesetzentwurf, der der Regierung $4^1/_2$ Millionen Mark zur Verfügung stellt, um Angestellten der Staatsbahnen billige Wohnungen zu verschaffen.

14. November. (Sachsen.) Der Landtag tritt zusammen. Thronrede. Etat.

In der Thronrede heißt es: Industrie und Handel ließen die frühere Stetigkeit des Wachstums vermissen. Gleichermaßen stehe die Landwirtschaft unter einem schweren Drucke, und es vollziehe sich auf diesem Hauptproduktionsgebiete des wirtschaftlichen Lebens ein empfindlicher Rückgang. Liege auch der Grund zu diesem zeitweiligen wirtschaftlichen Niedergang größtenteils in allgemein wirkenden Umständen, die dem Einfluß der Regierungsgewalt entzogen seien, so sei und bleibe doch die Regierung der Verpflichtung eingedenk, für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Kräften mit einzutreten. Die Thronrede hofft, daß durch die in Vorbereitung begriffenen Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Zollpolitik der nationalen Arbeit und Produktion ein nachhaltiger Schutz zugeführt werde. Zur Befriedigung gereiche es dem König, daß das reine Staatsvermögen auch in der zuletzt abgeschlossenen Finanzperiode wiederum einen ansehnlichen Zuwachs erfahren habe. Dabei biete die Lage des Etats nicht das erfreuliche Bild früherer Perioden, was namentlich von den geringeren Erträgnissen der Eisenbahnen herrühre. Angesichts der steigenden Ausgaben werde man daher auf eine Vermehrung der Staatseinnahmen bedacht sein müssen. Für die bevorstehende Finanzperiode habe die Herstellung des Gleichgewichtes im Etat zunächst mit Hilfe von Zuschlägen zu der Einkommensteuer gesucht werden müssen. Doch enthalte die bezügliche Vorlage, da der Landtag auch die Frage der Beschaffung der Mittel für die Zukunft mit der Regierung zu regeln habe, zugleich für den Fall der Entscheidung zu Gunsten einer organischen Steuerreform die Gesetzentwürfe, durch die die Einkommensteuerzuschläge auf besondere Notfälle beschränkt werden. Das finanzielle Verhältnis der Bundesstaaten zum Reiche lasse bedauerlicherweise nach wie vor die lang ersehnte Neuregelung vermissen, ohne die eine geordnete Finanzwirtschaft der Einzelstaaten unerreichbar sei. Der außerordentliche Druck, den die zunehmend ungünstigere Gestaltung der Finanzlage des Reiches auf die Etats der Bundesstaaten ausübe, werde, wie zu erwarten steht, zur Erschließung neuer, eigener Einnahmen des Reiches zwingen und die auf das Zustandekommen der Reichsfinanzreform gerichteten Bestrebungen der sächsischen Regierung unterstützen.

Der Staatshaushaltsetat für 1902/03 bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 333 Millionen Mark. Das Gleichgewicht ist hergestellt durch einen für 1902/03 zu erhebenden Gesamtzuschlag zur Einkommensteuer von 50 Prozent, der 16 Millionen Mark erbringt. Die Staatseisenbahnen ergeben gegen den Voretat ein Minus von 3,8 Millionen Mark. Für Wohnungsgeldzuschüsse werden gefordert 6 Millionen Mark. Der außerordentliche Etat beansprucht 70 Millioen Mark.

15. November. (Bayerischer Landtag.) Abgeordnetenkammer. Finanzlage. Bayern und die Reichsregierung.

Abg. Wagner (lib.) tritt in der Besprechung der Finanzlage der pessimistischen Auffassung, die Zentrumsredner vertreten hatten, entgegen. Finanzminister v. Riedel warnt vor einer zu rosigen Auffassung der Finanzlage, andererseits sei sie häufig zu schwarz geschildert worden. So sei von einem Reichs-Defizit von 160 Millionen Mark die Rede gewesen, es betrage aber nur 34½ Millionen. Eine Reichsfinanzreform sei durchaus notwendig. Abg. Pichler (Z.) fragt, welche Bewandtnis es mit der angeblichen Aeußerung des Prinzregenten habe: „Ich lasse mir nichts mehr abpressen.“ Abg. Beckh (Z.) tadelt die Reichspolitik und fragt nach der Stellung Bayerns in der Haager Friedenskonferenz. Abg. v. Vollmar: Die bayerische Regierung nehme im Bundesrate eine schwächliche Haltung ein, wie die Angelegenheit des obersten Militärgerichts beweise. Dem Cäsarismus in der Reichsregierung, der sich auch in der plötzlichen Entlassung Caprivis gezeigt habe, werde dadurch Vorschub geleistet.

Ministerpräsident Graf Crailsheim: Der Abg. Dr. Pichler hat von einer Zeitungsnachricht gesprochen, daß Se. kgl. Hoheit der Prinzregent zu mir kürzlich gesagt habe: „Ich lasse mir nichts mehr abpressen.“ Ich kann erklären, daß die Aeußerung nicht gefallen ist, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil hiezu gar keine Veranlassung gegeben war. Denn niemand will Bayern etwas abpressen. . . . Der Herr Abg. v. Vollmar hat die Frage des obersten Militärgerichtes gerade als einen derjenigen Punkte bezeichnet, bei dem die bayerische Regierung sich schwach bewiesen habe. Es scheint, daß der Herr Abg. v. Vollmar in diesem Falle ein sehr kurzes Gedächtnis hat. Denn ich habe vor 1½ Jahren die Sache ganz genau in diesem Hause dargelegt, und es geht daraus folgendes hervor: Wir hatten eine außerordentlich schwierige Stellung, indem im Bundesrat fast einstimmig die Meinung vorhanden war, ein bayerisches Reservatrecht liege nicht vor. Trotzdem haben wir eine Lösung herbeigeführt, die den Kern des Reservatrechtes rettete. Es ist dies zu danken einerseits dem Entgegenkommen der Präsidialmacht, die diese Frage aus der Militärstrafprozeßordnung und den Einführungsgesetzen vollständig ausschied und zur gesonderten Behandlung verwies. Es ist dies aber auch zu danken der zähen Ausdauer der bayerischen Regierung, die trotz der fast einstimmigen Meinung des Bundesrates an dem Bestehen des Reservatrechtes festhielt jeder Lösung widerstrebte, die ein Aufgeben desselben in sich schloß. Es ist dies also wohl alles eher als ein Beweis schwächlicher Nachgiebigkeit. Ich kann konstatieren, daß wir stets, insbesondere auch bei Gestaltung von Gesetzentwürfen, davon ausgehen, das föderalistische Prinzip zu wahren und einer allzu großen Zentralisierung entgegenzutreten. . . . Der Herr Abg. Beckh hat auch von der auswärtigen Politik gesprochen. Er hat die Haager Friedenskonferenz erwähnt und hat dabei bemerkt, er setze voraus, daß Bayern dort vertreten war. Mit Rücksicht auf die Natur der Fragen, um die es sich bei der Friedenskonferenz handelte, war eine einheitliche Vertretung des Reiches notwendig. Auf unsern Wunsch wurde aber dem

deutschen Hauptbevollmächtigten ein bayerischer Gelehrter als wissenschaftlicher Delegierter beigegeben. Ein Zusammenhang der Haager Friedenskonferenz mit dem südafrikanischen Krieg besteht nicht, da die südafrikanischen Republiken nicht zu den Teilnehmern der Friedenskonferenz gehört haben. Abgesehen davon, daß nach der Konvention über das Schiedsgericht selbst für die Signatarmächte keine unbedingte Verpflichtung besteht, das Schiedsgericht anzurufen, gehören die südafrikanischen Republiken nicht zu den Signatarstaaten. Nachdem England wiederholt erklärt hat, daß es jede Vermittelung ablehne, würde ein Anerbieten auf Mediation völlig erfolglos sein. Der Herr Abg. Beckh hat aber gleichwohl zu erkennen gegeben, daß ihm Schritte zu gunsten der Buren wünschenswert wären. Man mag alle Anerkennung für die Tapferkeit der Buren haben, aber nichtsdestoweniger wird man doch der deutschen Politik nicht raten können, sich in diesen Krieg einzumischen. Würde das Deutsche Reich einen diplomatischen Schritt zu gunsten der Buren thun, so wäre voraussichtlich eine Ablehnung zu gewärtigen. Das Deutsche Reich stünde dann vor der Alternative, es dabei bewenden zu lassen und die diplomatische Niederlage einzustecken oder seiner Mediation gegen den Willen des widerstreitenden Teiles Nachdruck zu verschaffen. Daß eine besonnene Reichspolitik sich hiezu nicht entschließen kann, das bedarf wohl keiner weiteren Ausführung. Hr. Abg. Beckh hat an der Leitung der Reichspolitik gar manches auszusetzen. Er hat vielfach seine Unzufriedenheit geäußert, aber einen lichten Punkt habe ich in seinen Ausführungen doch bemerkt, nämlich daß er sich trotz seiner Unzufriedenheit nicht der Reichsverdrossenheit hingibt, sondern ganz offen ausspricht, er freue sich, daß Bayern dem Deutschen Reiche angehöre. Ich glaube, wir haben allen Grund, uns darüber zu freuen, daß wir dem Deutschen Reiche angehören, das den deutschen Namen zu Ehren gebracht hat, das als mächtiger Schutz und Schirm hinter uns steht, so daß keinem Deutschen, auch keinem Bayern, im Auslande ein Haar gekrümmt werden kann, ohne daß das Deutsche Reich Rechenschaft fordert. Allerdings nehmen wir an den Opfern, die das Deutsche Reich für seine Sicherheit und für seine Machtstellung braucht, Anteil; allein, wenn Bayern isoliert wäre, wären denn diese Opfer geringer? Nein, sondern eher größer, ohne die nämliche Sicherheit zu bieten. Von welchen Gefahren wäre Bayern umringt, wenn wir nicht dem Deutschen Reiche angehörten! Bayern liegt im Herzen von Europa, von Großmächten umgeben. Wie leicht wäre es möglich, daß bei einer europäischen Komplikation Bayern hineinverwickelt würde und dann wäre mir für dessen Schicksal in der That bang. . . . Endlich hat Herr Abg. v. Vollmar zu meiner Verwunderung auch die Entlassung des Grafen Caprivi erwähnt. . . . Ich möchte fragen, was hat denn die bayerische Regierung mit der Entlassung des Grafen Caprivi zu thun? Die Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers geht nicht den Bundesrat, sondern lediglich den Kaiser an. Herr v. Vollmar hat vielleicht das Märchen im Auge, das seinerzeit durch die Blätter ging, daß die süddeutschen Minister in Berlin ruhig ihre Koffer gepackt hätten in der sicheren Ueberzeugung, es sei alles in Ordnung, und dann seien sie am Bahnhof mit der Nachricht überrascht worden, daß Graf Caprivi entlassen sei. Meine Herren! Es ist dies schon in der Presse dementiert worden. Es ist eben nichts anderes als ein Märchen. Die Vertreter der Königreiche hatten von einer sehr hohen und ausschlaggebenden Stelle ausführlich die Gründe erfahren, die den Kanzlerwechsel herbeigeführt haben. Es wurde hier eine Rücksicht geübt, für die eine Pflicht sicherlich nicht bestand. Damit bin ich bei einem Punkte angelangt, der ein Lieblingsthema des Herrn v. Voll bildet, nämlich dem angeblichen Cäsarismus. Ich dächte, wir hätten

Grund, uns zu freuen, daß der erhabene Träger der Kaiserkrone seine hohe Aufgabe so energisch erfaßt und seinem sittlichen Pflichtbewußtsein in Wort und That so kräftigen Ausdruck verleiht. Die bayerische Regierung wird aber unbeirrt von allen Angriffen fortfahren, an ihrer bewährten Politik festzuhalten und das Interesse Bayerns und des Reiches gleichmäßig zu wahren.

15. November. (Preußen.) Der Königsberger Seekanal wird eröffnet.

18. November. (Berlin.) Rede des Kaisers in der Schiffbautechnischen Gesellschaft.

Der Kaiser wohnt einer Versammlung der Schiffsbautechnischen Gesellschaft bei. Nach dem Vortrag des Geheimen Marinebaurats Brinckmann über die Entwickelung der Geschützaufstellung an Bord der Linienschiffe und die dadurch bedingte Einwirkung auf deren Form und Bauart hält er folgende Ansprache:

„Ich glaube, in dieser Versammlung, welche die Frage hauptsächlich vom technischen Standpunkte aus betrachtet hat, ist vielleicht ein Hinweis auch nach einer anderen Seite von Interesse. Ich meine nämlich den Einfluß der militärischen Forderungen auf die Entwickelung des Schiffbaues und die Aufstellung der Artillerie. Es ist seitens des Vortragenden zurückgegangen worden auf die Linienschiffe der Segelzeit unter Anführung dessen, daß Heck- und Bugfeuer sehr unbedeutend ausgebildet gewesen sei. Die Linienschiffe entsprachen ganz bestimmten militärischen und technischen Anforderungen. Ich glaube, man hätte vielleicht etwas weiter zurückgehen können. Wenn auf die Zeit der Galeeren zurückgegriffen worden wäre, so würde der Vortragende gefunden haben, daß dort bereits eine sehr energische Ausbildung des Bugfeuers stattgefunden hat. Wenn man die Galeeren mit den späteren Linienschiffen schlechthin vergleicht, so kann Ich wohl sagen, daß dieselben den Linienschiffen gegenüber vieles voraus hatten. Denn die Galeere konnte auch bei stillem Wetter, ohne Wind, durch die Ruder eigene Bewegungen ausführen. Infolgedessen hatte die Galeerenflotte auch eine andere Taktik als die Linienschiffsflotte, sie mußte ihre Buggeschütze möglichst zur Verwendung bringen. Daher wurde die Galeerenflotte in breiter Front entwickelt, wie die größte Galeerenschlacht, die Schlacht von Lepanto, zeigt. Dort brachte der Admiral Don Juan d'Austria seine Galeeren halbmondförmig in die Schlacht und zerschmetterte den Gegner durch die Ueberlegenheit seines Bugfeuers. Diese militärischen Anforderungen entspringen, wie Ich schon anführte, der Taktik, und diese entspringt wiederum der Art und Weise der Fortbewegung der Schiffe vor der Zeit der Dampfer unter Ausnützung des Windes. Außerdem ist die Taktik bedingt von der militärischen Veranlagung der betreffenden Völker, bezw. ihrer höheren oder tieferen Entwickelung in den militärischen Fragen, sowie ihrer Veranlagung in Bezug auf Offensive oder Defensive. Wir sehen in der Art und Weise, wie England seine Linienschiffe verwendet, daß man dort am liebsten durch den Angriff in Kiellinie die Breitformation zu durchbrechen versuchte und die Vor- und Nachhut zersprengte. Für diese Taktik waren die englischen Linienschiffe gebaut. Wiederum geht aus einem Beispiel der Seekriegsgeschichte, einem Gefecht zwischen einer englischen und französischen Fregatte, hervor, daß man sich schon damals mit der selbstständigen Aufstellung von Geschützen beschäftigte. Es konnten nämlich fünf bis sechs schwere Geschütze bei der Verfolgung durch einen überlegenen Gegner am Heck in ausspringenden Winkeln aufgestellt werden. Was den

Punkt über die Entwickelung des Schiffsbaues in England und Frankreich anlangt, der hauptsächlich maßgebend gewesen sei, so trete ich den Ausführungen der späteren Redner vollkommen bei. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, weshalb sich der deutsche Schiffsbau rühmen darf, eine selbständige Bahn eingeschlagen zu haben. Die deutsche Marine ist die erste, welche einen Seeoffizier im Range eines Kapitäns zur See als Vorstand des Konstruktionsbureaus eingesetzt hat. Von vornherein herrschte das Bestreben, den Einfluß der Front-, der Seeoffiziere, der Schiffsführer auf Schiffskonstruktion und Schiffsbau immer möglichst maßgebend zu gestalten. Aus diesem Grunde ergab sich die Konsequenz, daß unsere Schiffstypen sich lediglich unter dem Einfluß der militärischen Anforderungen entwickelt haben, im Gegensatz zu früheren Zeiten, wo der Techniker einfach ein Schiff konstruierte und die Marine damit fuhr. Diese Grundsätze sind veraltet. Allerdings muß der Schiffsbauer den vorher angedeuteten Kompromiß bezüglich des Artilleriefeuers mit den Anforderungen der Front zu vereinigen suchen. Ich glaube deshalb, daß die Schiffstypen, wie wir sie augenblicklich besitzen, sich weiter ausgiebig entwickeln werden und an Kampffähigkeit das leisten werden, was man vom militärischen Standpunkte aus verlangen kann. Ferner glaube Ich, daß aus dem Zusammenwirken unserer Schiffsbauingenieure mit unseren altbewährten Schiffsbauwerften nur Gutes hervorgehen werde. Nachdem Ich Mich vor dieser fachmännischen Gesellschaft in Bezug auf das Gebiet der militärischen Anforderungen aussprechen durfte, möchte Ich noch eine kleine Anekdote zum Besten geben, die Mir vor 15 bis 20 Jahren zugestoßen ist. Bei Meinem Interesse und in Meinem Eifer für Marinefragen wandte ich Mich an einen älteren Seeoffizier und erbat Mir eine Aufklärung über das Metazentrum. Ich erhielt die Antwort, daß er das auch nicht genau wisse. Das sei ein Geheimnis; nur soviel könne er sagen, daß, wenn das Metazentrum im Flaggenknopf läge, das Schiff umfallen würde. (Stürmische Heiterkeit.)

20. November. (Berlin.) Geh. Legationsrat Professor Dr. Ludwig Karl Ägidi, Begründer des „Staats-Archivs“, 76 Jahre alt, †.

20. November. (Hessen.) Die Zweite Kammer spricht nach einer Debatte über die Anstellung jüdischer Richter die Erwartung aus, daß bei der Anstellung von Beamten der prinzipielle Standpunkt der religiösen Gleichberechtigung gewahrt werde.

Mitte November. Es wird eine offizielle Begründung der Zolltarifvorlage veröffentlicht. Darin heißt es über neue Tarifverträge und die künftige Handelspolitik:

Die Aussichten auf den Abschluß neuer Tarifverträge können zur Zeit noch nicht überblickt werden. Auf Seite Deutschlands besteht die Bereitwilligkeit, nach der Verabschiedung des vorliegenden Entwurfs rechtzeitig in Vertragsverhandlungen mit denjenigen Staaten einzutreten, die zu solchen geneigt sind. Die Ausgestaltung des Entwurfs zu einer möglichst geeigneten Grundlage für Tarifverhandlungen war deshalb erwünscht. Deutschlands künftige Handelspolitik wird zwar von dem Grundsatze auszugehen haben, daß ihre Maßnahmen zu Gunsten der Ausfuhrindustrie nicht zu einer Beeinträchtigung des für die Erhaltung des Ackerbaues u[illegible] entbehrlichen Zollschutzes führen dürfen. Andererseits kann aber die A[illegible]

fuhrindustrie mit Recht erwarten, daß nicht zu ihrem Schaden die Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft über das unerläßliche Maß hinausgehe. Die fortdauernde vertragsrechtliche Regelung der Handelsbeziehungen Deutschlands zum Auslande liegt für unsere Ausfuhrindustrie nach drei Richtungen hin im Bedürfnis. Neben der Erlangung von Ermäßigung auf Zölle ist von großer Bedeutung die Festlegung bestehender Zölle durch Zollbindungen, sowie die Sicherheit, unter keinen Umständen ungünstiger als die Wareneinfuhr aus anderen Staaten behandelt zu werden. Dagegen erfordern die beiden erstgenannten Bedürfnisse den Abschluß von Tarifverträgen, deren Geltungsdauer nicht zu kurz bemessen werden dürfte. In der Einschränkung der handelspolitischen Abmachungen auf die bloße Meistbegünstigung unter gegenseitiger Wahrung der vollen Zollautonomie und mit der Wirkung, daß jeder vertragschließende Teil nur auf die jeweils niedrigsten Zollsätze des anderen Anspruch gewinnt, könnte kein den Bedürfnissen unserer hochentwickelten Ausfuhrindustrie genügender Ersatz der geltenden Tarifverträge erblickt werden. Auf der anderen Seite ist der Verzicht auf den Abschluß von Tarifverträgen keineswegs Vorbedingung für die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft. Wenn im Falle des Abschlusses von Tarifverträgen ein genügender Zollschutz erhalten bleibt, so begegnet die vertragsmäßige Festlegung der notwendigen Zollsätze keinem begründeten Bedenken. Bei dieser Sachlage erscheint weder notwendig noch empfehlenswert, von vornherein auf den Abschluß neuer Tarifverträge zu verzichten und nach dem Vorgange Frankreichs einen Doppeltarif mit der Maßgabe aufzustellen, daß die jeweiligen autonomen Zollsätze des Mindesttarifs solchen Staaten einzuräumen wären, welche uns entsprechende Vorteile gewähren und auf unsere Waren ihre niedrigsten Tarife anwenden, während die Wareneinfuhr aus anderen Staaten den Zollsätzen des Höchsttarifs unterliegen würde. Die hiemit verbundene handelspolitische Selbständigkeit ermöglicht zwar die Beherrschung des einheimischen Marktes und die Durchführung aller nach den Wechselfällen in der Geschäftslage der einzelnen Erwerbszweige jeweils erforderlichen Maßnahmen, sie würde aber bei gleichem Verhalten der für unsere Ausfuhr in Betracht kommenden Staaten die Weiterentwickelung unserer Ausfuhrindustrie in Frage stellen, ein Nachteil, der für Deutschland nach seiner wirtschaftlichen Lage bedenklich wäre und durch jenen Vorteil nicht aufgewogen würde. Für Deutschland verdient jedenfalls die bisherige Politik der Tarifverträge von längerer Dauer den Vorzug. Sie verbürgt mit der Sicherung wichtiger ausländischer Absatzgebiete größere Vorteile für die Gesamtheit, wenn auf der Grundlage einer verbesserten Anordnung des neuen Einheitstarifs die Zollbindungen und Zollermäßigungen richtig ausgewählt und vorsichtig bemessen werden.

November. (Preußen.) Schulprozeß in Posen. Polenfrage. (Vgl. 10. Dezember.)

In der Posenschen Stadt Wreschen weigern sich im Mai eine Anzahl Kinder im Religionsunterricht deutsch zu antworten und werden deshalb körperlich gezüchtigt. Die Eltern und Angehörigen der Kinder stellen die Lehrer zur Rede und belagern die Schule, sie werden deshalb wegen Landfriedensbruch angeklagt. Am 19. November werden 24 Angeklagte wegen Landfriedensbruchs zu Freiheitsstrafen bis zu 2½ Jahren verurteilt.

Die polnische und katholische Presse, namentlich die „Köln. Volksztg.", verurteilt aufs schärfste die pädagogische Praxis, die allein den Vorfall hervorgerufen habe; die deutsche protestantische gibt im allgemeinen dem polnischen Klerus die Schuld, weil er die Kinder zu ihrer Wider-

setzlichkeit antreibe und ihnen vorspiegele, allein in polnischer Sprache sei ein wirklicher Religionsunterricht möglich. Es wird daher ein schärferes Vorgehen gegen alle polnischen Bestrebungen gefordert. Abweichend urteilen fast nur „Preuß. Jahrb." und „Christl. Welt". — In den polnischen Landesteilen Preußens und außerhalb wird für die Verurteilten gesammelt; binnen kurzem kommen über 100,000 ℳ zusammen.

21. November. (Berlin.) Der Kolonialrat tritt zusammen.

22. November. Der bisherige Botschafter in England, Graf Hatzfeld, in London †. (Vgl. S. 156.)

23. November. (Berlin.) Der Ausschuß des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise faßt folgenden Beschluß über die Frage der Arbeitslosigkeit:

Der Ausschuß des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erachtet es für notwendig, den Versuchen zur Uebertreibung und zur Verschlimmerung bezüglich des Umfanges der zur Zeit in Deutschland herrschenden Arbeitslosigkeit im gleichen Maße entgegenzutreten. Daß eine über den gewöhnlichen winterlichen Umfang hinausgehende Arbeitslosigkeit besteht, ist unbestreitbar; daß sie aber den Charakter eines Notstandes angenommen habe, findet in den vorliegenden Berichten keine Begründung Die Arbeitslosigkeit ist vielmehr über die verschiedenen Teile des Deutschen Reiches ungleich verteilt. Ein wesentlicher Teil der arbeitslos Gewordenen ist anscheinend von solchen Erwerbszweigen aufgenommen, zu denen bisher ein Zudrang von Arbeitskräften nicht stattfand. Die gegenwärtige gespannte Lage des Arbeitsmarktes zwingt, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß insbesondere bei einem strengen Winter ein Notstand infolge großer Arbeitslosigkeit eintritt. Staat und Gemeinde müssen, insoweit dies nicht bereits geschehen, diese Möglichkeit rechtzeitig ins Auge fassen, und insbesondere eine beschleunigte Inangriffnahme bereits beschlossener Arbeiten, die Bewilligung von Mitteln für die in Aussicht genommenen Arbeiten, sowie deren sofortige Durchführung ermöglichen und beizeiten vorbereiten. Es erscheint hierbei dringend erwünscht, die Beschäftigung ausländischer Arbeiter auf das Notwendigste einzuschränken. Es ist eine unabweisbare Aufgabe von Staat und Gemeinde, der Lage des Arbeitsmarktes die vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden und Maßnahmen zu treffen, um fortlaufend über den Umfang der Arbeitslosigkeit unterrichtet zu sein. In dieser Hinsicht ist die Einrichtung allgemeiner öffentlicher Arbeitsnachweise an Orten, wo solche noch nicht bestehen, dringend erforderlich.

26. November. Der Reichstag nimmt seine Sitzungen wieder auf. — Er beginnt mit der zweiten Beratung der Seemannsordnung.

26. November. (Baden.) Der Landtag tritt zusammen. In der Thronrede heißt es über die finanzielle und wirtschaftliche Lage:

In den letzten Jahren haben wir uns in Deutschland wie in unserer engeren Heimat einer reichen Entfaltung des wirtschaftlichen Lebens zu erfreuen gehabt. Bedauerlicherweise ist hierin in jüngster Zeit ein Rückschlag erfolgt, der in unsrem Lande, dank der gesunden Grundlagen, auf denen unsre Volkswirtschaft ruht, zwar nicht zu schweren Erschütterungen geführt, aber doch schon in einem Rückgang der Erwerbsthätigkeit und geringerer

Ergiebigkeit der staatlichen Einnahmequellen sich bemerkbar macht. Die Rechnungsabschlüsse des ersten Jahres der ablaufenden Budgetperiode haben deshalb den günstigen Stand der Vorjahre nicht zu behaupten vermocht. Noch weniger günstig verspricht das Rechnungsjahr 1901 zu verlaufen. In wesentlich empfindlicherer Weise als bis jetzt bei uns der Fall hat der wirtschaftliche Niedergang die Finanzen des Reiches beeinflußt und eine unerwartet hohe Steigerung der Matrikularbeiträge zur Folge gehabt, die das Bild des Budgets der kommenden Periode ungünstig beeinflußt. Der Staatsvoranschlag schließt, obwohl die Einnahmeetats gegenüber dem letzten Budget einen Mehrbetrag von 4,721,322 ℳ jährlich aufweisen, diesmal mit einem ungewöhnlich hohen Fehlbetrag ab, der im ordentlichen Etat 2,005,282 ℳ und im gesamten Etat, einschließlich des außerordentlichen, 14,364,178 ℳ beträgt. Angesichts der allgemeinen Finanzlage und mangels der erforderlichen Deckungsmittel wäre eine weitgehende Zurückhaltung im außerordentlichen Etat diesmal angezeigt gewesen. Wenn gleichwohl für außerordentliche Zwecke 15,610,075 ℳ angefordert werden, so ist hiefür die Erwägung mitentscheidend gewesen, daß in einer Zeit wirtschaftlichen Rückgangs eine erhebliche Einschränkung der staatlichen Bauthätigkeit in den beteiligten Erwerbskreisen schwer empfunden werden müßte. Der ordentliche Etat für die Jahre 1902 und 1903 schließt ab in den Ausgaben mit 169,149,756 ℳ, in den Einnahmen mit 167,144,474 ℳ.

27. November. Der Reichstag wählt den Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (kons.) zum 1. Vizepräsidenten. Der bisherige Vizepräsident v. Frege war zurückgetreten.

27. November. (Reichstag.) Duellwesen. (Vgl. S. 152.)

Das Haus bespricht infolge einer Interpellation Bassermann (nl.) das Insterburger Duell, wobei der preuß. Kriegsminister v. Goßler erklärt, in den dem Duell vorhergehenden Verhandlungen sei den Allerhöchsten Vorschriften von 1897 nicht entsprochen worden. Ein friedlicher Ausgleich hätte gefunden werden müssen. Redner des Zentrums und der Linken führen aus, die Duelle in der Armee würden erst verschwinden, wenn aus den Vorschriften der Passus beseitigt sei, wonach die Aussöhnung des Offiziers nur gestattet sein soll, „wenn Standesehre und gute Sitte es zulassen.“ Anstatt dessen müßte ein unbedingtes Duellverbot erlassen werden.

Ende November. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ polemisiert gegen den Zolltarif und droht mit Freihandel:

Man wird entweder im Rahmen des bisherigen Systems der Schutzzollpolitik auch der Landwirtschaft gerecht werden und ihr zum Ausgleich der bisherigen Zurücksetzung künftig eine vorzugsweise Berücksichtigung in diesem Schutzzollsystem zubilligen müssen: oder die landwirtschaftlichen Vertreter werden gezwungen sein, alles daran zu setzen, dieses nur halbe Schutzsystem ganz zu Fall zu bringen und zum reinen Freihandel zurückzukehren. Dieser völlige Freihandel wäre ganz gewiß ein Uebel; aber es wäre das kleinere Uebel gegenüber einer Fortdauer des bisherigen Zustandes einer nur halben, einseitig zu industriellen Gunsten getriebenen Schutzzollpolitik.

30. November. (Reichstagswahl.) Bei der Ersatzwahl im Wahlkreise Wiesbaden erhält Quarck (Soz.) 9500, Crüger (fr. Vp.) 6460, Bartling (nl.) 5452, Fuchs (Z.) 5826), Hatzmann

(Bd. d. Ldw.) 944 Stimmen. — In der Stichwahl wird Crüger mit 14902 gegen Quarck mit 11346 Stimmen gewählt (11. Dez.).

2. Dezember. (Bayerischer Landtag.) Die Abgeordnetenkammer kritisiert die Justizpflege in der Pfalz, die zu langsam sei. Der Justizminister stimmt einer Resolution zu, wonach die Zahl der Richter vermehrt werden soll.

2./12. Dezember. (Reichstag.) Erste Beratung des Zolltarifentwurfs.

Reichskanzler Graf Bülow: Ich habe die Ehre, im Namen der verbündeten Regierungen dem Hause einen Entwurf zum Zolltarifgesetz zu unterbreiten. Der vorliegende Entwurf, der wichtigste und bedeutendste Gegenstand der Session, ist das Ergebnis mehrjähriger umfassender und sorgfältiger Vorbereitungen. Nach gründlicher Ermittelung der bestehenden Produktions- und Absatzverhältnisse für Landwirtschaft und Industrie haben die im wirtschaftlichen Ausschuß vereinigten Vertreter und die unter ihrem Beistand vernommenen zahlreichen Sachverständigen aus den verschiedenen Erwerbszweigen ein umfangreiches und wertvolles Material zusammengestellt. Auf Grund dieses Materials haben die zuständigen Reichsbehörden unter gewissenhafter Abwägung der einander vielfach entgegenstehenden Interessen den Entwurf des Tarifs aufgebaut. Mit Genehmigung des Kaisers ist dieser Entwurf den Beratungen des Bundesrats zu grunde gelegt worden. Nachdem bereits im Juli durch mündliche Rücksprache unter den leitenden Ministern der größeren Bundesstaaten über die wesentlichsten Punkte des Tarifs Einvernehmen erzielt worden war, hat nunmehr der Bundesrat nach eingehender Beratung dem Entwurf in seiner jetzt vorliegenden Gestalt seine Zustimmung erteilt. Der Entwurf, hervorgegangen aus den Bedürfnissen des deutschen Wirtschaftslebens, will unter möglichst gleichmäßiger Berücksichtigung aller berechtigten Interessen in erster Linie den Wünschen nach Erhöhung des Schutzes Rechnung tragen, welche von der Landwirtschaft erhoben worden sind und deren Berechtigung innerhalb der durch die notwendige Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen gezogenen Schranken nicht bestritten werden kann. Der Entwurf will aber auch der Industrie Abhilfe derjenigen Mängel gewähren, welche sich bei der Handhabung des geltenden Tarifs im Laufe der Zeit herausgestellt haben, und endlich will dieser Entwurf für die künftigen Handelsvertragsunterhandlungen mit anderen Staaten eine bessere Waffe liefern. Dieser Tarif bedeutet somit nicht die Abwendung von der Politik der Tarifverträge. (Große Bewegung, Widerspruch links.) Sie werden ja abwarten können — jedenfalls besteht bei den verbündeten Regierungen die feste Absicht, die Interessen der deutschen Ausfuhrindustrie wie bisher auch in Zukunft zu verfolgen, selbstverständlich unter Wahrung unsres guten Rechtes, die Grenze desjenigen, was wir ohne Preisgebung vieler deutscher Interessen gewähren können, nach eigenem Ermessen zu entscheiden. (Lebhafter Beifall.) Bei der sorgsamen Vorbereitung dieses Entwurfes haben die verbündeten Regierungen das ihrige für das Zustandekommen der seit langer Zeit in Aussicht genommenen Reform unsres Zolltarifs gethan. An diesem Hause ist es nun, seinerseits einzutreten in die Prüfung der Vorlage und dieselbe in gemeinsamer Arbeit mit den verbündeten Regierungen zu stande zu bringen. Bei Einbringung des Entwurfs sind die verbündeten Regierungen sich der weitreichenden Bedeutung einer solchen Aufgabe für das wirtschaftliche Leben der Nation, wie der ungewöhnlichen Schwierigkeiten ihrer Lösung

wohl bewußt gewesen. Widerstreitende Interessen ringen bei der Neuordnung unsres Zolltarifs nach Befriedigung in fast allen wichtigen Fragen, untereinander und gegeneinander, in der Wissenschaft wie im praktischen Leben. Wenn die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung auf Widerspruch gefaßt sein müssen, so glauben sie doch, daß durch diesen Tarif eine Grundlage gegeben ist, auf welcher sich für die Bedürfnisse der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels eine gute Schutzwehr und ein billiger Ausgleich schaffen läßt, wenn uns die Volksvertretung ihre Hilfe nicht versagt. Ich habe wiederum die Landwirtschaft an erster Stelle genannt, weil ich mit den verbündeten Regierungen davon überzeugt bin, daß sie sich lange in vielen Teilen des Reiches in einer schwierigen Lage befunden hat, während Industrie und Handel sich in den letzten Jahrzehnten verhältnismäßig günstig entwickelten und daß daher bei der hohen Bedeutung, welche der Landwirtschaft für die Wehrkraft und Nährkraft des Reiches zukommt, ihr jedes mit den Grundbedingungen des wirtschaftlichen Lebens vereinbare Maß von Schutz und Hilfe gewährt werden soll. (Erneuter Beifall rechts, Widerspruch links.) Ich habe von einem billigen Ausgleich gesprochen, weil, wer angesichts so vieler schwer vereinbarer Forderungen mehr in Aussicht stellen wollte, entweder über Zauberkräfte verfügen müßte, die den verbündeten Regierungen nicht zu Gebote stehen, oder in so frivoler Weise Illusionen erwecken würde, die er selbst nicht realisieren könnte. Deutschland ist weder ein Industrie-, noch ein reiner Agrarstaat, sondern beides zugleich. Wir wollen allen Erwerbskreisen den Anteil an dem internationalen Güteraustausch sichern und erleichtern. Es wird das ernsteste Bestreben jedes verantwortlichen Staatsmannes sein müssen, bei den Verhandlungen mit dem Auslande unter annehmbaren Bedingungen zu Handelsverträgen zu gelangen. Durch eine solche Politik glauben die verbündeten Regierungen die Arbeit für die breiten Massen in Stadt und Land und damit das Volkswohl zu fördern. Wir werden den häuslichen Streit, an dem es hier nicht fehlen wird, vor fremden Ohren, vor den Ohren des Auslandes zu führen haben. Lassen Sie in allem Kampf der Einzelinteressen, in allem Zwiespalt der Parteimeinungen uns bewußt bleiben, daß wir hier über unsre eigenen Angelegenheiten mit jenem nationalen Egoismus verhandeln (Beifall), der unser gutes Recht ist, und lassen Sie uns nicht vergessen, daß wir dem Auslande gegenüber nur dann stark und geschlossen auftreten können, wenn aus unsern Reden und Beschlüssen immer und überall der Gedanke an das Gesamtwohl der nationale Gedanke hervorleuchtet. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (kons.): Die deutsche Landwirtschaft verdiene in erster Linie Berücksichtigung, weil sie den Getreidebedarf Deutschlands aus eigenen Mitteln decken könne. Die Konservativen würden in der Kommission Anträge auf weitere Erhöhung der Getreidezölle stellen, und von dem Schicksale dieser Anträge würden sie ihre Entscheidung über die ganze Vorlage abhängig machen. Für den Fall der Ablehnung dieser Anträge dürfte für seine Parteigenossen die ganze Vorlage unannehmbar sein. Handelsverträge seien wünschenswert, aber nicht auf Kosten eines wichtigen Erwerbszweiges; die bestehenden ungünstigen Handelsverträge dürften nicht verlängert werden. Abg. Molkenbuhr (Soz.): Der von der Rechten verlangte Schutz sei thatsächlich eine Ausplünderung der Massen. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Preise liege in der Zunahme der Maschinentechnik. Die Zollerhöhung würde das Brot verteuern, ohne daß die Massen irgend ein Aequivalent dafür erhielten.

3. Dezember. Staatssekretär Graf Posadowsky: Es sei unrichtig, daß der neue Tarif eine bedeutende Zollerhöhung bringe; viele Sätze seien

unverändert geblieben, andere sogar erniedrigt worden. Vielfach stelle man sich jetzt gar auf den Standpunkt, als wenn Deutschland nicht das Recht habe, seinen Zolltarif zu erhöhen. Wer auf diesem Standpunkt steht, dem fehlt es an nationalem Stolz. (Lebhafte Zurufe links.) Eine ganze Reihe von Staaten haben Zollpositionen so gestaltet, daß sie für unsere Produkte prohibitiv wirken. Wer uns bestreitet, daß wir unsere Zölle erhöhen dürfen, dem fehlt das Gefühl für die Souveränität, die das Deutsche Reich sich bei Behandlung seiner eigenen Angelegenheiten wahren muß. (Beifall rechts. Widerspruch links.) Setze man aber die Getreidezölle zu hoch, dann könne es passiren, was 1898 in Frankreich geschah: daß unter Umständen die Zölle suspendiert werden. Erhöhe man die jetzt vorgeschlagenen Zollsätze für das Getreide, dann sinke dadurch der Wert der Minimalzölle. Abg. Spahn (Z.): Das Zentrum billige durchaus die agrarischen Forderungen des Entwurfs. Grade der mittlere und kleinere Grundbesitz leide unter der Verminderung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Erhöhung der Produktionskosten. Es empfehle sich, die Mehreinnahmen aus den Zöllen zu Wohlfahrtseinrichtungen zu verwenden. Abg. Richter (fr. Vp.): Wir bedürfen eines Zuschusses an Lebensmitteln für die wachsende Bevölkerung und wir müssen sie mit Ausfuhr von Fabrikaten bezahlen. Deutschland ist an diese internationale Arbeitsteilung gebunden, nach seiner Größe, seinem Klima und seiner Lage in Europa. Die Politik in dieser Vorlage ist chinesische Politik, sie zielt darauf ab, unsre Verpflichtung für die Weltwirtschaft wieder aufzulösen, den Handel nicht auszudehnen, sondern einzuschränken. Wenn auch das Ausland mit diesem Tarif zufrieden wäre, wir verwerfen ihn doch, weil die inländische Produktion und Konsumtion geschädigt wird. Wissen wir denn, was aus den Handelsverträgen wird? Es scheint eine gewisse agrarische Auffassung über den Handel vorzuwalten, die entstanden ist aus Betrachtungen über den Kuh- und Pferdehandel. (Heiterkeit.) Das Ausland ergreift doch jetzt keine Initiative in schutzzöllnerischer Richtung, warum fangen wir nun damit an? Noch niemals sei eine Vorlage so schwach begründet worden wie diese, die dem ganzen Volke verderblich werden müsse; Graf Bülow habe vor den Agrariern den Kotau machen müssen und deshalb auch die preußische Kanalvorlage fallen lassen. Die von der Regierung proklamierte Weltpolitik sei mit solchen Tarifen unmöglich und die große Flotte demnach überflüssig. Reichskanzler Graf Bülow: Ein Gegensatz zwischen Weltpolitik und Erhöhung der Getreidezölle besteht nicht, denn die Basis einer gesunden und vernünftigen Weltpolitik ist eben eine kräftige nationale Heimatspolitik. Eine Weltpolitik, welche die heimische Arbeit ohne Schutz lassen würde, die sich insbesondere nicht um die Landwirtschaft kümmern würde, wäre eine phantastische, ungesunde und chimärische Politik. Für eine solche Weltpolitik danke ich. Von einem Fallenlassen, von einem definitiven Scheitern der Kanalvorlage ist ebenfalls nicht die Rede, weil sie eine tiefgehende Schädigung herbeiführen würde, nicht nur für diese oder jene Gebietsteile, sondern für den allgemeinen Wohlstand des ganzen Landes. Die preußische Regierung ist aber fest überzeugt, daß ein Projekt, welches nicht nur einzelnen Gewerbszweigen, sondern der gesamten Monarchie zugute kommt, mit der Zeit realisiert werden wird.

4. Dezember. Abg. Paasche (nl.) betont die Notwendigkeit, die landwirtschaftlichen Betriebe wieder lohnend zu machen und erhofft eine Verständigung von den Kommissionsberatungen. Man dürfe bei der ganzen Verhandlung nicht vergessen, daß die vorgeschlagenen Sätze nicht die sind, welche nun demnächst in Kraft treten, sie sollen nur die Grundlage der Vertragsverhandlungen bilden. Die hohen Zölle sollten auch

für alle Zeiten gelten, sondern nur für die Zeit der Niederlage; von Wucherzöllen könne nicht geredet werden, denn es handle sich nicht um die Ausbeutung, sondern um den Schutz der bedrängten deutschen Arbeit. Abg. Gamp (RP.) empfiehlt, an die Stelle der jetzigen stationären Zollsätze eine gleitende Zollskala zu setzen, die sich der wechselnden Konjunktur auf dem Getreidemarkte anzupassen vermag. Am folgenden Tage polemisiert preußischer Handelsminister Möller gegen den Abg. Richter, hierauf kritisiert Abg. Bebel (Soz.) den Entwurf sehr scharf und kündigt Obstruktion dagegen an, wobei es zu lebhaften Zwischenrufen und stürmischen Scenen kommt. Am 6. Dezember fordert Abg. Speck (Z.) höhere Gerstenzölle, wogegen bayerischer Finanzminister v. Riedel das Interesse der Brauindustrie an niedrigeren Gerstenpreisen geltend macht. Abg. Payer (Südd. Vp.) bekämpft die Zölle auf Getreide, Fleisch und Vieh; der württembergische Minister des Innern Pischek führt aus, daß die kleinen süddeutschen Landwirte grade diese Zölle wünschten. Abg. Frhr. v. Heyl (nl.) stellt fest, daß die Großindustriellen für die Bindung der Getreidezölle seien.

Nach weiteren Debatten am 11. und 12. Dezember wird der Entwurf an eine Kommission von 28. Mitgliedern verwiesen. Die Kommission besteht aus folgenden Abgeordneten. Vom Centrum Dr. Spahn, Trimborn, Herold, Pingen, Klose, Gröber, Speck und Heim; von der freisinnigen Volkspartei Müller (Meiningen), Fischbeck und Bräsicke; von der freisinnigen Vereinigung Gothein; von den Sozialdemokraten Bebel, Singer, Molkenbuhr und Stadthagen; von der Reichspartei v. Kardorff, Gamp und Göbel; von den Polen v. Komierowski; von den Konservativen Graf Schwerin-Löwitz, v. Wangenheim, Graf Kanitz und Rettich; von den Nationalliberalen Beumer, Blankenhorn, Heyl zu Herrnsheim und Paasche. Die Kommission wählt zu ihrem Vorsitzenden den Abg. v. Kardorff, zum Stellvertreter den Abg. Dr. Paasche.

3. Dezember. (Potsdam.) Der Weihbischof von Straßburg, Zorn von Bulach, legt den Eid vor dem Kaiser ab. Der Kaiser hält folgende Ansprache:

Mit Befriedigung hat es Mich erfüllt, daß zum Weihbischof der altehrwürdigen Diözese Straßburg ein Mann berufen worden ist, der dem Reichslande von Geburt angehört. Sie, hochwürdiger Herr, sind ein Sohn des Elsasses und Sproß eines alten elsässischen edlen Geschlechts, das seit grauer Vorzeit seinem Vaterland hervorragende Männer gestellt hat, und Ihnen ist es nunmehr beschieden, als Weihbischof dem Bischof Ihrer Heimatdiözese zur Seite zu stehen. Gern habe Ich Sie daher in alle mit diesem Amte verbundenen Würden und Berechtigungen eingesetzt, und nicht habe Ich es Mir versagen wollen, wie neulich seitens des Bischofs von Metz, so auch von Ihnen das Gelöbnis der Treue persönlich entgegenzunehmen. Die soeben von Ihnen ausgesprochenen loyalen Versicherungen und Wünsche für Mich und Mein Haus, sowie Ihre Vergangenheit im staatlichen und kirchlichen Dienste befestigen Mir das Vertrauen, daß auch Sie es für Ihre Gewissenspflicht halten, die Eintracht zu pflegen und in der Diözese Straßburg, soweit es an Ihnen liegt, den Geist der Ehrfurcht gegen Mich zu stärken und die Liebe zum deutschen Vaterlande zu wahren. Sie werden damit nur dem Beispiele Ihrer Vorfahren folgen, die zu Zeiten des Heiligen römischen Reiches deutscher Nation in guten und bösen Zeiten treu zu Kaiser und Reich gehalten haben. Von Herzen heiße Ich Sie, hochwürdiger Herr, in dem Ihnen übertragenen Amte willkommen.

Möge Ihnen in Ihrem neuen Wirkungskreise Gottes Segen in reichstem Maße beschieden sein!

4. Dezember. (Bayerischer Landtag.) Anstellung jüdischer Richter.

Die Abgeordnetenkammer genehmigt mit 77 gegen 51 Stimmen einen Antrag Heim, wonach Israeliten in der Justizverwaltung nur im Verhältnis der israelitischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung aufgenommen werden sollen. Justizminister v. Leonrod lehnt den Antrag aus Gesetzesbedenken ab, will aber auf die Stimmung der Bevölkerung möglichst Rücksicht nehmen. (Vgl. S. 161, 23.)

5. Dezember. Die sozialdemokratische Fraktion legt dem Reichstage eine Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle mit 3431784 Unterschriften vor.

9. Dezember. (Bayerischer Landtag.) Im Finanzausschusse der Abgeordnetenkammer erklärt Ministerpräsident Graf Crailsheim, Bayern werde sein Postreservatrecht nicht aufgeben.

10. Dezember. (Reichstag.) Interpellation über die Vorgänge in Wreschen; Polendebatte.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) bringt folgende Interpellation ein: 1. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Vorgänge in Wreschen nicht nur bei uns, sondern auch im Auslande ein Aufsehen erregt haben, welches geeignet ist, dem Ansehen des Deutschen Reiches Abbruch zu thun? 2. Welche Stellung nimmt der Herr Reichskanzler dieser Angelegenheit gegenüber ein? Der Interpellant führt aus, die polnische Fraktion habe die Pflicht, die nationale Würde derjenigen Bevölkerungskreise zu wahren, die sie hierher geschickt haben, die Würde, die durch die Wreschener Vorgänge verletzt worden sei. Die Sache gehöre eigentlich zu der Kompetenz des Bundesstaates Preußen. Er bringe sie aber hier zur Erwähnung, weil die Bewegung weit über die Reichsgrenzen hinaus ihre Wellen geschlagen habe. Die Würde der deutschen Nation und namentlich die in diesem hohen Hause derselben schuldige Rücksicht würden dadurch nicht verletzt. Der Reichskanzler möge überzeugt sein, daß keinerlei agitatorische Gründe dazu vorliegen. Sei es für die Würde und Wohlfahrt des Reiches nötig, eine nationale Minderheit, welche dem Reiche zugeteilt ist, in einer Weise zu behandeln, wie sie sie seit langer Zeit erlitt, in ihren nationalen Eigentümlichkeiten anzufeinden und zu beschränken mit einem ausgesprochenen Endziel, sie in früherer oder späterer Zeit gänzlich zu unterdrücken? Dadurch, daß den polnischen Kindern die Muttersprache gleichsam als minderwertig hingestellt werde, bilde sich bei ihnen eine gewisse Renitenz gegen die Schule. Die neueste Frucht der preußischen Schulpolitik entspricht durchaus nicht den Traditionen der früheren preußischen Herrscher und deren Behandlung der polnischen Unterthanen. Das ist alles anders geworden. Nicht einmal die Heiligkeit des Hauses wird respektiert. Die Erregung wird nun auch schon von den uns ferner stehenden Kreisen geteilt. Sollte es nicht möglich sein, daß der Reichskanzler Maßregeln anordnet, welche mehr auf den Frieden unter der schwer aufgeregten Bevölkerung hinwirken, in deren Erregung doch bei aller Leidenschaftlichkeit ein hoher sittlicher Kern steckt?

Reichskanzler Graf Bülow: Der Antragsteller erkannte selbst an,

daß ich verfassungsrechtlich nicht in der Lage bin, hier auf die Wreschener Vorgänge einzugehen. Es handelt sich um eine innere Angelegenheit eines Bundesstaates. Das Verhältnis der preußischen Unterthanen polnischer Zunge zur preußischen Staatsregierung ist eine rein preußische Angelegenheit. Wenn diese Angelegenheit im preußischen Landtage zur Sprache gebracht werden sollte, werde ich dort an zuständiger Stelle Rede und Antwort stehen. An der Erörterung der Wreschener Vorgänge in diesem hohen Hause vermag ich mich jedoch nicht zu beteiligen und ich muß es ablehnen, über die von dem Antragsteller zur Sprache gebrachten Einzelheiten meinerseits zu diskutieren und darauf verzichten, dieselben hier richtig zu stellen. Ich habe als Reichskanzler einerseits die Pflicht, alle verfassungsmäßigen Rechte des Reiches und seiner Organe nach außen wie nach innen in vollem Umfange zu wahren. Ich habe aber anderseits ebensosehr die Aufgabe, ein Eingreifen der Reichsinstitutionen in die durch die Verfassung den Einzelstaaten vorbehaltene Zuständigkeit zu verhindern. Ich würde genau denselben Standpunkt einnehmen, wenn es sich statt um eine preußische, etwa um eine bayerische, württembergische oder anhaltische Landesangelegenheit handelte. Wie das Reich das Recht hat, von den Bundesgliedern die loyale Erfüllung aller den Bundesstaaten gegenüber dem Reiche obliegenden Verpflichtungen zu fordern, die es auch bisher nie vergebens forderte, so haben umgekehrt die Bundesstaaten Anspruch auf unbedingte Beachtung der ihnen verfassungsmäßig zustehenden Befugnisse. Diese werde ich nicht beeinträchtigen lassen und gegen jeden Versuch, an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches und den Rechten der Bundesstaaten zu rütteln, entschieden Verwahrung einlegen. Da der Antragsteller, dem ich für seine ruhige Begründung der Interpellation um so dankbarer bin, je größer der Abstand ist zwischen seiner Mäßigung und der von der polnischen Presse geführten Sprache, Bezug nahm auf unsere Beziehungen zum Auslande, so erkläre ich noch nachstehendes: Davon, daß durch die Vorgänge in Wreschen dem Ansehen des Deutschen Reiches irgendwie ein Abbruch geschehen wäre, ist mir nicht das Mindeste bekannt. Den Anstiftern jener Exzesse in Galizien und Warschau, die der Antragsteller doch zu milde beurteilt hat, mag ja die Absicht vorgeschwebt haben, durch derartige Krawalle ein Moment der Beunruhigung hineinzutragen in unsere Beziehungen zu den beiden Nachbarmächten Oesterreich-Ungarn und Rußland. Wenn aber irgend welche Befürchtung bestehen sollte, daß unsere Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und Rußland sich infolge jener Vorgänge ungünstiger gestaltet hätten, so kann ich eine solche Besorgnis vollkommen zerstreuen. Die Haltung sowohl der russischen wie der österreichisch-ungarischen Regierung entsprach unseren berechtigten Erwartungen und wir hatten keinen Grund zur Beschwerde. Ich freue mich, darauf hinweisen zu können, daß die kaiserlich-russische Regierung anläßlich der am 4. ds. gegen das kaiserlich-deutsche Generalkonsulat in Warschau verübten Ausschreitungen eine sofortige befriedigende Remedur eintreten ließ. Der russische Minister des Auswärtigen Graf v. Lambsdorff hat unseren kaiserlichen Botschafter in St. Petersburg sogleich gebeten, der kaiserlichen Regierung sein tiefstes Bedauern über die höchst beklagenswerten Vorkommnisse auszudrücken. Gleichzeitig ließ Graf v. Lambsdorff dem Botschafter keinen Zweifel darüber, daß die deutsche Regierung zu der russischen das volle Vertrauen haben könne, daß diese aus freien Stücken alle notwendigen Maßnahmen sofort und in vollem Umfange ergreifen werde. Dies ist auch bereits geschehen und hat uns jeden weiteren diplomatischen Schrittes gegenüber der kaiserlich russischen Regierung in dankenswerter Weise enthoben. Der Generalgouverneur von Warschau, die Spitzen der Civil- und Militärbehörden, unter diesen insbe-

sondere wegen Beteiligung der Studenten der Kurator des Warschauer Lehrbezirks und der Direktor des Warschauer Polytechnikums, haben dem kaiserlichen Generalkonsul offizielle Besuche gemacht, um ihr Bedauern über den Vorfall auszusprechen. Ferner ordnete die russische Regierung eine strenge Untersuchung und sofortige nachdrückliche Bestrafung der Schuldigen an. Das zerstörte Konsulatsschild wird auf Veranlassung der russischen Regierung durch ein neues ersetzt und in feierlicher Weise, vermutlich heute, wieder angebracht werden. Die Solidarität, welche seit länger als einem Jahrhundert Preußen und Rußland auf Grund der bestehenden Verträge und des gegenwärtigen status quo verbindet gegenüber den Bestrebungen und Tendenzen, die im letzteren Grunde darauf abzielen, den Gang der Geschichte rückläufig zu machen und den status quo ante von 1772 wiederherzustellen, ist nicht so leicht zu erschüttern, wie manche Leute glauben. Ebenso ergriff die österreichisch-ungarische Regierung in selbstverständlicher Bethätigung ihrer bundesfreundlichen Gesinnung sofort nach dem Lemberger Vorfall am 29. November Maßnahmen zum Schutze des dortigen kaiserlichen Konsulats. Diese Maßnahmen erwiesen sich indessen nicht als ausreichend, um die nach der Enthüllung des Denkmals eines polnischen Schriftstellers vorgestern vor dem Konsulat erneuerte, umfangreiche Demonstration zu verhindern. Wie nach dem Vorfall im November der Statthalter von Galizien gegenüber dem deutschen Konsul in Lemberg, so hat nach den vorgestrigen groben Ausschreitungen der österreich-ungarische Minister des Auswärtigen unserm Botschafter in Wien sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen, Graf Goluchowski sicherte zu, daß die Exzedenten energisch bestraft und die Behörden zur Verantwortung gezogen werden würden; er habe sich wegen weiterer Anordnungen sofort mit dem österreichischen Ministerpräsidenten in Verbindung gesetzt. Ich kann aber nicht schließen, ohne mein Erstaunen darüber auszudrücken, daß der Antragsteller auch nur einen Augenblick annehmen konnte, wir würden uns durch ausländische Beurteilung inländischer Vorgänge irgendwie impressionieren lassen. Ausländische Stimmungen, Strömungen und Demonstrationen können weder den Gang unserer inneren Politik, noch die Haltung des leitenden Ministers im Reiche beeinflussen. Für mich kann nichts anderes maßgebend sein, als die Staatsraison dieses Landes und meine Pflicht gegenüber dem Deutschtum. Dieser Pflicht werde ich eingedenk bleiben und werde gegenüber der ernsten Gefahr, die nach meiner Ueberzeugung unserem Volkstum von der polnischen Seite droht, thun, was meines Amtes ist, damit der Deutsche im Osten nicht unter die Räder kommt. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen bei den Polen.)

Abg. Roeren (Z.): Das Aufsehen, das die Vorgänge im Auslande erregt hätten, mache die Sache aus einer preußischen zu einer deutschen. Das Gnesener Urteil sei überaus hart; die verurteilten Eltern hätten keine Gewaltthätigkeit begangen. Die Unterdrückungspolitik erbittere die polnische Bevölkerung. Wie verschieden werden die protestantischen Polen, die Masuren, zum Unterschied von den katholischen Polen behandelt! Denen hat man ihre Muttersprache gelassen, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie sonst unzufrieden und der großpolnischen Agitation zugänglich gemacht werden würden. Fast das gesamte Beamtentum in Posen, vom Landrat herab bis zum Gendarmen, ist protestantisch, in Posen sämtliche 28 Landräte. Auch außeramtlich germanisiert und protestantisiert man hakatistischerseits. Der Provinzialverein für innere Mission will protestantische Waisenkinder in die katholischen Gegenden Posens und Westpreußens verpflanzen, um so später neue evangelische Gemeinden in diesen katholischen Gebieten zu gründen. Ist das edel?

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Es handelt sich um die reine schultechnische Frage, ob Kinder, die das Deutsche vollkommen verstehen, in deutscher Sprache unterrichtet werden sollen. Ich habe nie davon gehört, daß es dem Wesen einer Religion widerspricht, daß Religionswahrheiten in einer anderen Sprache erteilt werden, wenn diese Sprache vollkommen von den Kindern beherrscht wird, wie es hier der Fall ist.

Abg. Sattler (nl.) verteidigt die Politik der Regierung gegen die Polen, denn es dürfe der polnischen Agitation nicht gelingen, den von den Deutschen kultivierten Osten der Kultur zu entreißen. Wie die Kultur aussähe, wo Polen herrschten, beweise Galizien. Abg. Ledebour (Soz.) verurteilt die Kinderfolterung und sieht allein in dem Siege des Proletariats Erlösung des polnischen Volkes.

10. Dezember. (Sachsen.) Die Zweite Kammer genehmigt einstimmig eine Vorlage, die den Einkommensteuertarif um 25 Prozent erhöht.

12. Dezember. (Sachsen.) Der Finanzminister v. Watzdorf sagt in der Zweiten Kammer über die Finanzlage:

Besonders ungünstig haben sich leider schon seit längerer Zeit die Reinerträge unserer Eisenbahnen gestaltet. Schon in der letztvergangenen Periode war ungeachtet der günstigen Verkehrsentwickelung der erzielte Mehrüberschuß hinter dem im Etat erwarteten um 338000 Mark zurückgeblieben, wesentlich deshalb, weil die Ausgaben in noch weit stärkerem Maße als die Einnahmen gestiegen waren. Noch weit mehr sind aber die Erwartungen in der laufenden Periode enttäuscht worden. Es haben nämlich seit dem letzten Viertel des Jahres 1900 die Bruttoeinnahmen nicht nur keine weitere Steigerung, sondern teilweise sogar einen erheblichen Rückgang aufgewiesen. Nun sind allerdings gleichzeitig auch die Ausgaben in manchen Richtungen nicht unerheblich zurückgegangen. Dennoch müssen wir uns bei den Eisenbahnen für die laufende Periode auf einen Ausfall von rund 7370000 Mark gefaßt machen. Ich muß an dieser Stelle wiederum darauf hinweisen, daß der Fehlbetrag diese bedauerliche Höhe bei weitem nicht erreicht haben würde, wenn nicht in dieser Periode das Reich wieder einmal als überaus lästiger Kostgänger der Einzelstaaten aufgetreten wäre und Matrikularbeiträge in einem die Ueberweisungen soweit übersteigenden Maße in Anspruch genommen hätte, daß speziell unserer Staatskasse für die Jahre 1900—1901 eine Mehrbelastung von rund 5451000 Mark aufgebürdet werden wird! — Man kann sich heute, in freilich pessimistischer Weise nur damit trösten, daß die hiedurch herbeigeführten Uebelstände nachgerade einen solchen Umfang angenommen haben, daß die Notwendigkeit einer gründlichen Reform auf diesem Gebiete in immer weiteren Kreisen zur Anerkennung kommen muß. Wir dürfen das Vertrauen haben, daß der Herr Reichskanzler, sobald die Umstände es nur gestatten werden, nunmehr mit entsprechenden Reformvorschlägen an die gesetzgebenden Faktoren des Reiches herantreten wird.

Mitte Dezember. (Preußen.) Den polnischen Vereinen in Westfalen wird vorgeschrieben, sich in öffentlichen Versammlungen der deutschen Sprache zu bedienen.

18. Dezember. (Berlin.) Der Kaiser enthüllt das letzte Denkmal der Siegesallee (vgl. 1895 S. 29) und hält dabei folgende Rede:

Der heutige Tag ist in der Geschichte unserer heimischen Berliner Kunst insofern von Bedeutung, als der hochselige Protektor der Museen, Mein verstorbener Herr Vater, und seine künstlerisch hochbegabte Gattin, Meine verehrte Mutter, heute vor 15 Jahren das Museum für Völkerkunde einweihten. Es war dies gewissermaßen die letzte große abschließende That, die Mein Vater nach dieser Richtung hin ausgeführt hat, und Ich betrachte es als ein besonderes Glück, daß gerade an diesem Jahrestag der Abschluß für die Arbeiten der Siegesallee hat gefunden werden können. Ich ergreife diese Gelegenheit mit Freuden, um Ihnen allen erstens Meinen Glückwunsch und zweitens Meinen Dank auszusprechen für die Art und Weise, in der Sie Mir geholfen haben, Meinen ursprünglichen Plan zu verwirklichen. Die Aufstellung des Programms hat eine Reihe von Jahren in Anspruch genommen, und der bewährte Historiograph Meines Hauses, Professor Dr. Koser, ist derjenige gewesen, der Mich in den Stand setzte, überhaupt den Herren greifbare Aufgaben zu stellen. War somit die historische Basis gefunden, so konnte nun weiter vorgeschritten werden, und nachdem die Persönlichkeiten und Fürsten festgestellt waren, konnten dann auch, auf historischer Forschung beruhend, die wichtigsten Helfer der Herren an ihrem Werke festgestellt werden. Auf diese Weise entstanden Gruppen und, gewissermaßen durch die Historie bedingt, fand sich die Form der Gruppen. Nachdem dieser Teil des Programms fertig war, kam natürlich das Schwierigste. Das war die Frage: Wird es möglich sein, wie Ich hoffte, in Berlin so viele Künstler zu finden, die im stande sind, einheitlich zu arbeiten, um dieses Programm zu verwirklichen? Ich hatte, als Ich an die Lösung der Frage herantrat, im Auge, wenn es Mir gelingen sollte, der Welt zu zeigen, daß das Günstigste für die Lösung von künstlerischen Aufgaben nicht in der Berufung von Kommissionen und nicht in der Ausschreibung von allen möglichen Preisgerichten und Konkurrenzen besteht, sondern nach altbewährter Art, wie es in der klassischen Zeit und so auch später im Mittelalter gewesen war, der direkte Verkehr des Auftraggebers mit den Künstlern Gewähr bietet für eine günstige Ausgestaltung des Werkes und für ein gutes Gelingen der Aufgabe. Ich bin deshalb Professor Reinhold Begas besonders zu Dank verpflichtet, daß, als Ich mit diesem Gedanken an ihn herantrat, er Mir ohne weiteres erklärte, es sei absolut kein Zweifel, daß in Berlin sich allemal Künstler genug finden würden, um eine solche Idee ohne Schwierigkeiten zum Austrag zu bringen. Und mit seiner Hülfe und auf Grund der Bekanntschaften, die Ich in hiesigen Bildhauerkreisen durch Besuche von Ausstellungen und Ateliers gewonnen hatte, ist es Mir in der That gelungen, einen Stab zusammenzufinden, von dem Ich den größten Teil heute um Mich versammelt sehe, um mit ihm an diese Aufgabe heranzutreten. Ich glaube, Sie werden Mir das Zeugnis nicht versagen können, daß im Hinblick auf das von Mir entwickelte Programm Ich Ihnen die Behandlung desselben so leicht wie möglich gemacht habe, daß Ich Ihnen die Aufgabe im allgemeinen gestellt und begrenzt, im übrigen aber Ihnen die absoluteste Freiheit gegeben, nicht nur die Freiheit in der Kombination und Komposition, sondern gerade die Freiheit, das von sich hineinzulegen, was jeder Künstler thun muß, um erst dem Kunstwerk sein eigenes Gepräge zu verleihen: denn ein jedes Kunstwerk birgt immer ein Körnchen von dem eigenen Charakter des Künstlers in sich. Ich glaube, daß, wenn Ich es so nennen darf, dieses Experiment nun, wo die Siegesallee vollendet ist, als gelungen betrachtet werden darf. Es hat nur des Verkehrs benötigt zwischen dem Auftraggeber und den ausführenden Künstlern, um jeden Zweifel zu beseitigen, jede Frage zu beantworten, und es haben sich Schwierigkeiten größerer Art nicht gezeigt.

Sie haben, ein jeder in seiner Art, Ihre Aufgabe so gelöst, wie Sie es konnten und Ich habe das Gefühl, daß Ich Ihnen dazu das vollste Maß der Freiheit und Muse überlassen habe, wie Ich es für den Künstler für notwendig halte. Ich bin nie in Details hineingegangen, sondern habe Mich begnügt, einfach die Direktive und den Anstoß zu geben. Aber mit Stolz und Freude erfüllt Mich am heutigen Tage der Gedanke, daß Berlin vor der ganzen Welt dasteht mit seiner Künstlerschaft, die so Großes auszuführen vermag. Es zeigt das, daß die Bildhauerschule auf einer Höhe steht, wie sie wohl kaum in der Renaissancezeit schöner hätte sein können. Und Ich denke, jeder von Ihnen wird neidlos zugestehen, daß das werkthätige Beispiel von Reinhold Begas und seine Auffassung, beruhend auf Kenntnis der Antike, vielen von Ihnen ein Führer in der Lösung der großen Aufgabe gewesen ist. Auch hier könnte man eine Parallelle ziehen zwischen den großen Kunstleistungen des Mittelalters und der Italiener, daß der Landesherr und kunstliebende Fürst den Künstlern Aufgaben darbietet und zugleich die Meister gefunden hat, an die sich eine Menge junger Leute angeschlossen haben, daß sich eine bestimmte Schule daraus entwickelte und Vortreffliches zu leisten vermochte. Nun, meine Herren, am heutigen Tage ist auch zu gleicher Zeit in Berlin das Pergamon-Museum eröffnet worden. Auch das betrachte Ich als einen sehr wichtigen Abschnitt unserer Kunstgeschichte und gutes Omen und glückliches Zusammentreffen. Was in diesen Räumen dem staunenden Beobachter dargeboten, das ist eine solche Fülle von Schönheit, wie man sie sich gar nicht herrlicher vereint vorstellen kann. Wie ist es mit der Kunst überhaupt in der Welt? Sie nimmt ihre Vorbilder und schöpft aus den Quellen der großen Mutter Natur. Und diese, die Natur, trotz ihrer großen, scheinbar ungebundenen grenzenlosen Freiheit, bewegt sich doch nach den ewigen Gesetzen, die der Schöpfer sich selbst gesetzt, die nie ohne Gefahr für die Entwicklung der Welt überschritten oder durchbrochen werden können. Ebenso ist es in der Kunst. Und beim Anblick der herrlichen Ueberreste aus der alten klassischen Zeit überkommt Einen auch wieder dasselbe Gefühl: Hier herrscht auch ein ewiges, sich gleichbleibendes Gesetz: das Gesetz der Schönheit, Harmonie, der Aesthetik. Dieses Gesetz ist durch die Alten in einer so überraschenden, überwältigenden Weise und vollendeten Form zum Ausdruck gebracht worden, daß wir in allen modernen Empfindungen und allem unsern Können stolz darauf sind, wenn das gesagt wird bei einer besonders guten Leistung, daß es beinahe so gut ist, wie es vor 1900 Jahren gemacht worden ist. Aber beinahe! Unter diesem Eindrucke möchte Ich Ihnen dringend ans Herz legen, noch ist die Bildhauerei zum größten Teil rein geblieben von den sogenannten modernen Richtungen und Strömungen, noch steht sie hoch und hehr da. Erhalten Sie sie so, lassen Sie sich nicht durch der Menschen Urteil und allerlei Windlehren dazu verleiten, diese großen Grundsätze aufzugeben, auf denen sie auferbaut ist! Eine Kunst, die sich über die von Mir bezeichneten Gesetze und Schranken hinwegsetzt, ist keine Kunst mehr, sie ist Fabrikarbeit, ist Gewerbe; das darf die Kunst nie werden. Mit dem viel mißbrauchten Wort Freiheit und unter seiner Flagge verfällt man gar oft in Grenzenlosigkeit, Schrankenlosigkeit und Selbstüberhebung. Wer sich aber von dem Gesetz der Schönheit, dem Gefühle der Aesthetik und Harmonie, die jedes Menschen Brust fühlt, ob er sie auch nicht ausdrücken kann, loslöst und in dem Gedanken einer besonderen Richtung und bestimmten Lösung der mehr technischen Aufgaben die Hauptsache erblickt, der versündigt sich an den Urquellen der Kunst. Aber noch mehr, die Kunst soll mithelfen, erzieherisch auf das Volk einzuwirken. Sie soll auch den unteren Ständen nach harter Mühe und Arbeit die Möglichkeit

geben, sich an den Idealen wieder aufzurichten. Uns, dem deutschen Volke, sind die großen Ideale zu dauernden Gütern geworden, während sie den anderen Völkern mehr oder weniger verloren gegangen sind. Es bleibt nur das deutsche Volk übrig, das an erster Stelle berufen ist, diese großen Ideen zu hüten, zu pflegen und fortzusetzen, und zu diesen Idealen gehört, daß wir den arbeitenden, sich abmühenden Klassen die Möglichkeit geben, sich an dem Schönen zu erheben und sich aus ihren sonstigen Gedankenkreisen heraus- und emporzuarbeiten. Wenn nun die Kunst, wie es jetzt vielfach geschieht, weiter nichts thut, als das Elend noch scheußlicher hinzustellen, wie es schon ist, dann versündigt sie sich damit am deutschen Volke. Die Pflege der Ideale ist zugleich die größte Kulturarbeit, und wenn wir hierin den anderen Völkern ein Muster sein und bleiben wollen, so muß das ganze Volk daran mitarbeiten, und soll die Kultur die Aufgabe voll erfüllen, dann muß sie bis in die untersten Schichten des Volkes hindurchgedrungen sein; das kann sie nur, wenn die Kunst die Hand dazu bietet, wenn sie erhebt, statt daß sie in den Rinnstein niedersteigt. Ich empfinde es als Landesherr manchmal recht bitter, daß die Kunst in ihren Meistern nicht energisch genug gegen solche Richtungen Front macht, und verkenne keinen Augenblick, daß mancher strebsame Charakter unter denjenigen Angehörigen dieser Richtungen ist, der vielleicht von bester Absicht erfüllt ist. Er befindet sich aber auf falschem Wege, der rechte Künstler bedarf keiner Marktschreierei, keiner Presse und keiner Konnexion. Ich glaube nicht, daß Ihre großen Vorbilder auf dem Gebiete der Meisterschaft weder im alten Griechenland, noch in Italien, noch in der Renaissancezeit je zu der Reklame, wie sie jetzt durch die Presse vielfach geübt wird, gegriffen haben, um ihre Ideen besonders in den Vordergrund zu rücken. Sie haben gewirkt, wie Gott es ihnen eingab, im übrigen haben sie die Leute reden lassen; und so muß auch ein ehrlicher, rechter Künstler handeln. Die Kunst, die zur Reklame heruntersteigt, ist keine Kumst mehr, mag sie hundert- und tausendmal gepriesen werden. Das Gefühl für das, was häßlich oder schön ist, hat jeder Mensch, mag er noch so einfach sein, und dieses Gefühl weiter im Volke zu pflegen, dazu brauche Ich Sie Alle, und daß Sie in der Siegesallee ein Stück solcher Arbeit geleistet haben, dafür danke Ich Ihnen ganz besonders. Das kann Ich Ihnen jetzt schon mitteilen: Der Eindruck, den die Siegesallee auf die Fremden macht, ist ein ganz überwältigender. Ueberall macht sich bemerkbar ein ungeheurer Respekt für die deutsche Bildhauerei. Mögen sie auf dieser Höhe stets stehen bleiben, mögen auch Meinen Enkeln und Urenkeln, wenn sie Mir dereinst erstehen werden, die gleichen Meister zur Seite stehen. Dann bin Ich überzeugt, wird unser Volk in der Lage sein, das Schöne zu lieben und das Ideale hoch zu halten. Ich erhebe Mein Glas und trinke auf Ihrer Aller Wohl und nochmals meinen herzlichen Dank!

19. Dezember. (Preußen.) Der Handelsminister bestimmt, daß am 1. April 1902 eine Handelskammer Berlin in Wirksamkeit tritt.

20. Dezember. (Preußen.) Durch ein Eisenbahnunglück bei Altenbeken in Westfalen werden 12 Personen getötet und 9 schwer verletzt.

20. Dezember. (Reichstagswahl.) Bei der Ersatzwahl im Wahlkreise Wittenberg-Schweinitz erhält Barth (fr. Vg.) 5800,

v. Leipziger (kons.) 7200, Rohrlack (Soz.) 2200 Stimmen. Bei der Stichwahl (30. Dezember) erhält Barth 9463 und v. Leipziger 8862 Stimmen.

21. Dezember. (Hessen.) Der Senat des Oberlandesgerichts zu Darmstadt spricht die Ehescheidung des großherzoglichen Paares aus.

23. Dezember. (Hessen.) Der Zweiten Kammer geht ein Regentschaftsgesetz zu.

Hierin wird bestimmt, daß, wenn der Großherzog minderjährig ist, eine Regentschaft einzusetzen ist; eine Regentschaft wird ferner notwendig, wenn der Großherzog dauernd verhindert ist, die Regierung persönlich zu führen, oder wenn bei Erledigung des Thrones die Person des Thronfolgers noch nicht bekannt ist. Tritt einer der vorgenannten Fälle ein, so hat das großherzogliche Staatsministerium unverzüglich die Stände des Landes zusammenzuberufen. Es ist dann in einer Versammlung der vereinigten beiden Kammern unter dem Vorsitz des ersten Präsidenten der Ersten Kammer Beschluß darüber zu fassen, ob einer der obengenannten Fälle vorliegt. Die Entscheidung erfolgt mit absoluter Mehrheit der Stimmen.

24. Dezember. (Württemberg.) Die Finanzkommission der Kammer verlangt mit 8 gegen 6 Stimmen die Vorlegung des Vertrages mit der Reichspostverwaltung betr. die Einführung einheitlicher Postwertzeichen zur nachträglichen Zustimmung der Stände.

26. Dezember. (Gotha.) Bei einer Gedächtnisfeier für Herzog Ernst den Frommen hält der Kaiser in Erwiderung einer Ansprache des Regenten folgende Rede über die Einigung der evangelischen Landeskirchen:

Zunächst spreche Ich Meinen herzlichsten und tiefgefühltesten Dank aus für die meisterhafte Rede, mit der Du Mich begrüßt, und in markigen Strichen das Bild des großen Fürsten gezeichnet hast, dessen Andenken wir heute feiern. Deiner Aufforderung hierher zu kommen, bin Ich bewegten Herzens umso lieber gefolgt, als Ich aus dieser deutschen Stadt hier Meine Frau geholt habe, den Edelstein, der an Meiner Seite glänzt, der es Mir ermöglicht, das schwere Amt zu führen, das Mir der Himmel aufgebürdet hat. Wer die Gefilde Thüringens besucht, und wie Ich jahraus, jahrein Gelegenheit gehabt hat, das thüringische Volk zu beobachten, der wird von seiner Poesie, von seinem stillen Walde und vor allen Dingen von seiner unerschütterlichen treuen Anhänglichkeit an seine Fürsten gerührt. Ich begrüße es mit großer Freude, daß der heutige Gedenktag, würdig des großen Fürsten und schöner, wie man ihn sich nicht wünschen kann, uns hier zusammengeführt hat. Dieser Tag fällt in das Fest, welches die Menschen auffordert, sich wieder in Kindeserinnerung zurückzuversetzen, wo das Geschenk der Liebe Gottes, die Erlösung, der Menschheit gegeben wird. Dieses Fest ist wahrlich geeignet, für Gedanken des Friedens und Gedanken der Einigung unsere Herzen zu erwärmen. Niemand unter uns, die wir hier stehen und die wir stolz darauf sind, die Nachkommen dieses großen Fürsten zu sein, wird vergessen, daß nur wenige Meilen von hier die Wartburg

steht, von der aus das Lied: „Ein' feste Burg ist unser Gott" seinen welterobernden Zug unternahm, und daß alle die Fürsten, die als einzelne Pfeiler in der damaligen furchtbaren Zeit der vom Himmel über unser Vaterland verhängten Prüfung mit Aufbietung aller ihrer Kräfte zu halten gesonnen waren, was sie halten konnten, ihre Kraft nur schöpften von oben aus dem felsenfesten Vertrauen, daß die Verheißung, die Gott uns in seinem menschengewordenen Sohne gegeben hat, ihnen helfen werde. Die Anregung, die Du uns heute gegeben hast, entspricht den Gedanken, die auch Mich schon lange bewegen. Wenn Ich nicht damit hervorgetreten bin, so liegt der Grund nur darin, daß Ich fern davon bin, auch nur in Wünschen und Hoffnungen der Selbständigkeit anderer nahe zu treten. Daß aber ein hohes Ziel Meines Lebens eine Einigung der evangelischen Kirchen Deutschlands in den für sie gedachten Grenzen wäre, brauche Ich nicht zu betonen. Ich meine, daß wir auch ein Bild dafür finden können. Wie der uns gesandte Gottessohn und Heiland das Wort gebraucht hat, und der einzige auf Erden gewesen ist, der es gebrauchen konnte: „Ich bin der Weinstock und ihr seid die Reben", so können wir uns einzeln als selbständige Reben an dem Weinstock entwickeln und, so Gott will, gemeinsame Frucht bringen. In diesem Geiste unserer Väter wollen wir wirken! Möge von diesem Tage ein Strom des Segens über das ganze Deutschland und seine Fürsten ausgehen! Die Gedanken, die Mich hier bewegen, umschließen auch das feste Versprechen, daß Mein Interesse, Meine Liebe und Mein Schutz für den heranwachsenden Landesherrn nie nachlassen soll, und Ich jederzeit bereit bin, ihm mit Rat und That zur Seite zu stehen. Wir aber, die wir hier zusammengekommen sind, um dieses herrliche Fest zu feiern, wollen einstimmen in den Ruf: „Der Prinzregent und der Herzog hurra, hurra, hurra!"

30. Dezember. (Berlin.) Erklärung des amerikanischen Botschafters White über die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Nach einer Meldung der „New-York Times" sollen hervorragende amerikanische Militärs erklärt haben, daß ein eventuelles Eingreifen Deutschlands in Venezuela zu einem Krieg mit den Vereinigten Staaten führen könne. Demgegenüber veröffentlicht die Berliner Wochenschrift „The German Times" folgende Erklärung, die der Botschafter der Vereinigten Staaten wörtlich einem Vertreter der „The German Times" gemacht hat:

In einem Interview erklärte der amerikanische Botschafter heute morgens, als ihm das angebliche New-Yorker Kabeltelegramm vom 29. Dezember gezeigt wurde, daß dasselbe ohne den Schatten eines Zweifels absoluter Unsinn sei. In dem Kabeltelegramm war gesagt worden, daß der Korrespondent einer Neu-Yorker Zeitung erklärt habe, die militärischen Behörden der Vereinigten Staaten halten einen Krieg zwischen Deutschland und Nordamerika früher oder später für unvermeidlich. Der Botschafter sagte, daß keine dieser Behörden jemals unter irgend einer Bedingung eine solche Ansicht äußern würde und sicher nicht zu einer Zeit, wo die Beziehungen zwischen beiden Ländern so gute sind wie gegenwärtig. Ueberdies wisse man doch zur Genüge, daß der Präsident der Vereinigten Staaten, Mr. Roosevelt, der oberster Befehlshaber der Armee und der Flotte ist, nicht nur offizielle, sondern persönliche freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland pflegt. Er hat in Deutschland studiert, liest und liebt deutsche Litteratur, und er hat eine aufrichtige Hochachtung vor dem deutschen Kaiser. Irgend eine derartige Aeußerung eines amerikanischen Beamten würde sicherlich die schärfste Zurückweisung durch den Präsidenten erfahren haben. Der Botschafter schloß, indem er sagte, daß von allen

Enten, die seit einiger Zeit in die Welt gesetzt worden, diese die allerlahmste sei.

31. Dezember. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt über die Erklärung des Fürsten Czartoryski (vgl. Österreich):

„Die Erklärung bedeutet zunächst eine unbefugte ungehörige ausländische Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse. Die gebrauchten maßlosen Wendungen kennzeichnen ebensosehr die völlige Unkenntnis der thatsächlichen Vorfälle, wie die nationale Gehässigkeit, aus der jene Manifestationen hervorgegangen sind. Die Bemerkungen Czartoryskis über die Einheit aller Polen und die Notwendigkeit der Erweiterung des nationalpolnischen Bewußtseins weisen auf ein Ziel hin, das ohne staatliche Umwälzungen nicht erreichbar ist. Keiner der beteiligten Regierungen wird angesichts solcher Kundgebungen verdacht werden können, wenn sie die Schutzwehren ihrer Verwaltung gegen internationale Agitationen so bedenklicher Art verstärkt. Wir vermögen es nur aus einer Lücke in der Geschäftsordnung zu erklären, daß eine solche Demonstration ohne Widerspruch seitens der Regierungsorgane vor sich gehen konnte."

II.

Die österreichisch-ungarische Monarchie.

1. Januar. (Cisleithanien.) Die Reform der Heimatgesetzgebung tritt in Kraft. Hiernach verleiht zehnjähriger ununterbrochener Aufenthalt den Anspruch auf Heimatrecht in der Wohngemeinde.

18. Januar. (Cisleithanien.) Schluß der Reichsratswahlen.

Die neugewählten 425 Abgeordneten gehören folgenden Parteien an: Der deutschen Fortschrittspartei früher 36 jetzt 35, der deutschen Volkspartei früher 41 jetzt 49, der deutsch-radikalen früher 8 jetzt 21, der christlich-sozialen früher 27 jetzt 21, der freien deutschen Vereinigung früher 9 jetzt 3, der katholischen Volkspartei früher 27 jetzt 23, den Jungtschechen früher 61 jetzt 53. Tschechische Agrarier wurden 6, tschechische Sozialisten 4 neugewählt. Uebrige Parteien: Tschechischklerikale früher 1 jetzt 2, Polenklub (55) 60, polnische Volksparteien (8) 9, Ruthenen (9) 11, Slovenen (17) 16, Kroaten (9) 9, Serben (2) 2, Italiener (15) 19, Rumänen (5) 5, verfassungstreuer Großgrundbesitz (28) 30, konservativer Großgrundbesitz (19) 19, Zentrum (6) 6, mittelparteilicher Großgrundbesitz (2) 3, Sozialdemokraten (15) 10, Wilde (20) 9.

25. Januar. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Kritik des geltenden Wahlrechts und des Parlamentarismus.

Der oppositionelle Abg. Hollo führt in der Budgetberatung aus, daß die Verfassungsmäßigkeit in Ungarn eine Komödie, das Parlament nicht der Ausdruck des Volkswillens, sondern ein durch Terrorismus, Mißbrauch der Amtsgewalt, Fälschung, direkte und indirekte Bestechung erzieltes Produkt der Regierungsgewalt sei, daß das geltende Wahlgesetz gerade die Vereitelung der Bethätigung des Volkswillens wo nicht bezweckt, so doch erleichtert und befördert, durch die mit dem Wahlsystem verbundenen ungeheuren Kosten jeder Wahl die Mandate zur Beute der Plutokratie macht. Die Legalisierung der Ausgaben für die Beförderung der Wähler zum Wahlort und für deren Verköstigung durch den Gesetzesentwurf über die Kurialgerichtsbarkeit in Wahlsachen sei ein in das Gesetzbuch eingeschmuggelter Schandfleck. Ein Gift des Verfassungslebens sei die Nutzbarmachung des Abgeordnetenmandats zu persönlichen Zwecken, die Entstehung einer Abgeordnetenkaste aus Personen, die nicht durch einen

höheren und edleren Beruf zur Teilnahme am politischen Leben gedrängt werden, sondern der Macht wie des Vorteils willen, der sie ihnen bietet, skrupellos dienstbar sind, die Belohnung der politischen Glücksjäger mit Ehrenstellen, die Umgehung des allerdings unzweckmäßigen und unzureichenden Inkomptabilitätsgesetzes, die Dienstbarkeit zahlreicher Abgeordneter gegenüber wirtschaftlichen Gruppen, Geldinstituten und sonstigen Erwerbe-Gesellschaften, das Herabsinken der Volksvertreter zu Sensalen. Das wesentlichste Mittel zur Verbesserung all dieser Uebelstände sei eine weitgreifende Ausdehnung des Wahlrechts, das im abgelaufenen halben Jahrhundert überall in Europa, außer in Ungarn, eine Erweiterung erfahren habe. Die absolute Zahl der Wähler von 824 000 im Jahre 1879 sei in 20 Jahren nur auf 871 000 gestiegen. Angesichts der seither eingetretenen Volksvermehrung sei sie von 6 % auf 5,25 % gesunken. Dabei bestehe ein Vierteil der Wähler aus von der Regierung direkt oder indirekt abhängigen Beamten, Lehrern, Angestellten, Dienern. Ein weiteres Mittel ist die gemeindeweise, vor allem aber geheime Wahl, dann eine gerechtere Einteilung der Wahlbezirke. — Ministerpräsident v. Szell erkennt die Notwendigkeit von Reformen an, verwirft aber das allgemeine Wahlrecht, das der magyarischen Hegemonie Gefahr bringen könne.

30. Januar. (Cisleithanien.) Eröffnung des Reichsrats.

Die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses erinnert an die stürmischen Tage der Obstruktion. Als der Ministerpräsident die Sitzung für eröffnet erklärt, beginnen die tschechischen Radikalen ein heftiges, gegen Dr. Koerber gerichtetes Geschrei. Der Alterspräsident Weigel kann sich kaum vernehmlich machen. Als er die übliche Ehrung der Krone vorschlägt, entfernen sich die Deutschradikalen aus dem Saale. Ein anderer größerer Tumult bricht los, als der Alterspräsident eine Trauerkundgebung für die Königin Viktoria vorschlägt. Die Deutschradikalen und die Deutschvölkischen bringen heftige Hochrufe auf die Buren aus. Die Tschechen drohen für den Fall, daß die Thronrede etwas ihnen nicht genehmes enthalten sollte, mit neuen Scenen.

Ende Januar. (Cisleithanien.) Parteibewegung.

Die katholische Volkspartei verschmilzt sich mit dem ehemaligen Centrum. Der neue Klub heißt „Centrumsklub“ und wählt den ehemaligen Präsidenten Kathrein zum Obmanne. Der Centrumsklub beschließt einstimmig eine Kundgebung, er halte an der katholischen, dynastischen, österreichischen Gesinnung fest und werde jederzeit bereit sein, für die besonderen Rechte des deutschen Volkes einzutreten und unberechtigte Angriffe auf diese abzuwehren. Der Klub erblicke jedoch in der gleichmäßigen Achtung und Pflege aller Nationen und Volksstämme des Reiches die einzige sichere Gewähr für die Einheit, Wohlfahrt und Machtstellung der Monarchie.

4. Februar. (Cisleithanien.) Der Kaiser verliest im Reichsrate eine Thronrede.

Ueber die auswärtige Politik heißt es: Unsre Beziehungen zu allen auswärtigen Staaten sind fortdauernd die freundschaftlichsten und tragen wesentlich zur Erhöhung der allgemeinen Friedensgarantien bei. Mit schmerzlicher Trauer gedenke Ich des Hinganges Meines teuren Bundesgenossen, des Königs von Italien, der einem fluchwürdigen Verbrechen zum Opfer gefallen ist, sowie des Hinganges der Königin Viktoria von England, welche ein leuchtendes Vorbild aller Regententugenden war und die Mir durch die Gefühle näherer Freundschaft verbunden war. Unverändert

ist die Herzlichkeit, welche das engere Verhältnis zu den Uns verbündeten Mächten kennzeichnet. Freudig erinnere Ich Mich der Beweise der Sympathie, welche gelegentlich Meines Besuches bei Kaiser Wilhelm Mir auch seitens der Bevölkerung der Hauptstadt Deutschlands so rührend zum Ausdruck gebracht wurden. Die aufregenden und bedrohlichen Ereignisse in China nötigten die Mächte, zum Schutz des Lebens und der Freiheit ihrer Vertreter und Angehörigen und zur Verteidigung der Kulturinteressen gegen fanatisierte Scharen einzuschreiten. Unsre Stellung als Großmacht, sowie unsre, wenn auch nicht ausgedehnten Interessen ließen eine entsprechende Teilnahme an der Aktion geboten erscheinen, bei welcher sich das kleine Kontingent unsrer tapferen Marine so rühmlich hervorthat. Die Bemühungen der Mächte waren auf die Wiederherstellung geordneter Zustände und die Erhaltung der Integrität Chinas gerichtet, so daß ein Rückschlag der dortigen Ereignisse auf den europäischen Frieden glücklicherweise nicht zu befürchten ist.

Ueber wirtschaftliche Fragen wird gesagt: Die Notwendigkeit der Wahrung der Konkurrenzfähigkeit auf den erweiterten Weltmärkten rücke, wie hervorgehoben wird, die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund. Der Ablauf der meisten Handelsverträge und die damit zusammenhängende Zolltarifrevision bilden eine der ernstesten Aufgaben der Regierung. Die Durchführung der Flußregulierungen soll beschleunigt werden. Sodann wird angekündigt eine Reform des börsenmäßigen Terminhandels in landwirtschaftlichen Produkten und die Wiederholung der Vorlage über die Organisierung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften. Ein mehrere Jahre umfassendes Programm betrifft die Investitionen der Staatsbahnen und die Ergänzungen des staatlichen Eisenbahnnetzes, insbesondere eine zweite Verbindung mit Triest; die Mittel hierfür sollen durch eine besondere Finanzoperation beschafft werden. Unter den übrigen angekündigten Vorlagen befindet sich eine solche zur gesetzlichen Regelung des Auswanderungswesens, verbunden mit zweckmäßigen Einrichtungen zur Erlangung von Arbeitsgelegenheit im In- und Auslande, ferner eine Vorlage betreffend die Beschaffung von den sittlichen und gesundheitlichen Forderungen entsprechenden Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung, eine Vorlage betreffend die Bekämpfung der Trunksucht. — Am Schluß heißt es: Mit tiefem Schmerze habe den Kaiser die Erfolglosigkeit der letzten Reichsratstagungen erfüllt. Ein Stillstand der Gesetzgebung wäre um so beklagenswerter, als soziale Reformen, wie die Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung, des Reichsrates harren. Die Lösung der schwebenden Sprachenfragen sei gleichmäßig ein Akt der Gerechtigkeit und der Staatsraison. Ebenso sei die Regierung verpflichtet, die Einheitlichkeit der Sprache in bestimmten Verwaltungssphären als altbewährte Einrichtung zu erhalten.

6. Februar. (Ungarn.) Bei einer Ersatzwahl in Marosvasarhely kommt es zu Tumulten; die Gendarmerie schreitet ein und es werden 4 Personen getötet, 10 verwundet. — Am 7. und 8. Februar finden stürmische Debatten darüber im Abgeordnetenhause statt.

8. Februar. (Cisleithanien.) Das Abgeordnetenhaus wählt den Abg. Grafen Vetter v. d. Lilie (verfassungstreuer Großgrundbesitzer) mit 344 Stimmen von 360 zum Präsidenten. Zum

ersten Vizepräsidenten wird Prade (dt. Vp.) mit 236 von 328 Stimmen, zum zweiten Zazek (Tsch.) mit 209 von 304 gewählt.

12. Februar. (Ungarn.) Im Abgeordnetenhause spricht sich der Ackerbauminister Dr. Daranyi für Beibehaltung der Zollgemeinschaft mit Österreich aus.

12. Februar. (Cisleithanien.) Eheschließung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Arbeitsprogramm. Budget.

Es wird eine Deklaration des Erzherzogs Franz Ferdinand verlesen, worin von der Regelung der Thronfolge Mitteilung gemacht wird (vgl. 1900 S. 186). Abg. Groß beantragt, einen Ausschuß von 37 Mitgliedern zu wählen, der über die Angelegenheit so bald als möglich zu berichten hätte. Abg. Kramarcz verliest namens der Tschechen eine Erklärung, in welcher die tschechischen Abgeordneten die Kompetenz des Reichsrats in der Angelegenheit der Thronfolge nicht anerkennen, vielmehr dieses Recht für Böhmen, die Länder der böhmischen Krone und für die Vertretung des Königreichs Böhmen beanspruchen. Die Tschechen erachteten daher die vorgelesene Erklärung als nicht geschehen und würden sich an der Abstimmung über den Antrag Groß nicht beteiligen. Kramarcz schließt mit einem Glückwunsch für den Erzherzog und dessen Gemahlin. Die Tschechen verlassen hierauf den Saal. Nach weiterer Debatte wird der Antrag Groß angenommen.

Ministerpräsident v. Körber erklärt über das Arbeitsprogramm: Gegenüber manchen, mit einer gewissen Emsigkeit verbreiteten Gerüchten möchte ich vor allem betonen, daß wir keine geheimen Hintergedanken haben, auch keine haben wollen. Die Regierung wird in allen Aeußerungen klar und bestimmt sein. So bemerke ich denn, daß wir nicht darauf ausgehen, nur die Wahl der Delegationen und der Quotendeputation zu sichern, um dann den im Vorjahr notwendig gewordenen Weg als einen uns etwa lieb gewordenen wieder aufzunehmen. Wir sind vielmehr unsrerseits bereit, sofort in die parlamentarische Arbeit einzugehen. Dies werden Sie an unsern Vorlagen, insbesondere an deren Reihenfolge erkennen. Wir vertrauen auf die Arbeitswilligkeit des hohen Hauses. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß schon seit vier Jahren der Staatsvoranschlag von diesem hohen Hause nicht mehr erledigt ist, raten wir zunächst zur Inangriffnahme der Beratung des Budgets, sowie daran anschließend zur Beratung der Vorlage über die Investitionen. Wir würden Ihnen empfehlen, sodann den Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Branntweinabgaben, zur Verhandlung zu nehmen, deren Mehrerträgnis den Einnahmen der vereinigten Königreiche und Länder zugute kommen soll. Auch würde die Regierung Wert darauf legen, wenn endlich die Angelegenheit der kumulativen Waisenkassen, die schon so lange diskutiert wird, einer befriedigenden Lösung zugeführt würde. Inzwischen wird das Rekrutenkontingent zu votieren sein, da die Gestellung an den gesetzlich vorgeschriebenen Termin gebunden ist. Die übrigen als dringlich zu erkennenden Vorlagen werden dann jedenfalls successive an die Reihe kommen. Das Haus möge daraus entnehmen, daß wir uns nicht in die Beschaulichkeit der Bureaus flüchten wollen. Wir stehen als Männer ernster Arbeit vor Ihnen, die nichts wünschen, als die Wiederaufnahme der parlamentarischen Thätigkeit. Wir wollen dem hohen Hause nur den Weg frei machen, der aus der traurigen Vergangenheit herausführt, und hoffen, daß Sie uns folgen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf legt Finanzminister v. Böhm-Bawerk das Budget vor. Es weist ein Gesamterfordernis von 1641163344 Kronen, eine Gesamtbedeckung von 1641997585 Kronen, somit einen Ueberschuß von 834241 Kronen auf. Erfordernis und Bedeckung sind je um rund 58 Millionen höher als der Voranschlag für 1900, der Ueberschuß ist um 64000 Kronen höher veranschlagt. Das Mehrerfordernis hängt für die meisten Zweige der Staatsverwaltung zusammen mit der Aufbesserung der Gehälter, speziell für die unteren Beamten.

13./15. Februar. (Pest.) Bei Ausschreitungen Arbeitsloser werden mehrere Personen verletzt.

Februar. (Cisleithanien.) Verhandlungen über die nichtdeutschen Eingaben der Parteien.

Die Tschechen verlangen Gleichberechtigung der tschechischen Sprache mit der deutschen im Parlament. Nach längeren Besprechungen erklärt der Präsident Graf Vetter (20. Febr.): Er werde die nicht deutschen Interpellationen entgegennehmen und geschäftsordnungsmäßig behandeln, sie ins Deutsche übersetzen lassen, sie in der Sitzung verlesen und auf Wunsch der Interpellanten in das stenographische Protokoll einreihen lassen. Diese Verfügung sei jedoch nur provisorischer Natur, bis eine definitive Regelung seitens der Parteien erfolgt. — Diese Erklärung wird von den Tschechen heftig angegriffen, weil sie ihnen nicht genügt, ebenso von den Deutsch-Radikalen, weil sie die Doppelsprachigkeit einführe. Am 20. u. 21. Febr. finden stürmische Debatten darüber statt.

20. Februar. (Ungarn.) Abgeordnetenhaus. Debatte über den Unterricht im Deutschen.

Auf eine Anfrage betont Kultusminister Wlassics die unbedingte Notwendigkeit der Erlernung der deutschen Sprache. Er würde niemals der Entfernung des Deutschen aus dem Lehrplan zustimmen, da die Erlernung nicht nur der deutschen Grammatik, sondern auch der Sprache selbst in solchem Grade notwendig sei, daß der Schulunterricht zur völligen Aneignung des Deutschen führen müsse. Der wissenschaftliche Geist Deutschlands übe einen großen Einfluß in Frankreich und England aus, und es wäre ein hoher Gewinn, wenn seine befruchtende Kraft sich auch in dem geistigen Leben Ungarns geltend mache, wiewohl selbstverständlich eine mechanische Aneignung deutscher Auffassung oder ein völliges Aufgehen in den deutschen Vorbildern nicht gebilligt werden könne.

23. Februar. (Cisleithanien.) Interpellation über Beichtangelegenheiten.

Die Alldeutschen befragen, gestützt auf das Buch von Graßmann (vgl. S. 76) über die Beichtregeln des hl. Alfons von Liguori, die Regierung, ob sie nichts dazu thun wolle, um die Obscönitäten zu verhindern, die bei dem Verhör von Frauen und Kindern im Beichtstuhl nicht bloß mißbräuchlich, sondern auf die direkte Anordnung des Gründers des Ordens der Liguorianer oder Redemptoristen im Zuge seien. — Da die Interpellation zahlreiche anstößige Stellen, nach Angabe der Interpellanten wörtliche Uebersetzungen der Beichtregeln Liguoris, enthält, wird sie in geheimer Sitzung verhandelt. — Der Antrag, die Interpellation ins stenographische Protokoll aufzunehmen, wird nach scharfer Debatte abgelehnt gegen die Stimmen der Alldeutschen.

Februar. (Ungarn.) Katholische Agitation an den Universitäten.

Die klerikale Partei versucht, in den Hörsälen der Universität Kreuze anzubringen, die die Regierung wieder entfernen läßt. Es kommt darüber zu Zusammenstößen zwischen den katholischen und nichtkatholischen Korporationen. Kultusminister Wlassics sagt über die Angelegenheit (23. Febr.): Die Anbringung von Kreuzen in den Unterrichtssälen verfolge den geheimen Zweck, den katholischen Charakter der Universität zum Ausdruck zu bringen, während der staatliche Charakter der Universität von allen seinen Vorgängern gegenüber dem Einspruch der Bischöfe auf das entschiedenste verfochten und aufrecht erhalten worden sei. Die Anbringung des Kreuzes im Hörsal habe mit der Ehrfurcht vor dem Kreuze, die alle bekennen, absolut nichts zu thun. Man habe versucht, das heilige Symbol zu parteipolitischen Zwecken auszunützen. — Im März finden neue Tumulte in der Universität statt, so daß die Vorlesungen unterbrochen werden müssen.

28. Februar. (Cisleithanien.) Antiösterreichische Kundgebungen im Abgeordnetenhause.

Abg. Sileny (Tscheche) polemisiert gegen die Deutschböhmen: „Heute schon schielen viele in dem geschlossenen, an Deutschland grenzenden deutschen Sprachgebiete über die Grenze.“ Stein: „Wir schielen nicht, wir schauen!“ Sileny: „Sie schielen mit politischen Hintergedanken nach Deutschland!“ Stein: „Sie wollen nach Rußland und wir nach Deutschland.“ Sileny: „Auch von drüben kommen Entgegnungen. Bei der Enthüllung des Denkmals Karls des Vierten ließ es sich der deutsche Kaiser nicht nehmen, eine Rede zu halten, worin er sagte, die Deutschen hofften, ein großes nordisches Reich an der Elbe zu errichten.“ Stein: „Er hat recht!“ Hovorka: „Sagen Sie es lauter, daß Sie preußisch werden wollen.“ Stein: „Ich sage es laut, wir wollen zum Deutschen Reich!“ Sileny: „Ein Echo der Kaiserrede hörten wir vorigen Sonnabend in diesem Hause von dem Alldeutschen Dr. Eisenkolb, der ausrief: ‚Die Stimme von drüben wurde gut verstanden, besonders die Parole für die deutschen Soldaten: Pardon wird nicht gegeben!‘“ Stein: „Es soll auch bei uns heißen: Pardon wird den Tschechen nicht gegeben!“ (Lebhafte Heiterkeit und Rufe bei den Tschechen: Das werden wir sehen.) Stein: „Sie wollen nach Rußland!“ Sileny: „Ich antworte, wir wollen gute Oesterreicher bleiben.“ Stein: „O ja, seien Sie doch ehrlich! Patrioten sind Sie ja auch nicht. Heute ist jeder dumm, der in Oesterreich Patriot ist.“

Ende Februar. (Cisleithanien.) Ministerpräsident v. Körber löst das (ganz polnische) galizische Departement im Ministerium des Innern auf und verteilt seine Aufgaben unter die Abteilungen des Ministeriums. Hierdurch soll die galizische Verwaltung vom parlamentarischen Einflusse befreit werden.

2. März. (Cisleithanien.) Der Ministerpräsident erklärt im Herrenhause über die Bekämpfung der Obstruktion:

Es ständen nur zwei Wege offen: auf die Widerstrebenden entweder durch Konzessionen einzuwirken oder mit Gewalt einzugreifen. Die erste Methode verwerfe das Haus und ebenso auch die Regierung, welche zu den Schwierigkeiten des Augenblicks durch eine solche Vorgangsweise nicht neue Schwierigkeiten hinzufügen wolle. Was den Weg der Gewalt betreffe,

führt der Ministerpräsident aus, daß die Anwendung des § 14 nicht ausreichen, sondern man viel tiefer greifen müßte. Redner wünscht, daß dieser Weg dem Reiche erspart bleibe. Das einzige Mittel der Regierung, der gegenwärtigen Krisis beizukommen, sei leidenschaftslose Beharrlichkeit. Auch die Bestrebungen, welche die Thätigkeit des Parlaments hemmen, lebten sich aus.

4. März. (Cisleithanien.) Milderung der Obstruktion.

Die Jungtschechen geben die Beratung der wichtigsten Gegenstände zu gegen das Versprechen der Regierung, daß gewisse Flußregulierungen und andere gemeinnützige Anstalten im Königreich Böhmen gefördert werden. Da diese Abmachungen nur das Landeswohl zum Gegenstand haben, so stimmen die Deutschen zu. Man einigt sich für die nächsten Sitzungen auf eine Tagesordnung, in der die Bewilligung des Rekrutenkontingents an erster Stelle erscheint. Hierauf soll das wichtige Branntweinsteuergesetz erledigt werden, welches den Kronländern gestattet, einen Zuschlag zur Spiritussteuer einzuheben, eine Maßregel, die zur Sanierung der Finanzen der Provinzen notwendig ist. Zuletzt soll das Gesetz über die Investitionen zur Beratung kommen, durch welches eine Reihe wichtiger Eisenbahnen und Wasserstraßen, besonders die Eisenbahnverbindung der Donauländer mit Triest sichergestellt wird.

12./13. März. (Cisleithanien.) Das Abgeordnetenhaus genehmigt in dritter Beratung das Rekrutengesetz. — Am folgenden Tage wird die Branntweinsteuervorlage an einen Ausschuß verwiesen.

13. März. (Cisleithanien.) Das Abgeordnetenhaus beginnt die Beratung der Investitionsvorlage.

Hierin schlägt die Regierung vor, ein Kapital von 483 Millionen Kronen für Eisenbahnbauten auszugeben, zu denen 80 Millionen Kronen für Refundierungszwecke hinzugefügt werden müssen. Außerdem ist ein Wasserstraßengesetz angekündigt.

Mitte März. Die Bevölkerung Österreich-Ungarns beträgt nach der Zählung vom 31. Dezember 1900 46,89 Millionen; davon kommen auf Österreich 26,1, auf Ungarn 19,2 und auf die Okkupationsländer 1,59 Millionen. Die Zunahme beträgt seit 1890 9,3 Prozent.

27. März. (Cisleithanien.) Das Abgeordnetenhaus nimmt die Delegationswahlen vor. — Es heißt, Ministerpräsident v. Körber habe die Deutsche Volkspartei durch Androhung seines Rücktritts bewogen, die Wahlen zuzulassen.

28. März. (Wien.) Die Quotendeputationen beschließen, die bisherige Quote von 34,6 : 65,4 beizubehalten.

14. April. (Böhmen.) Der Kaiser verfügt die Errichtung einer Galerie für moderne Kunst, Plastik und Architektur in Prag.

14. April. (Wien.) Der deutsche Kronprinz besucht den Kaiser Franz Joseph, der folgenden Toast bei einem Festmahle ausbringt:

Es gereicht Mir zur besonderen Freude, Seine kaiserliche und königliche Hoheit den Kronprinzen Wilhelm bei uns begrüßen zu können, und Ich rufe ihm ein herzlichstes Willkommen zu. Als mein Patenkind und Sohn meines bewährten Freundes, Kaiser Wilhelms II., ist Mir seine Anwesenheit doppelt lieb und sein Besuch wird die herzlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Häusern wie unsere politische Intimität neuerlich veranschaulichen. Ich spreche den aufrichtigen Wunsch aus, der Kronprinz möge sich bei uns wohl fühlen, und Ich hoffe, er wird die Empfindung mit sich nehmen, bei Freunden gewesen zu sein. Indem Ich Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm II., der an unserer Zusammenkunft sicher im Geiste teilnimmt und sie miterlebt, in herzlicher Freundschaft gedenke, erhebe Ich Mein Glas auf das Wohl seines Sohnes: „Der Kronprinz Wilhelm lebe hoch!"

Mitte April. (Wien.) Der Thronfolger Franz Ferdinand übernimmt das Protektorat über den „Katholischen Schulverein" und hält dabei nach der „Reichspost" folgende Rede:

Schon lange habe ich mit großem Wohlgefallen die Wirksamkeit des katholischen Schulvereins verfolgt, dessen patriotische und religiöse Thätigkeit ich anerkenne und gutheiße, namentlich in der Zeit der Los von Rom-Bewegung, die zugleich eine Los von Oesterreich-Bewegung ist und gar nicht genug bekämpft werden kann. Der katholische Schulverein mag nur in diesem Sinne wie bisher fortarbeiten, er kann versichert sein, daß ich ihm nicht nur ein Protektor dem Namen nach bin, sondern es mit aller Thatkraft sein werde. Ich stehe dem Verein bei allen Fragen und Schwierigkeiten mit Rat und That zur Verfügung. — Der Erzherzog sprach auch seine Bereitwilligkeit aus, demnächst das Lehrerseminar des Vereins in Währing zu besuchen. Zum Schluß der Audienz bemerkte er ausdrücklich, man möge seine Worte nur allgemein bekannt machen.

In deutschen und ungarischen Kreisen wird diese Ansprache scharf kritisiert.

17. April. (Cisleithanien.) Abgeordnetenhaus. Debatte über Erzherzog Franz Ferdinand und den Katholischen Schulverein.

Die deutsche Volkspartei interpelliert die Regierung über die Nachricht von der Uebernahme des Protektorates des katholischen Schulvereins durch Erzherzog Franz Ferdinand. Die Interpellanten heben hervor, der katholische Schulverein sei ein Kampfverein der klerikalen Partei, weshalb die Nachricht große Beunruhigung hervorgerufen habe. Die Erklärungen des Erzherzogs seien verfassungswidrig. Ministerpräsident v. **Körber**: Der Entschluß des Erzherzogs, betreffend die Uebernahme des Präsidiums, von welchem die Regierung keine Kenntnis hatte, könne nur als ein rein persönlicher Akt aufgefaßt werden. Auch die angeblichen Aeußerungen des Erzherzogs beim Empfang des Vereins-Präsidiums könnten nur als private betrachtet werden, bezüglich welcher die verfassungsmäßige Verantwortung der Regierung nicht angerufen werden kann. Es sei bedauerlich, daß die Angelegenheit von einer Seite des Hauses in einer Weise besprochen würde, welche mit der schuldigen Rücksicht für die Mitglieder des kaiserlichen Hauses nicht im Einklang stehe. (Lebhafter Beifall. Händeklatschen im Zentrum. Stürmische Zwischenrufe. Großer Lärm.) — Ein Antrag auf Besprechung der Antwort wird mit 149 gegen 106 Stimmen abgelehnt.

26. April. (Cisleithanien.) Es wird ein Gesetz über den Bau von Wasserstraßen eingebracht.

Folgende Bauten werden vorgeschlagen: Donau-Oder-Kanal. Schiffahrtskanal von der Donau bis zur Moldau bei Budweis, Kanalisierung der Moldau von Budweis bis Prag; Schiffahrtskanal vom Donau-Oder-Kanal bei Prerau bis zur Elbe bei Pardubitz, Kanalisierung der Elbe von Pardubitz bis Melnik; eine schiffbare Verbindung vom Donau-Oder-Kanal bis zur Weichsel und dem Dnjester. Diese vier Kanäle sind vom Staate unter der Bedingung angemessener Beiträge der beteiligten Länder und der Städte Wien und Prag auszuführen. Die Länder können die Interessenten zu Beitragsleistungen heranziehen. Die Verhandlungen sind sofort einzuleiten. Die Verwaltung erfolgt durch den Staat. Der Bau soll im Jahre 1904 beginnen und in 20 Jahren beendet werden. Die Beschaffung der Mittel durch ein 4prozentiges, in 90 Jahren zu tilgendes Anlehen, von dem die Regierung in der Bauperiode von 1904 bis 1912 maximal 250 Millionen Nominale auszugeben ermächtigt wird, und die Deckung des Erfordernisses nach 1912 erfolgt durch ein besonderes Gesetz. Die für die Vorarbeiten erforderlichen Beträge sind alljährlich in den Staatsvoranschlag einzusetzen. Der Wasserstraßenbau ist ausschließlich der Kompetenz des Handelsministers unterstellt.

29. April. (Pest.) In der Universität finden Zusammenstöße zwischen jüdischen und antisemitischen Korporationen statt.

Ende April. (Galizien.) In Lemberg finden große Ausschreitungen mehrerer Tausend Arbeitsloser statt.

13. Mai. (Ungarn.) Das Abgeordnetenhaus genehmigt einstimmig das Prinzip der Inkompatibilitätsvorlage. Hiernach darf kein Reichstagsabgeordneter ein Amt bekleiden, welches von der Designierung oder Ernennung seitens der Krone, der Regierung oder der Regierungsorgane abhängt und mit Bezahlung verbunden ist.

16. Mai. (Böhmen.) Eine Versammlung der tschechischen Agrarier greift die Jungtschechen scharf an und protestiert gegen die Kanalvorlagen.

18. Mai. (Ungarn.) Im Abgeordnetenhause beantwortet Ministerpräsident v. Szell eine Anfrage Kossuths über die Erwerbung einer Niederlassung in Tientsin:

Die Erwerbung sei mit seinem Wissen und mit seiner Zustimmung geschehen. Es handle sich nicht um eine Okkupation, welche einen Akt der der Eroberungs- und Kolonialpolitik bedeuten würde. Nachdem die Errichtung eine Konsulats in Nordchina nötig geworden sei, habe man Tientsin gewählt und gleichzeitig, wie dies in China Gepflogenheit sei, einen Gebietsstreifen in Besitz genommen, damit dort Konsulatsgebäude errichtet werden und die österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen sich ansiedeln können; denn eine solche Niederlassung genieße, obgleich sie der Souveränität Chinas unterstehe, gewisse den Schutz ihrer Bewohner verbürgende Jurisdiktionsrechte. Das Settlement sei 600,000 Quadratmeter groß. Oesterreich-Ungarn habe sich nicht mit der Lage zufrieden geben können, daß andere Mächte bedeutende Gebiete okkupierten, während es nicht über einen Streifen Gebietes verfügte, so daß es seine Staatsangehörigen unter den Schutz fremder Mächte hätte stellen müssen.

Mai. (Böhmen.) Nationalitätenfrage und Kaiserbesuch.

Der Statthalter von Böhmen äußert dem Bürgermeister von Aussig gegenüber den dringenden Wunsch, es mögen anläßlich des bevorstehenden Kaiserbesuches die schwarz-rot-goldenen Farben bei der Beflaggung vermieden werden. Der Bürgermeister sagt dies zu, die Bürgerschaft aber beschließt, den deutschen Charakter der Stadt durch Verwendung der schwarz-rot-goldenen Farben zu zeigen und den Wunsch des Statthalters nicht zu beachten.

13. Mai. (Cisleithanien.) Im Abgeordnetenhause greift der Sozialdemokrat Daszynski die Verwaltung Galiziens scharf an und behauptet, in Galizien betrügen sich die Priester, Grafen und Fürsten wie gemeine Diebe.

21. Mai. (Wien.) Zusammentritt der Delegationen.

Der Kaiser sagt beim Empfang der Präsidien: Mit aufrichtiger Genugthuung habe ich die durch die Präsidenten ausgedrückte Versicherung treuer Ergebenheit vernommen und spreche ihnen meinen warmen Dank aus. Der seit der letzten Session der Delegationen eingetretene Hingang meiner treuen Freunde, des Königs von Italien und der Königin von England, hat mich tief betrübt. Mit Befriedigung kann ich auch diesmal auf unser unverändert herzliches Verhältnis zu den mit uns alliierten Reichen, sowie auf unsre vertrauensvollen, durchweg freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten hinweisen und die aus dieser erfreulichen politischen Lage berechtigte Hoffnung auf weitere Friedenserhaltung ableiten. Die seit dem Frühjahr in China eingetretenen Wirren machten ein einvernehmliches Einschreiten der Mächte zum Schutze ihrer dortigen Vertretungen und Angehörigen, wie nicht minder zum Zwecke der Wiederherstellung geordneter Zustände notwendig. Unsre Teilnahme an dieser Kollektivaktion bewegte sich von Anbeginn an innerhalb jener Grenzen, welche durch die Großmachtstellung der Monarchie und durch den verhältnismäßigen Umfang unsrer dortigen Interessen gezogen sind. Die Kriegsverwaltung beschränkte, wie die Vorlagen zeigen, die Ausgaben für das nächste Jahr aufs äußerste. Die Versuche zur Beschaffung eines neuen Geschützmaterials werden fortgesetzt. Bosnien und Herzegowina bestreiten, wie bisher, die Verwaltungsausgaben aus eigenen Einnahmen. Im Vertrauen auf die patriotische Einsicht, mit welcher Sie an Ihre Aufgaben herangehen, wünsche ich Ihren Bemühungen einen gedeihlichen Erfolg und heiße Sie herzlich willkommen.

22. Mai. (Wien.) Der Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski gibt in den Delegationen ein Exposé der auswärtigen Lage. China, Orient, Dreibund.

Er beginnt mit der chinesischen Angelegenheit. Für Oesterreich-Ungarn konnte, sagt er, vom ersten Augenblick an kein Zweifel bestehen, daß seine Beteiligung an der gemeinsamen Aktion der Mächte sich nur innerhalb enger, durch seine verhältnismäßig geringfügigen Interessen gezogenen Grenzen bewegen durfte, die eine gewisse Erweiterung nur mit Rücksicht auf die Pflichten infolge der Großmachtsstellung der Monarchie erfahren müßten. Der Gedanke, die Aktion zur Anbahnung einer förmlichen Kolonialpolitik auszunutzen, war von vornherein ausgeschlossen, somit mußte das Vorgehen Oesterreich-Ungarns auch von äußerster Vorsicht beherrscht sein. Die Erfahrungen der letzten Monate dürften diese Haltung

der Regierung auch jenen gegenüber gerechtfertigt haben, die sie seinerzeit zu einem aktiveren Eingreifen veranlassen wollten. Ein Mehr hätte die Monarchie in eine Zwangslage gleiten lassen, die ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt hätte, während ihre Machtmittel für Fälle unversehrt zu erhalten sind, wo wichtigere spezifischere Interessen im Spiele sind. Der Minister gedenkt der tapferen Haltung der österreichisch-ungarischen Missionsmitglieder und der ruhmvollen Leistungen der österreichisch-ungarischen Marinekombattanten. Bei Besprechung der Friedensverhandlungen müsse er, da sie noch nicht beendet sind, sich Zurückhaltung auferlegen. Die Solidarität der Mächte werde auch hinsichtlich der noch schwebenden Postulate sich bewähren. Die Befriedigung der Indemnitätsansprüche dürfte wohl Zeit erfordern, weil sie von der Auswahl eines ausreichenden Pfandes für die erforderliche große Anleihe abhängig ist. Es ist in hohem Grade wünschenswert, daß die Bezahlung auf einmal und nicht in Annuitäten erfolge, um einen thunlichst baldigen Anschluß der ganzen Aktion zu ermöglichen. Zu den näherliegenden europäischen Interessen übergehend, konstatiert der Minister, daß es trotz wiederholt aufgetauchter bedenklicher Anzeichen gelungen ist, dem Gange der Ereignisse einen ruhigen Verlauf zu sichern. Inwieweit zugleich ein Schluß daraus für die Zukunft möglich sei, kann heute mit Rücksicht auf die Verhältnisse im nächsten Orient kaum Jemand bestimmen, da selbst das glücklich bestehende Einvernehmen Oesterreich-Ungarns mit Rußland dort nicht immer wirksam aufzutreten vermag. So anerkennenswerte Verdienste dieses Einvernehmen den Friedensinteressen leistete, wäre es doch Schönfärberei, dieses enge Zusammengehen als eine Panacee gegen alle Ueberraschungen hinzustellen. Der Minister warnt ernstlich vor solcher Auffassung. Die Verständigung von 1897 bietet sehr wertvolle Garantien gegen eine schädliche Rückwirkung der Balkanereignisse auf die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland. Es wäre aber Vogelstraußpolitik, daraus zu folgern, daß sie alle Ausbrüche fern zu halten vermögen. Gewisse unfreundliche Symptome haben zu erhöhter Wachsamkeit geführt, damit man nicht eines Tages einer Lage gegenüberstehe, die nicht ohne weiteres acceptiert werden könnte. Gewiß ist, daß Oesterreich-Ungarn keine territorialen Vorteile auf Kosten anderer anstrebt. Die wiederholte Auftischung der abgeschmackten Legende über das Gegenteil bezwecke nur durch wenig wählerische Ausstreuungen die öffentliche Meinung gegen Oesterreich-Ungarn zu mobilisieren, um Deckung für die eigenen Machenschaften zu gewinnen. So wenig Oesterreich-Ungarn an eine Erweiterung seines Besitzstandes denkt, so wenig könnte es Anschläge gegen die bestehende politische Ordnung oder Verschiebungen zugeben, die eine Schädigung seiner vitalen Interessen oder eine Bedrohung seiner Machtstellung involvieren. Diese unversehrt zu wahren, wird immer der springende Punkt der Orientpolitik Oesterreich-Ungarns sein, welches keinen Augenblick zögern könnte, mit voller Entschiedenheit gegen jeden Versuch der Vorschubleistung für derartige Konstellationen aufzutreten, darüber darf kein Zweifel bestehen. Zu den bedenklichen, die Aufmerksamkeit Oesterreich-Ungarns besonders fesselnden Balkanerscheinungen gehört die gegenwärtige mit der macedonischen Frage zusammenhängende Agitation in Bulgarien, sowohl wegen der Gefahr für die Beziehungen Bulgariens zur suzeränen Macht als auch wegen des fatalen Einflusses auf andere. Wenn die Umtriebe des revolutionären Komitees in Bulgarien schon zu einer bedauerlichen Spannung zwischen den Kabinetten von Bukarest und Sofia führten und die Beunruhigung in den Nebenländern steigerten, so lassen sich ohne Sehergabe die Konsequenzen eines etwaigen Konfliktes für die allgemeine Balkanlage ermessen. Es fehlte nicht an eindringlichen Mahnungen der

Mächte an die bulgarische Regierung, welcher der Vorwurf nicht zu ersparen ist, daß sie durch zu nachsichtiges Geschehenlassen manche Schuld an der Situation trägt, welche jedoch in jüngster Zeit in Beherzigung der erhaltenen Ratschläge Maßregeln ergreift in der Richtung, die auf den löblichen Vorsatz hinweisen, dem tollen Treiben der zu einer förmlichen Nebenregierung erwachsenen Komitees endlich einen Riegel vorzuschieben. Es wäre hoch wünschenswert, daß die nunmehr korrekte Haltung Bulgariens ihre Ergänzung in einer Besserung der Verwaltungsverhältnisse in dem macedonischen Vilajets findet, da die von der Türkei ergriffenen umfangreichen Repressivmaßregeln allein zu einer dauernden Beruhigung nicht genügen dürften. Leider lassen die dortigen Verhältnisse Manches zu wünschen. Das Einlenken Bulgariens ist eine erfreuliche Thatsache und es ist dem Fürstenthum dringend zu raten, daß es auf dem betretenen Wege ausharre, da es nur in dem Maße, als es sich als Element des Friedens und der Ordnung erweist, auf Erhaltung der europäischen Sympathien rechnen kann, deren Wert es bereits hat wiederholt ermessen können.

In Serbien verspricht man sich von der neuen Verfassung die Stabilisierung der politischen Lage und will alle Kräfte der Gesundung des Staatswesens zuwenden. Oesterreich-Ungarn kann da nur Erfolg wünschen, wobei es hofft, daß Serbien zugleich alles vermeiden werde, was der Pflege guter Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn Abbruch thun und eine Erkaltung des Wohlwollens dieser Monarchie für das serbische Nachbarreich herbeiführen könnte. Die zufriedenstellende Regelung der griechisch-türkischen Handels- und Konsularkonvention durch den Schiedsspruch der Botschafterkonferenz in Konstantinopel dürfte die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland wesentlich befestigen, kann somit als ein Moment der Beruhigung gewürdigt werden.

Bezüglich der allgemeinen Richtung der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns stellt der Minister neuerdings fest, daß sie sich in dem sicheren Rahmen des engen Anschlusses an die Verbündeten fortbewegt, nebst parallel laufender Pflege vertrauensvoller Beziehungen zu den übrigen Mächten, vor allem zu dem Nachbarstaate Rußland. Diese im Laufe der Jahre für die allgemeinen Friedensinteressen wohlbewährte Basis zu erhalten, ist unser beständiges Bestreben, und wir dürfen uns wohl zu der ganz begründeten Hoffnung bekennen, daß an ihr auch künftig nichts geändert werde. Die Tendenz verschiedener in dieser Hinsicht verbreiteten Gerüchte zur Erschütterung des Glaubens an die Solidität des Dreibundes sind zu durchsichtig, um nicht gleich erkannt zu werden. Derlei Ausstreuungen würden kaum besondere Erwähnung verdienen, wenn nicht zu der bisherigen Arbeit gewisser wohlbekannter Elemente Bestrebungen anderer Kreise hinzuträten, welche die Frage des politischen Allianceverhältnisses in direkten Connex mit dem Abschluß einstiger Handelsverträge bringen möchten. Heute, wo die wirtschaftlichen Fragen täglich an Bedeutung gewinnen, ist die These kaum mehr verfechtbar, daß ein förmlicher wirtschafttlicher Kampf sich ganz gut mit diesen politischen Beziehungen vertrage. Es ist sicher, daß ein wirtschaftlicher Modus vivendi im Interesse der Intimität dieser Beziehungen gesucht und gefunden werden muß. Der Minister drückt die Ueberzeugung aus, daß bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen sowohl mit Deutschland, als mit Italien es gelingen wird, zu einer billigen, allseits beruhigenden Schlichtung etwaiger Differenzen zu gelangen. Es hieße aber weit über das Ziel schießen und einer bedenklichen Theorie Vorschub leisten, wollte man die höhere Ziele verfolgenden politischen Bündnisse von einer unbedingt zufriedenstellenden Gestaltung der handelspolitischen Fragen geradezu abhängig machen und dadurch die Erfordernisse der Staatsraison

den Rücksichten materieller Natur unterordnen. Eine solche Auffassung kann bei den verantwortlichen maßgebenden Faktoren werden hier noch anderswo verfangen. Die Vorteile, welche die Dreibund-Konstellation bei ihrem eminent friedenfreundlichen Charakter und ihrer gleichmäßigen Verteilung der Rechte und Pflichten jedem der Kompaciszenten bietet, sind zu evident, um preisgegeben zu werden. Es wäre bedenklich, wenn durch eine auf keinen Widerstand stoßende systematische Verhetzung und Verführung breiter Volksschichten Strömungen entständen, die durch ihr lockerndes und zerstörendes Wesen jenen rührigen Elementen nur willkommen sein könnten, denen die gegenwärtige Gestaltung der Dinge in Europa aus wohlbekannten Gründen ein Dorn im Auge ist. Gegen derartige Anwürfe kann nicht entschieden genug durch sachgemäße Aufklärung der öffentlichen Meinung reagiert werden, damit bei dieser die Erkenntnis geweckt werde, daß, so sehr kommerzielle Angelegenheiten die weitgehendste Berücksichtigung fordern, und so sehr es vornehmlichste Pflicht jeder Regierung ist, für dieselben nachdrücklichst einzutreten, ein politisches Bündnis kein Gegenstand ist, welcher ohne Gefährdung schwerwiegender Interessen als einfaches Kompensationsobjekt ausgespielt werden darf, schon darum nicht, weil Bündnisse nicht aus Gefälligkeitsrücksichten geschlossen werden, hauptsächlich aber deshalb, weil sie einem höheren Bedürfnisse entsprechen und in ihren gegenseitig sich deckenden Interessen ihre Sicherstellung finden. Wie es verfehlt wäre, in derartige Kombinationen einzugehen, weil sie Vorteile auf dem Gebiete der Hanpelspolitik sichern; ebenso unverantwortlich wäre es, dieselben zu verwerfen, weil sie nicht jene unbedingte Befriedigung bringen, welche vom wirtschaftlichen Standpunkt angestrebt werden könnte. So fest Oesterreich-Ungarns Allianzverhältnisse stehen, so freundschaftlich ist sein Verkehr mit allen übrigen Kabinetten, mit denen es sich in ernstem aufrichtigen Bestreben zusammenfindet, der Erhaltung des Friedens jede Förderung angedeihen zu lassen. Dieser beständigen Arbeit, diesem fortlaufenden Zuge nach Ausgleichung etwaiger Gegensätze ist es zu danken, daß die im Anfange noch befürchteten ungünstigen Rückschläge der chinesischen Angelegenheit auf die Beziehungen der in China kooperierenden Mächte vermieden wurden. Somit ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß das System rechtzeitiger Aussprache und billiger Berücksichtigung gegenseitiger Interessen, welches auf diesem Gebiet mit so zufriedenstellendem Resultat zur Anwendung kam, sich auch bei der Lösung anderer Fragen nicht minder wirksam bewähren wird. Schließlich gedenkt der Minister der Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen mit Mexiko, wodurch einem beiderseits wiederholt ausgesprochenen Wunsche unter voller Schonung der beiderseitigen Empfindlichkeiten nachgekommen wäre.

Ende Mai. (Cisleithanien.) Bericht über die Wasserstraßenvorlage.

Abg. Dr. Menzer führt im Generalbericht aus, es wäre eine ungerechtfertigte Verzögerung, den Bau der Wasserstraßen bis nach Vollendung der Eisenbahn-Investitionen hinauszuschieben. Es sei notwendig, die gegenwärtige günstige Lage nicht ungenützt vorübergehen zu lassen. Die erste Periode bis zum Jahre 1912 werde hinreichen, daß die Vorarbeiten gemacht werden, daß mit der Ausführung der in Rücksicht auf Bau und Betrieb technisch reifen, genügend geprüften und überbrieften Strecken begonnen werde. Höchstenfalls aber kann es sich am Ende dieser Periode, abgesehen von den Flußregulierungen, um eine Zinsenlast von etwa $7^1/_2$ bis 8 Millionen Kronen jährlich handeln. Hierbei ist aber in Rechnung zu ziehen, daß selbst weitgehende Pessimisten eine mäßige Rentabilität ein-

zelner Linien, so des Donau-Oderkanals, dann der Kanalstrecke, die durch Schlesien und bis Krakau führt, und andere für nicht ferne Zeit in Aussicht stellen. Zur Bedeckung des Kostenbedarfes sei u. a. auch vorgeschlagen worden, die Gebarungsüberschüsse heranzuziehen, die für die Jahre 1898 bis 1900 auf durchschnittlich rund 40 Millionen Kronen geschätzt werden. Für die Flußregulierungen ist ein Betrag von 75 Millionen Kronen bestimmt. Die gegenwärtig im Budget eingestellten Beträge von 11 Millionen Kronen bleiben unberührt, der Meliorationsfonds wird in den folgenden Jahren mit 4 Millionen Kronen dotiert. Nach den betreffenden Mitteilungen sollen in Böhmen die Eger, die Beraun samt der Wottawa, die Aupa, der oberste Lauf der Moldau und der Elbe, in Mähren die March, die Thaya und die Ostrawitza, in Schlesien die Olsa, in Galizien 11 Gebirgsflüsse nebst zahlreichen anderen Gewässern reguliert werden.

26./27. Mai. (Ungarn.) Der Kongreß der ungarischen Sozialdemokratie in Pest beschließt, bei den nächsten Wahlen sozialdemokratische Kandidaten aufzustellen.

29. Mai. (Wien.) In der ungarischen Delegation erklärt der Kriegsminister über die zweijährige Dienstzeit:

Sie würde große Opfer erfordern. Der Wunsch, bei erhöhtem Truppenkontingente die dritten Jahrgänge bereits im Mai zu beurlauben, zu erfüllen, sei nicht wohl möglich, weil die Kadres zu sehr geschwächt würden, und weil mit einem so niederen Stande größere Manöver, die unbedingt nach der Ernte abgehalten werden müßten, mit Nutzen nicht durchführbar wären.

31. Mai. (Wien.) Der Kaiser richtet folgendes Telegramm an den Grafen Waldersee:

War Ich von Ihrer Ernennung zum Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen in Ostasien aufrichtigst befriedigt, so gereicht es Mir nunmehr, da sie am gedeihlichen Abschlusse der ihnen übertragenen Aufgaben stehen und nach Europa heimkehren werden, zur vollsten Freude, Sie, lieber Feldmarschall, hierzu wärmstens beglückwünschen zu können. Das Vertrauen, welches Ihr erhabener Kaiser in seinen vielbewährten Heerführer setzte, haben Sie unter den eigenartigsten Verhältnissen gediegenst gerechtfertigt. Gerne wußte Ich die am Lande verwendeten Detachements Meiner Eskadre in Ostasien unter Ihrem Befehle; herzlichst danke Ich Ihnen für alle Fürsorge und echte Waffenbrüderschaft, welche Sie da stets walten ließen. Möge Sie, lieber Feldmarschall, auch fernerhin Gottes Schutz begleiten im Dienste der guten Sache und damit Ihres Allerhöchsten Kriegsherrn. Franz Joseph.

1. Juni. (Cisleithanien.) Das Abgeordnetenhaus genehmigt die Investitionsvorlage und das Wasserstraßengesetz gegen die Stimmen der Alldeutschen, der tschechischen Agrarier und einiger Mitglieder der deutschen Volkspartei. Der konservative Großgrundbesitz enthält sich der Abstimmung.

3./4. Juni. (Cisleithanien.) Abgeordnetenhaus. Beratung des Budgetprovisoriums. Körber über Los-von-Rom.

Abt Treuinfels (Zentr.) bezeichnet die Losvonrombewegung als gefährlich für die Monarchie und fordert die Regierung zu energischen Maß-

regeln gegen ihre Führer auf. Ministerpräsident v. Körber: Er müsse konstatieren, daß wirklich tiefgreifende, mit ernstlichen Gefahren verbundene Religionsbewegungen anders aufzutreten pflegten. Wenn ich daran erinnere, mit welcher Gewalt das Christentum trotz der schwersten Verfolgungen sich die Welt eroberte, und wenn ich — abgesehen von der Rapidität, mit welcher andere Bekenntnisse sich großer Reiche bemächtigen — nur des Tempos gedenke, mit welchem sich später derlei Bewegungen in Europa vollzogen haben, so erscheint mir die Furcht nicht begründet, welche die Vorkommnisse unserer Tage begleitet. Ich halte es für ausgeschlossen, daß die katholische Kirche in Oesterreich irgendwie bedroht ist oder auch nur bedroht werden kann. Ihre Gewalt über die Herzen ist zu groß und die Sorge für sie ruht in so sicheren Händen, als daß irgend eine Agitation ihr nahekommen könnte. Wirkliche Umwälzungen sind stets nur durch neue, der Gedankenwelt und Empfindungsweise des Volkes zusagende Ideen hervorgerufen worden, während es sich jetzt um die Bekehrung zu einem in seinem Wesen und seinen Formen längst bekannten Glauben handelt, dem keine Leidenschaften mehr voraneilen. Allerdings, wenn eine Ungesetzlichkeit dabei unterliefe, hat die Staatsverwaltung einzuschreiten, und die Herren werden wohl überzeugt sein, daß wir es gegebenen Falles daran nicht fehlen lassen werden. Ein Uebermaß von Polizei scheint mir unter allen Umständen bedenklich, überdies gegenüber solchen Bewegungen unwirksam und ich glaube, daß die katholische Kirche sich beruhigt auf ihre Kraft verlassen kann.

Am folgenden Tage wird das sechsmonatige Budgetprovisorium angenommen gegen die Stimmen der Tschechen, der Sozialdemokraten und der Alldeutschen.

In der katholischen Presse wird Körbers Erklärung verurteilt, weil er die Kirche gegen die Angriffe schutzlos lasse.

11. Juni. (Wien.) Schluß der Delegationen.

Die Regierungsvorlagen sind genehmigt worden. Danach stellt sich der Bruttoaufwand für die gemeinsamen Ausgaben im Jahre 1902 auf 364 Mill. Kr. Unter der Voraussetzung, daß das bestehende Quotenverhältnis von 65,6 zu 34,4 Proz. durch Entscheidung der Krone über den 1. Juli d. J. hinaus verlängert wird, hat Oesterreich zur Bedeckung des Nettoerfordernisses nach Abzug des reinen Ertrages des Zollgefälles den Betrag von 162,2 Mill. Kr. und Ungarn den Betrag von 85 Mill. Kr. beizutragen.

11. Juni. (Cisleithanien.) Der Reichsrat wird geschlossen. — Das Herrenhaus hat die Investitionsvorlage ebenfalls angenommen.

12. Juni. (Ungarn.) Abgeordnetenhaus. Delegationen und deutsche Sprache.

Abg. Rakovszky führt Beschwerde, daß der Kriegsminister im Heeresausschusse der ungarischen Delegation seine Unterbreitungen in deutscher Sprache gemacht und daß auch Mitglieder der ungarischen Delegation in deutscher Sprache Anfragen gestellt haben. Ministerpräsident v. Szell: Es sei in der Delegation nichts gesagt worden, was gegen die Gesetze verstoßen würde. In den Plenarsitzungen der Delegation ist das Gesetz, wonach die Verhandlungssprache die ungarische ist, nicht umgangen worden. Auch in den Ausschüssen ist die Verhandlungssprache die ungarische. Der Kriegsminister ist aber der ungarischen Sprache nicht mächtig. (Lebhafte

Rufe auf der äußersten Linken: Und die Parität!) Das Gesetz schreibt nirgends vor, daß der Kriegsminister der ungarischen Sprache mächtig sein müsse. Wenn es diesem oder jenem Delegationsmitgliede der Unmittelbarkeit der Auseinandersetzung wegen beliebt, den Kriegsminister gleich in deutscher Sprache zu interpellieren, so kann ihm dies nicht verwehrt werden. (Oho-Rufe auf der äußersten Linken.)

12./17. Juni. Reise des Kaisers nach Böhmen.

Am 12. Juni besucht der Kaiser Prag, wo er auf eine Ansprache des Bürgermeisters tschechisch und deutsch antwortet. Am 14. Juni wird die neue Franzensbrücke über die Moldau eingeweiht. Am 15. Juni besucht der Kaiser Leitmeritz, am 17. Außig. — Der Kaiser wird überall jubelnd begrüßt und betont überall seinen Wunsch nationaler Verständigung. — Unter den Deutschen herrscht Verstimmung, weil der tschechische Landsmannminister Rezek den Kaiser in die deutschen Gebiete begleitet, und weil die Deutschen in Prag zurückgesetzt worden sind. So waren die Einladungen zur Brückeneinweihung nur tschechisch erlassen, so daß alle Deutsche fernblieben. — Am 18. Juni dankt der Kaiser in einem Schreiben an den Statthalter Graf Coudenhove für den ihm überall bereiteten Empfang.

29. Juni. (Cisleithanien.) Ein kaiserliches Handschreiben verlängert das bestehende Quotenverhältnis mit Ungarn bis zum 30. Juni 1902.

Juni. (Ungarn.) Bestrebungen Ugrons, den Dreibund zu sprengen. Debatte im Abgeordnetenhause.

In Paris erscheint eine Broschüre eines ehemaligen Sekretärs im Ministerium des Auswärtigen, Rimler, in der behauptet wird, Gabriel Ugron, der Führer der ungarischen Klerikalen, habe mit dem französischen Minister des Aeußern Delcassé Unterhandlungen geführt, die auf die Gründung einer ungarisch-französischen Bank mit einem Kapital von 150 Millionen Franken abzielten. Dieses Finanzinstitut sollte zur Sprengung des Dreibundes beitragen; es sollte daneben auch wirtschaftlich den Einfluß des deutschen Kapitals in Ungarn zurückdrängen. Der Reingewinn sollte einem Wahlfonds für die deutschfeindliche Ugronpartei bilden. Delcassé habe zunächst Rimler und Ugron einem Pariser Finanzmann empfohlen, dann aber die Sache fallen lassen. Außerdem, heißt es, habe sich Ugron bemüht, eine Verbindung zwischen Magyaren und Slaven (Tschechen und Russen) gegen die Deutschen herbeizuführen und den Papst zu einer antideutschen Einwirkung auf die katholischen Ungarn zu bewegen. — Da Ugron diese Behauptungen zugibt, wird er in der Presse scharf angegriffen und als Landesverräter bezeichnet, weil er mit fremdem Gelde eine ungarische Partei bilden wolle.

Am 28. Juni erklärt Ugron im Abgeordnetenhause: Er habe kein Geld vom Minister Delcassé verlangt, er habe mit französischem Kapital eine Bank gründen wollen. Er halte es für patriotisch, den ungarischen Interessen entsprechend Beziehungen mit Frankreich zu unterhalten, da Frankreich stets für die Unabhängigkeit der Nationen, so für die Nordamerikas und Italiens, eingetreten sei. Auch würde das Dasein einer franzosenfreundlichen Partei in Ungarn, das jetzt vor Deutschland im Staube liege, Ungarn davor bewahren, daß es von Deutschland bei jedem Anlaß, namentlich bei der Vieh- und Getreideeinfuhr in seinen Interessen verletzt werde. Die gegen ihn gerichteten Angriffe entsprängen nur persönlichen Motiven, nicht dem Interesse für den Dreibund, da dieser mit allerlei

Mitteln solche Festigkeit in Ungarn gewonnen habe, daß seine Handlungsweise das Bündnis nicht schädigen könne, auch das Bündnis mit Deutschland keiner Verteidigung bedürfe. Abg. Gajari: Die Bankgründung, bei welcher politische Gegendienste in Aussicht gestellt seien, bedeute eine schwere Versündigung gegen die politische Moral! Ugron widerspreche sich, wenn er in einem Atem ein französisches Bündnis empfehle und sich gleichzeitig dagegen verwahre, daß er russenfreundlich gesinnt sei. Gajari fährt fort, er wolle nicht weiter erörtern, inwieweit die von Ugron verlangte Einmischung des Vatikans in die inneren Verhältnisse Ungarns den Landesinteressen entspreche.

Ende Juni. Anf. Juli. (Prag.) Anläßlich des Sokolfestes, an dem Franzosen, Polen und Russen teilnehmen, finden lebhafte deutschfeindliche Kundgebungen statt.

Mitte Juli. (Tirol.) Ein Versuch, einen deutsch-italienischen Ausgleich zu schaffen, scheitert an der Unnachgiebigkeit der Mehrheit des Landtags und der Obstruktion der Italiener.

Ende Juli. August. Der deutsche Zolltarifentwurf (S. 121) wird im allgemeinen ungünstig beurteilt. Die Regierung wird aufgefordert, in den Vertragsverhandlungen eine Minderung der den österreichischen Export erschwerenden Zollsätze herbeizuführen.

31. Juli. (Pest.) Der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, Szilagyi, bis 1895 Justizminister, 60 Jahre alt, †.

August. (Schlesien.) Zwischen Polen und Tschechen kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen, weil die Tschechen die Polen zu tschechisieren suchen.

19. August. (Böhmen.) Joseph Kaizl, Führer der Jungtschechen, früher Finanzminister, in Myskowitz 47 Jahre alt, †.

27. August. (Böhmen.) Der Landtag wird aufgelöst. Die Neuwahlen erfolgen nach einem in der letzten Session beschlossenen System, wonach in den Landgemeinden die direkte Wahl eingeführt worden ist.

Ende August. Österreichische und ungarische Blätter sprechen sich besorgt über russische Umtriebe auf der Balkanhalbinsel aus.

30. August. (Wien.) Erster österreichischer Klerustag. Reformkatholizismus, Los-von-Rom-Bewegung; Kirchenvermögen.

Der Veranstalter des Klerustags Abg. Dr. Scheicher führt aus, daß der Katholizismus einer Reformation an Haupt und Gliedern bedürfe. Reformkatholizismus ist ein aus Unrecht übel angesehenes Wort, obgleich auch Leute die Kirche Gottes reformieren möchten, welche zuerst auf die Reform der eigenen Person bedacht sein sollten. Wie aus dem Gesagten zu entnehmen, bin ich sehr weit entfernt, für die gegenwärtige kirchenfeindliche Aera Phrasen von der Schlechtigkeit der Welt als Panacee zu empfehlen. Wollet nicht immer nur schauen hinaus! Schauet hinein zu euch! So beginnt eine Schrift eines berühmten Mitbruders, und sie hat recht. Der feind-

seligen Welt tritt man nicht mit ungeeigneten Truppen entgegen und stellt nicht Führer an die Spitze, denen man nur gehorcht, weil Felonie kriegsrechtlich bestraft wird, die man aber nur gelegentlich bei Gratulationsreden liebt, bei Toasten hochschätzt und in Blättern als nicht ersetzlich bezeichnet, welche bischöfliche Subventionen haben oder deren Leiter sich für den color violaceus interessieren. Künstliches Aufpäppeln zukünftiger Priesterkandidaten hilft dem Priestermangel auch nur äußerlich ab. Die Schrift beschreibt den Folgezustand mit den Worten: multiplicasti gentem et non multiplicasti laetitiam. Meine Freude über die Zunahme von Klosterbrüdern und Klosterschwestern, welche letztere wenigstens unverkennbar von Tag zu Tag wachsen, ist eine hypothetische. Die Klöster und Alumnate bevölkern sich ja nicht bloß aus Liebe zum Heiland, sondern auch infolge der nützlichen sozialen Einrichtungen der Welt. Mancher Studiosus nimmt das religiöse Gewand, weil die väterlichen Gelder nicht bis zum Abschlusse eines anderen Studiums reichen. Zu Luthers Zeiten kam eine elementare Entleerung von Klosterzellen, weil die vocatio posthuma ausgeblieben war. Wir müssen also überall, wenn wir die Not der Zeit heilen wollen, mit uns Priestern selbst zuerst anfangen. Leugne man es auch nicht, denn es ist vergebens, daß auch viele Unzufriedenheit im priesterlichen Gewande vorhanden ist; Geist und Begeisterung lassen gerade darum zu wünschen übrig. Würden die Gymnasialabiturienten finden, daß wirkliche Liebe zum Berufe, Heiterkeit des Geistes und Zufriedenheit in aller Priesterherzen wohnt, wir brauchten keine künstlichen Apparate zur Ausbrütung von Priesterkandidaten.

Ueber das Kirchenvermögen, das von den Gegnern gewöhnlich übertrieben werde, sagt der Redner: Die Gegner unterscheiden nicht zwischen produktiven und unproduktiven Werten. Kunstwerke, Bibliotheken u. s. w. haben allerdings auch einen Kunstwert. Ebenso sind sogar die Kirchen als Vermögen mitgerechnet. In der Volkstribüne und ähnlichen Organen der Arbeiter und der Alldeutschen wird in unterschiedlichen Zwischenräumen von den Milliarden des Kirchenvermögens geschrieben. Von den Leistungen, die davon bestritten werden müssen, wird selbstverständlich keine Silbe erwähnt. Das gesamte Kirchenvermögen Oesterreichs steht unter der Kontrolle des Staates. Diese ist eine so genaue, daß auch die kleinste Veränderung in der Substanz oder selbst in den Früchten dem Auge der Aufsichtsbehörde nicht entzogen werden kann. Diese in genauer Kenntnis der Grunddaten befindlichen Behörden verfassen statistische Aufstellungen, welche in bestimmten Zeitperioden den Stand des Kirchenvermögens angeben, wie auch dieselben k. k. Behörden die Statistik des Personalstandes des Klerus erheben und zusammenstellen. Das Gesamtvermögen der katholischen Kirche Oesterreichs beträgt 349,305,384 Gulden, davon im Grundbesitze investiert 131,330,775 Gulden, in öffentlichen Obligationen 155,512,694 Gulden, in Privatkapitalien 23,216,451 Gulden. Das Nationalvermögen ist zwar lange nicht so genau bekannt wie das Kirchenvermögen, es untersteht eben keiner solchen Kontrolle. Gewöhnlich nimmt man es mit ungefähr 11,844,500,000 Gulden an. Demzufolge beträgt der Anteil der „toten Hand“ etwa drei Hundertstel des Nationalvermögens. Während auf den Kopf der Bevölkerung ohne Unterschied der Konfession ein Anteil des Nationalvermögens von 471 Gulden entfällt, kommt vom Kirchenvermögen auf einen Katholiken 15 Gulden 66 Kreuzer. Die Verteilung des Einkommens der Bischöfe, Domherren, Pröpste u. s. w. weist nach Kronländern beträchtliche Ungleichheiten auf. Das Einkommen eines Weltgeistlichen stellt sich in Niederösterreich durchschnittlich auf 952 Gulden 40 Kreuzer — nirgends, in keinem Kronlande übersteigt die Durchschnittsziffer die Summe von 1000 Gulden. In Wirk-

lichkeit haben gar viele diese Summe nicht. Nimmt man das Existenzminimum mit den k. k. Steuerbehörden per 600 Gulden an, so bleibt das wirkliche Durchschnittseinkommen eines Seelsorgers unter diesem. Und jetzt zu den fabelhaften Schätzen der Stifte und Klöster. Das Gesamteinkommen derselben ist geschätzt auf 6,237,869 Gulden. In Oesterreich leben 21,324 Ordenspersonen, folglich entfällt auf ein Ordensmitglied im Durchschnitt die jährliche Einnahme von 292 Gulden 70 Kreuzer oder per Tag 80 Kreuzer, in Niederösterreich 488 Gulden 9 Kreuzer oder täglich 1 Gulden 33 Kreuzer. Der Durchschnitt des Jahreseinkommens von 40,073 geistlichen Personen in Oesterreich beträgt 564 Gulden, also um 36 Gulden weniger als das Existenzminimum. Die Zinsen der Staatsschuld Oesterreichs könnten mit dem ganzen Kirchenvermögen etwas über ein Jahr bezahlt werden, das Kriegsbudget in Oesterreich ist in anderthalb Jahren genau so groß als das ganze Kirchenvermögen.

Zur Bekämpfung der Los von Rom-Bewegung wird besonders die Pflege der Presse und Broschürenlitteratur empfohlen. Pfarrer Hartmann: Er habe jetzt auf seiner Reise über Innsbruck, Brixen, Klagenfurt, Salzburg, Wien die Redaktionen der christlichen Blätter besucht und die bittersten Beschwerden vernommen, namentlich darüber, daß auch der Klerus die christlichen Zeitungen zu Tode kritisiere. Wir dürfen nicht so engherzig sein! Woher kommt unser vieles Kritisieren? Weil wir selbst nicht mitarbeiten. Wenn man selbst mitarbeitet, vergeht einem die Lust des Kritisierens. Diese Engherzigkeit muß aufhören. Es fehlt bei uns zu sehr das Verständnis für die katholische Presse, und darum ist es ganz gut, daß wir jetzt diese Roßkur durchmachen müssen, unser Herrgott haut uns nicht umsonst, wir haben es vielfach verdient. Möge das für den Klerus eine heilende Kur sein! („Köln. Volksztg.")

2. September. (Wien.) Das rumänische Königspaar besucht den Kaiser.

5. September. (Galizien.) Bei den Landtagswahlen erringt die Adelspartei einen großen Erfolg; die polnische Volkspartei behält nur 2 Mandate.

8. September. (Olmütz.) Anläßlich eines Katholikentages wird gleichzeitig eine deutsche Protestversammlung berufen. Beide Versammlungen werden von mehreren Tausend Personen besucht.

9. September. Die diplomatischen Beziehungen zu Mexiko, die seit der Erschießung Maximilians (1867) abgebrochen waren, werden wieder angeknüpft.

9. September. (Ungarn.) Der König schließt den Reichstag mit einer Tronrede. Darin heißt es über den Ausgleich und den öffentlichen Kredit:

Wohl ist es nicht gelungen, zwischen den Ländern Meiner ungarischen Krone und den Ländern Meiner übrigen Königreiche die Zoll- und Handelsangelegenheiten in jener Weise zu regeln, auf welche Art. 12 des Gesetzes vom Jahre 1867 in erster Reihe hinweist. Gleichwohl haben die Zoll- und Handelsverhältnisse, sowie die Verzehrungssteuern auf Grund gegenseitiger Billigkeit und Reziprozität eine den gesetzlichen Rechten, wie auch den wirtschaftlichen und finanziellen Interessen des Landes entsprechende

Erledigung gefunden. . . . Die gesunde und feste Entwicklung der Kreditverhältnisse zu fördern, ist eine neue Regelung des Bankwesens berufen. Es sind auch wichtige und einschneidende Schritte im Interesse der Regelung der Valuta geschehen. Die vollständige Einlösung der aus den Staatsnoten bestehenden gemeinsamen schwebenden Schuld und die Regelung der hiemit verbundenen Obliegenheiten werden die den obligatorischen Barzahlungen im Wege stehenden Hindernisse hinwegräumen. So nähern wir uns denn, wenn auch mit der durch die Lage erforderlichen Vorsicht, so doch mit Entschiedenheit in der Aufnahme der Barzahlungen jener Zeit, welche die für jeden Produktionszweig wichtige und so lange entbehrte Stabilität des Geldmarktes sichern wird.

Mitte September. (Cisleithanien.) Nach einer Veröffentlichung des Evangelischen Oberkirchenrats sind seit 1899 13 700 Seelen vom Katholizismus zum Protestantismus übergetreten.

28. September. (Wien.) Das 2. Bataillon des 2. deutschen ostasiatischen Infanterie-Regiments, das von Triest nach Berlin befördert wird, wird vom Kaiser besichtigt. Bei einem den Offizieren gegebenen Festmahle bringt er folgenden Trinkspruch aus:

Kaiser Wilhelm, Mein teurer Freund, hat geruht anzuordnen, daß das zweite Bataillon des 2. Ostasiatischen Infanterie-Regiments bei seiner Rückkehr zuerst an unsrer Küste Europas Boden betrete und dann über Wien den weiteren Heimweg nehme. Auf das herzlichste begrüße Ich das in Gefechten und allen Kriegsbeschwerden vielbewährte tapfere Bataillon. Durchdrungen von treuer Waffenbrüderschaft, entbietet Meine gesamte Wehrmacht dem Bataillon den kameradschaftlichsten Willkommgruß. Wenn Sie, meine Herren, im Hochgefühl standhaftester Pflichterfüllung in der Heimat anlangen, wenn aus allen Gauen Deutschlands Ihnen Freudengrüße entgegenjubeln und Ihr erhabener höchster Kriegsherr mit huldvoller Befriedigung auf Sie blicken wird, dann mögen Sie auch der Tage gern gedenken, die Sie mit Ihren österreichisch-ungarischen Kameraden im fernen Ostasien und jetzt hier zusammenführten. Was Sie und wir mit Ihnen empfinden, fasse Ich in den Ruf zusammen: „Seine Majestät Kaiser Wilhelm hoch!"

September. (Böhmen.) In der Agitation für die Landtagswahlen greifen die Deutsch-Radikalen unter Führung Wolfs die Fortschrittspartei und Volkspartei scharf an und verwerfen jeden Versuch, durch eine Landesteilung einen Ausgleich mit den Tschechen herbeizuführen.

8./17. Oktober. (Böhmen.) Landtagswahlen.

Es werden gewählt: 68 Jungtschechen, 28 Deutschfortschrittliche, 24 Alldeutsche, 21 tschechische Agrarier, 12 Angehörige der Deutschen Volkspartei, 6 Alttschechen, 3 deutsche Agrarier, 3 Tschechisch-Radikale, 1 deutscher Christlich-Sozialer, 49 Konservative und 21 verfassungstreue Großgrundbesitzer sowie 6 Träger von Virilstimmen. — Die Jungtschechen haben an die tschechischen Agrarier, und die Deutschfortschrittlichen an die Alldeutschen Sitze verloren.

11. Oktober. (Ungarn.) Reichstagswahlen.

Es werden gewählt: 263 Liberale, 20 Mitglieder der Volkspartei,

75 Mitglieder der Kossuthfraktion, 11 von der Fraktion Ugron, 13 parteilose, 5 von der Nationalitätenpartei und 1 Demokrat. — Während der Wahlen kommt es an mehreren Orten zu blutigen Zusammenstößen, aber im ganzen erfordert die Wahl geringere Opfer als früher.

16. Oktober. (Cisleithanien.) Der Reichsrat tritt zusammen.

17. Oktober. (Cisleithanien.) Abgeordnetenhaus. Etat. Körber über die Handelspolitik.

Der Finanzminister legt das Budget vor. Es weist ein Gesamterfordernis von 1,685,117,944 Kronen auf (um 43,954,600 Kronen höher). Die Gesamtdeckung ist präliminiert mit 1,685,966,357 Kronen, ist somit um 43,968,772 Kronen höher. Der Staatsvoranschlag schließt aktiv mit 848,413 Kronen ab. Für die 1902 zur Zurückzahlung der fälligen Kapitalien der allgemeinen Staatsschuld sind Obligationen von 2,203,363 Kronen für die in Noten verzinsliche Schuld und von 3,034,540 Kronen für die in Silber verzinsliche Schuld auszufertigen. Die gemeinsamen Auslagen mußten eine 10,065,145 Kronen höhere Präliminierung erfahren infolge der niedrigeren Veranschlagung des Reinertrages des Zollgefälles um 12,502,500 Kronen. An dem Mehrerfordernis partizipieren sämtliche Ministerien. Die Staatsschuld weist einen Mehranspruch von 8,791,003 Kronen auf wegen des Zinszuwachses für die zu begebende Rente; ebenso ist der Dienst der gemeinsamen Staatsschuld erhöht um 1,175,369 Kronen mit Rücksicht auf die in diesem Jahre und 1902 beabsichtigte Begebung der Tilgungsrente. Was die Bedeckung betrifft, so weist das Budget des Finanzministeriums als bisher realisierten Münzgewinn 16½ Millionen zur Ausgabe von Teilmünzen der Kronenwährung auf. Die indirekten Abgaben weisen eine Steigerung von 23,234,000 Kronen, die direkten eine Steigerung von 6,907,100 Kronen auf.

Hierauf führt Ministerpräsident v. Körber aus, daß in der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen des Reiches alle Nationen zusammenstehen müßten. Die Regierung ist für eine Politik der Handelsverträge, selbstverständlich solcher Verträge, in welchen auch unsre Interessen gewürdigt werden, denn andernfalls müßten wir uns auf unser Haus zurückziehen und dafür sorgen, daß es entsprechend behütet werde, was uns vielleicht besser gelingen könnte, als manchem anderen Staate. Aber zunächst ist doch der Abschluß von Handelsverträgen in Aussicht zu nehmen; erstens deshalb, weil das gleiche System unsrer bisherigen Wirtschaft zu Grunde liegt, und wir in Oesterreich sowohl wie in Ungarn thatsächlich Ueberschüsse abzugeben haben, welchen der Absatz gesichert werden soll; zweitens, weil bei der Gestaltung des Weltmarktes die Isolierung eines einzelnen Staates für diesen verhängnisvoll werden müßte. Natürlich dann, wenn die Politik der Verträge allseits aufgegeben werden würde, hätten wir den gleichen Weg einzuschlagen. Ich gestehe aber ganz offen, daß ich von dem Zustandekommen neuer Verträge eine Erlösung aus dem Zustande erhoffe, dessen betrübende Wirkungen schon seit Jahren hervortreten, namentlich von einem neuen Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich, der ja den Ausgangspunkt für alle weiteren Vereinbarungen dieser Art zu bilden hätte. Allerdings lassen die Vorkommnisse der jüngsten Zeit, auf die ich schon einmal hindeutete, ein solches Beginnen sehr schwierig erscheinen. Treffen auch hohe Getreidezölle im wesentlichen den Konsum, ohne die notwendige fremde Zufuhr ernstlich zu beeinträchtigen, so vermögen hohe Viehzölle allerdings eine Steigerung der Produktion hervorzurufen und den bisherigen Impor-

teuren empfindlichen Schaden zuzufügen, wenn diese den Vorsprung sich nicht zu erhalten verstehen. Da scheint es mir speziell für uns von entscheidender Wichtigkeit, das Augenmerk auf die Veterinärpolizei zu richten. . . . Je fester die Regierung gewillt ist, jede Benachteiligung von unsrer Viehzucht fern zu halten, um so bestimmter muß sie sich auf eine korrekte, einwandfreie Veterinärverwaltung berufen können. . . . Noch ist der Gärungsprozeß nicht vorbei, der das handelspolitische Europa erfüllt; dieses aber kann ich schon heute mit aller Bestimmtheit erklären: Wir werden, was auch geschehen mag, keinen Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie aufkommen lassen, und wir werden kein österreichisches Interesse an wen immer preisgeben. Wird man uns einen erträglichen Frieden anbieten, so werden wir ihn bereitwillig annehmen; fordert man nur Opfer von uns und will man uns dafür keine Vorteile gewähren, so werden wir die Rolle des geduldigen Lammes ablehnen. Die österreichische Arbeit ist vollwertig und will anerkannt sein. . . .

18. Oktober. (Cisleithanien.) Das Abgeordnetenhaus wählt an Stelle des zurückgetretenen Dr. Prade den Abg. Kaiser (dt. Vp.) zum 1. Vizepräsidenten.

28. Oktober. (Ungarn.) Der König eröffnet den Reichstag. In der Thronrede heißt es über kommerzielle und wirtschaftliche Fragen:

Unter den der Erledigung harrenden Aufgaben tritt die bedeutungsvolle Frage der wirtschaftlichen Lage in den Vordergrund. Der vorige Reichstag regelte die zwischen den Ländern der ungarischen Krone und Meinen anderen Königreichen und Ländern obschwebenden Handelsangelegenheiten auf provisorischer Grundlage. Diese Angelegenheiten erfordern vermöge ihrer tief reichenden Wichtigkeit für das ganze wirtschaftliche Leben des Landes eine dem Geist des Gesetzes von 1867 entsprechende dauernde Regelung auf der Grundlage eines gerechten, billigen und gegenseitigen Ausgleiches der Interessen. Behufs Vorbereitung internationaler Handelsverträge, die für die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse von entscheidender Bedeutung sind, ist vor allem im Sinne des Gesetzes von 1899 eine neue Feststellung des allgemeinen Zolltarifs erforderlich, der berufen sein wird, jeden Zweig der Produktion, die landwirtschaftlichen und industriellen Interessen gleichmäßig und harmonisch zu schützen. . . . . Die ungünstige Lage der Landwirtschaft, des Gewerbes und des Handels bildet eine der hauptsächlichsten Sorgen des Herrschers. Die Regierung ist sich vollkommen des Gewichtes ihrer Aufgabe bewußt und auch dessen, daß sämtliche Zweige der Verwaltung in gleicher Weise beitragen müssen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Die nationale Produktion und die nationale Arbeit ist nach allen Richtungen hin harmonisch zu ergänzen und zu unterstützen, die Privatthätigkeit ist durch der finanziellen Kraft des Landes angemessene fruchtbringende Investitionen zu fördern, die natürlichen Wasserstraßen sind zu entwickeln und künstlich zu schaffen, für die landwirtschaftlichen und gewerblichen Produkte muß der innere Markt entwickelt und der auswärtige Markt auch bei einem gesteigerten Wettbewerb erhalten bleiben und ihm neue Absatzgebiete geschaffen werden. Endlich ist das Genossenschaftswesen zu pflegen. All dies bildet die wirtschaftliche Aufgabe der nächsten Zukunft.

30. Oktober. (Cisleithanien.) Abgeordnetenhaus. Debatte über die Nationalitätenfrage.

Abg. Kramarcz (Tsch.) wirft der Regierung vor, daß sie nicht den Mut habe, die alldeutsche Bewegung als das zu bezeichnen, was sie sei, als eine Gefahr für Oesterreich. Die Opposition der Tschechen sei ernst gemeint, und sie würden alles thun, um die Pläne der Regierung zu durchkreuzen, solange diese nicht das jedem Tschechen zugefügte Unrecht gut gemacht habe.

Abg. Menger polemisiert gegen den Vorredner und weist die unerhörten Denunziationen des Vorredners gegen die Deutschen zurück, welche nichts gethan hätten, als immer wieder von neuem aufzurichten, was von ihren nationalen Gegnern niedergerissen worden sei. Die Sprachenverordnungen seien auf eine ungerechte Art und Weise zu stande gekommen und seien eine Vergewaltigung der Deutschen.

Ministerpräsident v. Körber lehnt jede Gemeinschaft mit dem Programm der Alldeutschen ab und erklärte, die Regierung täusche sich keinen Augenblick über die Wichtigkeit der Nationalitätenfrage. Sie stelle jedoch die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen im Interesse der notleidenden Bevölkerung voran. Sobald die dringendsten wirtschaftlichen Fragen erledigt sind, ist die Regierung fest entschlossen, als ehrlicher Unterhändler vor die beiden streitenden Volksstämme zu treten und ihnen einen vielleicht brauchbaren Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten.

31. Oktober. (Ungarn.) Das Abgeordnetenhaus wählt den Grafen Apponyi zum Präsidenten.

Ende Oktober. Anf. November. (Innsbruck.) Tumulte an der Universität.

Deutschnationale Studenten demonstrieren gegen einen Professor der juristischen Fakultät, der in italienischer Sprache liest. Die Vorlesungen müssen für einige Zeit geschlossen werden. Am 7. November erklärt Kultusminister Hartel auf eine Interpellation im Abgeordnetenhause: Die Regierung habe seit Jahren gesucht, durch die in Ausführung des einstimmigen Beschlusses des Tyroler Landtages eingeführten italienischen Parallelkurse der juristischen Fakultät, wodurch der ursprüngliche Charakter der Innsbrucker Universität nicht berührt werden konnte, dem Bedürfnis der italienischen Jugend nach Vorlesungen in ihrer Muttersprache zu entsprechen und durch Heranziehung italienischer Lehrkräfte die Vorbedingungen für die Errichtung einer selbständigen italienischen Fakultät zu schaffen, deren Inslebentreten der Beratung der akademischen Behörden der Innsbrucker Universität anheimgestellt werden sollte. Wenn dabei die gehegten Voraussetzungen, wie es nach den jüngsten Vorgängen den Anschein habe, nicht zutreffen, werde es die Pflicht der Regierung sein, in anderer Weise für das Studium der italienischen Jugend zu sorgen.

8. November. (Wien.) In einer Konferenz über die deutsche Orthographie spricht der Kultusminister sein Einverständnis mit den Berliner Beschlüssen aus (S. 112).

18. November. (Wien.) Der Kaiser äußert sich beim Empfang einiger Reichsratsabgeordneten scharf über die Arbeitsunfähigkeit des Abgeordnetenhauses und regt die Änderung der Geschäftsordnung an, um Wandel zu schaffen.

18. November. (Ungarn.) Im Abgeordnetenhause erklärt der Ministerpräsident v. Szell, Ungarn werde nur auf Grund der

jetzigen Quote den Ausgleich mit Österreich erneuern. Bei einer Zolltrennung leide Österreich mehr als Ungarn.

19. November. (Cisleithanien.) Abgeordnetenhaus. Debatte über Zulassung fremder Kongregationen.

Die Abg. Klofac (Tsch.) und Schumeier (Alldeutsch) stellen Dringlichkeitsanträge gegen die Zulassung ausländischer Kongregationen, die vermutlich infolge des französischen Vereinsgesetzes einwandern würden. Klofac erklärt, es werde sich bald eine tschechische Los von Rombewegung entwickeln. Kultusminister v. Hartel glaubt nicht an eine bedeutende Einwanderung französischer Kongregationen. Die bestehenden Gesetze würden zur Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens genügen. — Nach mehrtägiger Debatte wird die Dringlichkeit der Anträge abgelehnt (25. November).

23. November. (Ungarn.) Der Finanzminister legt dem Abgeordnetenhause das Budget für 1902 vor.

Es schließt mit einer Einnahme von 1086870018 Kronen und einer Ausgabe von 1086749083 Kronen, also mit einem Ueberschuß von 120935 Kronen ab. Die gemeinsamen ordentlichen Ausgaben weisen ein Mehrerfordernis von 6716000 Kronen auf. Auf Grund der Schlußrechnungen sind die Einnahmen aus den direkten Steuern um 3284000, aus den indirekten Steuern um 3380000 Kronen, aus dem Post-, Telegraphen- und Telephonwesen um 11000000 Kronen höher eingestellt.

29. November. (Wien.) Der Führer der Alldeutschen, Abg. Wolf, legt aus persönlichen Rücksichten sein Mandat nieder. Es heißt, er habe eine Annäherung an die Deutsche Volkspartei gewünscht und sei darüber mit dem Abg. Schönerer in Konflikt gekommen.

Ende November. (Galizien.) Anläßlich des Wreschener Prozesses (S. 162) finden große deutschfeindliche Kundgebungen statt. In Lemberg wird das deutsche Konsulat beschädigt. Es wird vorgeschlagen, die deutschen Geschäfte zu boykottieren.

6. Dezember. (Cisleithanien.) Das Abgeordnetenhaus lehnt nach langer Debatte einen Dringlichkeitsantrag auf Errichtung einer südslavischen Universität ab. Der Kultusminister glaubt nicht, daß die Voraussetzungen für eine solche Universität vorhanden seien.

7. Dezember. (Wien.) Der Kultusminister empfängt eine Abordnung Ruthenen, die sich über Bedrückungen seitens der Polen an der Lemberger Universität beschwert.

9. Dezember. (Cisleithanien.) Abgeordnetenhaus. Debatte über die Arbeitsfähigkeit des Parlaments; Drohung Körbers. — Die galizischen Demonstrationen und die preußische Polenpolitik.

Tschechische Abgeordnete werfen der Regierung vor, daß sie unter der Botmäßigkeit der deutschen Linken stehe und die nichtdeutschen Nationalitäten zu entrechten suche.

Ministerpräsident v. Körber: Die Regierung habe nichts gethan, was die tschechischerseits erhobene Beschuldigung der Parteilichkeit begründen könnte. Zwischen der Regierung und den deutschen Parteien bestehe kein anderes Verhältnis als zwischen der Regierung und den anderen Parteien. Die Regierung sei allen Parteien dankbar, welche die Arbeiten des Parlamentes förderten und erleichterten; sie könne aber niemals ihre Unabhängigkeit aufgeben. Die Regierung stehe nicht unter der Botmäßigkeit irgend einer Partei. Sie sei frei und müsse zur Vollendung ihres Werkes auch frei bleiben. Die Regierung sei nicht nur keine Feindin des tschechischen Volkes, sondern sie würdige im Gegenteil dessen Bedeutung vollauf. Er versichere, daß die Tschechen, wenn es sich darum handeln werde, einen Friedenspreis für beide Teile zu finden, die Regierung weder übelwollend, noch lässig finden würden. Der Regierung schwebe als klares unverdunkeltes Ziel die Zukunft des Staates vor. Sie wolle dieser Zukunft dienen und wisse, daß Frieden werden müsse. Sie wisse aber auch, daß er nicht ohne Besonnenheit und Mäßigung erreichbar sei. Deshalb fordere die Regierung mehr denn je von allen Parteien alle Tugenden des Patriotismus. Redner bedauert, daß das Haus nur zu langsam den Bemühungen der Regierung folge, und erklärte, es dränge sich die Frage auf, was geschehen solle, wenn der Gesundungsprozeß zu lange währen sollte. Die konstitutionelle Mechanik empfehle die Auflösung des Hauses, bis ein solches mit anderer Gesinnung und größerer Arbeitslust gewählt würde. Es könnte jedoch die ungeduldig gewordene Bevölkerung auch eine Radikalkur verlangen, ja es seien schon verschiedene Stimmen dieser Art laut geworden. Die Regierung prüfe auf das ernsteste und gewissenhafteste, unter Berufung auf derartige Wünsche und auf die Ungeduld der Bevölkerung, ob sie im dringendsten Interesse der Staatsnotwendigkeit an die Verfassung greifen müßte. Sie werde äußerstenfalls für alle Zeiten entlastet und vor der Verurteilung durch die Geschichte gesichert sein. Ja sie könne unter diesen Umständen mit vollem Rechte als Retterin des Staates betrachtet werden. Die Regierung wünsche diesen Weg jedoch nicht zu beschreiten. Wir sahen, so erklärte der Ministerpräsident weiter, bereits einmal eine Verfassung zusammenstürzen und sollten eine Wiederholung dessen vermeiden. Die Regierung wolle alles thun, um eine solche Katastrophe hintanzuhalten und den Frieden zwischen den Völkern zustande zu bringen, das geistige und materielle Wohl der Bevölkerung zu heben und das Ansehen, sowie die Machtstellung des Staates zu fördern. Der Ministerpräsident schloß: die Regierung will auch in einer weniger erregten Zeit der Fortbildung der Verfassung auf dem verfassungsmäßigen Wege nicht ausweichen. Ich bitte aber die Abgeordneten, den Blick auf das alle umfassende Vaterland und seine unabweisbaren Bedürfnisse zu richten. Lassen Sie das Parlament nicht schuldig werden. (Beifall und Bewegung.)

In einer Interpellation der Polen wird behauptet, die Polizeiorgane hätten bei Unterdrückung der galizischen antideutschen Demonstrationen ihre Befugnis überschritten. Ferner wird die preußische Polenpolitik scharf kritisiert. Ministerpräsident v. Körber: Die Polizei habe nach amtlichen Ermittelungen ihre Pflicht gethan. Die Regierung sei weit entfernt, die nationalen Empfindungen unter ihre Kontrolle zu nehmen oder den Geist solcher Aufwallungen zu mißdeuten; allein wie sie die Pflicht habe, über die öffentliche Ruhe zu wachen, erachte sie sich insbesondere dafür verantwortlich, daß die internationalen Beziehungen der Monarchie vor jeder Verbindung mit inneren Vorkommnissen bewahrt bleiben. Die Regierung könne die Zulässigkeit der Einmischung eines anderen Staates

in die heimischen Angelegenheiten nicht zugeben und mache kein Hehl daraus, daß ihr auch die Uebertreibungen in der Presse nicht zweckdienlich erschienen. Aber sie glaube, am patriotischsten zu handeln, wenn sie die Ereignisse nicht so weit gedeihen lasse, daß sie als Verletzung eines fremden Staates ausgelegt werden könnten. — Am folgenden Tage protestiert der Minister abermals gegen die Kritik der inneren preußischen Politik durch polnische Abgeordnete.

10. Dezember. (Cisleithanien.) Das Abgeordnetenhaus genehmigt das Budgetprovisorium.

12. Dezember. (Cisleithanien.) Die Landtage werden für Ende Dezember einberufen.

15. Dezember. (Aussig.) Der Zentralverband der Industriellen Österreichs fordert langfristige Handelsverträge.

20. Dezember. (Cisleithanien.) Das Herrenhaus genehmigt das Budgetprovisorium.

21. Dezember. (Pest.) Mehrere Tausend sozialdemokratische Arbeitsloser veranstalten einen Umzug und verüben Ausschreitungen.

30. Dezember. (Galizien.) Im Landtag gibt Fürst Czartoryski folgende Erklärung ab über die Wreschener Angelegenheit:

Der Landtag trat diesmal unter ungewöhnlichen Umständen zusammen. Die Vorgänge in Wreschen, die bis an Grausamkeit reichen, sprechen von Unbill und Bedrückung. Sie fanden überall einen bedeutenden Wiederhall. Die Losung „Macht geht vor Recht" erdrückte alle menschlichen Gefühle und schmerzlichst und allgemein hat das ganze polnische Volk diese Verfolgung empfinden müssen, welches Volk, wiewohl politisch getrennt, nicht aufgehört hat, eine geistige nationale Einheit zu sein. Unsre Vertreter im Reichsrate gaben dem allgemeinen beleidigten menschlichen und nationalen Gefühle gerechten Ausdruck. Wir versammelten polnischen Abgeordneten sind berechtigt zu konstatieren, daß wir unsre stimmberechtigten Vertreter im Reichsrate in Bezug auf die Rede des Grafen Dzieduszycki einstimmig unterstützen und in derselben den Ausdruck unsrer Ueberzeugung und Empfindung erblicken. Die Geschichte wird in dieser Sache entscheiden. Gott wird die Entscheidung treffen und Gerechtigkeit üben. Für diese erlittene Unbill und das tief beleidigte Gefühl hat man nur eine patriotische Antwort, die vollständig würdig ist, für eine Nation, welche sich ihrer Lebensfähigkeit, ihres Rechtes und ihrer Pflichten bewußt ist. Möge als diese Antwort der doppelte Eifer, die doppelte Ausdauer und Arbeit für das nationale Wiederaufblühen, für die wirtschaftliche Kräftigung und für die Erweiterung unsres nationalen Bewußtseins gelten.

III.
Portugal.

2. Januar. Der König eröffnet die Cortes. In der Thronrede weist er auf das enge Bündnis mit England hin und betont, daß bei der schwierigen Finanzlage die größte Sparsamkeit herrschen müsse.

4. Januar. Der König erläßt eine Amnestie für politische Verbrecher.

5. Februar. (Cortes.) In der Ersten Kammer bezeichnet die Regierung das englische Bündnis als Grundlage der portugiesischen Politik.

Ende Februar. (Oporto.) Antiklerikale Kundgebungen der Studenten.

1. April. Die liberale Liga protestiert gegen die Zulassung fremder Kongregationen.

20. April. Vorgehen gegen geistliche Kongregationen.

Ein königliches Dekret bestimmt, daß die religiösen Vereinigungen sich nur der Wohlthätigkeit, dem Unterricht oder der Ausbreitung des Glaubens oder der christlichen Zivilisation — dieses ausschließlich in den Kolonien — widmen. Die Leiter der Vereinigung müssen portugiesische Staatsangehörige sein. Binnen sechs Monaten müssen sie um staatliche Anerkennung nachsuchen. Infolge des Dekrets werden die Klöster bezw. Residenzen der Franziskaner, Benediktiner und Jesuiten sofort geschlossen. — Schon im März waren infolge einer antiklerikalen Agitation von Oporto aus mehrere Anstalten aufgelöst worden. Der Klerus protestiert heftig.

Mitte April. (Oporto.) Infolge einer industriellen Krisis werden mehrere Tausend Arbeiter brotlos.

5. Juni. Auflösung der Cortes.

13. August. Ein königliches Dekret veröffentlicht ein neues Wahlsystem. Die Listenwahl und Wahlbezirke werden neu geregelt.

Die Opposition behauptet, die Bestimmungen richteten sich gegen die klerikale Partei.

5. Oktober. (Lissabon.) Es werden 848 Mann zur Verstärkung der Besatzung in Südafrika nach Lorenzo Marques abgesandt.

19. Oktober. Sämtliche noch nicht aufgelösten Ordensniederlassungen haben nach Ablauf der Frist (vgl. 20. April) ihre Statuten eingereicht und Anerkennung erhalten.

6. November. Bei den Corteswahlen erhält die Regierung eine große Mehrheit.

IV.

Spanien.

12. Januar. Schluß der Cortes, ohne daß das Budget erledigt ist, weil die Regierung sich nicht mehr auf ihre Mehrheit verlassen kann.

Februar. Kundgebungen und Aufstände.

Aus Anlaß der Hochzeit der Prinzessin v. Asturien mit dem Sohne des Grafen v. Caserta finden gegen den Grafen v. Caserta, der der Hochzeit beiwohnt, stürmische Kundgebungen statt, die mit Gewalt unterdrückt werden. Ueber Madrid wird der Belagerungszustand verhängt (14. Febr.).

Außerdem wird in Madrid, Granada und anderen Städten der Klerus, namentlich Jesuiten, angegriffen. Klöster werden belagert.

26. Februar. Das Ministerium Azcarraga reicht seine Demission ein.

6. März. Nachdem Villaverde und Silvela vergeblich versucht haben, ein Kabinett zu bilden, bildet Sagasta folgendes liberale Ministerium:

Den Vorsitz übernimmt Sagasta, das Aeußere Herzog v. Almodovar, das Innere Moret, das Kriegsministerium Weyler, das der Marine der Herzog v. Veragua, das der Justiz Marquis Teverga, die Finanzen Ursaiz, das Agrikulturministerium Villanueva und das Unterrichtsministerium Graf Romanones.

März. In katalonischen Städten wie Manlleu, Ripoll, Torello, Igualada streiken mehrere Tausend Arbeiter. Es finden Ruhestörungen und blutige Zusammenstöße mit der Polizei statt.

16. März. Die Handelskammern ersuchen die Regierung, den Kongregationen die Ausübung gewerblicher Thätigkeit zu untersagen.

29. März. Der Finanzminister fordert alle Steuereinnehmer auf, für die richtige Besteuerung der Klöster zu sorgen.

April. Allerlei Unruhen.

In Barcelona, Bilbao und Villadolid demonstrieren Tausende gegen die Regierung und die Jesuiten. In vielen Adressen an die Regierung wird Trennung der Kirche vom Staat gefordert. Auch die Weltpriester nehmen unter Führung des Kataloniers Pey Ordeix am Kampfe gegen die Orden teil. In Sevilla führen Ausstände zu Zusammenstößen mit der Polizei.

25. April. Auflösung der Cortes.

20. Mai. Bei den Kammerwahlen werden 238 Ministerielle und 163 Mitglieder der Opposition gewählt.

Ende Mai. Anf. Juni. (Coruna.) In Zusammenstößen zwischen Streikenden und Truppen werden mehrere Streikende getötet. Am Streik nehmen auch die Zollbeamten teil.

2. Juni. Bei den Senatswahlen erhalten die Liberalen die Majorität.

11. Juni. (Madrid.) Die Königin eröffnet die Cortes.

Die königliche Botschaft sagt, die Regierung werde dem Parlament wichtige Vorlagen unterbreiten, welche mit den Lehren der trüben Erfahrungen und den Wünschen des spanischen Volkes im Einklang stehen. Ferner stellt die Thronrede fest, daß der Papst der spanischen Nation seine mächtige Unterstützung zu leihen willens sei, und bemerkt weiter, daß die auswärtigen Mächte die besten Beziehungen zu Spanien unterhalten. Als Beweis hierfür erwähnt die Rede die Intervention des spanischen Gesandten in Peking als Doyen des diplomatischen Korps. Endlich wird betont, daß die Regierung insbesondere damit beschäftigt sei, die Beziehungen zu den spanisch-amerikanischen Ländergebieten enger zu gestalten.

Ende Juni. In Asturien werden bei antiklerikalen Kundgebungen zahlreiche Kapellen angezündet.

29. Juni. Die Regierung bestimmt, daß in den Provinzen die Jubiläumsprozessionen sowie alle Kundgebungen auf öffentlichen Straßen unterbleiben.

6. Juli. (Cortes.) Der Finanzminister legt das Budget vor. Die Ausgaben betragen 905 413 083, die Einnahmen 936 006 165 Pesetas.

Mitte Juli. (Saragossa.) Ausständige bedrohen Fabrikgebäude, zwischen Katholiken und Liberalen kommt es zu Kämpfen, wobei zahlreiche Personen verletzt werden. — Die konstitutionellen Garantien werden suspendiert.

Anf. August. (Cadix.) Das aus China zurückkehrende deutsche Geschwader und das von Prinz Heinrich geführte ihm entgegenfahrende Geschwader werden glänzend empfangen.

19. September. Ein Dekret bestimmt, daß alle bestehenden religiösen und politischen Vereine sich in einem Zeitraum von sechs Monaten in die Register der Präfekturen eintragen zu lassen

haben. Ausländer, die solchen Vereinen angehören, müssen sich auch von ihrem Konsulat einschreiben lassen.

Mitte Oktober. In Sevilla werden bei einem großen Streik Ausschreitungen begangen, die von Anarchisten angestiftet sein sollen. Militär muß einschreiten.

13. Oktober. Abkommen mit Marokko.

Von einem Kabylenstamm waren zwei spanische Kinder gefangen genommen worden. Da die Auslieferung verweigert wird, überreicht Spanien, unterstützt von den Großmächten, dem Sultan von Marokko ein Ultimatum und zieht 15000 Mann bei Cadix und Malaga zusammen (Mitte Sept.). Hierauf wird ein Abkommen unterzeichnet, das die an beide gefangenen Spanier zu zahlende Entschädigungssumme zusammen auf 8000 Pesetas festsetzt. An die spanische Regierung sind 150000 Pesetas zu zahlen. Für die Freilassung wird eine Frist von 50 Tagen gesetzt; erfolgt die Freilassung dann nicht, so hat Marokko eine neue Entschädigung zu zahlen.

25. Oktober. Zweck des Dekrets vom 19. September.

In der Kammer erklärt auf eine Anfrage Sagasta, das Dekret über die Kongregationen ziele dahin, das Eindringen der aus Frankreich ausgewiesenen Kongregationen in Spanien zu verhindern. Der Zweck sei erreicht; denn von 700 Ordensgeistlichen, die die Grenze überschritten, blieben nur 52 in Spanien.

November. In zahlreichen Universitätsstädten finden Exzesse von Studenten statt.

27. November. (Cortes.). In der Kammer verlangt Abg. Robert im Namen der Katalanen vollständige Trennung der kastilianischen und katalanischen Regierung.

Anfang Dezember. In der Kammer wird festgestellt, daß zur Verzinsung der spanischen auswärtigen Schuld 56 Millionen Pesetas notwendig sind. Dabei ist eine Goldprämie von 16 Millionen eingerechnet.

V.

Großbritannien.

2. Januar. (Cowes.) Lord Roberts landet und wird begeistert empfangen.

21. Januar. (Osborne.) Tod der Königin Viktoria nach kurzem Krankenlager.

23. Januar. (London.) Der König teilt dem Geheimen Rat den Tod der Königin Viktoria mit und sagt in der Ansprache:

Indem Ich jetzt die mir zufallende schwere Aufgabe übernehme, bin Ich fest entschlossen, ein konstitutioneller Herrscher im strengsten Sinne des Wortes zu sein und bis zum letzten Atemzuge für das Wohl und die Fortentwicklung Meines Volkes thätig zu sein. Ich habe beschlossen, den Namen Eduard anzunehmen, welcher bereits von sechs Meiner Vorgänger getragen wurde. Hierbei unterschätze Ich nicht den Namen Albert, den Ich von Meinem betrauerten großen, weisen Vater geerbt habe, der, wie Ich glaube, mit allgemeiner Zustimmung unter dem Namen „Albert der Gute" bekannt ist, und dessen Name, wie ich wünsche, allein dastehen soll.

25. Januar. Der König richtet eine Botschaft an das Parlament, um sein Beileid zu erbitten. Nachdem beide Häuser eine Beileidsadresse votiert haben, vertagen sie sich bis zum 14. Februar.

27. Januar. Der König ernennt den Deutschen Kaiser zum Feldmarschall der Britischen Armee. — Der Deutsche Kaiser verleiht dem Oberkommandeur der britischen Armee, Lord Roberts, den Schwarzen Adlerorden.

Ende Januar. Die Presse feiert den Deutschen Kaiser, der vom 20. Januar bis 5. Februar in London weilt, und führt aus, er habe durch seinen Anteil an der britischen Trauer das englische und deutsche Volk einander näher gebracht. (Vgl. S. 26.)

28. Januar. (London.) Der König verleiht dem Deutschen Kronprinzen den Hosenbandorden.

4. Februar. Die Königin wird im Mausoleum von Frogmorn beigesetzt.

4. Februar. Der König richtet eine Botschaft an „Mein Volk über See“, worin er für die militärischen Leistungen der Kolonialtruppen in Südafrika dankt.

12. Februar. Lord Roberts wird zum Earl von Kandahar und Pretoria und Waterford ernannt.

14. Februar. Der König eröffnet das Parlament durch eine Thronrede.

Der König verspricht darin, dem Vorbilde seiner Mutter zu folgen. Ueber den Südafrikanischen Krieg heißt es: „Inmitten des allgemeinen und persönlichen Schmerzes ist es Mir eine Genugthuung, das Parlament zu versichern, daß die Beziehungen zu den Mächten fortdauernd freundliche sind. Der Krieg in Südafrika ist noch nicht beendet, aber die Hauptstädte und die hauptsächlichsten Verbindungslinien sind in Meinem Besitz. Maßregeln sind getroffen, welche, wie Ich sicher hoffe, Meine Truppen in den Stand setzen werden, den Streitkräften, die ihnen noch gegenüberstehen, wirksam entgegenzutreten. Ich bedaure sehr den Verlust an Menschenleben und die Geldopfer, die der nutzlose Guerillakrieg mit sich bringt, welchen die Buren in den beiden ehemaligen Republiken fortführen. Eine baldige Unterwerfung ist in ihrem eigenen Interesse sehr zu wünschen, da es Mir, solange dieselbe nicht erfolgt, unmöglich ist, in jenen Kolonien Institutionen einzusetzen, die allen Weißen gleiche Rechte und der eingeborenen Bevölkerung Schutz und Gerechtigkeit sichern werden.“ Ueber China: „Die Einnahme Pekings durch die verbündeten Truppen und die glückliche Befreiung der in den Gesandtschaften belagerten Personen sind Ergebnisse, wozu Meine indischen Truppen und Meine Seemacht wesentlich beigetragen haben. Derselben folgte die Unterwerfung der chinesischen Regierung unter die Forderungen, auf denen die Mächte bestanden. Die Unterhandlungen, wie die Zustimmung zu den Bedingungen der Mächte zu verwirklichen ist, dauern fort.“

14. Februar. (Oberhaus.) Debatte über den südafrikanischen Krieg.

Lord Kimberley: Die Opposition sei mit der Kriegführung äußerst unzufrieden. Der Lauf der Dinge in Südafrika erfülle mit Besorgnis. Die erste Aufgabe der Regierung sei es, den Widerstand der Feinde zu überwinden. Zu diesem Zwecke dürfe kein Geld gespart werden. Er vertraue, daß die Regierung eine entschlossene durchgreifende Prüfung des ganzen Heeressystems vornehmen und sich bemühen werde, das ganze System auf eine befriedigende Grundlage zu stellen. Ministerpräsident Marquis Salisbury: In der Länge dieses Feldzuges läge nicht, wie unbillig mancherorts angenommen werde, etwas Ungewöhnliches, wie überhaupt in der Länge eines Feldzuges, bei dem der Guerilla-Kriegführung ein organisierter Widerstand gelingt. Es bestehe eine erhebliche Aehnlichkeit zwischen dem südafrikanischen Kriege und dem amerikanischen Sezessionskriege. Dieser dauerte vier Jahre, ehe es den gesamten Bemühungen jener höchst intelligenten thatkräftigen Gemeinschaft gelang, den Krieg zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Im gegenwärtigen Falle handle es sich um ein Land, in dem schwer zu kämpfen sei und das große Möglichkeiten für einen langdauernden Widerstand gewährt. Wie groß auch das Reich und die angreifende Macht sei, so müßten doch, wenn der Widerstand standhaft und hartnäckig durchgeführt werde, viele Monate vergehen, ehe es möglich sei,

eine vollkommene Beruhigung wiederherzustellen. Kein ruhiger Beobachter der Lage empfinde einen triftigen Grund für die Befürchtungen Lord Kimberleys. Er, Lord Salisbury, bedauere, daß Lord Kimberley nicht seine ganze Partei auf seinen Standpunkt, den Krieg zu Ende zu bringen, zu führen vermöge. Manche versuchten darzuthun, das englische Volk unterstütze nicht von Herzen den Krieg und forderten von der Regierung verschiedene Arten des Vorgehens, ausgenommen jenes, das die Fortführung der Operationen zu einem erfolgreichen Ende in sich schließe. Hierdurch werde der Feind moralisch gestärkt. Wenn der Feind irgend einen Teil seiner Unabhängigkeit behalten dürfe, so würde dies ein unaufhörliches beständiges Kriegführen nach sich ziehen.

Februar. (Unterhaus.) Mitteilungen über finanzielle und militärische Aufwendungen in Südafrika.

Die Regierung teilt mit, daß die Kosten des Südafrikanischen Kriegs bisher 81 1/2 Millionen Pfd. betrugen. Die wöchentlichen Kosten betrügen 1250000 Pfd. Es seien 16000 Buren gefangen, 20000 stünden noch im Felde (22. Febr.). — Am 28. Februar teilt der Kriegsminister mit, daß bis zum 1. Januar 282379 Mann nach Südafrika gesandt seien, davon seien 107633 durch Tod, Krankheit und sonstige Ursachen dienstunfähig.

25./26. Februar. (Unterhaus.) Erklärung über die Behandlung der Frauen in Südafrika.

Auf Anfragen, ob Frauen im Südafrikanischen Kriege gefangen genommen seien und ob sie in den Konzentrationslagern festgehalten würden, erwidert Kriegsminister Brodrick, daß die Frauen keine Kriegsgefangenen seien, daß die Lager zu ihrem Schutze errichtet wären, und daß sie dieselben nach Belieben verlassen könnten. Es seien Burenfrauen aus besonderen Gründen nach Lagern in der Kapkolonie deportiert worden. Große Schwierigkeiten beständen, die Frauen in den Lagern mit den nötigen Nahrungsmitteln zu versehen, und daß man in der Behandlung derselben einen Unterschied mache zwischen denen, die sich mit ihren Männern ergeben hätten, und denen, die ins Lager gekommen seien, um mit Nahrungsmitteln versorgt zu werden, während ihre Anverwandten noch in den Reihen des Burenheeres standen.

27. Februar. Das Unterhaus genehmigt ein Gesetz auf Einführung des Achtstundentags für Bergarbeiter mit 212 gegen 199 Stimmen.

2. März. Veröffentlichung des Heeresbudgets für 1901.

Die Ausgaben werden veranschlagt auf 87915000 Pfund, darunter 58230000 Pfund für die Kriegsausgaben. Der ganze im Budget vorgesehene Mannschaftsbestand beläuft sich auf 450000 Mann, gegen 420000 Mann im Vorjahre. In der Begründung des Budgets wird ausgeführt, der dauernde Bestand betrage 220000 Mann. Die Ueberschüsse stellten die zeitweiligen Vermehrungen infolge der Angelegenheiten in Südafrika und China dar. Die Gesamtzunahme der ständigen Ausgaben beziffert sich auf 1912000 Pfund. Die Posten im Heeresbudget für die Kriegsausgaben sind auf die Annahme gegründet, daß die Streitkräfte in Südafrika die ersten vier Monate des Finanzjahres in voller Stärke aufrecht erhalten werden, worauf eine allmähliche Verminderung eintreten soll.

4./5. März. Im Oberhause finden lebhafte Auseinandersetzungen zwischen dem früheren Generalissimus Lord Wolseley und

dem früheren Kriegsminister Lord Landsdowne statt. Lord Wolseley bezeichnet die Befugnisse des Höchstkommandierenden als zu gering, Lord Landsdowne behauptet, Wolseley habe seine Befugnisse nicht genügend gekannt.

8. März. (Unterhaus.) Der Kriegsminister Lord Brodrick legt einen Entwurf zur Neuorganisation der Armee vor.

Durch die Errichtung von acht Garnisonsbataillonen, durch Verwendung von fünf indischen Bataillonen, ferner dadurch, daß die Besatzungen kleinerer Kohlenstationen künftig von der Flotte gestellt werden sollen, die bisherigen Besatzungen somit verfügbar werden, ergibt sich eine Verstärkung der regulären Truppen um 18 Bataillone. Die Miliz soll von 100000 Mann auf 150000 erhöht werden, die Yeomanry auf 35000, die Volunteers auf 250000. Dies ergäbe 25 Bataillone, 15 Batterien Feldartillerie, 40 Batterien schwere Feldartillerie, die speziell für die um London stehenden Armeekorps und die zugehörigen strategischen Positionen auszubilden sind. Die Gesamtzahl der neuen Truppen beträgt 126500 mit einem Kostenerfordernis von 2 Millionen Pfund. Die Feldarmee wird 260000, die Garnisonen im Inlande 196000, die zur Verteidigung Londons bestimmten Volunteers 100000, Stäbe 4000, die Rekruten u. s. w. werden 120000 Mann zählen, insgesamt 680000 Mann. Brodrick führt aus, der Krieg zeige, daß England drei Armeekorps aussenden können müsse. England müsse daher eine leistungsfähigere Organisation der Landesverteidigung haben und die Ausbildung der Armee reformieren. Was die Frage der Konskription anlange, so empfinde es die Regierung als ihre Obliegenheit, erst alle anderen Mittel zu erschöpfen, bevor sie nach dieser Richtung hin mit irgend einem Vorschlag hervortrete. Obwohl er sich voll bewußt sei, welche Schwierigkeiten einem System nationaler Verteidigung innewohnen, das eines Vorteils entbehre, den fast jede andere Nation besitze, so sei er doch der Meinung, daß kein Schritt in dieser Beziehung unternommen werden dürfe, welcher der seitherigen Politik Englands entgegengesetzt sei, wofern derselbe nicht unterstützt werde von der überwiegenden Mehrheit des englischen Volkes. Brodrick betont sodann, daß England noch in zwei anderen Erdteilen außer in Afrika Interessen habe. Niemand könne sagen, daß England unter irgend welchen Umständen sich von europäischen Verwickelungen frei halten könnte. Die Gefahr einer Invasion sei allerdings nur eine Möglichkeit, aber man könne das Reich nicht einer solchen aussetzen. Ebenso müsse man bereit sein, drei Armeekorps mit einer Kavalleriedivision ins Ausland zu senden, um zugleich eine genügende Truppenmacht in der Heimat zu behalten. Er schlage deshalb vor, das ganze Land in 6 Armeekorpsbezirke einzuteilen. Die ersten drei derselben sollten gänzlich aus regulären Truppen zusammengesetzt und in Aldershot, der Ebene von Salisbury und in Irland stationiert werden. Die übrigen drei, zu welchen auch 16 Bataillone der Miliz und Freiwilligen gehören sollen, würden in York, Colchester und Edinburg ihren Stand haben. Kriegsminister Brodrick fährt fort, jedes Armeekorps werde einem Kommandeur unterstellt sein, der es in Kriegszeiten zu führen habe. Das Ziel der Regierung sei, die Verantwortlichkeiten zu centralisieren und die Verwaltung zu decentralisieren. Die Miliz solle gestärkt und die Yeomanry bedeutend vermehrt werden. Er habe die Hoffnung, daß die Kolonien berittene Kontingente unter der Bezeichnung „Reichs-Yeomanry“ unterhalten werden, die, wenn nötig, sich der britischen Yeomanry anschließen würden. In der Ausbildung der Truppen seien Mängel offenbar geworden; in Zukunft soll weniger Kasernen-

drill getrieben werden. Sodann werde man sich bemühen, für Verringerung der Ausgaben der Offiziere zu sorgen. Es werde lächerlicher Aufwand in der Bekleidung getrieben; die Uniform-Ausgaben des Leutnants beim Eintritt ins Heer seien viermal so groß als in Deutschland; künftig sollen den Offizieren die Uniformen zum Herstellungspreise aus Staatsbetrieben geliefert werden.

8. März. (Unterhaus.) Änderung der Geschäftsordnung.

Es wird bestimmt, daß Mitglieder, die sich gegen die Hausordnung vergehen, für die Dauer der Tagung ausgeschlossen werden können. — Der Beschluß ist veranlaßt durch die Weigerung irischer Mitglieder, bei einer Abstimmung den Saal zu verlassen. Sie mußten gewaltsam entfernt werden (5. März).

15. März. (Portsmouth.) Das Thronfolgerpaar tritt eine längere Reise in die Kolonien an.

18. März. (Unterhaus.) Vorlegung des Marinebudgets.

Der Voranschlag beträgt 30875000 Pfund, 2 Millionen mehr als im Vorjahre. An Mannschaften stehen für den aktiven Dienst 118526 Mann, für die Marinereserve 28650 und für die Flottenreserve 7300 zur Verfügung. — In den Jahren 1901 und 1902 sollen folgende neue Schiffe gebaut werden: drei Panzerschiffe, sechs gepanzerte Kreuzer, zwei Kreuzer dritter Klasse, fünf Unterseeboote nach holländischem Modell. Ferner sollen 48 Schiffe verschiedener transatlantischer Gesellschaften als geschützte Kreuzer Verwendung finden. — Den Unterseeboten steht die Verwaltung skeptisch gegenüber.

20./27. März. Beteiligung der Familie Chamberlain an den Lieferungen für den südafrikanischen Krieg. (Vgl. 1900 S. 214.)

Der Bruder des Kolonialministers A. Chamberlain klagt gegen den „Morning Leader" wegen Beleidigung. Es wird festgestellt, daß der „Morning Leader" in seinen Ausführungen sachlich recht gehabt und bona fide im öffentlichen Interesse gehandelt habe, als er darauf hinwies oder hinweisen wollte, daß ein Minister niemals in irgendwelchen Beziehungen zu Regierungslieferungen ꝛc. stehen dürfe. Der Angeklagte wird zu 200 Pfund verurteilt, was vielfach wegen der Geringfügigkeit der Summe als moralische Verurteilung Chamberlains hingestellt wird.

28. März. (Oberhaus.) Debatte über die chinesische Frage. (Vgl. S. 57.)

Lord Spencer fragt nach der Tragweite des deutsch-englischen Chinaabkommens (vgl. 1900). Staatssekretär Lord Landsdowne: Die erste Klausel enthalte zwei Einschränkungen; sie nehme nur Bezug auf die an den Flüssen und an der Küste Chinas gelegenen Häfen und nur auf dasjenige chinesische Gebiet, wo die beiden Mächte einen Einfluß ausüben könnten. Zur Zeit der Vorberatungen über das Abkommen habe die deutsche Regierung die englische wissen lassen, daß nach ihrer Meinung die Mandschurei nicht ein Gebiet sei, in welchem sie einen Einfluß ausüben könne. Dieser Punkt verdiene aber nicht allzuviel Beachtung. Denn das Abkommen verringere in keiner Weise die Rechte der Mächte, die Vertragshäfen zu benutzen, deren Benutzung durch den Vertrag von Tientsin zugestanden worden sei. Es gebe nur zwei Vertragshäfen in der Mandschurei, Niutschwang und Talienwan, und Rußland habe England ausdrück-

lich versichert, es beabsichtige, den letzteren Hafen offen zu halten. Und was ersteren Hafen betreffe, so sei keine Frage, daß er nur als offener Hafen behandelt werde.

Hinsichtlich der zweiten Klausel des deutsch-englischen Abkommens bestehen nach Ansicht der englischen Regierung nicht dieselben Vorbehalte. Die Klausel bezieht sich auf ganz China und daher auch auf die Mandschurei. Ich habe in den Blättern Berichte über die Rede des Grafen Bülow gesehen, in denen angedeutet wird, daß die deutsche Regierung die Klausel in von dem unseren abweichenden Sinne auslege. Ich muß aber das Haus bitten, zu erwägen, ob der Punkt sehr wesentlich ist, da alle Mächte mit Einschluß Deutschlands, wiederholt erklärt haben, daß die Integrität Chinas aufrecht erhalten werden soll. Wir wissen auch, daß Deutschland die chinesische Regierung gewarnt hat, sich in Sonderverträge mit anderen Mächten einzulassen. Es macht sicherlich nicht viel aus, ob Deutschland zu diesem Schluß auf Grund des deutsch-englischen Vertrages gelangt ist oder auf Grund von Erwägungen der allgemeinen Politik. Hinsichtlich des Mandschurei-Abkommens zu sprechen könne er nicht sagen, ob solches Abkommen getroffen worden sei. Es wäre zu wünschen, daß Rußland durch Kenntnisgabe des wirklichen Wortlauts des Abkommens die Regierung in den Stand setzen wollte, den falschen Auffassungen ein Ende zu bereiten. Bis die Ungewißheit aber beseitigt ist, muß die Regierung an der der chinesischen Regierung bereits zum Ausdruck gebrachten Ansicht festhalten, daß es nicht wünschenswert ist, daß China, wenn es mit der Gesamtheit der Mächte verhandelt, gleichzeitig sich auf besondere Abkommen einläßt, welche finanzielle und territoriale Abmachungen mit einzelnen Mächten einschließen. „Das ist die von der englischen Regierung zur Anwendung gebrachte Sprache, und ich freue mich, sagen zu können, daß sie auch genau so von der deutschen Regierung angewandt worden ist."

1. April. Es findet eine Volkszählung statt. Danach hat England 30 803 436, Wales 1 720 609, Schottland 4 471 957 und Irland 4 456 546 Einwohner (gegen 1891 3 721 650 Seelen mehr). Kanada zählt 5 338 883 Einwohner.

Anfang April. Ausstand der Bergarbeiter in Lanarkshire.

Anfang April. Die „Daily Mail" veröffentlicht folgenden Brief eines Offiziers über die ungünstige Lage in Südafrika:

Soll ich sagen, was diejenigen unserer Offiziere flüstern, die an Leib und Seele gebrochen vom Kriege heimkehren. Sie sagen — und das ist die Wahrheit! — daß unser Heer in Südafrika beinahe am Ende seiner Kraft ist. Sein Mut, seine Schnelligkeit, seine Kraft sind dahin. Der fortwährende Appell an die Thätigkeit immer derselben Leute, diese fortgesetzte, nie endende Verfolgung eines unfaßbaren gespenstischen Feindes, die forwährende Wachsamkeit, die uns keinen Augenblick Ruhe und Rast gestattete, haben schließlich das Nervenkapital einer tapferen Armee vollständig erschöpft. Wenn Sie also berichten, die englische Armee töte weit mehr Feinde, als sie selbst an Leuten verliere, so sage ich Ihnen, daß in den täglichen Scharmützeln fast nie ein Bur erschossen wurde. Die Zensur ist ja dazu da, um die Meldungen zu filtrieren und nur die guten oder nebensächlichen durchzulassen. Diese Organisation ist die einzig gute — seien wir froh, daß sie wenigstens da ist!

18. April. (Unterhaus.) Schatzkanzler Hicks Beach legt

Die Opposition behauptet, die Bestimmungen richteten sich gegen die klerikale Partei.

5. Oktober. (Lissabon.) Es werden 848 Mann zur Verstärkung der Besatzung in Südafrika nach Lorenzo Marques abgesandt.

19. Oktober. Sämtliche noch nicht aufgelösten Ordensniederlassungen haben nach Ablauf der Frist (vgl. 20. April) ihre Statuten eingereicht und Anerkennung erhalten.

6. November. Bei den Corteswahlen erhält die Regierung eine große Mehrheit.

IV.
Spanien.

12. Januar. Schluß der Cortes, ohne daß das Budget erledigt ist, weil die Regierung sich nicht mehr auf ihre Mehrheit verlassen kann.

Februar. Kundgebungen und Aufstände.

Aus Anlaß der Hochzeit der Prinzessin v. Asturien mit dem Sohne des Grafen v. Caserta finden gegen den Grafen v. Caserta, der der Hochzeit beiwohnt, stürmische Kundgebungen statt, die mit Gewalt unterdrückt werden. Ueber Madrid wird der Belagerungszustand verhängt (14. Febr.).

Außerdem wird in Madrid, Granada und anderen Städten der Klerus, namentlich Jesuiten, angegriffen. Klöster werden belagert.

26. Februar. Das Ministerium Azcarraga reicht seine Demission ein.

6. März. Nachdem Villaverde und Silvela vergeblich versucht haben, ein Kabinett zu bilden, bildet Sagasta folgendes liberale Ministerium:

Den Vorsitz übernimmt Sagasta, das Aeußere Herzog v. Almodovar, das Innere Moret, das Kriegsministerium Weyler, das der Marine der Herzog v. Veragua, das der Justiz Marquis Teverga, die Finanzen Ursaiz, das Agrikulturministerium Villanueva und das Unterrichtsministerium Graf Romanones.

März. In katalonischen Städten wie Manlleu, Ripoll, Torello, Igualada streiken mehrere Tausend Arbeiter. Es finden Ruhestörungen und blutige Zusammenstöße mit der Polizei statt.

16. März. Die Handelskammern ersuchen die Regierung, den Kongregationen die Ausübung gewerblicher Thätigkeit zu untersagen.

29. März. Der Finanzminister fordert alle Steuereinnehmer auf, für die richtige Besteuerung der Klöster zu sorgen.

April. Allerlei Unruhen.

die Thatsache, daß trotz aller „Kriegslust" die Infanterie nicht einmal so viel Rekruten anzuwerben vermochte, als in dem vorangegangenen Friedensjahre, charakteristisch für das ganze System. Der Generalinspektor weist denn auch wiederholt mit scharfen Worten auf diesen wunden Punkt hin und er kommt zu dem Schlusse: „Das Problem bleibt danach zu lösen, wie in Friedenszeiten eine genügende Anzahl Rekruten für das stehende Heer erlangt werden kann." („Allg. Ztg.")

30. April. Das Unterhaus genehmigt mit 213 gegen 128 Stimmen die Ausgabe einer Anleihe von 60 Millionen Pfund.

April. Mai. In der Presse wird vielfach die Marine als unzureichend für einen großen Krieg bezeichnet. So namentlich die Mittelmeerflotte im „Nineteenth Century" (Maiheft).

9. Mai. Das Unterhaus beschließt mit 307 gegen 58 Stimmen die Erhöhung der Zivilliste von 476 000 Pfund auf 543 000 Pfund.

12. Mai. (London.) In einer öffentlichen Versammlung der Nonkonformisten und Unionisten sagt der Premierminister Lord Salisbury über den Burenkrieg, seine Ursachen und Folgen:

In der Welt sei die Meinung verbreitet gewesen, daß England keinen Kampf mehr durchführen werde. Das sei eine durchaus falsche Meinung gewesen. Das Gegenteil sei wahr. England habe gezeigt, was für eine Macht es auszuüben vermöge, wie treulich es das Beispiel seiner Vorfahren nachzuahmen imstande sei. Er hege keinen Zweifel darüber, daß das Britische Reich jetzt sicherer und auch die Sache des Friedens sicherer sei, als dies vorher der Fall gewesen. Englands Stärke sei unzweideutig erwiesen; es sei eine große Errungenschaft, daß keine Macht in der Welt vorhanden sei, welche nicht wisse, daß, wenn sie die Macht Englands herausfordere, sie einen der furchtbarsten Feinde herausfordere, den sie haben könne.

Eine der Segnungen des Krieges sei es gewesen, daß England gezwungen worden sei, seine Rüstung daraufhin zu prüfen, wo etwa eine Lücke sich zeige. Englands Machtmittel seien nicht hinreichend organisiert gewesen, um die Stellung des Landes so sicher zu gestalten, als man wünschen möchte. Aber er halte es für wünschenswert, daß die Zweifel, die Jahr um Jahr gehegt worden seien, endlich in fester offener Erörterung zur Sprache gebracht würden, damit England mit gutem Grund sagen könne, daß es sich auf die Organisation, durch welche die militärische Macht in Wirksamkeit trete, verlassen könne. Eines der anderen entschädigenden Momente, die der Krieg gebracht habe, sei das, daß der Beweis erbracht sei, daß England im Rechte sei, woran übrigens er, Redner, nie gezweifelt habe. Der Krieg beweise, daß der Kampf das Ergebnis einer langen Verschwörung sei und daß, wenn die Entscheidung noch länger hinausgezogen worden wäre, England unter weniger günstigen Umständen in denselben hätte eintreten müssen. Viele ausgezeichnete Persönlichkeiten seien des Glaubens, daß die Buren nie feindliche Absichten hatten, obgleich sie die Grenzen des Britischen Reiches zu einer Zeit verletzten, wo England keine einzige Handlung begangen hatte, die zu einem Vorwurf Anlaß geben konnte. Aber Jahr um Jahr vergehe und es stelle sich heraus, daß diese angeblich so unschuldigen Buren eine äußerst furchtbare Anhäufung von Waffen zur Vollführung dieses so unschuldigen Angriffs angelegt hatten. Man sehe

jetzt, wie so viele Tausende von Patronen aus dem Erdboden herausgegraben werden; dort seien sie aber nicht gewachsen (Heiterkeit); sie seien mit Absicht angehäuft worden, um die südafrikanischen Kolonisten, Unterthanen des souveränen Englands, anzugreifen. Die Buren hätten keinen Anspruch auf das Mitgefühl der Engländer. Wenn die Buren durch eine etwa denkbare Verkettung von Umständen noch einmal die Möglichkeit haben sollten, ihren Haß gegen England zu erneuern, so würde die Kraft und Entschiedenheit der von ihnen in der Vergangenheit erlittenen Schläge durch die Entschiedenheit übertroffen werden, mit welcher der Kampf würde erneuert werden. Man gedenke der bedeutungsvollen Worte des Gouverneurs Milner: „Niemals wieder!“ Eines der Ergebnisse des Krieges sei es eben auch, daß die Kinder der jetzigen Generation nie wieder dieser Gefahr einer lange vorbereiteten Verschwörung ausgesetzt sein werden.

13. Mai. Das Unterhaus genehmigt die Vorschläge zur Heeresreform mit 327 gegen 211 Stimmen.

20. Mai. (Unterhaus.) Unterstaatssekretär Cranborne sagt über die von China zu fordernde Entschädigung:

Es sei wichtig, bei Festsetzung des Betrages und der Zahlungsweise der Entschädigung im Auge zu behalten, daß Englands Handelsinteressen in keiner Weise benachteiligt werden. Die Absicht der Regierung sei, die Entschädigungsforderungen zu ermäßigen und dafür Sorge zu tragen, daß sie die Interessen des Handels nicht beeinträchtigen. In dieser Absicht habe die Regierung unabänderlich die Erhöhung der chinesischen Einfuhrzölle auf 10 v. H. vom Werte als Mittel, Sicherheit für die Leistung der Entschädigung zu schaffen, bekämpft. Sie habe es abgelehnt, irgendwelchen derartigen Vorschlägen zuzustimmen und erklärt, daß England zu einer solchen Heraufsetzung der Zölle lediglich in Verbindung mit den den Handel berührenden Verbesserungen im chinesischen Finanzwesen, wie Abschaffung der Likin-Abgaben, bereit sein würde. Was die Herabsetzung der Entschädigungssumme betreffe, so habe sich dies als eine schwierige Angelegenheit erwiesen. Man müsse sich gegenwärtig halten, daß es mehr als einen Weg gebe, um solche Ermäßigungen zu erreichen und daß die Zahlungsweise für die Beantwortung der Frage, wie schwer China belastet sei, wesentlich mit in Betracht komme.

7. Juni. Das Unterhaus bewilligt mit 159 gegen 60 Stimmen die Forderung von 15 779 000 Pfd. St. (315 580 000 ℳ) für Beschaffung von Transportschiffen und Pferdematerial.

10. Juni. (London.) Der König empfängt die marokkanische Mission.

12. Juni. (London.) Der König verteilt 3000 Medaillen an Offiziere und Mannschaften der aus Südafrika zurückgekehrten Truppen.

21. Juni. Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung über eine Grenzregulierung mit Kanada scheitern.

27. Juni. (Oberhaus.) Frage der Erweiterung Gibraltars.

In der Oeffentlichkeit war wiederholt die Frage disputiert worden, ob die Befestigungen Gibraltars ausreichten, oder ob ein Stück Land von Spanien zur Verstärkung erworben werden müsse. Auf eine Anfrage

hierüber erwidert der Erste Lord der Admiralität Lord Selborne: Er könne die Frage der Befestigung von Gibraltar nicht besprechen; er habe eine starke Empfindung von der Achtung, die England seinen nächsten Nachbarn von Gibraltar schulde. Er könne nicht vergessen, daß die Spanier bei vielen Gelegenheiten Englands zuverlässige Verbündete gewesen seien. Spanien habe das Recht, von der englischen Regierung vollkommene Aufrichtigkeit und sogar große Zurückhaltung in Behandlung dieser Fragen zu erwarten. Es solle ein drittes Dock auf der Westseite gebaut werden.

27. Juni. Der König verkündet in einer Proklamation, daß seine Krönung im Juni 1902 stattfinden solle.

5. Juli. (Oberhaus.) Auf Angriffe der Opposition wegen ungenügender Stärke der Mittelmeerflotte erwidert Lord Selborne:

Die Stärke der Mittelmeer-Flotte sei eine Frage der Einteilung, von welcher die Admiralität die genaue Kenntnislage habe und allein entscheiden könne. Die Flotte müsse stark genug sein, um jede Aufgabe, zu deren Erfüllung sie berufen werden könnte, mit Erfolg zu lösen. Acht Seemächte hätten zusammen 318 Schlachtschiffe und Kreuzer im Dienst, davon entfielen auf England 120. Wegen verschiedener Erfordernisse des Reiches wurden während des letzten Jahres zeitweilig Schiffe aus dem Mittelmeer und dem Kanal abkommandiert. In Kriegsstärke wäre das Mittelmeergeschwader vollkommen jeder Aufgabe gewachsen. Die von dem Vorredner angedeutete kritische Lage gründe sich auf die Hypothese, daß die Gegner Englands bei vollkommen klarer politischer Atmosphäre England ohne Warnung angreifen könnten und ohne Englands Wissen mobilisieren würden. Das sei aber eine thörichte Hypothese. Der Hinweis, daß das Mittelmeer-Geschwader ständig auf dem Kriegsfuß gehalten werden müßte, sei unsinnig.

22. Juli. (London.) Der Herzog von Cambridge eröffnet den internationalen Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose.

23. Juli. Das Oberhaus erklärt es für wünschenswert, in der kgl. Erklärung bei der Thronbesteigung die die Katholiken beleidigenden Ausdrücke zu entfernen. — Katholiken hatten gegen die Eidesformel protestiert.

31. Juli. Das Unterhaus genehmigt ein Gesetz, wonach Lord Roberts eine Dotation von 100000 Pfd. erhält.

1. August. Das Unterhaus bewilligt 6157000 Pfd. zu Marinebauten und 6352000 Pfd. für militärische Verteidigungszwecke.

2. August. (Unterhaus.) Chamberlain über die Kriegführung in Südafrika.

Campbell-Bannermann tadelt das System Kitcheners, das Land zu veröden und Flüchtlingslager zu bilden. Von militärischem Gesichtspunkte mag vieles dafür sprechen, vom politischen Gesichtspunkte sei ein solches Vorgehen verwerflich, da dies auf seiten der Buren einen unauslöschlichen Haß errege. Kolonialminister Chamberlain: Es handle sich bei der Schaffung von Flüchtlingslagern um eine Maßregel der Humanität. Was die Verwüstung des Landes betreffe, so könne doch wohl niemand

dazu raten, daß die Engländer Vorräte zurückließen, damit diese dann in die Hände des Feindes fielen. Der Krieg sei jetzt in seine dritte Periode eingetreten, und zwar in eine Periode der Räuberei und des Verbrechertums. Dieser Wechsel in der Kriegführung mache einen Wechsel im System der militärischen Operationen und in der Haltung der Briten gegenüber den noch im Felde stehenden Buren notwendig. Im Durchschnitt nähmen die feindlichen Truppen jetzt um 2000 Mann monatlich ab. Doch wenn auch die Zahl der feindlichen Truppen jetzt verhältnismäßig gering sei, es müsse doch ein großer Teil der britischen Truppen für polizeiliche Zwecke und zum Schutze des offenen Landes verwandt werden. Die Errichtung Tausender von Blockhäusern sei von so gutem Erfolge gekrönt, daß die Regierung glaube, und sowohl Roberts wie Kitchener stimmten ihr darin voll zu, es werde möglich sein, eine beträchtliche Anzahl von Truppen mit Schluß der Winterkampagne Ende September in die Heimat zu senden. Kitchener werde erst zurückkehren, wenn er sowohl wie die Regierung die Ueberzeugung hätten, daß dies ohne Nachteil geschehen könne. Mit dem Versöhnungswerke könne die Regierung erst beginnen, wenn die industriellen Unternehmungen des Landes in gewissem Umfange wieder im Gange seien. Ein Teil des Feindes werde unversöhnlich bleiben, aber ein großer Teil der Bevölkerung der beiden Staaten sehne die Gelegenheit zu einer friedlichen Regelung herbei. Es sei Unsinn, von Friedensunterhandlungen zu reden, wenn keine von den Bedingungen, die England stelle, von dem im Felde stehenden Feinde angenommen werde. Der Feind sage, der Krieg müsse ein Entscheidungskampf sein; das sei auch die Ansicht der Regierung. Die Regierung unterscheide jetzt zwischen den Burghers, die im Felde stehen, und den Aufständischen in der Kapkolonie, wo der Stand der Dinge sich geändert habe, weil die Aufständischen die Rebellion als ein billiges Vergnügen ansähen. Die Politik mißverstandener Milde sei jetzt zu Ende, und die den Buren angebotenen Friedensbedingungen seien zurückgezogen worden; doch wenn der Krieg vorüber sei, werde das Land die Regierung unterstützen, wenn sie großmütige Bedingungen stelle.

17. August. Das Parlament wird vertagt. In der Thronrede wird die friedliche Lage nach außen betont; der Krieg in Südafrika stehe zwar günstig, würde sich aber noch in die Länge ziehen.

Mitte August. (Dublin.) Ein pankeltischer Kongreß, an dem Iren, Schotten, Waliser und Bretonen teilnehmen, berät über Erhaltung der nationalen Sprache und Sitten. — Die englische Presse verspottet den Kongreß.

2./8. September. (Swansea in Wales.) Der Kongreß der britischen Gewerkvereine verwirft mit 685000 gegen 264000 Stimmen einen Antrag auf Verstaatlichung aller Mittel der Produktion sowie mit 724000 gegen 333000 Stimmen einen Antrag auf Verurteilung des südafrikanischen Krieges.

18. September. Tausendjahrfeier zu Ehren König Alfreds des Großen († 901).

18. September. Der Torpedozerstörer „Cobra“ geht bei Yarmouth mit seiner ganzen Besatzung zu Grunde infolge einer Explosion.

Anfang Oktober. (Brighton.) Auf dem anglikanischen Kirchenkongreß sagt der Präsident Dr. Wilberforce über den Burenkrieg:

Was hat uns dieser Krieg gelehrt? Er hat uns viel gelehrt: die Schwäche und die Größe Englands! Er hat uns gezeigt, daß Reformen auf anderen Gebieten, nicht in der Kirche nötig sind, hat die Gefühle anderer Völker für uns offenbar gemacht und unsre Einsamkeit bewiesen; er hat uns Tausende von teuren Leben gekostet und wird uns noch viele kosten. Aber welche Größe hat er uns gebracht! Der britische Soldat ist in der ganzen Welt hoch gestiegen, nicht allein wegen seines Heldenmutes und seiner Ausdauer, sondern auch für seinen Edelmut, seine Menschlichkeit, die tausendmal, trotz aller Verleumdung, sich gezeigt hat. Der Krieg hat in England hoch und nieder näher zusammengeführt, es ist einiger geworden. England bleibt am Ende Sieger — aber es ist für seine Fehler bestraft worden. Aber diese Streiche haben ihm die Augen geöffnet und es erkennt die wunderbare Macht Gottes!

22. Oktober. General Buller verliert das Kommando über das erste Armeekorps, weil er seine Kriegführung in Südafrika verteidigt und dabei die Kriegsverwaltung kritisiert hatte.

25. Oktober. (Edinburgh.) Rede Chamberlains über den Burenkrieg; Vergleich mit 1870. (Vgl. S. 152.)

Der Kolonialminister bekämpft die Behauptung, daß die Regierung zu der Zeit, als das Ultimatum der Buren übergeben wurde, die Kriegserklärung vorbereitete; sie haben im Gegenteil alles gethan, den Krieg zu vermeiden, der, wie sie wußte, ein schwieriges und ernstes Unternehmen sein würde. Die den Buren angebotenen Bedingungen waren günstiger als irgendwelche, die je einem besiegten Feinde angeboten wurden. Da die Bedingungen abgelehnt wurden, so müsse der Krieg zu Ende geführt werden. Die Regierung gestehe zu, daß sie sich bezüglich der Dauer des Krieges irrte, und daß sie die Zähigkeit der Buren bewundere, aber England müsse der Zähigkeit gleiche Entschlossenheit entgegensetzen. Die Buren verlangten nunmehr größere Unabhängigkeit als zu Beginn des Krieges; diese Bedingung konnte aber die Regierung nicht gut annehmen. Jetzt komme die Zeit, wo es notwendig sei, strengere Maßregeln zu ergreifen, um die aufständischen Guerillabanden zu bekämpfen. Wenn diese Zeit gekommen sei, werde die Regierung Präzedenzfälle für alles, was sie thun werde, in dem Vorgehen jener Nationen finden, welche diese Barbarei und Grausamkeit verurteilten, aber sie werde sich nie dem nähern, was diese Nationen in Polen, im Kaukasus, in Bosnien, Tonking und dem Kriege von 1870 thaten.

Infolge der Entrüstungskundgebungen in Deutschland wird Chamberlain interpelliert, wie er sich dazu stelle. Er erwidert, kein vernünftiger Deutscher könne sich durch seine Worte beleidigt fühlen, die Entrüstung in Deutschland beruhe auf einem Mißverständnis und sei künstlich erzeugt.

Ende Oktober. In Glasgow erkranken mehrere Personen an der Pest.

1. November. (Portsmouth.) Das Thronfolgerpaar kehrt von seiner Reise zurück.

Anfang November. In Malta verstärkt sich die Bewegung gegen die Benachteiligung der italienischen Sprache.

9. November. (London.) Auf dem Lordmayorsbankett sagt Lord Salisbury über den südafrikanischen Krieg:

In Anbetracht der Verwickelungen und Schwierigkeiten, in denen sich England befindet, können wir uns Glück dazu wünschen, daß der Weltfriede im ganzen so wenig gestört worden ist, und daß wir bei den Großmächten so freundliche Gesinnung und so korrekte Haltung gefunden haben. Es gibt wirklich keine Frage beunruhigenden oder ernsten Charakters, die ich besprechen könnte, mit Ausnahme einer, und dies ist eine große Ausnahme: der traurige, bedauernswerte Krieg in Südafrika. Den Geist des Pessimismus, welcher sich über alle Meinungsäußerungen vor der Oeffentlichkeit erstreckt, halte ich nicht für richtig. Es ist ja ganz richtig, daß die Dinge zuweilen nicht ganz so gehen, wie man wünscht. Aber die sich hieraus ergebenden Gefühle sind der staunenerregenden Geschwindigkeit zuzuschreiben, mit der die modernen Kommunikationsmittel arbeiten, welche dem Publikum entmutigende Umstände vor Augen führten, die unseren Vorvätern erst nach mehreren Monaten bekannt wurden. Er sehe keinen Grund für solchen Pessimismus und glaube auch nicht, daß bei der Art, wie der Krieg jetzt geführt werde, die Engländer jemals von gewissen Wechselfällen verschont geblieben wären. Er sei überzeugt, daß sich die Engländer ein stetiges, unfehlbares Vorwärtsschreiten bis zum erfolgreichen Ausgang durchaus gesichert hätten. Allerdings sei dieser Abschluß nicht so schnell erreicht worden, wie man erwartet habe, aber jenes Gefühl der Nervosität und unliebsamer Befürchtungen sei der Thatsache zuzuschreiben, daß die Art der Kriegführung, wie sie England jetzt durchmache, in den meisten Kriegen des vergangenen Jahrhunderts nicht richtig in Erwägung gezogen sei. In dem deutsch-französischen Kriege, dem russisch-türkischen Kriege und den anderen seien nur geschlossene Schlachten geschlagen worden und, nachdem die Hauptstadt, der Sitz der Regierung, genommen war, habe es nicht mehr viel gegeben, bis die Festsetzung der Friedensbedingungen erfolgt sei. Das sei der gewöhnliche Verlauf der Kriege gewesen, aber nicht der Universaltyp eines Krieges. Seiner Ansicht nach habe es sich dabei nur um die Art der Kriegführung gehandelt, wie sie zwischen den kultiviertesten und auf wissenschaftlichem Gebiet am meisten vorgeschrittenen Nationen stattfinde. Es sei eine Seltenheit gewesen, daß der Krieg nach einem entscheidenden Siege noch bis zu einem neuen Kampfe weitergeführt wurde, aber es habe doch auch mehrere Fälle gegeben, wo das geschehen sei. So werde es immer, wenn auch nicht mehr zweifelhafte, so doch lang andauernde Kämpfe geben, welche große Anstrengungen erfordern und ein gewisses Unbehagen darüber wachrufen würden, daß der Erfolg nicht schneller erreicht werde.

Mitte November. Blaubuch über die Konzentrationslager. Ernährung und Sterblichkeit.

Es geht daraus hervor, daß die britischen Behörden „auf die Bürger durch ihre Frauen und Kinder einen Druck auszuüben suchten", indem sie denen, deren Männer, Väter und Brüder noch den Kampf fortsetzten, weniger Nahrungsmittel verabreichten als denen, deren Angehörige bei keinem Buren-Kommando standen.

1. Insassen ohne Angehörige bei den Kommandos:

	Mehl Pfd.	Salz Unzen	Kaffee Unzen	Zucker Unzen	Fleisch
Männer	7	4	6	12	1 Pfund zweimal die Woche
Frauen	7	4	6	12	1 " " " "
Kinder unter 12 Jahren	3½	2	3	12	½ " " " "

2. Insassen mit Angehörigen bei den Kommandos:

	Mehl Pfd.	Salz Unzen	Kaffee Unzen	Zucker Unzen	Fleisch
Männer	7	4	4	8	Kein Fleisch.
Frauen	7	4	4	8	
Kinder unter 12 Jahren	3½	2	2	8	

In einem Schreiben an den Bischof von Rochester macht Brodrick folgende Angaben über die Sterbeziffern in den Konzentrationslagern:

	Zahl der Personen in den Lagern	Sterbefälle	Verhältnis zu 1000 im Jahre
Juni	85,410	777	109
Juli	93,940	1412	180
August	106,347	1878	214
September	109,418	2411	264

Der Satz von 264 auf 1000 bezieht sich auf Personen jeden Alters und beider Geschlechter. Zieht man aber die Kinder allein in Betracht, so ergibt sich, daß vom Juni bis September die Sterblichkeit unter den Kindern von 159 auf 440 auf 1000 im Jahr stieg.

22. November. (Irland.) Bei einer Ersatzwahl in Galway wird der Nationalist Lynch, der ein Burenkorps gegen die Engländer kommandiert hat, gewählt.

Ende November. Die Führer der Liberalen, Asquith und Campbell-Bannermann, greifen Chamberlain scharf an, weil er durch seine unüberlegten Äußerungen die Beziehungen zu Deutschland verschlechtere.

Ende November. Die Forts, die die Themse und die Häfen und Werften der Südküste schützen, werden mit modernen Geschützen ausgerüstet.

1. Dezember. (London.) Eine Versammlung von etwa 75 000 Personen bringt Buller begeisterte Ovationen, weil Buller als von der Kriegsverwaltung zurückgesetzt gilt.

16. Dezember. (Chesterfield.) Lord Rosebery, bis 1896 Führer der Liberalen, hält eine Rede über die internationale Lage und den Burenkrieg.

Es sei möglich, daß in der nächsten Thronrede aufrichtig erklärt werde, daß die Beziehungen zu allen auswärtigen Regierungen freundschaftliche seien. Wie stehe es aber mit den fremden Völkern? In der ganzen Geschichte Englands finde sich kein Beispiel zu dem Groll und dem Uebelwollen, mit dem England fast einmütig von den Völkern Europas betrachtet werde. Es sei nicht sicher, daß die Regierungen aller Länder bestrebt seien, mit England auf gutem Fuße zu bleiben, und ein solches Uebelwollen, wie es in ganz Europa herrsche, sei besorgniserweckend, wenn

nicht eine unmittelbare Gefahr. Die englische Regierung sei in ausgedehntem Maße dafür verantwortlich und hätte die falschen Eindrücke, die im Auslande bezüglich der Ursache des Krieges vorherrschen, durch Uebersendung von Noten zerstreuen sollen, worin alle Schritte nochmals aufgeführt wurden, die England unternommen, um Gerechtigkeit für seine Staatsangehörigen in Transvaal zu erlangen. Eine solche Note würde ein maßgebendes Schriftstück gewesen sein, auf das die verständigen Leute aller Länder, deren Meinungen doch schließlich die Ansichten der Völker leiten, hätten verwiesen werden können. Die Fortsetzung des Krieges bis zu seinem natürlichen Ende, das, wie er glaube, ein regulärer Friede, ein regulärer Vertrag sei, sei nötig; deshalb würde er nicht taub sein gegen die verantwortliche Eröffnung von Friedensverhandlungen seitens der ausgewanderten Regierung, die sich zur Zeit irgendwo in den Niederlanden um die Person Krügers geschart aufhalte und die die einzige Regierung sei, welche mit England in den Kriegszustand gekommen sei; es sei unmöglich, mit den im Felde befindlichen Führern zu verhandeln, da sie keine Vollmacht hätten. Pitt, Abraham Lincoln und Bismarck hätten auch keinerlei Mittel verschmäht, sich mit dem Feinde in Verbindung zu setzen, um einen friedlichen Ausgleich zu erlangen. Bismarck habe sogar mit der Wiedereinsetzung der in Mißkredit geratenen kaiserlichen Dynastie in Frankreich gedroht, weil er es für nötig gehalten habe, die Autorität einer besitzenden Stelle zu haben, mit der es den Frieden abschließen könne. Wenn auch die Gewährung der Unabhängigkeit nicht in Frage komme und es auch unmöglich sei, Milner abzuberufen, glaube er doch, daß ein Ausgleich möglich sei durch Gewährung der Amnestie.

Die Rede wird vielfach als ein Zeichen betrachtet, daß Rosebery die Führung der liberalen Partei wieder übernehmen wolle, um sie auf sein Programm zu einigen, da unter den jetzigen Führern große Differenzen herrschen. — Asquith spricht Rosebery seine Zustimmung aus, während Campbell-Bannermann dem Imperialismus abgeneigt ist. — In der liberalen Presse wird von einem baldigen Rücktritt Salisburys gesprochen.

Ende Dezember. In der Presse, z. B. in „Daily News“, werden die Volunteers wegen ihrer schlechten Disziplin und ungenügenden Ausbildung scharf kritisiert.

VI.

Frankreich.

Anfang Januar. Die nationalistische Presse wirft der Regierung vor, daß sie Frankreich durch Desorganisation der Armee wehrlos mache und das russisch-französische Bündnis entwerte. Einige russische Blätter, wie „Nowoje Wremja“ und „Swjet“, stimmen zu.

8. Januar. Die Kammer beginnt ihre Sitzungen wieder und wählt Deschanel zum Präsidenten.

14. Januar. Die Kammer beginnt die Beratung des Vereinsgesetzes.

Die Hauptbestimmungen sind folgende: Der erste Abschnitt betrifft die temporären Vereinigungen, die mit dem Tode oder dem Austritt ihrer Mitglieder auch erlöschen. Sie werden bezeichnet als solche, die einen anderen Zweck haben, als Einkünfte zu teilen. Das heißt also, das Gesetz hat keine Anwendung auf alle Art von Aktiengesellschaften u. s. w. Null und nichtig ist jede Vereinigung, die als Ursache oder Zweck Dinge hat, die den Gesetzen der öffentlichen Ordnung, den guten Sitten, der nationalen Einigkeit und der Regierungsform der Republik zuwiderlaufen.

Der zweite Abschnitt handelt von den als gemeinnützlich anerkannten, dauernden, ihre temporären Mitglieder also überlebenden Vereinigungen. Sie haben den Charakter einer bürgerlichen Person. Diese Definition trifft also alle Kongregationen. Die Anerkennung der bürgerlichen Persönlichkeit ist abhängig von der Anerkennung der Allgemeinnützlichkeit. Diese Vereinigungen sind aller Handlungen des bürgerlichen Lebens fähig; sie dürfen Besitz erwerben, aber nur solche unbeweglichen Güter, die für den von ihnen verfolgten Zweck unbedingt nötig sind. Die beweglichen Werte müssen in auf den Namen ausgestellten Papieren angelegt werden. Die Vereinigungen dürfen Geschenke und Legate annehmen. Alle Immobilien, die den Vereinigungen geschenkt oder letztwillig vermacht werden, die aber zu dem von ihnen verfolgten Zweck nicht notwendig sind, müssen veräußert werden. Der Erlös aus dem Verkauf fließt der Kasse der Vereinigung zu. Verboten ist die Annahme der Schenkung eines beweglichen oder unbeweglichen Gutes mit der Klausel der Nutznießung für den Schenker. Diese Bestimmung trifft ganz besonders die Kongregationen. Denn in den Kreisen der Gläubigen ist es vielfach Sitte, den Kongregationen bereits bei Leb-

zeiten sein Vermögen zu übergeben und sich mit der Rente zu begnügen, die dem Schenker von der Kongregation gezahlt wurde.

Im dritten Abschnitt heißt es, daß ohne ganz besondere Ermächtigungen, sei es durch eine Verfügung des Staatsrats, sei es durch ein besonderes Gesetz nicht gebildet werden dürfen Vereinigungen zwischen Franzosen und Fremden, Vereinigungen zwischen Franzosen, deren Sitz oder Leitung im Auslande liegt oder Fremden anvertraut ist, Vereinigungen, deren Mitglieder gemeinschaftlichen Haushalt führen. Dieser Absatz trifft wiederum auf alle Kongregationen zu. Der vierte Abschnitt enthält allgemeine Bestimmungen über die Auflösung von Vereinigungen. Null und nichtig sind alle Rechtsgeschäfte zwischen Lebenden oder Erblassern, mögen sie unmittelbar oder durch Mittelspersonen ausgeführt sein, die den Zweck verfolgen, den gesetzlich oder ungesetzlich begründeten Vereinigungen die Möglichkeit zu gewähren, sich den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes zu entziehen. Als Mittelspersonen gelten die Mitglieder, denen von andern Mitgliedern derselben Vereinigung Geschenke oder Vermächtnisse zu teil werden, wofern der Empfänger nicht der unmittelbare Nachkomme des Erblassers ist, ferner das Mitglied oder die bürgerliche oder gewerbliche Gesellschaft, die ganz oder zum Teil aus Mitgliedern der Vereinigung besteht und die das von der Vereinigung bewohnte Grundstück besitzt. Auch gilt der Besitzer eines von der Vereinigung bewohnten Grundstückes, selbst wenn er nicht zu der Vereinigung gehört, als Mittelsperson. Auch das trifft auf die Kongregationen zu, die nicht nur in Frankreich, um den Verpflichtungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu entgehen, ihre Besitzungen auf den Namen eines beliebigen Dritten eintragen ließen, so daß der wahre Besitz der Kongregationen trotz aller Ermittelungen niemals hat wirklich festgestellt werden können. Alle bestehenden Vereinigungen haben innerhalb sechs Monaten den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes nachzukommen, widrigenfalls sie als aufgelöst gelten. Das Vermögen, das die Mitglieder der aufgelösten Vereinigung vor der Gründung hatten, behalten sie. Die der Gesellschaft frei geschenkten Werte können von den Schenkern zurückgefordert werden, und zwar während des Zeitraums eines Jahres. Später fällt das Vermögen dem Staate anheim. (Nach der „Tägl. Rundschau".)

Das Gesetz richtet sich also in der Hauptsache gegen die Klöster und religiösen Genossenschaften, weil in ihnen und in ihren Unterrichtsanstalten nach der Ansicht der Regierung ein antirepublikanischer Geist gepflegt wird. Die Münchener „Allg. Ztg." schreibt: Die wesentlichsten Paragraphen des in Frage kommenden Ordensgesetzes lauten: § 1. „Jede Vereinigung u. s. w. wird geregelt nur auf der Grundlage des gemeinen Rechtes." § 2. „Jede Vereinigung, die gegründet ist zu einem Zweck, der an sich unerlaubt ist, welcher der öffentlichen Ordnung, der guten Sitte widerspricht und für die Mitglieder den Verzicht auf sonst unveräußerliche Rechte einschließt, ist nicht anerkannt." Das heißt kurzweg, sie ist zu verbieten oder kann verboten werden. Unter den „unveräußerlichen Rechten" wird im Sinne des Gesetzgebers verstanden: „das Recht, zu heiraten, zu kaufen und zu verkaufen, Handel zu treiben, Berufe auszuüben, Besitz zu haben und das Recht auf alles, was persönliche Knechtschaft hindern würde." Solche und eben gerade diese Rechte geben die meisten Ordensmitglieder beim Eintritt in ihren Orden freiwillig auf durch Ablegung der drei Gelübde der beständigen Keuschheit, der freiwilligen Armut und des vollkommenen Gehorsams gegen den Oberen. Die Sache liegt also einfach so: Wenn die Kammer das Gesetz in dieser Fassung annimmt, so kann die Regierung fast alle in Frankreich zur Zeit bestehenden religiösen Genossenschaften aufheben und die Bildung von neuen klösterlichen Vereinigungen verbieten.

Nach dem Bericht der Regierung gibt es allein in Paris 8 staatlich anerkannte Männerklöster und 67 Frauenklöster. Staatlich nicht anerkannte Klöster und Genossenschaften sind in Paris 24 Mönchsorden und 45 Frauenorden. Der Grundbesitz aller dieser religiösen Genossenschaften beträgt 133 Hektar 30 Ar. Der Wert der Grundstücke ist auf 190,455,675 Franks eingeschätzt, bei 20,5 Millionen Hypothekenlasten. Das Vermögen einzelner dieser Orden ist sehr groß. Die Assumptionisten haben nur 3,25 Millionen Franks angegeben, während es feststeht, daß sie eigentlich über 10 Millionen besitzen, als deren Inhaber jedoch Strohmänner aufgezählt werden. Die verschiedenen Gruppen der Augustinerinnen in Paris verfügen über ebenfalls mindestens 10 Millionen. Ein Vermögen von nur einer Million besitzen eine lange Reihe von Frauenklöstern. „Die kleinen Armenschwestern" geben 6 Millionen an, besitzen aber viel mehr, während der Besitz des vornehmen Damenordens „Vom hl. Herzen" gar 14,25 Millionen erreicht. Den größten Besitz in Paris haben von den staatlich nicht anerkannten Orden die Jesuiten mit 12 Millionen, der Besitz der amerikanischen Episkopalkirche wird auf 700,000 Franks geschätzt. („Allg. Ztg.")

19. Januar. (Paris.) Herzog von Broglie, Gelehrter und Staatsmann, 79 Jahre alt, †.

24. Januar. Die Kammer schließt nach zehntägiger lebhafter Debatte die Generaldebatte über das Vereinsgesetz und beschließt mit 361 gegen 179 Stimmen die Dringlichkeit der Beratung.

6. Februar. Die Armeekommission der Kammer fordert den Kriegsminister auf, ein Gesetz einzubringen, wonach an Stelle der grundsätzlichen aber nicht durchgeführten dreijährigen Dienstzeit die einjährige treten soll.

11. Februar. (Senat.) Der Minister des Auswärtigen Delcassé sagt über die Lage in China:

Die Mächte stellten die Aufrechterhaltung der Einigkeit unter ihnen allen anderen voran. Die Bedingungen der Mächte seien angenommen worden. Es handle sich jetzt darum, deren Durchführung durchzusetzen. Wir bleiben, fährt Delcassé fort, entschlossen, eine angemessene Genugthuung zu erlangen und wollen unsere Truppen schnellstens abberufen, werden dies aber erst dann thun, wenn die Lage wieder normal geworden sein wird. Wenn wir bereit sind, überall mit Zähigkeit unsere Interessen und Rechte zu verteidigen, bezeugen wir die gleiche Achtung für die Rechte und die Interessen der anderen. Die Angelegenheiten in China boten eine Gelegenheit, die Gemeinsamkeit der Anschauungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika in China wie anderwärtig darzuthun. Die gemeinsame Aktion Rußlands und Frankreichs beweist, daß ihre Allianz sich durch die gleichen Vorteile, die jede der Mächte davon zieht, sich jeden Tag mehr befestigt. Frankreich ist man es schuldig, daß man den Parteigeist da Halt machen läßt, wo die ernsten Interessen Frankreichs anfangen!

16. Februar. (Chalons sur Saone.) Zusammenstoß zwischen Streikenden und Truppen.

Ende Februar. (Marseille.) Ein Ausstand der Hafenarbeiter bricht aus.

2. März. (Paris.) Präsident Loubet empfängt den neuen deutschen Botschafter Fürst Radolin in feierlicher Audienz.

Anfang März. Die Presse erörtert die Möglichkeit, daß der bevorstehende Besuch eines italienischen Geschwaders in Toulon zum Abschluß eines Uebereinkommens und zur Sprengung des Dreibundes führen könnte.

4. März. (Kammer.) Debatte über die chinesische Frage. Beziehungen unter den Mächten.

Dep. D'Estournelles fragt, ob die Mächte in China eine große Expedition ins Innere planten und welche Motive sie leiteten. Min. des Ausw. Delcassé: Eine Expedition in das Innere Chinas, an der Kontingente der Verbündeten, also auch französische Truppen, teilnehmen würden, hat eine vorherige Prüfung und ein vorheriges Einvernehmen zur Voraussetzung. Eine solche Expedition ist aber weder vorbereitet noch beschlossen, weder für heute noch für morgen. Ich kann D'Estournelles in dieser Hinsicht beruhigen und gleichzeitig die Besorgnis zerstreuen, die er ausgedrückt hat. Nun, ich gestehe, es ist weniger leicht, ihm auf die Frage zu antworten, von welchen Gesichtspunkten die Mächte bei der gemeinsamen Aktion sich leiten lassen. Denn ebensowenig wie er, habe ich etwas davon gehört, daß die Mächte bei Beginn der Krisis jemand beauftragt hätten, in ihrem Namen zu denken, zu entscheiden und zu befehlen; ich brauche das unsern Kollegen, die die diplomatischen Bräuche viel zu gut kennen, nicht erst zu sagen. Ebensowenig habe ich es nötig, sie zu erinnern, daß, wenn die Angelegenheit mehrere Mächte zur Vereinigung ihrer Bestrebungen veranlaßt, das Recht der Initiative und das Recht, Vorschläge zu machen, unterschiedslos allen zusteht. Heute scheint diese Macht das Konzert zu leiten, morgen wird's eine andere sein, stets aber ist's diejenige, deren Anregungen vom klarsten und umfassendsten Gesichtspunkte des gemeinsamen Interesses aus eingegeben zu sein scheinen; wenn die Beschlüsse der Mächte einmal gefaßt sind, dann ist's nötigenfalls die militärische Macht, welche die Ausführung übernimmt. Genau so trugen sich die Sachen in China zu und tragen sich jetzt noch zu. Die Nachricht von einer Expeditton, die D'Estournelles erregte, ist erfunden. D'Estournelles, der weiß, welchen Einfluß und welche Wirkung ein solches Wort auf den Gang und das Ergebnis der Pekinger Verhandlungen haben würde, wird von mir nicht verlangen, daß ich hier erkläre, daß eine Expedition nicht stattfinde und daß man keinesfalls eine solche unternehmen werde. (Lebhafter Beifall.) Ich kann aber versichern und versichere es gerne, daß wir nicht die Absicht haben, eine Expedition zu unternehmen und unsererseits zu einer solchen keine Ermächtigung erteilen, wie wir uns auch nicht daran beteiligen werden ohne ernste Gründe, die wir erst abwägen müßten.

15. März. (Marseille.) Die Dockunternehmer verlangen von der Regierung Schutz gegen die drohende Haltung der Ausständigen.

Mitte März. Die Presse konstatiert mit Genugthuung, daß nach den Reden des Grafen Bülow kein deutsch-englisches Einvernehmen gegen Rußland bestehe.

24. März. Volkszählung.

Die Bevölkerung beträgt 38,600,000 Seelen. Nur jene Departements, welche große Städte besitzen, weisen eine Zunahme auf, während in allen übrigen Departements die Bevölkerung abgenommen hat. Die Einwohnerzahl Frankreichs ohne das Seinedepartement beträgt ungefähr 35 Millionen, was gegen 1896 eine Zunahme von bloß 39,000 bedeutet. Das Seinedepartement weist eine Zunahme von 292,000 Einwohnern auf, doch ist diese zumeist auf die Weltausstellung zurückzuführen. Die Bevölkerung Frankreichs hat alles in allem seit 1896 nur um etwa 330,000 zugenommen; und dieser geringfügige Zuwachs ist höchst wahrscheinlich einer neuen Fremdeneinwanderung zu danken.

30. März. Die Kammer genehmigt nach weitläufiger Einzelberatung das ganze Vereinsgesetz mit 303 gegen 224 Stimmen.

Anfang April. Ein russisches Geschwader hält sich im Hafen von Toulon auf. Während der Anwesenheit des italienischen Geschwaders verläßt es den Hafen.

8./13. April. (Toulon.) Ein italienisches Geschwader unter dem Herzog von Genua besucht den Hafen. Am 10. April hat der Herzog eine Zusammenkunft mit Präsident Loubet auf der Marinepräfektur, am 11. an Bord des italienischen Panzers „Lepanto".

9. April. (Nizza.) Präsident Loubet und Minister des Auswärtigen Delcassé empfangen den Kommandeur des russischen Geschwaders Admiral Birilew.

Ende April. Die Führer der Bergarbeiter veranstalten unter den Bergarbeitern eine Umfrage über einen allgemeinen Ausstand. Von etwa 160000 Arbeitern stimmen etwa 20000 dafür, 14000 dagegen, die übrigen enthalten sich. Infolgedessen raten die Führer von einem allgemeinen Ausstand ab.

20./26. April. Aufenthalt des Ministers des Auswärtigen Delcassé in Petersburg.

6. Mai. (Montceau-les Mines.) Schluß eines dreimonatigen Bergarbeiterausstandes, ohne daß eine Lohnerhöhung oder Arbeitsverkürzung stattfindet.

25./27. Mai. (Lyon.) Der allgemeine französische Sozialistenkongreß lehnt einen Antrag ab, wonach Millerand aus der Partei ausgeschlossen werden soll, weil er einen Ministerposten in einem bürgerlichen Kabinett angenommen habe. — Eine radikale Gruppe verläßt den Kongreß.

28. Mai. (Troyes.) Kriegsminister André hält in dem Offizierkorps folgende Rede:

„Arbeiten wir, um den Sieg vorzubereiten und unser Werk zu vollenden! Wir brauchen eine enge Vereinigung aller Glieder des Heeres. Die Vaterlandsliebe legt uns die Pflicht auf, in unsern Kasernen zu arbeiten, uns fernzuhalten von dem Lärm von außen und ohne Wanken

unsere Aufgabe, die wir übernommen haben, zu verfolgen, damit das siegreiche Frankreich eines Tages den Rang einnehme, den es ehemals innehatte."

14. Juni. (Paris.) Durch eine Explosion in einer Patronenfabrik im Fort Issy werden 15 Arbeiter getötet.

22. Juni. Der Senat nimmt das Vereinsgesetz mit 173 gegen 99 Stimmen an.

18. Juni. (Paris.) Ankunft der marokkanischen Gesandtschaft.

21. Juni. (Deputiertenkammer.) Im Budgetausschuß erklärt der Finanzminister Caillaux, daß die verlangte progressive Einkommensteuer im laufenden Jahr unmöglich sei. — Am 4. Juli vertagt die Kammer die Erörterung der Einkommensteuer auf die nächste Session.

27. Juni. Automobilfahrt Paris-Berlin über Aachen-Hannover. Der Sieger legt die 1198 km betragende Strecke in 24 Stunden 5 Minuten zurück. — Die nationalistische Presse tadelt die Fahrt als eine Annäherung an Deutschland.

2. Juli. Die Kammer verwirft mit 428 gegen 107 Stimmen einen Antrag, eine Untersuchung über die von den Truppen in China begangenen Greuelthaten anzustellen und genehmigt mit 474 gegen 71 Stimmen einen Nachtragsetat von 80 Millionen Francs zur Deckung der Kosten der chinesischen Expedition.

3. Juli. (Paris.) Es wird ein Gelbbuch über die chinesische Angelegenheit veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die kaiserlichen Gräber nicht von den französischen Truppen zerstört worden sind.

5. Juli. (Senat.) Delcassé über Marokko.

Auf eine Anfrage erwidert der Minister des Ausw., die Anwesenheit der marokkanischen Gesandten beweise die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Marokko. Die jüngsten Vorgänge an der marokkanischen Grenze bewogen Frankreich eine Genugthuung zu verlangen, die ihm voll und ohne Verzug gewährt wurde, so daß aller Zwist für getilgt gelten kann. Die marokkanische Gesandtschaft merke dies an dem Empfange, den sie in Frankreich findet. Sie hat sich überzeugen können, daß Frankreich, das in Algerien gebietet und Grenznachbar Marokkos ist, zwar gezwungen ist, scharf zu überwachen, was dort vorgeht, daß aber seine Bemühungen darauf gerichtet sind, das Gedeihen und die Unverletzlichkeit des Scherifenreiches zu sichern.

Anfang Juli. In der französischen Presse werden die deutschen Bankbrüche, „le Krach allemand", lebhaft besprochen. Der „Figaro" führt die deutsche Krisis auf den Kinderreichtum der

Deutschen zurück und prophezeit, daß im Winter Hungersnot in Deutschland herrschen werde.

10. Juli. Beschlüsse des Bergarbeiterbundes.

Der Ausschuß des französischen Bergarbeiterbundes beschließt, das internationale Bundeskomitee davon zu unterrichten, daß die Möglichkeit eines allgemeinen internationalen Bergarbeiterausstandes am 1. November zu erwägen sein werde. Wenn die Forderungen der französischen Bergarbeiter nicht erfüllt würden, so würden sie am 1. November in den allgemeinen Ausstand treten. Der Ausschuß beschließt ferner, das internationale Komitee zu ersuchen, die verschiedenen Regierungen zur Veranstaltung einer internationalen diplomatischen Konferenz aufzufordern, durch die ein Mindestlohn für alle Länder eingeführt werden soll.

10. Juli. Papst und Vereinsgesetz.

Kardinal Gotte teilt den Ordensobern mit, daß der Heilige Stuhl alle Bestimmungen des Vereinsgesetzes mißbillige und verdamme, daß derselbe aber, um das Verschwinden der Kongregationen zu verhindern, den nicht anerkannten Anstalten erlaube, um behördliche Genehmigung nachzusuchen, aber nur unter folgenden zwei Bedingungen: erstens, daß nicht die vom Heiligen Stuhle genehmigten alten Ordensregeln, sondern nur die dem Gesetze entsprechenden Satzungen eingerichtet werden. Zweitens, daß dem Bischof der betreffenden Diözese nur die dem Charakter der Anstalten entsprechende Unterwerfung versprochen werde.

Juli. Der „Figaro" veröffentlicht allerlei angebliche Äußerungen des Präsidenten Felix Faure, die sich namentlich auf das Verhältnis zu Deutschland, u. a. auf die Schnäbele-Affäre beziehen (vgl. 1887). Die Enthüllungen werden von vielen Seiten als unglaubwürdig bezeichnet.

21. Juli. In den Wahlen der Generalräte gewinnen die republikanischen Parteien etwa 60 Sitze.

9. August. (Saïgon.) Prinz Heinrich von Orleans, 44 Jahre alt, †.

17. August. Das „Journal Offiziel" veröffentlicht das Reglement zum Vereinsgesetz.

Das Reglement zerfällt in drei Teile. Der erste handelt von den Genossenschaften im allgemeinen, der zweite von den religiösen Genossenschaften und der dritte von den Uebergangsbestimmungen und insbesondere von der Liquidation der Genossenschaften. Der erste Teil gibt genau die Schritte an, welche die öffentlich erklärten Genossenschaften zu thun haben, um ihre rechtliche Existenz zu sichern, und wie die noch weiter gehende Erklärung öffentlicher Nützlichkeit zu erlangen sei. Der zweite Theil schreibt den religiösen Genossenschaften, welche die Autorisation erlangen wollen, vor, sie in den drei Monaten nach dem Erlasse des Gesetzes vom 1. Juli zu fordern, wenn sie sich mit den leichteren Bedingungen des Ministerialbeschlusses vom 1. Juli begnügen. Für die späteren Forderungen werden folgende Bestimmungen eingesetzt: Alle Gründer müssen ihre Unterschrift geben und sich über ihre Identität ausweisen. Sie müssen zwei Exemplare der Statuten, einen Ausweis ihres Besitzes und ihrer Einkünfte und die

vollständige Liste ihrer Mitglieder und Niederlassungen einreichen. Wenn ein Mitglied vorher einer anderen Kongregation angehört hat, so muß das erwähnt werden. Die Statuten müssen die Unterwerfung der Kongregation und ihrer Mitglieder unter die ordentliche geistliche Jurisdiktion erklären, und die Forderung muß von einer Erklärung des Bischofs der Diözöse begleitet sein, worin sich dieser verpflichtet, die Kongregation und seine Mitglieder unter seine Jurisdiktion zu nehmen. Die Forderungen um Autorisation sind an den Minister des Innern zu richten. Dieser hat das Gutachten des betreffenden Gemeinderates und des Präfekten des Departements einzuholen, bevor er die Forderung dem Parlament vorlegt. Im dritten Teil sind die Bestimmungen über das Besitztum der Kongregationen, welche die Amortisation nicht erhalten haben, wichtig. Die Liquidation erfolgt auf gerichtlichem Wege. Der durch das gerichtliche Urteil bezeichnete Liquidator legt das Produkt in der Caisse des dépôts et consignations nieder, nachdem er die Schuldbeträge und die Liquidationskosten abgezogen hat. Wenn ein Mitglied einer aufgelösten Kongregation keine nachweisbaren Existenzmittel hat, so wird ihm eine seinen Verhältnissen angemessene Pension zugewiesen, die 1200 Fr. nicht übersteigen darf. Das Mitglied einer aufgelösten Kongregation, das Anrecht auf eine Entschädigung zu haben glaubt, muß sie in den sechs Monaten fordern, die der gerichtlichen Ernennung des Liquidators folgen. Wenn nach der Befriedigung der bedürftigen Mitglieder noch etwas von dem liquidierten Vermögen übrig bleibt, so erfolgt eine zweite Verteilung an die Mitglieder der aufgelösten Kongregation.

August. Konflikt mit der Pforte. (S. Türkei.) Am 27. August veröffentlicht die „Agence Havas“ folgende Note:

Am 17. August war ein Abkommen bezüglich verschiedener Fragen, die ihrer Erledigung harrten, mit der Pforte getroffen worden und die Einzelbestimmungen dieses Abkommens waren von dem türkischen Minister des Auswärtigen mit Zustimmung des Sultans abgefaßt worden. Letzterer hat dem Botschafter Constans versprochen, daß dieser Text des Gesetzes ihm am folgenden Tage ausgehändigt werden solle. Am 18. d. telegraphierte Constans nach Paris, daß keine der eingegangenen Versprechungen von der Türkei gehalten worden sei. Am 21. August telegraphierte der Minister des Aeußeren Delcassé an Constans, daß angesichts einer solchen Nichteinlösung des gegebenen Wortes die französische Regierung nicht geneigt sei, die Verhandlungen fortzusetzen. Gleichzeitig wurde in dem betreffenden Telegramm Constans aufgefordert, der Pforte mitzuteilen, daß er Befehl erhalten habe, Konstantinopel zu verlassen. Am 23. August machte Constans der Pforte die ihm anbefohlene Mitteilung und kündigte seine Abreise für den 26. d. an. Da an diesem Tage nicht alle eingegangenen Verpflichtungen eingehalten wurden, verließ der französische Botschafter Konstantinopel.

Ende August. Das Zentralkomitee der sozialistisch-revolutionären Union veröffentlicht folgende Erklärung gegen den Zarenbesuch:

Das kapitalistische Frankreich, ohne Unterschied, setzt sich über seine eitlen Zänkereien hinweg und schickt sich an, den Zaren Nikolaus zum zweitenmal zu empfangen. Dieser kaiserliche Besuch ist durch Herrn Loubet und seine Minister veranlaßt worden, um der chauvinistischen und militaristischen Leidenschaft zu schmeicheln und sich vor ihrem Lande und Europa

als die Brüder und Vettern des höchsten Vertreters des Despotismus hinzustellen. Nikolaus II. hat dem Wunsche unserer Machthaber unter dem Druck der hohen St. Petersburger Finanz willfahrt, welcher vor allen Dingen darum zu thun ist, zum Nachteile des treuen Freundes und Bundesgenossen die Geldsäcke des moskowitischen Staates zu füllen und diesen so vor dem Bankerott zu retten. Das Zentralkomitee der sozialistisch-revolutionären Union macht auf diese skandalöse Betrügerei aufmerksam, wodurch Frankreich in der demütigen Stellung erhalten werden soll, in der es sich schon seit zehn Jahren befindet. Und dies kurz nach den blutigen Straßenkämpfen in den großen russischen Städten, wo die Kosaken Seiner Majestät friedliche und wehrlose Volksmassen mit Füßen traten und über den Haufen ritten, niedermordeten, zu der Stunde, da Tausende von Opfern in den Festungen des Reiches schmachten und lange Züge von Märtyrern, Proletarier und Studenten, Männer, Weiber und Kinder mit Peitschenhieben in die Verbannung getrieben werden, aus der man nicht heimkehrt. Die Angehörigen der produzierenden Klasse, Handwerker und Bauern, werden sich durch die patriotischen Schaustellungen, die man vorbereitet, nicht hinters Licht führen lassen; sie wissen zu gut, daß sie, und zwar nur immer sie, die Rechnung bezahlen müssen. Was die organisierten Sozialisten betrifft, die sich ihrer Aufgabe bewußt sind, so werden sie überall protestieren, wo es ihnen möglich ist: durch die Stimme ihrer Erkorenen in den beratenden Versammlungen oder auch selbst in den Meetings und bei öffentlichen Kundgebungen. Sie müssen angesichts der kapitalistischen Koalition der Machthaber Frankreichs und Rußlands für die internationale Solidarität des gesamten Proletariats einstehen, dessen Glieder die russischen und französischen Arbeiter sind. Ein, der sozialistisch-revolutionären Union angehöriger Abgeordneter wird beim Wiederzusammentritt der Kammern die Regierung über diese neue Aeußerung des Servilismus zur Rede stellen.

Anfang September. (Paris.) Die Regierung löst die vom Sultan zur Überwachung der Jungtürken in Paris unterhaltene Geheimpolizei auf und weist ihre Leiter aus.

18. September. (Dünkirchen.) Ankunft des russischen Kaiserpaares.

Präsident Loubet empfängt mit den Ministern und Kammerpräsidenten am Kai das Kaiserpaar und geleitet es zum Gebäude der Handelskammer. Bei dem hier folgenden Frühstück bringt der Präsident folgenden Trinkspruch aus: „Sire, im Namen Frankreichs, das bei der Nachricht von Ihrem baldigen Eintreffen durch die Generalräte, die kurz vorher gewählt worden waren, seiner Freude darüber Ausdruck gegeben hat, bitte ich Eure Majestät, unsre herzlichen Willkommensgrüße entgegenzunehmen bei diesem Besuche, dem, wie vor fünf Jahren, die huldreiche Gegenwart Ihrer Majestät der Kaiserin besonderen Reiz verleiht. Die französische Republik ist erfreut, diesen Beweis für den guten Eindruck zu sehen, den Sie sich von Ihrem ersten Aufenthalt bei uns bewahrt haben. Das ganze Land empfindet dies umsomehr, als der neue Besuch vornehmlich der Armee und der Marine gilt, die beide der Gegenstand seiner unaufhörlichen Fürsorge sind, und als es weiß, daß durch diese beiden geschützt, es mit Sicherheit und Würde seine zähe, fruchtbringende Arbeit fortsetzen kann. Die Zurufe unsrer Marinemannschaften auf Ihrer Fahrt sind die gleichen, die an allen Orten Frankreichs das geliebte Herrscherpaar der großen Nation grüßen würden, die mit der unsrigen verbunden ist durch gemein-

same Sympathie, übereinstimmende Interessen und die jeden Tag in engere Fühlung tretende Politik ihrer Regierungen. Sire! Die französische Marine dankt Ihnen ganz außerordentlich für die Ehre, die ihr soeben erwiesen wurde. Indem ich diesen Gefühlen Ausdruck gebe, erhebe ich das Glas auf den Ruhm der Regierung Euerer Majestät, das Wohlergehen Ihrer Majestät der Kaiserin, der Kaiserin Marie, der kaiserlichen Familie und auf das Gedeihen Ihrer Marine, die noch jüngst mit der unsrigen in den Meeren des fernen Ostens brüderlich zusammenstand."

Der Zar erwidert: „Die Kaiserin und Ich empfinden besondere Freude, nach Frankreich zu der befreundeten und verbündeten Nation zu kommen; wir sind tief gerührt von dem uns bereiteten so sympathischen Empfang. Mit lebhafter Befriedigung habe ich soeben das glänzende Nordgeschwader bewundert und spreche Ihnen, Herr Präsident, Meinen aufrichtigsten Dank aus, daß Mir bei Meiner Ankunft in den französischen Gewässern dieses ausdrucksvolle Schauspiel geboten wurde. Ich trinke auf die Wohlfahrt der französischen Flotte, die vor kurzem mit der Meinigen in den Meeren des fernen Ostens brüderlich zusammenstand, auf die Ihrige, Herr Präsident, und diejenige Frankreichs."

18. September. Das Zarenpaar besucht Compiègne.

19. September. (Reims.) Der Zar und der Präsident wohnen Schießübungen und Manövern bei. Beim Frühstück sagt Loubet:

„Ich bin glücklich, Ew. Majestät die Grüße und Dankesbezeigungen der französischen Armee zu übermitteln, welche Ew. Majestät für das ihr soeben bezeigte Interesse dankbar ist. Alle eines Herzens, sind Frankreich und die Vertretung Frankreichs bemüht, die Armee mit allem zu versehen, was ihre Stärke auf den höchsten Punkt bringen kann. Die Armee ihrerseits legt die ganze Seele darein, jeden Moment dem Rufe Frankreichs folgen zu können. Die Anwesenheit Ew. Majestät bei den Manövern bildet für sie zugleich eine sehr hohe Belohnung und die stärkste Ermutigung. Die Führer wissen, die Truppen empfinden es. Ich mache mich mit Freude zu ihrem Dolmetscher, indem ich mein Glas zu Ehren Eurer Majestät und der Kaiserin erhebe und auf den Ruhm der russischen Armee leere, welche, wie Ew. Majestät in Châlons sagten, mit der unsrigen durch ein tiefes Gefühl der Waffenbrüderschaft verbunden ist."

Der Zar antwortet: „Die Manöver, welchen Wir soeben beigewohnt, gestatteten Mir, persönlich die große Vollkommenheit der glänzenden französischen Armee zu würdigen, welche Mir das Herz erfreut als Gegenstand den gerechten Stolzes für das befreundete Frankreich. Ich trinke auf die große französische Armee, auf ihren Ruhm und ihre Wohlfahrt. Ich betrachte sie gerne als mächtige Stütze der Grundsätze der Billigkeit, auf denen die allgemeine Ordnung, der Friede und das Wohlergehen der Nationen beruhen."

21. September. (Reims.) Nach einer großen Parade findet ein Abschiedsessen statt. Präsident Loubet bringt folgenden Trinkspruch aus:

„Sire! Indem ich Ew. Majestät und Ihrer Majestät namens der französischen Republik den Dank ausspreche dafür, daß Sie geruht haben, den erhebenden Schauspielen dieser Tage beizuwohnen, lenkt sich mein Gedanke auf jenen großen politischen Vorgang zurück, der ihnen vorangegangen ist und der ihnen ihre ganze Bedeutung verleiht. Vorbereitet und ge-

schlossen von Ihrem erlauchten Vater, Kaiser Alexander III. und dem Präsidenten Carnot, feierlich kundgegeben an Bord des „Pothuau" durch Ew. Majestät und den Präsidenten Faure, hatte das Bündnis Rußlands und Frankreichs Zeit, seinen Charakter zu bekräftigen und seine Früchte zu tragen. Wenn niemand an der wesentlich friedlichen Idee, aus welcher es hervorgegangen ist, zweifeln kann, so kann auch niemand verkennen, daß es mächtig beitrug zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes zwischen den europäischen Mächten, der notwendigen Bedingung des Friedens, der, um fruchtbringend zu sein, nicht unsicher bleiben konnte. Das Bündnis entwickelte sich mit den Jahren (Bewegung); und Fragen, die aufgetaucht sind, fanden es wachsam, entschlossen, seine eigenen Interessen und die allgemeinen Interessen der Welt versöhnend, fanden es ferner gemäßigt, weil es stark und im voraus für Lösungen gewonnen war, die ihm von der Gerechtigkeit und Menschlichkeit eingegeben wurden. (Bewegung.) Das Gute, was es gestiftet hat, ist das Unterpfand des Guten, was es noch stiften wird. Und im vollen Vertrauen darauf und des edlen Begründers des Werkes pietätvoll gedenkend, dem der heutige Tag seine herrliche Weihe verleiht, erhebe ich mein Glas auf den Ruhm und das Glück Ew. Majestät, Ihrer Majestät der Kaiserin und der ganzen Familie, auf die Größe und das Gedeihen des Frankreich befreundeten und verbündeten Rußlands!"

Der Zar antwortet: „Herr Präsident! In dem Augenblick, wo Wir Frankreich verlassen, wo Wir wiederum eine so herzliche und warme Aufnahme genossen haben, liegt es Uns am Herzen, Ihnen Unsere aufrichtige Dankbarkeit und lebhafte Bewegung auszudrücken. Wir, die Kaiserin und Ich, werden stets die kostbaren Erinnerungen dieser wenigen Tage bewahren, die von so tief in Unsern Herzen eingegrabenen Erinnerungen erfüllt sind, und werden nach wie vor aus der Ferne und Nähe an allem teilnehmen, was das befreundete Frankreich betrifft. Die Bande, die Unsere Ländrr vereinigen, haben sich soeben noch mehr gefestigt und haben eine neuerliche Weihe durch die Beweise gegenseitiger Sympathie erhalten, die sich hier so beredt kund gaben und in Rußland ein so warmes Echo fanden (Bewegung), die innige Vereinigung der beiden großen Mächte, die von friedlichsten Absichten beseelt sind, und die, obgleich sie ihren Rechten Achtung zu verschaffen wissen, nicht die Rechte von anderen irgendwie zu beeinträchtigen suchen, ist ein wertvolles Element der Beruhigung für die gesamte Menschheit. (Erneute Bewegung.) Ich trinke auf das Wohl Frankreichs, der befreundeten und verbündeten Nation, des tapferen Heeres und der schönen französischen Flotte. (Bravo-Rufe). Lassen Sie Mich Ihnen, Herr Präsident, gegenüber nochmals Unsern Dank aussprechen und Ihnen zu Ehren das Glas erheben!"

September. Öffentliche Diskussion über den Zarenbesuch.

In der Presse wird vor und während dem Besuch die Frage diskutiert, ob der Zar nach Paris kommen werde, sein Fernbleiben wird mannigfach kommentiert. Die Begeisterung ist nicht so allgemein wie im Jahre 1896, obwohl der Zar überall lebhaft begrüßt wird. Namentlich die nationalistische Presse ist unzufrieden, daß der Zar dem radikalen Ministerium Beweise seines Vertrauens gibt. Das Bündnis mit Rußland wird von ihr ungünstig beurteilt, so schreibt die „Autorité": „Ich habe den Mut, es zu sagen, das Russenbündnis nützt uns nicht nur nichts, kommt uns nicht nur furchtbar teuer zu stehen, sondern drückt und verurteilt uns zu ewigem Verzicht. Dieses Bündnis sollte uns nach unserer Meinung die verlorenen Provinzen wiedergeben; seine Wirkung ist im Gegenteil, daß es uns verbietet, jemals wieder an sie zu denken. Wenn

dem aber so ist, dann hätten wir es gar nicht nötig, gegen Deutschland geschützt zu sein, das nur die Erhaltung des bestehenden Zustandes wünscht, und man hat das Recht, sich beklommenen Herzens zu fragen, ob das deutsche Bündnis, so lästerlich dies auch zunächst scheinen mag, für uns nicht vorteilhafter gewesen wäre. Um Deutschland zu sagen, daß wir auf Elsaß-Lothringen verzichten, dazu brauchten wir Rußland nicht."

Die Sozialisten haben den Zaren vor dem Besuche scharf angegriffen (vgl. S. 233), manche sozialistische Stadtvertretungen opponieren gegen jede Begrüßung. So verweigert der sozialistische Maire von Reims in seiner offiziellen Ansprache dem Zaren den Titel „Majestät" und „Sire". Der „Temps" berichtet (nach der „Allg. Ztg.") über die weitere Unterhaltung des Zaren mit dem Maire: Nachdem Frau Arnould — der Maire von Reims heißt Arnould — der Zarin, aber ohne sie zu grüßen, mit gesuchter Nonchalance ein Bouquet überreicht hatte, sagt der Maire zum Kaiser: „J'aurai le plaisir". Eine Redewendung, die schon der „Plötz" im Gegensatz zu „J'aurai l'honneur" als unmanierlich verwirft, „Ihnen ein Buch zu zeigen, das Sie vielleicht interessieren wird." Er übergibt dem Zaren eine slavisch geschriebene Bibel. Der Zar blättert darin und erwidert: „Das Buch ist interessant," worauf der Bürgermeister: „Nicht wahr? Man wird Ihnen übrigens eine Abschrift davon zuschicken." Und weiter: „Wir können Ihnen außerdem eine alte Urkunde zeigen, die sehr merkwürdig ist und in der ein Chronist der Zeit die Heirat Heinrichs, Königs von Frankreich, mit Anna von Rußland beschreibt. Diese Verheiratung Heinrichs mit Anna war die erste franko-russische Allianz." Der Zar lächelt, die Zarin weniger. Dann bemerkt der Zar etwas verlegen: „Das war im 11. Jahrhundert," worauf der Maire erwidert: „Sie haben ganz recht, im 11. Jahrhundert; wenn Sie mir erlauben, will ich Ihnen aber jetzt ein paar Landesprodukte anbieten, Reimser Champagner und Reimser Biskuits." „Eingeborene Biskuits", sagte der Zar lachend (was sollte er anders thun), „sehr gern!" Der Zar nimmt darauf ein Glas Champagner — die Zarin dankt — und nun entwickelt sich folgender Dialog zwischen dem Kaiser und dem Herrn Bürgermeister. Der Zar: „Auf das Wohl der Stadt Reims, mein Herr Bürgermeister." Der Maire: „Ich danke Ihnen, Sie sind sehr gütig!" und fügt dann hinzu: „Sie werden jetzt unsere Kathedrale sehen, es ist ein schönes Bauwerk; ich will Sie deshalb nicht länger aufhalten; Ihre Zeit ist kostbar."

27. September. Der Großkanzler der Ehrenlegion, Davout, Herzog von Auerstädt, wird durch General Florentin ersetzt. Infolgedessen treten mehrere andere Mitglieder des Ehrenrates zurück. — Die Angelegenheit wird viel besprochen.

3. Oktober. Die Frist, die den Kongregationen zur Einreichung des Genehmigungsgesuchs gestellt ist, läuft ab. 596 Gesuche sind eingegangen, darunter 458 von bisher nicht genehmigten Kongregationen. Diese Gesuche werden dem Parlament, die andern dem Staatsrat vorgelegt.

17. Oktober. Der Budgetausschuß der Kammer beschließt die Streichung des Kultusbudgets (42 Millionen) zu beantragen, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen.

17. Oktober. Waldeck-Rousseau über die Bestrebungen der Bergarbeiter.

Der Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes befragt den Ministerpräsidenten über die Ansichten der Regierung zu den Forderungen der Bergleute — Achtstundentag, Mindestlohn, Ruhegehalt. Der Ministerpräsident antwortet, die Lohnfrage müßten Arbeiter und Arbeitgeber allein regeln, über den Achtstundentag fänden noch Untersuchungen statt. Von einem allgemeinen Ausstand rät er dringend ab.

19. Oktober. Die „Agence Havas" dementiert die Meldung auswärtiger Blätter, daß der Zarenbesuch die Aufnahme einer russischen Anleihe bezweckt habe. Es sei von einer Anleihe überhaupt nicht die Rede gewesen.

21. Oktober. (St. Etienne.) Das Nationalkomitee der Bergarbeiter berät über die Opportunität eines allgemeinen Ausstandes.

22. Oktober. Im Departement Saône et Loire wird den Besitzern von ausrangierten Militärgewehren befohlen, die Gewehre den Behörden auszuliefern, um für den Fall eines allgemeinen Ausstandes eine Volksbewaffnung zu verhindern.

Ende Oktober. Die Regierung bringt eine Vorlage zur Deckung der Kosten der chinesischen Expedition ein.

Sie besteht in der Emission einer nicht amortisierbaren Anleihe von 265 Millionen dreiprozentiger Rente. Gleichzeitig zieht der Finanzminister denselben Betrag an Rente ein, den er aus der caisse des dépôts et consignations entnommen hat, und wird denselben nach Maßgabe der Eingänge der von China zu zahlenden Kriegsentschädigung zurückerstatten. So wird es möglich, ohne die Ziffer der öffentlichen Schuld zu erhöhen und ohne neue Belastung des Steuerzahlers die vom Staatsschatz geleisteten Vorschüsse zurückzuzahlen und die den französischen Staatsangehörigen zustehenden Entschädigungen zu leisten.

Ende Oktober. Veröffentlichung von Korrespondenzen zwischen General Voyron, dem Kommandeur der französischen Truppen in China, und Graf Waldersee.

Der „Matin" veröffentlicht mehrere Briefe Voyrons an Waldersee, aus denen hervorgeht, daß Voyron geflissentlich die französischen Truppen dem Oberkommando entzogen und den Anordnungen des Oberkommandos zuwidergehandelt hat. – Die französische Presse verzeichnet das mit Genugthuung, während in Deutschland vielfach darauf hingewiesen wird, daß die Politik, die Franzosen zu gewinnen, bei der ersten Probe versagt habe.

Ende Oktober. Rundschreiben Frankreichs an die Mächte über den türkischen Konflikt.

Die französische Regierung teilt den Großmächten mit, daß Frankreich, obwohl es bestrebt sei, seinen Streit mit der Türkei zum Austrag zu bringen, keine Eroberungen im Schilde führe. Die gegenwärtige Aktion sei notwendig gemacht worden durch die Haltung der Pforte, welche die

Langmut und Mäßigung des Pariser Kabinetts als Schwäche auslegte und es beständig vermied, die Erfüllung der französischen Forderungen rückhaltlos zu versprechen. Frankreich sei positiv gezwungen, die türkische Regierung durch eine Flottenkundgebung davon zu überzeugen, daß die Anerkennung der französischen Ansprüche eine unvermeidliche Notwendigkeit sei. Wenn das Pariser Kabinett diese Gelegenheit ergreife, von der Pforte gleichzeitig die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber Frankreich insbesondere hinsichtlich der religiösen Einrichtungen im Orient zu beanspruchen, so könne dies nicht mit Recht als willkürliche Ausbeutung der Situation, sondern eher als ein Akt politischer Weisheit betrachtet werden, wodurch die Wiederholung peinlicher Auseinandersetzungen mit der Pforte späterhin vermieden werden dürfte. Frankreich erachte sich durch den Berliner Vertrag gebunden, den Besitzstand der Türkei zu achten. — Nach Pariser Zeitungen versichern alle Großmächte Frankreich ihrer Zustimmung oder Neutralität.

2. November. Die „Agence Havas" schreibt über den Stand des türkischen Konfliktes:

Heute vormittag ist aus Konstantinopel eine Depesche eingetroffen, woraus hervorgeht, daß die Ankündigung der Absendung einer französischen Flottendivision nach den türkischen Gewässern genügt hat, um der Pforte begreiflich zu machen, daß die französische Regierung fest entschlossen ist, die Türkei zu zwingen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sofort nach dem Bekanntwerden der von Frankreich getroffenen Entscheidung hat die Pforte den Minister des Auswärtigen Delcassé in Kenntnis gesetzt, daß die Angelegenheit Lorando geregelt sei, wie dies früher bereits hinsichtlich der Angelegenheit Tubini geschehen sei. Auch soll der Sultan bereits das Irade unterzeichnet haben, in dem der Betrag der Forderung Lorandos in der von Frankreich festgesetzten Höhe anerkannt wird. Es bliebe also jetzt noch übrig, positive Garantien für die zu leistenden Zahlungen zu erlangen. Doch die Division Caillard ist jetzt unterwegs und die französische Regierung will sie nicht zurückrufen und sich nicht mit unbestimmten Versprechungen der Pforte oder des Sultans begnügen, die selten gehalten worden sind. Wie überdies verlautet, wird die französische Regierung die Anwesenheit ihrer Schiffe in den türkischen Gewässern dazu benützen, um, abgesehen von der Angelegenheit Lorando und der Kai-Angelegenheit, noch verschiedene andere strittige Punkte mit der türkischen Regierung zu regeln. Es handelt sich hier natürlich nicht um eine Gebietsabtretung, noch darum, irgendwie die orientalische Frage wieder zu eröffnen, sondern man will nur einer Wiederholung von Vorgängen vorbeugen, die den Rechten und der Würde Frankreichs widersprechen und namentlich einer Wiederholung von Zwischenfällen, wie dem der diplomatischen Postsendungen.

5./11. November. Besetzung Mytilenes durch das französische Geschwader. (Vgl. Türkei.)

12. November. Die „Agence Havas" veröffentlicht folgendes Schriftstück, das die den Konflikt beendenden türkischen Verpflichtungen enthält:

1. Die kaiserliche Regierung verpflichtet sich, die Anerkennung des gesetzmäßigen Bestehens der französischen Schulen oder der unter französischem Protektorat stehenden Schulen, die in der Ihrer Mitteilung beigefügten Liste enthalten und bereits im Kaiserreich anerkannt sind, amtlich zu bestätigen. Sie bewilligt dieselbe amtliche Anerkennung den Anstalten,

die bisher nicht genehmigt worden sind. Sie verpflichtet sich weiter, diesen Anstalten die Zollbefreiungen einzuräumen, die denselben nach dem bestehenden Reglement bezüglich dieser Zollbefreiung zukommen.

2. Die kaiserliche Regierung verpflichtet sich, die Anerkennung des gesetzmäßigen Bestehens der Kirchen, Kapellen, Hospitäler, Armen-Apotheken, Waisenhäuser, Asyle und anderen französischen Anstalten, die in der Ihrer Mitteilung beigefügten Liste erwähnt und bereits anerkannt sind, amtlich zu bestätigen. Sie bewilligt dieselbe amtliche Anerkennung denjenigen der erwähnten Anstalten, die bisher nicht genehmigt waren. Sie verpflichtet sich ferner, diesen Anstalten die Befreiung von der Grundsteuer nach dem bestehenden Gewohnheitsrecht und ebenso die Befreiung von den Zollabgaben einzuräumen, die ihnen nach dem bestehenden Reglement über die Zollbefreiung der betreffenden Anstalten zukommt.

3. Die kaiserliche Regierung genehmigt den Bau, die Vergrößerungen bezw. Wiederherstellungen der Schul- und religiösen Zwecken dienenden, sowie der übrigen Anstalten, welche in der Ihrer Mitteilung beigefügten Liste erwähnt sind, und gesteht ihnen gesetzmäßiges Bestehen innerhalb ihrer zukünftigen Ausdehnung zu.

4. Die kaiserliche Regierung verpflichtet sich ferner, als vollberechtigt zugelassen zu betrachten die Schul- und religiösen Anstalten, sowie die übrigen, die Frankreich zukünftig werde errichten wollen; ebenso auch diejenigen, für welche Vergrößerungen bezw. Wiederherstellungen beabsichtigt werden sollten, wenn nicht binnen 6 Monaten nach erfolgter Mitteilung dieser Absicht Einwendungen erhoben werden.

5. Endlich wird, wie bekannt, die Wahl des chaldäischen Patriarchen dem Wunsche Frankreichs entsprechend genehmigt.

Die Presse erklärt sich im allgemeinen einverstanden mit dem Resultat.

13. November. (Kammer.) Die Arbeitskommission berät mit Delegierten des nationalen Bergarbeiterverbandes über die Herabsetzung der Arbeitszeit in den Bergwerken.

18./25. November. (Kammer.) Beratung der Chinaanleihe. Plünderungen. Missionsfrage.

Sembat (Soz.) beantragt, die Regierung aufzufordern, der Budgetkommission den Bericht des Generals Voyron vom Februar 1901 vorzulegen, in welchem von Plünderungen die Rede ist, welche die Missionare begangen hätten. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau: China habe sich verpflichtet, den Mächten Summen zu zahlen, welche diese unter sich und unter ihre Landesangehörigen verteilen sollen. Er könne die Ansicht derjenigen, die behaupten, daß die Missionen kein Recht auf Entschädigungen hätten, nicht teilen, er könne auch nicht zulassen, daß die französischen Hospitäler in Trümmer liegen bleiben sollten, während diejenigen von England und Amerika wieder aufgebaut würden. Frankreich habe die Pflicht, seine Landesangehörigen zu schützen. Was den Antrag Sembat betreffe, erkläre er, daß die Regierung bereit sei, dem Budgetausschuß den Teil des Berichtes Voyrons vorzulegen, in dem die Rede sei von den Beutestücken, die die Regierung zurückzuerstatten sofort beschlossen hatte. Den Teil des Berichtes hingegen, der sich auf die übrigen Mächte beziehe, die mit Frankreich in China vertreten waren, werde die Regierung nicht mitteilen. Kein Politiker, dem die Sorge um die Interessen der Zukunft Frankreichs am Herzen liege, werde daran denken, die Missionen zu beseitigen. Am 21. wird der Antrag Sembat mit 363 gegen 215 Stimmen

abgelehnt. Am 25. wird die Anleihe von 265 Millionen mit 295 gegen 249 Stimmen angenommen.

22. November. Der Senat beschließt eine Kommission zu ernennen, die Mittel aufsuchen soll, um die Entvölkerung Frankreichs zu verhüten.

25. November. Die „Petite République" veröffentlicht Auszüge aus dem Geheimberichte Voyrons über die in China verübten Plünderungen.

Es wird darin versichert, daß die französischen Truppen sich viel besser benommen hätten als die Truppen der anderen Nationen. Es hätten zwar Plünderungen seitens der Franzosen stattgefunden, doch habe es sich hier um vereinzelte Vorkommnisse gehandelt. Die Soldaten seien von Missionaren verleitet worden, für deren Rechnung sie die Plünderung ausführten. Eines Tages, so heißt es in dem Bericht weiter, begaben sich Missionare mit 40 Wagen und 300 eingeborenen Christen nach dem Palast des Prinzen Li, um diesen zu durchsuchen. Sie nahmen dort eine bedeutende Summe in Silberbarren an sich und gaben jedem der Marinesoldaten, die ihnen bei der Plünderung geholfen hatten, Checks bis zum Betrage von 2000 Franken. Andere Soldaten, die dies erfuhren, nahmen dann für ihre eigene Rechnung Silberbarren weg, welche sie Privatleuten gegen Checks abtraten, da sie die Barren nicht selbst verwerten konnten. Den Soldaten diese Checks zu lassen, würde geheißen haben, ihnen eine Prämie für ihre Plünderungen gewähren. Man versuchte, ihnen die Checks wieder wegzunehmen, aber die Marinesoldaten weigerten sich, sie zurückzugeben, und schließlich wurden sie ihnen auch gelassen. Der Bericht fügt hinzu, daß ein Check von 5000 Franken vom Bischof Favier ausgestellt wurde, an Stelle der Checks, welche die Missionare den Soldaten gegeben hatten, die ihnen bei der Fortschaffung der Barren aus dem Palast des Prinzen Li halfen.

3. Dezember. (Kammer.) Debatte über das Verhältnis zu Deutschland und England.

Dep. Massabuau führt in einer Rede über die auswärtige Politik aus: „Wenn ich vor die Notwendigkeit gestellt werde, zum Heile des Vaterlandes mit Feinden Frankreichs zu verhandeln, dann würde ich einer Annäherung an Deutschland den Vorzug geben. (D'Estournelles unterbrechend: Ja, aber unter welchen Bedingungen?) Das werden wir im gegebenen Augenblicke in Gegenwart des Ministers des Aeußern erörtern. Ich bin jedenfalls ein Anhänger eines modus vivendi. (Bewegung. Der Sozialist Coutant ruft: Sie sind Internationalist!) Ein modus vivendi, der uns, indem wir die Regelung anderer ernster Fragen abwarten, gestatten würde, uns zu verständigen, wie wir in China gegen einen gemeinsamen Feind uns verständigt haben. Oeffnen Sie das Gelbbuch, so werden Sie ein Protokoll finden, an dessen Spitze Generalfeldmarschall Graf v. Waldersee steht, der im Namen des deutschen Kaisers verhandelt. Wir haben unsern Namen als Unterschrift darunter gesetzt und dabei nicht geglaubt, daß wir uns durch ein vorübergehendes Einvernehmen mit dem Feinde von gestern entehren. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht morgen wieder thun sollen, was wir gestern gethan haben, warum wir nicht unsere Interessen mit anderen kontinentalen Interessen gegen einen gemeinsamen jahrhundertelangen Feind vereinigen sollen. — Die Presse betont, daß zum ersten Male

auf der Kammertribüne solche deutschfreundliche Aeußerungen gethan seien. Die nationalistisch-bonapartistische Autorité befürwortet eine neue Kontinentalsperre durch ein Einvernehmen mit Deutschland und Rußland herbeizuführen.

9. Dezember. (Senat.) Die Heereskommission genehmigt einen Antrag auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit.

10. Dezember. Die Kammer fordert die Regierung auf, im Senat für die Einführung der progressiven Steuer auf Erbschaften, die mehr als eine Million Francs betragen, einzutreten.

17. Dezember. (Kammer.) Beratung des Kultusetats. Staat und Kirche.

Ministerpräs. Waldeck-Rousseau verlangt die Wiederherstellung des von der Budgetkommission gestrichenen Kultusetats und führt aus, solange nicht Staat und Kirche getrennt seien, könne das Kultusbudget nicht abgeschafft werden. Denn man entbehre im letzteren Falle der Garantien, welche die Trennung begleiten würden. Bei dem Konkordat stehe der Staat sich besser als bei der Unabhängigkeit der Kirche. Für Trennung der Kirche und des Staates sei nie eine Mehrheit vorhanden gewesen. Das Kultusbudget müsse daher wieder in den Etat aufgenommen werden. — Das Kultusbudget wird wiederhergestellt und eine Vorlage auf Bewilligung von 2 provisorischen Budgetzwölfteln angenommen.

Ende Dezember. Durch die Presse gehen Nachrichten über Unruhen in Tripolis.

VII.

Italien.

6. Januar. Bei 16 Ergänzungswahlen werden 12 Konstitutionelle und 4 Radikale gewählt.

16. Januar. (Fiesole bei Florenz.) Der deutsche Maler Arnold Böcklin †.

27. Januar. (Mailand.) Der Komponist Verdi †. — Die Kammer erläßt eine Trauerkundgebung.

2. Februar. (Senat.) Auf eine Anfrage über die Ermordung König Humberts erklärt die Regierung, sie habe sich mit den Polizeiverwaltungen des Auslandes in Verbindung gesetzt, um ein einheitliches Vorgehen gegen die Anarchisten herbeizuführen.

6. Februar. Die Kammer mißbilligt mit 318 gegen 102 Stimmen die Auflösung der Arbeitskammer in Genua durch die Regierung. — Das Kabinett Saracco tritt deshalb zurück.

9. Februar. Volkszählung.

Die Bevölkerung beträgt 32 449 754. Es hat seit der Zählung vom 31. Dezember 1881 ein Zuwachs von etwa 4 000 000 stattgefunden, was in Prozenten 7,3 Proz. ergibt. Auf Norditalien entfallen 14 277 624, auf Mittelitalien 6 905 989, auf den südlichen Kontinent 6 467 507 und auf die Inseln 4 318 580 Bewohner. Den größten Zuwachs hat Latium aufzuweisen, er beträgt in den letzten 20 Jahren mehr als 17 Prozent. Ligurien hatte eine Bevölkerungszunahme von 11,1, Sizilien von 10,7, die Lombardei von 8,5, Sardinien von 8,2 und Toskana von 8 Proz. Das alte Piemont weist im gleichen Zeitraum nur eine Bevölkerungsvermehrung von 4,4 Proz. auf, die geringste von allen.

15. Februar. Es wird ein Kabinett Zanardelli gebildet.

Im Ministerium überwiegt die Linke:

Gruppe Zanardelli (links): Zanardelli (Präsidium), Wollemborg (Finanzen), Cocco-Ortu (Justiz), Picardi (Ackerbau).

Gruppe Giolitti (links): Giolitti (Inneres), Galimberti (Post).

Gruppe Prinetti (rechts): Prinetti (Aeußeres), Graf Giusso (öffentliche Arbeiten), Di Broglio (Schatz).

Unabhängige Linke: Nasi (Unterricht).

Farblos: Ponza (Krieg), Morin (Marine).

Ende Februar. Anfang März. (Palermo.) Ausstand der Hafenarbeiter. Es kommt zu Unruhen, bei denen Militär einschreitet.

7. März. Ministerpräsident Zanardelli legt dem Parlament sein Programm vor.

Er führt in beiden Kammern aus, die Regierung werde sich bemühen, die Verwaltung zu vereinfachen und die Geschäfte zu beschleunigen. Er beabsichtige schleunige Maßregeln, um die Steuern, welche die unteren Volksklassen treffen, herabzusetzen. Um den dadurch entstehenden Ausfall im Staatsschatz zu decken, schlägt das Ministerium vor: 1. Abänderung der Erbschaftssteuer in progressivem Sinne entsprechend dem Beispiel Englands und Frankreichs. 2. Eine Stempelabgabe für verarbeitetes Gold und Silber. 3. Eine Abgabe auf Börsenschlüsse, Reform der Abgabe auf Pulver. 4. Allgemeine Ersparnisse. Das Ministerium übernimmt außerdem die Verpflichtung, in ganz kurzer Zeit einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den Preis des Salzes herabsetzt. Endlich werden Gesetzentwürfe hinsichtlich der sozialen Gesetzgebung angekündigt.

12. März. Die Kammer verweist die finanzpolitischen Vorlagen der Regierung an eine Kommission. Die Mehrzahl der neugewählten Kommission besteht aus Gegnern der Regierung.

22. März. (Kammer.) Debatte über Lebensmittelzölle.

Der Dep. Vertesi beantragt, den Zoll auf Getreide möglichst bald aufzuheben. Finanzminister Wollemborg: Er sei mit einer allmählichen Herabsetzung des Getreidezolles durchaus einverstanden, jedoch würde eine solche gegenwärtig den Abschluß von Handelsverträgen erschweren. Man müsse verhindern, daß eine solche Reform in den fast ausschließlich agrarischen Bezirken eine Krisis herbeiführe; das Parlament und die Regierung müßten das Land darauf vorbereiten, daß es imstande sei, eine derartige Reform zu ertragen. Auch könne man wegen anderer dringender Reformen zur Zeit nicht auf die Einnahmen aus den Getreidezöllen verzichten. Er sei bemüht, den Getreidezoll mit dem Mehlzoll in Einklang zu bringen und werde eine dahingehende Vorlage noch vor den Osterferien einbringen. (Bravo.) Der Antrag Vertesi wird hierauf mit 299 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

März. Zanardelli über die auswärtige und Handelspolitik.

Der Pariser „New York Harald" veröffentlicht ein Interview Zanardellis (25. März), wonach dieser gesagt habe: Was die Zukunft anlange, werde Italien erst nach reiflicher Ueberlegung Verbindlichkeiten eingehen. Das Interesse des Landes müsse allen anderen Erwägungen vorangehen. Das Ministerium werde sich nicht bloß mit den Bündnisverträgen, sondern auch mit den Handelsverträgen zu befassen haben, denn man müsse wissen, welchen Einfluß die Handelsbeziehungen auf die politischen Beziehungen ausüben können. „Die politischen Bündnisverträge Italiens gehen vor den Handelsverträgen zu Ende. Wir werden lange voraus wissen, woran wir uns bezüglich des einen oder anderen zu halten haben." Er habe lebhafte Sympathie für Frankreich. — Diese Aeußerungen werden im Auslande viel beachtet.

26. März. (Neapel.) Schluß eines Streiks der Hafenarbeiter.

30. März. (Kammer.) Auf die Anfrage eines Abgeordneten erklärt Minister des Auswärtigen Prinetti, das von der Presse erwähnte Gerücht von einem französisch-italienischen Abkommen über die eventuelle Teilung des Vilajets Tripolis entbehre jeder Begründung.

2. April. (Verona.) Zusammenkunft zwischen dem Ministerpräsidenten Zanardelli und dem deutschen Reichskanzler.

Anfang April. Verhältnis zu Frankreich.

Die Presse bespricht die Toulouer Feste (S. 230) und konstatiert zunächst, daß die Beziehungen zu Frankreich viel von ihrer alten Schärfe verloren hätten, aber darüber hinaus dürfe man nichts erwarten. Gleichzeitig wird die nordafrikanische Politik Frankreichs mißtrauisch betrachtet und die Regierung ermahnt, dem Vorgehen Frankreichs in den Grenzgebieten von Tripolis mit größter Aufmerksamkeit und äußerstem Mißtrauen zu folgen.

Ende April. (Genua.) Ausstand der Hafenarbeiter.

Ende April. (Mantua.) Ausstand ländlicher Arbeiter.

9. Mai. Stiftung eines Arbeiterordens.

Der König unterzeichnet ein Dekret zur Begründung einer Arbeiter-Ordensdekoration, welche den Titel „Cavaliere" verleiht. Die Dekoration ist ein goldenes grün-emailliertes Kreuz, das an grün-rot-grünem Bande getragen wird. Das Kreuz trägt die Inschrift „Al merito del Lavoro". Es können jährlich nur 80 Verleihungen stattfinden.

17. Mai. (Florenz.) Luzzatti über die künftige Handelspolitik.

Der Abg. Luzzatti, der Hauptvertreter Italiens beim Abschlusse der in den letzten 30 Jahren abgeschlossenen Handelsverträge, hält bei der Eröffnung des Kongresses der italienischen Landwirte eine Rede über die bevorstehenden neuen Handelsverträge: Italien müsse im Interesse des Schutzes der landwirtschaftlichen Produktion und der Ausfuhr bereit sein, die bestehenden Handelsverträge mit einzelnen Abänderungen zu erneuern, oder, wenn andere Staaten zu Zollverschärfungen gegenüber Italien schritten, vor demselben Mittel nicht zurückschrecken. Die allgemeine Lage sei einem glatten Zustandekommen der Handelsverträge nicht günstig; die österreichischen Agrarier verlangten einen erhöhten Weinzoll und Deutschland eine hohe Bezollung der bisher zollfreien Bodenprodukte. Gleichwohl werde es sich mit Deutschland leichter einigen lassen als mit dem demokratisch-agrarischen Frankreich; das bringe die Zunahme der deutschen Ausfuhr und das Wachsen der deutschen Arbeiterbevölkerung mit sich, die billiger Nahrungsmittel bedürfe. Aus der Ernennung des Handelsministers Möller und aus Privatnachrichten könne man schließen, daß Deutschland nicht mit einem Doppeltarif kommen werde wie Frankreich, der weitere Zollverhandlungen mit Italien unmöglich machen werde. Aber selbst wenn Deutschland die Vertragszölle erhöhe und dadurch Italien zu der gleichen Maßnahme zwinge, hoffe er doch auf eine Verständigung auf Grundlage des gegenwärtigen Vertrages. Uebrigens sei Italien nicht wehrlos. Von seiner gesamten Ausfuhr, 137 Millionen, könne über die Hälfte, nämlich die Seidenausfuhr, nicht wesentlich belastet werden. Dagegen könne die deutsche Einfuhr, 193 Millionen, durch italienische Zölle hart betroffen werden.

1. Juni. (Rom.) Die Königin wird von einer Tochter entbunden.

Juni. (Kammer.) Die Budgetkommission erklärt sich mit großer Mehrheit gegen die Steuerprojekte des Finanzministers.

15. Juni. Die Kammer genehmigt nach mehrtägiger Debatte mit 205 gegen 176 Stimmen das Budget des Ministeriums des Auswärtigen. — Türkische Frage. Dreibund. Handelsverträge. Parteiverhältnisse.

In der Debatte verlangen mehrere Deputierte, daß die italienische Regierung bei einer künftigen Aufteilung der Türkei Albanien besetze und nicht dulde, daß sich im adriatischen Meere ein zweites Biserta erhebe. Der Sozialist Cicotti greift den Dreibund an, Italien müsse die Gewähr für die Einigkeit im Lande nicht im Dreibund suchen, sondern im wirtschaftlichen Fortschritt und in der Volkserziehung. Abg. Barzilai erinnert den Minister des Auswärtigen daran, daß er 1891 gegen den Dreibund gesprochen habe.

Minister des Auswärtigen Prinetti: „Barzilai hat ohne Zweifel die kennzeichnenden Grundzüge unserer auswärtigen Politik von vor zehn Jahren vergessen, einem Zeitpunkte, zu welchem der Dreibund mehr infolge individueller Tendenzen als kraft der in ihm enthaltenen Bestimmungen in Italien einen Anschein gewonnen hatte, der seiner Natur nicht entsprach. Man konnte damals zu Unrecht als Folge des Dreibundes Ereignisse auffassen, welche die Gefühle einer großen Nation verletzen und ihren Interessen schadeten, so die Lockerung unserer politischen Beziehungen und den handelspolitischen Krieg mit Frankreich, wie auch die Steigerung unserer militärischen Ausgaben über unsere finanziellen Kräfte hinaus. Seitdem hat sich aber dieser Stand der Dinge vollkommen geändert. Seit jenem Zeitpunkte hat der Dreibund stets mehr seinen friedlichen Charakter bewiesen. Man hat gesehen, daß derselbe in Wirklichkeit keine Vermehrung der militärischen Ausgaben auferlegt, da diese Ausgaben auf einen unseren Mitteln mehr entsprechenden Umfang herabgemindert werden konnten. An den Dreibund schlossen sich die Handelsverträge mit den verbündeten Mächten, und diese Verträge hatten die Wirkung, daß sie auch die politischen Beziehungen herzlicher gestalteten. In der Folge haben die Ereignisse auch bewiesen, daß innige Beziehungen zu Frankreich mit dem Dreibund nicht unvereinbar sind. (Beifall.) Den offenkundigen Beweis dafür hatte man in Toulon. Es ist aber ein großer Unterschied zwischen den gegenwärtigen Umständen und jenen, die vorhanden waren, als ich im Jahre 1891 meine Rede hielt. Man kann nicht verkennen, daß der Dreibund der italienischen Politik eine feste Grundlage gegeben und wirksame Hilfe zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens geleistet hat. (Beifall.) Hinsichtlich der Handelsverträge stelle der Handel mit Wein die einzige erhebliche Schwierigkeit dar, welche zu überwinden wäre. Die Regierung sei keineswegs geneigt, den Weinbau und Weinhandel den übrigen wirtschaftlichen Interessen zu opfern, von welcher großen Wichtigkeit diese auch wären. Angesichts der Bereitwilligkeit der italienischen Regierung und den von der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung aufrichtig bekundeten günstigen Absichten würde diese Schwierigkeit jedoch nicht unüberwindbar sein. (Beifall.) Die Erklärungen des Grafen Bülow über die zukünftigen Handelsbeziehungen mit Italien hätten nichts Bedrohliches für die wichtigsten Artikel der italienischen Ausfuhr. Die deutsche

Regierung habe sich im Gegenteil den Anträgen entgegengestellt, welche hinsichtlich der italienischen Weine eben jetzt eine härtere Behandlung verlangten; diese Anträge seien abgelehnt worden. Auch könne Italien die Erhöhung der ausländischen Weinzölle mit Erhöhung seiner Einfuhrzölle beantworten. Es sei also sichere Hoffnung auf Erneuerung der Handelsverträge vorhanden.

Ueber die Mehrheit des Ministeriums sagt die „Allg. Ztg.": Für das Budget haben gestimmt 19 Minister und Unterstaatssekretäre, deren Stimmen also, wenn man die Abstimmung nach der Richtung des damit dokumentierten Vertrauens in die Regierung prüft, abzuziehen sind, 62 Sozialisten, Republikaner und Radikale, 124 Monarchisten, zusammen 205. Gegen das Budget wurden 176 durchweg monarchistisch-konstitutionelle Stimmen abgegeben. Die Regierung hält sich also nur über Wasser, weil es den Umstürzlern paßt, sie zu halten, selbst indem sie für ein Budget stimmen, das sie inhaltlich verwerfen. Damit ist klar, daß das Ministerium bei dem ersten Abfall der äußersten Linken um 100 Stimmen in der Minorität bleibt.

17./22. Juni. (Kammer.) Debatte über das Budget des Innern. Soziale Fragen. Sieg der Regierung.

Nachdem etwa 30 Redner gesprochen und namentlich die Lage der Arbeiter und den wirtschaftlichen Klassenkampf behandelt haben, führt Ministerpräsident Zanardelli aus: Alle Redner hätten die Gesetzlichkeit der Ausstände der Arbeitervereinigungen und fast alle ihre Nützlichkeit anerkannt. Thatsächlich seien im heutigen Wirtschaftssystem, welches vom Gesetz von Angebot und Nachfrage beherrscht wird, das Recht auf Ausstand und Vereinigung das äußerste Verteidigungsmittel der Arbeiter. Zanardelli fährt fort: er beklage den Klassenkampf und auch den Vertragsbruch seitens der Arbeiter oder Arbeitgeber, weil die Heiligkeit des Vertrages geradezu der Angelpunkt der Gesellschaft ist. (Lebhafter Beifall.) Er glaube indessen nicht, daß Vertragsverletzungen strafrechtlich verfolgt werden können. Die Arbeitsfreiheit müsse energisch geschützt werden. Seine Loyalität den bestehenden Staatseinrichtungen gegenüber sei über jeden Verdacht erhaben. Er danke dem Deputierten Fabri, der darauf hingewiesen, seine, Zanardellis, Glaubensartikel seien immer: Königtum und Freiheit gewesen. (Lebhafter Beifall auf allen Bänken; alle Deputierten, mit Ausnahme der Mitglieder der äußersten Linken, erheben sich und rufen: „Es lebe der König!") Zanardelli fährt fort: Aber der Glaube an das Königtum und die Loyalität diesem gegenüber bestehe darin, eine Politik anzustreben, welche dahin wirkt, daß die Monarchie ihren ruhmreichen liberalen Traditionen treu bleibe. (Langanhaltender Befall, die Deputierten erheben sich abermals und rufen: „Es lebe der König!") Wie er bereits 1878 und 1882 erklärte, finde er es ganz natürlich, daß die extremen Parteien eine liberale Regierung einer reaktionären vorziehen. Uebrigens stützte sich auch das Ministerium Rudini mehrmals auf die äußerste Linke. Er, Zanardelli, könne nicht diesen Grundsätzen untreu werden, nur um sich nicht von der äußersten Linken zu trennen. (Beifall links.) Man diene den Staatseinrichtungen, wenn man die extremen Parteien für diese Staatseinrichtungen zu gewinnen suche. Er wünsche, die extremen Parteien scharten sich loyal um das liberale Königtum. Ferri habe sich namens der sozialistischen Gruppe gegen jede Gewaltanwendung erklärt. Sollte man seitens der Sozialisten zu Gewaltthätigkeiten schreiten, so werde die Regierung mit äußerster Strenge vorgehen. Der Ministerpräsident schließt: Wenn es ein Fehler ist, daß wir eine Politik der Unterdrückung nicht ein-

schlugen und inmitten des öffentlichen Friedens die freie Ausübung der bürgerlichen Rechte wahrten, so mögen Sie uns verurteilen. Ich habe aber das volle Vertrauen, alle liberal und unparteiisch denkenden Mitglieder des Hauses werden der Regierung ihre offene Zustimmung geben. (Lebhafter Beifall links.) Die Kammer spricht sich mit 264 gegen 184 Stimmen für die Regierung aus.

Ende Juni. (Ferrara.) Bei einem Ausstande der ländlichen Arbeiter kommt es zu Zusammenstößen mit dem Militär, wobei zwei Ausständige getötet werden. Eine Untersuchung ergibt, daß die Truppen keine Schuld trifft.

29. Juni. Die Kammer vertagt sich, nachdem das Budget angenommen worden ist. — Am 4. Juli vertagt sich der Senat.

29. Juli. Am Todestage des Königs Humbert finden in Rom und Monza große Trauerkundgebungen statt.

Anfang August. In der Lombardei verüben ausständige Landarbeiter Ausschreitungen.

1. August. (Rom.) Das Pilgerasyl San Girolamo degli Schiavoni wird durch päpstliches Breve in eine Anstalt zur Heranbildung kroatischer Priester verwandelt. Dalmatiner, die Anspruch auf das Asyl erheben, stürmen das Asyl; die italienische Regierung besetzt es deshalb. Infolge diplomatischer Vorstellungen der österreichischen Regierung gibt Italien die Verwaltung des Asyls wieder frei (Oktober).

3. August. Der Finanzminister Wollemborg tritt zurück, weil seine Steuerprojekte vom Ministerrate nicht gebilligt werden.

8. August. General Baratieri, der Besiegte von Adis Abeba (vgl. 1896), fast 60 Jahre alt, in Sterzing (Tirol) †.

11. August. (Neapel.) Francesco Crispi, 82 Jahre alt, †. Er wird mit großen militärischen Ehren in Palermo begraben (15. August).

Ende August. Sklavenhandel in Massaua.

Es wird ein Bericht des nordamerikanischen Konsuls in Kairo bekannt gegeben, wonach in der italienischen Kolonie lebhafter Sklavenhandel betrieben wird. Das Hauptgeschäft geht von Massaua aus und von der nördlichen das italienische Gebiet berührenden Küste nach Abyssinien zu. Ferner ist der Handel in Hodeida und Yemen (Arabien) bedeutend. Besonders Yemen ist ein beliebter Ausfuhrplatz von Eunuchen, die Abyssinien liefert. In Dschedda (Arabien) befinden sich 12 Sklavenhändler. Die Preise für Sklaven im Alter von ungefähr 14 Jahren beiderlei Geschlechts betragen 400 italienische Lire, bei solchen von 14—20 Jahren schwanken sie zwischen 500—625, von 20—30 Jahren steigen sie bis zu 750 Lire. In Medina und Mekka wird ein Zuschlag von 2 Prozent gezahlt. Im Berichte wird weiter bemerkt, daß die Lage der Sklaven in Abyssinien, in den von Menelik unterworfenen Sklavengegenden verhältnismäßig erträg-

lich, und der Sklavenhandel ziemlich beschränkt sei. — Der größte Teil der italienischen Presse ist empört über diese Enthüllungen.

12. September. (Neapel.) Ankunft heimkehrender Chinatruppen, die enthusiastisch begrüßt werden.

12. September. Es wird ein Grünbuch über China veröffentlicht, das sich auf die Ereignisse im Juni 1900 bezieht.

13. September. (Rom.) Imbriani, bis 1897 Führer der äußersten Linken, 58 Jahre alt, †.

23./24. September. (Neapel.) Es werden mehrere pestverdächtige Erkrankungen festgestellt. Infolgedessen werden Vorsichtsmaßregeln getroffen, bis die Gefahr erloschen ist (17. Oktober).

9. Oktober. Der Kultusminister erläßt eine Verfügung über den Gebrauch der Kirchen zu Versammlungen.

Es wird untersagt, in den Kirchen Kongresse, Konferenzen, Versammlungen irgend welcher Art abzuhalten, die auf politische Zwecke hinauslaufen — sei es nun bei verschlossenen Thüren oder gegen Vorzeigung von Eintrittskarten. Die Kirchen haben lediglich zu Religionszwecken zu dienen oder zu Kultushandlungen, die damit eng verwandt sind. Zu letzteren gehören die Versammlungen des katholischen Klerus, von denen der § 14 des Garantiegesetzes spricht, falls den kanonischen Regeln gemäß aus Kultus- oder geistlichen Disziplinrücksichten ein Konzil, Synoden oder Kapitelvereinigungen zusammenberufen werden.

Oktober. November. (Neapel.) Korruption in der städtischen Verwaltung.

Wegen großer Unordnungen war die Kommunalverwaltung Neapels aufgelöst und ein k. Kommissar mit der Untersuchung betraut worden. Der Bericht dieses Kommissars wird am 22. Oktober veröffentlicht. Hiernach bildete der frühere Bürgermeister Fürst Summonte mit den Kamorraführern Casale und Aliberti einen Bund der Korruption. Die Beamten jeden Grades wurden nicht nach Staatsprüfungen und Befähigung angestellt, sondern wer immer den Machthabern bei den Wahlen die Stimme lieh, erhielt Aemter. Von 133 städtischen Beamten waren 28 nicht mit Gefängnis vorbestraft. Natürlich wurde die Wahlkorruption in umfassender Weise betrieben, die meisten Wähler genannter einflußreicher Herren bestanden aus Analphabeten. Bei Vergebung der öffentlichen Arbeiten gaben die Bestechungsgelder der Lieferanten den Ausschlag. Die neapolitanischen Zeitungen „Don Marzio" und „Mattino" erhielten Hunderttausende. Diese Denkschrift des von der Kamorrapresse verfolgten und verleumdeten Kommissars entrollt das Bild einer Stadtverwaltung, das selbst der kühnsten Phantasie spottet. („Tägl. Rundschau".)

Bei einer Neuwahl des Gemeinderats im November kandidieren die kompromittierten bisherigen Mitglieder wieder, werden aber nicht gewählt.

23. Oktober. Der frühere Minister Luzzatti sagt nach einem Berichte des „Berliner Tageblatts" über den deutschen Zolltarif (vgl. S. 122, 245):

„Sollte die neue Zollpolitik der Isolierung in Deutschland siegen,

so werden die Repressalien gegen die deutsche Industrie unvermeidlich sein; Deutschland wird weniger Waren und mehr Menschen exportieren, und die deutsche Landwirtschaft wird durch den Ruin der deutschen Industrie noch mehr leiden, als die Erhöhung der Zölle ihr nützen wird. Deutschland, das die Hegemonie in der wirtschaftlichen Welt besitzt, nachdem es 1891 mit den Caprivi'schen Handelsverträgen den von Frankreich verlassenen Posten eingenommen — Deutschland wird alsdann wirtschaftlich herunterkommen und dadurch auch seinen politischen Einfluß verlieren."

30. Oktober. In Oberitalien finden an mehreren Stellen Erdstöße statt.

18./28. November. (Rom.) Verhandlungen mit England über die Abgrenzung von Erythräa und dem östlichen Sudan.

Die englischen und italienischen Vertreter einigen sich über folgende Punkte: 1. eine Zollkonvention, die den Zolltarif festsetzt und ferner den Transittarif für Vieh in der Art, daß Parität im Grenzverkehr zwischen Massaua und Suakin eintritt; 2. eine Post- und Telegraphenkonvention, laut welcher der englische Telegraph Kassala-Suakin-Perim auch Privatleuten aus Erythräa offensteht; der Posttarif wird geregelt nach dem Tarif des Weltpostvereins; 3. eine Grenzkonvention, nach welcher das englische Gebiet durch den Setitfluß bei Ombrega begrenzt wird. Des weiteren sieht die Konvention die Möglichkeit des Austausches einer italienischen Enklave bei Atbara gegen ein anderes an Erythräa abzutretendes Gebiet vor. Die endgültige Festsetzung der Grenzen hat in Adis Abeba zu erfolgen, da Kaiser Meneliks Zustimmung erforderlich ist.

24. November. (Bologna.) Ein von Sozialisten geleiteter Landarbeiterkongreß, auf dem 704 Vereine mit 144178 Mitgliedern vereinigt sind, tritt zusammen.

30. November. (Kammer.) Bericht des Schatzministers di Broglio über die Finanzlage.

Er teilt mit, daß das Finanzjahr 1900/1901 anstatt mit einem auf mehr als 7 Millionen veranschlagten Defizit, mit einem Reinüberschuß von über 45 Millionen abschloß, nachdem von den Einnahmen 18 Millionen für Eisenbahnausgaben, 8 Millionen für die Schuldentilgung und 15 Mill. für die Kosten der China-Expedition verwendet worden seien. Die gegenüber dem Voranschlag erreichte Aufbesserung der Etats um 48 Millionen sei zum Teil die Folge der genauen Bemessung der Ausgaben, wobei insgesamt 8 Millionen erspart wurden, zum Teil die Folge der ausgezeichneten Ergebnisse der thatsächlichen Einnahmen, die sich um über 40 Mill. erhöhten, hauptsächlich infolge der Fabrikationssteuern, der Salz- und Tabakabgaben, der Einnahmen bei der Post und Telegraphie und schließlich wegen des Ueberschusses der Einkommensteuer. Für das Finanzjahr 1901/1902 werde ein Ueberschuß von 13 Millionen veranschlagt, nachdem 17 Millionen für Eisenbahnzwecke und 15 Millionen für Tilgung der Staatsschulden in Rechnung gestellt sind. Der Unterschied zwischen beiden Budgets ist die Folge der Vermehrung gewisser Ausgaben und der Verringerung einiger Einnahmeposten, wozu namentlich der Verlust zu rechnen ist, der sich aus der Gleichmachung der Grundsteuern und der Verringerung der Einnahmen aus den Getreidezöllen um 25 Millionen ergibt. Indessen hegt der Minister, falls nicht bisher unvorhergesehene Ereignisse eintreten sollten, das feste Vertrauen, daß der von ihm veranschlagte Ueberschuß noch überschritten

werden wird. Das Budget für 1902/1903 werde mit einem Reinüberschuß von 14 Millionen abschließen. Die Bestände des Schatzes hätten sich während der letzten drei Etatsjahre um 61 Millionen erhöht und zwar ausschließlich infolge der guten Abschlüsse des Budgets.

13. Dezember. (Kammer.) **Ministerpräsident Zanardelli verspricht Maßregeln zur Hebung der südlichen Provinzen wie Erleichterung der Grundsteuer und Verbesserung der Eisenbahnverbindung mit Rom.**

14. Dezember. (Kammer.) **Prinetti über Italien, Frankreich und Tripolis.**

Auf eine Anfrage des Deputierten Guicciardini bezüglich der zur Zeit in Tripolis herrschenden Erregung und bezüglich der französischen Politik im Mittelmeer erwidert der Minister des Aeußern Prinetti, die jüngste Flottendemonstration Frankreichs habe keinerlei Bedenken in Italien hervorgerufen, noch das gegenseitige Vertrauen erschüttern können, das für die Beziehungen der beiden Regierungen zur Regel geworden sei. Dieses Vertrauen sei vonseiten Italiens um so mehr begründet, als die französische Regierung es sich schon vor einiger Zeit habe angelegen sein lassen, Italien davon in Kenntnis zu setzen, daß die französisch-englische Konvention vom 21. März 1899 Frankreich in betreff der afrikanischen Länder und besonders in betreff Tripolis eine Grenze festsetzt nnd daß es nicht in der Absicht Frankreichs liege, die Karawanenstraßen von Tripolis nach dem Innern Afrikas abzuschneiden. Seitdem seien die freundschaftlichen Beziehungen derartige geworden, daß gegenseitige Erklärungen über die beiderseitigen Interessen im Mittelmeer ausgetauscht worden seien, durch die man zu einer vollständigen Uebereinstimmung der Ansichten gelangt sei.

20. Dezember. (Senat.) **Mitteilung über in Amerika gelynchte Italiener.**

Senator Fava interpelliert den Minister des Auswärtigen über die Vorfälle im Orte Erwin im Staate Mississippi, wo seinerzeit Italiener gelyncht wurden. Minister des Aeußern, Prinetti: Die Regierung habe alles gethan, um die Angelegenheit ins klare zu bringen. Die italienischen Vertreter seien angewiesen worden, für die Geschworenen- und die Zeugenaussagen Beweisstücke zu sammeln und bei der amerikanischen Regierung dahin zu wirken, daß die Schuldigen bestraft würden. Die Zeugen hätten sich aber geweigert, offen auszusagen. So sei es unmöglich gewesen, die Schuldigen festzustellen. Die italienische Regierung habe dann bei der Regierung der Vereinigten Staaten wegen des Thatbestandes, der eine Verletzung der internationalen Verträge bedeute, Einspruch erhoben und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es der amerikanischen Regierung gelingen werde, in Zukunft ähnliche Vorkommnisse zu verhindern. Die amerikanische Regierung, die sich vorbehalten habe, schriftlich zu antworten, habe die Forderungen Italiens als begründet anerkannt und versprochen, die Angelegenheit eingehend zu prüfen. Prinetti fügt hinzu, er teile Favas Ansicht, daß eine Entschädigung abzulehnen sei, jedoch nur in dem Sinne, daß die Entschädigungssumme nicht als Lösegeld für begangene Verbrechen angesehen werden dürfe. Andererseits aber könne man die Familien der Gelynchten nicht zwingen, auf die ihnen aus freien Stücken von Amerika angebotene Entschädigung zu verzichten.

VIII.
Die Römische Kurie.

9. Januar. Der Papst empfängt eine Abordnung englischer Pilger unter Führung des Herzogs von Norfolk, der den Wunsch auf Wiederherstellung der weltlichen Unabhängigkeit ausspricht. — Die italienische Presse kritisiert die Rede scharf; sie sei ein Beweis, daß der Papst sich der Freiheit erfreue, deren Vorhandensein Norfolk leugne.

26. Januar. Der Papst veröffentlicht eine Encyklika über die christliche Demokratie.

Die Encyklika, die vom 18. Januar datiert ist, konstatiert einen Unterschied zwischen dem „Sozialismus" und der „christlichen Demokratie". Der erstere befasse sich nur mit materiellen Gütern und wolle vollständige Gütergleichheit und Gütergemeinschaft herstellen, während die christliche Demokratie die Vorschriften des göttlichen Gesetzes achte und bei ihrem Bestreben, eine materielle Besserung herbeizuführen, auch das geistige Wohl der Völker im Auge habe. Ebensowenig dürfe man die christliche Demokratie mit der politischen verwechseln. Denn die erstere könne und müsse, wie die Kirche, unter den verschiedensten politischen Regierungsformen fortbestehen, sie müsse auch die gesetzmäßige bürgerliche Autorität achten. So verstanden, habe die Bezeichnung „christliche Demokratie" nichts an sich, was irgend Bedenken erregen könne. Der Papst ermächtigt sodann den Eifer und die Thätigkeit der Katholiken, welche sich diesem in höchstem Maße nützlichen Werke widmen, und lobt das Spenden von Almosen, welches nicht, wie die Sozialisten meinten, eine Beleidigung der Armen sei, sondern dazu diene, die Bande der christlichen Liebe innerhalb der menschlichen Gesellschaft enger zu gestalten. Zum Schlusse ermahnt der Papst die Katholiken, sich diese Grundsätze zu eigen zu machen, sich einig zusammenzuschließen und unnütze Streitigkeiten beiseite zu lassen. Alles dies würde dazu beitragen, jedermann zu veranlassen, alles zu fliehen, was einen aufrührerischen und revolutionären Charakter habe, dagegen aber das Recht jedes anderen zu achten, sich seinen Vorgesetzten gegenüber achtungsvoll zu zeigen und praktisches Christentum zu treiben. So werde der soziale Friede an allen Orten wieder zur Ausbreitung gelangen.

11. Februar. Der Papst sagt in der Beantwortung einer Adresse des Kardinals Vaughan über den liberalen Katholizismus:

Nur zu bekannt ist das Verderben, das teils schon vorhanden ist, teils bevorsteht aus jenen ganz falschen Meinungen, deren Gesamtheit man als liberalen Katholizismus zu bezeichnen pflegt. Ihr übertreibt keineswegs die Gefahr, die dem Katholizismus gegenwärtig in England droht, sondern stellet sie so dar, wie sie wirklich ist, und ebenso verstößt Euere auf die Lehren und Vorschriften der Kirche gestützte Auseinandersetzung in keinem Punkte gegen die Wahrheit. Denn was Ihr lehrend und mahnend vorgetragen habt, ist bereits alles von unseren Vorgängern behandelt, von den Vätern des Vatikanischen Konzils bestimmt ausgesprochen und von Uns selbst mehr als einmal mündlich wie schriftlich erläutert worden. Es war ein sehr heilsamer Gedanke, zur Hut vor dem Rationalismus aufzufordern,

der schlau und verschlagen herumschleicht und für den Glauben ein Gift ist, schädlicher als irgend eines. Und gleichfalls vollkommen richtig ist, was Ihr über den den Bischöfen gebührenden Gehorsam ausführet. Ist doch die Unterwürfigkeit und der Gehorsam gegen die bischöfliche Gewalt durchaus keine Sache der freien Wahl, sondern ganz und gar Pflicht und die vorzüglichste Grundlage der göttlichen Verfassung der Kirche. Darum spenden Wir Euch hierfür großes Lob und Beistimmung.

2. März. Der Papst über die Feinde der katholischen Kirche.

Anläßlich seines Krönungstages empfängt der Papst die Kardinäle und Prälaten und weist auf die der Kirche drohenden Schwierigkeiten hin. Namentlich tadelt er die bösen Sekten, die einmütig bestrebt seien, die katholischen Einrichtungen zu bekämpfen, um sie, wenn dies möglich wäre, zu zerstören. Er fürchte nichts für die Kirche, welche stark sei durch die göttlichen Versprechungen und daraus neue Tugenden und neuen Ruhm ziehe. Er bedauert, daß das katholische Frankreich, welches sich in dieser Hinsicht so große Verdienste erworben, augenblicklich von so ernsten Gefahren bedroht sei.

12. Juni. Kardinal Parocchi über die protestantische Propaganda.

Nach dem „Osservatore Romano" hat der Generalvikar Kardinal Parocchi in Gegenwart von 20 Kardinälen, zahlreichen Bischöfen, Prälaten und sonstigen hervorragenden Persönlichkeiten einen Vortrag gehalten über die Verteidigung des katholischen Glaubens gegenüber der protestantischen Propaganda. Er schildert die erbitterten Angriffe, welche der Protestantismus überall, besonders in Italien und Rom, gegen den Katholizismus richte, wobei er sich die gegenwärtige Erschütterung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu nutze mache.

Anfang Juli. Der Papst erläßt ein Schreiben an die Oberen der Orden, worin es heißt:

„Die religiösen Genossenschaften erhielten jederzeit, in Tagen des Friedens und in Zeiten der Verfolgung, wie sie jetzt wieder gegen euch entbrannt ist, von diesem Apostolischen Stuhle Beweise liebevoller Fürsorge. Die heftigen Angriffe, welche jüngst in einigen Ländern gegen die von euch geleiteten Orden und Genossenschaften gemacht worden sind, betrüben Uns aufs höchste. Es trauert hierüber auch die heilige Kirche, da sie nicht nur in ihren Rechten sich verletzt, sondern auch in ihrer Thätigkeit sich beeinträchtigt fühlt, welche sie durch den Ordens- wie den Weltklerus entfaltet; in der That, wer an die Weltpriester oder Ordensleute Hand anlegt, verletzt den Augapfel der Kirche. So viel in Unseren Kräften stand, ließen Wir kein Mittel unversucht, eine so unwürdige Verfolgung von euch abzuhalten und jene Völker vor einem so verhängnisvollen Schritt zu bewahren. Daher haben Wir wiederholt mit aller Energie euere Sache vertreten im Namen der Religion, der Gerechtigkeit und der Civilisation; aber Unsere Hoffnung, Unsere Mahnworte würden gut aufgenommen, erfüllte sich nicht. Gerade in diesen Tagen wurden in einem, an zum Ordensleben berufenen, besonders fruchtbaren Lande, dem Wir immer ganz besondere Sorge zuwandten, von den gesetzgebenden Körperschaften Ausnahmegesetze getroffen, gegen die Wir noch vor wenigen Monaten Unsere Stimme erhoben hatten. — Eingedenk Unserer heiligen Pflichten erheben Wir nach dem Beispiele Unserer Vorfahren laut Einsprache gegen diese Gesetze, die gegen das Naturrecht wie die Satzungen des Evangeliums verstoßen und ebenso gegen die un-

unterbrochene Ueberlieferung, zu einem Leben sich zu vereinigen, dem der Stempel der Heiligkeit aufgeprägt ist. Diese Gesetze verletzen ferner das absolute Recht der Kirche, religiöse, einzig und allein von ihr abhängende Genossenschaften zu gründen, welche sie in Erfüllung ihrer göttlichen Mission unterstützen und der Religion wie dem Staate vom größten Nutzen sind, ein Nutzen, der gerade dieser angesehenen Nation in hervorragender Weise zu gute kommt. Wenn ihr jetzt durch die Ungunst der Zeiten von gehässigen Gesetzen bereits unterdrückt seid oder in Gefahr schwebt, zerstreut zu werden, so werdet ihr erkennen, wie mächtig auch das Bedürfnis wächst, mit größter Sorgfalt euch vor der den Geist ablenkenden weltlichen Ansteckung zu hüten und euch jeder, auch der härtesten Prüfung gewachsen zu zeigen." Zu diesem Zwecke müßten die vom päpstlichen Stuhle und von den Obern gegebenen Weisungen gewissenhaft innegehalten werden; junge und alte Ordensleute sollten ihre Ordensstifter stets vor Augen halten, sich nach den Vorschriften und nach dem Beispiel richten, das sie auch in den traurigsten Zeiten gegeben hätten, so ein reiches Erbteil unbesiegter Festigkeit und aller hervorragenden Tugenden hinterlassend. („Köln. Volksztg.")

7. November. Der Papst empfängt eine Deputation von 80 englischen Pilgern und richtet in seiner Ansprache an sie an alle Engländer die Aufforderung, die katholische Religion zu studieren, um so zur Wiedervereinigung der Kirchen beizutragen.

20. Dezember. Der Papst ermahnt in einer Encyklika die lateinischen Bischöfe Griechenlands, für die Beseitigung des Schismas zu arbeiten.

23. Dezember. Der Papst spricht sich im Heiligen Kollegium scharf gegen die Verfolgung der Orden und gegen die italienische Ehescheidungsvorlage aus.

IX.
Schweiz.

Januar. Volkszählung. Die Schweiz hat nach der Zählung vom 1. Dezember 1900 3 327 207 Einwohner gegen 2 933 334 im Jahre 1888.

22. März. Der Bundesrat arbeitet eine Vorlage über Einbürgerung von Ausländern aus.

Danach muß sich ein Ausländer behufs Erwerbung eines Kantons- und Gemeindebürgerrechts zunächst um die bundesrätliche Bewilligung zu bewerben, welche durch einen unmittelbar vorangehenden zweijährigen ordentlichen Wohnsitz in der Schweiz bedingt ist und verweigert werden kann, wenn die Beziehungen des Bewerbers zu seinem Heimatland, sowie die sonstigen persönlichen und Familienverhältnisse so beschaffen sind, daß aus der Aufnahme des Gesuchstellers der Eidgenossenschaft Nachteile erwachsen könnten. Den Kantonen bleibt vorbehalten, durch Gesetz zu bestimmen, daß die im Kanton geborenen Kinder von Ausländern, welche zur Zeit der Geburt wenigstens 10 Jahre im Kanton ihren Wohnsitz gehabt haben, von Gesetzes wegen Kantonsbürger werden, ohne der bundesrätlichen Bewilligung zu bedürfen.

April. (Zug.) Aus Anlaß der Graßmannpolemik in Deutschland (S. 76) entsteht im Kanton Zug eine Kontroverse über die Moral Liguoris zwischen der katholischen Geistlichkeit und Liberalen.

Anfang April. Streit um das Asylrecht.

Die Schweiz liefert einen italienischen Anarchisten Jaffei, der an der Ermordung König Humberts teilgenommen haben soll, an die italienische Regierung aus, weil sie den Königsmord nicht als politisches, sondern als gemeines Verbrechen ansieht. Die Anarchisten und Sozialdemokraten bezeichnen es als eine Verletzung des Asylrechts, russische Studenten und Anarchisten demonstrieren in Genf und beschädigen das russische Konsulatsgebäude (5. April). Polizei und Militär stellen die Ruhe wieder her. — Später werden noch mehrere fremde Anarchisten ausgewiesen.

1. Juni. Vertreter des Bundesrats und der Nordostbahngesellschaft unterzeichnen einen Vertrag über den Rückkauf der Bahn durch den Bund für 82 Millionen Francs. Am 24. September genehmigt der Bundesrat den Vertrag.

3. Juni. (Zürich.) Die Bundesversammlung tritt zur ordentlichen Sommertagung zusammen.

6. Juni. (Winterthur.) Es bildet sich eine Liga zur Unterstützung der reformierten Bewegung in Österreich.

12. Juni. (Zürich.) Eine Konferenz von Vorständen der öffentlichen Versicherungsanstalten Deutschlands und der Schweiz berät über Organisations- und technische Fragen.

Juni. Unter den Arbeitern am Simplon bricht ein Streik aus, der zu Unruhen führt.

30. Juni. (Zürich.) Schluß der Sommertagung der Bundesversammlung.

Die Versammlung genehmigt u. a. die Staatsrechnung für 1900, die einen Fehlbetrag von 1700000 Frks. aufweist und das Gesetz über die Militärversicherung. Dies Gesetz versichert alle Wehrmänner gegen Krankheit, Unfall und Tod und weist alle Unkosten dem Bund zu. Die Vorlage auf Errichtung einer Bundesbank kommt nicht zu stande, weil beide Stände sich nicht einigen können. Es bleibt also einstweilen bei dem kantonalen Notenwesen ohne Zentralbank.

Juli. August. Landwirtschaftliche Interessenten agitieren für eine Erhöhung der Zölle auf deutsche Artikel, um eine Herabsetzung der deutschen Agrarzölle des neuen Zolltarifs zu erzwingen.

25. August. (Zürich.) 4000 Sozialdemokraten demonstrieren in einem Umzug gegen die Ausweisung der Anarchisten und angebliche Verletzungen des Vereinsrechts durch die Regierung.

25. August bis 2. September. (Basel.) Aufenthalt des chinesischen Prinzen Tschun, der seine Reise nach Berlin wegen einer angeblichen Krankheit unterbricht. (Vgl. S. 130.)

22. September. (Solothurn.) Neuorganisation der schweizer Sozialdemokratie.

Auf dem allgemeinen Sozialistenkongresse verschmelzt sich der Grütliverein mit der sozialdemokratischen Partei. Der Grütliverein, der etwa 10000 Mitglieder zählt, hatte bisher eine vermittelnde Politik vertreten, während die sozialdemokrat. Partei auf dem Boden des Klassenkampfes steht.

27. September. (Basel.) Der Kongreß der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz beschließt die Herausgabe einer Sammlung der Arbeiterschutzgesetze aller Länder in drei Sprachen.

Ende Oktober. Das Budget für 1902 wird veröffentlicht. Es schließt bei 102240000 Francs Einnahmen und 108120000 Francs Ausgaben mit einem Fehlbetrage von 5880000 Francs ab, was gegenüber dem Budget von 1901 eine Steigerung des Fehlbetrages um 3070000 Francs bedeutet.

Anfang November. (Bern.) Die Aktionärversammlung der Schweizer Nordostbahn beschließt den Verkauf des Nordostbahnnetzes an die Eidgenossenschaft. — Die Bahn geht 1. Januar 1902 in staatlichen Besitz über.

26. November. (Bern.) Im Kantonsrat wird ein Antrag gestellt, der Kantonsrat solle die Bundesbehörde ersuchen, bei den ausländischen Regierungen Schritte zu thun, damit England dem unmenschlichen südafrikanischen Kriege, dem Elende der Burenfrauen und Burenkinder ein Ende mache. Die Berner Regierung stimmt zu.

2. Dezember. (Bern.) Nationalrat und Ständerat treten zusammen. Im Ständerat bezeichnet der Präsident in seiner Eröffnungsrede die „Hinschlachtung des freien Volkes der Buren" als das traurigste Ereignis des 20. Jahrhunderts.

12. Dezember. (Bern.) Die Bundesversammlung wählt zum Bundespräsidenten für das Jahr 1902 Bundesrat Zemp-Luzern (katholisch-konservativ), zum Vizepräsidenten Deucher-Thurgau (radikal).

Dezember. Die schweizer Presse beschäftigt sich mit den von der deutschen Regierung auf der Tüllinger Höhe bei Basel geplanten Befestigungen und protestiert dagegen als eine Bedrohung der Schweiz und eine Verletzung der Verträge von 1815.

X.
Belgien.

4. Januar. (Antwerpen.) Schluß eines Ausstandes der Hafenarbeiter.

22. Januar. (Brüssel.) In einem Prozeß der Transvaal-Regierung gegen die Unternehmer der Eisenbahn Komatipoort-Leydsdorp wegen Übervorteilung werden die Angeklagten zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Ende Januar. (Kammer.) Debatten über die Spielhöllen. Die „Allgemeine Zeitung" berichtet darüber:

„Bekanntlich bestehen in der belgischen Gesetzgebung zur Zeit keinerlei Bestimmungen, welche der Errichtung und Ausbeutung öffentlicher Spiel-

banken nach dem Muster derjenigen von Monte Carlo Schranken entgegensetzen würden. Die Konzession hiezu hängt lediglich von der betreffenden kommunalen Behörde ab, und da die Konzession von Spielhäusern den Gemeindeverwaltungen sehr bedeutende Einkünfte sichert, so haben nacheinander fast alle größeren und kleineren belgischen Städte, insbesondere diejenigen, die als Badeorte und Sommerfrischen in Betracht kommen, sich den Luxus eigener Spielbanken gestattet. Der Skandal mehrte sich in so unerhörter Weise, daß der frühere Justizminister Senator Lejeune sich veranlaßt sah, im Senate einen Gesetzentwurf, betr. die Unterdrückung der bestehenden und das Verbot der Errichtung neuer Spielbanken einzubringen. Der Senat nahm den Gesetzentwurf Lejeune bereits vor einigen Jahren an. Aber die ultramontane Regierung, deren wir uns hier seit so langer Zeit erfreuen, setzte einen Zusatzantrag durch, welcher den beiden größten Spielbanken des Landes, den Spielhöllen von Ostende und Spaa, den gesetzlichen Fortbestand sicherte. Den beiden genannten Badeorten wurde also nicht bloß eine Ausnahmestellung gewährt, sondern ihr Spielbankprivilegium wurde sogar in eine gesetzliche Form gekleidet. Der Staat trat hier also gleichsam als Schutzherr des Spielbankunwesens auf. Der Kammerausschuß hat jedoch diesen Zusatzantrag unter erdrückender Mehrheit abgelehnt und den Gesetzentwurf Lejeune in seiner vormaligen Fassung wiederhergestellt. Darüber wütet nun der Redekampf in der Kammer. Wir haben dieser Tage das gewiß seltsame Schauspiel erlebt, daß der Ministerpräsident De Smet de Naeyer und der Justizminister van den Heuvel öffentlich als Verteidiger der internationalen Spielbanken von Ostende und Spaa auftraten und für die gesetzliche Anerkennung ihrer „wohlerworbenen Rechte“ das Wort ergriffen. Der Ministerpräsident machte hiebei die verblüffende Enthüllung, daß die Stadt Ostende aus ihrer Spielbankkonzession ein Jahreseinkommen von mehr als dritthalb Millionen Franks bezieht. Da die Ostender Saison höchstens zehn Wochen umfaßt, so kann man sich denken, welche Summen da in so kurzer Zeit verloren werden müssen, wenn die Spielbankverwaltung bei so ungeheuren Abgaben noch ihre Rechnung findet. Des weiteren teilte der Ministerpräsident mit, die Regierung habe sich wegen einer internationalen Regelung der Spielfrage an die Regierungen Deutschlands und Frankreichs gewendet. Dieser seltsame Schritt der Brüsseler Regierung ist lediglich ein Mittel zur Verschleppung der Angelegenheit, denn jedermann weiß, daß weder Deutschland noch Frankreich öffentlich konzessionierte Spielbanken besitzen und somit gar kein Interesse daran haben, zur Lösung einer rein inneren Frage des belgischen Staates beizutragen. Das Ministerium De Smet de Naeyer sucht eben auf alle mögliche Weise den Spielhöllen von Ostende und Spaa ihre Konzession zu erhalten. Es ist aber gegründete Aussicht vorhanden, daß die Kammer den Wunsch der Regierung nicht berücksichtigt und den belgischen Spielhöllenskandal ein- für allemal beseitigt.

Februar. Die christlichen Demokraten unter Führung des Abbé Daens betrachten die päpstliche Encyklika über die christliche Demokratie (S. 252) als eine Rechtfertigung ihrer Bestrebungen.

13. Februar. Die **Kammer** lehnt den Beschluß des Senats ab, wonach Ostende und Spaa das Privileg, Spielhäuser zu unterhalten, behalten sollen.

18. Februar. Belgien und der Kongostaat.

Der am 3. Juli 1890 abgeschlossene Vertrag, der Belgien das Recht

einräumt, das mittelafrikanische Unternehmen des Königs Leopold II. unentgeltlich als Kolonie zu erwerben, läuft ab. Der Ministerpräsident bereitet einen neuen Vertrag vor. Danach wird das erloschene Erwerbsrecht des belgischen Staates auf den Kongostaat bis zum 18. Februar 1910 verlängert. Dafür verzichtet Belgien auf die im Vertrag von 1890 vorgesehene Verzinsung des Darlehens von 25 Millionen Franks, das dem Kongostaat aus der belgischen Staatskasse bewilligt worden war. Dieses Darlehen wird ferner bis zum 18. Februar 1910 gestundet und wird an diesem Tage fällig, falls Belgien von dem Uebernahmerecht keinen Gebrauch gemacht hat. Dagegen fällt die dem Kongostaate bisher gewährte Jahressubvention aus der belgischen Staatskasse im Betrage von 2,500,000 Fr. weg, da der zunehmende Handel und die fortschreitende günstige Entwicklung des mittelafrikanischen Staatswesens diesem gestattet, fortan auf eigenen Füßen zu stehen.

29. März. (Brüssel.) Die vereinigte Rechte beider Kammern entscheidet sich in einer Fraktionssitzung mit großer Mehrheit gegen die Annexion des Kongostaates.

April. Die Kammer beschließt mit 92 gegen 16 Stimmen, daß alle Berichte über Gesetzesvorlagen fortan in beiden Landessprachen abzufassen sind.

April. In der klerikalen Partei brechen Differenzen über die Heeresreform aus. Abg. Beernaert plädiert für Einführung der persönlichen Dienstpflicht, während Abg. Woeste und die Bischöfe Herabsetzung der Militärlasten verlangen.

7./8. April. (Lüttich.) Die Jahresversammlung der belgischen Sozialdemokratie spricht sich für Erlangung des allgemeinen Stimmrechts durch die radikalsten Mittel aus. — Eine ähnliche Kundgebung erläßt der Generalrat der Arbeiterpartei Anfang Juli.

Ende April. Die Regierung legt den Kammern ein neues Unfallversicherungsgesetz vor, wonach der Arbeiter Anspruch auf Entschädigung für jede durch einen Unfall herbeigeführte Arbeitsunfähigkeit von mehr als zweiwöchiger Dauer hat.

Mai. Juni. Heeresreform.

Eine von der Regierung eingesetzte außerparlamentarische Kommission zur Ausarbeitung einer Heeresorganisation schlägt mit großer Majorität die Einführung der persönlichen Dienstpflicht und die Beseitigung der Stellvertretung vor. Das jährliche Truppenkontingent wird für das erste Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes auf 16,000 Mann, für das zweite und die nachfolgenden Jahre auf 18,000 Mann festgesetzt, an Stelle der 13,500 Mann, die gegenwärtig ausgehoben werden. Die gesamte Dienstzeit beträgt 13 Jahre, und die Minimalstärke des belgischen Heeres in Kriegszeiten 180,000 Mann. Weiter wird die Einrichtung der Einjährig-Freiwilligen für gewisse Stellungspflichtige, die einen höheren Bildungsgrad nachweisen, neu geschaffen. Schließlich setzt der Gesetzentwurf die aktive Dienstzeit, die jetzt durchschnittlich 28 Monate beträgt, in der Weise fest, daß sie in der Infanterie nur 21, in der Artillerie nur 24, in der Kavallerie aber 30 Mo-

nate betragen wird (Anf. Mai). Die Regierung spricht sich für den Entwurf aus, läßt ihn aber fallen, weil die klerikale Partei sich dagegen erklärt (Mitte Juni). Sie acceptiert einen Entwurf der Klerikalen, der Beibehaltung des Stellvertretersystems, Verkürzung der aktiven Dienstzeit fordert und die Vermehrung des Kontingents durch einige Hundert Freiwillige zuläßt.

Ende Mai. Anfang Juni. Die Bürgerwehr der meisten großen Städte, wie Antwerpen, Gent, Brüssel, Lüttich, Verviers, meutert beim Exerzieren.

7. Juni. (Senat.) Auf eine Anfrage erklärt Minister des Auswärtigen Favereau über die Neutralität Belgiens:

Die Garantie der Neutralität Belgiens sei in einem Sondervertrage zwischen Belgien und fünf Garantiemächten niedergelegt. Nach den Bestimmungen dieses Vertrags stünden die Mächte für die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des belgischen Gebiets ein. Sie hätten besonders im Auge gehabt, zu verhindern, daß Belgien anderen europäischen Nationen als Kriegsschauplatz diene. Das Land müsse also jeden Einfall, von welcher Seite er auch komme, selbst zurückweisen und habe deshalb die Pflicht, sich mit der Möglichkeit eines Einfalles zu befassen.

13. Juni. Der Senat genehmigt mit 51 gegen 17 Stimmen das von der Kammer beschlossene Spielhöllengesetz mit einigen Abänderungen.

1. Juli. (Kammer.) Abg. Anseele, der Führer der sozialdemokratischen Partei, erklärt, seine Partei sei bereit, in einem antiklerikalen Kabinett eventuell Portefeuilles zu übernehmen.

13. Juli. Die Kammer verwirft die vom Senat beschlossene Verlängerung des Spielhäuserprivilegiums für Ostende und Spaa und verweist die Vorlage an den Senat zurück. — Der Senat vertagt die Entscheidung auf den Herbst.

17. Juli. (Kammer.) Beschluß über das Verhältnis Belgiens zum Kongostaate.

Die Kammer genehmigt mit 71 gegen 31 Stimmen den Gesetzentwurf über die dem Kongostaat von Belgien gemachten Vorschüsse. Hiernach verzichtet Belgien, da es an dem Rechte des Königs als Souverain festhalten will, den unabhängigen Kongostaat zu annektieren, für die gegenwärtige Zeit auf Rückzahlung der dem genannten Staate geliehenen Summen gemäß dem Uebereinkommen vom 3. Juli 1890, sowie auf die Zahlung der Zinsen der genannten Summen. Die finanziellen Verpflichtungen, welche der unabhängige Kongostaat auf Grund dieses Uebereinkommens eingegangen ist, würden erst wieder in Kraft treten von dem Augenblicke an, wo Belgien auf das Recht der Annexion des Kongostaates verzichtet. Der Abg. Beernaart hatte einen Antrag auf sofortige Annexion des Kongostaates gestellt, aber ihn infolge Widerspruchs König Leopolds zurückgezogen.

Mitte Juli. (Kammer.) Debatte über den Volksschulunterricht. Zahl der Analphabeten.

Die „Allg. Ztg." berichtet darüber: Der Unterrichtsminister de Trooz

mußte zugestehen, daß es mit dem Stande der allgemeinen Volksbildung in Belgien recht traurig bestellt ist, da von den 7 Millionen Einwohnern des Landes zum mindestens 2 Millionen nicht einmal des Lesens und Schreibens kundig sind. Von den Stellungspflichtigen gehören in den Städten 10, in den Landgemeinden 30—40 Prozent zu den Analphabeten, und der Unterrichtsminister konnte nicht umhin, die bedauerliche Thatsache mitzuteilen, daß zur Zeit mehr als 120000 im schulpflichtigen Alter stehende Kinder gar keine Schule besuchen. Man sollte meinen, daß die Regierung nach der Feststellung eines derartigen traurigen Zustandes zu dem Schlusse kommen müßte, daß der allgemeine Schulzwang einzuführen sei. Aber zu einer solchen Logik will sie sich nicht entschließen. Der Unterrichtsminister berief sich vielmehr darauf, daß die allgemeine Volksbildung in Belgien doch gegenüber früheren Zeiten, wie z. B. gegenüber dem Jahre 1850, Fortschritte gemacht hat.

19. Juli. Die Regierung legt die Heeresreform vor.

Für die Infanterie soll die Dienstzeit künftig nur 22 Monate statt der bisherigen vier Jahre, für die Kavallerie und Artillerie 30 Monate statt bisher fünf Jahre betragen. Eine Erhöhung des Kontingents (der jährlichen Rekruteneinstellung) findet nicht statt, so daß also thatsächlich eine bedeutende Herabsetzung des Präsenzstandes der Armee schon binnen Jahresfrist eintreten wird, die in jedem der drei folgenden Jahre noch wächst. Um diesen Ausfall zu decken, sollen außer dem Jahreskontingent von 13300 Mann noch jährlich 1400 Freiwillige eingestellt werden — vorausgesetzt, daß dieselben sich finden. Das neue Gesetz, anstatt das Loskaufswesen aufzuheben, trifft vielmehr besondere Maßnahmen, um den Loskauf zu fördern. Vor allem richtet es sein Augenmerk auf die Einstellung möglichst zahlreicher Freiwilligen, welchen außer dem Solde noch Prämien, Pensionen und Civilversorgung in Aussicht gestellt werden. Nur so weit die Angebote von Freiwilligen hinter dem Jahresbedarfe von 13300 Mann zurückbleiben, bleibt das bisherige Losziehen in Kraft und für die vom Lose zum Dienst bestimmten bleibt, soweit dieselben es sich leisten können, dann der Rettungsanker des Loskaufs. Daß künftig jeder einigermaßen auf sich haltende, ordentliche junge Mann von diesem Loskaufsrechte Gebrauch zu machen wünscht, versteht sich bei der in Aussicht stehenden Zusammensetzung der belgischen Armee von selbst. Man besorgt daher vielfach, daß vom nächstfolgenden Jahre ab alle bürgerlichen Elemente aus der belgischen Armee verschwinden und daß dieselbe zum guten Teile eine Umstürzler- und Abenteurer-Armee sein wird. („Köln. Volksztg.")

Ende September. (Lüttich.) Ein großer Ausstand der Bergarbeiter bricht gegen den Willen der Arbeiterführer aus.

3. November. (Brüssel.) Prinzessin Albert, die Gemahlin des Thronfolgers, wird von einem Prinzen entbunden.

Mitte November. Alkoholfrage in Belgien.

Die „Allg. Ztg." berichtet auf Grund von Mitteilungen in belgischen Blättern: Das Königreich zählt zur Zeit nicht weniger als 175000 Kneipen und Schankstellen für Alkoholgetränke, 229 Brennereien und 2900 Brauereien. In Norwegen kommt eine Kneipe auf 52000 Einwohner, in Rußland eine auf 991, in Oesterreich auf 220, in Preußen auf 180, in Belgien aber kommt eine Kneipe auf 26 Menschen. Brüssel allein zählt 4281 Cafés und Kneipen. Das belgische Volk hat in 20 Jahren von 1876–1896 etwa 2½ Milliarden in Genever verausgabt. Diese Summe übertrifft

alle Ausgaben, die in einer Zeit von 66 Jahren, nämlich seit 1830, Belgien für öffentliche Anstalten u. s. w. ausgab für Eisenbahnen, Post und Telegraph, Kanäle, Wasserbauten, Wege und Brücken, Waisenhäuser und Hospitäler, Unterrichtsanstalten aller Art, Kunstakademien, für Heer und Bürgerwehr, Festungen, Postdampfer, Ausstellungen. Und diese $2^1/_2$ Milliarden hat das belgische Volk in Schnaps vertrunken.

20. November. Die Kammer verwirft mit 83 gegen 64 Stimmen einen Antrag auf Abschaffung der Stellvertretung im Militärdienst und mit 90 gegen 59 Stimmen einen Antrag auf Abschaffung der Auslosung.

10. Dezember. (Kammer.) Interpellation über den südafrikanischen Krieg.

Abg. Vandervelde (Soz.) befragt die Regierung, welche Haltung sie einnähme, wenn die anderen Regierungen einen gemeinsamen Schritt unternähmen, um von England eine bessere Behandlung der in den Konzentrationslagern in Südafrika Befindlichen zu erlangen. Minister des Auswärtigen Favereau: „Die belgische Regierung kann in der Sache nicht intervenieren und die Initiative nicht ergreifen, da England eine Intervention nicht annimmt.“ Er könne auch nicht sagen, ob Belgien sich an einem gemeinsamen Schritte beteiligen werde, und glaube nicht, daß ein solcher geschehen werde. Kriege sind bedauerlich und ihre Folgen schrecklich; aber Belgien dürfe seine Sympathie für England, seinen treuen Alliierten, nicht vergessen.

13. Dezember. Die Kammer genehmigt in erster Lesung die Heeresvorlage, worüber seit dem Anfang Oktober beraten worden ist. Die der Stellvertretung abgeneigten Deputierten der Rechten stimmen für das Gesetz, um die Regierung nicht zu stürzen.

16. Dezember. (Brüssel.) Beginn einer internationalen Zuckerkonferenz, an der sämtliche zuckerproduzierenden Staaten Europas außer Rußland vertreten sind.

20. Dezember. Die Kammer genehmigt mit 76 gegen 30 Stimmen eine Vorlage auf Abänderung der Zuckersteuer.

24. Dezember. Der Senat genehmigt die Spielhäuserfrage in der von der Kammer beschlossenen Fassung. Die Spielhäuser von Ostende und Spaa werden danach auch geschlossen.

XI.
Niederlande.

3. Januar. Die zweite Kammer genehmigt sämtliche auf die Heirat der Königin bezüglichen Gesetzentwürfe.

7. Februar. (Haag.) Hochzeit der Königin mit dem Prinzen Heinrich von Mecklenburg unter Teilnahme zahlreicher fremder Fürstlichkeiten. Das preußische Königshaus wird durch Prinz Albrecht vertreten.

28. Februar. (Zweite Kammer.) Debatte über das Verhältnis zu Portugal (vgl. 1900 S. 259).

Auf eine Anfrage, aus welchen Gründen dem niederländischen Konsul Pott in Lourenço Marques das Exequatur entzogen worden sei, erwidert der Minister des Auswärtigen de Beaufort, das Exequatur sei Pott entzogen worden, weil dieser wegen betrügerischer Einfuhr heliographischer Apparate für die Transvaalartillerie und wegen Mißbrauchs von Pässen verurteilt worden sei. Pott habe die Verurteilung zugegeben, stelle aber den Mißbrauch von Pässen in Abrede. Der portugiesische Gesandte habe nach seiner Rückkehr nach dem Haag erklärt, er habe niemals die Absicht gehabt, den Niederlanden gegenüber unfreundlich zu sein und er erhebe keinen Einspruch dagegen, daß Pott als Privatmann nach Lourenço Marques zurückkehre.

12. März. (Zweite Kammer.) Beschluß über die Heeresreform.

Die Kammer beschließt, daß die erste Dienstzeit in der Infanterie auf höchstens 8½ und in der Kavallerie auf 18 Monate festgesetzt wird. Der Kriegsminister hatte ein Maximum von 12 Monaten für die Infanterie und von 18 Monaten für die Kavallerie verlangt. — Er ersucht die Kammer, die Fortsetzung der Debatte zu vertagen, bis die Regierung bezüglich dieser Frage einen Beschluß gefaßt habe, und reicht dann seine Demission ein. Sein Nachfolger wird General Kool.

21. März. (Haag.) Prinz Heinrich wird durch die Königin in den Staatsrat eingeführt, in dem er eine beratende Stimme erhält.

Ende März. Mehrere Blätter veröffentlichen einige von englischen Ärzten unterschriebene Berichte aus Südafrika, wonach die Engländer die Burenfrauen und Kinder an Entbehrungen sterben lassen.

7. Mai. Die zweite Kammer genehmigt mit 59 gegen 38 Stimmen das Militärgesetz. Hierdurch wird die jährliche Aushebungsquote von 11000 auf 17000 Mann erhöht.

Anfang Mai. Die Regierung bringt einen Entwurf zur Trockenlegung der Zuidersee ein.

In dem Entwurf wird vorgeschlagen, die Küsten von Nordholland und Friesland nördlich der Yssel durch einen Deich zu verbinden und dann 46000 ha des so abgeschlossenen Teiles des Zuidersees trocken zu legen. Die Kosten hiefür sind auf 95 Millionen Gulden veranschlagt, die durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen. Die Arbeiten sollen in 18 Jahren vollendet werden. Während 60 Jahren soll das Budget jährlich um zwei Millionen Gulden erhöht werden.

14./27. Juni. Kammerwahlen.

In der Hauptwahl (14. Juni) werden 22 Katholiken, 22 Protestanten, 9 Liberale, 2 historische Christen, 2 Demokraten gewählt; 42 Stichwahlen müssen stattfinden. Nach Vollziehung der Stichwahlen (27. Juni) setzt sich die Kammer zusammen aus 27 Liberalen, 25 Katholiken, 30 Protestanten, 7 Sozialdemokraten, 8 Demokraten, 3 „historischen Christen". Der linken Seite des Hauses gehören 42, der rechten 58 Mitglieder an. Die Liberalen haben 13 Sitze verloren, die Protestanten haben 8 und die Sozialisten 3 Sitze gewonnen. Die historischen Christen haben 2 Sitze gewonnen, die Katholiken und die Demokraten je 2 Sitze verloren.

27. Juli. Neubildung des Ministeriums.

Infolge der Niederlage der Liberalen in den Wahlen tritt das Kabinett zurück. Das neue wird durch eine Koalition der protestantischen und katholischen Antiliberalen gebildet und folgendermaßen zusammengesetzt: Melvil Auswärtiges; Van Lynden, Generalsekretär des Schiedsgerichtshofes, Justiz; Deputierter Loeff Inneres; Kuyper, Ministerpräsident; Vizeadmiral Kruys Marine; der frühere Minister Bergansius Krieg; de Marez Oigens Waterstaat Handel und Industrie; Deputierter Harte van Tecklenburg Finanzen; Van Aschwyk, früherer Gouverneur von Surinam, Kolonien.

17. September. (Haag.) Die Königin eröffnet die Generalstaaten.

In der Thronrede heißt es, daß die Beziehungen zu den übrigen Mächten sehr freundschaftliche seien; das gleichzeitig mit den anderen Staaten in China unterzeichnete Friedensprotokoll sichere die Entschädigung für die in Peking zerstörten Gesandtschaftsgebäude. Die allgemeine Lage Hollands biete ein in mehrfacher Hinsicht erfreuliches Bild. Es sei jedoch zu bemerken, daß sich neuerdings für die Regierung mehr als bisher die Notwendigkeit herausgestellt habe, beständig darauf zu achten, daß das Christentum die Grundlage des Volkslebens werde. Die Revision des Gesetzes, betreffend die Sonntagsruhe, und ein wirksamer gesetzlicher Schutz der Volksmoral seien notwendig; ebenso eine wirksamere Bekämpfung des öffentlichen Hazardspiels und des Alkoholismus ohne Beeinträchtigung der individuellen Freiheit, ferner die Aufrechthaltung der Freiheit des Unterrichts in den verschiedenen Zweigen derselben. Was die materiellen Interessen betrifft, so beschäftige die Königin nach wie vor die soziale Frage. Es werde den Kammern ein Gesetzentwurf über eine direkte Vertretung der Landwirte unterbreitet werden, damit die Regierung, von dieser unterstützt, sich besser über die Interessen der Landwirtschaft unterrichten könne. Die Fälschung der Nahrungsmittel und der unlautere Wettbewerb müßten bekämpft werden. Für die Entwickelung des praktischen Volksschulunterrichts und die Regelung des Lehrlingswesens werde die Beihilfe der Volksvertretung verlangt werden. Die Acciseabgaben und die Abgaben auf neue Erfindungen würden auf einer neuen Grundlage wieder eingeführt werden. Das Konsularwesen werde mehr als bisher den Interessen der Landwirt-

schaft, der Industrie und des Handels dienstbar gemacht werden. Die Arbeitsverhältnisse erforderten eine Neuregelung. Die obligatorische Unfallversicherung werde eingeführt werden und auch die Seefischer und ländlichen Arbeiter umfassen. In Vorbereitung sei ferner die obligatorische Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung. Um die sozialen Reformen zu ermöglichen, sei eine Verstärkung der Staatseinkünfte erforderlich, in erster Linie eine Revision des Zolltarifs, bei welcher zugleich der Schutz der nationalen Arbeit zu erhöhen wäre. Falls diese Revision der Bevölkerung mit geringem Einkommen zu stark belasten sollte, werde man bei den Beiträgen dieser Bevölkerungsklassen zur obligatorischen Versicherung einen Ausgleich schaffen. Den Kammern werde ferner eine Vorlage über das Verwaltungsgerichtsverfahren zugehen. Die Gesetze betreffend die nationale Verteidigung würden prompt ausgeführt werden. Die Einführung der Schnellfeuergeschütze sei dringend; sie werde beträchtliche Opfer erfordern. Auf die Marine und das Heer in Niederländisch-Indien würde in religiöser und moralischer Hinsicht bessernd eingewirk werden. Die Niederlande seien als christliche Macht verpflichtet, die rechtliche Stellung der christlichen Eingeborenen besser zu regeln und die christliche Mission zu unterstützen. Die Gründe für die Abnahme des Wohlstandes der Eingeborenen auf Java würden geprüft und die Vorschriften über den Schutz der als Arbeiter verwandten Kulis würden streng durchgeführt werden. Es werde eine Dezentralisierung der Verwaltung beabsichtigt; die bisher bezüglich der Atjeh befolgte Politik werde aufrecht erhalten werden in der Hoffnung auf eine völlige Pazifikation des Landes. Die Entwickelung von Surinam und Curaçao nehme fortdauernd das Interesse der Regierung in Anspruch.

Ende September. (Nimwegen). Ein Kongreß von Literaten und Gelehrten beschließt die deutsche Sprache auf Kosten der französischen zu fördern.

Oktober. In den Hafenstädten wird versucht, einen allgemeinen Boykott der englischen Schiffe durch die Hafenarbeiter zustande zu bringen, um England zur Einstellung des südafrikanischen Krieges zu zwingen. Ein Erfolg wird nicht erreicht, im Auslande finden die Bestrebungen wenig Anklang.

20. November. (Haag.) Der Verwaltungsrat des internationalen Schiedsgerichtshofes erklärt sich für inkompetent, auf einen Antrag des südafrikanischen Gesandten Dr. Leyds, im südafrikanischen Kriege zu intervenieren, einzugehen.

5. Dezember. In der zweiten Kammer erklärt der Minister des Auswärtigen van Linden über die Konzentrationslager in Südafrika:

Die Regierung könne nur dafür Sorge tragen, daß die den in den Lagern befindlichen Personen zugedachten Unterstützungen an ihren Bestimmungsort gelangen. Den in den Lagern befindlichen niederländischen Staatsangehörigen stehe es frei, soweit sie nicht Kriegsgefangene seien, das Lager zu verlassen. Den anderen Staaten müsse man es überlassen, für ihre Staatsangehörigen zu sorgen. Die niederländische Regierung könne nicht weiter gehen.

XII.
Dänemark.

1\. Februar. Volkszählung. Dänemark zählt 2430000 (1890 2172000), Island, Grönland, Faroer 86000 Einwohner.

13\. Februar. (Folkething.) Der Finanzausschuß erklärt sich aus finanziellen Rücksichten für den Verkauf der dänischen Antillen an Nordamerika.

Ende Februar. (Folkething.) Der Finanzminister legt einen Gesetzentwurf vor, eine Anleihe von 25 Millionen Kronen aufzunehmen für Eisenbahnzwecke, sowie für Deckung der gesetzmäßigen Staatszuschüsse an Landarbeiter zur Erwerbung von Grundstücken. — Ein Beschluß darüber kommt nicht zustande.

3\. April. Wahlen zum Folkething.

Das bisherige Folkething bestand aus 114 Mitgliedern; davon gehörten an der radikalen Linken 63, der gemäßigten Linken 21, der Rechten 16, den Sozialisten 12 Mitglieder und zwei Abgeordnete standen außerhalb der Parteiverbände. Das Ergebnis der Wahlen ist eine Verstärkung der Radikalen um 10, der Sozialisten um 2 Sitze, eine Verminderung der gemäßigten Linken um 6, der Rechten sogar um 8 Sitze. Die Parteien zählen nun: die Radikalen 75, die gemäßigte Linke 15, die Sozialisten 14, die Rechte 8 Mitglieder, zu denen man noch zwei „Wilde" rechnen kann.

21\. Juli. (Kopenhagen.) Parteitag der Sozialdemokratie Dänemarks.

Die „Köln. Volksztg." berichtet darüber: Der Parteitag, der von 201 Vertretern besucht war, hat erneut die außerordentlichen Fortschritte der sozialdemokratischen Bewegung in diesem kleinen Lande dargethan. Bei den Reichstags- (Folkethings-) Wahlen am 3. April erzielte die Partei in 30 Wahlkreisen 43000 Stimmen und 14 (früher 12) Mandate. Ende 1900 hatte sie 556 Vertreter in den Gemeindeverwaltungen, in der Stadtverwaltung von Kopenhagen allein 17. Der politische Verband und der über 85000 Mitglieder zählende Gewerkschaftsbund gehen Hand in Hand. Die Partei hat jetzt 15 Tageszeitungen, ein Wochenblatt für die Landarbeiter, ein satirisches Wochenblatt, ein allgemeines Gewerkschaftsblatt und eine Reihe Fachblätter der einzelnen Gewerkschaften. . . . Bei den Wahlen haben bisher die Sozialdemokraten mit der radikalen Linken gemeinsame Sache gemacht und der Rechten und der gemäßigten Linken viel Abbruch gethan. Es geht überhaupt ein radikaler Zug durch das kleine Dänemark, der auch der Sozialdemokratie zu gute kommt. Letztere will jetzt besonders für die Organisierung der Landarbeiter und Häusler wirken und eine Bewegung unter den Dienstboten einleiten. Zu diesem Zweck will die Partei für eine Revision des Dienstbotengesetzes in der Richtung eintreten, daß das Recht der Züchtigung abgeschafft, eine Mindestruhezeit gesetzlich festgelegt und eine Kontrolle der Aufenthalts- und Schlafräume der Dienstboten eingeführt wird. Auch sollen Schiedsgerichte für Dienstboten eingeführt werden. Gute Beziehungen bestehen zwischen den Sozialdemokraten und einem Teile der Studenten. Letztere unterrichten in be-

sonderen Arbeiterschulen und haben sich auch bei der letzten Feier des Verfassungsfestes an dem großen, etwa 50000 Teilnehmer zählenden Demonstrationszuge der Sozialdemokraten in einer besonderen Gruppe beteiligt. Schließlich fand zwischen Studenten und Arbeitern eine förmliche Verbrüderung statt.

16./23. Juli. Ministerwechsel.

Infolge des Sieges der Opposition bei den Wahlen tritt das Ministerium Sehestedt zurück. Es wird folgendermaßen neu gebildet: Ministerpräsident und Minister des Aeußern Professor Deuntzer, Justiz der Anwalt beim Höchsten Gericht Alberti, Kultus Staatsrevisor J. C. Christen, Finanzen Großhändler C. Hage, Ackerbau Landwirtschaftskommissar Ole Hansen, öffentliche Arbeiten Redakteur Hörup, Marine Kontreadmiral Jöhnke, Krieg Oberst W. H. O. Madsen, Inneres Redakteur Enevold Sörensen. Sämtliche Minister gehören der Partei der Linken an.

1. September. (Kopenhagen.) Eine Deputation von etwa 8000 Personen, die fast alle Gemeinden des Landes vertritt, bringt dem Könige den Dank des Volkes für die Ernennung des Linkenministeriums dar.

Anfang September. (Kopenhagen.) Der König empfängt den Besuch des Zarenpaares und des englischen Königspaares.

5. Oktober. Der König eröffnet den Reichstag mit folgender Thronrede:

„Nach vielen Jahren wünschten Wir wieder, persönlich dem Reichstage unseren königlichen Gruß bei dem Beginne der Session zu entbieten. Bei der Ernennung Unseres neuen Ministeriums entsprachen Wir dem Wunsche der Mehrzahl des Volkes, indem Wir die Leitung der Regierung Männern übertrugen, welche auch das Vertrauen des Volkes besitzen. Wir hegen das feste Vertrauen, daß es uns vergönnt sein wird, ein fruchtbares Zusammenarbeiten zwischen dieser Unserer Regierung und dem Reichstage zu sehen. Es ist Unsere sichere Hoffnung, daß es dadurch gelingen wird, dem großen Ziele näher zu treten, nämlich: nach Außen Wahrung der Selbständigkeit Unseres Landes und freundschaftliches Verhältnis zu den fremden Mächten; nach Innen Entwickelung der bürgerlichen und politischen Freiheit, Hebung des geistigen und ökonomischen Lebens des Volkes. Sobald es möglich ist, werden Unsere Minister nach und nach Gesetzesvorlagen einbringen, welche die Erfüllung des Versprechens des Verfassungsgesetzes bezüglich Verbesserung des Justizwesens, bezüglich einer besseren Unseren Verhältnissen angepaßten Ordnung des Verteidigungswesens und bezüglich einer zweckmäßigen Verteilung der Steuerlasten bezwecken, sowie weitere Vorlagen, welche zu der Hebung des gewerblichen Lebens, des kirchlichen Lebens und zu der Entwickelung der kommunalen Verhältnisse dienen. Möge es auf diesen, sowie auf allen anderen Gebieten gelingen, ein volles Einverständnis zu erreichen. Indem Wir den Segen Gottes auf Volk und Vaterland herabflehen, erklären Wir die Reichstagssession für eröffnet."

9. Oktober. (Folkething.) Das Budget für 1902 ist in Einnahmen mit 72,9 Millionen und in Ausgaben mit 72,4 Millionen Kronen veranschlagt.

XIII.
Schweden und Norwegen.

17. Januar. (Schweden.) Der Kronprinz eröffnet in Vertretung des Königs den Reichstag. — Die Thronrede kündigt Mehrforderungen für militärische Zwecke an.

21. Januar. Der König übernimmt die Regierung wieder. (Vgl. 1900 S. 263.)

Ende Januar. (Schweden.) Kosten der Militärvorlage (1900 S. 263).

Die Vorlage bezweckt Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Der Gesamtaufwand für die technische Durchführung der neuen Heerordnung wird in runder Ziffer auf 22300000 Kronen angegeben; hievon entfallen über 17000000 Kronen auf die Verteidigungsanlagen zu Lande, der Rest mit etwas uber 5000000 Kronen auf die Flotte. Hiezu kommt noch eine Summe von 1350000 Kronen für neuerliche Grundsteuerabschreibungen. — Die Kosten sollen durch Erhöhung der Einkommensteuer, Branntweinsteuer und Stempel- und Wertpapiersteuer und durch Einführung einer Wehrsteuer und Malzsteuer gedeckt werden.

Durch die Armeereform hofft die Regierung ein Heer von 500000 Mann aufstellen zu können. — Im Reichstage wird vielfach als Aequivalent für die Opfer Erweiterung des Wahlrechts verlangt.

Januar. (Norwegen.) Die Bevölkerung beträgt nach der Zählung vom 3. Dezember 1900 2231148 Seelen, gegen 1891 ein Zuwachs von 230231.

Januar. (Schweden.) Die Bevölkerung beträgt nach der Zählung vom 31. Dezember 1900 5136000 Seelen.

19. April. (Norwegen.) Der Ministerrat beschließt unter dem Vorsitz des Königs, dem Storthing eine Regierungsvorlage vorzulegen, in welcher außerordentliche Bewilligungen für die Verteidigung der östlichen Einmarschlinie gefordert werden.

23. Mai. (Schweden.) Der Reichstag genehmigt nach langen Debatten die modifizierte Militärvorlage, wonach das alte System der nationalen Verteidigung nach sechs Jahren abläuft und ein neues, auf der Dienstpflicht begründetes System eingeführt wird, und zwar soll in Friedenszeiten die Dienstpflicht bei der Infanterie und Train 240 Tage, bei der Artillerie und Kavallerie 365 und bei der Marine 300 Tage betragen.

25. Mai. (Norwegen.) Kommunales Stimmrecht für Frauen.

Das Lagthing und Odelsthing nehmen in gemeinsamer Sitzung das Gesetz an, wonach das allgemeine kommunale Stimmrecht für Männer eingeführt wird, sowie für solche Frauen, die für eine jährliche Mindest-

einnahme von 300 Kronen auf dem Lande oder 400 Kronen in den Städten Steuern zahlen, oder in Vermögensgemeinschaft mit Männern leben, die von solchen Einnahmen Steuern zahlen.

3. Juni. (Norwegen.) Das Storthing bewilligt mit 69 gegen 37 Stimmen 3380000 Kronen zur Befestigung Christianias nach der Landseite.

27. Juni. (Schweden.) Der König über die Militärvorlage. Der König genehmigt die Wehrvorlage mit folgender Bemerkung:

In Uebereinstimmung mit sämtlichen Mitgliedern des Staatsrats billige Ich den vorliegenden Beschluß des Reichstags; erkläre jedoch gleichzeitig ausdrücklich, daß Ich damit die Verteidigungsfrage nicht für vollständig gelöst halte.

12. August. (Stockholm.) Der Nordpolforscher Adolf v. Nordenskjöld, 69 Jahr alt, †.

Mitte September. (Norwegen.) Die Regierung beschließt, eine Darstellung auszuarbeiten, in welcher die Organisation eines eigenen Konsulatswesens für Norwegen, desgleichen der Entwurf einer neuen Konsulats-Geschäftsordnung und die entsprechenden budgetmäßigen Voranschläge für einen in sich abgeschlossenen konsularen Dienstapparat vorgesehen sind.

14. Oktober. (Norwegen.) Das Storthing genehmigt ein sofort in Kraft tretendes Gesetz über die Zollerhöhung auf Rohtabak von 175 auf 225, auf Rauchtabak von 210 auf 270 und auf Zigarren von 500 auf 600 Oere, alles per Kilogramm. — Die Einnahmen sollen militärischen Zwecken dienen.

12. Dezember. (Stockholm.) In Gegenwart des Kronprinzen werden die vier großen Nobelpreise für Wissenschaft und Litteratur verteilt im Betrage von je 208000 Franks. Die Preise erhalten die Professoren Behring-Halle (Medizin), van 't Hoff-Berlin (Chemie), Röntgen-München (Physik) und Sully-Prudhomme-Paris (Litteratur).

Dezember. (Norwegen.) In den Kommunalwahlen, in denen zum ersten Male Frauen das Stimmrecht ausüben, erringt die Rechte beträchtliche Erfolge gegen die Radikalen.

XIV.
Rußland.

7. Januar. Graf Lamsdorff, der Verweser des Ministeriums des Äußern, wird zum Minister des Auswärtigen ernannt.

7. Januar. (Petersburg.) In einem Prozeß gegen etwa 1000 Sektierer, die Versammlungen der Stundisten beigewohnt hatten, werden vier Personen zur Deportation verurteilt.

14. Januar. Der Finanzminister legt dem Zaren das Budget für 1901 vor.

Es betragen die ordentlichen Einnahmen 1,730,096,006 Rubel, die außerordentlichen Einnahmen 1,500,00 Rubel und aus freien Barmitteln der Reichsrentei 56,886,000 Rubel, zusammen 1,788,482,006 Rubel. Die ordentlichen Ausgaben betrugen 1,656,652,556 Rubel, die außerordentlichen 131,829,450 Rubel, zusammen 1,788,482,006 Rubel. Von den ordentlichen Ausgaben entfallen auf Zahlungen: für Anleihen 274,909,743 Rubel, für die Regierungsbehörden 3,155,401 Rubel, des heiligen Synod 23,783,809 Rubel, für das Hofministerium 12,715,243 Rubel, für das Ministerium des Auswärtigen 5,289,074 Rubel, für das Kriegsministerium 324,024,871 Rubel, für das Marineministerium 93,597,666 Rubel, für das Finanzministerium 305,833,826 Rubel, für das Landwirtschaftsministerium 40,728,781 Rubel, für das Ministerium des Innern 87,650,199 Rubel, für das Unterrichtsministerium 33,076,518 Rubel, für das Verkehrsministerium 383,143,459 Rubel, für das Justizministerium 46,227,505 Rubel, auf Kontrole 7,116,715 Rubel. Von den Einnahmen betragen die direkten Steuern 127,172,905 Rubel, die indirekten Steuern 652,310,800 Rubel, die Zölle 88,916,721 Rubel, die Regierungsregalien 227,999,900 Rubel, die Einnahmen aus Staatseigentum und Kapitalien 465,335,362 Rubel, Loskaufszahlungen 88,906,500 Rubel, Veräußerungen von Reichsdomänen 573,291 Rubel, Kompensation in Ausgaben der Reichsrentei 72,917,197 Rubel. Die ordentlichen Einnahmen übersteigen die ordentlichen Ausgaben um 73,443,450 Rubel.

Mitte Januar. Die Presse über die Deutschen und Russen in China.

Die „Pet. Wedomosti" (Herausgeber Fürst Uchtomski) führen das Unglück Chinas auf die deutsche Politik zurück. Nach der „Allg. Ztg."

heißt es in dem Artikel: „Der Zutritt zu den verbotenen Gärten mit den geheimnisvollen Daostempelchen steht dem weißen Manne frei. Von den hungernden Hündchen und Papageien des Hofes umgeben, warten die Eunuchen vergeblich auf die Rückkehr der Herren und Gebieter. Sie werden nicht kommen; sie haben ihre Blicke von dem geschändeten Peking abgewandt und hundertmal lieber wird ihnen ein abgelegenes Provinzialzentrum, wo es keine Streitigkeiten mit den Diplomaten im Tsungli-Yamen gibt, wo kein Prinz Heinrich die seit unvordenklichen Zeiten bestehende Hofetikette zum Aergernis für den Pöbel verletzt, wo es dem Kaiser unbenommen ist, den Anforderungen des grauen Altertums entsprechend, inmitten der unsichtbar zu ihm hinabfliegenden Schatten aller früheren Herrscher Chinas zum Himmel zu beten.“ Die Lage in Peking wird als sehr ernst geschildert. Wie Leute, die dem Grafen Waldersee nahe ständen, versicherten, erkenne dieser selbst die Fruchtlosigkeit seines weiteren Verweilens. Die kürzlich noch gut disziplinierten deutschen Soldaten würden immer plünderungssüchtiger und der alte Feldmarschall könne selbst durch strenge Strafen nicht helfen. Die letzten Phasen der ostasiatischen Politik erschienen ihm als eine Verirrung; an Schantung und dem kostspieligen Kiautschou habe Deutschland, nach seiner Ansicht, gerade genug, die Eroberung Petschilis sei mehr als unerwünscht. Aber schwerlich werde man in dem aufgeblasenen Berlin auf die Ratschläge des vielerfahrenen und scharfblickenden Grafen Waldersee hören. Voller Empörung schreibt der Korrespondent über die heuchlerische ausländische Presse, die über jede Kleinigkeit, die sich ein russischer Soldat nach dem Kriegsrecht aneigne, ein Geschrei erhebe, bei den Thaten der eigenen „Banditen und Piraten“ aber die Augen verschließe. Nun schüttele Rußland allmählich den Staub von seinen Füßen und entferne sich aus Petschili und ein wahrer Hexentanz ginge los; man wirft uns vor, daß wir für die eigenen Interessen kein Verständnis hätten, daß wir treubrüchig seien, mit den Chinesen geheime Vereinbarungen getroffen hätten u. s. w. Man gebe zu verstehen, daß die Russen unter den gebildeten Nationen die Rolle von Kulis zu spielen hätten. Europa — dieser große Meister im Lügen und in der Verstellungskunst — sei es zufrieden, daß Rußland die undankbare Schwarzarbeit thäte, kaum aber nahe der Augenblick der Bezahlung, so hieße es „der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen“.

23. Januar. (Kiew.) Bestrafung unruhiger Studenten.

Wegen politischer Umtriebe unter den Studenten werden zwei der Hauptschuldigen auf drei Jahre und fünf auf zwei Jahre zum Militärdienst eingezogen. 176 haben ein Jahr der Militärpflicht zu genügen, während 209 einen strengen Verweis erhielten und für die Dauer eines Universitätskurses der mit ihrem Stande verbundenen Vorteile verlustig erklärt wurden.

Ende Januar. (Moskau.) Aufrührerische Studenten erzwingen die Unterbrechung der Vorlesungen.

Ende Januar. Orthodoxie und Militärdienst.

Dem „Progrès militaire“ zufolge erläßt General Dragomirow folgende Verfügung: „Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß ein orthodoxer Soldat verlangt hat, im Gliede nicht neben einen nicht orthodoxen rangiert zu werden. Der Ausdruck solcher Empfindung kann nicht als eine Handlung gegen die Disziplin erachtet werden, die die Ueberführung nach Sibirien zur Folge haben würde. Man kann einem solchen Verlangen vielmehr sehr wohl das Ohr leihen. Es ist wahr, es ist nicht üblich, die Leute nach ihrer Moral zu rangieren, aber es ist auch nicht gut, diese Rücksicht

völlig zu vernachlässigen, und derjenige, der sie vor dem Eintritt in den Feldzug zur Anwendung bringen wird, wird solches nicht zu bereuen haben. Der Führer soll nie aus den Augen verlieren, daß der Soldat nicht nur Hände und Füße besitzt, sondern auch ein Gehirn und ein Herz."

Anfang Februar. (Petersburg.) Mitteilung des Ministeriums des Innern über Mißernten.

Hiernach sind die Gouvernements Chersson und Tomsk, sowie das Gebiet von Akmolinsk von vollständiger Mißernte heimgesucht. In den Gouvernements Taurien, Bessarabien, Podolien, Kiew und Tobolsk, sowie in den Gebieten von Ssemipalatinsk und Transbaikalien sind mehrere Kreise von Mißernten betroffen. Nach dem Eingang der vorläufigen Angaben über den Notstand wies die Regierung $1^1/_2$ Millionen Rubel an. Nach später eingelaufenen genaueren Angaben beläuft sich der Gesamtbedarf auf 5,529,519 Rubel, wovon 5,014,519 Rubel bereits ausgeworfen sind. Die Mitteilung betont, daß auch die Hilfe der privaten Wohlthätigkeit in Anspruch genommen werden müsse.

Anfang Februar. (Baku.) Bei einem Naphtabrand kommen zahlreiche Menschen um.

13. Februar. (Finnland.) Streit um das Landtagsarchiv.

Die russische Regierung verlangt, daß das finnische Staatsarchiv unverzüglich sämtliche vom Landtag in Borgo herrührenden Schriftstücke ausliefere, da dieselben im russischen Staatsarchiv aufbewahrt werden sollen. Der finnische Staatsarchivar Hansen lehnt es ab, diesem Befehl Folge zu leisten ohne bestimmte Erlaubnis des finnischen Senats. — Der Senat kommt um Aufhebung der Verordnung ein, wird aber vom Zaren abgewiesen.

Mitte Februar. Vorbereitung zum neuen deutsch-russischen Handelsvertrage. Drohungen Wittes.

Die dem Finanzminister v. Witte nahestehende Handels- und Industriezeitung weist auf die Diskussion der Handelsvertragsfrage in Deutschland hin, wo jede Partei ihren Einfluß auf die Regierung auszuüben wünsche. Durch die Handelsverträge werde dort eine neue Gruppierung der Parteien bedingt; die Regierung dürfe die Bewegung nicht ruhig und still beobachten, sondern werde gezwungen, ihre Meinung schon vorher zu äußern. Dann fährt das Blatt fort: „Ganz anders wird die Frage in Rußland behandelt. Die Regierung verfolgt auch hier mit nicht geringerer Aufmerksamkeit die Wünsche der verschiedensten Bevölkerungsschichten. Sie erforscht aufs genaueste die ökonomische Lage der Landwirtschaft und Industrie und prüft die verschiedenen Gesuche. Die Vorarbeiten sind auch hier im vollen Gange, aber sie stehen abgesondert von allen anderen Verwaltungsfragen da und die Regierung bleibt hier frei von jedem fremden Einfluß. Die Zeit, die dem Abschluß der Verträge vorangeht, ist hier weder von einer Agitation der interessierten Gruppen noch von anderen sonstigen Erscheinungen begleitet. Die Regierung braucht nicht zu versprechen, daß sie die Interessen des Volkes im Jahre 1903 berücksichtigen wird. Man kann den Industriellen und Händlern, die ihre Waren ins Ausland ausführen, eine Ermäßigung des Einfuhrzolles in einem bestimmten Staate versprechen und den Zoll für die Rohstoffeinfuhr aus demselben Staate erhöhen. Es kann noch vieles versprochen werden, um dem eigenen Staate Wohlstand zu sichern. Aber die russische Regierung läßt nicht ein-

mal den Gedanken aufkommen, daß viele der erhobenen Forderungen darauf abgesehen seien, Rußland auszunutzen. Jeder unabhängige Staat hat das Recht, beliebige Bedingungen für seinen auswärtigen Handel aufzustellen und wenn z. B. Deutschland, welches seit langer Zeit in Beziehungen mit Rußland steht, zugeben kann, daß es bei dem enormen Anwachsen der Industrie und dem aufs äußerste getriebenen Wettbewerb der Produkte vorteilhaft ist, dem Arbeiter viel teureres Getreide als von seinem Gegner konsumiert wird, zu bieten, und wenn der Reichskanzler kein anderes Mittel zur Wahrung der produktiven Kräfte seines Landes kennt, als weitere Verteuerung des Getreides, so darf hieraus nicht geschlossen werden, daß der Reichskanzler, dem die gegenwärtige ökonomische Lage der Staaten zur Genüge bekannt ist, bei seiner Mitteilung die Absicht verfolge, jemand glauben zu machen, daß Rußland auf einen solchen Vertrag, bei welchem seine landwirtschaftlichen Produkte noch höher verzollt werden, eingehen wird. Es ist allgemein bekannt, daß Rußland keine Luxuswaren, sondern landwirtschaftliche Produkte, vorzugsweise Getreide, welches die Industriestaaten nicht entbehren können, ausführt. Das Getreide bringt die ganze industrielle Welt in Aufregung und wenn dennoch ein Industriestaat sich findet, welcher im Interesse seines Wohlstandes den Import von Getreide aus Rußland zu erschweren beabsichtigt, so braucht Rußland Mangel an Käufern nicht zu befürchten. Der Absatzmarkt für russisches Getreide ist noch immer groß genug. England, Belgien, Holland und die Schweiz konsumieren ein weit größeres Quantum russischen und ausländischen Getreides als Deutschland, und wenn letzteres einen Staat findet, der sich bereit erklärt, Deutschland mit Getreide unter den vom Reichskanzler den Agrariern versprochenen Bedingungen zu versorgen, so wird sich der Absatzmarkt Rußlands in den Staaten, die keinen Getreidezoll haben, dadurch noch mehr erweitern. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage schafft die politischen Kombinationen ganz unabhängig von diesen oder jenen Parteien, und Rußland, welches das Getreide, diesen notwendigsten Bedarfsartikel aller europäischen Völker, zu bieten vermag, hat immer die freie Wahl der günstigen internationalen Handelsbeziehungen. Man kann nicht außer Acht lassen, daß Handelsverträge bilateral sein müssen, und wer zur gegebenen Zeit ankündigt, die fremde Einfuhr mit erhöhtem Zolle zu belegen, mußte wohl voraussetzen, daß er gleiche Maßregeln von seinem Gegner zu erwarten habe. Wenn jetzt die Staatsmänner wachsam und vergleichend die Kräfte ihrer inneren Parteien verfolgen und mit Versprechungen künftiger Siege bei Handelsunternehmungen mit fremden Staaten ihre Autorität im Innern befestigen wollen, werden sie dann, wenn die Frage praktisch auf internationalem Boden erscheint, ihre relative ökonomische Kraft nicht an den Parteien, sondern an den Staaten zu bemessen haben, um zu bestimmen, wer bei dem gegenwärtigen Organismus der internationalen ökonomischen Beziehungen mehr Not leiden und für wen die Aufhebung der Vertragsbeziehungen schädlicher erscheinen werde. Dann wird der gesamte wirkliche Bestand der inneren ökonomischen Interessen jedes Landes zur Erscheinung kommen und durch die faktische Dringlichkeit dieser Interessen und nicht nach der Gerechtigkeitswage dieses oder jenes Ministers wird das wirkliche Gleichgewicht der Vertragsparteien bestimmt werden. Das kann das russische Volk in Ruhe abwarten. Unter der Regierung Kaiser Alexanders III. trat Rußland fast mit allen Staaten in Handelsbeziehungen und erleichterte den Ausländern den Handelsverkehr mit Rußland, was auch jetzt noch als ein wertvolles kulturelles Gut anerkannt ist, welches Rußland weiter mit allen Kräften schützen wird, freilich ohne von seiner Würde und den Interessen des Landes etwas preiszugeben. Die Beachtung

dieser friedlichen und wechselseitig nützlichen Beziehungen ist nur bei beiderseitigem gutem Willen möglich, und wenn eine Partei dieses wechselseitige Interesse aus dem Auge verliert, und nur ihre eigenen Interessen verfolgt, und ihrem Gegner nur Nachteile entgegenbringt, so kann sie nur mit einem hilflosen und von ihr irgendwie abhängigen Staate einen Vertrag schließen, keineswegs aber mit Rußland, welches zwar selbst aus dem Handel Vorteil und Nutzen zieht, aber auch anderen bei sich einen reichen und vorteilhaften Markt überläßt. Wenn aber der Warenabsatz Rußlands durch jemanden beschränkt wird, so ist es ganz natürlich, daß auch Rußland zu gleichen Maßregeln greifen wird. Wenn sich Deutschland von den Handelsbeziehungen mit uns lossagen würde, würden wir alles von ihm bei uns Eingeführte bei seinen Konkurrenten finden, bei denen wir unser Getreide absetzen. Ein Handelsvertrag bestimmt außerdem nicht nur die Bedingungen des Warenaustausches, sondern auch die sozialen Beziehungen zweier Völker. Die Angehörigen eines vertragschließenden Staates, die beständig oder zeitweilig in dem Gebiete des anderen Staates wohnen, genießen außerdem auch Gleichberechtigung mit den Angehörigen des Staates, wo sie Handel und Industrie treiben, und tragen auch keine schwereren Lasten. Sie genießen dieselben Rechte in allen Lebensverhältnissen, sowie auch die Vorteile, welcher die Staatsangehörigen der meistbegünstigten Staaten teilhaftig werden. Rußland hat selbst nicht so viele Vorteile, da russische Staatsangehörige nur sehr selten im Auslande Handel und Industrie treiben. Ausländer aber kommen nach Rußland in außerordentlich großer Zahl.

Mitte Februar. (Odessa.) Eine von der Regierung subventionierte Handelsgesellschaft schickt einen Dampfer nach dem persischen Golf, um das dortige faktische, englische Handelsmonopol zu brechen. Es soll ein regelmäßiger Dampferverkehr eingerichtet werden.

18. Februar. Die offiziöse „Handels- und Industriezeitung" schreibt über das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten in der Zuckerzollfrage (vgl. Nordamerika):

Die internationalen Beziehungen Rußlands mit den Vereinigten Staaten haben sich seit jeher so freundschaftlich gestaltet, daß sie in den letzten Jahren eine immer größere Stütze in einem stets sich entwickelnden, wechselseitigen, vorteilhaften Warenaustausch fanden. Wenn in diesen freundschaftlichen Beziehungen in den letzten Tagen eine Dissonanz bemerkt wurde, so kann man dies als eine Uebergangserscheinung betrachten. Daher trugen die Umstände, welche dieselbe hervorgerufen haben, eine Schattierung des Widerstrebens gegen die zu ergreifenden Maßregeln, welches selbst die Regierungspersonen nicht verheimlichen, die dieselben anzuwenden genötigt sind. Der russische Zucker war mit einem Kompensationszoll auf unregelmäßiger Grundlage belegt, als wenn er eine verheimlichte Prämie erhalten würde. Indem Staatssekretär Gage gegen seinen Willen sich für diese Maßregel entschloß, versprach er alles anzuwenden, um möglichst bald eine Entscheidung in dieser Frage durch das Obergericht der Vereinigten Staaten zu erzielen. In gleichem Maße hatte auch der russische Finanzminister sich nur mit äußerstem Widerwillen nach erfolgtem Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern zu einer ähnlichen Anwendung eines erhöhten Zolltarifs auf einige Provenienzen aus den Vereinigten Staaten genötigt gesehen. Alles dies und die unbestreitbare Thatsache, daß Rußland keine

Prämien für ausgeführten Zucker zahlt, sowie der Widerwille, mit dem man beiderseits zu den zu ergreifenden Maßregeln schritt, zu denen Rußland völlig notgedrungen überging, und endlich die dauernden freundschaftlichen Bande zwischen beiden Staaten lassen eine baldige Lösung dieses zufällig entstandenen Mißverständnisses erhoffen.

25. Februar. (Petersburg.) Der Heilige Synod schließt den Schriftsteller Grafen Tolstoi aus der orthodoxen Kirche aus.

In der Begründung des Urteils heißt es: In seinen litterarischen Werken und Briefen, die von ihm und seinen Schülern über die ganze Welt, besonders in unserem teuren Vaterlande verbreitet wurden, lehrt er mit dem Eifer eines Fanatikers den Sturz aller Dogmen der orthodoxen Kirche und des Wesens des christlichen Glaubens selbst: Er verleugnet den persönlichen lebendigen Gott in Heiliger Dreifaltigkeit, den Schöpfer und Fürsorger des Weltalls, verleugnet Jesum Christum — den Gottmenschen, den Heiland und Erlöser der Welt, der für uns Menschen und unsere Errettung gelitten hat und der von den Toten auferstanden ist, verleugnet die unbefleckte Empfängnis und die Jungfräulichkeit der Mutter Gottes bis zur Geburt und nach der Geburt, er anerkennt nicht das Leben nach dem Tode und die Vergeltung, verleugnet alle Sakramente der Kirche und die gnadenreiche Wirksamkeit des Heiligen Geistes in denselben, und indem er die heiligen Gegenstände des Glaubens des orthodoxen Volkes schmäht, entsetzte er sich nicht davor, über das größte der Sakramente, das heilige Abendmahl, zu spotten.

27. Februar. (Petersburg.) Ein im Jahre 1899 gemaßregelter Student verwundet den Kultusminister Bogolepow durch einen Revolverschuß.

2. März. (Petersburg.) Die „Nowosti" warnen dringend vor einem Zollkriege mit Deutschland, der dem von der chinesischen Expedition erholungsbedürftigen Rußland schweren Schaden zufügen würde.

Mitte März. (Transkaukasien.) Der Bau der Eisenbahnlinie Kars-Karaklissa-Eriwan wird wegen Geldmangels in langsamerem Tempo, als ursprünglich beabsichtigt, fortgesetzt.

Mitte März. Die Regierung verbreitet offiziös eine Auslassung über die Vorbereitung von Handelsverträgen, die sich an den Artikel der „Handels- und Industriezeitung" (S. 273) anschließt. Es heißt darin:

„Jeder Staat hat das volle und unbestrittene Recht, in seinen inneren wirtschaftspolitischen Angelegenheiten zu verfahren, wie er es für notwendig und nützlich für das Wohl seines Volkes findet. Das russische Finanzministerium ist ebensoweit entfernt von dem Gedanken, daß es Rußland möglich sei, sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, wie Deutschland entfernt ist, an die Möglichkeit zu denken, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzumischen. Aber man kann nicht außer Acht lassen, daß die Rückkehr zur ökonomischen Autonomie den Entschluß zur Erneuerung der Verständigung über Zolltarife ganz wesentlich erschwert, dessen Wesen darin besteht, daß die vertragschließenden Parteien

von ihrer Autonomie teilweise etwas aufgeben und sich im Interesse des gegenseitigen Nutzens mit wechselseitigen Zugeständnissen in wirtschaftlicher Hinsicht begnügen. Auf diesem Prinzipe ist namentlich der russisch-deutsche Handelsvertrag vom Jahre 1894 gegründet. Er stellte ein gewisses Gleichgewicht in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten her. Die Belegung des Grundproduktes der russischen Arbeit mit erhöhten Tarifen verändert radikal die Vertragsbedingungen von 1894. Jeder autonome ökonomische Schritt von deutscher Seite in der Richtung, das bestehende Gleichgewicht zu verändern, wird einen entsprechenden Schritt von russischer Seite erfordern. Jedes überflüssige Gewicht in Art einer Zollerhöhung oder Erschwerung der Einfuhr, das von Deutschland in die Wagschale des Handelsaustausches mit Rußland gelegt wird, wird auch Rußland veranlassen, ein eben solches Gewicht in seine Wagschale zu legen. Rußland wird hierzu gezwungen keineswegs aus seinen Kampfneigungen, nicht durch den Wunsch, den Gegner zu verwunden, sondern einzig und allein nur deswegen, um die Wage im Gleichgewicht zu erhalten.

März. In mehreren Universitätsstädten finden Straßenunruhen statt. In Petersburg werden mehrere hundert Personen, meist Studenten und Studentinnen verhaftet (11. März), in Odessa, Kiew und Charkow wird der Belagerungszustand verhängt.

21. März. Das „Journal de St. Pétersbourg" schreibt zu Bülows Rede über Rußland und China (S. 57):

„Wenn der Reichskanzler gleichzeitig auf Verpflichtungen hindeutet, welche China bezüglich der Mandschurei Rußland gegenüber eingehen könnte, wobei er übrigens feststellte, daß sich das deutsch-englische Abkommen nicht auf die Mandschurei bezöge, so dürften wir die Meinung äußern, daß die Verpflichtungen, welche China betreffs der Mandschurei Rußland gegenüber eingehen könnte, den Zweck haben, den Bau und den Betrieb der ostsibirischen Bahn, die ein im allgemeinen Interesse liegendes Werk ist, zu sichern und sie deshalb in keiner Weise irgend einem der interessierten Staaten Nachteil bringen könnten. Graf v. Bülow sagte auch in seiner Rede, daß die von Deutschland und Rußland in China verfolgten Ziele sehr wohl miteinander vereinbar sind und fügte hinzu, daß in den chinesischen Angelegenheiten ebensowenig wie auf anderen Gebieten von irgend einer Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Ländern die Rede sein könnte, die nicht beizulegen wäre."

22. März. (Petersburg.) Ein Subalternbeamter unternimmt ein fruchtloses Attentat auf den Oberprokureur des Heiligen Synod Pobjedonoszew.

Anfang April. Änderung im Unterrichtsministerium. Schulfragen.

Der frühere Kriegsminister Generaladjutant Wannowski wird zum Unterrichtsminister ernannt. Der Kaiser richtet folgende Verfügung an ihn: „Die Organisation der Volksbildung bildete stets eine der hauptsächlichsten Sorgen der russischen Herrscher, die fest, aber allmählich in Uebereinstimmung mit den Grundprinzipien des russischen Lebens und den Bedürfnissen der Zeit nach ihrer Vervollkommnung strebten. Die Erfahrung der letzten Jahre hat indessen auf so wesentliche Mängel unseres Schulwesens hingewiesen, daß ich für zeitgemäß halte, unverzüglich an eine durch-

greifende Revision und Verbesserung desselben zu schreiten. Ihre staatsmännische Erfahrung und Ihren aufgeklärten Geist hochschätzend habe ich Sie mir als Mitarbeiter beim Werke der Erneuerung der Organisation der russischen Schule gewählt, und indem ich Sie jetzt auf den besonders wichtigen Posten eines Ministers der Volksaufklärung berufe, bin ich fest überzeugt, daß Sie sicher und unentwegt das von mir vorgezeichnete Ziel erstreben werden und in die Erziehung der russischen Jugend durch Erfahrung gereiftes, verständiges Verhalten und herzliche Fürsorge hineintragen werden."

Anfang April. Die russische Presse erwartet von den Touloner Festen (S. 230) eine Zerbröckelung des Dreibundes. So schreibt der „Swjet":

„Als Viktor Emanuel III. den italienischen Thron bestieg, wiesen wir auf die Möglichkeit hin, daß Italien von dem Dreibunde, den es nicht braucht und der ihm beschwerlich ist, abfallen werde. Diese Annahme beginnt jetzt zur Wirklichkeit zu werden. Italien drückt Frankreich freundschaftliche Gefühle aus. Wenn sie sich vereinigen, Rußland aber, wie es auch thatsächlich der Fall ist, der Verbündete Frankreichs bleibt, so wird Italien, indem es mit Frankreich eines Sinnes ist, auch mit Rußland eines Sinnes sein. Diesem Bunde aber wird sich auch Spanien anschließen, und ebenso das Slaventum in der Person des Fürsten von Montenegro, des Schwiegervaters des Königs von Italien, nnd des Fürsten Ferdinand von Bulgarien, der den Präsidenten der französischen Republik an demselben Tage begrüßt hat, wie Admiral Birilew. . . . Augenscheinlich gehen die Ereignisse ihren Gang und gestalten sich so, daß der übermäßige Appetit der Engländer und Deutschen durch die Macht der Thatsachen das gebührende Gegengewicht erhält. Augenscheinlich ist es auch, daß die Reise, die der deutsche Kanzler Graf Bülow nach Verona unternommen hat, um mit dem italienischen Ministerpräsidenten Zanardelli zusammenzutreffen, nur die allerplatonischsten Resultate zu bringen vermochte, die dasjenige, was sich vollziehen muß, nicht hindern können."

April. In der russischen Presse wird die Haltung der europäischen Truppen in China, insbesondere der Deutschen, kritisiert. Die „Petersburger Wjedom." begrüßen eine chinesische Insurrektion:

„Der deutsche Kaiser hat ein Thema für neue flammende Reden erhalten. Beunruhigende Nachrichten kommen aus Nordchina. Die Ermordung eines deutschen Offiziers unter den Mauern der Hauptstadt, nach dem Terror, den Waldersee zu erregen bemüht war . . . . der Anmarsch chinesischer Truppen gegen die ihnen verbotene Provinz Petschili, mit der Absicht, wiederum einen blutigen Angriff auf die Alliierten zu unternehmen . . . der Versuch, den Feldmarschall selbst in dem von Fremdlingen beschmutzten Palast des Bogdychan zu verbrennen — das alles bringt den Gedanken nahe, daß der Sommer für die Europäer nicht minder gefährlich zu werden verspricht als im vorigen Jahre. Vom russischen Gesichtspunkte aus kann man sich, dank dem weisen Beschluß unsrer Regierung, ruhig den weiteren Verlauf der Ereignisse abzuwarten, darüber nur freuen, daß die frechen Ausländer, verblendet durch fanatische Bosheit und grenzenlose Habsucht, allmählich in der Grube zu versinken beginnen, die sie für andere gegraben haben! Offenbar naht der Tag der Abrechnung für die unerhörten Verbrechen, mit denen sich der „christliche Westen" beschmutzt hat, indem er über das Meer heranflog, die harmlose Bevölkerung des himm-

lischen Reiches zu quälen. Auch für China wird in einer oder der anderen Form ein 1812 kommen. Die Epidemien helfen ihnen, sie haben alle Hilfsmittel zur Selbstverteidigung und werden dem vertierten weißen Mann zeigen, daß es auch auf dieser Welt ein jüngstes Gericht gibt. Mit einem solchen Finale werden wir aus vollstem Herzen sympathisieren."

Anfang April. Mitteilung des „Regierungsboten" über die Verhandlungen mit China wegen der Mandschurei.

Das Blatt gibt eine historische Uebersicht über sämtliche diplomatische Verhandlungen der verbündeten Mächte mit den chinesischen Bevollmächtigten in Tientsin und Peking, die zu den zwölf Punkten des französischen Vorschlages bezüglich der Friedensbedingungen geführt haben, aber noch nicht abgeschlossen sind und fährt fort: Bei alledem hatte die russische Regierung in Erwartung einer recht baldigen Lösung der Fragen, welche die wechselseitigen Beziehungen aller Mächte zu China betreffen, ihrerseits es für notwendig erachtet, mit der Regelung und der dauernden Ordnung der Dinge in den Rußland benachbarten Gebieten Chinas sich zu befassen, die in einer Ausdehnung von 8000 Werst an die asiatischen Besitzungen Rußlands angrenzen. Zu diesem Zweck wurde vor allem zwischen den russischen Militärbehörden und den chinesischen Behörden der drei mandschurischen Provinzen temporäre schriftliche Bedingungen für einen modus vivendi bezüglich der Herstellung einer lokalen Civilverwaltung abgeschlossen. Hierauf wurde nach sorgfältiger Berücksichtigung aller Umstände von der russischen Regierung der Entwurf für ein besonderes Einvernehmen mit China ausgearbeitet, welcher nach und nach eine Ordnung der Verhältnisse und die Räumung der Mandschurei, sowie auch zeitliche Maßregeln zur Sicherung des Friedens in diesem Gebiete bestimmen und in Zukunft eine Wiederholung von Ereignissen verhüten sollte, ähnlich jenen, die sich im vergangenen Jahre ereigneten. Leider wurden in der auswärtigen Presse, um die allgemeine Meinung gegen Rußland aufzuhetzen, alarmierende Gerüchte über die Ziele und Absichten der russischen Regierung verbreitet, gefälschte Texte des Vertrages, betr. das Protektorat über die Mandschurei, citiert und absichtlich irrige Nachrichten über ein vermeintliches Abkommen zwischen Rußland und China veröffentlicht. Inzwischen sollte dieses Abkommen als Grundlage für die von der russischen Regierung beabsichtigte Rückgabe der Mandschurei an China dienen, welche im verflossenen Jahre infolge der alarmierenden Ereignisse von russischen Truppen besetzt worden war. Um zu den entsprechenden militärischen Anordnungen schreiten zu können, war es nötig, die Frage in bejahendem oder verneinendem Sinne zu lösen, ob es möglich sei, auf dem Wege des wechselseitigen Einvernehmens schon jetzt die Bedingungen zur Räumung der Mandschurei festzusetzen. Nach den eingegangenen Nachrichten sind dem Abschlusse eines solchen Einvernehmens zwischen Rußland und China ernste Hindernisse geschaffen worden, infolge welcher die unaufschiebbare Annahme desselben in Hinsicht auf die Maßregeln zur allmählichen Räumung der Mandschurei sich als unausführbar erwies. Was die schließliche Rückgabe der genannten Provinz an China betrifft, so versteht es sich von selbst, daß die Verwirklichung einer solchen Absicht nur dann möglich ist, wenn im Reiche die normale Lage vollends hergestellt und in der Residenz eine Zentralregierung befestigt ist, die unabhängig und hinlänglich stark ist, um Rußland vor einer Wiederholung der Ereignisse des vergangenen Jahres zu sichern. Indem die russische Regierung die gegenwärtige Organisation der Mandschurei aufrecht erhält, um in der Nähe der ausgedehnten Grenzen Rußlands die Ordnung zu sichern und stets treu bleibt ihrem ursprünglichen,

öfter wiederholten politischen Programm, wird sie ruhig den weiteren Gang der Ereignisse abwarten.

April. (Südrußland.) Unruhen von Bergarbeitern wegen Arbeitslosigkeit.

22. April. (Petersburg.) Die Hochschulen werden wieder eröffnet.

22./24. April. (Petersburg.) Besuch des französischen Ministers des Auswärtigen Delcassé.

Ende April. (Gouvernement Warschau.) Mehrere hundert Polen werden wegen nihilistischer Umtriebe verhaftet.

Anfang Mai. (Tiflis.) Aus Petersburg ausgewiesene Studenten und Studentinnen stacheln Arbeiter zu Unruhen an, bei denen Militär einschreiten muß.

16. Mai. (Petersburg.) Wegen Lohnstreitigkeiten treten die Spinnereiarbeiter in Ausstand und verüben Ausschreitungen. Militär stellt die Ordnung wieder her.

20. Mai. (Petersburg.) Das 100jährige Jubiläum des Reichsrats wird gefeiert. Der Kaiser nimmt an der Feier teil.

11. Juni. Der Finanzminister bestimmt, daß zur Kotierung an den Börsen Wertpapiere von Gesellschaften, an deren Gründung oder Verwaltung deutsche Reichsangehörige beteiligt sind, fortan nur mit besonderer Bewilligung des Finanzministers in jedem Einzelfalle zugelassen sind.

13. Juni. (Riga.) Es wird eine Ausstellung für baltische Industrie eröffnet.

18. Juni. (Petersburg.) Die Zarin wird von einer Tochter entbunden.

18. Juni. Begnadigung von Studenten.

Ein Ukas bestimmt: 1. Von den Studenten, welche von den Universitäten wegen ihrer Teilnahme an den Unruhen relegiert wurden und zur Strafe Militärdienste leisten, werden diejenigen, welche vermöge ihres Familienranges sich im Besitze von Privilegien erster Klasse befinden oder welche körperliche Gebrechen haben, die sie untauglich zum Militärdienst machen, von jetzt ab vom Militärdienst befreit. 2. Alle anderen Studenten, welche jetzt zur Strafe Militärdienste leisten, werden in ihre Rechte bezüglich des Militärdienstes eingesetzt, gleichviel welche Zeit für ihren Dienst im Heere angesetzt ist. 3. Unter Aufhebung des geltenden Gesetzes wird allen Studenten, welche jetzt zur Strafe Militärdienste leisten, die Dienstzeit von dem ersten Tage des auf ihren Eintritt in das Heer folgenden Monats angerechnet.

6. Juli. (Peterhof.) Der Zar empfängt eine außerordentliche Gesandtschaft des Dalai-Lama von Tibet.

6. Juli. Der „Regierungsbote" schreibt über die Reorganisation des Unterrichts:

Die Kommission für Reorganisation der Mittelschulen beendigte ihre Arbeiten. Nach dem ausgearbeiteten Plane soll die Reorganisation der Knabenmittelschulen im Jahre 1905 ausgeführt werden. Die Mittelschule soll den allgemeinen Typus mit siebenjährigem Kursus haben. Die griechische Sprache wird ausgeschlossen, die lateinische nur in den vier oberen Klassen gelehrt, dafür wird aber Unterricht in Naturwissenschaften, zwei modernen Sprachen und Vaterlandskunde eingeführt und der in der russischen und allgemeinen Litteratur und Mathematik verstärkt. Ausnahmen von dem allgemeinen Typus sind zugelassen bei Schulen, die nicht ausschließlich auf Staatskosten unterhalten werden. Der Kaiser prüfte diesen Plan und erkannte die Notwendigkeit einer besonderen Rücksichtnahme auf die Erziehung der Schüler, Schuldisziplin und ferner einer größeren Ausdehnung des Turnunterrichts in militärischen und Leibesübungen, Einführung von Spielen, Ausflügen, Spaziergängen und möglichst Handarbeit an. Der Kaiser billigte, daß in den fünf Städten St. Petersburg, Moskau, Kiew, Warschau und Dorpat je ein klassisches Gymnasium bleibe. Dieser Bericht der Kommission wird zur Begutachtung den Kuratoren und pädagogischen Räten einiger Mittelschulen und zur endgültigen Entscheidung dem Oberprokurator des heiligen Synod, dem St. Petersburger Metropoliten und jenen Ministern unterbreitet, in deren Ressort die betreffenden Schulen sich befinden. Die Beschlüsse dieser Personen und Behörden werden im Laufe der nächsten Wintermonate vom Unterrichtsministerium legislativ durchgeführt werden. Mit einigen dieser Reformen soll im künftigen akademischen Jahre zunächst in den Klassen der jüngeren Schüler begonnen werden. Der Kaiser schrieb auf den Bericht des Unterrichtsministers: Ich hoffe, daß auch ernste Rücksicht auf Verstärkung der religiösen und moralischen Erziehung unserer Jugend genommen wird.

Juli. Nach Zeitungsberichten droht in folgendem Bereich Mißernte und Futtermangel: in den Gouvernements Jekaterinoslaw, Tschernigow, Charkow, Saratow, Samara, Tauris, im östlichen Weichselgebiete, in den baltischen Provinzen, an der mittleren Wolga, im Ural-Gebiete, in einigen Distrikten des nördlichen Rußland, in den Gebieten des Don, Terek und Kuban.

Mitte Juli. Deutschfeindliche Artikel der russischen Presse.

Die „Moskauer Wjedomosti" schreiben über das Vordringen der Deutschen in Polen: „Ungefähr 600000 Deutsche, darunter 82 Prozent Preußen, leben in Russisch-Polen. In ihren Händen haben diese Eindringlinge 13529 ländliche und städtische Besitzungen im Gesamtwerte von 400 Millionen Rubel. Sie haben die besten Güter, zahlreiche Fabriken, Mühlen und Sägemühlen inne und dirigieren den Großhandel und zahlreiche Banken. Die Städte Lodz, Zgierz und Pabianice sind so gut wie deutsche Städte. Die ehemalige Polnische Bank hat nicht weniger als 90 Millionen Rubel den Deutschen z. B. zum Bau von Fabriken und industriellen Anlagen vorgeschossen. Im Gouvernement Kalisch sind 42mal mehr Deutsche als Russen angesiedelt, im Gouvernement Petrikau 54mal mehr Deutsche als Russen, und in allen 19 Gouvernements westlich vom Dnieper zählt man doppelt so viel Deutsche als Russen. Ganz in der

Stille sind Millionen von Deutschen, die sich auf ihr mächtiges Vaterland stützen und mit ihm fest verbunden sind, bei uns eingedrungen. Die russische Bevölkerung stirbt vor Hunger, das Elend treibt sie übers Meer, ganze Massen gehen dem Russischen Reiche als Kriegs= wie als Arbeitsmacht verloren. Unterdessen machen sich die Deutschen bei uns breit, mästen sich hier und fühlen sich als Herren des Landes, springen auch schon der eingeborenen Bevölkerung an den Hals und wollen sie in Arbeitsvieh verwandeln. Und was für eine politische Perspektive eröffnet sich uns, welche Gefahr für die Einheit des Russischen Reiches!"

Die „Rossija" schreibt über die Bestrebungen in Deutschland, Ausländern den Besuch der Technischen Hochschulen zu erschweren (S. 106):

Die russische Gesellschaft, Presse und auch Regierung können nicht teilnahmlose Zuschauer dieses wilden Vandalismus der Deutschen bleiben. Die Abschließung der deutschen höheren technischen Schulen für die russische Jugend, kann und darf uns Russen in keinem Falle gleichgültig sein. Sie fügt uns einen ungeheueren und wesentlichen Schaden zu. Mit einmal einiger Hundert gebildeter Techniker, Chemiker, Ingenieure beraubt zu werden, ist kein Scherz. Den Deutschen muß ernsthafter Widerstand geleistet werden, sonst werfen sie sans façon unsere Jugend aus ihren Schulen heraus und werden unter Ausnutzung unseres Mangels an technisch gebildeten Kräften zu uns den Ueberschuß ihrer Schulze, Lehmann und Müller importieren, und diese werden sich in dem innersten unseres Vaterlandes festsetzen, sich behagliche Nester bauen und bei Gelegenheit ihren Nationalhelden, den Bismarck und den Bülow, Denkmäler setzen.

19. Juli. (Finland.) Änderung der Wehrpflicht.

Die Gesetzsammlung veröffentlicht das kaiserliche Manifest betr. die Einführung des neuen Statuts über die Wehrpflicht in Finland, nach welchem das finnische Garde=Scharfschützen=Bataillon und das finnische Dragoner=Regiment aufrecht erhalten bleiben, die anderen finnischen Schützen=Bataillone aber aufgelöst werden. Die erste Rekruteneinstellung nach dem neuen Statut findet 1903 statt. Für die Ernennung zum Offfzier oder Unteroffizier ist die Kenntnis der russischen Sprache Vorbedingung. — Das Gesetz stößt auf einmütigen Widerstand, die meisten Geistlichen weigern sich, es von den Kanzeln zu verlesen.

20. Juli. Die Regierung veröffentlicht ein Gesetz über Verkauf und Verpachtung von Staatsboden in Sibiren zu landwirtschaftlichen Zwecken.

25. Juli. (Batum.) Durch eine Explosion werden zahlreiche Menschen getötet.

30. Juli. Verfügung über die ostsibirische Küste.

Ein kaiserlicher Befehl verfügt die Schließung des gesamten Uferlandes des Küstengebiets auf einhundert Werst landeinwärts von der koreanischen Grenze an, sowie auch der Insel Sachalin und aller anderen umliegenden Inseln für allen Gold= und Naphtha=Industriebetrieb. Dem General=Gouverneur des Küstengebiets ist das Recht eingeräumt, von sich aus oder in Fällen, wo dieses von ihm für nötig erachtet werden sollte, im Einverständnis mit dem Landwirtschaftsminister etwa eingehende einzelne Gesuche um die Gestattung des Montanbetriebs, der Gold= und Naphtha=

Ausbeute im Bereich des für den privaten Betrieb gesperrten Landstriches zu genehmigen, wofern diese Gesuche von völlig verläßlichen russischen Unternehmern oder Firmen ausgehen.

Ende Juli. August. Erörterung über den deutschen Zolltarif.

Die meisten Blätter halten einen Handelsvertrag mit Deutschland bei den deutschen Getreidezollsätzen für ausgeschlossen und einen Handelskrieg für wahrscheinlich. Die „Birschewije Wjedomosti“ schlagen ein gemeinsames russisch-amerikanisches Vorgehen gegen Deutschland vor. — Eine von der „Königsberger Hartungschen Ztg.“ verbreitete Nachricht, daß die russische Regierung zu Repressalien greifen und den landwirtschaftlichen Arbeitern verbieten werde nach Preußen zu Erntearbeiten zu gehen, wird vom „Herold“ als Tatarennachricht bezeichnet. Dagegen werden viele Beschwerden über die Lage der russischen Arbeiter in Preußen erhoben.

Anfang August. Die Regierung schließt sämtliche deutsche Privatschulen in den Ostseeprovinzen.

5. August. (Peterhof.) Der Zar empfängt die marokkanische Gesandtschaft.

Ende August. Die „Nowosti“ besprechen die englischen Beschwerden gegen Rußland in dem letzten Blaubuch über China und erklären: Wir haben die Mandschurei erobert und werden dort bleiben, so lange es uns beliebt. Das ist die Antwort Rußlands auf alle Einsprüche Englands, so höflich und diplomatisch sie auch in der Wortfassung sein mögen.

Ende August. (Finland.) Zwölf Blätter werden verboten oder verwarnt.

1. September. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht eine Verfügung über Linderung des landwirtschaftlichen Notstandes.

Danach erkennt die Regierung die Not in folgenden Gouvernements an: Wjätka, Woronesh, Jekaterinoslaw, Kasan, Orenburg, Perm, Ssamara, Ssaratow, Ssimbirsk, Taurien und Ufa. Vom 1. September alten Stils an sollen die Gouverneure alle 14 Tage ausführliche Berichte über die Lage an den Minister des Innern drahten. Für den Grad der Hilfeleistung gibt der Minister den Gouverneuren folgende Weisungen. Seiner Meinung nach ist der Jahresverbrauch einer Bauernfamilie, bestehend aus drei Erwachsenen und zwei Kindern, auf 48 Pud (1536 Pfund) Getreide zu veranschlagen. Besitze eine Bauernwirtschaft diese Getreidemenge, so gehöre sie nicht zu den Notleidenden. Bis Mitte November wendet die Regierung 14 Millionen Rubel für diese Zwecke auf.

30. September. (Finland.) Eine von 471,131 Personen unterzeichnete Adresse an den Senat protestiert gegen das Wehrpflichtgesetz, weil es verfassungswidrig ohne Mitwirkung des Landtags zustande gekommen sei.

Anfang Oktober. Die russische Presse verfolgt aufmerksam die Vorgänge am persischen Golf und betont, daß Persien ausschließlich russisches Interessengebiet werden müsse.

Mitte Oktober. An vielen Orten, besonders im Gouvernement Saratow, finden blutige Zusammenstöße zwischen hungernden Volksmassen und Militär statt.

Mitte Oktober. Deutschfeindliche Äußerungen des „Swjet".

Der „Swjet" bespricht die Erinnerungen des „Figaro" an Felix Faure und behandelt die dort wiedergegebenen alten Gerüchte, daß Felix Faure vergiftet worden sei — und zwar durch eine in Cyankali getauchte Zigarre. Der Autor der Notiz wirft die Frage auf, wie die vergiftete Zigarre zum Präsidenten gelangen konnte, nennt die letzten Besucher des Präsidenten (den Erzbischof Richard und den Fürsten von Monaco), führt auch an, daß Felix Faure durch ein Gespräch über Dreyfus in große Erregung geraten sei und bemerkt zum Schlusse: „Am Abend desselben Tages weilte der Präsident bereits nicht mehr unter den Lebenden. Man hat den Tod Felix Faures mit dem Tode unsres Skobelew verglichen und in beiden Fällen mit großer Wahrscheinlichkeit die todbringende deutsche Hand gesehen."

Oktober. Rußland und Afghanistan.

Der Kriegsminister besucht Turkestan. In Merw schenkt er sechs als Spionen verhafteten Afghanen die Freiheit und sagt ihnen: „Afghanistan ist vom Unglück betroffen, es starb der Emir Abdurrhaman; den Thron bestieg Habib Ullah, einer seiner Söhne. Wir Russen betrachten uns stets wie auch früher als Freunde Afghanistans. Solche wollen wir auch ferner bleiben. Bei dem gegenwärtigen Regierungswechsel, weswegen ich euch die Freiheit gebe, befehle ich euch, bei eurem nächsten Chef euch zu melden und diesem die von mir gehörten Worte zu wiederholen."

1. November. Finanzminister v. Witte und der Zar über die mandschurische Eisenbahn.

Der Finanzminister telegraphiert an den Zaren: Am 19. Mai 1891 legten Ew. Majestät eigenhändig in Wladiwostok das erste Glied der großen sibirischen Eisenbahn. Heute am Jahrestage Ew. Majestät Thronbesteigung ist die Linie der ostchinesischen Eisenbahn beendigt. Aus voller Herzensfreude wage ich es, Ew. Majestät meinen unterthänigen Glückwunsch zu diesem historischen Ereignis darzubringen. Mit der Schienenlegung in Länge von 2400 Werst von Transbaikalien bis Wladiwostok und Port Arthur ist unser Unternehmen in der Mandschurei beendet, wenn auch noch nicht völlig. Trotz den ausnahmsweise schwierigen Bedingungen der Zerstörung eines großen Teiles der Linie im vorigen Jahre kann vom heutigen Tage an auf der ganzen Linie ein provisorischer Verkehr stattfinden. Ich hoffe, daß binnen zwei Jahren alle noch übrigen Arbeiten zu Ende geführt werden und die Bahn für den beständigen, regelmäßigen Verkehr eröffnet wird." Der Kaiser erwidert: „Ich danke aufrichtig für die freudige Mitteilung und beglückwünsche Sie zu der Beendigung eines der größten Eisenbahnunternehmen der Welt in einer so kurzen Frist und inmitten von unglaublichen Schwierigkeiten."

Mitte November. Die Presse über die Mittelmeerpolitik und den türkisch-französischen Konflikt.

Viele russische Blätter tadeln, daß Frankreich Mytilene nicht behalten habe; bei den Türken würde durch den Abzug der Franzosen nur die Ueberzeugung von der Allmacht Deutschlands befestigt. Die Deutschen und Engländer würden nicht so gehandelt haben" sagt die „Rossija". —

Andere Blätter bezeichnen den Augenblick als günstig, die freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu verlangen.

Ende November. Dezember. In Petersburg, Moskau und Charkow kommt es zu Unruhen unter den Studenten. In Charkow beteiligen sich Arbeiter daran, so daß Militär einschreiten muß.

Ende November. Aus dem kaukasischen Gebiet wandern nach Preßnachrichten Tausende in die Türkei aus.

6. Dezember. Der „Wjestnik Finanzow" schreibt über die Stellung des Finanzministers zum deutschen Zolltarifentwurf:

„Der Finanzminister geht von dem Gesichtspunkt aus, daß jede Regierung in ihrer Fürsorge für die landwirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Staatsangehörigen unabhängig ist und so vorgehen kann, wie sie es für ihr Land nützlich erachtet, ohne daß jemand darin eine Feindseligkeit gegen fremde Länder erblicken könne. Wir dürfen uns ebensowenig in die innere Politik einer fremden Regierung, selbst wenn sie den wirtschaftlichen Interessen Rußlands widerspricht, mischen, wie die russische Regierung nicht zugeben könnte, daß fremde Regierungen unsere wirtschaftlichen Maßregeln anders beurteilen, denn als eine Angelegenheit unserer unabhängigen inneren Politik, die sich nur von der Sorge um das Wohl Rußlands leiten lassen darf. Wenn nun auch jede Regierung gewissenhaft die Interessen ihres Landes verteidigt, bieten doch internationale Handelsbeziehungen soviel Vorteile, daß die Regierungen bestrebt sind, zu einem modus vivendi zu gelangen, der im stande ist, die Interessen der verschiedenen Länder auszugleichen, und daß sie einen Weg suchen, auf dem ein Einvernehmen zwischen zwei Völkern möglich ist und der Grund zu einem wirtschaftlichen Kampf vermieden wird. Was die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland anbetrifft, so sind zwei Wege möglich: 1. Beibehaltung der jetzt bestehenden Tarife, also Verlängerung des jetzigen Handelsvertrags auf eine voraus festgesetzte Zeit, oder 2. Uebergang zu anderen Zolltarifen, deren Sätze unabhängig von den gegenseitigen Interessen der Staaten, welche den Vertrag geschlossen haben, festgesetzt werden, und die nur das heimische Bedürfnis zur Grundlage haben würden, um die verschiedenen Industriebranchen gegen die auswärtige Konkurrenz gesondert zu schützen. Diesen Weg wird Rußland notwendigerweise betreten müssen, wenn der deutsche Zolltarifentwurf, der auf dem Prinzip des nationalen Egoismus beruht, angenommen wird. Im Jahre 1891 hat sich die russische Regierung dazu verstanden, ihren Zolltarif zu gunsten Deutschlands beträchtlich herabzusetzen, einzig, weil Deutschland unseren Ackerbauprodukten gleiche Vorteile einräumte. Die russische Regierung hielt damals für möglich, der russischen Industrie einen geringeren Schutz zu gewähren zu gunsten des vom deutschen Markt abhängigen Ackerbaues. Wenn die deutsche Regierung heute für nötig hält, in Anbetracht der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes die russische Einfuhr der ihr bis jetzt eingeräumten Vorteile zu berauben, und seine Zölle erhöht, wird die russische Regierung ebenfalls im nationalen wirtschaftlichen Interesse diesen Nachteil ausgleichen müssen. Dies läßt sich dadurch erreichen, daß unser Tarif den jetzigen Bedürfnissen der russischen Industrie besser angepaßt wird. In diesem Falle würden die Zölle wieder auf die Sätze des Tarifs von 1891 gebracht werden, und sogar für gewisse Gegenstände, welche komplizierte Arbeit verlangen, noch mehr erhöht werden. Das würde zu einer wesentlichen Abänderung einer ganzen Reihe von Artikeln in unserem Tarif

führen. Bei dieser Sachlage würden Rußland und Deutschland Zolltarife haben, die den Bedürfnissen eines jeden Landes entsprechen. Zwischen beiden Ländern könnte ein Handelsvertrag abgeschlossen werden, welcher keine Herabsetzung irgendwelcher Zölle festsetzen, sondern beiden Ländern das Meistbegünstigungsrecht sichern würde."

Ende November. Anfang Dezember. (Warschau.) Infolge des Wreschener Prozesses (S. 162) demonstrieren in Warschau Studenten und andere gegen die preußische Regierung und beschädigen das deutsche Konsulat. — Die russische Regierung ersetzt den Schaden, bestraft die Demonstranten und giebt diplomatische Genugthuung. Die russische Presse sympathisiert mit den Demonstrationen gegen die preußische „Barbarei".

11. Dezember. (Sibirien.) Eine Bande von 2000 Tungusen wird bei Tuchums, 175 Werst von Bodune, zersprengt.

16. Dezember. In folgenden Orten werden verstärkte Maßregeln zum Schutz der öffentlichen Ordnung getroffen: Riga, Jurjewo, Minsk, Mohilew, Gomel, Witebsk, Bjelostok, Nischny-Nowgorod, Kasan, Tomsk, Jaroslaw, Saratow, Pultawa, Samara Kischinew und im Gouvernement Wilna.

XV.
Die Türkei und ihre Vasallenstaaten.

1. Türkei.

Januar. Die Großmächte erheben in Konstantinopel und Sofia Vorstellungen wegen der Agitation des makedonischen Komitees. Anfang März verhaftet die Pforte eine Anzahl bulgarischer Agitatoren in Makedonien.

27. Februar. (Kreta.) Die Schutzmächte verwerfen den Vorschlag des Prinzen Georg, Kreta Griechenland einzuverleiben oder die internationalen Truppen durch griechische zu ersetzen.

30. März. (Monastir.) Mehrere bulgarische Mitglieder des revolutionären makedonischen Komitees werden zu langjährigen Freiheitsstrafen, ein Angeklagter zum Tode verurteilt.

3. April. (Konstantinopel.) Die Botschafter entscheiden durch einen Schiedsspruch griechisch-türkische Streitigkeiten über die Konsularkonvention. Hiernach behalten die Griechen ihre Privilegien in der Türkei, aber es werden Maßregeln getroffen, ihren Mißbrauch zu verhindern.

Mai. In Musch finden Zusammenstöße zwischen Kurden und Armeniern statt.

Mai. Postkonflikt mit den Großmächten.

Die türkische Regierung schließt die internationalen Postanstalten unter der Beschuldigung, daß die Beamten Schmuggel trieben (5. Mai). Die Mächte verlangen und erhalten Genugthuung für dieses Vorgehen.

Mitte Juni. (Novibazar). Albanesen revoltieren und bedrohen die serbische Bevölkerung; diese flüchtet über die Grenze. — Die serbische Regierung führt Beschwerde.

Juni. Die Pforte beschwert sich bei den Schutzmächten über die Agitation in Kreta für eine Angliederung an Griechenland. — Die Schutzmächte lehnen ein erneutes Gesuch des Prinzen Georg, eine solche Angliederung zu gestatten, ab.

Mitte Juni. (Konstantinopel.) Der englische und russische Botschafter machen Vorstellungen wegen der makedonischen Zustände, die den Bulgaren Agitationsstoff lieferten.

Mitte Juli. (Konstantinopel.) Die Regierung erläßt eine Verfügung gegen die jungtürkische Bewegung und verbietet allen Unterthanen das Wort Jungtürke auszusprechen. — Die ausgewanderten Jungtürken werden zur Rückkehr aufgefordert, die Ausbleibenden werden zum Tode verurteilt (September).

Ende Juli. Englische Truppen zerstören in Verbindung mit arabischen Stämmen das Fort Darja bei Aden. Das Fort liegt auf streitigem Gebiet.

Anfang Oktober. (Bitlis.) Unruhen unter den Kurden.

August. November. Französisch-türkischer Konflikt. (Vgl. Frankreich u. Übers.) Am 23. August reist der französische Botschafter aus Konstantinopel ab. Am 31. Oktober bricht die französische Flotte nach der Levante auf, am 5. November besetzt sie Mytilene, am 10. giebt die Pforte nach. Am 29. November kehrt der französische Botschafter nach Konstantinopel zurück.

13. November. Die Pforte erfüllt eine Anzahl Forderungen Österreich-Ungarns, die private Ansprüche österreichisch-ungarischer Unterthanen betreffen. Außerdem verspricht die Pforte keine Konzessionen für ein Zündhölzchenmonopol zu erteilen ohne Zustimmung Österreich-Ungarns.

12. Dezember. Der türkische Botschafter in Frankreich begiebt sich auf seinen Posten zurück.

2. Bulgarien.

25. Januar. Infolge einer teilweisen Kabinettskrisis übernimmt Petrow den Vorsitz und das Innere, Tontschew die Finanzen. Die übrigen Minister bleiben.

10. Februar. Bei den Wahlen zur Sobranje bleiben die Anhänger der Regierung in der Minderheit.

Ende Februar. Da das Kabinett keine Mehrheit findet, reicht es seine Demission ein; es wird ein neues unter dem Vorsitz

von Karawelow gebildet; unter den neuen Ministern befinden sich mehrere Makedonier.

1. April. (Sofia.) Ein Tagesbefehl des Kriegsministers verbietet den aktiven Militärs die Zugehörigkeit zum makedonischen Komitee.

Anfang April. (Sofia.) Sieben Leiter der makedonischen Bewegung werden verhaftet. — Auf einer großen makedonischen Volksversammlung (15. April) wird die russische und bulgarische Regierung scharf angegriffen.

14. Juni. Eine serbisch-bulgarische Kommission tritt zusammen zu einer Grenzregulierung.

16. Juni. (Sofia.) Eine große Volksversammlung demonstriert für die makedonische Revolution und gegen Rußland.

12. Juli. (Varna.) Fürst Ferdinand empfängt den russischen Großfürsten Alexander Michailowitsch.

6. September. Die Sobranje beschließt mit großer Mehrheit, die früheren Minister Iwantschow Radoslawow und Tontschew wegen Landesverrats, Verletzung der Verfassung und Schädigung der Staatsinteressen und den früheren Minister Tenew wegen der beiden letztgenannten Verbrechen in den Anklagezustand zu versetzen.

Dezember. (Sobranje.) Anleiheverhandlungen. Ministerkrisis.

Die Regierung bringt eine Vorlage ein (6. Dezember) über einen mit der Banque de Paris et des Pays Bas abgeschlossenen Vertrag, betreffend die Aufnahme einer fünfprozentigen, in fünfzig Jahren amortisierbaren Anleihe (einer sogen. Tabakregieanleihe) von 125 Millionen Franks Nominale Gold, und ferner eine Vorlage, betreffend die Konzessionserteilung an eine bulgarische Tabakregiegesellschaft unter der Leitung eines bulgarischen Präsidenten mit einem Kapital von 10 Millionen Lewas Silber. Der Anleihevertrag basiert auf Erträgnissen des Tabakverschleißes, einer Tabakproduktionssteuer und dem Staatsanteile am Reinertrage der Tabakregie. Der Uebernahmekurs ist 82¼. Die Anleihe soll zu dem Rückkaufe der schwebenden Anleihe von 1892, zur Bezahlung von Schatzbonds, sowie der Vorschüsse des Bankensyndikats, der Nationalbank, der Agrarkassen und zur Bezahlung der Tributrückstände an die Dette Publique, zusammen 89 Millionen, dienen, so daß der der Regierung zur Verfügung bleibende Rest nur gering ist. Die Konzession der Tabakregiegesellschaft läuft 50 Jahre. Der Anteil des Staates am Reingewinn beträgt 65 Prozent, der der Gesellschaft 35 Prozent. Die Sobranje lehnt die Vorlage ab. Das Kabinett reicht deshalb seine Demission ein, nimmt sie aber wieder zurück.

3. Egypten.

Mitte Februar. (Oberegypten.) Nilregulierung.

Die „Allg. Ztg." berichtet über die Dammbauten: Das Riesenwerk

der Abdämmung des Niles naht sich der Vollendung, das Sir Benjamin Baker entworfen und Aird ausgeführt hat. Seit drei Jahren haben in Assuan 15,000 Arbeiter gewirkt, um den ersten großen Damm über den dort zwei Kilometer breiten Strom zu werfen; in weiteren drei Jahren, 1903, wird das ganze Werk beendigt sein. Die große Barre bei Assuan, aufgebaut aus wahren Cyklopenblöcken, ist durchbrochen von 108 Oeffnungen, je sieben Fuß breit und 23 Fuß hoch. Das sind Schleusen, durch welche sich zur Zeit der Hochflut des Niles in der Sekunde 50,000 Tonnen Wassers ergießen werden. Diese gewaltige Wassermenge bleibt künftig je nach Bedarf als Reserve hinter verschiedenen Dämmen zurück. Die Nilflut kann, wenn man will, durch die Schleusen reguliert werden; es wird in Aegypten weder verheerende Ueberschwemmungen, noch die gefürchtete Trockenheit geben. Viele Meilen weit rechts und links von der großen Barre, wo jetzt Wüste ist, wird das Land fruchtbar werden, ganze Provinzen Oberägyptens werden künstliche Bewässerung erhalten.

Februar. Die englische Regierung trifft gemeinschaftlich mit Abessinien Vorbereitungen, um den neuen Mahdi Abdullah Aschur im Jubalande niederzuwerfen. Der erste Versuch unter Oberst Ternan scheitert.

März. Die Abessinier werden von Abdullah Aschur geschlagen.

Juni. Englische Truppen besetzen die frühere egyptische Provinz Bahr-el-Ghazal.

17. Juli. Der „tolle Mullah" Abdullah Aschur wird nach mehreren Gefechten von Oberst Swaym entscheidend geschlagen.

XVI.
Rumänien.

3. Januar. Die Kammer genehmigt mit großer Majorität den Handelsvertrag mit Griechenland.

29. Januar. Das den Kammern vorgelegte Budget für 1901/2 balanciert mit 227 203 000 Lei. Die Einnahmen zeigen eine Verminderung von 18 122 400 Lei.

Februar. Ministerwechsel.

Das Ministerium Carp tritt zurück (7. Februar), weil die Kammer seine Steuervorlagen ablehnt. Nach einigen Tagen nimmt Carp die Demission zurück, um einen neuen Verständigungsversuch zu machen. Am 25. Februar lehnt die Kammer ein Vertrauensvotum für die Finanzpolitik der Regierung mit 75 gegen 74 Stimmen ab. Carp tritt hierauf abermals zurück. Es wird folgendes liberale Kabinett gebildet: Sturdza Prä-

sidium, Aeußeres und interimistisch Krieg, Aurelian Inneres, Stoicesco Justiz, Jean Bratiano öffentliche Arbeiten, Haret Unterricht, Palladi Finanzen, Missir Domänen.

22. März. Die Wahlen für die Kammern ergeben eine liberale Mehrheit.

6. April. (Bukarest.) Der König eröffnet das Parlament und betont in der Thronrede, daß zur Herstellung des Gleichgewichts bedeutende Ersparnisse gemacht werden müßten.

18. Mai. (Gyurgyewo.) Es werden mehrere Bulgaren verhaftet, denen eine Verschwörung gegen das Leben des rumänischen Thronfolgers vorgeworfen wird.

1. Juli. Die Kammer genehmigt einen Vertrag mit der Nationalbank, die einen Vorschuß von 15 Millionen leistet.

15. Juli. (Constanza.) Eine russische Note unter dem Großfürsten Alexander Michailowitsch besucht den Hafen. Der Kronprinz empfängt den Großfürsten.

August. (Bukarest.) Es wird ein Wochenblatt in russischer und französischer Sprache begründet, das für eine Balkanföderation unter russischem Protektorate Propaganda macht.

XVII.
Serbien.

1. Februar. Die Skuptschina genehmigt eine Vorlage über die Heeresreform.

Danach wird die Dienstzeit bei der Infanterie auf 1 ½ Jahre herabgesetzt unter Beibehaltung des zweijährigen Dienstes bei der Kavallerie und Artillerie. Die Prüfungsbestimmungen für die Offiziere werden verschärft und der Wirkungskreis für den Generalstab erweitert. Die Armee besteht aus einer regulären Nationalarmee in drei Aufgeboten, umfassend alle Chargen vom 20. bis zum 45. Lebensjahre, und dem Landsturm, in welchem alle Chargen vom 17. bis zum 20. und vom 45. bis zum 50. Lebensjahre zu dienen haben.

10. Februar. Exkönig Milan in Wien, 46 Jahr alt, †.

2. April. Das Kabinett Iwanowitsch tritt zurück. Es wird ein Kabinett Wujitsch ernannt, dem vier Radikale, zwei Neutrale und zwei Fortschrittler angehören.

19. April. (Belgrad.) Der König verkündet feierlich eine neue Verfassung.

Sie gewährt vollkommene Rechtsgleichheit, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, sie verbietet Ausnahme- und Standgerichte und gibt die Presse vollkommen frei. Wahlfreiheit wird ebenfalls garantiert. Der neue Senat besteht aus 51 Mitgliedern, in welcher Zahl der jeweilige großjährige Thronfolger, ferner der Metropolit Serbiens und der Bischof von Nisch mit einbegriffen sind, 30 weitere Mitglieder ernennt der König auf Lebenszeit und 18 werden in geheimer Abstimmung gewählt, in jedem Kreis einer, in der Stadt Belgrad zwei. Der Zensus beträgt bei den Senatswahlen 45 Fanks für das aktive und 400 Franks für das passive Wahlrecht.

16. Mai. Falsche Schwangerschaft der Königin.

Europäische Aerzte stellen fest, daß keine Niederkunft der Königin zu erwarten ist, obwohl ihre Schwangerschaft seit einigen Monaten verkündet worden ist. — Die Angelegenheit wird in Europa spöttisch behandelt. Es wird erörtert, ob die Königin an eine Schwangerschaft geglaubt habe oder nicht.

22. Juli. Serbien knüpft die diplomatischen Beziehungen mit Montenegro wieder an.

4./18. August. Bei den Wahlen zur Kammer und zum Senat erringen die Regierungsparteien eine große Mehrheit.

Mitte September. Preßnachrichten zufolge hat König Alexander die Absicht, den Bruder der Königin, den Leutnant Lunjewitza, zum Thronfolger zu ernennen. Ministerpräsident Wujitsch verhindert die Absicht durch Androhung seiner Demission.

21. September. Die Skuptschina wird eröffnet. In der Thronrede betont der König seine Bemühungen, sich das Vertrauen der russischen Regierung zu bewahren.

XVIII.
Griechenland.

4. Januar. Die Kammer genehmigt das Handelsabkommen mit Rumänien.

14. Mai. Der König hat mit dem König von Rumänien in Abbazia eine Zusammenkunft.

Anfang September. (Athen.) Rumänische Studenten besuchen Athen und werden glänzend empfangen.

Ende November. (Athen.) Unruhen wegen einer Bibelübersetzung. Ministerwechsel.

Die „Allg. Ztg.“ berichtet darüber: „Die Blätter „Asty“ und „Akro-

polis“ hatten in einer Reihe von Artikeln eine neue Uebersetzung des Evangeliums in die Vulgärsprache empfohlen. Dieses Werk hat zum Verfasser einen Herrn Pallis, einen vermögenden Griechen, der in Liverpool lebt und dessen Bestreben es ist, dem Manne aus dem Volke die großen Schriftwerke des griechischen Altertums zu übermitteln. So hat Pallis die Ilias und andere Dichtwerke übertragen, so hat er neuerdings auch das Neue Testament in die Vulgärsprache übersetzt, ein Beginnen, das die laute Billigung der genannten Athener Zeitungen fand. Keine Billigung, sondern lebhafte Verurteilung fand dagegen diese Evangeliumsübersetzung zunächst in den Kreisen der Geistlichkeit, dann unter der Mehrzahl der Gebildeten überhaupt. Die Geistlichkeit wandte sich mit Heftigkeit gegen die Uebersetzung eines Laien und gegen die Uebertragung in die Vulgärsprache, die sie nicht für „voll“ erachtet. Aus gleichen Gründen griffen die Gebildeten und die Studenten — die in Athen immer mitreden — in die Bewegung ein, die schließlich einen überaus ernsten Charakter annahm. In den Kreisen der Gebildeten, wo man sich gern in klassischen Phrasen ergeht und sich mit Vorliebe ein altgriechisches Mäntlein umhängt, wünscht man ein Ueberwuchern der Vulgärsprache nicht. Die Zeitungen sind demgemäß in einer künstlichen und gekünstelten Sprache geschrieben, die dem klassischen Griechisch angenähert ist, die der gemeine Mann aber nicht versteht. Obwohl aber auch die Gebildeten im gewöhnlichen Verkehr sich der Sprache des Volkes bedienen, stehen sie dennoch den Bestrebungen feindlich gegenüber, die dem gemeinen Manne die geistigen Schätze des Volkes in einer ihm wirklich lesbaren Uebertragung darbieten wollen.“ Geistliche und Studenten verlangen die Exkommunikation der Uebersetzer; die Studenten organisieren große Demonstrationen, bei einer solchen kommt es zum Zusammenstoß mit der Polizei, wobei sechs Studenten getötet werden (21. November). — Obwohl die Kammer dem Ministerium ihr Vertrauen ausspricht, tritt Ministerpräsident Theotokis zurück, um eine unparteiische Untersuchung der Unruhen zu ermöglichen. — Es wird ein neues Kabinett Zaimis gebildet.

XIX.

Nord-Amerika.

9. Januar. Das Repräsentantenhaus beschließt seine Mitgliederzahl auf 386 zu erhöhen.

Ende Februar. Admiral Sampson weigert sich den Deckoffizieren den Offiziersrang zuzuerkennen, weil ihre soziale Bildung nicht genüge. Er wird deshalb in der Presse als undemokratisch heftig angegriffen und vom Senat als Kontreadmiral nicht bestätigt (27. Februar).

Februar. Zollschwierigkeiten mit Rußland.

Die amerikanische Regierung erhöht den Zoll auf russischen Zucker; infolgedessen erhöht Rußland den Zoll auf amerikanische Maschinen und andere Fabrikate. Als dann in Amerika der Zoll auf russisches Petroleum erhöht wird, legt Rußland einen höheren Zoll auf harzartige Substanzen und amerikanische Fahrräder (7. Juni).

Anfang März. Veröffentlichung über die chinesische Politik der Regierung.

Es wird eine diplomatische Korrespondenz zwischen der amerikanischen Regierung und den Großmächten über China veröffentlicht. Hiernach erklärte die Regierung (16. Februar), sie halte es für unzweckmäßig, daß China während der Dauer der Friedensverhandlungen mit irgend einer Macht ein unabhängiges Abkommen treffe. In einer anderen Note wird China davon verständigt, daß die Vereinigten Staaten geheime Verhandlungen zwischen China und anderen Mächten nicht gutheißen können, welche auf die Abtretung eines Gebietsteiles hinzielten. Die Note fügt hinzu, die Vereinigten Staaten hielten den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht als geeignet für Abtretungen, bezw. Verhandlungen darüber.

4. März. (Washington.) Präsident Mac Kinley wird feierlich in sein Amt eingesetzt. Er erläßt eine Botschaft an den Kongreß, worin es heißt:

Es sei nötig, die auswärtigen Märkte noch mehr zu erweitern durch ausgedehntere kommerzielle Beziehungen, und er trete für den Abschluß von Reziprozitätsverträgen in liberalem Sinne ein. Es sei sein heißester Wunsch, daß die zukünftigen Zwistigkeiten Amerikas mit anderen Mächten durch

friedlichen schiedsgerichtlichen Spruch ohne die Schrecken des Krieges geschlichtet werden. Der Ausgang des Krieges mit Spanien, sagt er weiter, habe Amerika Verpflichtungen auferlegt und es wäre unehrenhaft, diesen sich entziehen zu wollen. Die Nation werde beweisen, daß sie fähig sei, jeden neuen Staat zu verwalten, der ihr durch die Umstände zufällt, und werde keine Handlung begehen, durch welche sie sich eine untergeordnete Stellung in der Reihe der Nationen anweise. Der Anteil, den Amerika an den Vorgängen in China genommen habe, sei mit dem wahren Geiste amerikanischer Lebensführung im Einklange gewesen. In Kuba müsse durch die Verfassung eine Regierung gesichert werden, die im stande sei, die Pflichten einer selbständigen Nation zu erfüllen. Der Frieden, den Amerika Kuba lasse, müsse Garantien für seine Dauer einschließen. Die Befreiung Kubas sei nicht vollkommen, bis nicht das freie Kuba eine Wirklichkeit geworden und es sich nicht bloß um einen übereilten Versuch handele, der die Elemente des Mißerfolges berge. Den Einwohnern der Philippinen solle, sobald sie dafür reif seien, eine Selbstregierung gewährt werden. Etwas sei in dieser Richtung schon geschehen. Die große Majorität der Einwohner erkenne die amerikanische Souveränität an. Sie werde nicht im Stiche gelassen werden. Die Vereinigten Staaten würden nicht das Geschick loyaler Millionen einigen Tausend illoyalen überlassen.

11. März. England lehnt den vom Senat veränderten Nicaraguakanalvertrag ab. (Vgl. 1900.)

13. März. (Indianopolis.) Harrison, 1889 bis 1893 Präsident der Vereinigten Staaten, 67 Jahr alt, †.

13. März. (Kanada.) Debatte im Unterhause über den südafrikanischen Krieg.

Das Haus verwirft mit großer Mehrheit einen Antrag, in welchem gegen die Absendung weiterer kanadischer Truppenabteilungen nach Südafrika und die Anwerbung von Kanadiern für den dortigen Polizeidienst Einspruch erhoben wird. Premierminister Laurier hatte sich gegen den Antrag ausgesprochen, wenn er sich auch damit einverstanden erklärte, daß keine weiteren Truppen nach Südafrika gesandt werden, da der Krieg in der Hauptsache zu Ende sei. Er mißbilligte aber, daß man den britischen Unterthanen in Kanada verbieten wolle, sich für das Heer des Königs anwerben zu lassen. Die Wiederaufrichtung der südafrikanischen Republiken sei unmöglich. Die Buren hätten kein Recht, sich zu beklagen, wenn England dieselbe Politik einschlage, wie die Buren nach dem Einfall in die Kapkolonie und Natal. Obgleich die Buren ihre Unabhängigkeit verwirkt hätten, würden sie doch in einem föderierten Südafrika unter britischer Flage ihre Freiheit weiter genießen.

April. (Washington.) Die Regierung verhandelt mit der Panamakanalgesellschaft über Erwerbung des Kanals.

Mitte April. Es gehen Nachrichten durch die Presse, daß die amerikanische Regierung Kohlenstationen in allen Weltteilen zu erwerben suche und mit Holland, Portugal und südamerikanischen Staaten über Abtretung geeigneter Plätze verhandle.

20. Mai. (Buffalo.) Eröffnung einer panamerikanischen Ausstellung.

27. Mai. (Washington.) Das Bundesobergericht entscheidet, daß die neuen Besitzungen zu den Vereinigten Staaten gehören, aber nicht integrierende Bestandteile sind; für ihre Bewohner gilt die Bundesverfassung nicht. Der Kongreß bestimmt, welche politischen und kommerziellen Rechte ihnen zukommen.

22. Juni. (Virginien.) Infolge eines Dammbruchs kommen mehrere hundert Menschen um.

1. Juli. Beginn eines großen Stahlarbeiterausstandes infolge von Lohnstreitigkeiten zwischen den Trusts und den organisierten Arbeitern.

Anfang Juli. In Newyork und Umgegend sterben mehrere Personen an Hitzschlag.

9. August. Das Indianergebiet zwischen dem 98. und 99. Grad westlicher Länge und zwischen dem 34. und 35. Grad nördlicher Breite wird den Weißen zur Besiedlung frei gegeben.

24. August. Die Regierung bietet in Venezuela und Columbia ihre Vermittlung an.

5. September. (Buffalo.) Präsident Mac Kinley hält auf der panamerikanischen Ausstellung eine Rede über die amerikanische Wirtschaftspolitik:

„Unsere Produktionsfähigkeit hat sich so außerordentlich entwickelt, und unsere Produkte sind so zahlreich geworden, daß die Aufgabe, uns mehr Märkte zu verschaffen, dringende Aufmerksamkeit erheischt. Wir müssen uns nicht auf eine eingebildete Sicherheit verlassen, daß wir für immer alles verkaufen, und wenig oder gar nichts zu kaufen brauchen: Wir sollten von unseren Kunden diejenigen Produkte nehmen, die wir, ohne unsere eigene Industrie und Arbeit zu schädigen, benützen können. Die Reziprozität ist die natürliche Folge unserer wunderbaren industriellen Entwickelung, die dank unserer einheimischen Politik, jetzt auf eine feste Grundlage gestellt ist. Was wir über unsern heimischen Verbrauch hinaus produzieren, sollten wir ins Ausland senden. Die Periode der wirtschaftlichen Abgeschlossenheit gehört für uns der Vergangenheit an; die Ausdehnung unseres Handels ist ein dringendes Problem geworden. Wir haben einen ungenügenden Dampfschiffverkehr. Es sollte direkte Linien von der Ostküste der Vereinigten Staaten nach Südamerika geben. Eines der Erfordernisse der Zeit sind Dampferlinien nach den Absatzgebieten, die bis jetzt wenig angelaufen werden. Wir müssen mehr Schiffe unter amerikanischer Flagge haben, die von Amerikanern gebaut und bemannt werden und Amerikanern gehören. Wir müssen über den Isthmus einen Kanal bauen, auch die Legung eines Pacifickabels kann nicht länger aufgeschoben werden.

6. September. (Buffalo.) Präsident Mac Kinley wird von einem Anarchisten Czolgosc aus Detroit durch zwei Revolverschüsse verwundet.

September. Infolge des Attentats werden zahlreiche Anarchisten verhaftet und viele anarchistische Vereine aufgelöst.

14. September. (Buffalo.) Mac Kinley †.

15. September. Schluß des Stahlarbeiterausstandes. Die Arbeiter erhalten eine geringe Lohnerhöhung.

26. September. (Buffalo.) Der Mörder Czolgosz wird zum Tode durch Elektrizität verurteilt. Er wird am 29. Oktober hingerichtet.

Anfang Oktober. Der Nachfolger Mac Kinleys, der bisherige Vizepräsident Roosevelt, vergiebt eine Anzahl höherer Beamtenstellen an Demokraten, wodurch in der republikanischen Partei viel Unzufriedenheit entsteht. — Der Präsident kündigt energische Bekämpfung der Korruption in der Beamtenschaft an.

Ende Oktober. (Louisiana.) In einem Kampf zwischen Weißen und Schwarzen werden gegen dreißig Personen getötet.

8. November. (Washington.) Beschluß über den Isthmuskanal.

Eine Kabinettssitzung unter Vorsitz des Präsidenten Roosevelt verwirft die Anlegung des Kanals von Panama und genehmigt die Nicaragua-Linie definitiv. Gleichzeitig wird der abgeänderte Hay Pauncefote-Vertrag genehmigt, welcher Englands Ansprüche auf ein Mitrecht im Kanal ganz ausscheidet und Amerika das alleinige volle Recht auf den Kanal zugesteht.

11. November. (Alabama.) Es wird für den Südstaat Alabama eine neue Verfassung beschlossen, die fast sämtlichen Negern die politischen Rechte nimmt.

19. November. (Newyork.) Staatssekretär Hay sagt auf einem Diner der Handelskammer über die auswärtige und kommerzielle Politik der Vereinigten Staaten:

Die Monroe-Doktrin sei der bündigste Ausdruck für die Richtschnur der Politik Amerikas. Die südamerikanischen Schwesterrepubliken sind vollständig überzeugt von der Aufrichtigkeit der Haltung Amerikas, das ihr Gebiet ebensowenig begehrt, wie es sich gelüsten lasse nach den Bergen des Mondes und auch nicht daran denkt, ihre Streitigkeiten beizulegen, außer wenn die Parteien es selbst verlangen. Auf dem allgemeinen Felde der Diplomatie hat die Botschaft Mac Kinleys völlig klar gelegt, daß Amerika bestrebt gewesen ist, mit allen Mächten freundliche Beziehungen zu unterhalten, sich aber an der Bildung irgendwelcher Gruppen und Kombinationen nicht zu beteiligen. Die Stellung völliger Unabhängigkeit ist nicht nicht unvereinbar mit den Beziehungen, welche nicht allein eine freundschaftliche Haltung, sondern auch ein zusammenwirkendes Vorgehen in den bedeutungsvollen Fällen in sich schließen. Wir behielten dabei die Thatsache stets im Auge, daß wir ein hervorragend friedliches Volk sind, und daß sich unsere normale Thätigkeit in der Richtung von Handel und Gewerbe bewegt, daß ferner die mächtige Entwickelung unserer Industrie

gebieterisch verlangt, nicht allein unsere jetzigen Märkte festzuhalten und noch zu befestigen, sondern daß wir auch unablässig bemüht sein müssen, die Interessen unseres Handels nach jeder möglichen Richtung hin auszudehnen. Aus diesem Grunde unterhandelten wir über Gegenseitigkeitsverträge, welche alle im traditionellen Geiste des Schutzes unserer Industrie gehalten und doch für uns wie für unsere Nachbarn wechselseitig vorteilhaft sind. Im gleichen Geiste suchten wir mit Erfolg die Mächte zu veranlassen, sich zur Anerkennung des allgemeinen Grundsatzes der Gleichheit für Zutritt und Gelegenheit des Handels auf den Märkten des Ostens zu vereinigen. Wir meinen. freie Bahn mit Bevorzugung ist alles, was wir fordern. Mit weniger aber können wir nicht zufrieden sein. Wenn wir die Versicherungen, die wir erhielten, als ehrlich und aufrichtig annehmen, wie ich es gewiß thue, dann soll uns diese Gelegenheit nicht verweigert werden. Wir sehen unsere Interessen im Stillen Ozean als so groß an als die irgend einer anderen Macht, und glauben, daß sie zu unbegrenzter Entwickelung bestimmt sind. Die Kabel durch den Stillen Ozean und den Isthmischen Kanal sind für den Gebrauch aller wohlgesinnten Völker, aber im ausschließlichen Eigentum und unter ausschließlicher Obmacht Amerikas. . . . Präsident Roosevelt ist ebensowenig im stande, bramarbasierend gegenüber einer starken Macht aufzutreten, als einer schwachen Unrecht zu thun. Er weiß, daß unsere Nation Riesenkraft in Thaten des Krieges wie in Werken des Friedens hat, aber dieses Bewußtsein der Stärke führt nicht zu der Versuchung, irgend eine Macht, sei es die stolzeste oder bescheidenste zu verletzen. Wir bekennen freimütig, daß wir die Freundschaft aller Mächte suchen, den Handelsverkehr mit allen Völkern wünschen und sind uns unserer großen Hilfsquellen bewußt; aber keine Ueberfülle von Kraft wird uns jemals veranlassen, gegen eine andere Nation schroff aufzutreten, weil sie schwach ist; noch wird uns irgendwelche Furcht vor unedler Kritik in Versuchung bringen, eine Großmacht zu beleidigen oder dieselbe herauszufordern, weil sie stark ist.

19. November. (Washington.) Delegierte des Handels und der Industrie ersuchen den Kongreß, den Grundsatz des Schutzes des heimischen Marktes aufrechtzuerhalten und zur Förderung des Außenhandels den Tarif in einigen besonderen Fällen abzuändern, jedoch nur, wo dies ohne Schädigung der Interessen des heimischen Marktes geschehen kann.

November. (Kanada.) Es gehen Nachrichten durch die Presse, daß Goldgräber eine Losreißung Klondykes von Kanada planten.

Mitte November. (Washington.) England und die Vereinigten Staaten unterzeichnen einen Vertrag, wonach England auf jeden Einfluß auf einen Isthmuskanal verzichtet.

2. Dezember. (Washington.) Der Kongreß tritt zusammen. Präsident Roosevelt erläßt eine Botschaft an ihn.

Die Botschaft gedenkt zunächst in warmen Worten des Präsidenten Mac Kinley und fordert den Kongreß dringend auf, Gesetze anzunehmen, welche die Anarchisten aus den Vereinigten Staaten ausschließen und be-

stimmen, daß diejenigen, welche in den Vereinigten Staaten aufgefunden werden sollten, wieder nach dem Lande hingeschafft werden, aus dem sie gekommen sind Die Strafen für erfolglose Mordversuche gegen den Präsidenten und den Vizepräsidenten sollen verschärft werden. Alle zivilisierten Mächte sollten in besonderen Verträgen die Verbrechen der Anarchisten für Verstöße gegen das Völkerrecht erklären, wie Seeräuberei und Sklavenhandel. Die Botschaft spricht dann von dem überaus blühenden Wohlstande des Landes und erklärt, daß ein großer Teil der Feindschaft gegen die Trusts gänzlich ungerechtfertigt sei. Das Land sei den Männern zu großem Danke verpflichtet, welche den Handel des Landes geschaffen und seine Industrie entwickelt hätten. Ein weiterer Grund, diese kommerziellen und industriellen Korporationen mit Bedacht zu behandeln, liege in den internationalen Handelsverhältnissen. Die Bedeutung der herrschenden Stellung, welche Amerika im internationalen Geschäftsverkehr der Welt erst seit kurzer Zeit einzunehmen begonnen habe, dürfe nicht auf das Spiel gesetzt werden. Es sei ja richtig, daß wirkliche und ernste Uebelstände vorhanden seien, der Hauptfehler sei die Ueberkapitalisierung; Verschmelzungen sollten nicht verboten, aber innerhalb vernünftiger Grenzen beaufsichtigt werden. Ein wesentliches Erfordernis, um eine solche Kontrolle ausüben zu können, liege in der Kenntnis aller Vorgänge bei derartigen Gesellschaften und in der Oeffentlichkeit ihres Geschäftsganges. Die Regierung sollte das Recht haben, in den Geschäftsgang der großen, am internationalen Geschäftsverkehr beteiligten Korporationen einzusehen, und die Nation selbst die Aufsicht über dieselben übernehmen. Darin liege keine Härte. Die Banken seien schon jetzt der gleichen Maßnahme unterworfen. Die Oeffentlichkeit sei das einzig sichere Mittel, das man jetzt zur Anwendung bringen könne. Was für Hilfsmittel weiter noch erforderlich sein würden, könne erst festgestellt werden, nachdem gesetzlich bestimmt sei, daß der Oeffentlichkeit Einblick in derartige Geschäftsbetriebe zu gestatten sei. Ein neues Mitglied des Kabinetts solle unter der Bezeichnung „Sekretär für Handel und Industrie" ernannt werden, der die Interessen des Handels im weitesten Sinne wahrzunehmen hat. Die amerikanische Arbeit muß geschützt werden nicht nur durch den Zolltarif, sondern auch soweit als möglich vor Arbeitern, die mit einem Arbeitsvertrag in der Tasche nach Amerika gebracht werden oder die eine so niedrige Lebenshaltung haben, daß sie die amerikanischen Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt unterbieten oder sie auf ein niedrigeres Niveau herabdrücken können. Es ist deshalb nötig, das Gesetz gegen die Chineseneinwanderung wieder in Kraft zu setzen und zu verschärfen. Die Gesetze betreffend die Einwanderung sind unbefriedigend. Sie müßten Anarchisten und Personen von üblem Ruf fernhalten, durch eine sorgfältige Prüfung dafür sorgen, daß die zur Einwanderung Zuzulassenden eine gewisse geistige Fähigkeit haben, die amerikanischen Institutionen zu würdigen, und den Nachweis verlangen, daß die Einwandernden fähig sind, sich in Amerika ihr Brot zu verdienen, und genügend Geld haben, um ihre Existenz in Amerika auf anständige Weise nach amerikanischen Verhältnissen zu beginnen. Es muß eine sehr genaue Ueberwachung der Dampfschiffahrts-Gesellschaften, welche hauptsächlich Einwanderer nach Amerika herüberbringen, platzgreifen. Nichts könnte unweiser sein, als die geschäftlichen Interessen des Landes durch eine allgemeine Tarifänderung zu stören. Doch ist es höchst wünschenswert, für ein Ergänzungssystem der Reziprozität zu sorgen. Die Reziprozität muß als die Gehilfin der Schutzpolitik behandelt werden. Das phänomenale Anwachsen unseres Ausfuhrhandels verlangt gebieterisch ausgedehntere Absatzmärkte und eine liberalere Politik den fremden Nationen gegenüber, behufs Gewinnung

dieser Märkte. Wir können dabei die bestehenden Zollsätze in jedem Falle entbehren, wo sie für Zwecke des Schutzes nicht mehr erforderlich sind, oder wo ein Artikel in Amerika nicht produziert wird, oder wo der Zoll nicht mehr für Einnahmezwecke nötig ist. Ein solches Verfahren wird naturgemäß herzliche Beziehungen zu den anderen Nationen, wie sie so wünschenswert sind, fördern. Die Verhältnisse der Handelsmarine verlangen ein sofortiges besserndes Vorgehen. Es ist in jeder Beziehung unweise für die Vereinigten Staaten, wenn dieselben fortfahren, sich darauf zu verlassen, daß Schiffe konkurrierender Nationen unsere Erzeugnisse verteilen werden. — Es sei zu hoffen, daß die Filipinos schließlich noch reif gemacht werden könnten für die Selbstregierung, aber der Aufstand sei jetzt in die Hände von Banditen und Marodeuren gelangt, welche die Behandlung als Briganten verdienten. Die Verhandlungen mit England bezüglich des Kanals würden von beiden in dem Geiste der Freundschaft und des Wohlwollens geführt. Was den neuen Vertrag betreffe, so sehe derselbe insbesondere vor, daß die Vereinigten Staaten den Kanal allein bauen und überwachen, sowie die neutrale Benützung desselben durch alle Nationen regeln sollten unter Bedingungen der Gleichberechtigung und ohne Bevorzugung irgend einer auswärtign Macht. Die Botschaft fährt fort: Die Nation wünscht ernstlich aufrichtige und herzliche Freundschaft mit allen anderen Nationen. Die Monroe-Lehre sollte ein Hauptzug der auswärtigen Politik aller Nationen der beiden Amerika sein. Wir verlangen auf Grund derselben keinerlei ausschließliche Beziehungen des Handelsverkehrs mit irgend einem anderen amerikanischen Staat und wir leisten auch keinem Staate Gewähr gegen Bestrafung für übles Verhalten, vorausgesetzt, daß diese Bestrafung nicht die Form einer Gebietserwerbung durch eine nichtamerikanische Macht annimmt, und wir haben nicht den leisesten Wunsch, irgend welches Gebiet von unseren Nachbarn für uns zu gewinnen. Das Werk der Schaffung unserer Flotte muß stetig fortgeführt werden, da es das einzig Mittel bietet, auf der Monroe-Lehre zu bestehen; doch ist alles, was wir wünschen, daß wir im stande seien, unseren Rechten die gleiche Achtung zu sichern, welche wir eifrig bedacht sind, auf die Rechte anderer zu erstrecken. Es ist nicht nötig, das Heer zu vermehren, doch muß ein Generalstab geschaffen werden In China vertreten die Vereinigten Staaten die Politik der „offenen Thür“ mit Zugang zum Landesinnern auf den Wasserstraßen und verlangen notwendigerweise Gleichheit der Behandlung mit allen anderen Mächten. Die Botschaft schließt mit einem Hinweis auf die innige Trauer der Vereinigten Staaten beim Tode der Königin Viktoria und der Kaiserin Friedrich, welche von dem englischen und dem deutschen Volke bei der Ermordung des Präsidenten Mac Kinley herzlich erwidert worden sei.

Anfang Dezember. (Washington.) Bericht der Kanalkommission.

Der Bericht der Kommission für den Isthmus-Kanal befürwortet die Wahl des Nicaragua-Kanales, dessen Kosten etwa 190 Millionen Dollars betragen werden. Die Kosten der Panamaroute werder auf 114 Millionen geschätzt, aber es würden für dieselbe außerdem noch 109 Millionen erforderlich sein, um die Konzession für den Bau dieser Strecke zu erhalten. Der Bericht gibt zu, daß die Panamastrecke viele Vorteile biete, kommt aber zu dem Schlusse, daß der Nicaragua-Kanal für die Union als Eigentümerin besser sei. Es wird der Regierung empfohlen, einen zehn Meilen breiten, von Meer zu Meer gehenden Streifen Landes von Nicaragua zu erwerben. Für den Bau werden acht Jahre berechnet.

13. Dezember. (Washington.) Untersuchung über die Schlacht von Santiago (3. Juli 1898).

Unter den Admiralen Sampson und Schley hatte sich ein Streit entsponnen über den Anteil am Siege von Santiago, an dem sich die Presse lebhaft beteiligt hatte. Ein militärisches Ehrengericht entscheidet, daß Schleys Verhalten in der Schlacht mehrfach Tadel verdient; Admiral Dewey stimmt dagegen Schley zu. Der Streit über diese Frage geht in der Oeffentlichkeit weiter.

XX.
Mittel- und Süd-Amerika.

Ende Dezember 1900. Anfang Januar 1901. (Brasilien.) In Joinville finden Reibungen zwischen Brasilianern und Deutschen statt.

Januar. (Columbien.) Bürgerkrieg.

Januar. Februar. (Brasilien.) Es wird über Agitationen der Monarchisten berichtet, die vornehmlich die Flotte gegen die Regierung zu gewinnen suchen.

Mitte März. (Chile.) Es wird ein neues Ministerium gebildet unter dem Vorsitz von Amunategui Rivera.

Ende März. (Montevideo.) Ein wissenschaftlicher Kongreß des lateinischen Amerika spricht sich für Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung aller Streitfragen zwischen südamerikanischen Staaten aus. — Die öffentliche Meinung in Chile protestiert dagegen.

März. (Venezuela.) Präsident Castro erläßt eine Amnestie für geringere politische Verbrechen.

2. Mai. (Brasilien.) Eine Botschaft des Präsidenten bei Eröffnung des Kongresses empfiehlt Verstärkung der Wehrkraft.

29. Mai. (Cuba.) Der Konvent zur Beratung der cubanischen Verfassung genehmigt die vom amerikanischen Senat vorgeschlagene Verfassung, wonach die Vereinigten Staaten die Oberhoheit über Cuba behalten.

Juni. Juli. Zwischen Peru und Chile finden gereizte Verhandlungen über die Abtretung der chilenischen Provinzen Arca und Tacna statt. Peru beansprucht sie auf Grund früherer Verträge.

Juli. (Columbien.) Venezolaner unterstützen die Aufständischen. Columbische Truppen überschreiten die Grenze von Venezuela, werden aber bei San Christobal in Taschira geschlagen (29. Juli). — Beide Staaten rüsten gegen einander.

Anfang August. (Mexiko.) Mexikanische Truppen nahmen Santa Cruz, den letzten festen Punkt der Maya-Indianer von Yucatan.

14. September. (Columbien.) Niederlage der Aufständischen bei Bocas del Toro.

18. September. (Chile.) Der Präsident German Riesco tritt sein Amt an.

September. Die Vereinigten Staaten bieten Venezuela und Columbien ihre Vermittlung an und erklären, falls der Verkehr auf dem Isthmus bedroht würde, selbst für die Sicherheit des Isthmus sorgen zu wollen.

Ende September. (Rio de Janeiro.) Die Beulenpest wird konstatiert.

Oktober. (Venezuela.) Aufständische erringen einige Erfolge über Regierungstruppen.

6. Oktober. (Venezuela.) Venezolanische Polizeitruppen überfallen einige Mannschaften des deutschen Kreuzers „Vineta“ in Porto Cabello. Die Regierung giebt Genugthuung.

21. Oktober. (Mexiko.) Der panamerikanische Kongreß tritt zusammen. Sein Vermittlungsversuch zwischen Venezuela und Columbien scheitert.

19. November. (Columbien.) Die Insurgenten bestürmen Colon auf dem Isthmus. Amerikanische Marinetruppen landen und besetzen die Panamaeisenbahn.

Ende November. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Columbien und Venezuela.

November. Peru und Bolivia einigen sich, alle zwischen ihnen schwebenden Streitfragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

November. Dezember. Die venezolanische Regierung weigert sich, Sicherheit für die Bezahlung von 20 Millionen Dollars, die sie deutschen Reichsangehörigen schuldet, zu geben. Die deutsche Regierung schickt deshalb ein Geschwader in die venezolanischen Häfen, um die Zölle mit Beschlag zu belegen.

November. Dezember. Konflikt zwischen Chile und Argentinien.

Zwischen beiden Staaten bestehen seit 1894 Differenzen wegen eines Grenzgebietes in den Anden. Es war 1900 ausgemacht worden, eine gemeinsame Untersuchung anzustellen. Im November behauptet Argentinien, Chile baue Militärstraßen in dem streitigen Gebiet, während Chile sich über Einrücken argentinischer Truppen in das Streitgebiet beschwerte. In beiden Ländern herrscht große Erregung, es werden Rüstungen angeordnet. Nach mehrfachem Schriftwechsel einigen sich die Regierungen (26. Dez.), die Frage dem Schiedsspruche des Königs von England zu unterbreiten.

Dezember. In Venezuela breitet sich die Revolution aus.

XXI.
Australien und Südsee.

1. Januar. (Sidney.) Der Beginn der australischen Föderation wird mit großem Gepränge gefeiert.

Anfang Januar. Die Kolonie Viktoria hebt 500 Mann für den südafrikanischen Krieg aus.

Mitte Januar. Der Generalgouverneur bildet ein Kabinett unter dem Vorsitz von Edmund Barton. Das Kabinett trägt ausgesprochen schutzzöllnerischen Charakter.

Anfang April. In den Wahlen zum australischen Parlament erringen die Schutzzöllner im Repräsentantenhause und die Freihändler im Senat eine kleine Mehrheit.

9. Mai. (Melbourne.) Der Herzog von York, der Australien besucht, eröffnet feierlich das Bundesparlament. Etwa 12000 Personen nehmen an dem Feste teil.

Juni. Die Bundesregierung versucht, das Recht des Senats, an den Gesetzesvorschlägen Änderungen vorzunehmen, zu umgehen, wird aber durch den entschiedenen Widerspruch des Senats zum Nachgeben gezwungen.

Juni. Die Premierminister der Staaten protestieren in London gegen die französischen Ansprüche auf die Neuen Hebriden.

15. Juni. (Samoa.) Der Gouverneur verbietet, daß in den Lehrplan der Schulen eine andere europäische Sprache außer der deutschen aufgenommen wird.

September. (Viktoria.) Ein Gesetzentwurf zur Beschränkung der Einwanderung wird angenommen. Jeder Einwandernde soll geprüft werden, ob er eine europäische Sprache beherrscht.

Anfang Oktober. (Melbourne.) Die Bundesregierung bringt einen schutzzöllnerischen Zolltarif ein.

Dezember. (Neusüdwales.) Das Parlament genehmigt ein Gesetz über die Einrichtung eines obligatorischen gewerblichen Schiedsgerichtsverfahrens. Vor allen Streiks und Aussperrungen sind die Streitigkeiten dem Gerichtshof vorzutragen.

XXII.
Afrika.

2. Januar. (Südafrikanischer Krieg.) In Pretoria bildet sich ein burisches Komitee, um die Buren zur Niederlegung der Waffen zu bewegen.

Januar. (Südafrikanischer Krieg.) Burenstreifkorps dringen in der Kapkolonie unter vielen kleinen Gefechten vor. Insurgenten schließen sich ihnen an. In einigen Distrikten verkündet Lord Kitchener das Kriegsrecht.

Ende Januar. Bildung von Konzentrationslagern.

Alle Burenfamilien und ihr Vieh werden aus dem flachen Lande nach dazu bestimmten Lagern übergeführt, wo diese Menschen, gleichviel ob sie freiwillig kamen oder nicht, beschützt und ernährt werden. Diejenigen, die sich aus eigenem Antrieb ergeben haben, erhalten volle Rationen: in solchen Fällen indessen, wo die Männer noch bei ihren Kommandos sind, werden die Familien auf Teilrationen gesetzt, die erst auf ganze Rationen erhöht werden, sobald die Ehemänner sich unterworfen haben.

31. Januar. Die Buren nehmen die Garnison von Modderfontein bei Krügersdorp gefangen.

1. Februar. (Deutsch-Südwestafrika.) Einführung der Reichsmarkrechnung.

Februar. (Kapstadt.) Es werden Pestfälle konstatiert.

Februar. (Südafrikanischer Krieg.) Die Heeresleitung der Buren klagt in Proklamationen die englische Kriegführung der Grausamkeit an. Wehrlose, Frauen und Kinder würden mißhandelt und getötet. Briefe englischer Soldaten, die in europäischen Blättern veröffentlicht werden, bestätigen die Anklagen.

Mitte Februar. (Deutsch-Südwestafrika.) Ein Aufstand der „Grootfontijner Bastards" wird schnell niedergeworfen.

23. Februar. Deutschland und England schließen einen Vertrag über die Abgrenzung zwischen dem Nyassa- und Tanganyika-See.

Februar. (Südafrikanischer Krieg.) Vergebliche Versuche des Generals French, Louis Botha im östlichen Transvaal abzuschneiden.

Februar. März. Friedensverhandlungen.

Am 20. Februar hat Kitchener eine Zusammenkunft mit L. Botha in Middelburg. Die Verhandlungen zerschlagen sich, weil Botha die Bedingungen, allgemeine Amnestie für Transvaal und Oranjefreistaat nach Niederlegung der Waffen, aber keine Unabhängigkeit der Buren, ablehnt. Botha fordert Autonomie und Begnadigung der Kaprebellen.

Anfang März. (Südafrikanischer Krieg.) De Wet zieht sich aus der Kapkolonie zurück.

10. März. (Algier.) Eine französische Abteilung unter General Servieres nimmt nach Gefechten mit marokkanischen Berbern die Oase Talminna ein.

Februar. März. (Nordafrika.) Kämpfe gegen den Mullah Abdullah Aschur (s. Egypten).

15. April. (Deutsch-Ostafrika.) Der neue Gouverneur Graf v. Götzen tritt sein Amt an.

Ende April. (Algier.) Araber vom Stamme Beni Benasser überfallen ein Dorf und töten acht Europäer.

2. Mai. (Südafrikanischer Krieg.) Niederlage der Engländer im westlichen Transvaal.

9. Mai. (Abessynien.) Negus Menelik richtet folgenden Brief an den Präsidenten der französischen Republik:

„Er hat den Löwen des Stammes Juda überwunden, Menelik der Erkorene des Herrn, König der Könige Aethiopiens. Gruß allen denen, welche dieses Schreiben lesen. Mit meiner Einwilligung und unter meinem Schutze ist Hugues Le Roux nach dem Wallagagebiet gezogen und hat er die Gegend erforscht, wo sich die Didessa und der Blaue Nil (Abai) vereinigen. Der Zusammenfluß dieser beiden Ströme ist noch von keinem Europäer besucht worden. Daher bekunde ich durch dieses Schreiben den Wunsch, daß der Berg, der sich zwischen den Strömen Didessa und Angher erhebt, zu Ehren unseres erhabenen und großen Freundes Loubet, Präsidenten der französischen Republik, den Namen „Loubet" trage. Ferner soll der Berg, der den Blauen Nil von der Didessa trennt, nach Ihrer Majestät der Kaiserin Taitu benannt werden. Endlich sollen die Anhöhen, rechts und links von Abai die Namen Ilg, Chefneux, Hugues Le Roux und Soucy erhalten. Ich überreiche dieses Schreiben Hugues Le Roux zum Zeichen meiner Freundschaft und der großen Freude, die seine Reise und seine glückliche Rückkehr mir verursachten. Gegeben zu Addis-Anem am 9. Mai des Jahres des Heils 1890, entsprechend dem Jahre 1901 neuen Stils."

(Südafrika.) Allgemeine Kriegslage.
englischen Berichten stehen 16,500 Buren im Felde; nördlich
ı herrschen sie fast unbeschränkt. Nach einer Statistik des
hatten die Engländer bis zum 1. Mai 249,416 Mann in
An Gefallenen und an Krankheiten Verstorbenen betrugen die
Ende April 14,978 Mann; verwundet wurden 12,209 Offiziere
haften, 76,582 Offiziere und Mannschaften wurden nach der
ckbefördert, darunter 47,609 Invaliden. Das sind insgesamt
nn, zu denen aber noch die vielen Tausende gerechnet werden
in den Lazaretten liegen.

Juni. (Südafrikanischer Krieg.) Niederlage der Eng-
Middelburg in Transvaal. Sie verlieren zwei Geschütze.

Juni. (Deutsch-Ostafrika.) Der Gouverneur verbietet
r von Weinreben-Stecklingen aus Ländern, in denen die
orkommt.

i. (Kapkolonie.) Lebhafte Kämpfe zwischen dem Buren-
Scheepers und den Engländern. Am 5. und 23. er-
Buren einige Vorteile. — Mehrere Kaprebellen werden
lich erschossen.

Juli. (Südafrikanischer Krieg.) Eine englische Bri-
fällt das Quartier des Präsidenten Steijn in Reitz, nimmt
Mitglieder der Freistaatregierung gefangen und erobert das
chiv.

Juli. (Marokko.) Die französische und englische Presse erörtert lebhaft die Zukunft Marokkos.

7. August. (Südafrikanischer Krieg.) Lord Kitchener fordert in einer Proklamation alle Buren auf, bis zum 15. September die Waffen niederzulegen, widrigenfalls schärfer gegen ihre Personen und Eigentum vorgegangen werden würde. — Die Burenführer lehnen jede Nachgiebigkeit ab.

August. (Deutsch-Südwestafrika.) Einwanderung von 35 Burenfamilien.

2. September. (Nigeria.) Die Engländer stürmen Yola, dessen Emir den Handel behinderte.

17. September. (Südafrikanischer Krieg.) Die Buren nehmen bei Utrecht 200 Mann gefangen und erobern 3 Geschütze.

Ende September. (Südafrikanischer Krieg.) Das am 7. August angekündigte schärfere Vorgehen nimmt seinen Anfang. Die Güter der im Felde stehenden Buren werden beschlagnahmt und verkauft, viele Todesurteile werden gegen Kaprebellen verhängt, die zum Teil zu Zwangsarbeit begnadigt werden. Die Zeitungs-

zensur wird scharf gehandhabt. — Botha antwortet mit einer Proklamation, die jeden Bur, der den Buren konfiszierte Güter ankauft, mit dem Tode bedroht.

30. September. (Natal.) Die Parlamentswahlen ergeben eine regierungsfreundliche Mehrheit.

30. September. (Südafrikanischer Krieg.) Delarey überfällt ein englisches Lager bei Moedwill.

Oktober. (Kongostaat.) Major Malfeyt schlägt die aufständischen Bateteles am Kisale-See.

12. Oktober. (Deutsch-Kamerun.) Oberleutnant Dominik unternimmt eine Expedition ins Innere nördlich vom Benuë.

Oktober. (Südafrikanischer Krieg.) Die Buren dringen wieder im Kaplande vor.

30. Oktober. (Südafrikanischer Krieg.) Die Engländer erleiden durch einen Überfall bei Berkenlaagte bei Bethel schwere Verluste. 9 Offiziere fallen.

Ende November. (Südafrika.) Erschwerung der Einwanderung.

Nach einer amtlichen Bekanntmachung ist nach dem 1. Januar 1902 niemandem der Eintritt in die Kapkolonie oder in Natal wegen des dort erklärten Kriegsrechtes ohne besonderen Erlaubnisschein gestattet. Jeder, der um einen Erlaubnisschein nachsucht, muß durch Zeugnisse nachweisen, daß er mindestens 100 Pfund Sterling besitzt oder sich selbst erhalten kann, daß der Zweck seiner Reise kein England feindlicher ist und daß er weder deportiert noch als Bedürftiger außer Landes geschickt worden ist.

Ende November. (Südafrikanischer Krieg.) Lord Kitchener organisiert Korps, die aus abgefallenen Buren bestehen.

Ende November. (Südafrikanischer Krieg.) Nach der „Times“ hat Lord Kitchener 45 000 Mann zur Verfügung im freien Felde.

Anfang Dezember. (Südafrikanischer Krieg.) In der europäischen Presse werden Anklagen erhoben gegen die englische Armee wegen Ausschreitungen gegen die Burenfrauen in den Konzentrationslagern. Ferner wird behauptet, daß die englischen Truppen bei einem Angriffe der Buren die Burenfrauen als Deckung benützt hätten.

Dezember. (Deutsch-Ostafrika.) Abschaffung der Haussklaverei.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung, wonach jeder Haussklave durch Zahlung einer von der zuständigen Verwaltungsbehörde festzusetzenden Ablösungssumme die Beendigung des Sklavenverhältnisses herbeiführen kann. Jedem Haussklaven muß gestattet werden, an zwei Tagen

der Woche für sich selbst zu arbeiten und diesen Arbeitsertrag für sich zu verwenden. Das Herrenrecht wird verwirkt, wenn der Herr seine Pflicht gegen den Hausklaven schwer verletzt. (6. Dezember.)

Anfang Dezember. (Südafrikanischer Krieg.) In Transvaal werden drei Burenlager überfallen und einige Hundert Buren gefangen genommen.

Dezember. (Südafrikanischer Krieg.) Botha läßt mehrere Buren erschießen, weil sie den Engländern Polizei- oder Kundschafterdienste geleistet haben.

15. Dezember. (Transvaal.) Lord Kitchener verfügt, daß bis zum 15. Januar wöchentlich je 100 Pochstempel eröffnet werden dürfen.

15. Dezember. (Südafrikanischer Krieg.) Burenkommandant Kritzinger wird gefangen.

24. Dezember. (Südafrikanischer Krieg.) Dewet überfällt ein englisches Lager bei Tweefontein.

XXIII.
Asien.

Anfang Januar. (China.) Die Londoner „Times" veröffentlicht einen Vertrag zwischen Rußland und China, wonach Rußland das Protektorat über die Mandschurei erhält.

Januar. Februar. Rußland, Afghanistan und Indien.

Es werden Nachrichten verbreitet, daß Rußland große Truppenmassen in Transkaspien und Turkestan ansammle, so sollen in Kuschk (an der afghanischen Grenze) 30000 Mann, in Taschkent 20000 Mann stehen, und fortwährend neue Truppensendungen stattfinden. — Demgegenüber soll auch in Afghanistan stark gerüstet werden. Als Verstärkung der englisch-indischen Position wird betrachtet, daß die indische Regierung unter Umgehung Afghanistans eine direkte Verbindung mit Persien über Nuschki errichtet und die jenseits des Indus gelegenen Provinzen der Zentralregierung unterstellt hat. Durch die letzte Maßregel sollen die Bewegungen unter den Bergstämmen und etwaige Bedrohungen von Rußland her besser überwacht werden.

14. Januar. (China.) Die russischen Truppen beginnen mit der Räumung Petschilis. — Die russische Regierung verteilt Reis und Kleidungsstücke unter die Bevölkerung.

Mitte Januar. (China.) Es wird bekannt, daß Graf

Waldersee am 12. November 1900 ein Rundschreiben an die ihm unterstellten Truppenteile gerichtet hat, worin es heißt:

1. Die Truppen jeder Nation nehmen nicht mehr Unterkunftsräume u. s. w. für sich in Anspruch, als ihrem Bedürfnis entspricht, und nehmen davon Abstand, Städte, Dörfer oder einzelne Baulichkeiten, deren sie nicht bedürfen, mit ihren Flaggen zu bezeichnen. 2. Es ist nicht statthaft, Oertlichkeiten, die nur zum Teil oder gar nicht mit Truppen belegt sind, unter den ausschließlichen Schutz einer Macht zu stellen. 3. Flaggen irgend einer Nation, die von Einwohnern an ihren Häusern u. s. w. angebracht werden, gelten nicht als Nationalflaggen und können nicht dazu dienen, die damit bezeichneten Oertlichkeiten der Benützung durch Truppen anderer Nationen zu entziehen. Trotzdem sind die Flaggen selbst mit Achtung zu behandeln. Sie dürfen nicht mit Gewalt entfernt werden, doch ist es gestattet, neben ihnen die Flaggen anderer Nationen zu hissen, falls dies wünschenswert sein sollte.

27. Januar. (China.) Kapitän z. S. Jäschke, Gouverneur von Kiautschou, in Tsingtau, 49 Jahr alt, †.

Ende Januar. (Holländ. Indien.) Die Atchinesen werden in einer Expedition besiegt und verlieren die Festung Batu Ilik. — Im Februar werden die Atchinesen abermals geschlagen.

Ende Januar. (Türk. Asien.) Nach indischen Nachrichten finden am Persischen Meerbusen blutige Kämpfe zwischen arabischen Scheiks statt.

Februar. (China.) Verhandlung über die Bestrafung der chinesischen Würdenträger.

Am 5. Februar verlangen die Gesandten die Bestrafung 12 hoher chinesischer Beamter wegen Begünstigung der Boxer. Nach einigen Diskussionen übergaben ihnen die chinesischen Bevollmächtigten (17. Februar) folgendes kaiserliche Edikt vom 13. Februar: „Die durch frühere Edikte für die schuldigen Prinzen und Minister festgesetzten Strafen sind zu milde und werden daher, wie folgt, verschärft: Prinz Tschuang hat Angriffe der Boxer auf die Gesandtschaften begünstigt, Proklamationen, die mit den Verträgen in Widerspruch stehen, veröffentlicht und viele Leute ermorden lassen; er soll sich selbst das Leben nehmen; der stellvertretende Präsident des Zensorats Ko-Poa-Hua soll den Prinzen in Gewahrsam nehmen. Prinz Tuan hat die Prinzen für die Sache der Boxer gewonnen und den Krieg herbeigeführt; Prinz Tsai-lan und Prinz Tsai-hsuen haben Proklamationen gegen die Verträge erlassen: diese drei Prinzen sind ihres Ranges und ihres Amtes zu entkleiden und werden mit Rücksicht auf ihre nahe Verwandtschaft zum kaiserlichen Hause nach Turkestan verbannt und dort lebenslänglich eingekerkert. Vorläufig wird ein Beamter mit ihrer Bewachung betraut. Yue-hsien hat in Schantung die Boxer-Propaganda gefördert, in Peking Prinzen und Minister dafür gewonnen und in Schansi Missionäre ermordet. Er war bereits nach Turkestan verbannt und muß jetzt in Kansu angekommen sein; er soll sofort hingerichtet werden. Der Provinzialrichter Ho-Fu-kun soll ihn bewachen und die Strafe vollziehen. Kang-yi hat die Boxer begünstigt, Proklamationen erlassen u. s. w., er verdiente die schwerste Strafe, ist aber schon tot; es soll ihm nachträglich sein Rang und sein Amt genommen werden. Tung-Fuhsiang hat seine Truppen

in Peking nicht im Zaume gehalten, nichts von den fremden Beziehungen gewußt und die Gesandtschaften angegriffen, letzteres allerdings auf Befehl der Prinzen; mit Rücksicht auf die großen Verdienste, die er sich in Kansu erworben hat, und das große Vertrauen, das er bei Chinesen und Mohammedanern genießt, wird er nur sofort seines Amtes entkleidet. Ying-nien, Präsident im Zensorat, hat den Erlaß der Proklamationen des Prinzen Tsai-hsuen nicht verhindert; er wird abgesetzt und soll im Gefängnis die Hinrichtung erwarten. Tschao-Tschu-Tschiao, Präsident des Justizministeriums, trifft nur geringe Schuld: er wird abgesetzt und wie Ying-nien bestraft; beide sollen vorläufig im Gefängnis der Provinzialhauptstadt von Schensi festgehalten werden. Hsue-tun, Großsekretär, und Li-Ping-heng sind schon gestorben; sie werden nachträglich abgesetzt und die ihnen zuerkannten Totenehren wieder zurückgenommen."

Anfang Februar. (China.) Die österreich-ungarische Regierung erwirbt in Tientsin ein Grundstück von 60 Hektar auf dem linken Ufer des Peiho zur Errichtung eines Konsulatsgebäudes (vgl. S. 187).

Februar. (Japan.) Auswärtige Politik und Finanzen.

Die japanische Regierung betrachtet das Vorgehen Rußlands in der Mandschurei und seine Bestrebungen in Korea mit großem Mißtrauen. Obwohl der chinesische Krieg die militärischen Ausgaben um etwa 100 Millionen Mark erhöht hat, und die Handelsbilanz höchst ungünstig ist, wird deshalb jede Unterbrechung in der Verstärkung der Wehrkraft zu Lande und zu Wasser abgelehnt, das Defizit im Staatshaushalt soll durch Zölle und erhöhte Steuern gedeckt werden.

Februar. (China.) In der südlichen Mandschurei brechen Unruhen aus, die zur Verstärkung der russischen Besatzung Anlaß geben.

20. Februar. (China.) Einige Tausend reguläre Soldaten werden von deutschen Truppen nördlich von Paotingfu zersprengt.

20. Februar. (China.) Die Londoner „Times" publiziert einen von Rußland aufgestellten Entwurf eines Abkommens zwischen China und Rußland über finanzielle Fragen.

Die wichtigsten Bestimmungen sind: In der Mandschurei, der Mongolei und in Chinesisch-Turkestan dürfen Eisenbahn-, Minen- oder sonstige Konzessionen an Angehörige anderer Nationen nicht vergeben werden, noch darf China selbst dort irgend welche Eisenbahnen bauen. In der Umgebung von Niutschwang darf an Ausländer kein Grund und Boden vermietet werden. Bezüglich der Zahlung einer Entschädigung für die Zerstörung der Mandschurischen Eisenbahn hat China sich mit der Eisenbahnkompagnie selbst zu arrangieren. Bezüglich Zahlung einer Entschädigung für seine militärischen Operationen wird Rußland in Uebereinstimmung mit den anderen Mächten handeln; die betreffenden Bedingungen und Einzelheiten sind noch nachträglich festzusetzen. Die Eisenbahnentschädigung ist in einer Summe zu bezahlen, falls nicht eine kommerzielle Konzession in Teilzahlung genommen werden kann. Nachdem China seine Einwilligung zu dem Plane Rußlands, eine Eisenbahn direkt von der Mandschurei nach Peking zu bauen, gegeben hat, bestätigt es hiermit diese Zustimmung noch einmal ausdrücklich.

Anfang März. (Ostasien.) Zeitungsnachrichten zufolge besetzt Rußland den Hafen Masampo an der Südostküste Koreas stark und richtet ihn als Winterquartier für die Flotte im Stillen Ozean ein.

Anfang März. (China.) Auf die Initiative der Vereinigten Staaten richten sämtliche Großmächte eine Note an China, die gegen jede isolierte Verhandlung mit einer Macht wegen Abtretung eines Gebietsteils protestiert. (Vgl. S. 61.)

8. März. (China.) Deutsche Truppen erstürmen ein Thor der Großen Mauer westlich vom Antsulingpaß.

16. März. (Japan.) Das Oberhaus genehmigt nach längerem Widerstande die Steuervorlagen der Regierung, nachdem der Kaiser nachdrücklich seinen Wunsch auf Annahme der Vorlagen ausgesprochen hat.

Mitte März. (Indien.) Eine Volkszählung stellt fest, daß die Bevölkerung des unmittelbar britischen Gebietes und der Eingeborenenstaaten 294266000 Seelen beträgt, gegen 1891 eine Zunahme von 4283000 = 1,49 %.

März. China.) Gebietsstreit zwischen Rußland und England.

Russische Truppen besetzen ein Gebiet in Tientsin, das der englischen Eisenbahngesellschaft gehört. Es kommt zu Verhandlungen zwischen den Regierungen und zu militärischen Demonstrationen in Tientsin. Unter Vermittelung des Grafen Waldersee einigen sich beide Teile, ihre Truppen von dem streitigen Gebiete zurückzuziehen.

24. März. (China.) Ein Ausschuß der Gesandten, der die Hilfsquellen Chinas zur Feststellung der Entschädigungssumme prüfen soll, hält seine erste Sitzung ab.

27. März. (China.) Die chinesische Regierung lehnt die Unterzeichnung des Mandschureivertrags ab.

Ende März. (Philippinen.) Der Insurgentenführer Aguinaldo gerät in amerikanische Gefangenschaft. Infolgedessen kapitulieren mehrere aufständische Abteilungen.

3. April. (China.) Die russische Regierung verzichtet auf das Mandschureiabkommen.

Anfang April. (Indien.) Die Regierung nimmt die Grenzstadt Nuschki, eine Etappe auf der Straße nach Persien, vom Khan von Khelat in ewige Pacht.

13. April. (Persien.) Die Regierung erläßt ein Gesetz, wonach sämtliche Zölle und Wegegelder im Innern abgeschafft und einheitliche Ein- und Ausfuhrzölle erhoben werden.

Mitte April. (Philippinen.) Aguinaldo fordert in einem Manifest seine Landsleute zur Unterwerfung auf.

April. (Japan.) Es macht sich eine große Geldknappheit bemerkbar; einige 20 Banken stellen die Zahlung ein.

18. April. (China.) Der vom Grafen Waldersee bewohnte Teil des Pekinger Palastes brennt vollständig nieder. Waldersee rettet sich mit Mühe, General v. Schwarzhoff kommt um.

April. (China.) Behördenreform.

Ein Erlaß des Kaisers löst den Staatsrat auf und setzt an seiner Stelle das Generalamt für Staatsangelegenheiten, bestehend aus den Prinzen Tsching, Li-Hung-Tschang, Junghi, Kunkang, Wangwenschar und Luchuanlin mit Linkunyi und Tschangschitung als Beiräten, um die von den verschiedenen Provinzialregierungen eingegangenen Denkschriften über die Einführung von Reformen zu prüfen und aus den gemachten Vorschlägen das für die Wohlfahrt des Reiches Praktischte und Bedeutsamste auszuwählen. Sobald diese Behörde berichtet hat, wird der Kaiser, nach Einholung des Rates und der Zustimmung der Kaiserin-Witwe in Uebereinstimmung mit jenem Bericht, Verordnungen erlassen, und wenn der Hof nach Peking zurückkehrt, ein Dekret an das Land veröffentlicht, welches die angeordneten Maßnahmen in Kraft setzt. (Vgl. Nauticus, 1901 S. 136.)

23./24. April. (China.) Chinesische Truppen werden von Deutschen in mehreren Gefechten an der Großen Mauer geschlagen.

2. Mai. (Japan.) Das Kabinett Ito tritt wegen finanzieller Schwierigkeiten zurück und wird durch ein Kabinett Katsura ersetzt.

9. Mai. (China.) Die Gesandten überreichen der chinesischen Regierung die Entschädigungsforderung von 450 Millionen Taels. — China erkennt die Forderung an (11. Mai).

1. Mai. (China.) Verhandlungen über die Entschädigungsfrage.

Die „Times" schreibt: Nachstehendes ist eine gedrängte Darstellung des Berichtes des Ausschusses, bestehend aus dem deutschen, dem englischen, dem französischen und dem japanischen Gesandten, betreffend die Entschädigungsfrage, welcher heute den übrigen Gesandten überreicht wurde:

Da es höchst unwahrscheinlich ist, daß China aus eigenen Mitteln die verlangte Entschädigung von 65000000 Pfund Sterling aufbringen kann, so bieten sich folgende vier Möglichkeiten zur Erlegung der Entschädigungssumme: 1. Eine chinesische Anleihe ohne Garantie der Mächte. Diese Anleihe würde für China den Ruin bedeuten. 2. Eine Anleihe, garantiert von allen Mächten. 2. Die Ausgabe von chinesischen Bons an jede Macht in der Höhe ihrer Entschädigungsforderung, zahlbar an bestimmten Terminen. Da die Bonds verzinst werden, so könnten sie als Sicherheit für eine inländische Anleihe dienen. 4. Jährliche Zahlungsleistungen, welche aber den Nachteil haben würden, die Zahlungsfrist in unangemessener Weise zu verlängern.

Der erwähnte Ausschuß hat beschlossen, den heimischen Regierungen die Entscheidung über die obengenannten vier Möglichkeiten zu überlassen.

Der Ausschuß tritt einstimmig dafür ein, zu empfehlen, daß folgende vier Einnahmequellen für die Zahlung der Entschädigungsforderungen nutzbar gemacht werden: die Seezölle, welche bereits unter ausländischer Verwaltung stehen, 2. eine Erhöhung des Zolltarifs auf 5 v. H. vom Werte; diese würde, wenn Opium außer Betracht bleibt, den Betrag von 2½ bis 3½ Millionen Taëls ergeben; 3. Unterstellung der Inlandzölle unter die Seezollverwaltung; daraus könnten 3 bis 10 Millionen Dollars jährlich gewonnen werden; 4. die Erhebung von Zöllen von bisher zollfreien Waren, wie Mehl, Butter, Käse, ausländische Kleidungsstücke, Alkohol.

Aus diesen vier Quellen wäre nach Ansicht des Ausschusses eine jährliche Gesamteinnahme von mindestens 5½ Millionen Taëls und höchstens 15 Millionen Taëls zu erzielen. Außerdem werden von dem Ausschusse, aber nicht auf Grund einstimmigen Beschlusses, noch 6 Vorschläge zur Erhöhung der Einkünfte oder Erzielung von Ersparnissen gemacht. Die Mitglieder des Ausschusses sind der Ansicht, daß weder an der Grundsteuer noch an den Likin-Abgaben gerührt werden kann. Die Gesandten sind, mit Ausnahme des englischen, amerikanischen und japanischen, sämtlich der Ansicht, daß der Seezolltarif sofort auf 10 v. H. erhöht werden soll. Die Gesandten haben den Bericht des Ausschusses, der sich auf vielleicht nicht ganz richtig verstandene Angaben gründet, der Entscheidung ihrer Regierungen unterbreitet.

13. Mai. (China.) Chinesische Regierungstruppen schlagen Aufständische südlich von Paotingfu.

Mitte Mai. (Japan.) Die Session des Reichstags wird geschlossen, nachdem die Steuervorlagen, die die Steuern um 21 Millionen Yen erhöhen, angenommen sind.

Mai. (China.) Im Yangtsethale finden größere Unruhen statt.

22. Mai. (China.) Die Gesandtenkonferenz lehnt einen amerikanischen Antrag auf Ermäßigung der Entschädigungsforderung ab.

Ende Mai. Anfang Juni. (China.) Im Süden von Tschili brechen wieder Boxerunruhen aus.

Juni. Juli. (Korea.) In mehreren Unruhen werden einige Hundert eingeborene Christen getötet.

2. Juni. (China.) In Tientsin kommt es zu Zusammenstößen zwischen englischen, deutschen, französischen und japanischen Soldaten, wobei einige getötet und verwundet werden.

3. Juni. (China.) Graf Waldersee verläßt Peking und reist nach kurzem Aufenthalt in Tientsin nach Japan.

13. Juni. (Japan.) Das Kaiserpaar empfängt den Grafen Waldersee in Tokio.

Juni. (China.) Die fremden Truppen beginnen mit der Räumung Tschilis. Von deutschen Truppen bleiben in China:

3 Infanterie-Regimenter zu 3 Bataillonen zu 3 Kompanien mit je

110 Kombattanten, 1 Eskadron Jäger zu Pferde, 1 Feldartillerie-Abteilung mit 3 Batterien, 1 Pionierkompagnie, 1 Trainkompagnie. Die Gesamtstärke dieser Formationen an Kombattanten beläuft sich auf rund 3600 Mann, von denen etwa 800 Mann — 2 Bataillone mit einer Batterie — für Schanghai, der Rest für Petschili bestimmt sind. In letzterer Provinz wird die Hauptmasse der Truppen in Tientsin zusammengehalten werden, während kleinere Detachements von je 1 Bataillon Peking, Yanatsun, Langfang und Schanhaikwan besetzt halten. Zu den aufgezählten Truppenteilen treten noch die entsprechenden Verpflegungs-, Sanitäts- und sonstige für die Versorgung der Truppe unentbehrlichen Organisationen, so daß zu der oben angegebenen Zahl von Kombattanten noch einige Hunderte Mann Nichtkombattanten hinzukommen. In die zurückbleibenden Truppenteile sollen diejenigen Mannschaften versetzt werden, welche über Herbst 1901 hinaus zum Dienst in Ostasien verpflichtet sind; auch von diesen Truppenteilen werden daher die im Herbst zur Entlassung kommenden Mannschaften der überwiegenden Mehrheit nach den demnächstigen Rücktransporten nach der Heimat angeschlossen werden.

Juli. (Japan.) Infolge einer lebhaften Agitation gegen die japanische Einwanderung in Kanada und Australien macht sich eine Verstimmung der öffentlichen Meinung gegen England bemerkbar.

Juli. (Türkisch Asien.) Die englische Presse verbreitet die Nachricht, daß Rußland vom Sultan die Abtretung mehrerer Kohlenstationen am Persischen Golf verlange.

4. Juli. (Philippinen.) Der neuernannte Zivilgouverneur Taft tritt an die Stelle des bisherigen Militärgouverneurs.

Juli. (China.) Die Gesandten verhandeln lebhaft über die Deckung der Entschädigungssummen. England widerspricht aus kommerziellen Rücksichten der von Rußland beantragten Erhöhung der Seezölle von 4 v. H. auf $7\frac{1}{2}$ v. H.

29. Juli. (China.) Die deutschen Truppen übergeben den von ihnen besetzten Teil des Kaiserpalastes in Peking an den chinesischen Palastminister.

20. August. (China.) Die Gesandten veröffentlichen folgendes den chinesischen Bevollmächtigten übersandte Protokoll:

Artikel I. Abschnitt a. Durch kaiserliches Edikt vom 9. Juni wurde Prinz Tschun als Sondergesandter nach Deutschland gesandt, um das Bedauern Chinas über die Ermordung des Barons v. Ketteler auszusprechen. Prinz Tschun ist am 12. Juni abgereist.

Abschnitt b. China hat die Errichtung eines Gedächtnismals an der Straße, in der Baron v. Ketteler ermordet wurde, in die Wege geleitet. Der Bau begann am 26. Juni.

Artikel 2. Abschnitt a. Edikte vom 13. Februar und vom 21. Februar belegten die hauptsächlichsten Urheber der Verbrechen mit folgenden Strafen: Prinz Tuan und Lan wurden nach Turkestan verbannt und zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt; Tschuang, Yingyien und Tschaoshutschiao

erhielten Befehl, sich selbst zu töten; Yuhsien, Tschiushui und Hsutschengyu wurden zum Tode verurteilt und Yangyi, Hsutung und Lipingheng wurden zu Degradation nach dem Tode verurteilt. Das Edikt vom 13. Februar rehabilitiert Hsuyungyi, Lishan, Lienyuan, Yuantschang und Hsutsching-tscheng, welche im vorigen Jahre hingerichtet wurden, weil sie gegen die Ausschreitungen als eine Verletzung des Völkerrechts Widerspruch erhoben. Andere Edikte setzen Tungfuhsiang ab und bestrafen die Beamten, welche an Verbrechen beteiligt sind. Tschuang hat am 21. Februar Selbstmord begangen, Yingyien, Tschaoshutschiao am 24. Februar, Yuhsien wurde am 22. Februar, Tschiushi und Hsutschengyu am 26. Februar hingerichtet.

Abschnitt b. Ein Edikt, dessen Datum noch offen gelassen ist, bestimmt, daß alle offiziellen Prüfungen auf fünf Jahre in den Städten eingestellt werden, in welchen Ausländer niedergemetzelt oder mißhandelt worden sind.

Artikel 3. Als Sühne für die Ermordung des japanischen Gesandtschafts-Sekretärs Sugiyama wurde durch ein Edikt vom 18. Juni Natung als Spezialgesandter ernannt, um Japan das Bedauern der chinesischen Regierung zum Ausdruck zu bringen.

Artikel 4. Nachdem China eingewilligt hat, Sühnedenkmäler für die entweihten Kirchhöfe der Ausländer zu errichten, bezahlte es schon die hieraus erwachsenden Ausgaben im Betrage von 15000 Taëls.

Artikel 5. Ein Edikt, dessen Datum offen gelassen ist, verbietet die Einfuhr von Waffen und Munition auf zwei Jahre, eventuell auf weitere Perioden von zwei Jahren, wenn das erforderlich sein sollte.

Artikel 6. Durch Edikt vom 29. Mai hat China in die Zahlung einer Entschädigung von 450 Millionen Taëls gewilligt, die nach dem Amortisationsplan in 39 Jahren zu decken und in halbjährlichen Raten mit 4 v. H. zu verzinsen ist. Als Sicherheit hierfür wurden angewiesen der Ueberschuß der Seezölle, der sich ergibt aus der Erhöhung dieser Zölle auf 5 v. H. einschließlich der zur Zeit zollfreien Artikel (mit Ausnahme von Reis, ausländischen Cerealien, Mehl, geprägtem und ungeprägtem Gold und Silber), desgleichen die einheimischen Zölle, die in den offenen Häfen durch die kaiserlichen Seezollbehörden verwaltet werden sollen, und das Einkommen aus der Salzsteuer, das nicht für fremde Anleihen als Sicherheit dient. Der Erhöhung der Zölle wurde unter der Bedingung zugestimmt, erstens, daß die Zölle feste Zölle und nicht Wertzölle seien, als Basis der Wertbestimmung wurde der Durchschnittswert der Jahre 1897, 1898, 1899 angenommen, — zweitens, daß die Läufe des Whangpoo und Peiho, die Zugänge zu Schanghai und Tientsin unter Beteiligung chinesischen Kapitals verbessert würden. Die Zollerhöhung tritt zwei Monate nach Unterzeichnung des Protokolls in Wirksamkeit, mit einer Ausnahme zu gunsten der innerhalb 10 Tagen nach der Unterzeichnung auf See befindlichen Waren.

Artikel 7 bestimmt das Gebiet des Gesandtschaftsviertels und bestätigt das Recht der Gesandtschaften auf ein ausschließlich für die Fremden bestimmtes verteidigungsfähiges Viertel, sowie das Recht, dauernde Gesandtschaftswachen zu halten.

Im Artikel 8 stimmt China der Schleifung der Taku-Forts und anderer die Verbindung zwischen Peking und der See hindernden Forts zu.

Artikel 9 enthält das von China bereits am 16. Januar gemachte Zugeständnis, daß die Mächte berechtigt sein sollen, die für die Aufrechterhaltung der offenen Verbindung zwischen Peking und der See notwendigen

Punkte zu besetzen, nämlich Huangtsun, Langfang, Yangtsun, Tientsin, Chunliangschang, Tangku, Lutai, Tongshan, Lanchan, Changli, Chingwantao und Shanhaikwan.

Artikel 10. China stimmt zu, daß während zweier Jahre öffentlich angeschlagen werden: das Edikt vom 1. Februar ds. Js., welches die Mitgliedschaft an jeder fremdenfeindlichen Gesellschaft verbietet, das Edikt, welches die vollzogenen Bestrafungen aufzählt, das Edikt, welches die Prüfungen verbietet und schließlich das Edikt vom 1. Februar, welches erklärt, daß die schuldigen Vizekönige, Gouverneure und für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlichen örtlichen Beamten, falls sie schuldig seien, entlassen und niemals wieder angestellt werden sollen. Der öffentliche Anschlag dieser Edikte wird zur Zeit in China durchgeführt.

Artikel 11. China ist bereit, über Abänderungen der Handelsverträge zu beraten, und wird zur Verbesserung des Whangpoo und Peiho beisteuern, wenn die provisorische Regierung in Tientsin sich dazu versteht, 60000 Taels jährlich für die Instandhaltung der Verbesserungen beim Peiho zu zahlen und die Hälfte (480000 Taels geschätzt) jährlich auf 20 Jahre hinaus für Verbesserung des Whangpoo.

Artikel 12. Durch ein Edikt vom 24. Juli wurde das Tsungliyamen in ein Ministerium für auswärtige Angelegenheiten umgewandelt mit Vorrang vor sechs anderen Staatsministerien; auch ist ein Abkommen getroffen worden bezüglich Abänderung des Hofzeremoniells beim Empfang der fremden Gesandten. Nachdem China so zur Zufriedenheit der Mächte die Einzelbestimmungen der Note vom 27. Dezember erfüllt hat, welche Note der Kaiser durch das Dekret vom 27. Dezember völlig genehmigt hat, sind die Mächte übereingekommen, der durch die Unruhen im letzten Sommer geschaffenen Sachlage ein Ende zu machen. Die fremden Gesandten wurden daher ermächtigt zu erklären, daß, mit Ausnahme der Gesandtschaftswachen, die internationalen Truppen Peking völlig räumen (Datum offen gelassen) und mit Ausnahme der erwähnten Orte sich aus Tschili zurückziehen werden. (Datum offen gelassen.)

28. August. (China.) Die Regierung erläßt ein Verbot, Waffen und Munition einzuführen.

Ende August. Anfang September. (Türkisch Asien.) Die Pforte sendet Truppen von Bassora und zu Wasser gegen den Scheich von Koweit, der mit dem Emir von Neschd im Kriege liegt. Ein englischer Kreuzer verhindert die Landung der Truppen. — Der Vorgang wird in Europa lebhaft besprochen.

7. September. (China.) Das Schlußprotokoll der Friedensverhandlungen wird unterzeichnet.

13. September. (Japan.) Der Kaiser empfängt in Yokohama einen chinesischen Gesandten, der einen Brief des Kaisers von China übergibt, worin das Bedauern über den Tod des japanischen Gesandtschaftssekretärs ausgesprochen wird. (Vgl. 1900 S. 303.)

16. September. (China.) Chinesische Truppen rücken wieder in Peking ein.

September. (China.) In Hsingning bricht ein Aufstand gegen Christen aus. Er wird von der Regierung gedämpft, 140 Aufrührer werden hingerichtet.

September. Oktober. (Philippinen.) Die Amerikaner erleiden durch einige Überfälle Verluste, namentlich auf Samar.

3. Oktober. (Afghanistan.) Der Emir Abdurrhaman †. — Ihm folgt ohne Unruhen sein Sohn Habib Ullah.

10. Oktober. (China.) Ein kaiserliches Edikt schafft den Ämterverkauf ab.

Oktober. (Persien.) Es wird eine Verschwörung gegen das Leben des Schah entdeckt.

Oktober. (China.) In Schanghai und Umgebung herrscht Hungersnot.

Oktober. China und Rußland schließen nach Mitteilungen chinesischer Blätter einen neuen Mandschurei-Vertrag.

Darin heißt es: „China ist gehalten, Rußland für die Rückgabe der Eisenbahn Schanhaikwan-Niutschwang gewisse Vorteile zu gewähren. Alle Eisenbahn- und Bergwerksprivilegien in der Mandschurei bleiben den Russen vorbehalten. Alle Eingeborenen-Garnisonen sollen aus Truppen bestehen, die von Russen ausgebildet sind. Die Mandschurei soll wieder an China zurückgehen, aber ihre Besetzung durch russische Truppen bleibt bestehen, bis die Unruhen aufgehört haben. Man rechnet, daß der Zeitraum von drei Jahren erforderlich sein wird, um die endgültige Zurückziehung der Truppen zu gestatten."

22. Oktober. (Russisch-Turkestan.) In Taschkent wird mit dem Bau einer Bahn nach Orenburg begonnen.

28. Oktober. (Sibirien.) Auf dem Baikalsee ertrinken durch Kentern mehrerer Barken eines Schleppdampfers 170 Arbeiter und Fischer.

7. November. (China.) Li Hung Tschang †.

November. Korea tritt an Japan ein Stück Land in der Nähe von Masampo ab.

Anfang Dezember. (China.) Ein kaiserliches Edikt entsetzt den Thronerben wegen der Verbrechen seines Vaters, des fremdenfeindlichen Prinzen Tuan, seines Postens.

20. Dezember. (China.) Die Beamten von Tangtschou veranstalten ein feierliches Begräbnis für die im Jahre 1900 niedergemetzelten Christen.

Dezember. Japan stellt Offiziere in chinesische Dienste um das Heer zu reformieren.

Ende Dezember. In Japan protestiert die öffentliche Meinung scharf gegen Rußlands Vorgehen in der Mandschurei.

Dezember. (Türkisch-Asien.) Ein russischer Kreuzer erscheint im Persischen Golf, um die Bewegungen der Engländer bei Koweit zu überwachen. In der Preßdebatte, die sich darüber erhebt, erklärt die russische Presse, Rußland brauche für seine asiatischen Besitzungen einen Ausgang nach dem Persischen Golf.

Übersicht
der politischen Entwickelung des Jahres 1901.

Von den beiden großen internationalen Verwicklungen, über die wir im letzten Jahrgange zu berichten hatten, ist die eine, die chinesische beendet; die andere, die südafrikanische, ist noch im vollen Flusse und fährt fort, das Interesse Europas in Anspruch zu nehmen.

China. Die militärischen Ereignisse in China waren geringfügig. Die Zersprengung mehrerer Banden von Boxern und regulären Truppen werden dem Oberkommandeur Graf Waldersee weniger Schwierigkeiten bereitet haben als die Aufrechterhaltung der Einigkeit unter den verbündeten Truppenführern. Obwohl einige von ihnen, wie die französischen, geflissentlich darauf ausgingen, seine Autorität zu untergraben, so ist es ihm doch gelungen, jede ernstliche Differenz zu verhüten: ein Erfolg, der militärisch und politisch außerordentlich hoch anzuschlagen ist, da jeder Zwist unter den Verbündeten der Verschleppungspolitik der chinesischen Regierung zu statten gekommen wäre. So ist es im wesentlichen dem Feldmarschall zu danken, daß China die Hoffnung auf einen Zerfall des europäischen Konzertes fallen ließ und im Mai die Forderungen der Mächte annahm. Kurz darauf konnte Waldersee China verlassen, und die Truppen begannen allmählich Petschili zu räumen.

In der Regelung der politischen Fragen wurde zu Beginn des Jahres ein wichtiger Fortschritt erzielt, indem China der Forderung, eine Anzahl hochstehender Boxerführer zu bestrafen und eine beträchtliche Kriegsentschädigung zu zahlen, grundsätzlich zustimmte. Die Fixierung der Einzelbedingungen mußte sich aber in die Länge

ziehen, weil die Gesandten über jeden Schritt erst unter einander einig werden und dann die Zustimmung der chinesischen Regierung gewinnen mußten. Trotz mannigfacher Differenzen unter den Mächten kam man doch stetig vorwärts: im Februar einigte man sich über die zu bestrafenden Würdenträger (S. 308), dann wurde die Forderung von 450 Millionen Kriegsentschädigung beschlossen, und China stimmte nach einigem Zaudern zu (Mai). Es fragte sich nun, wie diese Summe aufgebracht werden sollte. Rußland und Frankreich schlugen die Aufnahme einer Anleihe vor, die durch Erhöhung der Seezölle von 4 auf 10% gedeckt werden sollte. Dagegen protestierte England im Interesse seines Handels, und es ergab sich schließlich ein Kompromiß, wonach China in bestimmten Raten die Entschädigung an Kapital und vierprozentigen Zinsen binnen 39 Jahren abtragen soll; als Sicherheit werden die auf 5 vom Hundert zu erhöhenden Seezölle und einige andere Abgaben, wie ein Teil der Salzsteuer, angewiesen (S. 313). Mit der Unterzeichnung des Abkommens durch die chinesische Regierung (7. September) war die europäisch-chinesische Angelegenheit beendet. Einige Nebenbedingungen setzten das Verbot, Waffen nach China einzuführen, für einige Jahre fest und gestatteten die Umwandlung des Gesandtschaftsviertels in Peking in eine Art Festung und die Sicherung der Verbindung mit der See, wodurch die Wiederholung eines solchen Überfalles wie im vorigen Jahre ausgeschlossen erscheint.

In Europa wurde die Beendigung der chinesischen Expedition überall mit großer Befriedigung aufgenommen. Die öffentliche Meinung hatte sie zwar — abgesehen von einigen radikalen Strömungen wie der deutschen Sozialdemokratie — als notwendig anerkannt, um die persönliche und kommerzielle Stellung der Europäer in China zu wahren, aber bald nach der Einnahme Pekings wandte sie ihre Teilnahme ab, weil große kriegerische Ereignisse nicht stattfanden, die wenig bekannten diplomatischen Verhandlungen sie nicht fesselten, und ein positiver Gewinn für keine Macht, ausgenommen Rußland, zu erwarten war. Daß es an kritischen Betrachtungen über einzelne Vorgänge und die Chinapolitik im allgemeinen nicht fehlte, ist selbstverständlich; insbesondere wurde oft hervorgehoben, daß das von vielen Seiten proklamierte Ziel,

den Chinesen durch diese Expedition die Wiederholung solcher Angriffe auf Europäer und ihre Schützlinge zu verleiden, nicht erreicht worden sei. Die geringen Verluste, hieß es, die die Chinesen durch die verbündeten Truppen erlitten hätten, seien nicht geeignet auf sie Eindruck zu machen, da sie von ihrer eigenen Regierung eine weit härtere Behandlung gewohnt seien; das Verhalten der Europäer müsse ihnen vielmehr als Schwäche erscheinen. Einige Aufstände und Niedermetzelungen chinesischer Christen verliehen dieser Anschauung einen Schein von Berechtigung, indessen ist nicht außer Acht zu lassen, daß der Druck der europäischen Aktion vom chinesischen Hofe und der Regierung viel stärker empfunden worden ist als vom Volke, und daß die Regierung deshalb künftige Exzesse vermutlich nicht mehr begünstigen, sondern im eigenen Interesse unterdrücken wird. Gegen die neuerlichen Unruhen ist sie in der That mit blutiger Strenge eingeschritten.

ďtir. Die Politik der einzelnen Mächte bewegte sich in derselben Richtung wie im vorigen Jahre. Der Dreibund, England, die Vereinigten Staaten und Japan verfolgten im allgemeinen dasselbe Ziel, die Herbeiführung einer schleunigen Verständigung mit China. Eine andere Stellung nahm Rußland ein, dem Frankreich gelegentlich sekundierte. In Rußland betrachteten wie im vorigen Jahre weite Kreise die Europäer in China als Eindringlinge in ein Gebiet, das von Rechts wegen den Russen allein gebühre; die Sympathien mit den Boxern wurden offen zur Schau getragen und die europäischen Truppen, insbesondere die Deutschen, mit den größten Schmähungen überhäuft (S. 270, 277). Die Absicht der russischen Regierung war ebenfalls unverändert: die Erlangung eines einer Annexion gleichkommenden Protektorats über die Mandschurei. Zu dem Zwecke besetzte sie die Mandschurei mit starken Truppenmassen, wobei die Bedrohung der Sibirischen Grenze durch Boxer einen vortrefflichen Vorwand gab, betrieb den Bau einer Eisenbahn nach Port Arthur und nahm die ganze Zivilverwaltung in die Hand. Bei diesem Vorgehen hatte sie mit der wachsamen Opposition Japans und Englands zu rechnen, und so erschienen von Zeit zu Zeit in den Londoner „Times" Nachrichten über die russischen Versuche, mit China einen Vertrag zu schließen, um die

faktische Okkupation in eine rechtliche zu verwandeln. Obwohl die meisten übrigen Mächte an dem Schicksale der Mandschurei nur geringes Interesse nahmen (S. 60), so hielten sie eine solche einseitige Abmachung Rußlands mit China doch für schädlich: einerseits, weil daraus Differenzen zwischen Rußland und anderen Mächten entstanden, die in der chinesischen Regierung neue Hoffnung auf Zerfall der europäischen Einigkeit erwecken konnten, andererseits, weil durch eine solche Abtretung die Hilfsmittel Chinas verringert und seine Zahlungsfähigkeit in Frage gestellt werden mußte. Aus diesem Grunde richtete die Mehrzahl der Mächte eine Note an China, in der gegen jede Konzession an eine einzelne Macht, solange die Frage der Kriegskosten noch nicht geregelt sei, protestiert wurde. Nicht ausdrücklich, aber thatsächlich richtete sich die Note gegen die Bestrebungen Rußlands, und sie bewirkte, daß China die Unterzeichnung des von Rußland entworfenen Abkommens verweigerte (S. 278, 310). Diplomatisch hat Rußland so einen Mißerfolg erlitten, faktisch freilich blieb es im Besitze der Mandschurei, und seine Presse hat die Absicht, sie zu behalten, mit voller Deutlichkeit ausgesprochen (S. 282).

Den besten Bundesgenossen für seine rücksichtslose chinesische Politik fand Rußland in dem Südafrikanischen Kriege, denn, solange dieser dauert, ist England zu jeder größeren Aktion unfähig, und ohne englische Hilfe wird sich auch das finanziell bedrängte Japan kaum zum Kriege entschließen. In Südafrika nun ist England nur wenig vorwärts gekommen: nach wie vor stehen zahlreiche kleine Burentrupps im Felde, die durch fortgesetzte Angriffe die Engländer ermüden und bei der Größe des Kriegsschauplatzes nicht durch rücksichtslose Verfolgung unschädlich gemacht werden können. Während zu Beginn des Jahres der Oberbefehlshaber der Transvaaltruppen, Louis Botha, den englischen Oberfeldherrn Lord Kitchener in Transvaal beschäftigte, konnte der kühnste Bandenführer der Oranjeburen, De Wet, sogar einen Einfall in die Kapkolonie unternehmen, freilich ohne, wie es scheint, dort bedeutenden Anhang zu finden; er mußte das Land nach einigen Wochen verlassen und sich nach dem östlichen Oranjefreistaat zurückziehen, aber es gelang den Engländern nicht, ihm erhebliche Verluste zuzufügen. Burenkrieg.

Der Krieg ging dann unter fortwährenden Scharmützeln, die es nicht lohnt einzeln aufzuzählen, weiter; am Schlusse des Jahres hatte zwar Kitchener durch Errichtung zahlreicher Blockhäuser und anderer Befestigungen die Haupteisenbahnlinien und einige besonders wichtige Distrikte gesichert und so den Buren das Feld etwas eingeengt, aber die Besetzung dieser Befestigungen absorbierte so viel von seinen Truppen, daß ihm nach einer Mitteilung der „Times" nicht mehr als 45000 Mann für Operationen im freien Felde übrig blieben. Transvaal nördlich von Pretoria und ein Teil des östlichen Oranjefreitstaats blieben daher im Besitze der Buren, und nachdem De Wet hier gegen Weihnachten einige Erfolge errungen hat, scheinen sich größere Massen von Buren an der Grenze von Natal anzusammeln.

So wenig wie die militärische ist die moralische Kraft der Buren gebrochen. Eine Friedensverhandlung, die Kitchener mit Botha begann um die Zeit, da De Wets Vorstoß in die Kapkolonie aussichtslos wurde, scheiterte. Einmal konnte man sich über das Schicksal der Parteigänger der Buren in der Kapkolonie nicht einigen. Botha forderte selbstverständlich für diese Mitkämpfer völlige Amnestie, während die englische Regierung auf das Recht, diese Rebellen zu bestrafen, nicht verzichten wollte. Dann verlangte Botha für die künftige Verwaltung der Burengebiete so weitgehende Autonomie wie sie Kitchener nicht bewilligen konnte. Kitchener versuchte es hierauf mit Maßregeln des Schreckens: er kündigte an (7. August), daß alle Burenchefs, die bis zum 15. September die Waffen nicht niedergelegt haben würden, für immer aus Südafrika verbannt werden sollten; ferner sollten die Güter aller Buren, die weiter kämpften, verkauft und der Erlös zur Ernährung ihrer bisher den Engländern zur Last fallenden Familien verwendet werden. Die Proklamation fruchtete nichts, vielmehr erklärten die Häupter ausdrücklich, am Widerstande festhalten zu wollen, bis die Unabhängigkeit erkämpft sei. Wie die Dinge liegen, ist es unabsehbar, wann es den Engländern gelingen wird, der 8000 bis 10000 Buren Herr zu werden; es erscheint höchst zweifelhaft, daß der Krieg unter den bisher von England gestellten harten Bedingungen zum Krönungsfest des Königs (im Juni 1902) be-

endigt sein wird, wie ein Teil der öffentlichen Meinung erwartet.

In Europa und Nordamerika nahm man noch ebenso lebhaften Anteil am Kriege wie das Jahr zuvor, nur trat der Wunsch nach einer Intervention nach den Mißerfolgen des Vorjahres nicht mehr so stark hervor. Auch das Interesse an den kaum erkennbaren militärischen Bewegungen erlahmte, dafür wurde die Behandlung der Burenfamilien durch das englische Heer lebhaft beobachtet und scharf getadelt. Seit Mitte des vorigen Jahres hatte die englische Heeresleitung zahlreiche Burenfarmen zerstört, um die Buren durch Vernichtung ihres Eigentums zu schrecken und ihnen die Gelegenheit zur Verpflegung und Unterkunft zu entziehen: die Burenfamilien wurden dann seit Beginn des Jahres gezwungen, ihre bisherigen Wohnsitze aufzugeben und sich in bestimmten Lagern unter Aufsicht der englischen Regierung anzusiedeln. Hierdurch sollte vermieden werden, daß sie ihren Landsleuten Nachrichten und sonstige Unterstützung zukommen ließen. In diesen Lagern sollen nun nach verschiedenen Berichten — auch englischer Provenienz — die gräßlichsten Zustände herrschen. Burenfrauen und Mädchen seien schutzlos den Brutalitäten der englischen Soldaten ausgesetzt, und die Ernährung sei so mangelhaft, daß namentlich die Kinder massenweise dem Hunger und den Einflüssen der Witterung erlägen. Von vielen Seiten wurde der Vorwurf erhoben, daß die englische Regierung absichtlich die Burenfamilien vernachlässige, um durch die Ruinierung der Kinder den Burennachwuchs und so die ihnen feindliche Rasse zu vermindern oder gar auszurotten. Wie viel an diesen Beschuldigungen im einzelnen wahres ist, läßt sich nicht ermitteln, da die Aussagen noch nicht zu kontrollieren sind: soviel ist aber nach den offiziellen englischen Angaben (S. 223) gewiß, daß in der That die Sterblichkeitsziffer in den Konzentrationslagern sehr hoch ist, aber es muß dahingestellt bleiben, ob auf englischer Seite der böse Wille wirklich eine solche Rolle spielt oder ob die sachlichen Schwierigkeiten unüberwindlich sind.

Oeffentliche Teilnahme.

In Deutschland wurde die Öffentlichkeit zunächst von auswärtigen Fragen beherrscht, von dem Burenkriege, dem Verhältnis zu England und nebenbei von den Dingen in China. Wie im

Deutschland.

21*

Vorjahre war die allgemeine Stimmung durchaus antienglisch, eine Bewegung, die ja nicht jungen Datums, sondern durch die koloniale und kommerzielle Konkurrenz schon seit fast einem halben Menschenalter vorbereitet ist. Die Betrachtungen über England und den Burenkrieg standen zu Beginn des Jahres noch unter dem Eindruck des Krügerschen Überrumpelungsversuchs; als dann nach dem Tode der Königin Viktoria der Kaiser in England weilte und mit dem Hofe und Heere Auszeichnungen tauschte (S. 210), sahen viele darin eine unnötige Verbeugung vor England. Daß Deutschland und England in China im großen und ganzen gegen Rußland zusammengingen, wurde darüber kaum beachtet, und der Gegensatz gegen England kam in der Presse nicht immer mit Geschmack zum Ausdruck; insbesondere wurden die englischen Heereseinrichtungen und Offiziere wegen der Leistungen in Südafrika mit Hohn übergossen, ein Versuch zur objektiven Würdigung wurde nur selten gemacht. Der Ton der englischen Presse war nicht geeignet, versöhnend zu wirken, und die Verbitterung in Deutschland stieg aufs höchste, als der Kolonialminister Chamberlain, der ohnehin in Deutschland als die Verkörperung des bösen Prinzips gilt, einige unvorsichtige Äußerungen über die Kriegführung der Festlandsmächte fallen ließ (S. 222). Während die übrigen Nationen, die Chamberlains Rede ebenfalls anging, die Behauptungen ruhig hinnahmen, empfand man sie in Deutschland als absichtliche Beleidigung und erging sich in heftigen Protesten und Entrüstungskundgebungen. So berechtigt diese Aufwallung des Nationalgefühls war, so ließ sich die öffentliche Meinung doch viel zu sehr von ihr gefangen nehmen und überhörte fast, daß gleichzeitig Deutschland von Frankreich eine offene Verhöhnung hinnehmen mußte: es wurden in Paris Aktenstücke über die Kriegführung in China publiziert, die darauf berechnet waren, das deutsche Oberkommando als Scheinkommando lächerlich zu machen und die politische Stellung der Deutschen in China zu verkleinern (S. 238).

Verhältnis zu England.

Verhältnis zu Frankreich.

Im Innern war die Reichspolitik vorwiegend durch wirtschaftliche Fragen beschäftigt; neben ihr wurden andere Dinge, wie die Duellfrage, die Versorgung von Kriegshinterbliebenen und die Diätenzahlung an Abgeordnete, zwar laut verhandelt, besaßen

aber doch nur sekundäre Bedeutung. Bei dem bevorstehenden Erlöschen der Handelsverträge waren alle Parteien begierig zu erfahren, welche Stellung der neue Reichskanzler in der Zollfrage einnehmen würde und jede Richtung hatte andere Wünsche an ihn: die Rechte verlangte in erster Linie Erhöhung der agrarischen Zölle und legte hierauf weit höheren Wert als auf den Wiederabschluß von Handelsverträgen; die Freihändler auf der Linken verwarfen jede Zollerhöhung, Vertreter der Industrie wünschten erhöhten Schutz für einige spezielle Fabrikate, anderen endlich war der Abschluß von Handelsverträgen das wichtigste und die Höhe der einzelnen Zollsätze nebensächlich. Aus den ersten Erklärungen des Grafen Bülow im preußischen Landtage konnte man die Absicht der Regierung erkennen, sowohl Handelsverträge abzuschließen wie den Forderungen der Landwirte entgegenkommen zu wollen, eine klare Lage schuf dann die Veröffentlichung des Entwurfs zum Zolltarif (S. 122). Durch diese Vorlage hatte es die Regierung mit den Radikalen in den beiden feindlichen Hauptlagern verdorben: die Linke, die den Reichskanzler bisher in gewissem Grade als Gegner der Rechten betrachtet und ihn namentlich im Gegensatz zu dem für agrarisch geltenden Miquel recht wohlwollend behandelt hatte, befehdete ihn von nun an aufs heftigste, da er vor den Agrariern kapituliert habe; der Bund der Landwirte dagegen zürnte, daß der Tarif nicht die von ihnen gewünschten hohen Zollsätze enthalte. Neue Gedanken brachte die Diskussion in Presse, Versammlungen und Parlament nicht hervor, und die Teilnahme, die die Nation den Zollfragen schenkt, ist verhältnismäßig gering, weit geringer als die Aufregung, die der Abschluß der Handelsverträge zu Anfang der neunziger Jahre hervorbrachte. Die große Mehrheit der Nation rechnet mit Sicherheit auf die Erneuerung der Handelsverträge und daneben ist ihr die Erhöhung oder Erniedrigung der Zölle um einige Prozent von untergeordneter Bedeutung. Trotzdem setzen freilich die Parteiführer alle Hebel in Bewegung, um auf die Nation in ihrem Sinne einzuwirken, und augenblicklich ist es noch zweifelhaft, ob es gelingen wird, die Opposition von rechts und links in ihren Versuchen, die Beratung des Entwurfs hinzuziehen, zu überwinden. Ebenso ist es nach einigen Äuße-

Zolltarif.

erhielten Befehl, sich selbst zu töten; Yuhsien, Tschiushui und Hsutschengyu wurden zum Tode verurteilt und Yangyi, Hsutung und Lipingheng wurden zu Degradation nach dem Tode verurteilt. Das Edikt vom 13. Februar rehabilitiert Hsuyungyi, Lishan, Lienyuan, Yuantschang und Hsutsching-tscheng, welche im vorigen Jahre hingerichtet wurden, weil sie gegen die Ausschreitungen als eine Verletzung des Völkerrechts Widerspruch erhoben. Andere Edikte setzen Tungfuhsiang ab und bestrafen die Beamten, welche an Verbrechen beteiligt sind. Tschuang hat am 21. Februar Selbstmord begangen, Yingyien, Tschaoshutschiao am 24. Februar, Yuhsien wurde am 22. Februar, Tschiushi und Hsutschengyu am 26. Februar hingerichtet.

Abschnitt b. Ein Edikt, dessen Datum noch offen gelassen ist, bestimmt, daß alle offiziellen Prüfungen auf fünf Jahre in den Städten eingestellt werden, in welchen Ausländer niedergemetzelt oder mißhandelt worden sind.

Artikel 3. Als Sühne für die Ermordung des japanischen Gesandtschafts-Sekretärs Sugiyama wurde durch ein Edikt vom 18. Juni Natung als Spezialgesandter ernannt, um Japan das Bedauern der chinesischen Regierung zum Ausdruck zu bringen.

Artikel 4. Nachdem China eingewilligt hat, Sühnedenkmäler für die entweihten Kirchhöfe der Ausländer zu errichten, bezahlte es schon die hieraus erwachsenden Ausgaben im Betrage von 15000 Taëls.

Artikel 5. Ein Edikt, dessen Datum offen gelassen ist, verbietet die Einfuhr von Waffen und Munition auf zwei Jahre, eventuell auf weitere Perioden von zwei Jahren, wenn das erforderlich sein sollte.

Artikel 6. Durch Edikt vom 29. Mai hat China in die Zahlung einer Entschädigung von 450 Millionen Taëls gewilligt, die nach dem Amortisationsplan in 39 Jahren zu decken und in halbjährlichen Raten mit 4 v. H. zu verzinsen ist. Als Sicherheit hierfür wurden angewiesen der Ueberschuß der Seezölle, der sich ergibt aus der Erhöhung dieser Zölle auf 5 v. H. einschließlich der zur Zeit zollfreien Artikel (mit Ausnahme von Reis, ausländischen Cerealien, Mehl, geprägtem und ungeprägtem Gold und Silber), desgleichen die einheimischen Zölle, die in den offenen Häfen durch die kaiserlichen Seezollbehörden verwaltet werden sollen, und das Einkommen aus der Salzsteuer, das nicht für fremde Anleihen als Sicherheit dient. Der Erhöhung der Zölle wurde unter der Bedingung zugestimmt, erstens, daß die Zölle feste Zölle und nicht Wertzölle seien, als Basis der Wertbestimmung wurde der Durchschnittswert der Jahre 1897, 1898, 1899 angenommen, — zweitens, daß die Läufe des Whangpoo und Peiho, die Zugänge zu Schanghai und Tientsin unter Beteiligung chinesischen Kapitals verbessert würden. Die Zollerhöhung tritt zwei Monate nach Unterzeichnung des Protokolls in Wirksamkeit, mit einer Ausnahme zu gunsten der innerhalb 10 Tagen nach der Unterzeichnung auf See befindlichen Waren.

Artikel 7 bestimmt das Gebiet des Gesandtschaftsviertels und bestätigt das Recht der Gesandtschaften auf ein ausschließlich für die Fremden bestimmtes verteidigungsfähiges Viertel, sowie das Recht, dauernde Gesandtschaftswachen zu halten.

Im Artikel 8 stimmt China der Schleifung der Taku-Forts und anderer die Verbindung zwischen Peking und der See hindernden Forts zu.

Artikel 9 enthält das von China bereits am 16. Januar gemachte Zugeständnis, daß die Mächte berechtigt sein sollen, die für die Aufrechterhaltung der offenen Verbindung zwischen Peking und der See notwendigen

suche, den leitenden Staatsmann in konservative Bahnen zu drängen.

Neben der Kanalfrage regierte die Polenfrage die preußische Politik, diese Wunde am preußischen Staatskörper, die seit einem halben Menschenalter von Jahr zu Jahr größere Beschwerden verursacht. In diesem Jahre gab die Sprachenfrage Anlaß zu lebhaften Agitationen. Die polnische Sprache ist aus den meisten Unterrichtsstunden der Schulen verbannt, weil die Regierung die Bekanntschaft mit der Staatssprache als notwendig ansieht und weil sie die verbreitete Meinung teilt, daß die Förderung der Kenntnis der deutschen Sprache unter den Polen zur Förderung des Deutschtums und zur friedlichen Vereinigung der beiden Nationen beitragen müsse. Obwohl diese Annahme nicht ohne Widerspruch geblieben ist (Jahrgang 1894 S. 333), besitzt sie in den nationalgesinnten Kreisen doch fast ausschließlich die Herrschaft. Die erwartete Wirkung ist aber nicht eingetreten; das Polentum dringt vor, und die Kluft zwischen den beiden Elementen erweitert sich stetig. Mit großer Zähigkeit hängen die Polen an ihrer Muttersprache und bedienen sich der deutschen Sprache nur da, wo es ihnen wirtschaftliche Vorteile bringt, oder wo es die Staatsgewalt direkt erzwingt wie beim Militär. Zu Beginn des Jahres äußerte sich der Widerwille gegen das Deutsche in den Versuchen, der polnischen Sprache im Postverkehr größere Berücksichtigung zu verschaffen (S. 26, 40), indessen war das nur ein Vorspiel. Der Kampf entbrannte mit viel größerer Heftigkeit auf dem Gebiete des Unterrichts. In dem posenschen Städtchen Wreschen weigerten sich einige Kinder im Religionsunterricht deutsch zu sprechen und erhielten deshalb wegen Widersetzlichkeit die verdiente körperliche Züchtigung. Obgleich diese Züchtigung durchaus gerechtfertigt war und in keiner Weise zu weit ging, versetzte sie die polnische Bevölkerung doch in solche Erregung, daß sie sich zu thätlichen Angriffen auf die Lehrer hinreißen ließ. Natürlich mußten die polnischen Exzedenten gerichtlich belangt und empfindlich bestraft werden. Dieser Prozeß vor dem Gnesener Landgericht offenbarte den fanatischen Haß, mit dem die deutsche Sprache von der polnischen Geistlichkeit und der polnischen Bevölkerung verfolgt wird:

Polenfrage.

in deutscher Sprache zu beten, hieß es, sei Sünde und Verrat an der polnischen Sache. Wenn schon dieser Prozeß bewies, daß der deutsche Unterricht die Verständigung der beiden Nationen nicht befördert hat, so zeigten es die Folgen noch mehr: durch die ganze polnische Bevölkerung ging ein Sturm der Entrüstung; die geringfügigen Strafen der Kinder wurden ungeheuer übertrieben, und das Gnesener Urteil als schreiende Ungerechtigkeit hingestellt, obwohl es unter allen rechtlichen Garantien erfolgt war. Nicht nur im Reichstag wurde Beschwerde geführt, auch im österreichischen und russischen Polen wurde eine heftige antipreußische Agitation eingeleitet, die zu mehreren Exzessen führte (S. 202, 285). Die radikale polnische Strömung, die mehr oder weniger offen auf eine Wiederherstellung Polens abzielt, hat hierdurch unzweifelhaft neue Nahrung empfangen, und ebenso wichtig ist, daß das deutsche Zentrum, das mit den Polen wegen ihrer antideutschen Agitation in mannigfache Differenzen geraten war (S. 121, 152), wohl oder übel für die Polen eintreten mußte: seiner ganzen Vergangenheit und politischen Stellung entsprechend mußte es die vornehmste Forderung der Polen, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde, befürworten, weil ihm hierdurch allein eine religiöse Erziehung möglich erscheint. — Ein wirklicher Fortschritt in dieser Frage ist noch nicht erzielt, da Graf Bülow die Diskussion der Polenfrage im Reichstage abgelehnt und in den preußischen Landtag verwiesen hat.

Zentrum. Eine moralische Unterstützung findet die polnische Bewegung ohne Frage in dem Umstande, daß das ihm kirchlich nahestehende Zentrum zur Zeit einen außerordentlichen politischen Einfluß besitzt. Es hat ihn durch nicht geringe Verdienste um große politische Aktionen errungen: die Handelsverträge hat es durchbringen helfen, das Bürgerliche Gesetzbuch und vor allem die beiden Marinevorlagen sind wesentlich unter Mitwirkung des Zentrums zu stande gekommen. Dieser hervorragenden politischen Bedeutung entspricht aber seine Bedeutung im allgemeinen deutschen Geistesleben nicht: auf dem Katholikentage selbst ist zugegeben worden, daß der katholische Teil des deutschen Volkes von dem protestantischen sich habe an höherer Bildung überholen und auf wissenschaftlichem Gebiete

Konfessionen und Wissenschaft.

zurückdrängen lassen. Wenn in Osnabrück die Mahnung erging, durch eifrige Arbeit diese Lücke auszufüllen, so wurde gleichzeitig die Klage erhoben, daß der Katholizismus nicht nur durch seine eigene Schwäche, sondern mehr durch die Ungerechtigkeit gewisser Kreise in seinem Streben nach höherer Bildung beschränkt würde; namentlich wurde betont, daß unter den Universitätslehrern nur verhältnismäßig wenig Katholiken vertreten seien, und diese Thatsache wurde von der katholischen Presse mit der grundsätzlichen Zurücksetzung von Katholiken durch die Fakultäten begründet; je länger, je stärker wurde die Forderung erhoben, daß die Universitäten paritätisch besetzt würden, daß insbesondere in Philosophie und Geschichte den Katholiken eine Anzahl Lehrstühle überwiesen werde, damit die katholische Weltanschauung hier zum Wort kommen könne. Natürlich blieben solche Ausführungen nicht ohne Antwort von protestantischer Seite. Einzelne Stimmen erkannten die Wünsche nach solchen katholischen Lehrstühlen als berechtigt an, aber im allgemeinen wurde betont, daß ein solcher Konfessionalismus sich mit echter Wissenschaft nicht vertrage, der Forscher habe nur die durch eigenes Nachdenken gewonnene Weltanschauung zu vertreten, ohne darin durch ein kirchliches Bekenntnis behindert oder geleitet zu werden. Weiterhin wurde geltend gemacht, daß nicht eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen alles Katholische die Ursache für die geringe Vertretung der Katholiken auf den Lehrstühlen der Geisteswissenschaften sei, sondern ihre geringere Leistungsfähigkeit, die eben aus der katholischen Weltanschauung folge: die katholischen Forscher, die bei jeder Differenz mit der offiziellen Kirchenlehre sich als in Irrtum befangen betrachten und nach einer Vereinigung ihrer Forschungsresultate mit der Kirchenlehre streben müßten, könnten eben unmöglich mit den Protestanten konkurrieren, die von solchen Fesseln frei seien. — Der Kampf um diese Fragen ist ja kein Novum im deutschen Geistesleben, er nahm aber in der 2. Hälfte des Jahres größere Dimensionen an, als eine Professur der Geschichte nach paritätischen Rücksichten besetzt wurde (S. 145). Er ist auch jetzt noch keineswegs beendet und kann bei jedem neuen Anlaß wieder mit voller Heftigkeit ausbrechen. Ein künftiger Historiker wird vielleicht versucht sein, die Fehden zwischen Katho-

lizismus und Protestantismus in Deutschland im Zusammenhange mit den Bewegungen in einigen anderen Ländern zu betrachten: in Österreich, in Frankreicht, in Spanien, zum Teil auch in Belgien und Holland ist ja die katholische Kirche ebenfalls in heftige Kämpfe um geistliche und weltliche Güter verwickelt, und an Bestrebungen zur innerlichen Erneuerung fehlt es ebenfalls nicht. Es wird einmal eine interessante Untersuchung sein, den Anteil des politischen und religiösen Momentes in diesem Kampfe zu scheiden und zu erkennen, welche Förderung die katholische Kirche dem bedeutenden politischen Einfluß ihrer Vertreter in den einzelnen Staaten zu danken hat.

Sozialdemokratie. Aus dem sonstigen Parteileben ist der Versuch der sozialdemokratischen Führer bemerkenswert, mit einer ihnen unbequemen Kritik des offiziellen Parteiprogramms aufzuräumen, indessen ist der Streit resultatlos verlaufen. Der Beschluß des Parteitags vermag nicht zu verhindern, daß die besten Köpfe unter den jüngern Genossen sich mehr und mehr vom orthodoxen Marxismus abwenden.

Bayern. In den übrigen deutschen Einzelstaaten haben nicht solche wichtigen Ereignisse stattgehabt wie in Preußen. In Bayern hat die Regierung einen Angriff der Bischöfe gegen die Schulverwaltung abgeschlagen (S. 96), und der Landtag hat in den ersten Monaten seiner Tagung ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet: er hat einen großen Teil des Etats fertig gestellt und mehrere Gesetze über Erweiterung des Staatsbahnnetzes beschlossen. Die Besprechung der Reichspolitik in der Kammer ergab, daß die bayerische Regierung im engsten Einvernehmen mit der Reichsregierung steht und daß mancherlei Gerüchte über Friktionen zwischen dem Kaiser und dem Prinzen Luitpold unbegründet sind. — Württemberg. In Württemberg hat die katholische Kirche auf dem Gebiete des Unterrichts ebenfalls einen Kampf auszufechten, freilich nicht mit der Schulverwaltung, sondern mit den katholischen Volksschullehrern, von denen ein Teil sich von der Führung der Kirche emanzipieren will. Der Konflikt ist noch nicht beendet. Sodann vollzog Württemberg den Anschluß an die Reichspostverwaltung, der schon seit längerer Zeit erstrebt worden ist (S. 153). — Baden. Sachsen. In Baden und Sachsen haben Landtagswahlen stattgefunden. Im Baden blieb die Zusammensetzung ziemlich un-

verändert, in Sachsen wurden infolge des seit der letzten Wahl veränderten Wahlgesetzes die Sozialdemokraten aus der Kammer verdrängt und den Konservativen eine große Mehrheit verschafft. In den Reihen der übrigen bürgerlichen Parteien erzeugte dieses Resultat vielfach Mißvergnügen, und ebenso ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß der durch künstliche Beschränkung des Wahlrechts erfolgte Ausschluß der Sozialdemokraten einen gefährlichen Agitationsstoff für die Reichstagswahlen bieten werde. Der Wunsch nach Erweiterung des Stimmrechts für den Landtag ist daher laut geworden. Sachsen hatte dann bedeutend unter dem Rückgang der Erträge seiner Staatsbahnen zu leiden (S. 172).

Kolonialpolitik.

In der Kolonialpolitik zog vor allem Ostafrika die Aufmerksamkeit auf sich. Zunächst wurde ein Vertrag mit England über die Abgrenzung zwischen Nyassa- und Tanganyika-See abgeschlossen, sodann wurden Eisenbahnfragen behandelt. Die Regierung plante eine Bahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro, und ein Konsortium hatte sich gebildet, um sie auszuführen gegen die Garantie von 3,4% Zinsen und gegen gewisse Landkonzessionen. Indessen fand das Projekt im Reichstage lebhaften Widerspruch, und die Kommissionsverhandlungen über diese Frage sind noch nicht abgeschlossen. Dagegen wird der Bau des Telegraphen von Dar-es-Salaam nach dem Tanganyika rüstig gefördert. — In Süd-Westafrika ist die Bahn Swakopmund—Windhoek im Bau begriffen, und das Schutzgebiet hat durch die Einwanderung einiger Burenfamilien wertvollen Zuwachs erhalten. In Kamerun macht der Kakaobau und in Togo der Baumwollenbau Fortschritte, aber in Kamerun bleibt zur Erschließung des Hinterlandes noch viel zu thun übrig. — In Kiautschou ist die Eisenbahn nach dem Innern verlängert und der Hafen von Tsingtau weiter ausgebaut worden. Obwohl die Gesundheitszustände zeitweilig nicht gut waren, ist ein Aufblühen der Kolonie doch unverkennbar. In der Südsee ist auf Samoa und den Karolinen ein vortreffliches Verhältnis zu den Eingebornen hergestellt worden, auf den Matthiasinseln mußte dagegen wegen der Ermordung eines Deutschen eine Strafexpedition unternommen werden. — Während der Drucklegung des Kalenders ist der überseeischen Thätigkeit der Deutschen ein neues Feld er-

öffnet worden: die türkische Regierung hat die Konzession für die lange geplante Bagdadbahn an die anatolische Eisenbahngesellschaft erteilt, innerhalb deren deutsche Kapitalisten die Führung besitzen.

Wirtschaftsjahr. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands war im allgemeinen ungünstig. Da die Nachfrage nach Fabrikaten überall geringer war als in den früheren Jahren, so wurden die Erträge der industriellen Unternehmungen geringer; die Produktion mußte eingeschränkt und viele Arbeiter entlassen werden. Die allgemeine Depression zeigte sich deutlich in dem Rückgang der Eisenbahneinnahmen und der Stempelsteuer, sowie in dem Rückgang des Außenhandels: wenn Deutschland in den ersten 11 Monaten des Vorjahres 421,4 Millionen Doppelzentner ein- und 300,4 ausführte, so hat es im gleichen Zeitraum 1901 nur 410 resp. 214 ein- und ausgeführt. Verschärft wurde die Krisis durch den Zusammenbruch mehrerer Hypothekenbanken zu Beginn des Jahres und der für tadellos geltenden „Leipziger Bank" (Juni), Bankrotte, die sämtlich auf leichtsinnige oder gar unredliche Geschäftsführung zurückzuführen sind. Der Sturz der Hypothekenbanken regte im preußischen Abgeordnetenhause zu einem legislatorischen Vorgehen an (S. 65), aber die Versuche sind infolge des schnellen Landtagsschlusses nicht ausgeführt worden.

Österreich-Ungarn. Deutsche Parteien. In Österreich-Ungarn ist in beiden Reichshälften das wichtigste Ereignis die Wahl einer neuen Volksvertretung. In Cisleithanien bewies die Reichsrathswahl, daß die deutschen Parteien zusammen über die absolute Mehrheit verfügen, aber ihre Zerrissenheit verhindert sie, ihr Übergewicht zur Geltung zu bringen. Innerhalb der deutschen Fraktionen brachten die Wahlen eine erhebliche Verschiebung, indem die radikale Linke der Deutschnationalen oder Alldeutschen, wie sie sich mit Vorliebe nennen, auf Kosten der deutschen Fortschrittspartei verstärkt wurde, und die Christlich-Sozialen und die katholische Volkspartei einige Verluste erlitten. Was einen Zusammenschluß der Deutschen verhindert, ist vornehmlich der Haß der Radikalen gegen den Klerikalismus; die jahrelange Vernachlässigung nationaler Bestrebungen durch die kirchlichen Organe hat unter den Alldeutschen eine solche Verbitterung erweckt, die am liebsten mit dem ganzen Katholizismus auf-

räumen und ganz Österreich protestantisch machen möchte. Dabei arbeiten sie gleichzeitig einer solchen Protestantisierung entgegen, indem sie das religiöse Moment für nebensächlich erklären oder gar von einer Ersetzung des Christentums durch einen deutschnationalen Wotanskult träumen. Da der Haß blind macht, so übersehen die Radikalen, daß innerhalb der katholischen Volkspartei bei Priestern und anderen strengen Katholiken sich mehr und mehr deutschnationale Gesinnung ausbreitet, und daß eine Preisgebung nationaler Lebensinteressen von ihr nicht mehr zu befürchten ist. Eine weitere Differenz ist, daß die Alldeutschen offen eine nähere Verbindung der deutschen Provinzen Österreichs mit dem Deutschen Reiche und eine Auflösung Österreichs anstreben — ohne angeben zu können, wie eine solche Vereinigung gegen den Willen der übrigen Nationalitäten in Österreich zustande kommen kann und ohne zu berücksichtigen, daß selbst die übergroße Mehrheit der Deutschen Österreichs und Deutschlands einer solchen an den alten Bundestag erinnernden Staatsbildung abhold ist. Als Trennungsmoment ist dann noch anzusehen, daß die gewaltthätige Herrschaft der Christlich-Sozialen in Niederösterreich eine Annäherung der Linken an diese Partei und die ihr nahestehende katholische Volkspartei erschwert. Eine wesentlich gemäßigtere Haltung als die Alldeutschen zeigt die Deutsche Volkspartei; obwohl auch in ihr mitunter radikale Tendenzen ans Licht treten, so hat sie doch in den wichtigsten Fragen eine Verständigung mit der Fortschrittspartei und den übrigen Parteien zu finden vermocht.

Auch unter den Tschechen haben die Radikalen einige Erfolge errungen. Es war daher zu erwarten, daß im Reichsrate sich wieder die alten Sturmszenen erneuern würden. In der That haben es die Heißsporne auf beiden Seiten weder an Interpellationen noch an unerfüllbaren nationalen Forderungen noch an Lärmszenen fehlen lassen, aber die erste Tagung des Reichsrats war doch fruchtbarer als die früheren: die Übersättigung an nationalen Kämpfen und die Überzeugung, daß unter der dauernden Lahmlegung des parlamentarischen Apparates die wirtschaftliche Lage leiden müsse, machten sich geltend. Das Ministerium Körber kam diesem Gefühl entgegen, indem es einige Hundert Millionen für Erweiterung

Reichsrat.

der Wasserstraßen und Eisenbahnen verlangte und schließlich trotz mancherlei Zögerungen bewilligt erhielt. Da das Parlament sich einmal zur Arbeit entschlossen hatte, wurden auch zwei andere Beschlüsse über unentbehrliche Staatsbedürfnisse durchgesetzt: das Rekrutengesetz und die Delegationswahlen wurden erledigt, beides mit Hilfe der deutschen Linken außer den Alldeutschen. Durch diese Bewilligungen ist der Rücktritt Körbers und die Bildung eines slavisch-feudal-klerikalen Kabinetts verhindert worden. In der Herbsttagung waren die Parteien dagegen weit obstruktionslustiger, weil Vorlagen, für die das materielle Interesse sprach, nicht mehr eingebracht werden konnten: mit Mühe und nur durch verblümte Androhung des Staatsstreichs konnte Körber die Bewilligung eines dreimonatigen Budgetprovisoriums durchdrücken, aber die Erledigung des Gesamtbudgets steht noch in weitem Felde. — Auch der Zwiespalt unter den deutschen Parteien hat sich im Laufe des Jahres eher verschärft als gemindert, da während der Wahlen zum böhmischen Landtag die Alldeutschen alle rechts stehenden Parteien mit derselben Rücksichtslosigkeit bekämpft haben wie die nationalen Gegner.

Ungarn. In Ungarn brachten die Wahlen einen Sieg der Regierungspartei und eine Niederlage der Klerikalen in ihren verschiedenen Schattierungen. Eine unbedingte Zufriedenheit mit dem herrschenden Parlamentarismus bedeutet dieser Ausfall aber nicht; um einem weit verbreiteten Wunsche zu entsprechen, mußte kurz vor den Wahlen ein Gesetz angenommen werden, wonach nur unabhängige und am Staatsleben finanziell nicht interessierte Männer im Parlament geduldet werden sollen.

Auswärtige und Wirtschaftsfragen. In der auswärtigen Politik blieb der habsburgische Staat dem Dreibund treu, und die Treibereien dagegen, die von magyarischer und tschechischer Seite unternommen wurden, vermochten eine Änderung nicht herbeizuführen, ebensowenig die durch die Vorgänge in Posen hervorgerufene Aufregung in Galizien. In der Chinafrage insbesondere stand Österreich-Ungarn fest an der Seite Deutschlands, und durch die Erwerbung eines Landstreifens in Tientsin hat es seinen Willen kundgethan, auch in Zukunft den chinesischen Dingen nicht fernzubleiben. Die wirtschaftlichen Ver-

hältnisse beschäftigten natürlich die beiden Reichshälften in hohem Grade: sowohl die Erneuerung des Zollbundes unter einander wie der Abschluß von Handelsverträgen mit dem Auslande. Die ungarische Regierung hat sich gegen jede Erhöhung ihrer Quote erklärt und verlangt kategorisch eine definitive gesetzliche Regelung des Ausgleichs; in Österreich erscheint diese Regelung bei den parlamentarischen Zuständen höchst zweifelhaft, und vielfach wird die Erhöhung der ungarischen Quote gefordert. Es ist daher auf beiden Seiten die Möglichkeit einer Zolltrennung nicht selten erörtert worden. — In der auswärtigen Handelspolitik erstreben beide Regierungen den Abschluß von vorteilhaften Handelsverträgen und betrachten daher die Erhöhung der deutschen Zollsätze mit Mißtrauen.

Portugal und Spanien.

Auf der Pyrenäischen Halbinsel haben beide Staaten erhebliche innere Unruhen durchmachen müssen, in denen um wirtschaftliche Interessen, provinziale Sonderrechte, dynastische Fragen und um die Stellung der Geistlichkeit im Staate gekämpft wurde. In Portugal waren die durch diese Frage hervorgerufenen Tumulte weit schwächer als in Spanien, das das ganze Jahr aus Straßendemonstrationen und Ausständen nicht herausgekommen ist. Ein Ende dieser Unruhen ist noch nicht abzusehen, da sie zum guten Teil auf Arbeitslosigkeit und allgemeinen Geldmangel zurückzuführen sind und die Regierung einstweilen infolge langjähriger Mißwirtschaft außer stande ist, dem Übel zu steuern. Eine besondere Bedeutung kommt der Agitation in Katalonien auf administrative Trennung von den übrigen Landesteilen zu, wobei uralte Stammesabneigung und materielle Motive zusammenwirken. Katalonien hat seit dem 16. Jahrhundert die Vorherrschaft der Kastilianer als Fremdherrschaft empfunden und als die gewerbfleißigste und wohlhabendste Provinz die Hauptlast der allgemeinen spanischen Staatsverwaltung getragen: es fühlt sich daher ausgebeutet und will in Zukunft den Ertrag seiner Arbeit nicht mehr der Fremde, sondern dem eigenen Lande zu gute kommen lassen.

England.

In England drängte das Interesse an den auswärtigen Fragen, vorwiegend am Burenkriege, alle inneren Angelegenheiten in den Hintergrund, auch der Thronwechsel konnte nur vorüber-

den Chinesen durch diese Expedition die Wiederholung solcher Angriffe auf Europäer und ihre Schützlinge zu verleiden, nicht erreicht worden sei. Die geringen Verluste, hieß es, die die Chinesen durch die verbündeten Truppen erlitten hätten, seien nicht geeignet auf sie Eindruck zu machen, da sie von ihrer eigenen Regierung eine weit härtere Behandlung gewohnt seien; das Verhalten der Europäer müsse ihnen vielmehr als Schwäche erscheinen. Einige Aufstände und Niedermetzelungen chinesischer Christen verliehen dieser Anschauung einen Schein von Berechtigung, indessen ist nicht außer Acht zu lassen, daß der Druck der europäischen Aktion vom chinesischen Hofe und der Regierung viel stärker empfunden worden ist als vom Volke, und daß die Regierung deshalb künftige Exzesse vermutlich nicht mehr begünstigen, sondern im eigenen Interesse unterdrücken wird. Gegen die neuerlichen Unruhen ist sie in der That mit blutiger Strenge eingeschritten.

Mächte. Die Politik der einzelnen Mächte bewegte sich in derselben Richtung wie im vorigen Jahre. Der Dreibund, England, die Vereinigten Staaten und Japan verfolgten im allgemeinen dasselbe Ziel, die Herbeiführung einer schleunigen Verständigung mit China. Eine andere Stellung nahm Rußland ein, dem Frankreich gelegentlich sekundierte. In Rußland betrachteten wie im vorigen Jahre weite Kreise die Europäer in China als Eindringlinge in ein Gebiet, das von Rechts wegen den Russen allein gebühre; die Sympathien mit den Boxern wurden offen zur Schau getragen und die europäischen Truppen, insbesondere die Deutschen, mit den größten Schmähungen überhäuft (S. 270, 277). Die Absicht der russischen Regierung war ebenfalls unverändert: die Erlangung eines einer Annexion gleichkommenden Protektorats über die Mandschurei. Zu dem Zwecke besetzte sie die Mandschurei mit starken Truppenmassen, wobei die Bedrohung der Sibirischen Grenze durch Boxer einen vortrefflichen Vorwand gab, betrieb den Bau einer Eisenbahn nach Port Arthur und nahm die ganze Zivilverwaltung in die Hand. Bei diesem Vorgehen hatte sie mit der wachsamen Opposition Japans und Englands zu rechnen, und so erschienen von Zeit zu Zeit in den Londoner „Times" Nachrichten über die russischen Versuche, mit China einen Vertrag zu schließen, um die

flußreichen Stellen zu verdrängen. Welchen Erfolg der Schritt der Regierung erzielt hat, steht noch dahin; im Unterricht ist die Kirche einstweilen ungestört geblieben. — Die wirtschaftliche Lage war in Frankreich ebenso ungünstig wie in Deutschland und das Budget schloß mit einem Defizit von 200 Millionen Francs ab, aber die schon lange angestrebte Umgestaltung des Steuersystems durch Einführung einer Einkommensteuer ist trotzdem noch am Widerstande der Kapitalisten gescheitert. Einige Ausstände, vornehmlich unter den Bergarbeitern, riefen eine Zeitlang ziemliche Unruhe hervor, sind aber, da der französische Sozialist im Grunde weder international noch Kommunist, sondern ein kleiner Bourgeois ist, und eine straffe Arbeiterorganisation nicht existiert, im Sande verlaufen. — Weit wichtiger als alle diese Dinge ist die Frage der Bevölkerungsvermehrung. Die neueste Volkszählung hat erwiesen, daß die französische Bevölkerung sich nicht mehr vermehrt und daß nur durch Einwanderung die Einwohnerzahl um ein geringes erhöht worden ist. Die Sorge, daß durch diesen Stillstand Frankreichs nationale Zukunft bedroht sei, ergreift immer weitere Kreise, und der Senat hat die Regierung bereits aufgefordert, Mittel zur Abhilfe zu suchen. Ein brauchbarer Vorschlag zur Lösung dieser im tiefsten Grunde sittlichen Frage ist indessen noch nicht gemacht worden. — Das Bündnis mit Rußland war nach wie vor der Angelpunkt der auswärtigen Politik Frankreichs. Durch den Besuch des Zaren ist es von neuem bekräftigt worden und in dem Konflikt mit der Türkei ist es den Franzosen ohne Zweifel zu statten gekommen. Daneben suchte Frankreich die Beziehungen zu Italien zu verbessern, wie der Empfang des italienischen Geschwaders in Toulon bewies, und die Gerüchte von Abmachungen zwischen Rom und Paris über Tripolis und andere Mittelmeerfragen haben nicht verstummen wollen. Wenn auch gelegentlich in der Presse und sogar im Parlament die Anbahnung einer Verständigung mit Deutschland und ein Zusammengehen in kolonialen und wirtschaftlichen Sachen gegen England die Rede gewesen ist, so ist doch kein Zweifel, daß die Regierung und die Nation in ihrer großen Mehrheit solchen Gedanken noch fernsteht und daß die Lockerung des Dreibundes mehr oder weniger offen angestrebt wird.

Italien. Italien hatte mit der Besserung seines zerrütteten wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu thun. Da diese Leiden in der Geschichte Italiens begründet liegen und die parlamentarischen Parteiverhältnisse jede energische Aktion erschweren, so können nur sehr langsame Fortschritte erzielt werden. Ein Ministerwechsel, der notwendig wurde, weil die Kammer eine sozialpolitische Maßregel der Regierung nicht billigte, verlegte den Schwerpunkt der Regierung in die Linke, und seine Existenz scheint einstweilen gesichert zu sein, obwohl seine Mehrheit im Parlament anfangs außerordentlich gemischt und schwankend war. Nach einigen Demonstrationen in der Kammer zu schließen, ist die Mehrheit mit dem Ministerium entschlossen, alle extremen Bestrebungen abzuweisen und die vom König gewünschten sozialen Reformen thatkräftig zu unterstützen. Einen Anfang in dieser Hinsicht hat die Regierung mit der Auflösung der korrumpierten Gemeindeverwaltung in Neapel gemacht. Ausstände und Unruhen fehlten so wenig wie früher und bewiesen, wie notwendig eine staatliche Fürsorge für die unteren Klassen ist. — In der auswärtigen Politik fiel Italien keine große Rolle zu; die chinesischen Angelegenheiten und die Beziehungen zu Frankreich wurden lebhaft erörtert, daneben die Frage, ob die Erneuerung des Handelsvertrages mit Deutschland auf Grund des neuen deutschen Zolltarifs möglich sein wird.

Kurie. Von den mannigfachen Veröffentlichungen der Kurie ist die Bekämpfung des Vereinsgesetzes und die Verwerfung liberaler Bestrebungen innerhalb des Katholizismus hervorzuheben.

Schweiz. In der Schweiz hat das eidgenössische Eisenbahnnetz eine beträchtliche Erweiterung erfahren: die Zentralbahn ist am 1. Januar 1901 in den Besitz des Bundes übergegangen, und der Ankauf der Nordostbahn ist im November abgeschlossen worden. Ein Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist die Annahme des Gesetzes über die Militärversicherung; ein Teil des durch ein Referendum im Jahr 1900 abgelehnten Unfallversicherungsgesetzes ist somit gerettet worden. Neben diesen Dingen ist die Frage des Asylrechts behandelt worden, und für die nächste Session der Bundesversammlung ist die Reform der Volksschule angekündigt worden.

In Belgien ist das Verhältnis zum Kongostaate neu geregelt, eine Heeresvorlage angenommen und die Beseitigung der öffentlichen Spielhäuser beschlossen worden. Alle diese Gesetze sind nicht ohne lebhafte Kämpfe durchgesetzt worden, da die herrschende klerikale Partei in sich nicht einig war. Die wichtigste aller dieser Fragen, die Heeresreform, ist kaum als Verbesserung des bisherigen Zustandes zu betrachten. Von den Fragen, die außerdem die Nation beschäftigten, war die des allgemeinen Stimmrechtes die wichtigste. Die Sozialdemokraten verlangen die absolute Stimmengleichheit unter Beseitigung aller Privilegien (1894 S. 288) und haben sogar schon mit Revolution gedroht, um ihr Ziel zu erreichen. Belgien.

In den Niederlanden war die Verheiratung der Königin das wichtigste Ereignis. — Nach langen parlamentarischen Kämpfen ist eine Heeresreform zum Abschluß gekommen, die die Einstellung einer größeren Rekruteneinstellung gestattet; wie in Belgien mußte auch hier ein Kompromiß mit einer klerikalen Opposition geschlossen werden. Diese Maßregel, die bedeutendste politische Errungenschaft der letzten Jahre, war die letzte That des liberalen Ministeriums; die unmittelbar darauf stattfindenden Wahlen führten zur Bildung eines konservativ-klerikalen Kabinetts. — Wie immer nahm die öffentliche Meinung lebhaftesten Anteil am Burenkriege; es wurde sogar versucht, einen Boykott der englischen Handelsschiffe in den europäischen Häfen herbeizuführen, um einen Druck auf die englische Handelswelt und Regierung auszuüben, aber die Anregung blieb ohne Folgen. Niederlande.

Unter den nördlichen Reichen hat Dänemark durch einen Systemwechsel in der inneren Politik seit langen Jahren wieder eine Regierung erhalten, die eine Mehrheit in der Volksvertretung besitzt. Die Majorität der bisherigen Opposition hat sich sofort in eine Regierungspartei verwandelt und dies durch ein Entgegenkommen in Apanagefragen zu erkennen gegeben. — Schweden hat sein uraltes auf Werbung beruhendes Wehrsystem beseitigt und die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und die Rekrutenziffer erhöht. Die Reform soll 1967 in Kraft treten, bis dahin gilt ein Übergangszustand. — Auch in Norwegen hat man sich vielfach mit militärischen Plänen beschäftigt, und zwar scheinen sie ihre Spitze Skandinavische Reiche.

mehr gegen Schweden als gegen das Ausland zu richten. Der Versuch mit der Einführung des kommunalen Stimmrechts der Frauen ist nicht zu gunsten der herrschenden radikalen Partei ausgeschlagen.

Welche Ziele Rußland in der chinesischen Frage verfolgt hat, ist bereits dargestellt. In seiner übrigen asiatischen Politik ist es auf den schon früher betretenen Wegen fortgeschritten: es hat seine Eisenbahnlinien im äußersten Osten, in Turkestan und im Kaukasus erweitert, es hat in Persien gegen England gearbeitet und durch große Truppenansammlungen seine Position zu sichern gesucht. Daneben ist es auch auf der Balkanhalbinsel aktiver aufgetreten: in Rumänien setzte eine panslavistische Agitation ein, und die Beziehungen zu Serbien und Bulgarien wurden eifrig gepflegt. Aber die große Frage ist, ob Rußland die gewaltige Expansionspolitik auf die Dauer finanziell durchführen kann. Der seit etwa zehn Jahren chronische Notstand in weiten landwirtschaftlichen Distrikten wächst in erschreckender Weise und vermindert nicht nur die Steuerkraft, sondern auch die Wehrkraft eines bedeutenden Bruchteils der russischen Nation; die mit staatlicher Fürsorge künstlich emporgehobene Industrie leidet schwer an den allgemeinen ungünstigen Konjunkturen und an der Verschlechterung des inneren Marktes; die Eisenbahnen nach dem asiatischen Kolonialgebiete bringen vorderhand nur Lasten, da die reichen Gebiete im Kaukasus und in Turkestan aus Mangel an Kapital und Intelligenz vorläufig nur in geringem Grad ausgebeutet werden können. Allein mit Hilfe ausländischer Anleihen hat Rußland diese Ausgaben und die ungeheuren Kosten für Heer und Flotte aufbringen können, und es ist kein Zweifel, daß die Reise des Zaren nach Frankreich wiederum mit dem Versuch einer französischen Anleihe in Verbindung gestanden, aber ohne Ergebnis verlaufen ist. Über die Beschaffung des notwendigen Kapitals zur Fortsetzung der Zinszahlung ans Ausland und zur Aufrechterhaltung der Weltpolitik ist noch nichts bekannt geworden (vgl. Paul Rohrbach, Rußland in der Krisis, Preuß. Jahrb. Bd. 107). Welche trüben wirtschaftlichen Zustände in Rußland herrschen, beweisen am besten die zahlreichen Unruhen, die besondere Sicherheitsmaßregeln er-

fordert haben (S. 285). — Auf geistigem Gebiet ist Rußland seinen Traditonen treu geblieben. Dafür sprechen die Studententumulte, die Unterdrückung der finnischen Autonomie und die Exkommunikation Tolstois.

Von den Balkanstaaten hat in erster Linie die Türkei die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Die Unruhen in den makedonischen und albanischen Provinzen und die daraus hervorgehenden Reibungen mit den Nachbarstaaten waren ebenso wie in früheren Jahren von mehr lokalem Interesse, bedenklicher erscheint dagegen, daß wieder Kämpfe zwischen Kurden und Armeniern gemeldet worden sind. Das wichtigste Ereignis war indessen der Konflikt der Pforte mit Frankreich. Zwei Streitfragen hatten ihn hervorgerufen. Die türkische Regierung weigerte sich, eine französische Gesellschaft, die das Recht, die Hafenquais in Konstantinopel auszubeuten, gekauft hatte, in ihren Besitz einzusetzen, und auch auf den Vorschlag der Franzosen, die Quais zurückzukaufen, ging sie nicht ein. Die andere Differenz war, daß die Pforte von einer 700000 Francs betragenden Schuld an zwei Franzosen nur 171000 anerkennen wollte. Im Namen ihrer Unterthanen erhob die französische Regierung Vorstellungen bei der Pforte, konnte aber nichts als leere Versprechungen erlangen, so daß der Botschafter die Beziehungen zu der Pforte schließlich abbrach und abreiste (26. August). Die Pforte trat hierauf in direkte Verhandlungen mit ihren Gläubigern, kam aber nur mit einem Teile zu einer Übereinkunft. Wenn die französische Regierung nicht alle Geltung in Konstantinopel verlieren wollte, mußte sie zu Gewaltmaßregeln greifen; sie sandte deshalb ein Geschwader ins Ägäische Meer (31. Oktober). Sobald die Pforte den Ernst erkannte, gab sie nach (S. 239). Türkei.

Die anderen Balkanstaaten haben die europäische Politik weniger beschäftigt. In Serbien hat eine neue Verfassung die Herrschaft der Radikalen besiegelt; die Dynastie scheint immer mehr an Boden zu verlieren und sich durch enge Anlehnung an Rußland sichern zu wollen. Rumänien und Bulgarien hatten mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen; in Rumänien scheint sich die Lage langsam zu bessern, während in Bulgarien die Krisis durch die Ablehnung einer Anleihe in der Kammer gegen Jahres-

schluß akut geworden ist. Griechenland hat infolge einer religiöse und nationale Interessen berührenden Bibelübersetzung innere Erschütterungen erlitten.

Nord-Amerika. In den Vereinigten Staaten ist die Ermordung Mac Kinleys und die Nachfolge des Vizepräsidenten Roosevelt das wichtigste Ereignis. Der neue Präsident, der als ein Mann von größerer geistiger Selbständigkeit und größerer Energie gilt als sein Vorgänger, hat erklärt, im allgemeinen die imperialistische Politik Mac Kinleys weiter verfolgen zu wollen; auf wirtschaftlichem Gebiete hat er die Entwickelung der Industrie und vor allen Dingen die Schaffung großer Dampferlinien, die mit den deutschen konkurrieren können, als notwendig bezeichnet. Die Bildung der großen Trusts, über die mancherlei Klagen erhoben worden sind, erscheint ihm nicht verwerflich, aber eine Kontrolle durch gesetzliche Bestimmungen hält er für wünschenswert. — In der auswärtigen Politik haben die Philippinen immer noch bedeutende Streitkräfte absorbiert, ohne daß definitive Ruhe eingetreten ist; in China hielten sich die Vereinigten Staaten in diesem Jahre zu der Mehrzahl der Mächte: Integrität Chinas und Eröffnung für den Handel war ihr Programm. Die Wirren in Südamerika, besonders den venezolanisch-kolumbischen Konflikt, verfolgte die Washingtoner Regierung mit Aufmerksamkeit, machte aber keinen Versuch, Deutschland an der Durchsetzung seiner Ansprüche gegen Venezuela zu hindern. Die Erregung der amerikanischen Presse über diesen Zwischenfall scheint vornehmlich durch englischen und russisch-französischen Einfluß genährt zu sein (vgl. E. v. Halle, Preuß. Jahrb. Bd. 107), um die Wende des Jahres begann die Stimmung aber wieder umzuschlagen. — Das Wirtschaftsjahr war günstig; trotz einiger großer Streiks hat die Industrie große Fortschritte gemacht, so daß die Erweiterung des auswärtigen Marktes eine wichtige Tagesfrage ist.

Süd-Amerika. In Süd-Amerika ist von den Bürgerkriegen und nachbarlichen Fehden der einzelnen Staaten hervorzuheben der Konflikt zwischen Venezuela und Kolumbien. Wie es scheint sind Aufständische in beiden Ländern durch die Regierung des anderen unterstützt worden, und darüber ist der Krieg entstanden, der den Vereinigten Staaten Gelegenheit gab, einen Punkt des Isthmus zu

besetzen. Die Weigerung Venezuelas, seinen Verpflichtungen gegen Deutschland nachzukommen, hat dann am Jahresschluß die Entsendung eines deutschen Geschwaders an die Küste Venezuelas veranlaßt. — Gegen Schluß des Jahres drohte noch einen Moment ein Krieg zwischen China und Argentinien eines alten Grenzstreites wegen auszubrechen, doch haben sie sich über die Herbeiführung eines Schiedsgerichts geeinigt.

Alphabetisches Register.

(Die Ziffern bedeuten die Seitenzahlen.)

Heer und Flotte.

Personalien.

Die Presse.

Die Presse über das Duellwesen 13, 152 — Nekrologe der Königin Viktoria 20 — Anstellung jüdischer Richter 25 — Bülows Wirschaftspolitik 25 — Ernennung des Kaisers zum englischen Feldmarschall, Dekorierung Roberts' 26 — Verhältnis zu Rußland und Wirtschaftspolitik 40, 117 — Besuch Eduards VII 41 — Aeußerungen des Kaisers zur Sozialreform 41 — Chinafrage 65, 66 — Sozialdemokraten und Reichstagspräsidium 65 — Kanalvorlage 69, 73, 78 — Rede des Kaisers über 1848 72 — Ministerkrisen und Kanalvorlage 73, 86 — Polenfrage 75, 130, 162 — Angriffe auf die katholische Kirche 76 — Zolltarif und Kanalvorlage 78, 79 — Landtagsschluß in Preußen, Ministerwechsel 90 — Rücktritt Miquels 90, 135 — Anstellung katholischer Lehrer in Mischehen in Bayern 99 — Veröffentlichung kaiserlicher Ansprachen 103 — Bund der Landwirte und katholische Bauern 107 — Enthüllung des Bismarckdenkmals 112 — Tod Hohenlohes 117 — Konflikt Berlins mit der Krone 119 — Debatte über den Zolltarif 123, 147 — Zentrum und Polen 121, 152, 162 — Ministerwechsel in Elsaß-Lothringen 125 — Waldersees Reden 126 — Tod Crispis 126 — Katholikentag 130 — Reichsländische Bischofsernennungen 131 — Zarenbesuch, Wilhelm II. und Nikolaus II. 131 — Ankunft des chinesischen Sühneprinzen 130 — Wegführung von Pekinger astronomischen Instrumenten 134, 148 — Tod Miquels 135 — Tod Mac Kinleys, Professoren und Anarchisten 139 — Sozialdemokratische Parteipresse 141 — Konfessionalismus in der Wissenschaft, Angriffe auf die preußische Unterrichtsverwaltung 145 — Differenzen in der sozialdemokratischen Partei 149 — Angebliche Aeußerungen des Kaisers über den Zolltarif 151 — Kundgebungen gegen Chamberlain 152 — Verurteilung von Blättern wegen Beleidigung der Chinatruppen 152 — preußisch-württembergischer Postvertrag 154 — Verhältnis zu den Vereinigten Staaten 177 — Polenfrage in Oesterreich 178.

„Allg. Ztg." Württemberg. Steuerreform 87 — Preußisch-Württembergischer Postvertrag 154.

„Bauer" Tod Mac Kinleys, Professoren, Liberale und Anarchisten 139.

„Beobachter" Mitteilung des Zolltarifs 120.

„Berliner Korrespondenz" Getreidezollfrage 25.

„Berliner Lokal-Anzeiger" Veröffentlichung kaiserlicher Reden 105.

„Berliner Politische Nachrichten" Getreidezölle 78 — Finanzlage 124.

„Bonner Zeitung" zum Fall Spahn 145.

„Christliche Welt" Konfessionalismus in der Wissenschaft 147 — Polenfrage 163.

„Daily Mail" Offene Thür in China 65.

„Deutsche Kolonialztg." Reichsauskunftsstelle für Auswanderer 150.

„Deutscher Reichs- und Preußischer Staats-Anzeiger" zum preußischen Königsjubiläum 15 — Tod Hohenlohes 117 — Tod Miquels 135 — Angebliche Aeußerungen des Kaisers über den Zolltarif 151.

„Deutsches Adelsblatt" Tod Mac Kinleys, Professoren und Anarchisten 139.

„Deutsche Tageszeitung" Zolltarif 124, 164 — Katholikentag 130.

„Dziennik Berlinski" Zukunft Polens 131.

„Freisinnige Zeitung" 90.

„Germania" Angriffe auf die katholische Kirche 76 — Anstellung katholischer Lehrer in Mischehen

— Konflikt zwischen Krone und Berlin 84, 119, 145 — Streit zwischen Apothekern und Krankenkassen 87 — Handelshochschule in Köln 87 — Ministerwechsel 89 bis 92, 135 — Militärbefreiungsprozeß 95 — Stiftungsfest der Berliner Feuerwehr 100 — Statistisches über das Eisenbahnwesen 107 — Notstand in den Ostprovinzen 108, 115 — Schonung des religiösen Gefühls der Minoritäten in der Schule 109 — Einführung 45tägiger Rückfahrkarten 116 — Geschichtsunterricht in den höheren Schulen 116 — Prüfungsordnung für Volksschullehrer 117 — Handel und Industrie in Westpreußen 121 — Polenfrage 10, 44, 71, 138, Zukunft der Polen 130, Polen und Zentrum 152, polnische u. deutsche Sprache 172, Schulprozeß 162, 169 — Fünfzigjährige Zugehörigkeit Hohenzollerns zu Preußen 131 — Dankerlaß an die Manöverprovinzen 140 — Angriffe auf die preußische Unterrichtsverwaltung 145 — Ausländer an technischen Hochschulen 148 — Protestanten und Katholiken im Osten 148 — Akademie für Handel und Sozialwissenschaften in Frankfurt 150 — Duell in Insterburg 152 — Rechtschreibung 156 — Königsberger Seekanal 160 — Abschluß der Sieges-Allee 172 — Handelskammer Berlin 175 — Polen und Ausland 169, 178.

Landtag. Eröffnung, Thronrede 2 — Schluß 88 — Resultate der Session 89.

Herrenhaus. Etat 65. — Bülows Programmrede 72 — Schulreform und Juristenausbildung 74.

Abgeordnetenhaus. Programmrede Bülows 4 — Etat 4 — Etatsdebatten 8 — Polenfrage 10, 44 finanzielle Lage 8 — Kanalvorlage 8 — Preußisches Königsjubiläum 15 — Kohlenpreise 20 — Debatte über Getreidezölle 21 — Anstellung von Juden im Justizdienst 23 — Erste Beratung der Kanalvorlage 28 — Zensurfrage 38 — Kommunalpolitik 38 — Mangel an Volksschullehrern 43 — Kultusetat 44 katholische Orden 44 — evangelischer Bund 44 — Reform der höheren Schulen 44 — Bremer Attentat 55, 67 — Annahme des Etats 65 — Hypothekenbanken 65 — Schlachtviehversicherung 84 Beförderung der inneren Kolonisation 85 — Neueinteilung der Wahlbezirke 86.

Reichstag.

Gesetzentwurf über das Urheberrecht 4 — Antrag auf Abänderung des Gesetzes über den Invalidenfond 6, 89 — Duelldebatten 12, 42, 164 — Ausgestaltung der Gewerbegerichte 15 — Ehrung der Königin Viktoria 19 — Postsachen mit polnischen Adressen 19, 40 — Hinterbliebene der Chinakrieger 20 — Wohnungsreform 22 — Theaterzensur 22 — Schaumweinsteuer 34 — Nachtrag für die Chinaexpedition, Missionsfrage 36 — Lage in China, Verhältnis zu England und Rußland 48 — Vorbereitung von Handelsverträgen 51 — Bremer Attentat 54 — Kosten der Panzerplatten 54 — Koloniale Fragen 55 — Ehrung des Prinzen Luitpold 56 — Kosten der chines. Expedition, Weltpolitik, Verhandlungen mit China 57 — Rechtliche Stellung der Chinatruppen, Hunnenbriefe 63 — Branntweinsteuernovelle 80, 95 — Eisenbahn Dar-es-Salaam Mrogoro 82 — Privatversicherungsgesetz 87 — Missionare in Südafrika 92 — Diätenzahlung 93 — Toleranzantrag 94 — Einfuhr aus Haiti 95 — Vertagung 94, 95 — Resultate der Session 95.

Wiederzusammentritt 163 — Seemannsordnung 163 — Präsidentenwahl 164 — Duelldebatte 164 — Zolltarifentwurf, erste Beratung 165 — Polendebatte 169.

Reichstagswahlen. Aachen-

Italien 243—251.

Oesterreich-Ungarn 179—204.

Uebers. 332.



